Interdisziplinäre Antisemitismusforschung
Interdisciplinary Studies on Antisemitism | 12

Martin Jander | Anetta Kahane [Hrsg.]

Gesichter der Antimoderne

Gefährdungen demokratischer Kultur in der Bundesrepublik Deutschland

Nomos

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Interdisziplinäre Antisemitismusforschung
Interdisciplinary Studies on Antisemitism

herausgegeben von
Prof. Dr. Samuel Salzborn

Wissenschaftlicher Beirat:
Prof. Dr. Raphael Gross (Berlin)
Prof. Dr. Richard S. Levy (Chicago)
Prof. Dr. Monika Schwarz-Friesel (Berlin)
Prof. Dr. Ekkehard W. Stegemann (Basel)
Prof. Dr. Natan Sznaider (Tel Aviv)
Prof. Dr. Andreas Zick (Bielefeld)

Band 12

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Martin Jander | Anetta Kahane [Hrsg.]

Gesichter der Antimoderne

Gefährdungen demokratischer Kultur in der Bundesrepublik Deutschland

Nomos

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Gedruckt mit der Unterstützung der Amadeu Antonio Stiftung.

Lektorat: Martin Jander, Anetta Kahane, Britta Kollberg
Korrekturen: Britta Kollberg

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

ISBN 978-3-8487-6157-9 (Print)
ISBN 978-3-7489-0279-9 (ePDF)

Onlineversion
Nomos eLibrary

1. Auflage 2020
© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2020. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Inhalt

1. Einleitung

Gefährdungen demokratischer Kultur: Die unvollendete Republik 11
Martin Jander, Anetta Kahane

2. Kontinuität von Antimoderne und Antisemitismus in Deutschland

Das Unbehagen am Jüdischen und die Antimoderne 37
Anetta Kahane

Antisemitismus und Moderne 65
Natan Sznaider

Denken in antimodernen Bildern: Kunst und Kulturpessimismus 77
Fabian Bechtle, Leon Kahane

3. Rechtsradikalismus, Rechtsterrorismus, Antisemitismus

Rechter Radikalismus und Rechtsterrorismus nach der Shoah 105
Samuel Salzborn

Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) und der westdeutsche Rechtsterrorismus 117
Samuel Salzborn

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Gewalt gegen Geflüchtete: „Schwarmterrorismus“ 137
Stefan Lauer

Die merkwürdige Liebe der Rechten zu Israel 149
Alan Posener

4. *Sozialdemokraten, Linke, Linksradikalismus, Linksterrorismus, Antisemitismus*

„Beziehungsstatus: Es ist kompliziert“: Die deutsche Linke und Israel 157
Martin Kloke

Die „antifaschistische“ Ideologie der Roten Armee Fraktion (RAF) 179
Susanne Bressan

Im Schatten der Shoah: Israel und der bundesdeutsche Linksterrorismus 215
Tobias Ebbrecht-Hartmann

Der Aufstand als Selbstbestätigung. Eine Besichtigung linksradikaler Gewalt 233
Ulrich Schuster

Das Ehepaar Lethen und der „Kampf des deutschen Volkes“ 261
Alan Posener

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

5. *Antisemitismus, Antizionismus, Christlicher Fundamentalismus, Islamismus*

„Christliche Zionisten“: Eine kritische Darstellung 269
Martin Kloke

Der deutsche Arm der Fatah: Die Generalunion Palästinensischer Studenten (GUPS) 291
Ido Zelkovitz

Der türkische Nationalismus als antipluralistische Ideologie 305
Ismail Küpeli

Djihadismus, Antisemitismus und Demokratie 319
Martin Jander

Autorinnen und Autoren 343

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

1.
Einleitung

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Gefährdungen demokratischer Kultur: Die unvollendete Republik

Martin Jander, Anetta Kahane

Der pure Augenschein der letzten 30 Jahre spricht dafür, dass die modernen Gesellschaften des Westens in Turbulenzen stecken. Welche Ergebnisse diese Krisen zeitigen werden, ob es sich überhaupt um eine durch klar bestimmbare Faktoren angetriebene gemeinsame Entwicklung handelt, ist ungeklärt. Die Furcht allerdings, das lange Zeit als unvollendet geltende Projekt der Moderne (Habermas 1980; Diner 2017) könnte an sein Ende gekommen sein, die vierte Welle der Demokratisierung (Beyme 1994) nun in eine Welle des Zusammenbruchs westlicher Demokratien übergehen, steht im Raum. Die Gesichter der Antimoderne (Weiß 2012), der Gegenrationalität (Diner 1997), Diktaturen mit religiösen oder säkularen Legitimationsphilosophien, Kriege, Nationalismen, verschiedene Gesichter des Antisemitismus und Rassismen zeigen sich in vielen Teilen der Welt. Auch in der neuen Bundesrepublik Deutschland sind einige Gesichter der Antimoderne nicht zu übersehen. Davon handelt dieses Buch.

Antimoderne Ideologien haben viele Gesichter. Der Antisemitismus ist das bedeutendste von ihnen, das alle verbindet. Das kommt nicht von ungefähr. Antisemitismus richtet sich gegen das Herz der Moderne, gegen ihre jüdischen Wurzeln. Bevor moderne demokratische Gesellschaften seit der Aufklärung und den Revolutionen in Frankreich und den USA in die Welt traten, musste die Idee entstehen, dass alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind, dass alle Menschen zwar verschieden sind, aber dennoch über unveräußerliche Menschenrechte verfügen. Eben diese Vorstellung entstand mit dem biblischen Israel und dem jüdischen Monotheismus. Ohne die Erzählung der Rettung der Israeliten aus der ägyptischen Sklaverei und der Übergabe der Basisgesetze für ein neues Zusammenleben in Freiheit, gäbe es diese Ideen nicht (Stein 1998; Walzer 1995).

Menschenrechte sind der Kern dessen, was Ralph Dahrendorf später die „Revolution der Modernität" genannt hat. Diese Revolution lasse sich, so der Soziologe, in einem Wort zusammenfassen: „Staatsbürger" (Dahren-

* Die Herausgeber danken Britta Kollberg für die aufmerksame Korrektur aller Texte dieses Bandes und ihre vielen wertvollen inhaltlichen Hinweise.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

dorf 1965: 79 ff.). Moderne Gesellschaften sind durch vielerlei Aspekte bestimmt, durch technische, ökonomische, administrative und viele andere. Aber ohne die Idee der Gleichheit der Menschen vor dem Gesetz sind sie undenkbar (Diner 2017). Diese Idee und einige mehr entstanden mit dem jüdischen Monotheismus. Er wurde damit das Herzstück der Moderne. Antimoderne Ideologien laufen Sturm gegen Juden und Demokratie, denn die Gleichheit der Menschen vor dem Gesetz, die jüdische Tradition, ist ihr wichtigster Feind. Mit der Gründung der Vereinten Nationen 1945 und der Gründung Israels 1948 sind die Menschenrechte ein in der Charta der Vereinten Nationen festgehaltenes Versprechen für jeden Menschen dieses Planeten.

In Deutschland wurde Demokratie erst nach vielen blutigen Umwegen, erst nach Shoah und Zivilisationsbruch, heimisch (Dahrendorf 1965; Lepsius 1993). Vielen Wissenschaftlern und Publizisten erscheint es, als seien die nach 1945 zunächst durch alliierten Zwang geschaffenen Fundamente der Demokratie bereits wieder brüchig. Die Turbulenzen der Gegenwart – der Aufstieg rechtsextremer Parteien, politischer Terrorismus von rechtsextremen, linksextremen und islamistischen Akteuren, die Zunahme antisemitischer Verbrechen, Ablehnung demokratischer Werte bis weit in die Mitte der Gesellschaften hinein – sind global, zeigen sich aber auch lokal.

Die wesentlichen Indikatoren sozialen Fortschritts – Gesundheit, Wohlstand, Bildung, Arbeit, auch Abnahme von Gewalt und viele mehr – zeigen ganz entgegen kulturpessimistischen Behauptungen nach oben. Die Welt muss keineswegs untergehen. Ihr Zustand gibt im Gegenteil partiell zu Hoffnungen Anlass. Dass sich die kritische Betrachtung der Welt zu einer Endzeitnarration ausgewachsen hat, geht auf reale und durchaus begründete Ängste zurück und ihre wiederholte Betonung durch klassische und soziale Medien. Je mehr Informationen über die globale Lage überall zur Verfügung stehen, desto größer wird der Druck, alles in Eskalation und Skandalisierung darzustellen, ohne gleichzeitig Reformmöglichkeiten und Fortschritte zu benennen. Der ideologische und antimoderne Missbrauch solcher Informationen und die dadurch entstehenden Verzerrungen nehmen zu und tragen zu einem apokalyptischen Weltbild bei. Daraus entstehen Behauptungen einer angeblich unaufhaltbaren Krise des Kapitalismus, einer irreversiblen ökologischen Endzeit bzw. einer jüdisch-westlichen Verschwörung gegen die Völker dieser Welt. Sie dienen, wenn sie nicht pure Projektion sind, als absichtsvoll gestreute und verbreitete Propaganda der Antimoderne (Herzinger/Stein 1995).

Die Aufklärung und Ideen sozialen Fortschritts wie demokratischer Reformen sind in Deutschland wesentlich von jüdischen, liberalen und sozialdemokratischen Intellektuellen formuliert worden (Erler et al 1997; Erler

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

2009). Der Kerngehalt der von ihnen formulierten Konzepte besteht in der Vorstellung, dass die in der Verfassung verankerten Rechte in der Gesellschaft so ausgestaltet werden müssen, dass sowohl Teilhabe am politischen Leben als auch Entfaltung der Persönlichkeit für alle Menschen, egal welcher Herkunft, möglich wird. Nur mit solch einer Erweiterung der in der Verfassung niedergelegten Rechte kann eine Republik Bestand haben kann. Diese Erweiterung politischer und sozialer Teilhabe wird in Konflikten ausgetragen. Wo aber politische und soziale Akteure den Bestand der Demokratie selbst aktiv beseitigen wollen, antisemitisch und terroristisch agieren, das staatliche Gewaltmonopol oder die Würde wie die Rechte anderer Menschen infrage stellen, tritt eine streitbare, militante Demokratie auf den Plan, die ihre Gegner, wo nötig auch mit harten Sanktionen, in die Schranken weist (Loewenstein 1937: 417 ff.; Salzborn 2017: 186 ff.).

Wie aber sehen die Gesichter der Antimoderne in der Bundesrepublik Deutschland heute aus? Sind sie immer noch dieselben wie in der vorangegangenen Perioden der deutschen Gesellschaftsgeschichte? Zeigen sich vielleicht neue Elemente, und wie genau lassen sie sich fassen und gewichten? Wie hat sich die Bundesrepublik nach der Vereinigung mit der DDR verändert?

In dieser Einleitung skizzieren wir zunächst die Folgen der Shoah und des Zivilisationsbruchs für die Moderne. In einem zweiten Schritt beschreiben wir die Voraussetzungen einer modernen Demokratie in der Bundesrepublik nach der Shoah und geben einen Überblick zu allen Beiträgen des Bandes. Dann gewichten wir in einem dritten Schritt Einfluss und Bedeutung der Gesichter der Antimoderne, die sich in der nun vereinigten Bundesrepublik Deutschland heute zeigen.

Die Bundesrepublik ist eine unvollendete Republik, deren politische Kultur deutlich erkennbare Gefährdungen aufweist. Nach dem Sieg über den Nationalsozialismus eröffneten die Alliierten, freilich unter Zwang, Deutschland die Möglichkeit, sich zu einer Demokratie zu entwickeln. Aus eigener Kraft gelang diese Selbstbefreiung nicht. Weder hatten die Deutschen bis zum Kriegsende ausreichend Widerstand gegen Antisemitismus, Massenmord und Vernichtungskrieg geleistet, noch ist es ihnen hinterher gelungen, die demokratische Substanz aus eigner Überzeugung herzustellen. Ohne die Alliierten wäre es kaum möglich gewesen, eine moderne demokratische Verfassung mit all den dazugehörigen Organen in so kurzer Zeit aufzubauen. Sogar das stieß auf Widerstand. Dass die Bundesrepublik es später dennoch geschafft hat, die Grundsätze der Verfassung zu internalisieren und eine Zivilgesellschaft entstehen zu lassen, ist eine bemerkenswerte Leistung. Wenn diese Errungenschaft nun aber von neuem von den Kernideologien der modernen deutschen Antimoderne – Antise-

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

mitismus, Rassismus und völkischer Nationalismus – infrage gestellt wird, muss sich die Demokratie jetzt als wehrhaft erweisen. Nur so kann sie den Weg – einschließlich aller dazugehörigen Kontroversen – als Demokratie, wenngleich als unvollendete, weitergehen und Herausforderungen durch die Antimoderne meistern.

Antisemitismus als antimodernes Leitprinzip

Mit dem Versuch, alle Juden der Welt zu ermorden und diejenigen Mächte militärisch zu zerstören, die die Nazis als judenfreundlich ansahen – USA, Großbritannien, Sowjetunion und viele mehr –, kurz die Idee einer Moderne ein für alle Mal zu besiegen, hat sich die Welt verändert (Diner 2008/2020). Antisemitismus, die wesentliche „negative Leitidee der Moderne" (Salzborn 2010), wurde seit 1933 zur Leitideologie der deutschen Industriegesellschaft. Deren führende Politiker, Kerninstitutionen der Gesellschaft und einfache Deutsche setzten sie in die Tat um oder sahen zumindest ihren Exekutoren so gut wie ohne Widerstand zu. Das änderte sich auch dann nicht, als immer deutlicher wurde, dass sie dabei nicht nur viele Juden töten, sondern auch alle rational kalkulierbaren eigenen ökonomischen, militärischen und nationalen Interessen infrage stellen mussten. Eben das nennt man den „Zivilisationsbruch" (Diner 1988), die Durchsetzung einer „Gegenrationalität" (Diner 1997) in allen Sphären der Gesellschaft. Nicht nur alle Juden sollten getötet werden. Die ganze Gesellschaft warf humanistische, ökonomische, militärische und demokratisch aufgeklärte Maßstäbe über Bord. Antisemitismus, Vernichtung um der Vernichtung willen, war zum gesellschaftlichen Leitprinzip geworden.

Dass die Shoah von Deutschen exekutiert wurde, war keineswegs zufällig. Die Ideologien des Antisemitismus, des Rassismus und einer völkisch-mythisch konzeptionierten nationalen Identität hatten alle modernen, liberalen Traditionen aus der deutschen Gesellschaft (Breuer 2010) verdrängt. Zum ersten Mal hatte eine westliche Industriegesellschaft, wie der Holocaustforscher Raul Hilberg sich ausdrückte, „alle einer Tötungsoperation im Wege stehenden administrativen und moralischen Widerstände überwunden" (Hilberg 1990: 1115).

Seit der Shoah und dem deutschen Krieg gegen Juden (Herf 2006) sind alle Gesellschaften dieser Erde damit konfrontiert, dass sich ähnliche Verbrechen an anderen Orten und unter anderen Bedingungen wiederholen könnten. Jede aufgeklärte Anstrengung demokratischer Politik ist darauf gerichtet, solch einer Wiederholung vorzubeugen. Die Analyse des Verlaufs wie der Voraussetzungen und Motive von Shoah und deutschem Zi-

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

vilisationsbruch sowie ihr Vergleich mit anderen Genoziden sind deshalb nicht umsonst ein weltweites Vorhaben geworden (Wyman/Rosenzveig 1996). Mit dieser Forschung wird auch deutlich, wie verschieden in Charakter und Qualität Genozide sind. Der Versuch, alle Juden auf der Erde zu töten, weil sie Juden sind, und alle Instanzen einer modernen Gesellschaft daran zu beteiligen, von der Finanzbeamtin bis zum Soldaten, zeigt sich gerade im Vergleich als ein singuläres Verbrechen gegen die Menschheit.

Gegen die Moderne gerichtete Ideen, Parteien, Staaten und soziale Bewegungen sind mit der Shoah nicht aus der Welt. Die verschiedenen Artikulationsformen des Antisemitismus, aber auch Rassismen, Nationalismen, religiöse und anderweitig legitimierte diktatorische Regime, die Mindeststandards demokratischer Systeme infrage stellen, bestanden vor, während und nach dem Kalten Krieg auf der ganzen Welt (Diner 2017). Sie haben jeweils spezifische Voraussetzungen und Motive, die von einer Betrachtung der Geschichte politischer Ideen wie der Analyse politischer Kulturen, sozialer Bewegungen und Parteien zugänglich gemacht werden (Salzborn 2015).

Der Historiker Dan Diner hat in einer Veröffentlichung von „gegenläufigen Gedächtnissen" (Diner 2008/2020) gesprochen. Während in Israel und den westlichen Demokratien Shoah und Zivilisationsbruch zunehmend als historische und darüber hinaus zukünftig mögliche Gefährdung der Juden, der Moderne und der Demokratie diskutiert werden, wehren andere Gesellschaften in vielen Teilen der Welt diese Auseinandersetzung ab. Die Shoah wird dabei geleugnet, als Genozid unter Genoziden relativiert oder gar als Verbrechen der westlichen Demokratien bzw. Israels phantasiert. Der Historiker Robert Wistrich spricht bei dieser zuletzt genannten Version von einer „Holocaust Inversion" (Wistrich 2017), bei der die Politiken von USA und Israel mit der nationalsozialistischen deutschen Politik 1933 bis 1945 gleichgesetzt werden.[1]

Bevor wir spezifische Gesichter der Antimoderne in der Bundesrepublik heute charakterisieren, soll zunächst der Umgang mit Shoah und Zivilisationsbruch in der Bundesrepublik und der DDR skizziert werden. Diese Skizze bildet den Rahmen für das Verständnis der Gefährdungen demokratischer Kultur in der Gegenwart.

1 Siehe als aktuelles Beispiel die breite Debatte über die „Postcolonial Studies" und ihre antiisraelische Ausrichtung (Klävers 2019).

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Nach Auschwitz: Bundesrepublik und DDR

Der Weg der deutschen Gesellschaft in die Moderne hatte nach 1945 drei wesentliche Voraussetzungen. Der Nationalsozialismus musste militärisch geschlagen werden, Minimalprinzipien und Institutionen einer modernen Gesellschaft mussten etabliert werden, und Politiker wie Bürger der neuen Republik mussten, wenn sie an der Niederringung des Nationalsozialismus schon nicht selbst beteiligt waren, mindestens danach beginnen, jeden Rückfall in den Nationalsozialismus und seine deutschen Kernideologien – Antisemitismus, Rassismus und völkischen Nationalismus – selbständig zurückzuweisen. Die Alliierten wurden dabei tatkräftig unterstützt von Überlebenden und Menschen, die gegen Hitler Widerstand geleistet hatten. Ohne sie wäre die Demokratisierung Deutschlands nach 1945 nicht möglich gewesen.

Den ersten Schritt, eine solche Umkehr der deutschen Gesellschaft nach der militärischen Befreiung einzuleiten, unternahm die Anti-Hitler-Koalition noch gemeinsam. Im Jahr 1946 begannen die Nürnberger Prozesse. Mit dem Verfahren sollte der Beweis angetreten werden, dass die Institutionen einer demokratischen Gesellschaft in der Lage waren, die Antimoderne nicht nur militärisch, sondern auch mit den Mitteln des Rechts und der Aufklärung zu besiegen. Der Historiker Jeffrey Herf spricht von einem „Nürnberger Interregnum“ vor der eigentlichen Gründung der beiden deutschen Staaten (Herf 1998).

Die deutschen Täter standen vor Gericht und mussten sich für das, was sie getan hatten, verantworten (Ueberschär 1999). Täter und überlebende Opfer wurden angehört. Die Akten zu den Untaten wurden vor Gericht ausgebreitet. Jeder Angeklagte erhielt einen Verteidiger. Jedem Angeklagten wurde Schuld persönlich nachgewiesen. Opfer der Deutschen hatten zum ersten Mal seit 1945 die Gelegenheit, ihre Erinnerungen, Schmerzen und Sichtweisen vorzutragen. Das bis dahin entwickelte internationale Recht wurde zur Grundlage des Verfahrens gemacht. Eine umfassende kritische Selbstbetrachtung der deutschen Gesellschaft wurde angestoßen. Es brauchte allerdings noch Jahrzehnte, bis sich eine solche kritische Selbstbetrachtung der Gesellschaft, eine Internalisierung von Schuld, Haftung und Verantwortung durchsetzen konnte.

Viele Erwartungen, die an die Nürnberger Verfahren gerichtet waren, erfüllten sich nicht. Die Gerichtsprozesse stießen, kaum überraschend, auf heftige Abwehr. Aber ein Anfang war gemacht. Die Neuetablierung der Kernidee der Moderne, dass alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind, hatte begonnen (Schwartz 1991). Das Nürnberger Verfahren und die Nachfolgeprozesse wurden zu einem Modell des Umgangs der Weltge-

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

meinschaft mit extremen Verletzungen der Menschenrechte und der Einleitung einer gesellschaftlichen Transformation.

Die Beurteilung der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in dessen Nachfolgegesellschaften ist wissenschaftlich und politisch heftig umstritten. Dennoch lassen sich Grundtendenzen benennen (Lepsius 1993; Hammerstein 2017; Salzborn 2018; Frei et al 2019).[2]

Deutsche Demokratische Republik

In der DDR konnte sich eine moderne Demokratie nicht durchsetzen (Lepsius 1994: 17 ff.), da ihr, anders als in der Bundesrepublik, von Seiten der Sowjetunion keine moderne Verfassung geschenkt wurde. Im Gegenteil. Die DDR sollte als Musterland des Sozialismus sowjetischen Typs in direkter Konkurrenz zu den im Kalten Krieg nun verfeindeten Alliierten an vorderster Front stehen. Die Diktatur des Proletariats sollte belegen, dass der Westen keineswegs den Begriff Moderne allein für sich beanspruchen kann. Es sollte der Beweis angetreten werden, dass die Erweiterung von Bildungs- und Gesundheitswesen, soziale Gerechtigkeit und deren staatliche Absicherung, technischer Fortschritt und Industrialisierung ohne rechtsstaatliche normative Institutionen, Meinungs- und Wahlfreiheit auskommen. Dass die Moderne allein im Zusammenhang mit offener Gesellschaft und Menschenrechten zu denken ist, wurde vom universalistischen Anspruch der sozialistischen Länder zurückgewiesen. Ihrer Konzeption nach galt die liberale Demokratie als reaktionär.

Institutionen zur Artikulation von Widerspruch und Kritik konnten und sollten sich nicht ausbilden (Dahrendorf 1965: 448 ff.). Selbstverantwortliche Individuen, deren Urteilsfähigkeit sich auch unabhängig von der Staatsideologie zu artikulieren vermochte, konnten sich unter solchen Bedingungen wesentlich nur im Widerstand zum Staat entwickeln. Eigenschaften wie Konflikt- und Organisationsfähigkeit sind in Diktaturen unerwünscht. Konflikte und Kontroversen um Ziele und Wege einer modernen Gesellschaft hatten in der DDR keine legale Öffentlichkeit. Gruppen und Individuen, die das dennoch anstrengten, wurden als bezahlte Agenten der Bundesrepublik, der USA oder Israels diskreditiert und verfolgt.

Institutionen, führende Politiker und Gesellschaft der DDR „universalisierten“ (Lepsius 1993) die deutschen Verbrechen. Sie wurden mit weni-

2 Die Begrifflichkeit lässt sich auch auf den Fall Österreich (Lepsius 1993: 229 ff.; Hammerstein 2017) anwenden. Das aber steht hier nicht zur Debatte.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

gen Ausnahmen als Resultate kapitalistischer Verhältnisse betrachtet (Kahane 2018: 264 ff.). Eine Narration entstand, in der die deutschen Arbeiter als Opfer faschistisch-kapitalistischer Verhältnisse präsentiert wurden. Juden, Sinti und Roma, Homosexuelle und andere Opfer von Shoah und Zivilisationsbruch tauchten in der politisch reglementierten Auseinandersetzung kaum auf. Juden und Jüdisches waren in der DDR aus der öffentlichen Erinnerung weitgehend verschwunden und wurden auf diese Weise zum Tabu.

Jüdische Zeitzeugen, so sie sich nicht als kommunistische Kämpfer zeigten, wurden zensiert und verfolgt. Nicht wenige von ihnen hatte die DDR im Rahmen einer antikosmopolitischen Kampagne, die in allen osteuropäischen Gesellschaften zur Abgrenzung gegen den Westen und Israel durchgesetzt wurde, vertrieben (Hartewig 2000: 315 ff.). Seit 1967 unterstützte die DDR arabische Gesellschaften im Krieg gegen Israel und förderte den Terror der PLO (Herf 2019). Seit den 50er Jahren bildete sich in der DDR ein „struktureller Antisemitismus" (Haury 2002) aus, der Kapitalismus wie Liberalismus als wesentliche Ursachen des Faschismus deutete und Liberalismus und Israel als faschistisch attackierte. Ein klassisches Beispiel für die von Robert Wistrich analysierte „Holocaust Inversion" (Wistrich 2017).

Neben der „Universalisierung" der Ursachen für die deutschen Verbrechen und der damit verbundenen Opfernarration waren in der Gesellschaft auch tradierte nationalistische, rassistische und antisemitische Haltungen erkennbar (Heitzer et al 2018: 64 ff.; Behrends et al 2003; Moller 2003; Amadeu Antonio Stiftung 2010). Bei Schändungen jüdischer Friedhöfe und Angriffen auf „Vertragsarbeiter" oder sowjetische Denkmale artikulierten sie sich.

In jüdischen Gemeinden und in der protestantischen Kirche der DDR gab es auch vereinzelt andere Formen des Umgangs mit dem Nationalsozialismus (Jander 2018). Seine Reduktion auf ein Phänomen des Kapitalismus wurde hier zurückgewiesen. Im Gegensatz zu führenden Politikern und vielen Bürgern der DDR entstand hier zeitweise ein Raum, in dem Shoah und Zivilisationsbruch als Problem in der Verantwortung auch der Bürger der DDR angesprochen werden konnten.

Bundesrepublik Deutschland

Ganz anders verlief die Entwicklung in der Bundesrepublik. Ihr wurden unter Druck der westlichen Alliierten eine demokratische Verfassung und ein Rechtsstaat geschenkt. Diese Neu-Gründung, die Etablierung einer un-

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

abhängigen Justiz, einer freien Presse, kurz der Minimalbedingungen einer modernen Demokratie, bildeten den Ausgangspunkt dafür, dass sich über einige Jahrzehnte demokratische Werte und Normen durch einen Prozess der „Internalisierung" (Lepsius 1993) ihren Weg in die Gesellschaft bahnen konnten. Die aktive Übernahme von Verantwortung und Haftung konnte sich jedoch nur langsam, gegen Widerstände und unter vielen Konflikten, durchsetzen. Sie wird bis heute immer wieder infrage gestellt.

Als die Bundesrepublik 1949 gegründet wurde, waren führende Politiker und Bevölkerung, trotz einer demokratischen Verfassung, zunächst in einer politischen Kultur der „Externalisierung" (Lepsius 1993) vereint. Man imaginierte sich gemeinsam in die Rolle eines Opfers Hitlers und, qua Vertreibung vieler Deutscher aus Osteuropa seit 1945 und der Teilung des Landes seit 1949, als Opfer eines sowjetischen Totalitarismus, der weite Teile des Landes besetzt hielt (Salzborn 2020b: 125 ff.).

Dieses Opfernarrativ, das in ähnlicher Weise in Österreich wirksam wurde, abseits öffentlicher Kommunikation auch in der DDR (Hammerstein 2017: 276 ff.), geriet jedoch Schritt für Schritt unter Druck. Verantwortung und Haftung, die in sozialdemokratischen und protestantischen Gruppen, teilweise aber auch von christlich Konservativen wie z. B. Konrad Adenauer vertreten wurden, gewannen immer mehr Unterstützung (Diner 2015). Politische Kräfte, die der Ablehnung von Verantwortung und Haftung folgten, gerieten spätestens seit den Tagen der Bundesregierung unter Kanzler Willy Brandt deutlich in eine gesellschaftliche Minderheitenposition.

Gerade die Zeiten der sozialdemokratischen Kanzlerschaften der alten Bundesrepublik zeigten jedoch zugleich, dass die Internalisierung von Verantwortung und Haftung auch auf der linken Seite des politischen Spektrums vehemente Gegner hatte. Nicht wenige der linken Akteure folgten der Form des Umgangs mit Shoah und Zivilisationsbruch, wie sie in der DDR favorisiert wurde. Gruppierungen links neben der Sozialdemokratie, die mit den außerparlamentarischen Protestbewegungen seit den 50er Jahren verbunden waren, wandten sich gegen USA und Israel, attackierten sie nicht selten als faschistisch und verbündeten sich ideologisch und in ihren terroristischen Armen auch militärisch mit arabischen Akteuren, die Krieg gegen Israel führten (Herf 2019).

Die heftige Auseinandersetzung darüber, ob es sich bei diesem Umgang mit Shoah und Zivilisationsbruch um eine Revitalisierung des „Schuldabwehrantisemitismus" handelte, wie das nicht nur der aus der Emigration nach Deutschland zurückgekehrte Theodor Adorno analysierte (Adorno 1997), hält bis heute unvermindert an. Ohne die Interventionen jüdischer Überlebender und ihrer Angehörigen, die diese Auseinandersetzung publi-

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

zistisch und wissenschaftlich in der Bundesrepublik auf je eigene Weise maßgeblich vorantrieben – genannt seien hier stellvertretend für sehr viele: Heinz Galinski, Inge Deutschkron, Franz Leopold Neumann, Joseph Wulf, Herbert Marcuse, Leon Poliakov, Helmut Eschwege, Daniel Cohn-Bendit, Andrei S. Markovits, Jeffrey Herf, Moishe Postone, Micha Brumlik, Dan Diner –, wäre sie möglicherweise gar nicht in Gang gekommen.

Die Internalisierung von Verantwortung und Haftung musste sich in der alten Bundesrepublik aber immer auch gegen eine weitere Tendenz behaupten. Identifikation mit dem Nationalsozialismus und der Versuch, seine Ideologeme und terroristische Praxis in der Bundesrepublik durchzusetzen, waren und sind bis heute immer noch existent (Salzborn 2018). Die radikale Rechte, die in der Bundesrepublik und Österreich die Konzeptionen des Nationalsozialismus mit Begrifflichkeiten weiterverfolgte, die ihr eine legale Existenz in der Demokratie sichern sollten, imaginiert sich und die Deutschen als Opfer einer jüdisch-amerikanischen Verschwörung.

Diese „neue Rechte" greift die schrittweise Internalisierung von Shoah und Zivilisationsbruch als, wie es einer ihrer wichtigsten Vordenker formulierte, „Charakterwäsche" (von Schrenck-Notzing 1965) an und hält Einwanderung für eine jüdische Verschwörung zur Zerstörung der deutschen Nation (Salzborn 2018). Sie verfolgt ihre politischen Konzeptionen in der Bundesrepublik und Österreich mit teilweise legalen Organisationsstrukturen, aber auch in konspirativen sowie terroristischen Zusammenhängen. In den 60er Jahren hatte sie eine neue Hochkonjunktur. Auch ihre Vertreter kooperierten mit den Akteuren aus arabischen Gesellschaften, die Krieg gegen Israel führten.[3]

Bürger und Politiker der alten Bundesrepublik nahmen Verantwortung und Haftung und die universellen Werte der Verfassung also nur langsam, Schritt für Schritt (Hammerstein 2017: 68 ff.) an, mussten dazu immer wieder aufgefordert und ermuntert werden. Als Bundespräsident Richard von Weizsäcker zum 8. Mai 1985 eine bis heute berühmte Rede hielt, wurde jedoch deutlich, dass die schuldabwehrende Haltung breiter Teile des Konservativismus nun in der Bundesrepublik herausgefordert wurde.[4] Das Narrativ einer von Hitler verführten Nation, die nach dem II. Weltkrieg erneut Opfer eines sowjetischen Totalitarismus geworden sei, war von einem konservativen Politiker durchbrochen worden. Der Vater des Bundespräsidenten war Ernst von Weizsäcker, der in einem der Nachfolgever-

3 Siehe dazu den Aufsatz „Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) und der westdeutsche Rechtsterrorismus" von Samuel Salzborn in unserem Buch.

4 Siehe den Wortlaut der Rede Richard von Weizsäckers: Bundespräsident 1985.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

fahren des Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozesses wegen „Verbrechen gegen die Menschlichkeit" verurteilt wurde.[5] Sein Sohn Richard war als Soldat selbst am Feldzug der Wehrmacht im Osten Europas beteiligt. Er wies das westdeutsche Opfernarrativ nun zurück und bekannte sich zu Verantwortung und Haftung.

Wie deutlich sich das gesellschaftliche Klima der alten Bundesrepublik und ihre Haltung zur deutschen Vergangenheit seit den Nürnberger Prozessen gewandelt hatten, zeigte sich auch im „Historikerstreit" 1986. Alle bedeutenden Intellektuellen beteiligten sich. Gestritten wurde um die Frage, ob Shoah und Zivilisationsbruch mit Verweis auf andere Großverbrechen relativiert werden könnten, und außerdem, ob die Verbrechen des Nationalsozialismus eine abgeschlossene historische Epoche bildeten, die für die Gegenwart keine Botschaften mehr enthalte. Dan Diner hat die Kontroverse zutreffend als einen „Kampf um die Seele der BRD" bezeichnet (Diner 2016). Relativierung und Historisierung der Shoah wurden von einem großen Teil der beteiligten Historiker, aber auch in Medien und Publizistik abgewiesen (Diner 1987).

Von den Nürnberger Prozessen über den ersten Vertrag mit Israel im Jahr 1953, die Entstehung einer demokratischen Gedenkkultur um die KZ-Gedenkstätten herum bis zum Kniefall von Bundeskanzler Willy Brandt vor dem Denkmal für den Aufstand im Warschauer Ghetto, zur Anerkennung des Völkermords an Sinti und Roma und dem „Historikerstreit" im Jahr 1986 zieht sich ein langer verschlungener Weg, der viele Jahre von einer gesellschaftlichen Mehrheit abgewiesen wurde.

Gesichter der Antimoderne

Ob die vereinigte Bundesrepublik den Weg einer Internalisierung von Schuld, Verantwortung und Haftung, der Öffnung gesellschaftlicher Diskurse mit in Deutschland lange verfolgten Gruppen wie Juden, People of Colour, Homosexuellen, Sinti und Roma und vielen anderen weitergeht, ist ungewiss. Die Entwicklungen seit dem Fall der Mauer sind widersprüchlich. Auf einer staatlich gesetzgeberischen Ebene scheint die vereinigte Republik, wenn auch langsam, den von den Alliierten angestoßenen Weg weiter zu verfolgen. In der Gesellschaft zeigen sich dagegen große Widerstände gegen diesen Kurs. Die gegenwärtig wirksamen Formen antimoderner Haltungen haben zwar Bezüge zu den tradierten Ideologien der

5 Zur Geschichte von Ernst von Weizsäcker siehe: Poliakov/Wulff 1956.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

deutschen Antimoderne – Antisemitismus, Rassismus und völkischer Nationalismus –, sind mit ihnen jedoch nicht in eins zu setzen.

Anetta Kahane, Gründerin der Amadeu Antonio Stiftung, zeigt in ihrem einleitenden Beitrag, dass ein wesentliches Fundament der Moderne in den Elementen des Judentums liegt. Zu diesen gehören die Gleichheit der Menschen vor dem Gesetz sowie ihre Fähigkeit, zwischen Recht und Unrecht zu entscheiden und durch ihr Handeln politische und soziale Gerechtigkeit zu befördern. Dass jüdische Perspektiven in den Debatten der Gegenwart zur Fortentwicklung der modernen Gesellschaften zu wenig zu Rate gezogen werden, liegt auch am Unbehagen am Jüdischen und seinem Einfluss auf die Moderne. Jüdische Perspektiven in den Diskursen über die Zukunft der Demokratie in der Bundesrepublik und Europa sind wichtig für beide. Nach Shoah und Zivilisationsbruch braucht die Moderne die Juden dringender denn je als Subjekte, die mehr sind als Opfer – und die mit der jüdischen Geistesgeschichte und Erfahrung Deutschland und Europa mitprägen sollten.

Nathan Sznaider, Soziologe aus Tel Aviv, diskutiert in seinem Beitrag ebenfalls die Bedeutung jüdischer Identität für die Moderne. Er resümiert die Erfahrungen, die Juden seit der Aufklärung mit dem Versprechen der gleichen Bürgerrechte in europäischen Nationalstaaten gemacht haben, mit der marxistischen Vision der Moderne und mit dem 1948 gegründeten Israel. Eine Gesellschaft, so Sznaiders Kerngedanke, die auf perfekte Assimilation setze statt auf die Einheit der vielen verschiedenen Bürger, ihrer Kontroversen und lauthals ausgetragenen Konflikte, sei das Kernproblem: „Der Antisemitismus ist der Hass auf das Universale und auf das Partikulare der modernen menschlichen Existenz. Das ist in erster Linie ein jüdisches Problem, aber nicht nur. Der Traum von der perfekten Assimilation ist eine uneinlösbare Illusion. Dies definiert die paradoxe Situation nicht nur von Juden, sondern von allen modernen Menschen."

Leon Kahane und *Fabian Bechtle*, die das *Forum demokratische Kultur und zeitgenössische Kunst* leiten, zeigen in ihrem Beitrag, dass apokalyptische Untergangsszenarien, die Furcht vor einer nicht-homogenen Gesellschaft, erneut bis in die Mitte der Gesellschaft wirksam werden. Sie zeigen, dass solcher „Kulturpessimismus" in Kategorien analysiert werden kann, wie sie der Historiker Fritz Stern für die Analyse der bürgerlichen Antimoderne im 19. Jahrhundert entwickelt hat (Stern 2005). „Kulturpessimismus" wird heute insbesondere in der Kunstszene sichtbar. Deren Suche nach Identität und deren teils heftige Abgrenzung von der Moderne zeigen auch hier antisemitische Züge. Sich politisch eher rechts wie auch eher als links verortende Künstler*innen bestimmen derzeit diesen Kurs eines Antiuniversalismus.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Die Beiträge von *Samuel Salzborn*, *Stefan Lauer* und *Alan Posener* liefern Tiefenbohrungen und Schlaglichter zum rechten politischen Spektrum. Anders, als viele Sozialwissenschaftler wahrhaben wollten, haben neo-nazistische politische Gruppierungen die Geschichte der alten Bundesrepublik seit 1945 begleitet.

Samuel Salzborn zeigt, dass sich bereits in der alten Bundesrepublik mit diesen Organisationen zumindest ideologisch verbundene terroristische Arme ausbildeten. Bislang häufig von sozialwissenschaftlicher Analyse vernachlässigt wurde, dass die Entwicklung des rechten Terrors vom Ministerium für Staatssicherheit der DDR genau beobachtet und gleichzeitig gefördert wurde. Unschwer ist erkennbar, dass Stasi und Rechtsterroristen sich in der Ablehnung der westlichen Demokratie einig waren. Antisemitismus und Rassismus, aber auch Homophobie, Frauenfeindlichkeit und andere Elemente charakterisieren diese Form rechter politischer Politik in der vereinigten Bundesrepublik. In den zutage geförderten Personenportraits wichtiger Rechtsterroristen wird der mentale Kern der antisemitischen Schuldabwehr im Detail nachvollziehbar.

Wie *Stefan Lauer* beschreibt, hat sich seit der sogenannten „Flüchtlingskrise" sogar ein sozialwissenschaftlich, publizistisch und polizeilich selten wahrgenommener „Schwarmterrorismus" ausgebildet, dessen Akteure in vielen Fällen nicht gefasst und angeklagt werden.

Wie *Alan Posener* zeigt, bemüht sich der moderne rechtsradikale Extremismus häufig, ein proisraelisches Gesicht aufzusetzen, und setzt seine völkisch-nationalen Bestrebungen mit denen des Zionismus gleich. Eine besonders perfide Form des Antisemitismus und des Angriffs auf jüdische Identität in Deutschland und Europa.

In den Beiträgen von *Martin Kloke*, *Susanne Bressan*, *Tobias Ebbrecht-Hartmann*, *Ulrich Schuster* und *Alan Posener* werden Analysen und Fallbeschreibungen zum linken politischen Spektrum präsentiert, die von der Sozialdemokratie bis in die Autonome Linke und den linken Terrorismus reichen. Die hier versammelten Autoren bedienen sich Begrifflichkeiten, die auf die von Sigmund Freud, Theodor Adorno, Dan Diner und anderen inspirierte Analyse des Antisemitismus zurückgehen. Linke Parteien und Gruppierungen und ihre verschiedenen Ideologien stehen im Mittepunkt der Analyse. Sie kreist um die Frage des Verhältnisses der verschiedenen linken Gruppen zu Israel und zu Juden.

Ulrich Schuster skizziert ein publizistisch und sozialwissenschaftlich selten thematisiertes Teilstück einer linken Antimoderne. Die Geschichte linker Autonomer geht auf Gruppierungen zurück, die in den 70er und 80er Jahren in der alten Bundesrepublik antiimperialistisch, antisemitisch und terroristisch agierten. Seit dem Fall der Mauer fallen sie vor allem durch

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

die Verbreitung der Ideologie eines gewalttätigen Aufstands gegen das kapitalistische System auf, der die Beteiligten vom Wertegerüst des Kapitalismus befreien soll.

Im Schlaglicht *Alan Poseners* auf ein deutsches Ehepaar wird eine, ideologisch gesehen, „Querfront" (Culina/Fedders 2016: 17 f.) sichtbar, deren gemeinsamer Gegner ein in der Bundesrepublik angeblicher existierender „Schuldkult" ist. Ob diese Verbindung lediglich ein einzelnes Ehepaar abbildet oder einen gesellschaftlichen Trend signalisiert, muss hier vorerst offen bleiben.

In den Beiträgen von *Ismail Küpeli*, *Ido Zelkovitz*, *Martin Kloke* und *Martin Jander* werden Formen der Antimoderne vorgestellt und diskutiert, die außerhalb der Zuordnungen des parteipolitischen Spektrums der Bundesrepublik Deutschland liegen. Sie zeigen Artikulationsformen der Antimoderne, die via Zuwanderung Teil der bundesdeutschen Gesellschaft geworden sind oder einen weit in die Geschichte der deutschen Gesellschaft zurückreichenden protestantisch-christlichen Fundamentalismus artikulieren.

Ideologien der Antimoderne haben keineswegs überall das gleiche Gesicht. Antisemitismus, Rassismus, nationale und religiöse Einstellungen reflektieren eine je verschiedene Geschichte. Wie *Ismail Küpeli*, *Ido Zelkovitz*, *Martin Jander* und *Martin Kloke* an verschiedenen Beispielen zeigen, richten sie sich aber nicht selten gegen denselben Feind. In vielen Teilen der Welt imaginieren sich politische Akteure, Politiker, soziale Bewegungen wie auch einzelne Bürger als Opfer der Juden und der Ideen, wie man häufig sagt, „des Westens", einer Moderne also, die auf der Idee der gleichen Rechte aller Menschen beruht.

Die deutsche Gesellschaft hat, trotz ihrer lange ungebrochen antimodernen Traditionen, häufig besondere Schwierigkeiten, die Existenz antimoderner Haltungen aus anderen Gesellschaften zu verstehen. Von den aus der Geschichte der deutschen Gesellschaft herrührenden Traditionen behauptet man, sie seien längst überwunden. Auf die antimodernen Tradierungen bei Teilen der in die Bundesrepublik Eingewanderten zeigt man mit anklagender Geste.

Unvollendete Republik

Mit der Vereinigung der beiden deutschen Nachkriegsgesellschaften im Gefolge der „nachholenden Revolution" (Habermas 1990) trat eine wesentliche Zäsur ein. Viele in der alten Bundesrepublik erreichte Fortschritte wurden infrage gestellt. Nachgeholt wurde in den fünf neuen Bundes-

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

ländern die Etablierung einer modernen Demokratie mit Gewaltenteilung, Parteienpluralismus und freier Presse. Einige Institutionen, politische Parteien und Teile der Gesellschaft artikulierten jedoch vehementen Widerstand. Nicht selten wurden und werden demokratische Reformen von Akteuren und Autoren des rechten und des linken politischen Spektrums gar mit „Kolonialisierung" gleichgesetzt.[6]

Der deutlichste Ausdruck dieses Widerstands gegen die Demokratisierung der früheren DDR ist die vor allem in den fünf neuen Bundesländern wachsendende völkische Bewegung, die sich mit der Alternative für Deutschland (AfD) einen bundesweit agierenden parlamentarischen Arm geschaffen hat. Neo-nationalsozialistisch agierende Milieus und Gruppen gab es in der DDR seit ihrem Bestehen (Amadeu Antonio Stiftung 2012). Auch in der alten Bundesrepublik bestanden sie fort (Salzborn 2018). Mit dem Einigungsprozess der beiden deutschen Nachfolgegesellschaften des Nationalsozialismus aber ist die radikale Rechte zu einem politischen Faktor in der ganzen Bundesrepublik, mit einem Schwerpunkt in den fünf neuen Bundesländern, geworden. Die ideologisch mit den legalen Gruppen der „neuen" Rechten verbundenen terroristischen Netzwerke haben seit dem 3. Oktober 1990 bis 2020 Juden, Einwanderer, Linke und andere Menschen, insgesamt 210, getötet.[7]

Betrachtete man die Entwicklung der Bundesrepublik auf allein staatlich-rechtlicher Ebene, dann ließe sich behaupten, der Kurs der Internalisierung von Verantwortung und Haftung aus der Bundesrepublik vor 1989 habe sich in den 1990er Jahren einfach fortgesetzt. Zwar wurde im Prozess der Vereinigung kein, wie noch auf der Potsdamer Konferenz 1945 geplant, Friedensvertrag unterzeichnet. Dadurch sind viele Opfer der Nazis nicht entschädigt worden (Roth/Rübner 2019). Aber der Runde Tisch, an dem DDR-Funktionäre und DDR-Bürgerrechtler den Übergang zur Demokratie verhandelten, lud am 12. Februar 1990 in der Sowjetunion verfolgte Juden zur Einwanderung ein. Etwa 200.000 Menschen kamen. Die DDR-Volkskammer bekannte sich am 12. April 1990 zu Schuld und Verantwortung für den Nationalsozialismus (Jander 2018). Außerdem versicherte Bundeskanzlerin Angela Merkel 2008 in einer Rede vor dem Parlament Israels, die Sicherheit des jüdischen Staates sei die Staatsraison der Bundesrepublik (Bundesregierung 2008).

---

6 Siehe dazu den Artikel von Fabian Bechtle und Leon Kahane in unserem Band.

7 Siehe die Chronik der Todesopfer rechter Gewalt, die auf dem Portal „Mut gegen rechte Gewalt" regelmäßig überarbeitet und erweitert wird. (Online: https://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/news/chronik-der-gewalt/todesopfer-rechtsextremer-und-rassistischer-gewalt-seit-1990, aufgerufen am 01.06.2020).

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Betrachtet man jedoch den unterhalb der staatlich-rechtlichen Ebene liegenden Bereich politischer Kultur, wird die politische Regression deutlich erkennbar. Seit der Einrichtung der Enquetekommissionen des Bundestags, die die DDR und ihre Transformation in einen Teil der Bundesrepublik beleuchteten, wird das mit dem „Historikerstreit" 1986 zurückgedrängte Paradigma des „Totalitarismus" sowohl für die Analyse gegenwärtiger als auch vergangener Phänomene der deutschen Gesellschaft wieder verstärkt verwendet. Mit ihm kehrt die deutsche Schuld und Verantwortung externalisierende Opfernarration zurück.

Nationalsozialismus und DDR werden teils explizit, teils nur implizit gleichgesetzt. Die konservative Geschichtsphilosophie, die Deutsche nach 1945 als Opfer des totalitären sowjetischen Regimes und seiner Unterstützer in der DDR betrachtet, beginnt sich erneut im politischen Diskurs durchzusetzen. Sie ist anschlussfähig an die neonationalsozialistische Narration, die Deutsche in der DDR wie der alten Bundesrepublik als Opfer einer alliierten „Charakterwäsche" sieht. Der von den an den Enquetekommissionen beteiligten Wissenschaftlern geprägte Konsens, man dürfe Shoah und Zivilisationsbruch nicht relativieren, aber auch Stalinismus nicht banalisieren[8], beginnt sich aufzulösen (Jander 2019). Die deutsche „Selbstviktimisierung" (Hammerstein 2007: 27) ist erneut relevanter Bestandteil politischer Diskurse geworden. Diese Zurücknahme politisch bereits erreichter Standards lässt sich kaum anders als eine Form der Selbstpreisgabe der demokratischen Kultur der alten Bundesrepublik ansehen.

Besonders deutlich wurde dies bereits nach der ersten Explosion rechtsradikaler Gewalt in den fünf neuen Ländern zu Beginn der 90er Jahre. Statt die pogromartigen Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen und Hoyerswerda[9] als ein zu bearbeitendes Problem anzusehen, statt genau zu untersuchen, wo diese rechtsradikale Gewalt in den fünf neuen Bundesländern herrührte, schränkte 1993 die Mehrheit der Parteien der Bundesrepublik das mit Blick auf den Nationalsozialismus großzügig gestaltete Asylrecht ein. Mit diesen Änderungen gab der Staat nolens volens jenen rechtsradikalen Akteuren Recht, die Flucht und Einwanderung als jüdisch inspirierte Bedrohung der deutschen Nation angreifen, und bestärkte sie (Poutrus 2019).

Viele demokratische Akteure der alten Bundesrepublik erinnern ihre eigene Geschichte nicht gut. Sie mussten, wie geschildert, die Internalisierung von Schuld und Verantwortung gegen viele Widerstände in langwie-

8 Siehe zu der sogenannten „Faulenbach-Formel": Deutscher Bundestag 1998, S. 240.
9 Siehe dazu Bergrich 2016.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

rigen Konflikten durchsetzen. Schließlich war die deutsche Gesellschaft nach der militärischen Niederlage des Nationalsozialismus nicht verschwunden. Die Finanzbeamten, Soldaten und Hausfrauen, die den Nationalsozialismus getragen hatten, lebten fort und agierten nun als Mitglieder demokratischer Parteien. Dass die alte Bundesrepublik 1989/90 mit der DDR auf eine Gesellschaft traf, in der die Internalisierung von Schuld und Haftung für die Verbrechen des Nationalsozialismus von der politischen Führung abgelehnt worden war und ganz offiziell der Faschismus als Problem stattdessen auf die Bundesrepublik oder/und Israel und die westlichen Demokratien projiziert wurde, ist bis heute nicht wirklich begriffen.

Unter den vielen Studien, die von den Enquetekommissionen des Bundestags gefördert wurden, gibt es keine, die sich mit diesem Thema, der „Universalisierung" (Lepsius 1993) von Schuld und Verantwortung, in der DDR befasst. Es gibt auch keine, die sich mit der Fortexistenz neo-nationalsozialistischer Gruppierungen und politischer Kulturen beschäftigt hätte (Heitzer et al 2018: 64 ff.). Forschungen über die Geschichte der Soldaten, Finanzbeamten und Hausfrauen, die während des Nationalsozialismus aktiv waren und nach 1945 in der DDR lebten, Mitglieder der SED und der Blockparteien wurden, gibt es ebenfalls kaum. Auch dieser Mangel an Recherche hat die Demokraten blind gemacht und den Aufstieg des Rechtsradikalismus in den fünf neuen Ländern massiv begünstigt (Heitzer et al 2018).

In den Institutionen, der politischen Kultur und der Gesellschaft konnte sich deshalb seit 1989 weitgehend ungebremst eine Aversion gegen westliche Demokratie, Einwanderer, Flüchtlinge und Juden durchsetzen, die sich in der Gegenwart in den hohen Wahlerfolgen der AfD in den fünf neuen Bundesländern artikuliert. Eine „nachholende Revolution" (Habermas 1990) im Sinne der Institutionalisierung demokratischer Mindeststandards hat stattgefunden. Ihr Geist jedoch, dessen Kern die Vorstellung der Gleichheit der Menschen vor dem Gesetz bildet, ist in weiten Bereichen der fünf neuen Bundesländer nicht angekommen und gerät nun in der ganzen Republik in Gefahr. Bislang fordern lediglich Organisationen der Zivilgesellschaft, dass die nachholende institutionelle Revolution von 1989 erweitert werden muss um eine nachholende Revolution im Bereich Bildung und Qualifizierung einer demokratischen Kultur.

Zwar hat der Bundestag im Jahr 2000 das noch von 1913 stammende, auf Abstammung beruhende deutsche Staatsbürgerrecht reformiert. Auch mit türkischer, französischer, syrischer oder einer anderen Herkunft kann man nun Staatsbürger der Bundesrepublik werden. Damit wurde ein entscheidendes Standbein völkischer Politik in Deutschland aus dem Weg geräumt (Hoffmann 1990). Die offen agierenden Netzwerke der völkischen

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Rechten und die Wahlerfolge der Alternative für Deutschland (AfD) haben jedoch in weiten Bereichen der ostdeutschen Gesellschaft ein Klima geschaffen, das eine Ausübung dieser Bürgerrechte dort nicht ratsam erscheinen lässt.

Besonders drastisch stellt sich die Situation von Flüchtlingen in der ganzen Bundesrepublik und hier wieder besonders in den fünf neuen Bundesländern dar. Noch vor der Eskalation des Kriegs in Syrien und der faktischen Vertreibung großer Teile der Bevölkerung durch das Regime des Diktators Assad hat sich seit 2014 die von Dresden ausgehende PEGIDA-Bewegung etabliert, die die bereits 2013 gegründete euroskeptische AfD in ihren politischen Arm verwandelt hat. Im Gefolge dieser Bewegung entwickelte sich ein „Schwarmterrorismus“[10], dessen Akteure für die Polizei bislang kaum dingfest zu machen sind. Dass es sich überhaupt um eine Form des Terrorismus handelt, der auf Vertreibung zielt, ist im politischen Diskurs der Republik kaum angekommen.

Es ist nicht zuletzt auch auf den Druck dieser völkischen Bewegung zurückzuführen, dass sich die Demokraten der Bundesrepublik noch nicht entschließen konnten, dem vom deutschen Militär in der Kolonie „Deutsch-Südwestafrika“ in den Jahren 1904 bis 1907 begangenen Völkermord an Herero und Nama anzuerkennen und zu entschädigen (Böhlke-Itzen 2004; Starzmann 2020). Die Verhandlungen mit Namibia über ein Abkommen und eine Entschädigung der Opfer werden zudem hinter verschlossenen Türen geführt, was eine breite gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Rassismus und Kolonialismus erschwert.

Fazit

Mit der Vereinigung der beiden deutschen Nachkriegsgesellschaften im Gefolge der „nachholenden Revolution“ (Habermas 1990) existiert in West- und Ostdeutschland eine moderne Demokratie, die politischen Kulturen in beiden Hälften der Gesellschaft könnten jedoch kaum verschiedener sein.

Die wesentlichen Ursachen dieses Zustands sind ein mangelnder rechtsstaatlicher Umgang vor allem mit Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus sowie eine sich erst langsam durchsetzende Selbstanerkennung der Republik als Einwanderungsgesellschaft. Die Infragestellung der Rechte von Minderheiten – Juden, Einwanderer, Flüchtlinge und andere –, ihre

10 Siehe den Artikel von Stefan Lauer in unserem Band.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Terrorisierung und der Versuch ihrer Vertreibung wurden 30 Jahre lang nicht als Infragestellung der Demokratie betrachtet.

Demokraten haben die lange dauernden Konflikte in der alten Bundesrepublik offenbar vergessen. Demokratische Institutionen sind mit undemokratischer Kultur nicht vereinbar. Die antimodernen Ideologien der Gegenwart bilden nur zum Teil den Nachhall der drei Kernideologien der deutschen Antimoderne, Antisemitismus, Rassismus und völkischer Nationalismus. Auch von der linken Seite des politischen Spektrums und aus nicht-deutschen Erinnerungskulturen sind antidemokratische Haltungen präsent. Auf die ausgebliebene Auseinandersetzung mit dem nationalsozialistischen Erbe in der DDR folgt zudem eine häufig vorwiegend instrumentelle, den Nationalsozialismus kleinredende, Auseinandersetzung mit dem Erbe des Kommunismus.

Antidemokratische Haltungen schlagen früher oder später auf die politischen Institutionen durch. Die dominierende Gefahr bildet dabei gegenwärtig die „neue" Rechte, der es durch eine Selbstpreisgabe längst erarbeiteter demokratischer Standards der Bundesrepublik seit 1989 gelingen konnte, zu einem politischen Faktor in einem im postnationalsozialistischen Deutschland zuvor nicht gekannten Ausmaß zu werden. Der beginnende Widerstand gegen diese Entwicklung muss aus der Gesellschaft selbst kommen. Hier gibt es ermutigende Entwicklungen. Die Etablierung neuer demokratischer Institutionen in den fünf neuen Bundesländern muss durch eine „nachholende Revolution" demokratischer Kultur erweitert werden. In den östlichen Bundesländern wird sie sich am Widerstand gegen die verschiedenen Formen der „neuen" Rechten zeigen.

Ohne die militärische Niederschlagung des Nationalsozialismus konnte Demokratie in Deutschland nicht beginnen. Ohne die Zurückdrängung des Rechtsradikalismus und Rechtsterrorismus heute wird die Bundesrepublik in einigen Jahren nicht mehr wiederzuerkennen zu sein. Modelle für eine solche Zukunft, „illiberale Demokratien" (Zakaria 1997), gibt es bereits in vielen Ländern dieser Welt, auch in Europa.

Literatur

Adorno, Theodor W. (1997 [1955]): Schuld und Abwehr. Eine qualitative Analyse zum Gruppenexperiment. In: Ders.: Gesammelte Schriften, Bd. 9.2. Suhrkamp: Frankfurt, S. 121-324.

Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.) (2010): „Das hat's bei uns nicht gegeben!" Antisemitismus in der DDR. Berlin.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.) (2012): Germany after 1945: A Society Confronts Antisemitism, Racism, and Neo-Nazism. An exhibition by the Amadeu Antonio Foundation (Catalogue). Berlin.

Behrends, Jan C./Lindenberger, Thomas/Poutrus, Patrice (2003): *Fremde und Fremd-Sein in der DDR. Zu historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland.* Metropol, Berlin.

Bergrich, David (2016): Hoyerswerda und Lichtenhagen. Urszenen rassistischer Gewalt in Ostdeutschland. In: Kleffner, Heike/Spangenberg, Anna (Hrsg.): Generation Hoyerswerda: Das Netzwerk militanter Neonazis in Brandenburg. be.bra: Berlin.

von Beyme, Klaus (1994): Systemwechsel in Osteuropa. Suhrkamp: Frankfurt.

Böhlke-Itzen, Janntje (2004): Kolonialschuld und Entschädigung. Der deutsche Völkermord an den Herero (1904–1907). Brandes & Apsel: Frankfurt.

Breuer, Stefan (2010): Die radikale Rechte in Deutschland. Reclam: Stuttgart.

Bundespräsident (1985): Rede von Bundespräsident Richard von Weizsäcker zum 8. Mai 1985. (Online: https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Richard-von-Weizsaecker/Reden/1985/05/19850508_Rede.html, aufgerufen am 20.02.2020)

Bundesregierung (2008): Rede von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel am 18. März 2008 in Jerusalem. (Online: https.//www.bundesregierung.de/breg-de/service/bulletin/rede-von-bundeskanzlerin-dr-angela-merkel-796170, aufgerufen am 06.12.2019)

Culina, Kevin/Fedders, Jonas (2016): Im Feindbild vereint. edition assemblage: Münster.

Dahrendorf, Ralf (1965): Demokratie und Gesellschaft in Deutschland. Piper: München.

Deutscher Bundestag (1998): Schlussbericht der Enquetekommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit". Drucksache 13/11000 vom 10.06.1998. Bonn.

Diner, Dan (1987): Zwischen Aporie und Apologie. Über Grenzen der Historisierbarkeit des

Nationalsozialismus. In: Ders. (Hrsg.): Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Fischer: Frankfurt. S. 62 ff.

Diner, Dan (1988): Zivilisationsbruch. Denken nach Auschwitz. Fischer: Frankfurt.

Diner, Dan (1997): Zivilisationsbruch, Gegenrationalität, gestaute Zeit – Drei interpretationsleitende Begriffe zum Holocaust. In: Erler, Hans/Ehrlich, Ernst Ludwig/Heid, Ludger (Hrsg.): „Meinetwegen ist die Welt erschaffen". Das intellektuelle Vermächtnis des deutschsprachigen Judentums. 58 Portraits. Campus: Frankfurt, S. 513 ff.

Diner, Dan (2008/2020): Gegenläufige Gedächtnisse. Über Geltung und Wirkung des Holocaust. Vandenhoeck & Ruprecht: Göttingen.

Diner, Dan (2015): Rituelle Distanz. Israels deutsche Frage. Deutsche Verlagsanstalt: München.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Diner, Dan (2016): „Ein Kampf um die Seele der BRD". Deutschlandfunk. (Online: https://www.deutschlandfunk.de/historikerstreit-ein-kampf-um-die-seele-der-brd.691.de.html?dram:article_id=363483, aufgerufen am 20.02.2020)

Diner, Dan (2017): Aufklärungen. Wege in die Moderne. Reclam: Ditzingen.

Erler, Hans (2009): Judentum und Sozialdemokratie. Das antiautoritäre Fundament der SPD. Königshausen & Neumann: Würzburg.

Erler, Hans/Ehrlich, Ernst Ludwig/Heid Ludger (Hrsg.) (1997): „Meinetwegen ist die Welt erschaffen". Das intellektuelle Vermächtnis des deutschsprachigen Judentums. 58 Portraits. Campus: Frankfurt.

Frei, Norbert/Maubach, Franka/Morina, Christina/Tändler, Maik (2019): Zur rechten Zeit. Wider die Rückkehr des Nationalismus. Ullstein: Berlin.

Habermas, Jürgen (1980): Die Moderne – ein unvollendetes Projekt. In: *DIE ZEIT* vom 19. September 1980. (Online: https://www.zeit.de/1980/39/die-moderne-ein-unvollendetes-projekt, aufgerufen am 20.02.2020)

Habermas, Jürgen (1990): Die nachholende Revolution. Suhrkamp: Frankfurt.

Hammerstein, Katrin (2007): Deutsche Geschichtsbilder vom Nationalsozialismus. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament", 15. Januar 2007.

Hammerstein, Katrin (2017): Gemeinsame Vergangenheit – getrennte Erinnerung? Der Nationalsozialismus in Gedächtnisdiskursen und Identitätskonstruktionen von Bundesrepublik Deutschland, DDR und Österreich. Wallstein: Göttingen.

Hartewig, Karin (2000): Zurückgekehrt: Die Geschichte der jüdischen Kommunisten in der DDR. Böhlau Verlag: Köln.

Haury Thomas (2002): Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus. Hamburger Edition: Hamburg.

Heitzer, Enrico/Jander, Martin/Kahane, Anetta/Poutrus, Patrice G. (2018): Nach Auschwitz: Schwieriges Erbe DDR. Wochenschau: Frankfurt.

Herf, Jeffrey (1984): Reactionary Modernism. Cambridge University Press: Cambridge MA.

Herf, Jeffrey (1998): Zweierlei Erinnerung. Die NS-Vergangenheit im geteilten Deutschland. Propyläen Verlag: Berlin.

Herf, Jeffrey (2006): The Jewish Enemy. Nazi Propaganda During World War II and the Holocaust. Harvard University Press: Cambridge, MA, und London, England.

Herf, Jeffrey (2019): Unerklärte Kriege gegen Israel. Wallstein: Göttingen.

Herzinger, Richard/Stein, Hannes (1995): Endzeit-Propheten oder Die Offensive der Antiwestler. Rowohlt: Reinbek.

Hilberg, Raul (1990): Die Vernichtung der europäischen Juden. 3 Bände. Fischer: Frankfurt.

Hockerts, Hans G. (2013): Widergutmachung in Deutschland 1945–1990. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 63, Heft 25/26, S. 15-22.

Hoffmann, Lutz (1990): Die Abstammungsgemeinschaft. In: Ders.: Die unvollendete Republik. PapyRossa Verlag: Köln, S. 87 ff.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Iken, Katja (2012): „Wenn ich Böller höre, kommt alles wieder hoch." In: *Spiegel Online* vom 20.11.2012, https://www.spiegel.de/geschichte/brandanschlag-von-moelln-1992-ibrahim-arslan-erinnert-sich-a-947806.html, aufgerufen am 20.02.2020.

Jander, Martin (2018): Ending the „Universalisation" of the Holocaust and the Wars Against Israel: The GDR People's Chamber Declaration of 12 April 1990. In: fathom December 2018. (Online: https://fathomjournal.org/ending-the-universalisation-of-the-holocaust-and-the-wars-against-israel-the-gdr-peoples-chamber-declaration-of-12-april-1990, aufgerufen am 20.02.2020)

Jander, Martin (2019): Der rechte Rand der DDR-Aufarbeitung. In: demokratie gegen Menschenfeindlichkeit 2/2019: 30 Jahre Mauerfall. Wochenschau: Frankfurt, S. 92 ff.

Kahane, Anetta (2018): Von der ideologischen Schuldabwehr zur völkischen Propaganda. In: Heitzer, Enrico/Jander, Martin/Kahane, Anetta/Poutrus, Patrice G. (Hrsg.):Nach Auschwitz: Schwieriges Erbe DDR. Wochenschau: Frankfurt, S. 264-275.

Klävers, Steffen (2019): Decolonizing Auschwitz? Komparativ-Postkoloniale Ansätze in der Holocaustforschung. De Gruyter Oldenbourg: München.

Lepsius, M. Rainer (1966): Parteiensystem und Sozialstruktur. In: Ders. (1993): Demokratie in Deutschland. Vandenhoeck & Ruprecht: Göttingen.

Lepsius, M. Rainer (1993 [1988]): Das Erbe des Nationalsozialismus und die politische Kultur der Nachfolgestaaten des „Großdeutschen Reiches". In: Ders. (1993): Demokratie in Deutschland. Vandenhoeck & Ruprecht: Göttingen, S. 229-245.

Lepsius, M. Rainer (1994): Die Institutionenordnung als Rahmenbedingung der Sozialgeschichte der DDR. In: Kaelbe, Hartmut/Kocka, Jürgen/Zwahr, Hartmut (Hrsg.): Sozialgeschichte der DDR. Klett Cotta Verlag: Stuttgart.

Loewenstein, Karl (1937): Militant Democracy and Fundamental Rights. In: American Political Science Review 31/1937, S. 417-433 und S. 638-658.

Maxwill, Peter (2018): „Ich spüre den Schmerz wie am ersten Tag." In: *Spiegel Online* vom 29.05.2018, https://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/solingen-anschlagsopfer-spricht-ueber-den-brandanschlag-von-1993-a-1207379.html, aufgerufen am 20.02.2020.

Moller, Sabine (2003): Vielfache Vergangenheit. Öffentliche Erinnerungskulturen und Familienerinnerungen an die NS-Zeit in Ostdeutschland. Edition diskord: Tübingen.

Poliakov, Léon/Wulff, Joseph (1956): Das Dritte Reich und seine Diener. Dokumente. Arani-Verlag: Berlin.

Poutrus, Patrice G. (2019): Umkämpftes Asyl. Vom Nachkriegsdeutschland bis in die Gegenwart. Ch. Links: Berlin.

Rensmann, Lars (2001): Kritische Theorie über den Antisemitismus: Studien zu Struktur, Erklärungspotenzial und Aktualität. Argument: Hamburg.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Roth, Karl H./Rübner, Hartmut (2019): Verdrängt – Vertagt – Zurückgewiesen: Die deutsche Reparationsschuld am Beispiel Polens und Griechenlands. Metropol: Berlin.

Salzborn, Samuel (2010): Antisemitismus als negative Leitidee der Moderne. Sozialwissenschaftliche Theorien im Vergleich. Campus: Frankfurt.

Salzborn, Samuel (2015): Kampf der Ideen: Die Geschichte Politischer Theorien im Kontext. Nomos: Baden-Baden.

Salzborn, Samuel (2017): Angriff der Antidemokraten. Die völkische Rebellion der Neuen Rechten. Beltz Juventa: Weinheim.

Salzborn, Samuel (2018): Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze. Nomos: Baden-Baden.

Salzborn, Samuel (2020a): Kollektive Unschuld. Hentrich & Hentrich: Leipzig.

Salzborn, Samuel (2020b): The Modern State and its Enemies. Anthem Press: London.

Schwartz, Thomas A. (1991): Americas Germany. John J. McCloy and the Federal Republic of Germany. Harvard University Press: Cambridge MA.

Starzmann, Paul (2020): Deutschland will Verhandlungen mit Namibia über Wiedergutmachung abschließen. In: *Der Tagesspiegel* vom 16.06.2020.

Stein, Hannes (1998): Moses und die Offenbarung der Demokratie. Rowohlt: Berlin.

Stern, Fritz (2005): Kulturpessimismus als politische Gefahr. Eine Analyse nationaler Ideologie in Deutschland. Klett Cotta: Stuttgart.

Ueberschär, Gerd R. (Hrsg.) (1999): Der Nationalsozialismus vor Gericht. Frankfurt.

von Schrenck-Notzing (1965): Charakterwäsche. Die amerikanische Besatzung in Deutschland und ihre Folgen. Seewald: Stuttgart.

Walzer, Michael (1995): Exodus und Revolution. Fischer: Frankfurt.

Weiß, Volker (2012): Moderne Antimoderne. Arthur Moeller van den Bruck und der Wandel des Konservatismus. Ferdinand Schöningh: Paderborn.

Welzer, Harald/Moller, Sabine/Tschuggnall, Karoline (2002): „Opa war kein Nazi". Fischer: Frankfurt.

Wistrich, Robert S. (2017): Antisemitism and Holocaust Inversion. In: McElligot, Anthony/Herf, Jeffrey (Hrsg.): Antisemitism before and since the Holocaust. Palgrave Macmillan: Cham, S. 37-49.

Wyman, David S./Rosenzveig, Charles H. (Ed.) (1996): The World reacts to the Holocaust. Johns Hopkins University Press: Maryland.

Zakaria, Fareed (1997): The Rise of Illiberal Democracy. In: Foreign Affairs, November/December 1997. (Online: https://msuweb.montclair.edu/~lebelp/FZakariaIlliberalDemocracy1997.pdf, aufgerufen am 20.02.2020)

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

2.
Kontinuität von Antimoderne und Antisemitismus in Deutschland

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Das Unbehagen am Jüdischen und die Antimoderne*

Anetta Kahane

Das Judentum hat in seiner Jahrtausende währenden Entwicklung entscheidende Beiträge zu dem geleistet, was wir heute als Moderne bezeichnen. Ohne den jüdischen Beitrag, die jüdische Philosophie und Ethik gäbe es keine Moderne, keine Demokratie, die auf Universalismus, Gleichwertigkeit und Rechtsstaatlichkeit beruht und vernetzt und global zu handeln imstande ist. Die Elemente des Jüdischen in diesem Beitrag sollen hier Erwähnung finden, ebenso wie die Abwehr der Moderne, die auch eine Abwehr des Jüdischen darstellt.

Das Gerücht über die Juden, wie Theodor Adorno und Max Horkheimer es formulierten, sagt etwas über den Antisemitismus derer, die ihn reproduzieren (Adorno/Horkheimer 1947). Dem Jüdischen, dem dieser Hass gilt, gebührt dennoch eine genauere Betrachtung. Sie macht deutlich, dass Antisemitismus keinesfalls allein ein Ergebnis der Moderne bzw. der Aufklärung ist, sondern sich durch alle Phasen der Entwicklung seit 2.000 Jahren zieht. Jeder innovative Schritt in Richtung der Moderne war von antijüdischem Hass begleitet. Die Innovation des Jüdischen begann bereits lange davor.

Die Juden, das Jüdische, wurden für alles Übel in der Welt verantwortlich gemacht. Die Externalisierung jedes Konflikts, jedes Problems, jedes Unglücks durch eine nichtjüdische gesellschaftliche Mehrheit, die Benennung von Sündenböcken, war ihr Prinzip. Im Judentum hingegen gibt es keine Externalisierung des Bösen. Im Gegenteil, seine Internalisierung als Bestandteil der realen und daher widersprüchlichen Welt macht das jüdische Denken und Handeln aus. Aus jüdischer Perspektive ist nur so eine ehrliche, pragmatische und lösungsorientierte Bewältigung von Konflikten möglich. Diese grundsätzlich verschiedenen Sichtweisen auf das Leben sind zum Teil des großen Unbehagens am Jüdischen bis in die Moderne geworden.[1] In Abgrenzung vom Jüdischen als einer Perspektive voller Wi-

* Ich bedanke mich sehr herzlich bei Esther Kontarsky, die mich bei der Niederschrift dieses Essays durch Beratung und Recherche unterstützt hat.

1 Siehe dazu auch Freuds Schrift „Das Unbehagen in der Kultur“ von 1930 (Freud 1974 [1930]: 191 ff.)

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

dersprüche, Optionen und mitunter Ambivalenzen ist in der nichtjüdischen Welt der Wunsch nach Eindeutigkeit, Dichotomie und manichäischer Klarheit sehr groß.

In der heutigen Moderne, die ohne Abstraktion, Rationalität, Gleichwertigkeit, rechtliche Standards, Konflikt- und Organisationsfähigkeit nicht denkbar wäre, erlebt der Antisemitismus eine Renaissance. Alte Mythen mit neuen Gesichtern lehnen auf verschiedene Weise die Moderne ab. Sie reproduzieren Verschwörungslegenden über die Schuld der Juden an den Problemen der Moderne, sie externalisieren Probleme, verweigern Verantwortung und reagieren mit Hass auf Vernunft.

Nach dem Massenmord an den Juden, der als singuläres Menschheitsverbrechen anerkannt wurde, entstanden neue Formen des Antisemitismus. Einige von ihnen nehmen die Anerkennung der Singularität sogar zum Anlass, weiterführende Antisemitismen zu entwickeln. Dies hat, neben der Fortsetzung der Verfolgungstraumata, weitere Auswirkungen auf die in der Moderne lebenden Juden. Sie erleben, wie eine modernere und vermeintlich jüdischere Welt sie weiterhin nötigt, zwischen Unsichtbarkeit bzw. Anpassung und Hass zu wählen.

Im Folgenden sollen die Elemente des Jüdischen in der Moderne beschrieben und behandelt werden, wie sie auf die Genese des Antisemitismus wirkten. Es ist wichtig, eine jüdische Perspektive zum Thema Antimoderne und Antisemitismus deutlich zu machen, auch wenn das Judentum eine extrem kleine Minderheit darstellt. Im Antisemitismus geht es weder um eine reale von Juden ausgehende Gefahr noch eine solche Bedrohung, sondern um die obsessive Fixierung auf das Jüdische als eine „negative Leitidee der Moderne“, wie es Samuel Salzborn (Salzborn 2010) beschrieb. Was genau aber die Leitideen des Jüdischen sind, seit wann und wie sie wirken, wurde in diesem Zusammenhang bisher selten diskutiert.

Es ist Zeit zu erklären, worauf die Obsession des Hasses auf Juden reagiert. Antisemitismus ist nicht selbst verschuldet. Juden sind auch heute nicht nur Objekte von Hass, sondern Subjekte, die ihre Auffassungen einbringen und als solche wahrgenommen werden wollen.

Jüdische Studien und Antisemitismus

Antisemitismus kommt ganz ohne Juden aus. Er ist ein Zerrbild, eine Projektion, ja sogar eine Abspaltung, mit der die Welt erklärt werden kann, besonders wenn diese Welt zu komplex zu werden droht. Das Jüdische, die Juden sind dabei nie Subjekte, handelnde Personen oder Gemeinschaften, sondern ein Symbol, eine Zuschreibung (Volkov 2000). Die Theorien über

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

den Antisemitismus und seine Funktionen, besonders in der Moderne, erklären die Mechanismen der Auseinandersetzung damit, was die in Europa christlich geprägten Mehrheitsgesellschaften als jüdisch empfinden. Hierbei bleiben die Juden Objekte, denen der Antisemitismus passiert.

Nach der Shoah hat sich in der Kritik des Antisemitismus ein eiserner Grundsatz herausgebildet. Die Juden sind am Antisemitismus nicht schuld, sie können ihn durch ihr Handeln oder Verhalten nicht beeinflussen. Das Problem liegt ausschließlich bei den Trägern des Antisemitismus. Diese Prämisse ist unbedingt richtig. Doch an dem Punkt kann das Nachdenken nicht für alle Zeiten stehenbleiben.

Das Motiv dieser Auffassung lag darin, dass bei der Bekämpfung von Antisemitismus zunächst die Tätergesellschaft in die Pflicht genommen werden sollte. Dass jedoch Juden bis heute hier kaum vorkommen, ihnen im Gegenteil sogar bedeutet wird, dass sie in dem Bereich nichts zu suchen hätten, ist eine Anmaßung. Juden und Antisemitismus – das darf nicht zusammen gedacht werden. Die einzige Rolle, die Juden hier einnehmen dürfen, ist die der Zeugen des Antisemitismus, die des Opfers, des Objekts. Eine eigene Expertise wird ihnen nicht zugestanden.

Die Begründung dafür ist eine Mischung aus Mitleid, Paternalismus und veritablem Vorurteil, der zufolge Juden für diesen Bereich der Reflexion viel zu involviert seien, zu betroffen, also nicht objektiv oder neutral genug, oder dass sie – besonders perfide – eigene Interessen verfolgen würden. Diese Haltung wird nach wie vor vertreten; und in Deutschland, dem Land der Shoah, ist sie besonders absurd, bedeutet sie doch im Umkehrschluss, dass nichtjüdische Deutsche zur Shoah ein vollkommen neutrales und keinesfalls intentionales Verhältnis hätten.

So entstanden zwei mit Nachdruck getrennte Bereiche des Denkens und Handelns. Auf der einen Seite die Auseinandersetzung mit Antisemitismus in Projekten, in der Wissenschaft und in der Politik (Rabinovici et al 2004; Heilbronn et al 2019). Und auf der anderen Seite sind da die „jüdischen Studien" (von Braun/Brumlik 2018), die vermittelnd Wissen und Verständnis verbreiten. Hier spiegelt sich das Dilemma jüdischer Existenz in der Moderne. Seit der *Haskalah*, der jüdischen Aufklärung, bemühen sich die jüdischen Gemeinschaften um Öffnung und Vermittlung des Jüdischen in beispielsweise die deutsche Mehrheitsgesellschaft hinein.[2] Die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben als möglichst gleichberechtigte Bür-

2 Ein eindrückliches Beispiel dafür sind die jüdischen Freischulen Ende des 18. Jahrhunderts, die zum Ziel hatten, eine junge jüdische und nichtjüdische Generation gemeinsam zu beschulen, um so Vorurteilen von klein auf vorzubeugen.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

ger war das Ziel jener aufklärerischen Bewegung, die mit der Vernichtung des europäischen Judentums enden sollte.

Dass diese Trennung nach der Shoah weiterlebte, war für die Juden eine zweischneidige Sache. Einerseits waren sie nicht genötigt, sich selbst zu erklären oder gar zu rechtfertigen, um dem Antisemitismus und seinen Stereotypen beizukommen. Andererseits wurden sie nach der Shoah auch aktiv daran gehindert, an der Aufklärung und wissenschaftlichen Aufarbeitung der Shoah teilzunehmen. Die deutsche „Abwehrgemeinschaft" (Salzborn 2020) hatte kein Interesse an Aufklärung der Verbrechen, jedenfalls nicht durch die Juden, die nicht durch Abwehr und Schuld blockiert waren. Aus diesem Grunde entstand die Holocaustforschung in Deutschland nur langsam. Jüdischen Wissenschaftlern wurde die Objektivität abgesprochen, ihre Publikationen und Bücher wurden selten verlegt und wenn, dann lösten sie heftige Reaktionen der Schuldabwehr aus.[3]

Genauso verhielt es sich in der Antisemitismusforschung. Eine jüdische Reflexion zu diesem Thema, eine Analyse aus der Sicht der Juden geriet im besten Fall zu einer subjektiven Opfererzählung, die dann auch Teil einer „ernsthaften" und „objektiven" wissenschaftlichen Darstellung sein durfte. Dass deutsche Wissenschaftler als Teil der ehemaligen Tätergesellschaft in diesem Zusammenhang auch eine subjektive Geschichte haben, bleibt ausgeblendet und verdrängt.

Diese Mechanismen wirken bis in die Gegenwart. Die Abwehrgemeinschaft in Deutschland hat über Jahrzehnte den aktuellen Antisemitismus in seinen verschiedenen Formen ignoriert oder kleingeredet. Nach der Deutschen Einheit hat diese Entwicklung zu einer verheerenden Ignoranz gegenüber dem Rechtsextremismus geführt. Auch andere Träger antisemitischer Einstellungen blieben unerwähnt und damit für die politische Einschätzung der Situation unerkannt. Gerade die Renaissance des Rechtsextremismus in Ostdeutschland und die offene Äußerung von Antisemitismus haben dazu beigetragen, dass Deutschland insgesamt nun mit einer rechtsradikalen Partei und entsprechenden Mainstreamdiskursen zu tun hat. Die Radikalisierung der Debatten, die Verbreitung von Hass gegenüber Minderheiten, der Antisemitismus hätten weit weniger Verbreitung gefunden, wenn die Auseinandersetzung damit nach der Vereinigung ehr-

3 Als Beispiel sei die Geschichte der deutschsprachigen Ausgabe von Raul Hilbergs Standardwerk über die Ermordung der europäischen Juden genannt (Hilberg 1990). Sie wurde 1961 fertiggestellt. In der Bundesrepublik erschien sie zum ersten Mal in einem kleinen Verlag 1982.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

lich und konsequent geführt worden wäre und politische Folgen gehabt hätte.

Das gilt auch für den Umgang mit antisemitischen Organisationen aus dem muslimischen Milieu. Spätestens seit den Anschlägen vom 11. September 2001 hätte klar sein müssen, dass Organisationen der Muslimbrüder oder anderen islamistischen Kreisen kein Podium geboten werden darf. Mindestens ihr Antisemitismus hätte demokratische Institutionen von wohlwollenden Kooperationen mit ihnen abhalten müssen. Stattdessen wurden Juden in eine Stellvertreterrolle als a priori Anhänger Israels genötigt, um die Auseinandersetzung zu führen. (Man hatte stets den Eindruck, es bestehe eine Verbindung zwischen Israel und den Anschlägen.) Jüdische Stimmen, die sich wehrten und auf diese Entwicklungen immer wieder hingewiesen, wurden mit dem Argument abgewiesen, sie könnten die Situation weder in Bezug auf Rechtsextremismus noch auf den Islamismus wirklich neutral beurteilen.

Vormoderner Antisemitismus

Furcht und hochmütige Verachtung prägen den Antisemitismus der Diaspora (Haeberli 2010). Die Furcht entspringt aus der Vorstellung einer ungeheuerlichen Macht, die Juden vermeintlich haben. Die Urlegende des christlichen Antijudaismus geht vom Gottesmord aus. Dass es den Juden möglich war, den Heiland umzubringen, stellt sie in eine allmächtige Rolle. Alle diesem Modell folgenden Mythen zeigen die Juden als heimliche oder unheimliche Regenten der Welt, als Beherrscher oder Lenker der Geschicke aller anderen. Furchteinflößende Lügen wie die der Schlachtung christlicher Kinder für das *Pessachmahl* untermauern die Narration der Furcht und der Macht. Auch die Legende, dass Juden riesige Epidemien auslösen könnten, wie die der Pest oder der Vergiftung der Wasserversorgung, phantasieren ihnen eine dämonische Macht zu.

Dies widersprach und widerspricht der realen Situation von Juden in der Diaspora. Die Juden waren nie frei, nie Herr ihrer Entscheidungen. Ihr Status war stets der einer Minorität, die außerhalb aller anderen Hierarchien stand (Brenner 2008). Sie blieben Fremde und wurden nicht in das Adels- oder Ständesystem eingegliedert. Sie waren grundsätzlich vogelfrei und jederzeit für Pogrome antastbar. Ihr Wohl hing von den Machthabern ab, die in der Regel wenig Wert auf die Situation der Juden legten. Sie zwangen sie zu einer Lebensweise, die ihren Randstatus zementierte. Sie bedienten sich ihrer Talente, wenn dies von Vorteil für sie war, und ließen den Volkszorn aus dem gleichen Grund auf sie los.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Die Juden aus den Ghettos wurden verachtet und im besten Fall mit arroganter Herablassung behandelt. Die Wehrlosigkeit dieser Menschen, ihr Ausgeliefertsein stand in eklatantem Widerspruch zu ihrer phantasierten Macht. Dies beförderte Verhöhnung, Verachtung und gewalttätige Übergriffe. Immer wieder kam es zu Pogromen und Massakern. Dass einige wenige Juden Zugang zu den Herrschenden hatten und ihnen mit finanziellen und anderen Geschäften zu Diensten waren, verstärkte diesen Umstand nur noch. Die arme Bevölkerung außerhalb der Ghettos konnte sie deshalb fürchten, denn die Geschäfte machten einige sehr wohlhabend. Als Symbol der Herrschaft, der Elite wurden sie gleichzeitig gehasst. Denn es war einfacher, die Juden zu hassen als die tatsächlichen Herrscher.

Allerdings lebten auch im Mittelalter die meisten Juden in Armut. Sie waren Kesselflicker, Dienstleister, Schneider, Schuster, Gerber und hatten andere wenig beliebte Tätigkeiten. In den Ghettos lebten die meist sehr armen Thorastudenten und eine Reihe von Menschen, die in sozialen Berufen der jüdischen Gemeinden arbeiteten. Von draußen sah man die Juden, wie sie sich ärmlich und beschmutzt, eher vorsichtig außerhalb des Ghettos bewegten. Auch das war ein Grund für Häme und Verachtung, waren sie doch beides: wehrlos, ärmlich und gleichzeitig angeblich mächtig und einflussreich. Die Verbindung von Allmacht und Ohnmacht hat sich tief in das kulturelle Gedächtnis Europas eingegraben. Wegen der wahnhaften Vorstellung von ihrer Allmacht sollten die Juden auch ohnmächtig bleiben. Wehrhaftigkeit ist darin nicht vorgesehen.

Moderne als Demokratie

Die Moderne, ein sich wandelnder und widersprüchlicher Begriff, beschränkt sich keineswegs auf technologischen oder gesellschaftlichen Fortschritt. Ihr wichtigstes und modernstes Element ist die Aufklärung, die in einem Staatswesen münden sollte, das normativ und gesellschaftspolitisch von der Gleichwertigkeit aller Individuen ausgeht und die dafür notwenigen Bedingungen bereitstellt (Vorländer 2014). Das ist die Grundidee der modernen Demokratie. Eine Gesellschaft, die danach strebt, die Menschen- und Individualrechte für alle auszuformen, ist eine moderne Gesellschaft. Der Staat muss universalistisch handeln, sonst wäre er kein Rechtsstaat.

Die Widersprüche und Ambivalenzen, die der Moderne und der Demokratie zwangsläufig innewohnen, lassen den Ausgang dieser Bemühungen zwar offen, unterstützen jedoch das Prinzip der Gleichwertigkeit wie das der Gleichheit vor dem Gesetz. Beide zusammen – Rechtsstaat und offene

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Gesellschaft – bilden ab, was unter Moderne verstanden werden sollte. Andere Kriterien, wie der Grad des technologischen Fortschritts, der Bildungs– und Gesundheitssysteme sind ein Teil, eine Funktion davon. Eine Moderne ohne Ausformung der Individualrechte, also ohne Aufklärung, mag weniger komplex sein, verdient aber die Bezeichnung nicht.

Es ist leicht, unter einer Diktatur Industrialisierung zu erzwingen oder Bildungsstrukturen zu errichten. Weit schwerer ist es, dies unter der Prämisse einer demokratischen Ordnung zu erreichen. Die Beispiele von Russland und China zeigen deutlich, welche Gefahren darin liegen, sich der Umständlichkeiten der Demokratie dann zu entledigen, wenn die gesellschaftliche Komplexität sich erhöht. Sir Ralf Dahrendorf hat dies in seinem Standardwerk zu Gesellschaft und Demokratie in Deutschland (Dahrendorf 1965) ausführlich dargelegt.

Der Unterschied zwischen Moderne und Antimoderne in einer Industriegesellschaft erweist sich in ihrem Bemühen, ihren Charakter als offene Gesellschaft zu verteidigen. Eine Moderne ohne Aufklärung gibt es nicht. Die Aufklärung wiederum braucht das Bewusstsein der Menschen als Individuen, die sich im Klaren über ihre Entscheidungen sind und dafür auch Verantwortung übernehmen. Verantwortung misst sich an normativer Moral, die die Folgen der eigenen Entscheidungen auf die Gesellschaft und auf Einzelne vorwegnimmt. Somit ist das individuelle Gewissen Teil der Aufklärung und der Moderne. Kritisches Denken ist ohne dies nicht zu haben. Es mag zwar durch die jeweiligen Konstellationen in der Gesellschaft geprägt sein, doch braucht es im Grundsatz die Freiheit, sich selbst und alles andere infrage zu stellen.

In der Beschreibung der Moderne und der modernen Gesellschaften wird dem Individuum und seiner Verantwortung meist zu wenig Beachtung zuteil. Das Individuum in der modernen Gesellschaft hat zwischen den Umständen und dem Gewissen, seiner Verantwortung abzuwägen. Es ist keineswegs allein Opfer der Umstände oder durch seine Herkunft determiniert. Zwischen Widersprüchen und Zwängen der Gesellschaft kann das Individuum auf die Freiheit der eigenen Entscheidung zählen. Diese Möglichkeit macht die Moderne aus.

Antisemitismus und die Grundlagen des Judentums

Der Einfluss des Judentums auf die Moderne ist grundsätzlicher Art. Mit dem Prinzip der individuellen Verantwortung, der Abstraktion und mit dem Regelwerk oder Gesetz, vor dem jedes Individuum das eigene Handeln gleichermaßen messen muss, wurde der Weg zur Moderne ermög-

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

licht. Gleichzeitig brachte dieser Prozess den Juden Abwehr, Hass und Vernichtung ein. Sie wurden, wie Hitler sagte, für das Gewissen verantwortlich gemacht, für den davon abgeleiteten Grundsatz der Menschenrechte und für das kritische Denken – um nur einige Aspekte zu nennen (Schumacher 2017: 547, Fußnote 2).

Um diese Entwicklung zu verstehen, bedarf es nicht nur der Betrachtung des Antisemitismus und der Antisemiten, sondern auch eines Blicks auf das Judentum selbst. Anders als in der gängigen Analyse des Antisemitismus, in der die Juden ausschließlich Opfer, also Objekte sind, soll hier versucht werden, das Judentum auch als Subjekt zu verstehen. Wenn das Judentum erheblich zur Moderne beigetragen hat, ist auch der Antisemitismus in diesem Zusammenhang anders zu verstehen, nämlich als Abwehr der Moderne in Reaktion auf diesen jüdischen Beitrag. Die Aussage „Die Juden sind unser Unglück" (von Treitschke 1879: 572) sowie der gesamte wahnhafte Antisemitismus des Nationalsozialismus basieren auf der Abwehr des Jüdischen als Grundelement der Moderne. Die Kontinuität dieser Abwehr zieht sich als alter, antisemitischer Reflex mit unterschiedlichen Gesichtern bis in die Gegenwart.

Die folgenden Punkte können freilich nur ein kleiner Ausschnitt aus den Elementen des Judentums sein, die prägend für die Moderne sind. Sie erheben daher keinen Anspruch auf Vollständigkeit – weder quantitativ noch qualitativ.

Die Entwicklung des Judentums und damit des Individuums in der gesamten Geschichte des Judentums einschließlich des Gottesbegriffs ist von den zwei wesentlichen Elementen geprägt: Abstraktion und Dialektik. Man kann diese Entwicklung in drei Momente teilen: den Bund, die Zeit nach Moses und die Diaspora.

Der Bund

Der Bund bezeichnet die Phase der Auserwählung. Nach der Schrift, der Thora, hat Gott eine Sicht auf das Göttliche angeboten, in der dieses Göttliche unsichtbar, allgegenwärtig und allmächtig ist. Als Abraham, einer der Urväter des Judentums, den Bund mit Gott einging, verpflichtete er sich und seine Stämme auf eine abstrakte Vorstellung vom Göttlichen.[4]

4 Abraham ist hierzu im Midrasch Genesis Rabbah 3:13 eine Schlüsselerzählung gewidmet, die ihm die Fähigkeit zur Abstraktion im jungen Alter zuschreibt. (Siehe dazu: Albeck 1965 [1936].)

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Das Angebot, sich dem Bund anzuschließen, war keinesfalls exklusiv. Es stand allen frei, sich ebenfalls dem Bund anzuschließen. Einige taten dies auch. Somit war Israel sowohl ein Stammes- als auch ein Religionsbund (Zeligs 1961).

Die meisten Stämme dieser Zeit zogen es jedoch vor, jede Regung der Natur speziellen Göttern zuzuteilen. Für Regen, Fruchtbarkeit, Krankheiten etc. war jeweils eine spezielle Gottheit zuständig. Sie hatten als Statuen oder Götzen eine fassbare Gestalt, die für ihren jeweiligen Zweck angebetet oder denen geopfert wurde. Die Angst vor großer Veränderung hielt sie davon ab, dem Bund beizutreten. Der Bund bedeutete ein revolutionäres Umdenken in Religion und Praxis, das anderen Stämmen nicht einleuchtete oder zu schwer erschien. In größeren Zusammenhängen zu denken war komplexer, als je einer spezifischen Gottheit zu opfern. Mit dem Eintritt der Juden in den Bund wurde auch dem Menschenopfer Einhalt geboten, was bei den traditionellen Gottesbildern üblich blieb. Ob Gott die Juden auserwählt hatte oder doch die Juden sich für diesen Gott entschieden, ist dabei nebensächlich.[5] Aus nicht-religiöser, historischer Perspektive ist das zweite wahrscheinlich.

Die Überzeugung, dass Gott die Unsichtbarkeit und Komplexität alles Lebendigen bedeute, endete nicht mit der Bildung einer eigenen Gruppe. Die Juden waren nun zwar ausgewählt, mit dieser Sicht auf das Göttliche zu leben, doch blieb es ein Angebot an die gesamte Menschheit. Ihre Praxis und die damit verbundene Hoffnung auf ein besseres Leben galten allen, und niemand war ausgeschlossen. Da diese Auffassung vom Göttlichen abstrakt und universell war, galt und gilt sie für alle Menschen.[6] Wenn dies so ist, so die religiöse Vorstellung, braucht es auch keinerlei Mission oder Bekehrung anderer.

Der Vorwurf, dass Juden auf Exklusivität bestünden, ist also falsch. Sie bestehen lediglich auf ihrem abstrakten Gottesbild und dem Beispiel, das sie damit in die Welt setzen. Sie müssen niemanden überzeugen, wollen aber ihrerseits nicht bekehrt werden. Dieses Fehlen von Mission als Praxis, einst von christlichen Herrschern auferlegt (Herzig 2010) und dann internalisiert, ist ein wesentliches Merkmal des Judentums und erweist sich als

5 Für eine komplexe Sicht hierzu siehe Kaplan/Koltun-Fromm 2016, S. 24 mit der Referenz auf die Mechilta de Rabbi Ishmael zu Exodus 20:2. (Siehe dazu: Stemberger 2010.)

6 Siehe hierzu die theologische Haltung des Judentums gegenüber Nichtjuden, die sich an die Noachidischen Gesetze halten oder auch Tosefta Sanhedrin 13:1, der zufolge die Gerechten anderer Völker ebenfalls einen Anteil an der kommenden Welt haben. (Siehe dazu: Neusner 1977–1981.)

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

außerordentlich fortschrittlich. Der Verzicht darauf, jemanden überzeugen zu müssen, und stattdessen ein Beispiel zu leben, hat sich inzwischen sowohl im pädagogischen als auch im politischen Handlungsfeld als richtig erwiesen. Doch den Juden wurde die vermeintliche Exklusivität zum Vorwurf gemacht. Die Auserwählung selbst gehört bis heute zu den Grundbausteinen des Antisemitismus. In der antisemitischen Verzerrung werden das universelle Gottesbild, entsprechendes Handeln und der Verzicht auf missionarische Überwältigung als hermetische Exklusivität und als extremer Partikularismus bzw. Arroganz interpretiert.

Moses und die Gesetze

Die mosaische Zeit (Assmann 2015; Stein 1998), also jene Phase, als die Juden mit Moses aus der Sklaverei in die Freiheit geführt worden, ist ein neuer entscheidender Wendepunkt in der jüdischen Entwicklung. Die biblische Wiedergabe der Erfahrung der Sklaverei prägt bis heute die Narration der jüdischen Geschichte und die Perspektive auf Unterdrückung. Die Befreiung aus der ägyptischen Unterjochung bedeutete jedoch noch keine Freiheit. Die Befreiung durch Moses besaß zwei Elemente: die Flucht aus Ägypten und den Empfang der zehn Gebote. Nur beides zusammen, die physische Flucht aus der Gefangenschaft und die Einführung des Gesetzes, ermöglichten wirkliche Freiheit.

War das Gottesbild bis dahin durch dessen sehr persönliche Beziehung zu den Protagonisten der biblischen Erzählung des Bundes geprägt, so begann mit Moses die Epoche einer erweiterten Abstraktion. Als nach der Flucht aus der ägyptischen Sklaverei Moses die Gebote empfing, erhielten die Juden damit eine verbindliche Anleitung darüber, wie die Menschen leben sollten, was Recht und was Unrecht ist. Im Moment der Befreiung war dies notwendig, sonst hätte nach der jahrhundertelangen Versklavung ein Absturz in Chaos und Barbarei gedroht.

Die Gesetze beschrieben jene Grundlagen, durch die Fragen der Abstraktion von der Natur, der Individualität, der Moral und damit der Eigenverantwortung der Menschen als Personen und als Gruppe entwickelt werden konnten. Jeder Mensch konnte sich nun mit den Regeln der Gebote ins Verhältnis setzen. So entstand das Bewusstsein darüber, ob und wie der Einzelne die Gebote befolgen könne. Mit diesem Prozess des Bewusstmachens entstand, weit konkreter als bis dahin, das Gewissen. Die Gebote sind auch als nächste Stufe des Universalismus anzusehen, da das Gesetz zwischen Menschen keinen Unterschied macht und der Mensch als Indivi-

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

duum vor dem Gesetz steht und nicht als Gruppe. Freiheit und Gesetz bestimmten nun die individuellen Entscheidungen.

Durch die Gesetze wird diese Aufgabe zu einer andauernden normativen Anstrengung. Die Gebote zu erfüllen, sich auf Regeln und Standards als ethische Norm einzulassen, die in der Verantwortung der Individuen selbst liegt, bedeutete eine grundlegende Veränderung in der Wahrnehmung der Natur und eine Abkehr von der Schicksalshaftigkeit. Die ersten fünf Gebote behandeln das Verhältnis der Menschen zum universellen Gott und bekräftigen die Abkehr vom Götzenkult. Sie besiegeln die Abstraktion der neuen Gottesvorstellung mit dem Verbot, sich vom einzigen unteilbaren Göttlichen ein Bild zu machen. Die weiteren fünf Gebote behandeln das Verhältnis der Menschen zueinander, ihre jeweilige materielle und körperliche Unversehrtheit und den zum Zusammenleben erforderlichen gegenseitigen Respekt.

Damit begann die Zeit der Gesetze, die sich aus den Geboten weiterentwickelten. Sie bildeten die Grundlage der entstehenden Gesellschaft und eines späteren Staatswesens. Gemäß der biblischen Erzählung waren es die Befreiung aus der Sklaverei durch Moses und die Einübung der Gesetze, die es den Juden möglich machten, nach Israel zu gehen. Dort regierten zunächst nicht Könige, sondern waren Richter die entscheidenden Instanzen. Die Juden ließen sich nieder und bauten einen Tempel in Jerusalem, in dem sie die Gesetzestafeln, die Grundlage ihrer Existenz, aufbewahrten. Diese gingen zwar verloren, doch der Tempel wurde das Symbol der Gebote, der Gesetzestafeln und damit das Zentrum des religiösen Lebens.

Mit den Gesetzen und den sich daraus entwickelnden Strukturen konnten die Juden im alten Israel über Jahrhunderte ein Staatswesen aufbauen und stabil halten. Doch immer wieder kam es zu Bedrohungen durch die großen Imperien in der Region. Dies traf auch die Juden, und so kam es zur Zerstörung des Tempels als Symbol des abstrakten Gottes, erst durch die Babylonier und am Ende durch die Römer, die die Juden endgültig aus dem Land vertreiben wollten. Solche Vertreibungen geschahen immer wieder in der Region. Die meisten der vertriebenen Stämme siedelten irgendwo und assimilierten sich religiös und sozial schließlich an die jeweils dominierende Gesellschaft.

Um dem Schicksal des Verschwindens zu entgehen[7], dokumentierten die Juden ihre wichtigsten Schriften systematisch. Es dauerte Jahrhunder-

7 Wohl aber auch durch die entscheidende Weichenstellung der Priesterkaste der Pharisäer, die zum einen auf die Wichtigkeit der mündlichen Lehre verwiesen, zum anderen die der Auseinandersetzung hiermit durch das gesamte Volk Israel

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

te, bis das Wissen so zusammengetragen und zusammengefasst war, dass es als portable Heimat auf die Flucht mitgenommen werden konnte. Die Heilige Schrift war eine Sammlung von Texten, zu deren Interpretation die Gelehrten, aber dezidiert auch alle anderen, aufgefordert waren. Ergebnis hiervon ist eine umfangreiche Kommentarliteratur[8], die bis zum heutigen Tag Quell der Sinnstiftung ist und aus der das Judentum seine gesamte biblische Tradition betrachtet.

Diaspora

So entstand mit der Flucht aus Israel unmittelbar eine Kultur der Debatte, der Interpretation, des Für und Wider, der dialektischen Analyse (Oz/Oz-Salzberger 2013; Kaplan 2003). Bis heute inspiriert die Heilige Schrift dazu, die Dinge des Lebens auf unterschiedliche Weise zu deuten. Dabei sind alle aufgefordert – wie überhaupt das Lernen ein wesentliches Element des jüdischen Alltags ist –, sich an den Debatten zu beteiligen. Sie waren und sind keinesfalls einem irgendwie gearteten Klerus vorbehalten. Die Texte wurden auf diese Weise stets erweitert und in praxisbezogene Themen gegossen, die rechtliche und ethische Fragen erläuterten, zu denen sich Gelehrte äußerten und die den Erfordernissen und Herausforderungen der Zeit angepasst wurden. In den Auseinandersetzungen um verschiedene Fragen gab und gibt es grundsätzlich kein Tabu, Dogma oder Verbot. Selbst die Existenz Gottes kann jederzeit infrage gestellt werden.[9] Debatten darüber wurden und werden mit Argumenten und Gegenargumenten geführt, nicht jedoch mit Glaubenssätzen. Fragen sind stets erwünscht. Jede Person kann sich unmittelbar an Gott wenden.

Der Dialog mit Gott ist individuell, kennt keinerlei Zwischeninstanz oder Vermittlung. Das gleiche galt und gilt für geistliche Führung. Auch

---

betonten. Für eine gelungene Kurzdarstellung siehe das Stichwort „Pharisee“ in der Encyclopaedia Britannica (www.britannica.com).

8 Im Judentum besteht eine Unterscheidung zwischen schriftlicher und mündlicher Thora – einer Thora, die am Berg Sinai in Schriftform gegeben wurde, die aber zugleich mit einer Auslegung, der mündlichen Thora, ergänzt wurde. Siehe hierzu Shabbat 31a. (Siehe dazu: Goldschmidt 2002: Bd. 3, S. 407.)

9 Pesikta de Rav Kahana 15:5 (5.-7. Jahrhundert): „Rav Huna und Rav Jeremia zitierten Rav Chija Bar Abba: Es steht geschrieben: ‚Eure Väter haben mich verlassen und Meine Thora nicht gehalten.‘ (Jeremia 16:11) Wenn sie nur weiter Meine Thora studiert hätten! Ja wenn sie sogar mich verlassen hätten, wäre es kein Schaden gewesen, wenn sie nur wenigstens weiter Meine Thora studiert hätten! […]“ (Siehe dazu: Braude 2002.)

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

hierfür existiert keine Instanz. Das Judentum kennt auch in dieser Frage keine Hierarchie. Geistige Führer werden von den Gemeinden bestimmt und sind als Lehrer zu verstehen. Rabbiner waren auch über lange Zeit eher ehrenamtliche Lehrer, sie leiten die Gemeinde in Fragen des Kultus an, sind aber deren Angestellte. Sie haben keine Macht, in einer Frage Anweisungen zu erteilen oder zu intervenieren. Ihr Rat wird in Gemeindeangelegenheiten gehört, die Entscheidung obliegt aber der selbstorganisierten Gemeinde und denen, die sie repräsentieren. Die Autorität der Rabbiner beruht auf Wissen und Lebenserfahrung, sie sind sehr wichtige Bezugspersonen im Gemeindeleben und haben meist auch Bedeutung über die regionale Gemeinde heraus. Die Gemeinden aber sind autonom. Sie unterstehen keiner Struktur. In Kultusangelegenheiten wie Koscher-Regeln tauschen sich die Gemeinden und das Rabbinat aus. Das Geschehen in der Gemeinde umfasst alle Angelegenheiten der dort lebenden Juden und ist nicht auf das Religiöse beschränkt. Die Mitglieder der Gemeinde wählen ihre Repräsentanten, die im besten Falle wiederum mit der Unterstützung der angestellten Rabbiner den Alltag demokratisch organisieren.

In der Diaspora waren die Schrift und ihre Interpretation der wichtigste Bezugspunkt zur jüdischen Identität. Deshalb begannen die Kinder in frühem Alter bereits damit, diese Schriften zu lesen und zu lernen. Sie wurden in Hebräisch unterrichtet und sprachen zugleich die jeweiligen Sprache des Landes, in dem sie lebten. Die Priorität der Bildung, das Wissen und die Kultur der Debatte prägen das jüdische Selbstverständnis bis heute. Dies ermöglichte ihnen, sowohl den Bezug zu Religion und Kultur zu behalten als auch sich den Gegebenheiten ihrer Umgebung anzupassen. Bei den sich daraus ergebenden Konflikten war das Training im Umgang mit Widersprüchen und dialektischem Denken sehr hilfreich.[10] Speisegebote, Feiertage und Rituale halfen den zerstreuten Juden, sich an ihre Geschichte zu erinnern und nach den weiter ausdifferenzierten Regeln zu leben. So bewahrten sie Traditionen und Gottesbild. Sie nahmen beides mit sich mit und entwickelten so über Jahrhunderte die Gemeinsamkeiten mit anderen Gemeinden, über Grenzen hinweg. Die jüdische Landschaft kannte andere Grenzen als die der europäischen Herrscher, sprachübergreifend, landesübergreifend. Die Lehrhäuser und Lehrer bildeten hierbei das terri-

10 Das Prinzip „Dina de Malchuta Dina“, wonach das Landesgesetz das jüdische Recht in bestimmten Bereichen überstimmt, kann als Zeugnis der Wahrnehmung der Komplexität der conditio humana angesehen werden. (Siehe: Kuntze 2013, S. 308.)

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

toriale Maß. So entstanden eine Internationalisierung eigener Bezüge und ein größeres Wissen über Lebensbedingungen in anderen Ländern.

Antisemitismus und die Rolle des Christentums als Staatsreligion

Am Anfang der Diaspora spaltete sich das Christentum vom Judentum ab. Die Auseinandersetzungen dieser Ablösung enthielten die ersten Muster eines Antijudaismus, der wiederum antijüdische Tendenzen aus der Zeit vor der Erhebung des Christentums zur Staatsreligion verarbeitet. Die Kirche beanspruchte den wahren Universalismus für sich, indem sie die Mission der Juden und aller anderen vorantrieb. Im Laufe der folgenden zwei Jahrtausende entwickelten sich die Grundsätze des Judentums und des Christentums auseinander. Es entstanden neben fortbestehenden Gemeinsamkeiten einige fundamentale Unterschiede, aus denen sich auch der Antijudaismus entwickelte. Einige Elemente seien hier genannt.

Universalismus

Die Idee des Universalismus bezog sich im Christentum auf die Frage, wer Christ sein kann. Wer an den Erlöser glaubt, kann Christ werden. Es reicht, an die Dreifaltigkeit von Vater, Sohn und Heiligen Geist zu glauben und diesen Glauben durch die Taufe zu besiegeln.

Im Judentum bezieht sich die Frage, wer Jude sein kann, auf den Grundsatz der Gleichheit eines jeden vor dem Gesetz. Das Gesetz ist eine Orientierung für die Menschheit. Jude kann sein, wer danach leben will[11] oder/und wer dem Bund durch Geburt angehört. Es ist ausdrücklich beides möglich. Der Universalismus der Juden unterscheidet sich vom christlichen am Punkt der Abstraktion und nicht an der Frage, wer dazugehören kann. Zugleich anerkennt das Judentum, dass jeder ethisch handelnde Mensch auf seine Weise, ob er Jude ist oder nicht, einen Anteil an einer kommenden Welt haben kann, so es sie denn gibt.[12]

Die Mission der Juden, die Abkehr von der alten Tradition am Anfang der Christianisierung, war zunächst ein innerjüdischer Konflikt. Die Geschichte von Jesus und seinen Jüngern gehörte in die Zeit der beginnen-

11 Tatsächlich ist die traditionelle Beschreibung hiervon, dass der Betreffende „das Joch der Gebote auf sich nimmt". (Siehe: Kohler 1906.)

12 Tosefta Sanhedrin 13. (Siehe dazu: Neusner 1977–1981.)

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

den Diaspora mit ihren Konflikten und Veränderungen. Der Bruch wurde deutlich an der christlichen Vorstellung, dass Jesus der Erlöser und Sohn Gottes sei und mit ihm das Göttliche eine menschliche Gestalt bekam. Der Glaube und die Hoffnung auf eine bessere Welt wurden verbunden mit Jesus, der die Schuld der Menschen auf sich genommen hat und auferstanden ist. Christ zu sein bedeutete seitdem auch die Verheißung auf ein Leben nach dem Tod. Jeder Mensch sollte dann von Gott für seine Taten gerichtet werden. Entsprechend dem Urteil würde er die Ewigkeit im Himmel oder in der Hölle verbringen. Diese Vorstellung widersprach der jüdischen Vorstellung vom Göttlichen als Ganzem und der Diesseitigkeit der Existenz.

Glaube

Die Anleitung zum moralischen Handeln wird im Judentum aus den Gesetzen abgeleitet, die wiederum Ergebnis einer langen Diskussion in der Kommentarliteratur sind, und nicht aus der Frage der Intensität des Glaubens. Glauben spielt als solcher keine Rolle. Das Göttliche findet sich im Leben und den normativen Grundsätzen, deren Verletzungen von Richtern geahndet werden. Dabei kommt dem Gebot der Verhältnismäßigkeit eine entscheidende Rolle zu. Wenn, wie im Judentum das Recht als normative Größe gelten soll, dann muss es unbedingt verhältnismäßig sein. Es geht im Recht explizit nicht um Rache, sondern um angemessene Ahndung bzw. Entschädigung. Der Spruch „ein Auge für ein Auge, ein Zahn für einen Zahn“[13] drückt genau diese Verhältnismäßigkeit aus (Jackson 1975).

Der jüdische Monotheismus kennt keine Dualität. Die manichäische Teilung der Welt in Gut und Böse ist ein innerer Konflikt, keine unterschiedliche Instanz wie Gott und Teufel[14], Himmel und Hölle. Im Judentum existiert auch kein Leben nach dem Tod, ein Urteil am Versöhnungstag Jom Kippur, jedoch keine Verdammnis.[15] Somit gibt es auch im Leben

13 Exodus 21:23-25. (Siehe dazu: Homolka et al 2016, S. 335.)

14 Siehe auch Jesaja 45:7, wonach Gott das Gute schafft und auch das Böse. (Siehe dazu: Zunz 2008, S. 815.)

15 Das komplexe Verhältnis zum Leben nach dem Tod zeigt sich einmal daran, dass die jüdische Bibel ihren Fokus auf das Leben legt (Deut. 30:19) und dieses Grundverständnis im talmudischen Kommentar spiegelt. (Siehe dazu: Goldschmidt 2002: Bd. 3, S. 250 und Bd. 2, S. 37-38.).

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

keine Furcht vor einem solchen Urteil und den entsprechenden Strafen. Strafen bleiben immer weltlich.

Zum einen liegt dies an der Ganzheitlichkeit der Vorstellung des einen abstrakten, unteilbaren Gottes, und zum anderen ist die Vorstellung, dass das Böse, das Unglück, der Widerpart externalisiert wird, im Jüdischen ethisch und religiös unlogisch. Die Externalisierung des Bösen durch die Teilung in die Gestalt des Teufels, des absolut Bösen, einerseits und die eines lieben Gottes andererseits entspricht im Judentum nicht der Komplexität des Lebendigen. Da das Göttliche und das Lebendige zusammengehören, haben auch Konflikte und Ambivalenz und Gleichzeitigkeiten darin ihren Platz. Nur so ist die ehrliche Bearbeitung von Konflikten möglich.

Die Frage, ob Gott gleichzeitig allmächtig und gut sein kann, stellt sich im Judentum nur bedingt. Im Grundsatz gehört beides zusammen. Für das Judentum gilt der Grundsatz des Zusammenhangs, der Dialektik, der Eigenverantwortung und der Unteilbarkeit des Lebendigen. Das Lebendige umfasst unterschiedliche, widersprüchliche und gegensätzliche Interessen, doch sie alle gehören zusammen, sind Teil der Konflikte, Teil einer universellen Perspektive auf das Leben und die Schöpfung. Daraus ergibt sich für die Menschen eine ständige Auseinandersetzung mit sich selbst und der Natur, stets auf die Möglichkeit vorbereitet, dass auch das Böse immanent sein kann. Die Gebote und andere Gesetze sind dabei eine Orientierung, eine Möglichkeit, in dieser komplexen Welt die richtige Entscheidung treffen zu können.

Selbst die Shoah ist Teil einer Diskussion, die in allen religiösen Richtungen die Frage nach der Allmacht und Güte Gottes stellt. Die unterschiedlichen Richtungen beantworten das Theodizee-Problem[16] verschieden, doch wird es diskutiert (Jonas 1987). Selbst mit der Schlussfolgerung, dass Gott sowohl aus logischen als auch aus moralischen Gründen nicht existieren kann, da die Shoah ja stattgefunden hat.[17] Die Kontinuität, das Festhalten an der Vorstellung vom Göttlichen als Ganzes, kommt der modernen Auffassung von der Welt sehr nahe. Für die Juden wäre die Alternative ein säkulares Leben nach den Regeln des Universalismus. Dieser Universalismus bindet sich nicht an einen bestimmten Ort, sondern an die Bindung selbst. Somit sind die Juden auch kritische Betrachter ihrer eigenen Theologie.[18] Dieses kritische Denken wird nicht durch Glauben er-

16 Unter dem Theodizee-Problem versteht man die Frage: „Wie kann ein gleichzeitig liebender und allmächtiger Gott das Leid in der Welt zulassen?"

17 Der Rabbiner Jonathan Magonet fragt denn auch angesichts der Shoah eher, wo eigentlich der Mensch gewesen ist. (Siehe: Magonet 2003.)

18 Siehe hierzu: Bava Metzia 59 a-b. (Siehe: Goldschmidt 2002: Bd. 7, S. 635-636.)

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

setzt, sondern zwischen Glaube und Diskurs herrscht ein dialektisches Verhältnis.

Erlösung

Im Gegensatz zum Christentum blieb es im Judentum dabei, dass die Ankunft eines Messias, wenn sie überhaupt erwogen wird, in ungewisser Ferne liegt. Die Rettung der Menschen wird also nicht im Glauben an einen Erretter gesehen, sondern in religiöser Praxis, die mit Gesetz und Ethik der Gemeinschaft auf gleicher Stufe steht (Zentralrat der Juden in Deutschland/Schweizerischer Israelitischer Gemeindebund 2015). Verheißung, Trost oder Erlösung werden im Judentum ebenso wenig externalisiert wie das Böse. Alles ist Bestandteil der Diesseitigkeit und Vielfalt des Lebens mit seinen Konflikten. Nur so ist es nach jüdischer Auffassung möglich, Konflikte auch in ihrer Lebensrelevanz ehrlich zu bearbeiten. Verlegt man unerwünschte oder aber sehnsuchtsvoll erhoffte Teile davon in andere Instanzen, entziehen sie sich damit auch dem Individuum in seiner Endlichkeit. Trost und Erlösung in einem Jenseits zu suchen, kann die Probleme im Diesseits nicht klären. Im Judentum gibt es keine Vorstellung von einem Leben nach dem Tod. Damit kann es auch keine Belohnung geben oder eine Strafe für ein „falsch" geführtes Leben. Die Kategorie der Strafe bezieht sich im Judentum nur auf ein diesseitiges, menschliches Gericht einerseits und auf das Gewissen des Einzelnen andererseits.[19]

Einige Vorstellungen vom messianischen Zeitalter gab es auch im Judentum. Die vielleicht einflussreichste ist bis heute die der Ankunft des Messias, wenn es dem Menschen gelingt, alle Konflikte selbst zu lösen.[20] In dem Augenblick, wenn der Löwe neben dem Lamm liegen kann[21], ist der Messias nicht fern. Durch gute Taten, *Mitzog*, kann dieser Weg immer wieder von neuem begangen werden. Die wichtigste der guten Taten ist *Zeda-*

19 Kid.40b und Yoma 85b, bzw. Psikta de Rabbi Elieser 43, die das Handeln in der Lebenszeit unterstreicht: „Wenn einer nicht in seinem Leben bereut hat. Dann kann er das nicht nach seinem Tod nachholen." (Siehe dazu: Goldschmidt 2002: Bd. 3, S. 251-253 und Bd. 6, S. 642.)

20 So gelten auch aus Sicht des Talmud als eigentliche Ursache der größten Erschütterung des antiken Judentums, nämlich der Zerstörung des Zweiten Tempels im Jahre 70, die Verwerfungen unter den Menschen, siehe Yoma 9b 8. (Siehe dazu: Goldschmidt 2002: Bd. 3, S. 21.)

21 Jesaja 10:32–12:6. (Siehe dazu: Zunz 2008: 770.)

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

ka[22], Wohltätigkeit, eine Hilfe zur Selbsthilfe. *Zedaka* trägt zum Ausgleich der Gegensätze bei. Im weltlichen wie im religiösen Sinn ist *Zedaka*, mit ihrer semantischen Nähe zum Begriff *Zedek*, Gerechtigkeit, das wichtigste Gebot.

Ein Handeln, um diese Gerechtigkeit und ggf. das Kommen des Messias zu erreichen, heißt

Tikkun Olam, das Heilen der Welt. Die Welt zu Heilen ist im jüdischen Verständnis keine Aufgabe, die das Maß des Menschlichen überschreitet. *Tikkun Olam* kann unter den realen Bedingungen einer jeden Person sehr Verschiedenes sein. Das schließt große Taten nicht aus, sondern die kleinen ein.

Gershom Scholem nutzte den Begriff vom säkularen Messianismus und *Tikkun Olam* auch, als er über die jüdische Arbeiterbewegung in Russland und Galizien schrieb (Sholem 2016: 257 ff.). Für ihn war deren Vorstellung von Sozialismus und Kommunismus eine weltliche Form des osteuropäisch-jüdischen Messianismus. Unabhängig von der Ideologie und ihren Folgen erkannte Scholem, dass sehr viele osteuropäische Juden sich der Arbeiterbewegung aus ihrem Selbstverständnis des Engagements für Menschenrechte heraus anschlossen.

An der Seite der Menschenrechtsbewegungen in der Welt kämpften immer jüdische Aktivisten.[23] Gerade in den USA in der Schwarzen Bürgerrechtsbewegung engagierten sich zahlreiche jüdische Unterstützer. Sie verstanden den Universalismus, den Kampf um Gerechtigkeit, als ein zutiefst jüdisches Anliegen (Heschel 2001: 276). Ihre eigenen Erfahrungen als unterdrückte Minderheit halfen ihnen dabei. Doch die bestimmten nicht den Impuls, sich zu engagieren. Der kam und kommt aus dem Gewissen, dem Bewusstsein über die Rechte und ihre Verletzungen und dem Wissen um die Verantwortung, die Grundsätze der Menschlichkeit für alle zu leben.

Autorität

Daraus leiteten sich viele Besonderheiten des jüdischen Lebens in der Diaspora ab. Als das Christentum Staatsreligion wurde, entstand ein gewaltiger und mächtiger Apparat (Maas 2012). Das gesamte System der christli-

22 „Zedek Zedek tirdof" – Nach Gerechtigkeit sollst du streben. (Deut.16:20) Ein Schlüsselzitat im Zusammenhang mit politischem Aktivismus jüdischer Prägung. (Siehe dazu: Jacobs/Greer 2010, S. 24-25.)

23 Siehe hierzu: Dorff 2007, S. 17-20.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

chen Staaten sah seine Herrschaft, die Hierarchie seiner Institutionen und die der weltlichen und klerikalen Führung als gottgegeben an. Die Juden in diesen Ländern passten sich den Gegebenheiten an, respektierten die Herrschaft und seine Struktur, doch sahen sie nicht das Gottgewollte daran. Der universelle Gott, das jüdische Verständnis vom einzigen und allgegenwärtigen Gott, blieb ungeteilt. Diese Einstellung zu Autorität blieb der jeweiligen Herrschaft nicht verborgen. Die Weigerung der Juden, ihre Macht als Wille Gottes zu betrachten, sorgte für große Konflikte und gefährdete die jüdische Existenz immer wieder. Im besten Fall wurden die Juden dafür als arrogant, unangepasst und unaufrichtig verunglimpft. In Krisen aber wurden sie dafür verfolgt und ermordet.

Die Moderne

Zusammenfassend kann man sagen, dass die Moderne, die säkulare Welt von heute ohne diese Grundsätze nicht existieren würde. Selbst die Geldwirtschaft als abstrakte Verkehrsform im Austausch zwischen Arbeit und Gütern wäre ohne sie nicht denkbar. Die Juden werden für alle mit dem Geld verbundenen Auswüchse bis heute verantwortlich gemacht. Doch auch ohne die Geldwährung gebe es keine Moderne (Diner 2017).

Abstraktion, Individualität und Gewissen, die Gesetze und normative Moral, die Ganzheit des Lebens, die Fähigkeit, Konflikte zu benennen, um sie im Diesseits zu lösen, Bildung, Universalismus, Kosmopolitismus, die Verhältnismäßigkeit und die absolute Priorität des Lebens sowie die Aufklärung sind, was das Moderne ausmachen (Mendelssohn 1783). Sie stehen gegen Kleinstaaterei, ethnische Determiniertheit, Religion in der Politik, Aberglaube, Manichäismus und dystopischen Kulturpessimismus.

Das Judentum hat für seine Entwicklung mindestens 4.000 Jahre gebraucht. Dass jetzt sein Grundgerüst Teil der Moderne ist, sollte eigentlich dem Antisemitismus entgegenwirken. Doch im Gegenteil, je ausgeprägter die Moderne, desto deutlicher sind ihre Verwerfungen sichtbar. Daraus entstehen Konflikte, für die Juden verantwortlich gemacht werden. Je größer die Freiheiten, desto unzufriedener werden die, denen sie nicht ausreichend zur Verfügung stehen. Konflikte und Interessen stehen gegeneinander, Macht und Verantwortung treffen auf Ohnmacht und die Sehnsucht nach Unfreiheit. Der Universalismus der Moderne steht im Konflikt mit dem Partikularismus von Interessen. Dazwischen ist es schwer, ohne Feindbilder klarzukommen oder ohne sich zurückzusehnen in vermeintlich bessere Zeiten, einfaches Leben und klare Hierarchien. In einer solchen Abwehr, im Konflikt mit der Moderne sind die einzelnen Elemente

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

des Judentums eine Provokation. Sie bieten weder Trost noch Hoffnung auf ein Jenseits, sondern verweisen auf das Lebendige, Komplexe im Hier und Jetzt (Rosenbaum 1982; Kolbrener 2011).

Israel

Die Idee von wehrhaften Juden gilt bei den Wohlmeinenden bis heute als absurd und un-jüdisch (Volkov 2000; Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus 2017 ff.). Für Antisemiten kommt diese Vorstellung fast einer Kriegserklärung gleich. Dass Juden ihre Rolle als Objekte von Projektionen und Verschwörungstheorien verlassen, sich der Wehrlosigkeit entziehen und sich erdreisten, zu Subjekten zu werden, widerspricht dem Bild vom Juden. Es widerspricht der kulturellen Tradition der letzten 2.000 Jahre.

Als der Staat Israel gegründet und sogleich in einen Krieg gezwungen wurde, war dies ein neuer ungeheuerlicher Akt. Der Aufbau eines eigenen, wehrhaften Staates (Braunstein 2014; Martens 2017), in dem Juden nicht länger ohnmächtig auf die nächste Entscheidung der Herrschenden und den nächsten Pogrom warten müssen, wurde und wird als eine enorme Provokation betrachtet. Ein Teil des israelbezogenen Antisemitismus stammt aus dieser Quelle. Er hat wie alle anderen Formen des Israelhasses wenig mit der Politik der jeweiligen Regierung zu tun. Ausnahmslos jede israelische Regierung erfuhr diesen Hass in Gestalt von „Kritik an der Regierung". Allein die Tatsache, dass Juden auch in Staatsform zum handelnden Subjekt wurden, ist für diejenigen schwer hinzunehmen, die an der Idee von Juden als Objekten festhalten wollen.

Israel kommt in der Auseinandersetzung mit Antisemitismus und Moderne eine besondere Rolle zu. Dass Israel eine solche Projektionsfläche für modernen Judenhass bildet, hat verschiedene Ursachen. Sie liegen in der Abwehr der Moderne selbst begründet, aber auch in der Tatsache, dass Israel mit der Tradition des phantasiert mächtigen, aber real ohnmächtigen Juden als Objekt bricht. Die schiere Existenz des Staates Israel heizt die judenfeindliche Stimmung an. Der winzige Staat ist Beleg dafür, dass die Juden Aggressoren sein müssen, weil sie, von der Ohnmacht befreit, nun vermeintlich ungehindert mächtig sind. Zu den üblichen antisemitischen Verschwörungstheorien, deren allererste übrigens Antijudaismus war, kommt nun die Rolle Israels hinzu.

Kein anderes Land hat eine vergleichbare Entstehungsgeschichte. Israel ist keine Ausgründung einer Provinz, die aufgrund spezifischer Besonderheiten nach Unabhängigkeit strebte. Solche Länder hatten bereits eine Be-

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

völkerung und ein Gebiet. Israel hingegen entstand aus einer Konstellation, in der den Juden als Objekten keinerlei Handlungsmöglichkeit zugesprochen wurde. Die Shoah war die denkbar schlimmste Form, Juden durch Ermordung zum Objekt zu machen, einschließlich des Versuchs, sogar ihre Körper zu verwerten. Die Gründung des Staates Israel folgt der Lehre aus der Geschichte der Juden in Europa, die mit der Shoah endete. Diese Lehre bedeutet, unter keinen Umständen wieder zum ohnmächtigen Objekt zu werden. Subjekt im eigenen Land zu sein, heißt, nie mehr eine Randexistenz zu führen, auf keinen Fall einer Mehrheit ausgeliefert zu sein und eigene, normale und sogar schlimme Fehler machen zu dürfen. Aus diesem Grund existiert der Staat Israel, und aus diesem Grund hat er mit Gegensätzen zu kämpfen.

Das Judentum beruht auf verschiedenen Prämissen, es hat eine religiöse und eine ethnische Quelle. Es ist eine Stammes- und eine Religionsgemeinschaft. Halachisch, also gemäß dem Religionsgesetz, ist Jude, wer von einer jüdischen Mutter geboren wurde. Dies gilt, selbst wenn die Person nicht religiös ist oder sich einer anderen Religion zugewandt hat.[24] Es ist aber auch möglich, Jude zu werden, indem eine Person einen Übertritt vollzieht. Übertritte sind schwer, da die jüdische Gemeinschaft keine Mission will – ganz im Gegenteil. Wer sich entscheidet, Jude zu werden, hat einen langen und harten Weg vor sich, auf dem Wissen und Praxis gefragt ist und auf Bekenntnisse verzichtet wird.

Israel versteht sich aus diesem Grund als sowohl säkular als auch religiös, genau wie das Judentum selbst. Desgleichen ist es sowohl divers und universalistisch als auch partikularistisch. In Israel leben Menschen mit den unterschiedlichsten Hintergründen und Religionen. Daraus entsteht eine kosmopolitische, offene Atmosphäre. Gleichzeitig leben dort sehr religiöse Menschen, die mit der kosmopolitischen Lebensweise in Konflikt geraten. Die Gesetzgebung ist ebenfalls sowohl säkular als auch religiös. Daraus entsteht eine schwierige Gratwanderung, in der sich die israelische Demokratie von anderen unterscheidet und die im Alltag immer wieder neu ausgehandelt werden muss. Universalistisch ist Israel, weil es ein modernes, demokratisches Land ist, das Individualrechte schützt. Partikularistisch ist es, weil es sein Staatsgebiet mit Waffen schützt, das Land gegen potenzielle Angriffe absichert und an dieser Haltung keinerlei Zweifel zulässt. Die Lebensrealität Israels auf diese eine Tatsache zu reduzieren und

24 Ein komplexes Thema, denn innerjüdisch scheiden sich hier die Geister teils drastisch, aber eben entlang der Frage, wie das Jüdisch-Sein zu definieren wäre: religiös oder religionsrechtlich und damit juristisch oder ethnisch oder kulturell.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

dies ohne den gesamten regionalen, politischen und historischen Kontext zu tun, ist Teil der Dämonisierung eines Staates, die kein anderer Staat auf der Welt erfährt.

Dass Israel gehasst wird, ist auch eines anderen Grundes wegen kaum verwunderlich: In der Geschichte des Antisemitismus wurde den Juden stets beides vorgeworfen: der Partikularismus als Ausdruck von Hochmut und des Eigeninteresses und ihr Universalismus als Ausdruck des Liberalismus und sein weltweites Wirken. Israel hat diese Dualität wie auch den Zorn darauf übernommen.

Die partikularen Interessen der Juden galten in der Geschichte stets als selbstsüchtig und illegitim oder unfein. Bis heute existiert diese Perspektive. Der jüdische Universalismus ist in gebildeten Kreisen Europas mitunter gern gesehen, solange die Juden auf den partikularen Teil verzichten. Bestehen sie aber darauf, also auf die Option, in Israel Wehrhaftigkeit als Alternative zu haben, geraten auch wohlgelittene Diaspora-Juden sofort unter Druck. Diejenigen Juden, die den Partikularismus ablehnen und allein auf den Universalismus bauen, verstehen oft wenig von jüdischer Philosophie, die diesem Zusammenhang viel Aufmerksamkeit widmet. Auch deswegen sind sie meist auch von der Hybris getrieben, eine Lösung für den „Nahostkonflikt" zu kennen. Doch in Israel gibt es dazu keine Alternative, denn es würde nicht weiter existieren, gäbe es den partikularen Teil, die Selbstverteidigung, auf. Israel liegt inmitten einer Region, die dem Land existentiell feindlich gesonnen ist, und somit wäre der Universalismus als ein Konzept größtmöglicher Offenheit gegenüber allen anderen das Todesurteil für die Existenz des Staates.

Bis 1948 gab es den Staat Israel nicht. Jetzt existiert er wie andere Staaten, die nach dem zweiten Weltkrieg neu gebildet wurden. Dieser Krieg hat zu Verschiebungen der Grenzen geführt, zu Neuansiedlungen und zur Flucht großer Menschengruppen. In diesem Kontext entstand – wenn auch auf andere Weise – ebenfalls der jüdische Staat, dem bis heute, im Gegensatz zu den anderen, das Existenzrecht als Staat abgesprochen wird. Kein anderer Staat der Welt muss sich mit einer solchen eliminatorischen Forderung auseinandersetzen.

Die Frage der Gewalt gegen Araber in den besetzten Gebieten ist ein großes Problem. Das steht außer Frage. Für die Lösung des Konflikts kann es nur einen Weg geben, der die gesamte Region einbezieht. Allein Israel in der Verantwortung zu sehen und die Konflikte in der Region außer Acht zu lassen, ist Teil der Überforderung, die am Ende bestenfalls einen Status Quo zementiert. Israel ist real, mit Konflikten und schweren Herausforderungen wie profanen Problemen. Seine Existenz aber bedeutet das

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Ende der Schutzlosigkeit für Juden aus aller Welt, wenn auch nicht das Ende von Hass, Antisemitismus und Projektionen.

Als negativer Fixpunkt der Diskussionen um die Moderne steht Israel für die westlichen Demokratien. Dass seine Feinde in ihm die Verkörperung des Bösen, des Kapitalismus, Kolonialismus, des Rassismus sehen, des Übels der Welt, gehört inzwischen zur gängigen Narration gegenüber der liberalen Moderne in einer globalisierten Welt. Sie unterscheidet nur die Narration von Opfern und Tätern, von guten Unterdrückten und bösen Unterdrückern, ganz unabhängig von realen Vorgängen, Kontexten und konkreter Politik.

Die Palästinenser, als permanente Opfer, sind zum Synonym globaler Ungerechtigkeit geworden (Elbe 2020). Jeder Konflikt, jedes Unrecht, jeder Rückschlag wird in diesem Sinne interpretiert. Wer dem System trotzt, wer für die Unterdrückten ist, landet – so er nicht deutlich widerspricht – ideologisch an der Seite der Palästinenser, die gegen Israel zu Felde ziehen müssen.

Die „Palästinensierung" des globalen Diskurses über Gerechtigkeit, Rassismus und die Moderne hat bizarre Ausmaße angenommen. Die permanente Diskussion um BDS, die antiisraelische Boykottbewegung, zeigt diese Entwicklung deutlich. Sie steht stellvertretend für eine antimoderne Debatte, deren Ziele apologetisch und ideologisch sind und mit der realen Situation der tatsächlichen Opfer – ganz besonders der Palästinenser – nichts zu tun haben. Eine Verbesserung ihrer Lebenssituation liegt nicht darin, sie antimodernen und meist auch radikalen, antiemanzipatorischen Ideologien auszuliefern, die jegliche Art von Fortschritt zugunsten einer menschenfeindlichen Verelendungstheorie ablehnen. Eine solche Ablehnung von Fortschritt und Entwicklung als Methode gegenüber den Palästinensern, gepaart mit Vernichtungsphantasien gegenüber Israel, ist wohl die gängigste Form von antisemitischem Hass auf die Moderne. Doch so wie es die Moderne ohne den Beitrag des Judentums in dieser Form nicht hätte geben können, so wird es auch in Zukunft keine Moderne ohne Juden geben, zu der der Staat Israel nun einmal dazugehört.

Fazit

In einer Welt der Globalisierung sind Flexibilität, Internationalität, rasches Orientierungsvermögen in wechselnder Umgebung, Kompetenz für komplexes und abstraktes Denken und Handeln gefragt. Sie erfordert eine Arbeits- und Lebensstrategie des Sowohl-als-Auch, einer dialektischen und inklusiven Perspektive. Diese über Jahrhunderte trainierten Fähigkeiten der

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

jüdischen Diaspora passen in die internationalisierte Welt. Der Neid auf solche Eigenschaften, wie Götz Aly in „Warum die Deutschen, warum die Juden“ ausführlich beschrieben hat (Aly 2011: 277 ff.), trieb seit Beginn der Industriegesellschaft besonders in Deutschland den Antisemitismus an. Auch in der Zeit der Globalisierung ist dieser Neid nicht verschwunden. Im Gegenteil: Die Globalisierung selbst wird als jüdisches Komplott gesehen und dient als Chiffre für den strukturellen Antisemitismus der Gegenwart. In globalisierungskritischen Bewegungen sind daher antisemitische Stereotype besonders häufig anzutreffen. Da die Moderne und Globalisierung heute zusammengehören, setzt sich antisemitische Stereotypisierung auch hier fort. Die Mischung aus Neid und tradierter Abwehr des Jüdischen sind die Grundbausteine antimoderner Strömungen der Gegenwart. Die Gesichter der Antimoderne sind dabei heute sehr verschieden. Ob sie sich selbst als progressiv, religiös, rechts oder links verstehen – sie alle verbindet ihr offener oder latenter Antisemitismus (Rabinovici et al 2004; Heilbronn et al 2019).

Den Juden kam in der Geschichte immer wieder die Rolle des Bösen zu. Der Wille zu dessen Externalisierung mündete in der Shoah, durch den dieses Böse seine finale Vernichtung erleben sollte. Antisemitische Vernichtungsphantasien erleben in der Gegenwart eine Renaissance, einschließlich der Bedrohung des Staates Israel und seiner Bewohner. Dies ist und bleibt eine reale Gefahr für die Juden, ganz gleich, wo sie leben und wie ihre politische Haltung zum Staat Israel im Einzelnen ist.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Literatur

Adorno, Theodor/Horkheimer, Max (1947): Dialektik der Aufklärung: Philosophische Fragmente. Querido Verlag: Amsterdam.

Albeck, Chanoch (1965 [1936]): Einleitung. In: Theodor, Julius/Albeck, Chanoch (Ed.): Midrash Bereshit Rabba 3. Berlin 1936/Jerusalem 1965, S. 1-138.

Aly, Götz (2011): Warum die Deutschen? Warum die Juden? S. Fischer: Frankfurt.

Assmann, Jan (2015): Exodus: Die Revolution der Alten Welt. C. H. Beck: München.

Braude, William G. (Ed.) (2002): Pesikta De-Rab Kahana. 2nd revised ed. The Jewish Publication Society: Philadelphia.

Braunstein, Dirk (2014): Der wehrhafte Jude als Dorn im Auge. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 26.8.2014 (Online: https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/antisemitismus-der-wehrhafte-jude-als-dorn-im-auge-13116488.html, aufgerufen am 20.2.2020)

Brenner, Michael (2008): Kleine jüdische Geschichte. C. H. Beck: München.

Dahrendorf, Ralf (1965): Gesellschaft und Demokratie in Deutschland. Piper: München.

Diner, Dan (2017): Aufklärungen. Reclam: Leipzig.

Dorff, Elliot N. (2007): The Way Into Tikkun Olam: Repairing the World. Jewish Lights Publications.

Elbe, Ingo (2020): Wenn Linke einen Schlussstrich unter Auschwitz fordern. In: *DIE WeLT* vom 8. Juni 2020.

Freud, Sigmund (1974 [1930]): Das Unbehagen in der Kultur. Studienausgabe. Band IX. Fischer: Frankfurt, S. 191-270.

Goldschmidt, Lazarus (2002): Der babylonische Talmud. 12 Bände. Suhrkamp: Frankfurt.

Haeberli, Simone (2010): Der jüdische Gelehrte im Mittelalter. Christliche Imaginationen zwischen Idealisierung und Dämonisierung. Thorbecke: Ostfildern.

Heilbronn, Christian/Rabinovici, Doron/Sznaider, Natan (2019): Neuer Antisemitismus. Suhrkamp: Berlin.

Herzig, Arno (2010): Judentum in Antike und Frühmittelalter. In: Informationen zur politischen Bildung 307/2010. Eigenverlag: Bonn.

Heschel, Abraham J. (2001): The Prophets. Harper Perennial Modern Classics: New York.

Hilberg, Raul (1990): Die Vernichtung der europäischen Juden. 3 Bände. Fischer Verlag: Frankfurt.

Homolka, Walter/Liss, Hannah/Liwak, Rüdiger (2016): Die Tora. Die Fünf Bücher Mose und die Prophetenlesungen (hebräisch-deutsch) in der revidierten Übersetzung von Rabbiner Ludwig Philippson. Herder: Freiburg.

Jackson, Bernard S. (1975): Essays in Jewish and Comparative Legal History. Cambridge University Press: Leiden.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Jacobs, Jill/Greer, Simon (Hrsg.) (2010): There Shall Be No Needy: Pursuing Social Justice Through Jewish Law. Jewish Lights Publishing.

Jonas, Hans (1987): Der Gottesbegriff nach Auschwitz: Eine jüdische Stimme. Suhrkamp: Frankfurt.

Kaplan, Leonard/Koltun-Fromm, Ken (Ed.) (2016): Imagining the Jewish God. Lexington Books: Lanham.

Kaplan, Marion (Hrsg.) (2003): Geschichte des jüdischen Alltags in Deutschland. C. H. Beck: München.

Kohler, Kaufmann (1906): Kingdom of God („Malkuta de-Adonai"). In: Jewish Encyclopedia. (Online: http://www.jewishencyclopedia.com/articles/9328-kingdom-of-god, aufgerufen am 20.2.2020)

Kolbrener, William (2011): Open Minded Torah: Of Irony, Fundamentalism and Love. Bloomsbury Academic: London.

Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (2017 ff.): Anders Denken. Online Plattform für Antisemitismuskritik und Bildungsarbeit. (Online: https://www.anders-denken.info/suche?searchval=Israelbezogener%20Antisemitismus, aufgerufen am 20.2.2020)

Kuntze, Johannes (2013): Bürgerliche Mitgliedschaft in Religionsgemeinschaften. Bd. 4 „Göttinger Schriften zum Öffentlichen Recht". Universitätsverlag Göttingen: Göttingen.

Magonet, Jonathan (2003): Einführung in das Judentum. Jüdische Verlagsanstalt Berlin: Berlin.

Martens, René (2017): Wehrhafte Juden sieht man nicht gern. In: *die tageszeitung* vom 11.6.2017. (Online: https://taz.de/Zensur-einer-Antisemitismus-Doku/!5416329, aufgerufen am 20.2.2020)

Mendelssohn, Moses (1783): Moses Mendelssohns Schrift: Jerusalem oder über religiöse Macht und Judenthum. Berlin 1783.

Neusner, Jacob (1977–1981): The Tosefta. Translated from the Hebrew. 6 Volumes. New York.

Oz, Amos/Oz-Salzberger, Fania (2013): Juden und Worte. Suhrkamp: Frankfurt.

Rabinovici, Doron/Speck, Ulrich/Sznaider, Natan (2004): Neuer Antisemitismus? Suhrkamp: Frankfurt.

Rosenbaum, Stanley N. (1982): What to Do Until the Messiah Comes: On Jewish Worldliness. In: Christian Century, December 8, 1982, S. 1251. (Online: https://www.religion-online.org/article/what-to-do-until-the-messiah-comes-on-jewish-worldliness, aufgerufen am 20.02.2020)

Salzborn, Samuel (2010): Antisemitismus als negative Leitidee der Moderne. Campus: Frankfurt.

Salzborn, Samuel (2020): Kollektive Unschuld: Die Abwehr der Shoah im deutschen Erinnern. Hentrich & Hentrich: Leipzig.

Schumacher, Bernard N. (2017): The dictatorship of conscience. In: Nova et vetera. The Catholic University of America Press, Vol. 15, No. 2, Spring 2017.

Sholem, Gerschom (2016): Judaica 4. Suhrkamp: Frankfurt.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Stein, Hannes (1998): Moses und die Offenbarung der Demokratie. Rowohlt Berlin: Berlin.

Stemberger, Günter (Hrsg.) (2010): Mekhilta de-Rabbi Jishma'el. Ein früher Midrasch zum Buch Exodus. Verlag der Weltreligionen: Berlin.

Volkov, Shulamit (2000): Antisemitismus als kultureller Code. C. H. Beck: München.

von Braun, Christina/Brumlik, Micha (2018): Handbuch Jüdische Studien. UTB: Stuttgart.

von Treitschke, Heinrich (1879): Unsere Aussichten. In: Preußische Jahrbücher 44, Heft 5 (November 1879), S. 559-576.

Vorländer, Hans (2014): Demokratie. Informationen zur politischen Bildung 332 (1/2017). Eigenverlag: Bonn.

Zeligs, Dorothy F. (1961): Abraham and the Covenant of the Pieces: A study in Ambivalence. In: American Imago 18, S. 173-86.

Zentralrat der Juden in Deutschland/Schweizerischer Israelitischer Gemeindebund (Hrsg.) (2015): „Lehre mich, Ewiger, Deinen Weg" – Ethik im Judentum. Hentrich & Hentrich: Leipzig.

Zunz, Leopold (2008): Die vierundzwanzig Bücher der Heiligen Schrift nach dem masoretischen Text. Sinai Verlag: Tel Aviv.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Antisemitismus und Moderne

Natan Sznaider

Kann, ja, darf es einen distanzierten soziologischen Blick auf Antisemitismus geben?[1] Kann das Thema überhaupt jenseits politischer Zuschreibungen erörtert werden? Im politischen Blick sind Antisemiten immer die Anderen, dient der Antisemitismusvorwurf oft als politischer und ideologischer Blitzableiter. Das haben die Reaktionen auf den antisemitischen Anschlag in Halle im Oktober 2019 noch einmal deutlich gezeigt. So schnell wird der soziologische Blick mit der Sache nicht fertig. Er ist zugleich weiter weg und näher dran, er konfrontiert uns mit der Mannigfaltigkeit der verschiedensten Beschreibungen derselben Wirklichkeit.

Worauf also lassen wir uns ein, wenn wir Antisemitismus *begreifen* wollen? Meinen wir ein Gefühl, ein Ressentiment, eine Haltung, ein Gerücht oder gar nur ein Vorurteil über eine bestimmte soziale und kulturelle Gruppe, die Juden genannt wird? Und wer sind diese Jüdinnen und Juden, denen so vieles übelgenommen wird? Von wem reden und theoretisieren wir also, wenn wir über Juden sprechen und nachdenken?

Als Mitherausgeber eines Sammelbandes, der die globale Debatte über Antisemitismus zu bündeln versucht hat, fiel mir auf, dass wir es mit einem programmatischen Selbstbedienungsladen zu tun haben (Heilbronn u. a., 2019). Autoren und Autorinnen, die über den Antisemitismus schreiben, suchen sich den Antisemitismus aus, der politisch am besten passt. Da kann der Antisemitismus rechts, links, islamisch sein, aus der Mitte oder von sonst woher kommen. Trotzdem ist gerade in der letzten Zeit nicht zu leugnen, dass der Antisemitismus täglich sein hässliches Gesicht zeigt: Kippaträger (also sichtbare Juden) fühlen sich in Deutschland

1 Dieser Essay beruht auf einen Vortrag in der Heinrich-Böll-Stiftung am 29. August 2019. Der Autor hat ihn für diese Veröffentlichung leicht überarbeitet. Der Vortrag wurde vor dem Anschlag in Halle am 9. Oktober 2019 geschrieben. Aber es macht durchaus Sinn, die Gedanken auch unter dem Eindruck von Halle zu lesen. Der Text knüpft an Überlegungen an, die der Autor zusammen mit seinen Mitherausgebern Christian Heilbronn und Doron Rabinovici im Vorwort des gemeinsamen Sammelbands „Neuer Antisemitismus? Fortsetzung einer globalen Debatte" entwickelt hat. Das Buch erschien im Februar 2019 bei Suhrkamp in Berlin.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

und nicht nur dort zusehends unsicher, jüdische Kinder werden nicht nur in Schulen gemobbt.

Im Netz hasst sowieso jeder jeden, aber Juden werden dort ziemlich schlecht behandelt. Und natürlich der schon erwähnte Versuch eines rechtsradikalen deutschen Terroristen, am höchsten Feiertag der Juden, am Yom Kippur, ein Massaker an Juden anzurichten. Natürlich kann man den Anschlag in Halle in erster Linie im Lichte des Versagens der Sicherheitskräfte in Halle und Sachsen-Anhalt behandeln: Die Synagoge war polizeilich nicht geschützt, obwohl sie es gerade am höchsten jüdischen Feiertag sein sollte. Eine Debatte um Sicherheitsfragen und den Schutz jüdischer Institutionen in Deutschland musste beginnen, und sie begann. Aber es geht darum, das Phänomenon jenseits von Sicherheitsfragen zu fassen zu bekommen.

Alarmisten und Leugner

Wie untersucht man Antisemitismus, wenn man zwar nicht gleich alle durchaus berechtigten Sturmglocken läuten lassen möchte, als wäre er ein metaphysischer Ungeist, der über uns kommt und verschwindet, doch andererseits auch nicht mit denen übersteinstimmen will, die da sagen, dass die Ängste eigentlich übertrieben seien und der Judenhass ständig abnehme? Es lassen sich Statistiken zu beiden Ansichten finden. Wer über Antisemitismus spricht, sieht sich zumeist in einer fatalen Dichotomie zwischen Alarmisten und Leugnern gefangen. Alarmisten sehen das hässliche Gesicht des Antisemitismus wieder auferstehen und sehen fast jeden gegen Israel gerichteten Ausdruck politischer Kritik als Fortsetzung des Antisemitismus mit anderen Mitteln.

Alarmisten stellen auch unsere Alltagssicherheit in Frage und lassen uns daran zweifeln, dass wir in einer existentiell sicheren Welt leben. Leugner dagegen versuchen, die Angriffe auf Israel als politisch gerechtfertigt zu verteidigen. Sie bestreiten, dass es eine neue Welle des Antisemitismus gibt, sie behaupten, dass die Islamophobie eigentlich schlimmer sei. Beide Seiten verlieren sich häufig in einer Debatte über die Legitimität der Kritik an Israel. Es ist am Ende eine Diskussion, die die politischen Einstellungen der Sprecher (man ist entweder für oder gegen Israel) verstärkt. Wenn überhaupt, sprechen sie eher über aktuelle Manifestationen der Islamophobie, indem sie ein Gefühl gegen das andere ausspielen. Leugner zweifeln auch die gefühlte Alltagserfahrung von Juden und Jüdinnen an. Man soll nicht übertreiben, sagen sie, wir leben in der für Juden besten Welt, die es je gab.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Antisemitismus und Israel

In der Debatte über diesen neuen Antisemitismus wird auch der Vorwurf erhoben, dass die Kritik an Israel in einigen Fällen weit über eine sachlich gerechtfertigte Kritik hinausgehe und ihr wahres Motiv antisemitisch sei. Als Zentren dieses neuen Antisemitismus werden die islamische Welt, aber auch Europa ausgemacht, als ihre Träger werden zum einen islamistische Kräfte gesehen, zum anderen Teile der weltweiten Linken, deren Antizionismus sich nur allzu oft als Antisemitismus entlarve. Seinen Ausdruck finde der neue Antisemitismus einerseits in einer neuen verbalen Radikalität gegenüber Israel und den Juden insgesamt, andererseits in einer neuen Gewaltsamkeit, die sich in der gestiegenen Zahl der Übergriffe gegen Juden manifestiere.

Die Gründung des Staates Israel als Ausdruck jüdischer politischer Souveränität macht es uns in der Tat nicht einfacher, über Antisemitismus nachzudenken. Warum gibt es so viel Kritik an Israel? Ist sie berechtigt? Ist es zu viel Kritik und die Motivation der Kritiker fragwürdig, also antisemitisch? Damit wird deutlich, dass sich mit der Gründung des Staates Israel die Umrisse dieser Debatte völlig geändert haben. Nach 1945 schien es mehr als natürlich, dass nur der Zionismus für die Juden das von den Nazis Zerschlagene wieder zusammenfügen kann. Ein mystisches Grundereignis, das politisch übersetzt wurde, nämlich den Juden einen Staat zu geben. Israel ist ein theologisches und ein politisches Projekt zugleich. Ein Beispiel: Gleich nach der Staatsgründung 1948 hatten die Oberrabbiner Israels ein neues Gebet in die Welt gerufen: „Das Gebet für den Frieden des Staates Israel". Darin heißt es: „Unser himmlischer Vater, Fels Israels und sein Erlöser, segne den Staat Israel, den Anfang der Blüte unserer Erlösung." Wenn Israel in der Tat der Anfang der jüdischen Erlösung war, dann muss die Kritik an der politischen Existenz Israels gleichzeitig auch Kritik an dieser Erlösung sein.

Die Kritiker des Begriffs des „neuen Antisemitismus" sehen darin hingegen nur ein politisches Instrument mit durchsichtigen Zielen. Dabei gehe es um den Versuch, Kritik an israelischer Politik gegenüber den Palästinensern zu unterbinden, ja, Israel immun gegen Kritik zu machen, so sagen die einen. Mehr noch: Just die Abkehr von der nazistischen Ideologie speist den Groll der einen gegen die Juden oder Israel und nährt zugleich das Misstrauen der anderen, hinter den Anschuldigungen gegen jüdische, zionistische oder israelische Politik verberge sich nichts als das alte Ressentiment.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Zwei moralische Narrative des 20. Jahrhunderts

Wir sind also festgefahren. Auf beiden Seiten arbeiten die Beteiligten der Debatte mit einer Rhetorik des Verdachts: Der Antisemitismusvorwurf gründet auf der Vermutung, dass *das Gesagte nicht das Gemeinte ist*, obwohl gerade in der letzten Zeit das Gesagte und Gemeinte sehr wohl übereinstimmen. Wie lässt sich diese Konstellation sinnvoll entschlüsseln? Geht es am Ende doch nur um Weltanschauungen, also um die Weltanschauung?

Es gibt zwei große moralische Narrative des 20. Jahrhunderts. Israel und die Juden befinden sich im Brennspiegel von beiden. Das eine ist der Holocaust mit allen historischen Konsequenzen – für die Juden, dass sie in Israel den Garanten ihrer Sicherheit sehen und die Gründung des Staates Israel in der Tat als Erlösung. Aber es gibt auch ein anderes moralisches Narrativ des 20. Jahrhunderts, in dem der Holocaust keine zentrale Rolle spielt. Hier stehen die Grausamkeiten des Westens gegen die Welt im Vordergrund, die außerhalb des Westens liegt. Nicht Holocaust, sondern Kolonialismus und Imperialismus sind in diesem Narrativ die semantischen Markierungen. In diesem Narrativ sind Israelis weiße Siedler, Israel eine Siedlergesellschaft, die die eingeborene Bevölkerung unterwirft und die als Handlager des Westens gesehen wird.

Sicher sind diese beiden moralischen Narrative nicht klar voneinander zu trennen, sie sind sowohl politisch als auch historiographisch miteinander verknüpft. Gerade im Nahostkonflikt überlagern sie sich.[2] Das kolonialistische Narrativ ist vor allem in den letzten Jahren durch Einwanderung und globale Medien wieder in Europa angekommen und konkurriert mit dem Narrativ des Holocaust.

Zu einer Soziologie des Antisemitismus

Also wie über Antisemitismus reden und denken? Wie soll Antisemitismus definiert werden? Mit Israel oder ohne Israel? Mit Juden oder ohne Juden? Juden sind eigentlich Fremde, weil sie so vertraut sind. Das ist eine alte so-

2 Es war Hannah Arendt, die in ihrer Totalitarismus-Studie „Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft“ (zuerst 1951 auf Englisch erschienen) auf diese Verknüpfung hingewiesen hat. Bis heute sind ihre Thesen heftig umstritten. Sie sah sowohl den Holocaust als auch den Kolonialismus (in ihrer Sprache: den Imperialismus) als Produkte des Westens, für den der Antisemitismus konstitutiv war. Nicht mehr die alte religiöse Judeophobia, sondern eine moderne Grundhaltung, die Juden als schuldig für die Krise der Moderne sieht.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

ziologische Binsenwahrheit, die von dem jüdischen Soziologen Georg Simmel schon 1908 formuliert wurde. Er hatte am eigenen Leib erfahren, worüber er schrieb: Es ist ihre Vertrautheit, die sie zu Fremden macht (Simmel 1908). Der jüdische Zustand macht den menschlichen Zustand der Fremdheit für andere sichtbar. Und es geht dabei gerade um den Topos der Sichtbarkeit. Damit lässt sich die Debatte über den Antisemitismus immer noch beginnen. Es geht darum, komplexe soziale Zusammenhänge wieder zu vereinfachen.

Ein weiterer jüdischer Soziologe, Karl Mannheim, nannte diesen Prozess 1930 „Re-Primitivisierung".[3] Diese Tendenz der Reduzierung von Komplexität kann von rechts oder links kommen, von anderen religiösen Tendenzen, die Welt mit einfachen Augen zu sehen, wie zum Beispiel sich den Nationalstaat in Zeiten der Globalisierung einzubilden. Re-Primitivisierung kann sehr komplex sein. Aber auch der Begriff von „Re" in Re-Primitivisierung war Mannheim wichtig; es war eine reflexive Haltung von Menschen, die die Moderne schon erfahren haben und sich zurücksehnen in die Einfachheit, was in unserem Fall heißen mag, eine Welt ohne Fremde, ohne Juden. Das heißt dann auch, dass diese soziologische Frage gleichzeitig eine jüdische Frage ist. Gibt es jüdische Antworten auf solche soziologischen Fragen? Das sind beileibe keine Rand-, sondern Schlüsselfragen, die das Tor zu den Rätseln und Unbegreifbarkeiten des Antisemitismus aufstoßen können.

Wir sind als Historiker und Theoretiker des Antisemitismus immer im Netz des Gegenstands selbst gefangen. Wenn der Antisemitismus bedeutet, negative Gefühle und Meinungen gegen ein Kollektiv zu hegen, dann muss der Antisemitismus-Analytiker auf die kollektiven Grundannahmen des antisemitischen Gefühls teils eingehen, um sie zu decodieren. Antisemitismus und Anti-Antisemitismus gehen in diesem theoretischen Unternehmen immer wieder unwillkürlich Hand in Hand. Was soll man als Analytiker des Antisemitismus gegen diesen Befund tun? Sollen wir eine Theorie von antisemitischen Einstellungen konstruieren, die völlig unabhängig von jüdischem Verhalten oder Handeln ist? Müssen die Juden als nur passive Opfer von Groll und Hass gegen sie gesehen werden, um zu einer „richtigen" Theorie zu gelangen? Kann so eine Konstruktion überhaupt funktionieren?

---

3 Der Begriff der „Re-Primitivisierung" wurde von Mannheim in seinen Vorlesungen zur Soziologie in Frankfurt angewandt. Diese Vorlesungen wurden veröffentlicht unter: Endreß u. a., 2000.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Historische Momente der Moderne und des Antisemitismus

Ich möchte von drei historischen Momenten der Moderne sprechen, die das Thema meiner Meinung nach etwas besser beleuchten können und in denen Juden eine zentrale Rolle spielten. Da sind zum Ersten die Aufklärung und die sogenannte Judenemanzipation mit dem Versprechen der auf Gleichheit beruhenden Staatsbürgerschaft im 18. Jahrhundert. Des Weiteren die revolutionäre Tradition, die im 19. Jahrhundert den Juden Gleichheit als Menschen versprach. Sowie die jetzige Formation, die sich zwischen Nationalismus und Post-Nationalismus bewegt, und die Gründung Israels als Ausübung jüdischer politischer Souveränität im Staate Israel nach der Shoah.

Beginnen wir mit der Emanzipation und der Aufklärung. Für Juden hieß das Motto: *Sei ein Jude zu Hause und ein Mensch in der Welt.*[4] Die Emanzipation verlangte die öffentliche Unsichtbarkeit der Juden.[5] Es war auch danach nicht einfach für Juden, sich dem Vorwurf zu entziehen, eine „Nation innerhalb einer Nation" zu sein. Die Emanzipation ist der Beginn des „unsichtbaren" Juden, der durch das Versprechen der Staatsbürgerschaft wie alle anderen Menschen sein konnte. In einer Zeit, in der Modernität auch den Übergang von „Gemeinschaft" zu „Gesellschaft" bedeutete, wurde dies zu einer Anklage gegen Juden. Sie waren immer noch eine enge Gemeinschaft und unterminierten damit die allgemeinen Ansprüche der Staatsbürgerschaft, nutzten jedoch gleichzeitig die zunehmende Privatisierung und Kommerzialisierung der Gesellschaft, das war die Meinung derjenigen, die in den Juden Feinde der Nation sahen.

Juden waren in einer Doppelbindung gefangen. Sie wurden als zu partikular angesehen, um universelle Bürger zu sein, und als zu universell, die Grenzen der Staatsbürgerschaft überschreitend, eigentlich zu kosmopolitisch, um partikulare Bürger zu sein. Juden wurden von französischen Revolutionären beschuldigt, das Projekt der Revolution zu verhindern, und gleichzeitig vom konterrevolutionären katholischen Klerus für die Revolution verantwortlich gemacht. Damit begann die „Schuld" der Juden an der Moderne.

---

4 Dieses Motto stammt von dem russischen jüdischen Aufklärer Jehuda Leib Gordon, entnommen aus einem Gedicht aus dem Jahre 1866. Gordon wollte ebenfalls, dass Juden in Russland Russisch zu reden beginnen. Es war aber auch der Beginn des sich emanzipierenden Judentums, öffentlich unsichtbar zu werden.

5 Im Mai 2019 riet der Antisemitismusbeauftragte der deutschen Regierung Juden, keine Kippa mehr im öffentlichen Raum zu tragen. Damit wollte er zu ihrem Schutz, dass Juden in der Tat unsichtbar werden.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Einige Jahrzehnte nach der Französischen Revolution reflektierte Karl Marx in seiner Schrift „Über die Judenfrage“ (1843) über die politische Emanzipation der Juden und warum sie versagen musste. Marx glaubte nicht, dass das jüdische Problem mit rechtlichen Mitteln gelöst werden könne. Gleiche Staatsbürgerschaft war nicht das Problem; Kapitalismus war es. „Die soziale Emanzipation des Juden ist die Emanzipation der Gesellschaft vom Judentum“, schrieb Marx, und diese Aussage wurde nicht nur für die Feinde der Juden zu einem Schlachtruf, sondern auch für die Juden selbst, die im Sozialismus eine jahrhundertealte jüdische Sehnsucht nach Errettung sahen, jetzt als „menschliche Emanzipation“ bezeichnet.

Juden als Juden unterminierten diesen universellen Anspruch. Damit hat Marx die Juden in den Mittelpunkt des europäischen Dramas der Moderne gestellt. Die Juden wurden zum Symbol aller modernen Paradoxien. Als Figuren der Partikularität unterminierten sie den universellen Anspruch der Aufklärung. Sie wurden zu Außenseitern der Aufklärung und lebten immer noch in Fantasiewelten eng verwurzelter Gemeinschaften. Gleichzeitig waren Juden auch das Symbol für das Gegenteil der Gemeinschaft: Transnationalismus, heimat- und wurzellos, mehrfache Loyalität und Geldwirtschaft. Dies definiert die paradoxe Situation der Juden in der Wahrnehmung vieler Nichtjuden: Ihr Kosmopolitismus ist partikular und ihre Partikularität kosmopolitisch. Also sehen wir hier nochmals das Drama der Emanzipation neu gespielt.

Die Emanzipation und der Sozialismus begannen mit großen Versprechen an die Juden: Das Exil kann in der Tat beendet werden. Die Emanzipation, die bürgerliche Gleichstellung sind der erste Schritt dafür. Juden sind nicht mehr die Wanderer, sie können gleichberechtigte Mitglieder einer vermeintlichen Volksgemeinschaft sein, so wie alle anderen auch. Und in diesem Versprechen machte sich gerade der Widerspruch zwischen Nationalismus als homogenisierender Kraft einerseits und der Zerstreuung andererseits geltend. Im allgemeinen Willen der Nation darf es keinen partikularen Willen mehr geben. Ein wahrhaft revolutionärer Gedanke. Aber gleichzeitig der Beginn der Gewalt gegen diejenigen, die sich dem universalen Angebot widersetzen wollten. Partikulare Juden gehörten der Vergangenheit an, mussten „verbessert“ werden, um zu Menschen zu werden.[6]

6 Bezeichnend dafür ist die Streitschrift eines der preußischen Befürworter der jüdischen Emanzipation, Christian Konrad Wilhelm von Dohm, aus dem Jahre 1781: „Über die Bürgerliche Verbesserung der Juden“ (von Dohm, 1781-83).

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Wie jedes Erlösungsversprechen war es ein zweischneidiges Schwert. Auf der einen Seite brachte die Emanzipation die sogenannte „Jüdische Frage" erst ins Bewusstsein, auf der anderen Seite war die jüdische Emanzipation für viele Juden in der Tat Befreiung. Dies bedeutete, dass die Ablehnung der Gleichberechtigung für Juden nicht länger toleriert werden sollte und dass Juden als Menschen eines bestimmten Glaubens (oder überhaupt eines Glaubens) in eine Gesellschaft gleicher Bürger integriert werden sollten. Die ständischen Beschränkungen sollten aufgehoben werden. Juden konnten theoretisch „gleich" werden. Aber der Preis für Gleichheit war Unsichtbarkeit.

Israel und der Antisemitismus

Israel ist unter anderem auch eine Konsequenz des Scheiterns dieser Versprechen. Aber die Dilemmas sind auch nach der Gründung des jüdischen Staates geblieben. Kann es sein, dass dieses von der Französischen Revolution ins Leben gerufene Dilemma nun heutzutage auch für Israel gilt? Ein partikularistischer Staat par excellence (ein Staat der Juden oder sogar ein Judenstaat), der sich jenseits des postnationalen Zeitgeistes eines bestimmten Milieus definiert. Israel definiert sich natürlich ethnisch, und die Kriterien für die Staatsbürgerschaft sind ebenso partikular wie die Kriterien für das kollektive Gedächtnis (was etwa konkret bedeutet, dass man des Holocausts als eines Verbrechens gegen das jüdische Volk und nicht als eines Verbrechens gegen die Menschheit gedenkt). Andere Vorstellungen von Staatsbürgerschaft und auch Gedächtnis würden verlangen, dass Israel die ethnische Grundlage aufgibt, nach der es seine Staatsangehörigen definiert.

Menschenrechtsorganisationen, die Israel strenger als andere betrachten, können natürlich mit dem Begriff des „Antisemitismus" sofort ins moralische Abseits gedrängt werden. Das mag sogar angebracht sein, wenn wir uns nur um die Motivation der Kritiker kümmern. Aber wenn wir uns außerhalb der Motivation des Gesagten dem Gesagten selbst zuwenden, wird ein anderes Fenster geöffnet, und das gilt vor allem für die Menschenrechtsorganisationen in Israel selbst. Die Selbstbegrenzung der staatlichen Souveränität, die die Menschenrechtler und Kritiker Israels fordern, diese Verweigerung der Sorglosigkeit ist aber auch eine Neuauflage des Konfliktes zwischen Königen und Propheten, die man aus der Schrift kennt, dass die sorglose Souveränität ihre Grenzen haben muss. „Weh den Sorglosen auf dem Zion und den Selbstsicheren auf dem Berg von Samaria" (Amos 6,1), heißt es da so treffend im Buche Amos.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Kritiker Israels erinnern also an die jüdische prophetische Tradition jenseits der Souveränität. Sie erinnern an die letztlich universale Tatsache, dass Machtausübung einen Preis hat, konkret: dass es in Israel Rassismus und Grausamkeit gibt so wie in anderen Ländern auch, dass der Staat mit seiner ständigen Kampfbereitschaft und deren Folgen auf vielen Ebenen teuer für die Freiheit zahlt – dass insgesamt die Ausübung politischer Souveränität auch um den Preis des Verlusts der Unschuld erfolgt. Dabei ist die Ausübung dieser Souveränität in Israel eben auch Staatsräson. Es geht also um den uralten Konflikt zwischen Politik und Ethik.

Mein Argument ist durchaus ein zionistisches. Ich verstehe die zionistische Revolution als eine tatsächliche Revolution in der jüdischen Welterfahrung. Nun, der Antisemitismusvorwurf mag für ein Diaspora-Volk passen, aber passt es zu einem souveränen Staat? Ist es politisch sinnvoll, in diesen apokalyptischen Begriffen zu denken? Sicher hat Israel Feinde. Aber Feinde können auch politisch betrachten werden, nicht nur apokalyptisch. Und es ist gerade dieses Freund-Feind-Denken, wo der Feind nicht politisch, sondern apokalyptisch verstanden wird, das dann die politische Kritik als Antisemitismus verstehen will und muss. Denken wir auch daran, dass es dieser Tage 40 Jahre her ist, dass der damalige Premierminister Menachem Begin und der ägyptische Präsident Anwar Sadat den ägyptisch-israelischen Friedensvertrag unterschrieben. Dieser Friede mag zwar kein multikulturelles Straßenfest sein, aber er hält politisch und entspricht den Interessen beider Staaten. Und ironischerweise sind es gerade die Ägypter, die ständig zwischen der Hamas und Israel vermitteln. Das ist politisches Handeln.

Als man Juden vorwarf, eine Nation innerhalb einer Nation zu sein, waren sie nicht imstande, sich diesem Dilemma zu entziehen. Je mehr sich Juden assimilierten, desto „weniger" waren sie Juden. Aber wenn man sich weiterhin als Jude fühlt und das trotz assimilierter Lebensweise, dann ist es ein Zeichen dafür, dass man doch nicht völlig assimiliert ist. Kein Jude kann sich diesem Dilemma der Assimilation entziehen. Man gehört dazu und gleichzeitig eben nicht, was ja ebenfalls die Problematik der Moderne ist. Das ist auch die Paradoxie der jüdischen Existenz.

Auf der einen Seite wird von der Mehrheitsgesellschaft gefordert, dass Juden sich assimilieren, also der Mehrheit ähnlicher werden, aber in dem Moment, wo das tatsächlich passiert, löst dies wiederum eine Gegenreaktion der Mehrheit aus. Deren Mitglieder fühlen sich bedroht und errichten noch höhere Barrieren, um sich zu schützen. Man ist sich selbst fremd, nur beim Juden ist dieses Dilemma im wahrsten Sinne verkörpert. Diese Problematik scheint ebenso für Israel zu gelten, das nicht imstande sein kann und auch nicht will, universale Kriterien der Zugehörigkeit zu schaffen. Is-

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

rael definiert sich sowohl als demokratisch als auch als jüdisch, so dass seine Universalität inhärent begrenzt ist. Dazu kommt noch, dass Israel sich als politische Antwort auf den Antisemitismus versteht, was dann heißt, dass die Infragestellung dieser Selbstdefinition automatisch als antisemitisch gedeutet werden muss.

Eine jüdische selbstbewusste Haltung

Kommen wir wieder zu Simmel zurück, der schon 1908 die Moderne als eine Gesellschaft von Fremden beschrieb, die ihre Entfremdung oder Fremdheit nicht nur als Bedrohung empfindet, sondern auch als Befreiung. Aber so einfach ist es nicht. Beim Fremden, der uns bekannt ist, gibt es immer eine Wechselwirkung zwischen Ferne und Nähe, Gelöstheit und Fixiertheit, Wanderung und Bodenhaftigkeit. Daraus folgt nun eine in der Tat wichtige soziologische Frage: Wie sollte es also keine Ressentiments gegen die Juden und ihre Verkörperung von solcher Ambivalenz geben? Wieso sollte es überhaupt verwundern, wenn das Jüdische, selbst dessen Nation, als Sinnbild westlicher Vormacht verteufelt wird, um zugleich auch – etwa in den Kampagnen gegen George Soros, doch ebenso durch rassistische Attentäter in den Synagogen von Pittsburgh und Halle – beschuldigt zu werden, der eigentliche Agent hinter Migration, den Fluchtwellen, ja der multikulturellen Wirklichkeit im Zeitalter der Globalisierung schlechthin zu sein? Man denke nur an die oft benutzte Metapher der „globalistischen Krake".

Der Antisemitismus ist der Hass auf das Universale und auf das Partikulare der modernen menschlichen Existenz. Das ist in erster Linie ein jüdisches Problem, aber nicht nur. Der Traum von der perfekten Assimilation ist eine uneinlösbare Illusion. Dies definiert die paradoxe Situation nicht nur von Juden, sondern von allen modernen Menschen: Es ist Bürde und Würde zugleich. Deshalb sollte sich – wenn ich am Ende doch etwas normativ werden darf – der Anti-Antisemitismus nicht der gleichen monolithischen Argumente des Antisemitismus bedienen, Komplexität reduzieren und sich der Illusion der politischen Steuerbarkeit des Problems hingeben. Schließen wir diese Gedanken mit einem Zitat von Norbert Elias, der 1929 in einem kleinen Gemeindeblatt versuchte, eine Soziologie des deutschen Antisemitismus zu formulieren:

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

> „In jedem Fall ist die klare Einsicht in die eigene Lage besser als ein noch so trostloser Selbstbetrug. Eines ist dem deutschen Juden als Antwort auf den Antisemitismus immer noch möglich: sich an eine unaufdringliche, entschlossene und selbstbewusste Haltung zu gewöhnen, die allein seiner Lage angemessen ist." (Elias 2002)

Literatur

Arendt, Hannah (1955): Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Frankfurt.

Elias, Norbert (2002): Soziologie des deutschen Antisemitismus (1929). In: Gesammelte Schriften, Bd. 1, Frühschriften. Frankfurt am Main, S. 117 ff.

Endreß, Martin/Srubar, Ilja (Hrsg.) (2000): Karl Mannheims Analyse der Moderne: Mannheims Erste Frankfurter Vorlesung von 1930. Wiesbaden.

Heilbronn, Christian/Rabinovici, Doron/Sznaider, Natan (Hrsg.) (2019): Neuer Antisemitismus? Fortsetzung einer globalen Debatte. Berlin.

Marx, Karl (1844): Zur Judenfrage. In: Deutsch-Französische Jahrbücher. Paris.

Simmel, Georg (1908): Exkurs über den Fremden. In: Ders., Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung. Berlin, S. 509 ff.

von Dohm, Christian Konrad Wilhelm (1781-83): Über die Bürgerliche Verbesserung der Juden. Berlin u. Stettin.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Denken in antimodernen Bildern: Kunst und Kulturpessimismus

Fabian Bechtle, Leon Kahane

Obwohl der Begriff des „Kulturpessimismus“ derzeit eher selten in Gebrauch ist, beschreibt er ein auch heute noch nachvollziehbares Gefühl, das aus einer antimodernen Einstellung erwächst. Der Wunsch, sich in ein von der vermeintlich überfordernden und angstmachenden modernen Welt entkoppeltes Zeitalter zu imaginieren und dessen Wiederherstellung zu fordern, entfaltete bereits im 19. Jahrhundert – und auch heute wieder – große Überzeugungskraft.

Kulturpessimismus blockiert demokratische Entwicklungsmöglichkeiten und verhindert die Suche nach neuen Chancen. Damit bedroht er die Entwicklung des Individuums, das seine Identität über die Nutzung und Gestaltung der Freiheit bildet. Zusätzlich wehrt Kulturpessimismus Entwicklungsmöglichkeiten ab, die das Zusammenwachsen in einer globalen Welt und die Geltung universaler Werte bieten. Diese Denkbewegung findet sich zuvorderst und wenig überraschend in den rechten Milieus wieder, sie ist meist an völkische Vorstellungen und die Angst vor dem Verlust der eigenen (deutschen) Identität geknüpft. Es handelt sich um die Auflehnung gegen als bedrohlich empfundene gesellschaftliche Veränderungen.

Nicht alle Kulturpessimismen sind gleich. Es gibt einen Unterschied zwischen dem rechtsextremen Kulturpessimismus und der Anschlussfähigkeit seiner Feindbilder in linken und demokratischen Milieus. Konturen politischer Lager über die Schaffung gemeinsamer Feindbilder aufzulösen, ist geradezu das Wesen des Kulturpessimismus. Nicht zuletzt zeigt sich dies im Feld der Kunst.

Die allgemeine Ansicht, Kunst würde – bedingt durch ihre kritischen Diskurse – keine rückwärtsgewandten Tendenzen aufweisen, erweist sich oftmals als stereotype Zuschreibung. Vielmehr finden sich häufig gerade in Kunstdiskursen, die als „progressiv“ ausgegeben werden, Anknüpfungen an reaktionäre Haltungen. Sie gehen auch Verbindungen mit identitären Politiken ein oder befördern einen Geschichtsrevisionismus, der Rückgriffe auf das 19. Jahrhundert in den Vordergrund stellt und mythische Vorstellungen von einer überlegenden kulturellen Identität aktualisiert.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

In der Kunst wimmelt es von antimodernen Vorstellungen aus vielen verschiedenen Quellen, die hier nur ansatzweise und exemplarisch in Bezug auf Deutschland problematisiert werden können. Sie kulminieren einerseits in einem kulturalistischen Rassismus, der sich in die Bewahrung einer ursprünglichen Kultur imaginiert, die eben nicht von der Moderne negativ beeinflusst wurde. So wird nicht nur das Ursprüngliche verklärt, sondern mit ihm die hegemonialen Strukturen und tribalistischen Rituale einer vermoderten Zeit. Andererseits bahnen sich auch immer wieder antisemitische Weltbilder ihren Weg. So bietet sich auch die Kunst dem von rechts ausgerufenen „Kulturkampf" an – obgleich gelegentlich ungewollt.

Kulturpessimismus und Antimoderne als Basis völkischen Denkens

Der Historiker Fritz Stern hat 1963 in seinem Buch „Kulturpessimismus als politische Gefahr" beschrieben, wie kulturelle Unterströmungen im 19. Jahrhundert und in der Weimarer Republik um sich griffen, immer größere Teile der Gesellschaft erfassten, allmählich Eingang in die Politik fanden und schließlich im Nationalsozialismus mündeten (Stern 1963). Laut Stern beeinflussten diese Entwicklung in Deutschland vor allem drei Publizisten. Ihre Feindschaft gegenüber Modernität, Demokratie, Liberalismus und dem Judentum mündete in den Nihilismus der Hitler-Bewegung und halfen so, das „Dritte Reich" herbeizuführen.

Paul de Lagarde (1827–1891), Theologe und Kulturphilosoph, kämpfte in seinen Schriften gegen die Übel der Moderne - gegen Bürokratie, gegen den Liberalismus und gegen das Judentum. Entgegen seiner Selbstbeschreibung als radikaler Konservativer war er völkischer Nationalist und Antisemit. Seine politischen Schriften wirkten bis in den Nationalsozialismus und wurden von Adolf Hitler eingehend studiert (Gräfe 2007).

Julius Langbehn (1851–1907), Schriftsteller und Kulturkritiker, erlangte Bekanntheit durch sein zunächst anonym verfasstes Buch „Rembrandt als Erzieher" (1890). Der von ihm verhassten Moderne setzte Langbehn den Geist des „Niederdeutschen" entgegen, den er durch den Maler Rembrandt verkörpert sah. Daraus leitete er sein Plädoyer für eine Wiedergeburt einer deutschvölkischen Kunst ab und beeinflusste so auch die „Heimatkunstbewegung". Wilhelm Bode nannte Langbehns Buch „eine Streitschrift, aus dem innersten Leben des deutschen Geistes gegriffen" und erklärte, sie sei dazu bestimmt, „in der Klarlegung unserer heute vielfach verkommenen Verhältnisse, die Anhaltspunkte für die nothwendige Wiedergeburt der deutschen Bildung und Kunst zu finden". (Sheehan 2002: 213)

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Moeller van den Bruck (1876–1925), Kulturhistoriker und Schriftsteller, veröffentlichte 1923 sein Buch „Das Dritte Reich". Der Titel diente den Nationalsozialisten als politisches Schlagwort. Moellers Werk etablierte eine alternative Moderne von rechts, die einen wichtigen Beitrag zur Vorgeschichte des Nationalsozialismus bereithielt (Becker 2013).

Wenngleich Sterns Analyse in einem eigenen zeithistorischen Kontext stand und sich deshalb nicht eins zu eins auf die Gegenwart übertragen lässt, weist sie doch auf Phänomene hin, die heute erneut sichtbar sind. Es lässt sich zeigen, dass antimodernes Denken – welches untrennbar mit dem Konzept des Kulturpessimismus verbunden ist – Teil einer deutschen Kontinuität im Denken ist. Dieses Denken ist überall dort anzutreffen, wo Gegner jeder Form von Modernisierung auftauchen.

Die Moderne ist komplex, vielstimmig und widersprüchlich. Aber sie folgt einer zentralen Norm, nämlich dem Prinzip der Gleichwertigkeit der Individuen. Die Antimoderne beschränkt sich darauf, diesen Grundsatz in Frage zu stellen.

Mitte der Neunziger Jahre legten Richard Herzinger und Hannes Stein ihre Streitschrift „Endzeit-Propheten oder Die Offensive der Antiwestler" (Herzinger/Stein 1995) vor. In ihr zeichnen sie die breite antimoderne Allianz aus verschiedenen politischen Lagern nach, die sich unter der Überschrift der „Universalismuskritik" tummeln und einem Fundamentalismus verfallen, „der in der westlichen Zivilisation nichts anderes als die Auflösung des reinen Glaubens, die Diktatur des Massenkonsums und die Bedrohung nationaler Identität zu erkennen vermag". (Heidbrink 1995)

Durch ihren grundlegend revisionistischen und regressiven Charakter kann die Antimoderne keine weiterführende, konstruktive Kritik an der Moderne sein. Sie kann folglich auch keine demokratische Zukunft entwerfen. Dazu müsste sie etwa fortschrittsverbundene und aufklärungsbedürftige Fragen an die Menschen, ihre Gesellschaft und ihre jeweilige Geschichte stellen. So aber könnte sie sich nicht glaubwürdig von der Moderne emanzipieren.

Davon ausgehend lässt sich die Antimoderne letztlich als eine Entlastung aus der notwendigen Aufklärung von Missständen und Ungleichheiten verstehen, die einen gesellschaftlichen Fortschritt überhaupt erst ermöglicht. In dieser Unbeweglichkeit gefangen, manifestieren die Antimoderne und mit ihr der Kulturpessimismus etwa gesellschaftliche Hegemonien.

Natürlich sind Kulturpessimismus, Antimoderne und die Ablehnung westlicher Demokratien nicht immer das Gleiche. Sie treffen sich jedoch an einem zentralen Punkt, in der Ablehnung des untrennbar an die Moderne geknüpften Universalismus. Dieser geht mit der Demokratie eine

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Verbindung ein. Antimoderne Bewegungen sind deshalb nicht etwa eine sentimentale Rückbesinnung auf ein imaginiertes „Früher war alles besser". Sie sind auch eine Gefahr für die Demokratie selbst.

„Kulturkampf" heute paraphrasiert den Nationalsozialismus und seine Vordenker

Bisher hat noch jede Veränderung moderner Gesellschaften Gegenbewegungen hervorgerufen. Ein gewisser konservativer Skeptizismus, als Vorsichtsmaßnahme, ist nicht grundsätzlich problematisch. Aber gerade auf dem Feld der Kultur zeigt sich besonders deutlich, wann aus solchen konservativen „Vorsichtsmaßnahmen" ein identitär gewendeter Kulturschutz zu werden droht. Dann ruft die Angst vor Kultur- und Identitätsverlust einen „Kulturkampf" aus, der die Abwertung und die Abwehr anderer – koste es, was es wolle – zum Ziel hat.

Ein solcher Kampfmodus kommt nicht ohne Selbstviktimisierung aus. Außerdem geht er meist mit einer Projektion auf eine angeblich ungebrochene Identität einher, die sich meist unausgesprochen an tradierten und hierarchisch strukturierten Gesellschaften und gesellschaftlichen Rollen orientiert. Die Fixierung auf „Natürlichkeit", „Ursprünglichkeit" und „Authentizität" findet vor allem in politisch rechten Milieus statt. Es geht bei solchen Fixierungen um die Artikulation von Zugehörigkeit zu einer Gruppe, die qua Selbstbeschreibung nicht verantwortlich für das Übel der Welt ist. Sich so aus der Verantwortung zu nehmen, bedeutet in der Konsequenz auch, die Gesellschaft nicht kritisch weiterentwickeln zu können, wobei die vermeintlich Schuldigen immer andere sind.

Das Feindbild, der Störfaktor einer ursprünglich gedachten Gesellschaft waren und sind vor allem die Juden. Sie stehen für den westlichen Kapitalismus, die Moderne, für Globalisierung und für das Wurzellose. Kulturpessimisten sehnen sich nach einer vollkommenen und abgeschlossenen Form der Gesellschaft. Sie stören sich an Komplexität und Pluralismus. Dabei inthronisieren sie sich selbst in die Position, Gesellschaft zu definieren. Sie versuchen jede krisenhafte Situation zu instrumentalisieren und als Beschleuniger des Untergangs zu feiern. Die Opfer ihres Kulturkampfes werden zu Märtyrern erklärt.

Im theoretischen Unterbau der sogenannten „Neuen Rechten" finden sich die von Stern beschriebenen Vordenker des Nationalsozialismus wieder. Wie der Historiker Volker Weiß in seiner Dissertation „Moderne Antimoderne" (2009) am Beispiel von Moeller van den Bruck zeigt, werden sie von den Neuen Rechten rezipiert und affirmiert. Sie nehmen auf van den

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Bruck und andere Bezug als Erneuerer des Konservatismus und verleugnen ihre Rolle als ideologische Vorbereiter des Nationalsozialismus. So kann ein vermeintlich unverdächtiger Abstand zur nationalsozialistischen Ideologie behauptet werden. Dies gelingt jedoch nicht. Gerade der Umstand, dass sich heutzutage explizit rassistische, national-revolutionäre Bewegungen, wie etwa die Kleinstpartei „Der Dritte Weg“[1], auf Personen wie Moeller berufen, zeigt die Kontinuität des Denkens in extrem-rechten Kreisen deutlich (Weiß 2012).

Nicht zuletzt die Sprache bildet das Bindeglied zur nationalsozialistischen Ideologie. Sie ist das Hauptfeld im ausgerufenen Kulturkampf von rechts. Beispielsweise werden Versuche einer gendergerechten Sprache bekämpft. Darüber hinaus machen Formulierungen Karriere, die in rechtsextremen Kreisen wirken und über sie auch in die Alltagssprache einsickern sollen. So soll über die Sprache die eigene Politik vorbereitet werden. Marc Jongen, ehemals akademischer Mitarbeiter an der Kunsthochschule in Karlsruhe und später kulturpolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, schrieb am 23. Januar 2018 auf seiner Homepage: „Es wird mir eine Ehre und Freude sein, dieses Amt auszuüben und die ‚Entsiffung‘ des Kulturbetriebes in Angriff zu nehmen“ (Hornuff 2018). In seiner Dissertation sah Jongen in der Weltwirtschaftskrise von 2009 und den Anschlägen auf das World Trade Center von 2001 die Zeichen einer „metaphysischen Krise“ eines selbstzerstörerischen Zeitalters der rasenden „Hypermoderne“.

Die völkische Rechte hat die Kulturpolitik für sich entdeckt, nicht nur, um ihre eigenen Kunst- und Kulturvorstellungen zu vertreten, sondern sie hat die Bedeutung der Kultur für die Durchsetzung ihrer politischen Ziele erkannt. Man muss sich nicht weit in die Etymologie hineinbegeben, um für die Rede von der angeblichen „Versiffung“ die entsprechenden Äquivalente zu finden. Adolf Hitler sprach von der „Versyphilitisierung des Volkskörpers“ und sah die „Bekämpfung der Syphilis als *die* Aufgabe der Nation“ (Stokowski 2019). Dass der „Volkskörper“ von außen durch die Entmenschlichung der Moderne zerstört würde, ist ein Evergreen von Rechtsextremen und findet dort seine Abnehmer*innen. Diese kulturpessimistische Figur ist aber – oftmals in abgewandelter Form – auch für andere Lager interessant und bildet deshalb eine Grundthese des Querfrontdenkens.

---

1 „Der III. Weg“ ist eine 2013 gegründete rechtsextreme neonazistische Kleinpartei in Deutschland. Sie gilt auch als Versuch, den verbotenen rechtsextremen Zusammenschluss „Freies Netzwerk Süd (FNS)“ als Partei weiterzuführen. Siehe dazu den Wikipedia-Artikel https://de.wikipedia.org/wiki/Der_III._Weg, aufgerufen am 20.02.2020.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Zwar trifft man im Feld der Kunst diesen politischen Extremismus bisher nicht an, aber auch hier haben die Konflikte der Modernisierung Spuren hinterlassen, und der gefühlte Identitätsverlust führt zu einem Bedürfnis nach Ausgleich. Das vermeintliche Erkranken der modernen Welt ist auch in der Kunst ein bekanntes Phänomen. Kunst ist hochgradig individualistisch und kosmopolitisch. Aus den Antithesen zum eigenen Lebensentwurf sickern jedoch kulturpessimistische Denkmuster auch ins Kunstfeld ein. Ein strenger Gegensatz zwischen einer authentischen Natur und einer künstlichen Zivilisation äußert sich in der Kunst durch die Fetischisierung des Ursprünglichen. Dies zeigt sich sowohl in einer erhöhten Sichtbarkeit folkloristischer Kunst als auch in der Reproduktion rechter Argumente und Ästhetik.

In der ethnopluralistischen „Identitären Bewegung“[2] gilt der Schutz der Kulturen als oberstes Ziel. Sie folgt dabei eindeutig rassistischen und antisemitischen Motiven. Darin besteht der zentrale Unterschied zu den kunstinternen Debatten. Dennoch werden folkloristische Positionen auch in der Kunst romantisiert, um sich symbolisch von der westlichen Kulturhegemonie abzugrenzen. Dabei wird ungewollt das Feld der klassischen antimodernen Feindbilder betreten oder die Moderne in ihrer Gesamtheit abgelehnt. Es gibt Künstlerinnen und Künstler, die ihren Kulturbegriff bewusst von reaktionären deutschen Autoren der zwanziger Jahre – wie etwa Carl Schmitt und Ernst Jünger – ableiten. Für sie ist die westliche Kulturhegemonie etwas gänzlich „Unnatürliches“. Sie gilt als nicht von selbst gewachsen, sondern als ein Resultat westlicher Einflüsse, des Kosmopolitismus, der Globalisierung oder der alliierten Besatzung in Deutschland nach 1945.

Auch in der Kunst keimt eine kleine Querfront. Diese hat sich zwar bisher noch nicht richtig gefunden, ist aber in ihrer Sehnsucht nach Traditionalismen und in den einschlägigen Feindbildern – Amerika, Israel und natürlich die Moderne selbst – vereint. Hier wird oftmals die Abwehr gegen die westliche Kulturhegemonie mit der Abwehr von universellen Werten gleichgesetzt. Wenn aber diese universellen Werte zuallererst bedeuten, dass die Menschenrechte unteilbar sind, hat das nichts damit zu tun, eine

2 „Die rechtsextreme ‚Identitäre Bewegung‘ sieht sich gern selbst als Avantgarde der sogenannten ‚neuen‘ Rechten. Rassismus, Antifeminismus und reaktionäre Ideen sind wesentlich in ihrer Ideologie.“ Siehe dazu einen Artikel im Lexikon von *Belltower News*: https://www.belltower.news/lexikon/identitaere-bewegung, aufgerufen am 20.02.2020.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

hegemoniale Perspektive zu affirmieren. Vielmehr stärkt eben diese antimoderne Perspektive, jener kulturalistische Rassismus, die Hegemonien, die man eigentlich auflösen möchte. Über die Ähnlichkeit in den Feindbildern – Westen, Kapitalismus, Globalisierung – werden vermeintlich emanzipative Diskurse der Kunst für Übernahmen durch die identitären Denker der Gegenwart anfällig.

Die im Kunst- und Kulturfeld viel beachtete Politikwissenschaftlerin Chantal Mouffe hat einen linken Populismus als Reaktion auf rechten Populismus gefordert (Mouffe 2018). Der identitäre Nachwuchsautor Benedikt Kaiser schrieb in Götz Kubitscheks neurechter Zeitschrift „Sezession", dass Linke dieser Forderung endlich nachgeben sollten, um einer politischen Querfront nicht länger im Weg zu stehen (Kaiser 2017). Sowohl Chantal Mouffe als auch Benedikt Kaiser beziehen sich affirmierend auf die politischen Thesen des antimodernen, antiliberalen Staatsrechtlers Carl Schmitt. Dieser sehnte sich nach einer Emotionalisierung der Politik und deutlichen Freund-Feind Antagonismen. Seine Thesen lassen sich nicht aus ihrem antimodernen und kulturpessimistischen Zusammenhang lösen – genauso wenig wie sein Antisemitismus (Gross 2000). Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass Schmitts Weltbild gerade bei neurechten Aktivisten und Denkern großen Anklang findet.

In einem Beitrag bei Verso Books hatte Mouffe das „Momentum Movement"[3] der britischen Labour Party als bisher bestes Beispiel für einen effektiven linken Populismus benannt. Die Klagen über den enormen Anstieg antisemitischer Äußerungen und Angriffe innerhalb dieser politischen Bewegung hatte sie als „Schmierenkampagne" sogenannter „Blairites"[4] innerhalb der Labour Party bezeichnet. Die Antisemitismus-Vorwürfe waren vor allem auch von Jüdinnen und Juden geäußert worden. Hier zeigt sich ein zentraler Aspekt: Dort, wo sich tradierte Feindbilder lagerübergreifend herausbilden oder zumindest in Kauf genommen werden, entstehen gefährliche politische Querfronten.

3 Die Bewegung ist ein Zusammenschluss von Unterstützer*innen des Labour-Politikers Jeremy Corbyn. Die auch „people's movement" genannte Initiative sollte Corbyns politische Position in der Partei stärken.

4 „Blairites" sind Verfechter*innen des politischen Kurses des ehemaligen Labour-Premierministers Tony Blair.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

„Israelkritik": Chiffre für Antisemitismus, auch in der Kunst

Antisemitismus passt sich seiner Zeit immer an. Der völkische Rassenwahn der Nazis konnte auf einen gesellschaftlich tradierten, weit entwickelten Antisemitismus zurückgreifen, der aus einem christlich geprägten Antijudaismus erwuchs. Nach dem Zivilisationsbruch der Shoah wurde der rassisch motivierte, eleminatorische Antisemitismus vom Motiv der Erinnerungsabwehr verdrängt. Diese hat zum Ziel, unter die Erinnerung an die Shoah einen Schlussstrich zu ziehen. Angeblich wird diese Erinnerung von Juden aus eigennützigen materiellen Gründen gefördert und dient der Zerstörung des deutschen Volkes. Im Kunst- und Kulturbetrieb, der den Antisemitismus in seinen Reihen als praktisch erledigt begreift, halten sich, ausgehend von einem antiimperialistischen Antizionismus, antisemitische Muster. So lässt sich die Abwehr der westlichen Kulturhegemonie in ihrem Umgang mit Antisemitismus eindeutig problematisieren.

Die transnationale, antizionistische und antiisraelische Bewegung BDS (Boykott, Divestment and Sanctions) hat insbesondere in den akademischen und kunstaffinen Kreisen des anglo-amerikanischen Raums viele Unterstützer*innen und ist auch in Deutschland nicht zu übersehen (Salzborn 2019). In wiederkehrenden Wellen werden in den deutschen Feuilletons und Kunstinstitutionen Debatten über den antisemitischen Charakter dieser Bewegung geführt – obgleich die Argumente, die zur Einstufung von BDS führen, allseits bekannt und vielfach dokumentiert sind. Die BDS-Bewegung setzt in ihren Bestrebungen insbesondere auf die Unterstützung der westlichen kulturellen Elite – Professor*innen, Kurator*innen, Künstler*innen –, die ihre Forderungen in die akademischen und popkulturellen Diskurse tragen. BDS-Aktivist*innen übten erheblichen Druck auf Künstler*innen aus, die Teil des Line-Ups des Berliner Popkultur Festivals 2017 waren, da die Israelische Botschaft die Reisekosten für israelische Künstler*innen in Höhe von 500,- Euro bezuschusste. Wiederholt lud die Ruhrtriennale, unter der Leitung von Stefanie Carp, Unterstützer*innen von BDS für ihr Programm ein. Die Offenheit für israelfeindliche Positionen im Kunstfeld hat sich auch durch den Beschluss des Bundestags, der BDS als antisemitisch einordnet (Bundestagsdrucksache 2019)[5], nicht grundsätzlich geändert. Hier ringen weite Teile des in der

5 Im Beschluss des Bundestags heißt es zu BDS: „Der allumfassende Boykottaufruf führt in seiner Radikalität zur Brandmarkung israelischer Staatsbürgerinnen und Staatsbürger jüdischen Glaubens als Ganzes. Dies ist inakzeptabel und scharf zu verurteilen. Die Argumentationsmuster und Methoden der BDS-Bewegung sind antisemitisch. […] Der Deutsche Bundestag verurteilt alle antisemitischen Äuße-

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Akzeptanz von Ambivalenzen geschulten Kunstfeldes weiterhin mit einem klaren Statement gegen die antisemitischen Forderungen von BDS. Dies ist auch deshalb sehr bedauerlich, da die Bewegung auch vor Gewalt nicht zurückschreckt, indem sie etwa Überlebende der Shoah bei Veranstaltungen niederbrüllt (Focus 2017)[6] und die Auflösung des Staates Israel faktisch in ihren Forderungen verankert hat.

Wenn etwa die Rolle der palästinensischen Terrororganisation Hamas ausgeblendet oder deren Anschläge auf israelische Zivilist*innen verharmlost werden, stellt sich BDS in der Konsequenz an die Seite dieser antiemanzipatorischen Bewegungen. BDS und ihre Sympathisant*innen rechtfertigen so schlussendlich auch Gewalt, die sich nicht zuletzt gegen Palästinenser*innen selbst richtet. Es kommt nicht darauf an, ob etwas nicht antisemitisch gemeint ist, wenn sich am Ende durch doppelte Standards antisemitische Erzählungen durchsetzen. Dieser Spagat gelingt nur, indem man den palästinensischen Freiheitskampf idealisiert, die Politik der umliegenden arabischen Staaten ignoriert und sich selbst als moralische Instanz inthronisiert. Letzteres korrespondiert in Deutschland direkt mit dem Wunsch nach Entschuldung, vor allem, da man bereits aus der Geschichte gelernt habe. Antizionismus dient der BDS-Bewegung und anderen Vertreter*innen der „Israelkritik" als Chiffre für ihren Antisemitismus. Der Antisemitismus à la BDS wird nicht zuletzt als eine Meinung deklariert und immunisiert sich so gegen jede konstruktive Kritik, die auf die inkorporierten antisemitischen gesellschaftlichen Kontinuitäten abzielt.

Der Philosoph und Soziologe Oliver Machart gehört zu den wenigen im Kunstfeld bekannten Stimmen, die diesen Antisemitismus ansprechen. Machart schreibt: „Die im heutigen Deutschland hegemoniale Normalisierungsideologie drückt sich psychologisch in der Verschiebung der eigenen historischen Verbrechen auf die angeblichen Verbrechen Israels aus. In der d12 [documenta 12] konnte man dasselbe Phänomen an der Überrepräsentation Israel-kritischer Arbeiten ablesen. Denn genau wenn es um Israel ging, wurde die d12 mit einem Schlag explizit politisch. (Marchart 2008: 87) Es scheint zur spontanen Ideologie des Kunstfelds zu gehören, den an-

---

rungen und Übergriffe, die als vermeintliche Kritik an der Politik des Staates Israel formuliert werden, tatsächlich aber Ausdruck des Hasses auf jüdische Menschen und ihre Religion sind, und wird ihnen entschlossen entgegentreten."

6 Siehe: Focus 2017. Es heißt dort: „An der Berliner Humboldt-Universität hat sich am Dienstag ein hässlicher Vorfall ereignet. Wie die ‚Berliner Zeitung' berichtet, hatten sich bei einer Podiums-Diskussion der Knesset-Abgeordneten Aliza Lavie und der Holocaust-Überlebenden Deborah Weinstein mehrere pro-palästinensische BDS-Aktivisten eingeschlichen."

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

ti-israelischen Impuls einer breiten Öffentlichkeit in Form ‚kritischer Kunst' zu perpetuieren. Eine Kunst, die als scheinbar mutige Kritik auftritt, erheischt so in Wahrheit das Einverständnis des anti-israelischen medialen Mainstreams, einer anti-israelischen Weltmeinung und eines antisemitischen deutschen Alltagsverstands, der sich – nicht zuletzt auch bei Linken – in Form von Israel-Feindschaft artikuliert. Das einzige, was überraschen kann, ist das Ausmaß, in dem im Kunstfeld der israelisch-palästinensische Konflikt alle anderen beiseite drängt." (Marchart 2008: 88)

Antikolonialismus als Schuldumkehr

In der Kunst und im akademischen Diskurs haben sich darüber hinaus Argumentationen etabliert, die Israel als neo-koloniales Regime beschreiben. Diese Übertragung des Apartheid-Begriffs auf Israel ist jedoch irreführend, verkürzend und dämonisierend und verharmlost nebenbei Kolonialismus und Apartheitsregime (Salzborn 2013). Hier liegt ein Kern der Botschaft der BDS-Bewegung. Er gipfelt in Slogans wie „Israel Kindermörder", „Gaza – a cage to be killed" und darin, dass Israel ein rassistisches und nazistisches Regime sei. Diese Form des Revisionismus und der Täter-Opfer-Umkehr hat ungebrochenen Zulauf im Kunst- und Kulturfeld und wird als antikolonialer und antirassistischer Freiheitskampf ausgegeben, der deshalb nicht antisemitisch sein könne.

Die langanhaltende Debatte um die Einladung des postkolonialen Theoretikers Achille Mbembe als Eröffnungsredner für die Ruhrtriennale 2020 zeigte diesen Mechanismus auf. Mbembe und seine Verteidiger*innen fokussierten sich insbesondere auf die Selbstviktimisierung. Der Vorwurf des Antisemitismus wog bei ihnen schwerer als der Antisemitismus selbst.

Auf der anderen Seite entwickelte sich die Kritik an Mbembe in eine Richtung, die ein Schlaglicht auf die Defizite der Postcolonial Studies wirft – einer Strömung, die sich mit dem Wandel und der Kontinuität kolonialer Strukturen beschäftigt. Der Philosoph und Sozialwissenschaftler Ingo Elbe beschäftigte sich in einem Artikel „Postkolonial gegen Israel" (Elbe 2020) mit diesem „systematischen Defekt des weltweit reüssierenden Modediskurses namens Postcolonial Studies" und fasste diesen folgendermaßen zusammen: „Holocaust überall, Schluss mit dem Gerede über die Besonderheit von Auschwitz, auf zum Kampf gegen Israel – so lautet die weitverbreitete antirassistische Schlussstrichstrategie." Und Elbe weiter: „Dass der Antisemitismus keineswegs der kolonialen Erfahrung entspringt, muss systematisch verdrängt werden. Und so erwähnt Mbembe mit W. E.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

B. Du Bois einen Klassiker der postkolonialen Holocaustrelativierung, ohne den heute kaum ein Beitrag dieser Strömung auskommt und der bereits 1947 behauptete, es habe kein Nazi-Verbrechen in Europa gegeben, das Europa nicht schon lange zuvor an den ‚colored folks' verübt habe."[7]

Ein weiterer Punkt im immer noch wohlwollenden Umgang mit BDS ist, dass selbst ihre Kritiker*innen sich nicht wirklich mit dem inhärenten Antisemitismus der Bewegung befassen. Sie beklagen lieber eine „Boykottspirale" (Buhr 2019), wenn etwa die Forderung aufkommt, BDS-Unterstützer*innen keine Anerkennung durch renommierte Kunstpreise zukommen zu lassen. Elke Buhr, die Chefredakteurin der Kunstzeitschrift Monopol, schrieb in einem Beitrag anlässlich des Streits um die geplante Vergabe des Aachener Kunstpreises an den Künstler Walid Raad: „Die offizielle Linie der Parteien in Deutschland macht es für Kommunen und staatliche Institutionen jetzt fast unmöglich, noch mit BDS-Anhängern zusammen zu arbeiten – die Stadt Aachen hatte kaum eine andere Wahl, als Walid Raad wieder auszuladen. Falsch ist es trotzdem. […] Boykott ist ein hochansteckender Virus." (Ebd.) So versucht man eine durch BDS eskalierte Debatte durch Deeskalationsforderungen an die Seite derer, die BDS als antisemitisch erkennen, zu befrieden. Das Prinzip von Ursache und Wirkung wird so ad absurdum geführt.

Erosion des Neubeginns

Gerade nach dem Nationalsozialismus erprobten die Künstlerinnen und Künstler neue Formen, um sich von der nationalsozialistischen Ästhetik zwischen völkischem Kitsch und monumentalem Großgehabe zu emanzipieren. Gleichwohl gab es insbesondere in der NS-Nachfolgegesellschaft der Bundesrepublik den Versuch, auch diejenigen Künstler*innen, die sich gerade noch in der Gefolgschaft der Nazis befanden, durch einen ästhetischen Diskurs zu entlasten.

7 Siehe dazu: Du Bois 1947, S. 23.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Emil Nolde, Werner Haftmann und die documenta

Wie dieser entlastende Diskurs etabliert wurde, zeigt sich am Beispiel Emil Noldes. Die Ausstellung „Emil Nolde – Eine Deutsche Legende. Der Künstler im Nationalsozialismus“[8] wies nach, dass die Schutzbehauptung einer „inneren Emigration“, die der ehemalige Direktor der Neuen Nationalgalerie Werner Haftmann zur Rehabilitation der deutschen Expressionisten stets bemühte, nicht haltbar ist und Noldes Wohlwollen gegenüber den Nationalsozialisten systematisch relativierte. Gerade die Schuldzusammenhänge von Künstler*innen wie Nolde geraten so aus dem Blick. Und damit die historischen, biografischen, aber auch ästhetischen Kontinuitäten der Generation dieser Künstler*innen. Die neuerliche Forschung (Monopol 2020) hat einen Prozess in Gang gesetzt, der eine Neubewertung der deutschen Nachkriegsmoderne notwendig macht und bereits vorantreibt. Der Umstand, dass nun nach diesen Kontinuitäten gefragt wird, ist sehr zu begrüßen, nicht nur, weil diese Beschäftigung die Frage nach Schuld neu bewertet, sondern weil sie ein Ausdruck von Verantwortung für die Zukunft ist.

Die Debatten über die deutsche Nachkriegsmoderne werfen auch am Beispiel der documenta Fragen über ihre Verstrickungen und Kontinuitäten zum Nationalsozialismus auf. Die Weltkunstausstellung documenta ist, wie keine andere Kunstschau, prägend für die Perzeption und Repräsentanz deutscher Nachkriegskunst. Sie prägte das Bild eines „Neubeginns“ nachhaltig. Diese Vorstellung bekommt zunehmend Risse. Auch hier rückt Werner Haftmann in den Blickpunkt. Haftmann war seinerzeit prägend für die ersten Ausgaben der documenta in Kassel und beeinflusste maßgeblich die Arbeit des „Club 53“. Der Freundeskreis galt als Ideengeber für die inhaltliche Ausgestaltung der Großausstellung. Ihm wird das Vermächtnis zugeschrieben, im Nachkriegsdeutschland den Beitrag für die Rehabilitierung der entarteten Moderne geleistet zu haben. Der dabei erfolgte Ansatz ist nunmehr heftiger Kritik ausgesetzt, da nicht zuletzt die maßgebende Ausstellung „Emil Nolde: Eine Deutsche Legende“ mit dem von Haftmann proklamierten Mythos brach. Zumindest bei Emil Nolde ist nun klar, dass man ihn nicht mehr nur als Nazi titulieren kann, sondern muss (Briegleb 2019).

8 Die Ausstellung war im Museum „Hamburger Bahnhof“ vom 12.04. bis 15.09.2019 in Berlin zu sehen und wurde von Bernhard Fulda, Christian Ring und Aya Soika kuratiert.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Joseph Beuys: Prototyp des deutschen Künstlers

Das Bild des Neubeginns ist auch deshalb problematisch, da es zugleich die einzelnen Biografien der Nachkriegskünstler*innen entlastet. 2018 veröffentliche Hans Peter Riegel die erweiterte Auflage seiner, naturgemäß unter Beuys-Apologeten umstrittenen, Joseph Beuys-Biografie. In ihr zeichnet er ein Beuys-Umfeld, das sich auch aus ehemaligen Nazis, völkischen Denkern und Rechtsextremen zusammensetzt. Beuys Verbindung zum früheren SS-Mann und NSDAP-Mitglied Karl Fastabend[9] steht im Zentrum von Riegels Buch. Mit Fastabend gründete Beuys die „Organisation für direkte Demokratie durch Volksabstimmung". Fastabend ist Verfasser von mehreren politischen Texten für Beuys (Riegel 2018: Band 3, 372). Er formuliert: „Denn was sich in den ‚politischen' Programmen und Verlautbarungen von Beuys zunächst als ‚links', sozialistisch, friedensbewegt und egalitär ausnimmt, findet sich nahezu identisch bei Rechtsextremen. Die Beuys-Texte sind von anthroposophischer und somit völkischer Weltanschauung geprägt." (Ebd.: 378). 1976 kandidierte Beuys für die nationalistische Partei „Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher" (AUD). Die AUD verknüpfte grundlegende Gesellschaftsreformkonzepte mit Lebens- und Umweltschutz.

Riegel weist zusätzlich darauf hin, dass es in den 60er Jahren an der Düsseldorfer Akademie „vehemente Proteste gegen Beuys wegen seines ‚Germanenkultes' gegeben hat" (Lorch 2018). Beuys begeisterte sich für die eklektische, mit Rassismen und Antisemitismus gespickte Lehre Rudolf Steiners. In diesem Zusammenhang ist an die Debatte von 2007 zur versuchten Indizierung von zwei Werken Steiners mit den Titeln „Geisteswissenschaftliche Menschenkunde" und „Die Mission einzelner Volksseelen – Im Zusammenhang mit der germanisch-nordischen Mythologie" zu erinnern (dpa 2010).

Beuys' Schaffen ist ebenfalls mit der documenta eng verknüpft, auch sein Name steht beispielhaft für die deutsche Kunst. Steigt man in die mythisch-politischen Konzepte herab, die seinem Werk und seiner Selbstinszenierung zugrunde liegen, gelangt man zu Beuys' Idealisierung des „Ostmenschen". In ihm sah Joseph Beuys etwas Wahres und Ursprüngliches – einen Gegenentwurf zu den Zivilisations- und Marktzwängen des moder-

9 „Der Landmaschinentechniker Karl Fastabend, geboren am 7. Juni 1905, war ein Nationalsozialist der ersten Stunde. Er trat am 1. Februar 1932 in die NSDAP und die SA ein. Im Dezember 1933 wurde er in die SS aufgenommen, wo er im Stab der 49. SS-Standarte in Braunschweig als hauptberuflicher Sturmbann-Adjutant tätig war." (Riegel 2018: Band 2, 171).

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

nen Westens. Das Selbstbild als mythenumwobener, unangepasster, politischer Schamane (Künstler) verdeutlicht einen ideologisch aufgeladenen Naturglauben von Beuys. In dessen Zentrum steht der Wunsch, dem (deutschen) Volk seine Souveränität zurück zu erkämpfen.

Beuys gilt heute auch deshalb als der Prototyp des deutschen Künstlers, weil er auf die Nachkriegszeit identitätsstiftend wirkte, indem er die Aura des politischen und ästhetischen Neuanfangs mit einem tradierten, völkischen Mythendenken kombinierte. Joseph Beuys fetischisierte das Natürliche und Unangepasste in den selbstgeschafften Mythen um seine Person sowie mit den Materialien seiner Kunstwerke (Fett, Filz etc.) und verknüpfte dies mit einer politischen Agenda einer deutschen Volkssouveränität. Damit rief er Kontinuitäten auf, die auch heute noch Konjunktur haben und ein besonderes Merkmal einer als deutsch wahrgenommenen Kunst sind. Wenngleich diese Punkte diskutiert und dokumentiert sind, wird Joseph Beuys von den Kunsthochschulen, Sammlern und Institutionen weitgehend affirmiert.

Fetischisierung des Kultischen und Autoritären: Selling Point der deutschen Kunst

Wenn Kunst als genuin deutsch wahrgenommen wird, kann schon hier ein Hinweis auf eine Verstrickung mit antimodernen Elementen liegen. Der Kunsthistoriker Benjamin Buchloh beschrieb 2017 in einem Beitrag für das Magazin „Artforum“ eine Traditionslinie der deutschen Kunst, die sich in den Arbeiten von Wagner, Beuys und Anne Imhof zeigt. Buchloh arbeitete den kultischen Charakter dieser Kunsttradition heraus.[10]

Anne Imhof, die den Goldenen Löwen in Venedig für ihre Arbeit „Faust“ im Deutschen Pavillon gewann, wird weithin von der Kunstkritik gefeiert. Die von Buchloh beschriebene Traditionslinie wurde von den meisten anderen Kritikern nicht thematisiert und wohl erst gar nicht erkannt. Im Zentrum der Rezeption steht bei ihnen die Betonung des Zeitgenössischen in Imhofs Werk. Auch täuschte das darüber hinweg, dass Imhof, wie schon in früheren Arbeiten, ein eher simples dichotomes Weltbild illustriert. Die Künstlerin postuliert in ihren Performances einen durch

10 „Once again, it is this particular German lineage, from Wagner via Beuys to Imhof, that denies the fact that being contemporary means being committed to the utter privation, if not depravity, of one's classical cultural foundations, and that no pretended or imaginary bond can compensate for the poverty of cultural practices in the present.“ (Buchloh 2017).

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Technisierung und Kapitalisierung hervorgerufenen Totalitarismus der Gegenwart. In Imhofs Performances erscheinen die Menschen als Sklaven eines individualistischen Selbstverwirklichungszwangs. Die Körper bewegen sich zwischen Stechschritt und Catwalk. Imhof konterkariert die kalte Ästhetik der Moderne mit tribalistischen Symbolen wie Falken oder Adlern, die ein Gefühl von Freiheit und Unabhängigkeit hervorrufen sollen. Immer wieder wird in ihren Arbeiten Transzendenz durch Drogen symbolisiert. Dahinter verbirgt sich die Möglichkeit eines Ausstiegs aus den als Zwang wahrgenommenen Übereinkünften der modernen Gesellschaften. In diesem Ausstiegswunsch verbirgt sich aber auch die Erwartung an eine kulturelle Identität, die der Aufklärung und der Vernunft der Moderne übergeordnet ist. Die vermeintlich gewonnene Freiheit und Unabhängigkeit wird so über die Aufkündigung der eigenen gesellschaftlichen Verantwortlichkeit betrieben.

Eine reflektierende Kommunikation findet nicht statt.[11] In dieser mythischen Überhöhung ihres Kunstevents spiegelt sich der Wunsch nach dem Ausstieg aus der Gesellschaft. Hierin zeigt sich die konsequent kulturpessimistische Note von Imhofs Aufbau. Denn in der Gegenwart sieht sie eine Bedrohung, der nur durch den Rückgriff auf das anachronistische Ritual begegnet werden kann.

Es gibt deshalb keinen progressiven Entwurf in ihren Performances. Der Hang zum Nihilismus lässt, in der Konsequenz, Imhofs Werk wie ein antihumanes Schaubild wirken. Zugleich folgt sie einem zentralen antimodernen Bild, das besagt, auf höchstem Stand der Technik und auf höchstem Fortschrittsniveau eben antifortschrittlich zu sein.

Man kann zu dem Schluss kommen, dass hier ein spirituelles und antimodernes Weltbild gegen die Zivilisationszwänge der modernen Welt in Stellung gebracht wird. Dem spielt auch in die Hände, dass von der Möglichkeit einer mündigen, selbstverantwortlichen Handlung von Imhofs Performer*innenpersonal nicht Gebrauch gemacht wird. Und sie wird von

11 „Imhof's collaborators and performers are presented as proudly serving volunteers, which explains the disturbing sense of being confronted once again—like Joseph Beuys's congregations of yore—with a German artist's youth cult of followers. As we know from Beuys (and Wagner before him), and as we see even more clearly with Imhof, the inherently submissive and compensatory dimensions of art as cult—utterly opposed, of course, by post-Cagean traditions of performativity—inevitably fail at any specific critical analysis of class, political economy, or the actual conditions of audiences' everyday experience. Worse yet, cultic structures will always guarantee extremely limited forms of communication, arresting an artwork within the very circuits of power and adulation on which its histrionic, simulated deviancy depends." (Buchloh 2017).

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

den meisten Betrachter*innen auch nicht gefordert. So ist es bei Ritualen – sie beanspruchen eine Form der Unterwerfung und zahlen mit Überwältigung und Erweckungssymbolik zurück.

Nazi-Ästhetik wird fetischisiert und reproduziert

Es lässt sich im deutschen Kunstkontext auch beobachten, wie – aus einer antifaschistischen Grundannahme heraus – eine Fetischisierung der Ikonographien des Nationalsozialismus stattfindet. Catrin Lorch, Redakteurin der *Süddeutschen Zeitung*, fasst dies in Bezug auf die Venedig Biennale zugespitzt zusammen: „Deutschland bekommt immer den Goldenen Löwen, wenn so ein bisschen faschistoide Ästhetik mit im Spiel ist. Denn das ist ‚unser' unique Selling Point in der zeitgenössischen Kunst. Damit habe ich große Schwierigkeiten, weil das diese Fixierung auf NS-Ästhetik gut am Laufen hält."[12]

Das ambivalente Spiel mit NS-Ästhetik und -Symbolen findet immer wieder Eingang in die deutsche Popkultur und Kunst. Es sei erinnert an Jonathan Meeses Performances mit Hitlergruß (Süddeutsche Zeitung 2015) oder an die Band Rammstein, die wahlweise mit Riefenstahl-Ästhetik oder gleich in KZ-Uniform aufwartet (dpa 2019). Auch eine jüngere Generation von Künstler*innen scheut sich nicht vor solchen symbolischen Reproduktionen. Erwähnung soll in diesem Zusammenhang eine Ausstellung der Künstlerin Henrike Naumann finden, in der sie ihre eigene antifaschistische Haltung über Nazisymbole und Nazidevotionalien artikulierte. 2018 konnte man in der Berliner Galerie KOW[13] eine Installation Naumanns von 2013 betrachten. Sie zeigt je nach Lesart eine stilisiertes Nazi-Wohnzimmer oder eine Art Messekoje, die mit Nazidevotionalien eingerichtet war. Die Stellwände formten ein Hakenkreuz.

Es gibt nicht viele Künstler*innen, die sich im Angesicht der Erfolge der AfD und von identitären Bewegungen sowie des kontinuierlichen rechten Terrors in Deutschland politisch mit ihren Arbeiten exponieren. Eigentlich besteht bei diesem Thema eine große Lücke in der Kunstproduktion der letzten Jahrzehnte. Aber seit der Entdeckung der Terrorzelle „Nationalsozialistischer Untergrund" (NSU) wird zumindest das Kapitel des rechten

12 Wörtliches Zitat von Catrin Lorch bei der Veranstaltung „Märtyrerkult und populistische Bewegungen" im Grünen Salon der Berliner Volksbühne am 06. November 2019.

13 Siehe die Internetpräsenz von KOW: https://kow-berlin.com/kow, aufgerufen am 20.02.2020.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Terrors in Deutschland auch in künstlerischen Arbeiten aufgegriffen. Dennoch sind Künstler*innen, die sich mit der Kontinuität des rechten Terrors nach '45 beschäftigen, rar. Man muss also mit dem arbeiten, was man hat. Hinsichtlich der Mittel, die etwa Henrike Naumann anwendet, gibt es aber auch nur wenig Auseinandersetzung. Obwohl genau hier eine Debatte über die ästhetische Reproduktion und das Ausstellen dessen, was man eigentlich ablehnt, besonders notwendig wäre.

Henrike Naumann hat noch einen anderen „Selling Point" – sie kommt aus Ostdeutschland. Der Rechtsextremismus tritt hier besonders deutlich zutage. Die sogenannten „national befreiten Zonen" der 1990er Jahre und die Welle der rechtsextremen Gewalt in diesen Jahren kann man von dort besonders gut beobachten.

Auf dem Handzettel zur Ausstellung „Requiem for a Failed State" (2018) in der Leipziger „Halle 14" schrieben die Kurator*innen über Naumanns dort gezeigte Arbeit „Triangulier Stories": „Auf dem einen Fernseher geben sie sich im Technoclub ‚Amnesia' auf Ibiza dem Tanz- und Ecstasyrausch hin. Auf dem anderen Monitor tragen die Schauspieler neofaschistische Insignien, trinken und randalieren. Man darf durchaus das junge NSU-Trio in ihnen wiedererkennen. Hedonismus oder Faschismus, zwei Optionen, auf das Unverständliche der Welt zu reagieren." Dass der Faschismus und mit ihm der rechte Terror des Nachwendezeit als direkte Reaktion auf die Umbrucherfahrungen der Ostdeutschen verstanden wird, hat etwas von einer Entlastung. Klarer wird diese Denkfigur, wenn man sich wiederum den Titel der Gruppenausstellung vergegenwärtigt, in der Naumann ihre Hakenkreuz-Messekoje zeigte. „Was euch am Leben hält, ist, was bei uns zu Asche zerfällt", war dort zu lesen.[14] In der Gesamtschau werden diese beiden Beispiele zu einer Erzählung. Einerseits wird Ostdeutschland als Hort und Labor von Rechtsextremen markiert, und andererseits wird die Verantwortung dafür in einem Ausverkauf oder in einer Übernahme Ostdeutschlands durch den Westen verortet.

„Osten": eine identitäre und antimoderne Projektion

Die Projektion auf „den Osten", als Gegenbild zu einer komplexen, modernen Welt, hat in Deutschland eine lange Tradition. Die meisten antimodernen politischen Bestrebungen und Ideologien in Deutschland wur-

14 Siehe https://kow-berlin.com/exhibitions/das-was-euch-am-leben-halt-ist-was-bei-uns-zu-asche-zerfiel, aufgerufen am 20.02.2020.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

den über eine emotionale Nähe zum Osten propagiert. Osten ist dabei nicht rein geografisch zu verstehen. Vielmehr steht er für die Haltung einer kulturellen Volksgemeinschaft, die typische antimoderne Elemente wie Authentizität, Natürlichkeit und Ursprünglichkeit aufruft. Die Projektion auf den Osten beflügelte und beflügelt identitäre, völkische, rechts- und links-revolutionäre Phantasien und bringt antiwestliche Schwärmer und Ideologen zusammen.

Heute gilt der Osten Deutschlands zunehmend als Gegenbild zur alten Bundesrepublik. Er ist zu einer Chiffre geworden, die eine identitäre Gegenkultur zum Ausdruck bringt, in der den einen der Osten als deutscheres Deutschland gilt und den anderen als das solidarischere. In jedem Fall aber dient die gegenwärtige Projektion auf den Osten der Identitätsstiftung. An dieser Stelle entsteht eine kulturelle und politische Querfront, die antimoderne Kontinuitäten in ein identitäres Konzept von Zugehörigkeit gießt.

Historisches Ostdenken

Konservativ-revolutionäre Kreise sahen bereits zum Anfang des letzten Jahrhunderts die Zukunft Deutschlands im Osten Europas. Dieses nach Osten gerichtete Denken stand in Opposition zum aufklärerischen, modernen Westen. Trotz der regionalen Nähe zu Frankreich sah man Deutschland als Teil der östlichen Hemisphäre. Mit der Projektion auf den Osten wurde ein nahezu spirituelles, mythisch überhöhtes Sehnsuchtsgefühl nach Ursprünglichkeit und Authentizität verknüpft. Gleichzeitig ging dies mit einer deutschen Selbstüberhöhung über die sogenannten Ostvölker einher. Man strebte eine neue geopolitische Weltordnung an, die die Zukunft der Deutschen auch im Osten sah.

75 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und 30 Jahre nach der sogenannten friedlichen Revolution wird der Begriff des Ostens nunmehr an innerdeutsche Kämpfe um eine eigene Kultur und Tradition gebunden. Er hat eine hohe kulturelle Attraktivität für Projektionen aller politischen Lager. Auch in Westdeutschland ist „der Osten" eine attraktive Identifikationsfigur für neue, identitäre politische Bewegungen.

Der bereits 1925 verstorbene Literaturkritiker und Publizist Moeller van den Bruck ist einer der wichtigsten Vorbereiter dieses Denkens und sah den Osten als „Jungbrunnen und Quelle der deutschen Wiedergeburt" (Becker 2013). Der Autor gehört zum ideologischen Kernbestand der national-revolutionären Rechten und gilt als Prophet des Dritten Reichs. Über längere Zeit war er in Vergessenheit geraten. Aber vor allem durch

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

jüngere rechtsextreme Kreise wie die „Identitäre Bewegung", die ihren Rechtsradikalismus auch intellektuell begründen wollen, hat er zu neuer Aktualität gefunden. Wie Oswald Spengler hing van den Bruck einer Ideologie an, die die Zukunft eines deutschen Reiches im Osten sah. Moeller van den Brucks Denken verband darüber hinaus eine monumentale Ästhetik mit der Zukunftsidee einer imperialen deutschen Nation.

Vermeintliche „Kolonialisierung" der Ostdeutschen

1941 brach Adolf Hitler den Pakt mit Josef Stalin und bereitete mit dem „Unternehmen Barbarossa" den sogenannten Ostfeldzug vor. Die Landnahme, Unterwerfung, Vertreibung und der massenhafte Mord in Osteuropa standen auch in der Kontinuität eines kolonialen deutschen Selbstverständnisses. Hitlers Satz „Russland ist unser Indien und die Wolga ist unser Niger" (Storost 2015) zeigt diese Verbindung deutlich auf. Es ist nicht unerheblich, solchen vernichtenden, kolonialen Eifer im Hinterkopf zu behalten, wenn heute wieder von Kolonialisierung im Zusammenhang mit dem Osten die Rede ist – wenn auch mit veränderten Vorzeichen.

In einem Beitrag für *DIE ZEIT* stellte Thomas Oberender, Intendant der Berliner Festspiele, die rhetorische Frage, warum die AfD in Ostdeutschland so viel Zuspruch erfährt. Seine Antwort: Den Ostdeutschen wurden ihre Identität und ihre Lebensgeschichte durch einen „innerdeutsche[n] Kolonialismus" geraubt (Oberender 2017).

Im Kunst- und Kulturfeld ist des Öfteren die Rede von einem durch den Westen usurpierten Osten. Daher wird auch hier ein postkolonialer Diskurs über die Nachwendezeit gefordert. Als gäbe es einen gemeinsamen Erfahrungshorizont der heute lebenden Ostdeutschen mit den Nachkommen der Herero und Nama oder der Völker, die im zweiten Weltkrieg östlich der Oder und Neiße überfallen wurden. Ganz so, als gäbe es keine andere Möglichkeit, die Umbrucherfahrungen der Ostdeutschen zu studieren und zu thematisieren, als die Mittel der postkolonialen Forschung zu bemühen.

Dies ignoriert, dass sich Postcolonial Studies aus ganz spezifischen historischen Zusammenhängen entwickelt haben und dort auch in ihren Beweggründen unteilbar sind. Ein angeblicher innerdeutscher Kolonialismus wird so mit der tatsächlichen deutschen Kolonialvergangenheit gleichgesetzt. Es geht dabei aber nicht nur darum, die Mittel der postkolonialen Forschung auf die Nachwendezeit anzuwenden. Vielmehr dient paradoxerweise die Einführung des Kolonialismus-Begriffs in die deutsch-deutsche Debatte dazu, von der Aufmerksamkeit um den notwendigen Diskurs über

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

die tatsächliche Kolonialgeschichte Deutschlands zu profitieren. Diese argumentative Figur wird auch im Kulturmilieu bemüht und als progressiv und emanzipatorisch dargestellt. Gerade weil eine unbedingt notwendige Aufarbeitung der kolonialen Schuld Deutschlands erst begonnen hat, ist die Ausweitung des Kolonialismus-Begriffs auf Ostdeutschland besonders zynisch.

„Ost-Erwachen": Identitätsbildung durch Schuldabwehr

Der Kolonialismus-Vergleich ist Teil einer Debatte um das sogenannte „Ost-Erwachen". Die Soziologin Naika Foroutan formulierte die These von der Vergleichbarkeit der Abwertungserfahrungen ostdeutscher und migrantischer Personen (Foroutan 2018). Umgehend wurde Foroutans These von einem ostdeutschen Diskurs übernommen und in der Konsequenz als eine ostdeutsche Opfererzählung etabliert. Diese Erzählung führte direkt in eine Täter-Opfer-Umkehr, die auch den Rassismus und den rechten Terror der Nachwendezeit entlastete. Die Pogrome von Rostock-Lichtenhagen, der Erfolg von Pegida und der AfD wurden so als Reaktion auf vermeintlichen Ausverkauf und Übernahme durch die Bundesrepublik gewertet. So schrieb etwa die Schriftstellerin Jana Hensel, dass man erst durch Pegida schonungslos über den Osten sprechen würde (Hensel 2019).

Dass der Rassismus im Osten auf eine Kontinuität zurückblicken kann, die nicht mit der Gründung der selbsternannt antifaschistischen DDR abbrach, wird dabei geleugnet, relativiert oder gar legitimiert. Stattdessen wird der Rassismus als Importprodukt aus dem Westen gesehen. Bei einer Veranstaltung unter dem Titel „Im Osten geht die Sonne auf" sagte Hensel sinngemäß, dass der Rassismus in der DDR Systemkritik war – und im Westen hingegen Rassismus. Aus Foroutans Vergleich strickte sie einen kausalen Zusammenhang zwischen den Wende-Erfahrungen der Ostdeutschen und den rassistischen Pogromen der Nachwendezeit. So wird aus Rassismus ein Akt des Widerstands einer vermeintlich angestammten Volksgruppe konstruiert, die sich lediglich gegen ihre Usurpation verteidigt. Aus der Frage nach vergleichbaren Erfahrungshorizonten wird eine Opferrolle abgeleitet, die gleichsam eine Erklärung für rechtsextremen Terror liefert.

Der ostdeutsche Opfermythos dient einer kollektiven Selbstentlastung. Erst war man selbst Opfer des Nationalsozialismus gewesen – in der DDR hatte man gelernt, dass die Arbeiterbewegung zu den ersten Opfern des NS gehörte. Dann wurde man Opfer der Stasi und der DDR-Eliten. Dann kam die Wende und mit ihr der Kapitalismus. Dieser sich ständig an den

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Zeitgeist anpassende Opferstatus dient sich nun den innerdeutschen Identitätsdebatten an und eröffnet – als gesamtdeutsche Projektion – die verlockende Möglichkeit, sich nicht mit der eigenen Schuldfrage zu beschäftigen. Die ostdeutsche Selbstviktimisierung ist somit ein wichtiger Teil einer gesamtdeutschen Entschuldungsstrategie geworden. Der Osten wird als Carte Blanche für Projektionen – von ansonsten antagonistischen politischen Lagern – genutzt. Übereinkunft finden diese Lager in einer identitären Zuschreibung, die über die Projektion auf den Osten ihr Bedürfnis nach einer ungebrochenen Identität befriedigt. Hier liegt die Verheißung einer vermeintlichen ostdeutschen Schicksalsgemeinschaft, in der Opfermythos und Aufbegehren ein neues deutsches Identitätsbedürfnis stillen.

Der widerständige Osten

Das „Ost-Erwachen" zeichnet das Bild einer geradezu indigenen Ostbevölkerung, die sich in einem dauerhaften Zustand der Selbstverteidigung befindet und die es zu beschützen gilt. Gerade die Wirkmächtigkeit des widerständigen, authentischen Ostens ist attraktiv für die Debatten der Kunst.

Bereits Joseph Beuys hat eine authentische Natur der gekünstelten Zivilisation gegenübergestellt. Das drückte sich vor allem in seiner Idee vom „Ostmenschen" (Siemes 2013) aus. Der ganzheitliche, triebhafte und natürliche „Ostmensch" trifft bei Beuys auf den rationalen und leblosen Westmenschen. Auf dieses Konzept gründet sich Beuys' Utopie von „Eurasien". Diese Utopie hat nichts von ihrer Aktualität verloren. Hinter ihr versammelt sich heutzutage eine antiwestliche Querfront aus Putin-Apologeten, Endzeitpropheten, Verschwörungstheoretikern und anderen demokratiefeindlichen Ideologen.

Auch in der Kunst wird der Ruf nach Widerstand, der sich im ostdeutschen Opfermythos begründet, laut. Es gibt Künstler*innen und Literat*innen, die sich im selbsternannten Dissidentenstatus wähnen und in die neurechte Kakofonie direkt einstimmen. Früher war man im Widerstand gegen das Regime der DDR, jetzt gegen die sogenannte „Merkel-Diktatur". Begriffe wie „Gesinnungskorridor" und „DDR 2.0", die die Meinungsfreiheit in Deutschland in Frage stellen sollen, werden nun nicht nur von Pegida und Co., sondern auch von einem Kreis vertreten, der sich selbst als konservatives Kulturbürgertum versteht. Die Verehrung des Soldatischen, eine Sehnsucht nach dem Mythischen, eine widerständige Selbstwahrnehmung oder die Abwehr des Fremden findet sich bei diesen Protagonist*innen und in ihrem Umfeld wieder. Daraus ergeben sich ge-

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

wollt oder ungewollt persönliche und politische Schulterschlüsse dieser kreativen Zirkel mit der (neu)rechten Szene.

So hat der von rechts ausgerufene „Kulturkampf" um die Deutungshoheit des deutschen Ostens schon jetzt seine Künstler gefunden, die zu den großen repräsentativen Namen der deutschen Kunst zählen. Dazu gehören unter anderem Georg Baselitz, Uwe Tellkamp und Neo Rauch. Sie beanspruchen für sich eine Künstler-Autonomie, die sie einerseits gegen eindeutige politische Zuschreibungen und Kritik schützen soll. Andererseits soll sie der Selbstbehauptung Nachdruck verleihen, sie würden sich im Widerstand gegen einen angeblich links dominierten Mainstream befinden. Sie verstehen sich und ihre Kunst als einen impliziten Nachweis, dass vor allem sie die Verteidiger von Kunst- und Meinungsfreiheit sind. Der Münchner Kunstkritiker Wolfgang Ullrich formulierte die These, dass sich rechte Künstler*innen zu selbsternannten Gralshütern der Kunstfreiheit erhoben haben. Dieses Haltung scheint so verführerisch, weil sie als maximaler Gegenpol zur vermeintlich einschränkenden politischen Korrektheit ins Feld geführt werden kann. Im Gegenzug wiederum mit einer Gruppe von rechten Künstler*innen identifiziert zu werden, scheint vielen das kleinere Übel – ohnehin hat man sich längt ihren Thesen und ihrem Umfeld angenähert. Der Leipziger Maler Neo Rauch trage durch seine Bekanntheit „mehr als andere zur Verschiebung des politischen Klimas bei", hat Ulrich geschrieben (Ullrich 2019).

Konkret bezeichnet sich der Maler als „naturkonservativ" (von Taube/Pofalla 2019). Ein Begriff, der vom Politiker und Umweltschützer Herbert Gruhl (1921–1993) geprägt wurde. Gruhl warnte in seinem Buch *Himmelfahrt ins Nichts* vor der Durchmischung der Kulturen. Auch deshalb kümmert sich die Gruhl-Gesellschaft mit Verbindungen zur AfD und zur neurechten „Bibliothek des Konservatismus" um die Weiterpflege von Gruhls Werk. Es ist schwer, diese Verbindung nicht zu denken, wenn sich Rauch den Begriff des Naturkonservatismus heute zuschreibt. Rauch selbst definiert seinen Konservatismus damit, „das neue, das Fremde so lange zu verhindern, bis es nicht mehr gefährlich ist." (Loy/Rauch 2018)

Resümee

Der Kulturtheoretiker und Schriftsteller Klaus Theweleit hat einmal gesagt, dass sich „die Presse zur eigenen Parteilichkeit bekennen sollte", denn „wir sind eine interessenzentrierte bürgerliche Presse mit ganz bestimmten Werten; und sind damit in den Augen derer, die diese Werte ablehnen und

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

bekämpfen, ganz selbstverständlich Lügenpresse. Danke für das Kompliment!“ (Chatzoudis 2018)

Man kann die Pressefreiheit oder die Freiheit der Kunst nicht symbolisch verteidigen, indem man Positionen eine Plattform oder eine Stimme gibt, die gewollt oder ungewollt rezipierbar für neurechte und antidemokratische Bewegungen sind. Wenn solche Bewegungen oder Gruppen sich ein Thema aneignen, passiert das niemals zufällig, sondern weil sie in der Lage sind, ihre eigenen Positionen auch bei anderen zu identifizieren. Daher ist es wichtig, diese Positionen genau zu lesen. Man muss ihre Sprache und Bildsprache verstehen lernen. Das geht nur, wenn man auch versteht, was die Konsequenzen von antimoderner Rhetorik sind.

Viktor Klemperer hat in seinem Buch „LTI“ die Transformation der Alltagsprache im Dritten Reich beschrieben und damit gezeigt, wie wesentlich kultureller Wandel ist, um eine politische Ideologie durchzusetzen. Er sagte über seine Arbeit, dass „es nicht auf die großen Sachen ankommt, sondern auf den Alltag der Tyrannei, der vergessen wird. Tausend Mückenstiche sind schlimmer als ein Schlag auf den Kopf. Ich beobachte, notiere die Mückenstiche …“ (Rüttiger 2011: 324). Der Kulturpessimismus, der gerade auch im Kunst- und Kulturfeld die antimodernen Reflexe auslöst, tritt nicht in Form einer plötzlichen Kulturrevolution auf, sondern als die Summe vieler tausender Mückenstiche.

Literatur

Becker, Nikola (2013): Volker Weiß: Moderne Antimoderne. In: sehepunkte 13 (2013), Nr. 9 vom 15.09.2013. (Online: http://www.sehepunkte.de/2013/09/20267.html, aufgerufen am 20.02.2020)

Briegleb, Till (2019): Der Wendehals. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 13. April 2019. (Online: https://www.sueddeutsche.de/kultur/emil-nolde-ausstellung-berlin-hamburger-bahnhof-rezension-1.4407452, aufgerufen am 20.02.2020)

Buchloh, Benjamin H. D. (2017): Rock Paper Scissors. In: Artforum September 2017. (Online: https://www.artforum.com/print/201707/benjamin-h-d-buchloh-on-some-means-and-ends-of-sculpture-at-venice-muenster-and-documenta-70461, aufgerufen am 20.02.2020)

Buhr, Elke (2019): „Boykott ist ansteckend.“ In: Monopol Magazin vom 01.10.2019, www.monopol-magazin.de/walid-raad-bds-aachen-kunstpreis, aufgerufen am 20.02.2020.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Bundestagsdrucksache 19/10191 (2019): Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Der BDS-Bewegung entschlossen entgegentreten – Antisemitismus bekämpfen. Drucksache 19/10191vom 15.05.2019 (Online: https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/101/1910191.pdf, aufgerufen am 20.02.2020)

Chatzoudis, Georgios (2018): „Diese Körper sind von Angst erfüllt". Interview mit Klaus Theweleit über Gewalt in Deutschland vom 18.09.2018. In: L.I.S.A. Wissenschaftsportal der Gerda Henkel Stiftung. (Online: https://lisa.gerda-henkel-stiftung.de/maennergewalt_theweleit, aufgerufen am 20.02.2020)

dpa (2010): Bücher von Rudolf Steiner nicht auf Index gelandet. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 21.05.2010. (Online: https://www.sueddeutsche.de/karriere/waldorfpaedagogik-buecher-von-rudolf-steiner-nicht-auf-index-gelandet-1.768672, aufgerufen am 20.02.2020)

dpa (2019): KZ-Anspielungen in Video – Empörung über Rammstein. (Online: https://www.zeit.de/news/2019-03/29/kz-anspielungen-in-video-empoerung-ueber-rammstein-190328-99-582875, aufgerufen am 20.02.2020)

Du Bois, William Edward Burghardt (1947): The World and Africa. An Inquiry Into the Part Which Africa Has Played in World History. Viking Press: New York.

Elbe, Ingo (2020): Postkolonial gegen Israel. In: mena watch vom 23. April 2020, https://www.mena-watch.com/postkolonial-gegen-israel, aufgerufen am 20.02.2020.

Focus Online (2017): Israel-Feinde brüllen Holocaust-Überlebende nieder. In: *Focus Online* vom 24. Juni 2017, https://www.focus.de/politik/videos/eklat-an-humboldt-uni-israel-feinde-bruellen-holocaust-ueberlebende-nieder_id_7278842.html, aufgerufen am 20.02.2020.

Foroutan, Naika (2018): „Ostdeutsche sind auch Migranten". Interview mit der *tageszeitung* vom 13.05.2018. (Online: https://taz.de/Professorin-ueber-Identitaeten/!5501987, aufgerufen am 20.02.2020)

Gräfe, Thomas (2007): Anmerkungen zu: Ulrich Sieg, Deutschlands Prophet. Paul de Lagarde und die Ursprünge des modernen Antisemitismus. München. In: Zukunft braucht Erinnerung. (Online: https://www.zukunft-braucht-erinnerung.de/deutschlands-prophet-sieg, aufgerufen am 20.02.2020)

Gross, Raphael (2000): Carls Schmitt und die Juden. Suhrkamp: Frankfurt.

Heidbrink, Ludger (1995): Seltsame Allianzen. In: *DIE ZEIT* vom 18. August 1995, Nr. 34. (Online: https://www.zeit.de/1995/34/Seltsame_Allianzen, aufgerufen am 20.02.2020)

Heiden, Konrad (2011): Adolf Hitler: Das Zeitalter der Verantwortungslosigkeit – Ein Mann gegen Europa. Europa Verlag: Zürich.

Hensel, Jana (2019): Und jetzt teilen wir. In: *ZEIT online* vom 9. November 2019. (Online: https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2019-11/deutsche-wiedervereinigung-mauerfall-jubilaeum-unterschiede-ost-west, aufgerufen am 20.02.2020)

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Herzinger, Richard/Stein, Hannes (1995): Endzeit-Propheten oder Die Offensive der Antiwestler: Fundamentalismus, Antiamerikanismus und Neue Rechte. Rowohlt TB: Reinbek.

Hornuff, Daniel (2018): „Es wird mir eine Freude sein, die Entsiffung des Kulturbetriebs in Angriff zu nehmen". In: *DIE ZEIT* vom 15. Februar 2018, Nr. 8. (Online: https://www.zeit.de/zustimmung?url=https%3A%2F%2Fwww.zeit.de%2F2018%2F08%2Fmarc-jongen-afd-kulturbetrieb-entsiffung-aussage, aufgerufen am 20.02.2020)

Kaiser, Benedikt (2017): Querfrontpotential? Populismus bei Mouffe und Laclau. In: sezession 79/2017. (Online: https://sezession.de/59641/querfrontpotential-populismus-bei-mouffe-und-laclau, aufgerufen am 20.02.2020)

Lorch, Catrin (2018): Die wirren rechten Ideen des Joseph Beuys. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 9. Mai 2018. (Online: https://www.sueddeutsche.de/kultur/kunst-und-nationalsozialismus-die-wirren-rechten-ideen-des-joseph-beuys-1.3973199, aufgerufen am 20.02.2020)

Loy, Rosa/Rauch, Neo (2018): „Das ist die Talibanisierung unserer Lebenswirklichkeit". In: Handelsblatt vom 29. April 2018. (Online: https://www.handelsblatt.com/arts_und_style/kunstmarkt/kuenstlerpaar-rosa-loy-und-neo-rauch-das-ist-die-talibanisierung-unserer-lebenswirklichkeit/21189370.html, abgerufen am 20.02.2020)

Marchart, Oliver (2008): Hegemonie im Kunstfeld. Die documenta-Ausstellungen dX, d11, d12 und die Politik der Biennalisierung. In: Babias, Marius (Hrsg.): Diskurs Band 2. Verlag der Buchhandlung Walther König: Köln.

Monopol (2020): Wie geschichtsblind war die Documenta? In: monopol online vom 30.01.2020, https://www.monopol-magazin.de/documenta-geschichte, aufgerufen am 20.02.2020.

Mouffe, Chantal (2018): Für einen linken Populismus. edition suhrkamp: Frankfurt.

Oberender, Thomas (2017): Die Mauer ist nicht gefallen. In: *DIE ZEIT* vom 27. September 2017, Nr. 40. (Online: https://www.zeit.de/2017/40/ddr-mauerfall-kinderbetreuung-west-ost-deutschland/komplettansicht, aufgerufen am 20.02.2020)

Rauterberg, Hanno (2017): Der stille Aufruhr. In: *DIE ZEIT* Nr. 27/2017. (Online: https://www.zeit.de/2017/27/anne-imhof-biennale-venedig-faust-performance, abgerufen am 20.02.2020)

Riegel, Hans Peter (2018): Beuys: Die Biographie. 3 Bände. Neuausgabe. Riverside Publishing: Zürich.

Rüttiger, Denise (2011): Schreiben ein Leben lang: Die Tagebücher des Victor Klemperer. Transcript: Bielefeld.

Salzborn, Samuel (2013): Israelkritik oder Antisemitismus? Kriterien für eine Unterscheidung. In: Kirche und Israel. Neukirchener Theologische Zeitschrift, 28. Jahrgang, Heft 1/2013. (Online: https://www.hagalil.com/2013/06/israelkritik-oder-antisemitismus, aufgerufen am 20.02.2020)

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Salzborn, Samuel (2019): „Wir erleben in Teilen der Kunst- und Kulturszene eine Form von Flucht“. In: Forum Democratic Culture Contemporary Art am 13.02.2019. (Online: https://www.forum-dcca.eu/interview-samuel-salzborn, aufgerufen am 20.02.2020)

Sheehan, James J. (2002): Geschichte der deutschen Kunstmuseen: von der fürstlichen Kunstkammer zur modernen Sammlung. C.H. Beck: München.

Siemes, Christof (2013): Mutmaßung über Jupp. In: *ZEIT online* vom 23. Mai 2013, Nr. 22, https://www.zeit.de/2013/22/biographie-joseph-beuys/komplettansicht, aufgerufen am 22.02.2020.

Stern, Fritz (1963): Kulturpessimismus als politische Gefahr. Scherz Verlag: Bern.

Stokowski, Magarete (2019): Warum „linksgrün versifft“? In: *DER SPIEGEL* vom 12.02.2019. (Online: https://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/rechte-sprache-warum-linksgruen-versifft-a-1252819.html, aufgerufen am 20.02.2020)

Storost, Ursula (2015): Hamburg arbeitet sein koloniales Erbe auf. In: Deutschlandfunk vom 29. Januar 2015. (Online: https://www.deutschlandfunk.de/forschungsprojekt-hamburg-arbeitet-sein-koloniales-erbe-auf.1148.de.html?dram:article_id=310148, aufgerufen am 20.02.2020)

Süddeutsche Zeitung (2015): Hitlergruß gilt als Werk der Kunst. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 05. Mai 2015. (Online:https://www.sueddeutsche.de/kultur/verfahren-gegen-jonathan-meese-hitlergruss-gilt-als-werk-der-kunst-1.2466053, aufgerufen am 20.02.2020)

Ullrich, Wolfgang (2019): Auf Dunkler Scholle. In: *ZEIT online* vom 15. Mai 2019, Nr. 21. (Online: https://www.zeit.de/2019/21/kunstfreiheit-linke-intellektuelle-globalisierung-rechte-vereinnahmung, aufgerufen am 20.02.2020)

von Taube, Dagmar/Pofalla, Boris (2019): Der Feldherrenhügel der „Genossin“ Kahane. In: *DIE WeLT* vom 07.07.2019. (Online: https://www.welt.de/kultur/plus196453027/Neo-Rauch-und-Rosa-Loy-Der-Feldherrenhuegel-der-Genossin-Kahane.html, aufgerufen am 20.02.2020)

Weiß, Volker (2012): „Moderne Antimoderne – Arthur Moeller van den Bruck und der Wandel des Konservatismus“. Schöningh: Paderborn.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

3.
Rechtsradikalismus, Rechtsterrorismus, Antisemitismus

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Rechter Radikalismus und Rechtsterrorismus nach der Shoah

Samuel Salzborn

In der öffentlichen Wahrnehmung wird Rechtsextremismus oft mit militantem Neonazismus gleichgesetzt, was richtig und falsch zugleich ist: Jeder Neonazi ist fraglos ein Rechtsextremist, aber nicht jeder Rechtsextremist ein Neonazi. Die Rechtsextremismusforschung hat, wie vor allem Richard Stöss betont (Stöss 2010), darauf hingewiesen, dass Rechtsextremismus eine Verbindung aus Einstellung und Verhalten ist, also bestimmte rechtsextreme Einstellungen nicht immer zum selben Verhalten führen müssen und insofern Rechtsextremismus von der Wahlentscheidung für eine rechtsextreme Partei bis zum rechtsterroristischen Gewaltakt reicht. Dies ist wichtig zu betonen, weil rechtsextreme Einstellungen die Grundlage für jedes rechtsextreme Verhalten sind, also ein rechtsextremes Weltbild auch dann vorliegt, wenn es nicht zu gewaltförmigem Handeln führt. Rechtsterrorismus sollte insofern als eine spezifische Form rechter Radikalisierung begriffen werden, deren Grundlage rechtsextreme Einstellungen sind – und zugleich sollte betont werden, dass ein solcher Radikalisierungsprozess, liegen rechtsextreme Einstellungen vor, je nach individuellen, sozialisatorischen und kontextuellen Faktoren prinzipiell immer erfolgen kann.

Aus diesem Grund ist es auch wichtig, das rechtsterroristische Milieu als *militanz-affin* zu charakterisieren und damit, einem Begriffsvorschlag von Hajo Funke folgend, zu sehen, dass es durch eine Verbindung von explizitem Rechtsterrorismus mit einem „alltagsterroristischen bzw. präterroristischen Milieu" begriffen werden muss (Funke 2015: 20). Es geht also nicht einfach nur um den praktizierten Rechtsterrorismus, sondern um das Milieu im Rechtsextremismus, das aktive Gewaltanwendung befürwortet und einsetzt und letztlich die Vorfeldstruktur für den Rechtsterrorismus bildet. Vorfeldstruktur meint dabei ein mehrdimensionales Feld, das von der Rekrutierung von Personal für terroristische Aktivitäten über logistische und weltanschauliche Unterstützung von Rechtsterrorismus, die Propagierung gewalttägigen Vorgehens gegen die Demokratie bis hin zu Alltagsgewalt gegen Flüchtlinge, Jüdinnen und Juden oder politische Gegner reicht.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Der militanz-affine Rechtsextremismus in Deutschland

Die strukturell gewaltförmige Dimension rechtsextremer Weltanschauung äußert sich in einem erheblichen Teil des organisierten Rechtsextremismus auch in einer aktiv gewalttätigen Praxis. Während rechtsextreme Parteien ihre Ziele (nicht ausschließlich, aber auch) auf parlamentarischem Weg verfolgen, orientieren die neonazistischen Gruppierungen im außerparlamentarischen Bereich auf die Durchsetzung ihrer Ziele mit Gewalt und Terror – getreu dem historischen Vorbild aus den 1920er Jahren, etwa der faschistischen Kampfbünde in Italien oder der SA in Deutschland, wobei das Zusammenspiel von illegalem und legalem Agieren, also zwischen Militanten und Partei(en), nicht nur in der Nachkriegsgeschichte, sondern auch schon historisch zu beobachten war.

Im Spektrum der militanten Organisationen und des Rechtsterrorismus, also dem militanz-affinen Milieu, wird die demokratiefeindliche Ausrichtung aggressiv vertreten und handfest spürbar. Rechtsextreme Parteien lassen sich, mitunter auch aus strategischen Erwägungen, auf den legislativen Rahmen der parlamentarischen Demokratie zumindest soweit ein, als sie sich mit ihrem Handeln den Regularien – und damit auch den Kontrollmechanismen, wie sie Grundgesetz und Parteiengesetz für Parteien formulieren – unterwerfen. Insofern wird ihre faktische Gegnerschaft zur Demokratie zumindest punktuell gebrochen – die zahlreichen Strafermittlungsverfahren und rechtskräftigen Verurteilungen, nicht nur gegen Mitglieder und Funktionäre, sondern auch gegen Abgeordnete von rechtsextremen Parteien (allein in der NPD waren zum Zeitpunkt des zweiten Verbotsantrags im Jahr 2013 etwa ein Drittel der Funktionäre vorbestraft) (Kopietz 2013), zeigen freilich, dass der antidemokratische Geist oft nicht nur inhaltlich vorhanden ist, sondern auch das Handeln prägt. Die außerparlamentarischen Gruppen und militanten Organisationen des Rechtsextremismus stehen hingegen in grundsätzlicher Fundamentalopposition zum „System", wie die Demokratie im Szenejargon abwertend genannt wird.

Sieht man vom rechtsintellektuellen Spektrum ab (Salzborn 2016; Salzborn 2017), dann trifft diese Klassifizierung als pronazistische Fundamentalopposition grundsätzlich auf fast alle rechtsextremen Gruppierungen zu, die nicht *kontinuierlich* parteipolitisch bzw. parlamentarisch agieren – egal, ob es sich um eine kleine Kameradschaft, eine militante Wehrsportgruppe, eine soldatisch-bündische Jugendorganisation im Nachfolgeverständnis von Hitler-Jugend (HJ) bzw. Bund Deutscher Mädel (BDM), rechte Skinheads oder um organisierte Terroristen handelt. Gemeinsam ist diesen Gruppen, dass sie einen positiven Bezug auf den Nationalsozialismus formulieren, die NS-Zeit verherrlichen und ihr Ziel in der Wiedererrich-

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

tung einer den Nationalsozialismus kopierenden politischen Ordnung besteht. Systematisch muss in diesem Spektrum jedoch hinsichtlich der quantitativen wie qualitativen Gewaltausrichtung unterschieden werden: Die nicht nur hypothetische, sondern reale Gewaltbereitschaft und Gewalttätigkeit umfasst (aktiv ausgeübte oder demonstrierte) Militanz, (punktuelle oder fortwährende) Gewalt und (systematischen und organisierten) Terror(ismus). Die Geschichte des neonazistischen Rechtsextremismus zeigt, dass die Grenzen zwischen diesen Formen immer fließend und wenn überhaupt bei einzelnen Gruppierungen, dann stets nur punktuell und strategisch vorhanden waren (Röpke/Speit 2013).

Mit Blick auf die politischen Agitationsformen des militanten und neonazistischen Rechtsextremismus zeigt sich, dass die Adressaten der Agitation und Aktion von denen in der demokratischen Öffentlichkeit grundsätzlich abweichen: Der Neonazismus adressiert *nicht* primär an ein breites Publikum, das von den eigenen Positionen überzeugt werden soll; im Gegenteil, die strategische Zielrichtung orientiert auf ein alternatives Kommunikationsmodell, das nur auf Teilsegmente der Öffentlichkeit fokussiert. Dabei geht es einerseits darum, die eigene In-Group, die „Szene", die neonazistischen Zirkel zu erreichen und innerhalb dieser für Information und Austausch zu sorgen, andererseits aber – gerade im Bereich der Symbolpolitik – auch darum, bei den als Feinden ausgemachten Personen durch Gewalttätigkeit Angst und Schrecken zu verbreiten: beim politischen Gegner, insbesondere antifaschistischen Gruppen, unter Migrantinnen und Migranten bzw. Deutschen mit Migrationshintergrund, bei Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma, Obdachlosen oder Homo- und Transsexuellen.

Organisationsformen und Strukturen

Ihren operationalen Hintergrund hat die neonazistische Szene in Organisationen, die in der unmittelbaren Nachkriegszeit gegründet wurden und – personell wie weltanschaulich –positiven Bezug auf den Nationalsozialismus genommen haben. Hierzu zähl(t)en die „Stille Hilfe für Kriegsgefangene und Internierte e. V." und die „Organisation der ehemaligen SS-Angehörigen" (ODESSA), die konspirativ Altnazis zur Flucht und Schaffung neuer Identitäten verhalfen bzw. inhaftierte Nazi-Verbrecher betreuten, die „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit – Bundesverband der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS" (HIAG) und die „Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger des Eisernen Kreuzes" (OdR) als Schaltstellen für Altnazis, die nicht inhaftiert und auch nicht abgetaucht waren, aber auch und ganz besonders die „Sozialistische Reichspartei" (SRP), die unter ihrem Dach als

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

zunächst legale Partei bis zum Verbot 1952 versuchte, in direkter programmatischer Anlehnung an die NSDAP die Altnazis in der Bundesrepublik neu zu organisieren. Von diesen Organisationen gingen wesentliche Impulse für die Reorganisation eines militanten Neonazismus aus (Schröm/Röpke 2001; Wilke 2011), weil sie aufgrund ihrer affirmativen Haltung zum NS-Regime in Verbindung mit der Relativierung oder Leugnung der Shoah und gleichzeitiger prinzipieller Ablehnung der Demokratie den weltanschaulichen Akzeptanzraum für die später entstehenden neonazistischen Organisationen bereitet haben (Braunthal 2009; Dudek/Jaschke 1984).

Zwei weitere Kontexte sind wesentlich zur Charakterisierung der militanten, neonazistischen Dimensionen und damit des militanz-affinen Milieus im bundesdeutschen Rechtsextremismus: zum einen, dass neben der Gewaltakzeptanz und Gewaltbereitschaft durch eine geschichtsrevisionistische Grundierung Kultur- und Publizistikorganisationen bzw. pseudowissenschaftliche Einrichtungen („Deutsches Kulturwerk Europäischen Geistes"/DKEG, „Gesellschaft für freie Publizistik"/GfP, „Zeitgeschichtliche Forschungsstelle Ingolstadt"/ZFI, „Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten"/VRBHV) als organisatorische Scharniere zwischen Parteien und Militanten fungieren, an denen kontinuierlich Austausch und Vernetzung zwischen den Spektren vollzogen wird; zum anderen, dass paramilitärische Jugendorganisationen („Wiking Jugend"/WJ, „Bund Heimattreue Jugend"/BHJ, „Heimattreue Deutsche Jugend"/HDJ) nicht nur die Vermittlung von nationalistischen, soldatischen und völkisch-bündischen Grundüberzeugungen bereits bei Kindern vornehmen, sondern diese im Rahmen von Ferienlagern und kasernierten Schulungen für das NS-Weltbild in seiner unmittelbaren Militanz sozialisieren (Röpke 2008; Röpke 2010). Seit Mitte der 1980er Jahren kam überdies für das neonazistische Spektrum mit Blick auf sozialisatorische Aspekte das Skinhead- und Hooligan-Spektrum hinzu, das durchaus heterogen ist (und gerade mit Blick auf die Entstehung der Skinhead-Bewegung Anfang der 1970er Jahre in Großbritannien in einem zwar ohne Zweifel martialischen, aber zunächst eher dem sozialistischen (Arbeiter-)Spektrum nahestehenden proletarischen Männlichkeitskult seine Ursprünge hatte), jedoch in einem nicht kleinen Teil offen für vulgär-nazistische Dominanzpositionen in Verbindung mit aggressiven Männlichkeitskulten ist (Bredel 2002; El-Nawab 2001) und über die Verbindung zum Rechtsrock, insbesondere das Netzwerk „Blood & Honour" (B&H) (Bötticher/Mareš 2013: 602 ff.), ein um den zunächst vorpolitischen Bereich der Musik erweitertes und nachhaltig wirkendes Agitationsfeld darstellt (Büsser 2001; Dornbusch/Raabe 2002; Farin/Flad 2001; Pfeiffer 2002).

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

So gestaltet sich der militante und neonazistische Flügel des Rechtsextremismus auf der verbindenden Basis einer positiven Bezugnahme auf den Nationalsozialismus und einer grundsätzlichen Ablehnung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik, die verbunden wird mit dem Ziel eines Wiederaufbaus der NSDAP – für den die SRP stand und der seit den frühen 1970er Jahren von der NSDAP-AO (Auslands- und Aufbauorganisation, mit Sitz in Lincoln/Nebraska) logistisch und propagandistisch forciert wird –, vor diesem organisatorischen Hintergrund als ein weit verzweigtes Netz von zahllosen Organisationen und Gruppierungen. Deren nominelle Existenz ist zum Teil nur kurzfristig. Die Gruppierungen benennen sich immer wieder um, reorganisieren sich (auch nach Verboten) und wandeln ihre konkrete Organisationsform, sind sich dabei aber vor allem darin einig, dass sie politische Herrschaft durch Gewalt – und nicht durch Wahlen (also nicht durch mehrheitliche Zustimmung der Bevölkerung) – erringen wollen. Zu Bruchlinien im militanten Spektrum kommt es dabei immer wieder entlang der Frage der Wortgläubigkeit bzw. der Linientreue: Während einige den Nationalsozialismus für unumstößlich und unhinterfragbar halten, zweifeln andere diesen Kadavergehorsam an und orientieren sich z.B. eher an den Strasser-Brüdern (die das sozialistische Moment in der NSDAP stärker betonten) oder SA-Chef Ernst Röhm (der den Weimarer Legalismus der NSDAP ablehnte und eine stärker männerbündische und homoerotische Linie vertrat) oder an einer jeweils zeitgenössischen Abwandlung des nationalsozialistischen Weltbildes. In diesen Bereich fallen auch die Debatten im neonazistischen Spektrum bzgl. der (Nicht-)Sinnhaftigkeit formalisierter Organisationsstrukturen, die – vor allem in den 1990er Jahren – von den „Freien Kameradschaften" und später den „Autonomen Nationalisten" in Frage gestellt wurden („Organisierter Wille braucht keine Partei"), nicht zuletzt auch, um möglichen Verboten und damit staatlicher Repression aus dem Weg zu gehen (Röpke/Speit 2004; Schedler/Häusler 2011).

Trotz der netzwerkartigen Struktur lassen sich in der Geschichte der militanten und neonazistischen Organisationen immer wieder personelle und organisatorische Schaltstellen ausmachen, d.h. dass einige Organisationen den Kern des Neonazismus bilden, auch wenn sie formal nicht mehr existieren, aber durch die persönliche Vernetzung ihrer (ehemaligen) Kader fortwirken (Kleffner/Spangenberg 2016; Maler 1996). Es handelt sich insofern, wie ein auf umfangreichen Materialanalysen fußendes Handbuch Anfang der 1990er Jahre es akzentuierte, um Netzwerke mit „Drahtziehern" (Antifaschistisches Autorenkollektiv 1996). Auch wenn die empirischen Studien zu den einzelnen Organisationen der militanten und neonazistischen Szene noch lange nicht umfangreich genug sind, um ein end-

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

gültiges Bild der funktionalen Aspekte dieses „Netzwerks“ und seiner „Drahtzieher“ zeichnen zu können, lässt sich zumindest sagen, dass Schlüsselrollen den verbotenen Organisationen „Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei“ (FAP), „Nationalistische Front“ (NF), „Wiking Jugend“ (WJ), „Nationale Liste“ (NL) und „Hilfsgemeinschaft für nationale politische Gefangene und deren Angehörige“ (HNG) sowie der „Gesinnungsgemeinschaft der neuen Front“ (GdNF) zukommen, deren Ex-Funktionäre bis heute aktiv und einflussreich in der neonazistischen Szene sind. Ein wichtiges Auffangbecken zur Bündelung und Engführung der Vernetzung des Neonazismus bildet seit Mitte der 1990er Jahre ebenfalls die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD), die die funktionalen Ziele der SRP weitgehend übernommen und auch den pronazistischen und militanten Flügel des Rechtsextremismus bewusst integriert hat (Botsch 2011: 113 ff.).

Ausprägungen rechtsextremer Gewalt

Die militante Dimension des Rechtsextremismus muss systematisch differenziert werden in eine aktionistische und eine organisierte Ausprägung: Die aktionistische Form findet ihren Ausdruck in tendenziell eher spontanen Gewaltakten (rassistische und antisemitische Gewalttaten, Angriffe von politischen Gegnern etc.), die organisierte in systematisch geplanten Handlungen, die in Wehrsportgruppen und paramilitärischen Vereinigungen trainiert werden, sich oft an einem Führer- und Gehorsamkeitsprinzip orientieren und vor allem seit 1989/90 auch immer wieder damit verbunden sind, (auch) im Ausland in der Handhabung von Waffen geschult zu werden oder gar als Söldner an Kriegen teilzunehmen. Insofern ist die Geschichte der rechtsextremen Militanz und des rechtsextremen Terrors, interpretiert man die aktionistische und die organisierte Ausprägung als Varianten desselben Phänomens, eine kontinuierliche (Koehler 2017; Röpke/Speit 2013), was allein die Zahlen verdeutlichen: Seit 1971 kam es in der Bundesrepublik zu (mindestens) zwölf Entführungen, 174 bewaffneten Überfällen, 123 Sprengstoffanschlägen, 2.173 Brandanschlägen und 229 Morden mit rechtsextremen Motiven (Schnee 2017).

Hierzu zählen die Aktivitäten der Wehrsportgruppe Hoffmann (WSG), insbesondere der durch mindestens einen WSG-Aktivisten verübte Sprengstoffanschlag auf das Münchner Oktoberfest im September 1980 (12 Tote) (Chaussy 2014) und zwei gezielte antisemitische Morde in Erlangen. Darüber hinaus gehören dazu fünf Sprengstoff- und zwei Brandanschläge der Deutschen Aktionsgruppen um (den dann für 13 Jahre inhaftierten) Manfred Roeder, die unter anderem Flüchtlingsunterkünfte, eine jüdische

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Schule und eine Ausstellung über das KZ Auschwitz zum Ziel hatten. Nicht zu vergessen sind das Anlegen von „Feindlisten" durch die NF und ein rassistischer Brandanschlag durch einen NF-Angehörigen (Josef Saller) 1988 auf ein Haus in Schwandorf (vier Tote). Außerdem zu benennen sind die paramilitärischen Aktivitäten der Wiking Jugend und der kontinuierliche Straßenterror durch die FAP, der bis heute unter anderem in Gestalt der neonazistischen Dortmunder „Borussen-Front" um „SS-Siggi" Siegfried Borchardt und die Dortmunder Neonazi-Szene fortwirkt. Leicht übersehen werden die Aufforderung zu Gewalttaten durch die Anti-Antifa-Postille *Der Einblick*, in der Anfang der 1990er Jahre Adressen von (vermeintlichen) politischen Gegnern veröffentlicht wurden, und der Amoklauf des Neonazis Kay Diesner 1997, bei dem dieser mit einer Pumpgun einen Buchhändler in Berlin angeschossen und auf der Flucht bei einem Schusswechsel einen Polizisten erschossen hatte. Unterschlagen werden häufig die zahlreichen Morde und Brandanschläge auf Asylsuchende und Migrantinnen und Migranten Anfang der 1990er Jahre, von denen der Brandanschlag in Lübeck (zehn Tote) und Solingen (fünf Tote) und die mit Molotowcocktails begangenen Morde in Mölln (drei Tote) am markantesten sind, wie auch die rechtsextremen Pogrome gegen Flüchtlinge in Rostock-Lichtenhagen und Hoyerswerda.

Im Zeitraum von 1990 bis Frühjahr 2020 zählt die Amadeu Antonio Stiftung mindestens 208 Tote (und 13 weitere Verdachtsfälle) durch Neonazis und Rechtsextremisten, worunter sich zahlreiche Opfer rechtsextremer Alltagsgewalt befinden (vgl. Amadeu Antonio Stiftung 2020). Nach Recherchen der *Neuen Osnabrücker Zeitung* auf Basis der von BKA und Landespolizeibehörden durchgeführten Überprüfung von ungeklärten Tötungsdelikten im Zeitraum von 1990 bis 2011 hatten sich in 749 Fällen Anhaltspunkte für einen möglichen rechtsextremen Tathintergrund ergeben (Fisser 2013), bei einem Großteil davon konnte dieser Anfangsverdacht jedoch dann nicht erhärtet werden (Bundestag – Drucksache 2014).

Unterhalb der Ebene von versuchten oder realisierten Tötungsdelikten ist überdies eine massive Verrohung mit Blick auf rassistische Alltagsgewalt zu attestieren. Diese zeigte sich besonders deutlich in den Angriffen auf Flüchtlingsunterkünfte, darunter auch Brand- und Sprengstoffanschläge, zu denen es seit den verstärkten Fluchtbewegungen nach Europa und Deutschland im Jahr 2015 gekommen ist: Allein 2015 gab es nach Angaben des Bundeskriminalamts 1.031 Anschläge gegen Unterkünfte, in denen Flüchtlinge untergebracht waren oder werden sollten, im Jahr 2016 waren es 921 Anschläge (vgl. Kuhn 2016; siehe hierzu auch Röpke 2017). Um das Ausmaß der rechtsextremen Radikalisierung anzudeuten: im Jahr 2014 hatte es rund 150 Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte in Deutsch-

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

land gegeben – schon diese Anzahl stellte allerdings zum Vorjahr etwa eine Verdreifachung dar, wobei auch von 2012 zu 2013 bereits eine Verdopplung festzustellen war (vgl. Dernbach 2015).

Um das aktuelle rechtsextreme Gewalt- und Terrorpotenzial quantitativ einschätzen zu können, muss dieser rasante Anstieg von Straftaten in Beziehung gesetzt werden zu im Untergrund lebenden Rechtsextremisten: Mit Stand September 2019 wurden 482 rechtsextreme Straftäter, gegen die 624 Haftbefehle vorliegen, gesucht.

Der Nationalsozialistische Untergrund (NSU), der zwischen 1998 und 2011 mindestens zehn Morde begangen hat und für mehrere Sprengstoffanschläge und Banküberfälle verantwortlich war, stellt dabei die konsequente Fortsetzung des rechten Terrors in Deutschland dar, weil er zahlreiche Prinzipien der vorangegangenen Jahrzehnte aufgegriffen und weiterentwickelt und letztlich die Nazi-Ideologie in ihrer ganzen Grausamkeit vollstreckt hat (Aust/Laabs 2014; Baumgärtner/Böttcher 2012; Gensing 2012; Sundermayer 2012). Dabei hat der NSU die kommunikative Strategie verfeinert: Abstinenz in der Öffentlichkeit, die die Nazi-Morde selbst rassistisch als „Döner-Morde" fehlinterpretierte, bei gleichzeitiger fortwährender Präsenz in der eigenen Szene (die Integration in die Neonazi-Szene bestand von Beginn an und wurde teils chiffriert, aber szeneintern unmissverständlich kommuniziert – so beispielsweise in einem Gruß an den NSU in der Neonazi-Postille *Der Weisse Wolf* [Nr. 18] im Jahr 2002: „Vielen Dank an den NSU, es hat Früchte getragen ;-) Der Kampf geht weiter …") und dem offensiven Schüren von Angst bei Menschen mit Migrationshintergrund, die ja – trotz der fatalen Medienberichterstattung – mehrheitlich wussten, dass es sich um rassistische Morde handelte. Überdies hat der NSU die logistische Einbindung des Nazi-Terrors in legale und halblegale Strukturen des bundesdeutschen Rechtsextremismus über einen langen Zeitraum aufrechterhalten können: Die NSU-Hauptaktivisten Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe kamen aus dem „Nationalen Widerstand Jena", waren im Vor- und Umfeld der dortigen NPD aktiv und haben sich an zahlreichen NPD-Aktivitäten beteiligt. Die Schlüsselfiguren, die die Morde überhaupt erst durch die Beschaffung bzw. Übermittlung der in fast allen Fällen eingesetzten Tatwaffe ermöglicht hatten, waren beide NPD-Funktionäre, wobei einer – der Mitangeklagte Ralf Wohlleben – auch an der Fluchtorganisation beteiligt gewesen ist. Da laut Generalbundesanwaltschaft die drei Abgetauchten nur ein einziges Mal in der Zeit ihres Untertauchens „eigenes" Geld abgehoben haben (1998 von Böhnhardts Konto), muss davon ausgegangen werden, dass sie neben dem Geld aus Banküberfällen auch von Geld aus der „Szene" lebten.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Kontinuitäten des rechtsextremen Terrors

Angesichts der im Kontext des NSU-Prozesses – trotz der Bemühungen um Verwischung durch ein „schweigendes und lügendes Umfeld" (Kuhn/Stolle 2014: 58) und eine damit bisher sehr zögerliche Aufarbeitungsbereitschaft (Burschel 2014: 450 ff.; Friedrich/Wamper/Zimmermann 2015) – immer umfangreicher zutage tretenden Verbindungen des NSU in die rechte Szene steht zu befürchten, dass der NSU entweder Nachahmer in der militanten Neonazi-Szene finden wird oder dass noch Teile des NSU-Netzwerks überhaupt nicht ermittelt worden sind, die zu späteren Zeitpunkten weiter morden könnten, denn allein das nähere Umfeld des NSU wird auf 100 bis 200 Personen geschätzt. Die ersten rechtsterroristischen Gruppierungen nach dem NSU sind in der Tat bereits festgenommen worden: im Mai 2015 vier Personen, die unter dem Label Oldschool Society terroristische Aktionen vorbereitet haben sollen; im Oktober 2015 drei Personen im Raum Bamberg, wobei unmittelbar vor dem Zugriff eine Postsendung mit Sprengstoff abgefangen worden war; im April 2016 im sächsischen Freital fünf Personen, hier erfolgte die Festnahme sogar durch die GSG 9, eine Spezialeinheit der Bundespolizei; im Januar 2017 bundesweit sieben Personen wegen des Verdachts der Bildung einer rechtsterroristischen Vereinigung unter Federführung eines Nazi-„Druiden", die Anschläge auf Polizistinnen und Polizisten, Flüchtlinge und Jüdinnen und Juden vorbereitet haben soll; im Oktober 2018 acht Männer einer terroristischen Gruppierung, die unter dem Namen „Revolution Chemnitz" Angriffe auf Flüchtlinge in Chemnitz vorgenommen und u.a. Anschläge zum 3. Oktober 2018 in Berlin geplant hatte. Und was man auch nicht vergessen darf: Der Attentäter, der im Juli 2016 die Morde in dem Münchner Einkaufszentrum begangen hat, war ebenfalls ein Rechtsextremist.

Die rechtsterroristischen Morde und Terroranschläge in Kassel (Mord an Regierungspräsidenten Walter Lübcke im Juni 2019), Halle (antisemitischer Terroranschlag auf die Synagoge an Yom Kippur im Oktober 2019 mit zwei Toten) und Hanau (rassistischer Terroranschlag auf zwei Shishabars im Februar 2020 mit zehn Toten) belegen überdies nachhaltig, dass die rechtsextreme Szene längst wieder zur rechtsterroristischen Praxis zurückgekehrt ist: Im Jahr 2018 gab es beim Generalbundesanwalt sechs neue Ermittlungsverfahren wegen Rechtsterrorismus, 2019 waren es 24 neue Verfahren. Insofern war auch der NSU-Terrorismus kein neuartiges Phänomen in der bundesdeutschen Geschichte, sondern Teil einer in der unmittelbaren Nachkriegszeit beginnenden Reorganisation des Alt- und Neonazismus, der über eine organisatorische Findungsphase vor allem seit

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

den 1980er Jahren kontinuierlich in Gewalt und Terror mündet (Jaschke/Rätsch/Winterberg 2001; Maegerle 2013) – bis in die Gegenwart.

Literatur

Amadeu Antonio Stiftung (2020): Todesopfer rechter Gewalt seit 1990, https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/rassismus/todesopfer-rechter-gewalt (Stand: 09.03.2020).

Antifaschistisches Autorenkollektiv (1996): Drahtzieher im braunen Netz. Ein aktueller Überblick über den Neonazi-Untergrund in Deutschland und Österreich. Konkret Literatur: Hamburg.

Aust, Stefan/Laabs, Dirk (2014): Heimatschutz. Der Staat und die Mordserie des NSU. Pantheon: München 2014.

Baumgärtner, Maik/Böttcher, Marcus (2012): Das Zwickauer Terror-Trio. Ereignisse, Szene, Hintergründe. Das Neue Berlin: Berlin.

Botsch, Gideon (2011): Parteipolitische Kontinuitäten der „Nationalen Opposition". Von der Deutschen Reichspartei zur Nationaldemokratischen Partei Deutschlands. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, H. 2 (2011), S. 113-137.

Bötticher, Astrid/Mareš, Miroslav (2013): Europaweite militante rechtsextremistische Netzwerke und Organisationen. In: Kriminalistik, H. 10/2013, S. 602-609.

Braunthal, Gerard (2009): Right-wing extremism in contemporary Germany. Palgrave: Basingstoke.

Bredel, Holger (2002): Skinheads – Gefahr von rechts? Rhombos Verlag: Berlin.

Bundestag – Drucksache 18/1786 (2014): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Martina Renner, Jan Korte, Ulla Jelpke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE, vom 19. Juni 2014. (Online: http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/18/017/1801786.pdf.)

Burschel, Friedrich (2014): Dicke Luft im A 101. Nach 150 Prozesstagen im Münchener NSU-Prozess zeichnen sich Probleme der Innen- und Außenwahrnehmung des Verfahrens ab. In: Kritische Justiz. Vierteljahresschrift für Recht und Politik, H. 4 (2014), S. 450-460.

Büsser, Martin (2001): Wie klingt die neue Mitte? Rechte und reaktionäre Tendenzen in der Popmusik. Ventil Verlag: Mainz.

Chaussy, Ulrich (2014): Oktoberfest. Das Attentat. Wie die Verdrängung des Rechtsterrors begann. Christoph Links: Berlin 2014.

Dernbach, Andrea (2015): Dreimal mehr Angriffe auf Asylbewerberheime. In: *Der Tagesspiegel* vom 10.02.2015.

Dornbusch, Christian/Raabe, Jan (2002) (Hrsg.): RechtsRock. Bestandsaufnahme und Gegenstrategien. Unrast Verlag: Münster.

Dudek, Peter/Jaschke, Hans-Gerd (1984): Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Zur Tradition einer besonderen politischen Kultur (2 Bde.). Westdeutscher Verlag: Opladen.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

El-Nawab, Susanne (2001): Skinheads. Ästhetik und Gewalt. Brandes u. Apsel: Frankfurt.

Farin, Klaus/Flad, Henning (2001): Reaktionäre Rebellen. Rechtsextreme Musik in Deutschland. In: Archiv der Jugendkulturen (Hrsg.): Reaktionäre Rebellen. Rechtsextreme Musik in Deutschland. Archiv der Jugendkulturen: Berlin, S. 9-98.

Fisser, Dirk (2013): Mögliche rechte Tatmotive bei 749 Tötungsdelikten. In: Neue Osnabrücker Zeitung vom 04.12.2013.

Friedrich, Sebastian/Wamper, Regina/Zimmermann, Jens (2015) (Hrsg.): Der NSU in bester Gesellschaft. Zwischen Neonazismus, Rassismus und Staat. Unrast: Münster.

Funke, Hajo (2015): Staatsaffäre NSU. Eine offene Untersuchung. Kontur Verlag: Münster.

Gensing, Patrick (2012): Terror von rechts. Die Nazi-Morde und das Versagen der Politik. Rotbuch: Berlin.

Jaschke, Hans-Gerd/Rätsch, Birgit/Winterberg, Yury (2001): Nach Hitler. Radikale Rechte rüsten auf. C. Bertelsmann: München.

Kleffner, Heike/Spangenberg, Anna (2016) (Hrsg.): Generation Hoyerswerda. Das Netzwerk militanter Neonazis in Brandenburg. Bebra: Berlin.

Koehler, Daniel (2017): Right-Wing Terrorism in the 21st Century. The ‚National-Socialist Underground' and the history of terror from the Far-Right in Germany. Routledge: New York.

Kopietz, Andreas (2013): Ein Drittel der NPD-Funktionäre vorbestraft. In: *Berliner Zeitung* vom 18.12.2013.

Kuhn, Philip (2016): Fast 1000 Anschläge auf Flüchtlingsheime in diesem Jahr. In: *DIE WeLT* vom 28.12.2016.

Kuhn, Stephan/Stolle, Peer (2014): Nach einem Jahr Hauptverhandlung. Ein kurzes Zwischenresümee im NSU-Prozess. In: Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein Infobrief, H. 109/2014, S. 58-61.

Maegerle, Anton (2013): Vom Obersalzberg bis zum NSU: Die extreme Rechte und die politische Kultur der Bundesrepublik 1988–2013. NS-Verherrlichung, rassistische Mode an Migranten, Antisemitismus und Holocaustleugnung. Edition Critic: Berlin.

Maler, Klaus (1996): Das Netzwerk der militanten Neonazis. In: Mecklenburg, Jens (Hrsg.): Handbuch deutscher Rechtsextremismus. Antifa-Edition: Berlin, S. 572-594.

Pfeiffer, Thomas (2002): Für Volk und Vaterland. Das Mediennetz der Rechten – Presse, Musik, Internet. Aufbau: Berlin.

Röpke, Andrea (2008): Ferien im Führerbunker. Die neonazistische Kindererziehung der „Heimattreuen Deutschen Jugend (HDJ)", 2. Aufl. Bildungsvereinigung Arbeit und Leben: Braunschweig.

Röpke, Andrea (2010): Die geführte Jugend – Kindererziehung von rechts. Bildungsvereinigung Arbeit und Leben: Braunschweig.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Röpke, Andrea (2017): 2017 Jahrbuch rechte Gewalt – Chronik des Hasses. Hintergründe, Analysen und die Ereignisse 2016. Knaur: München.

Röpke, Andrea/Speit, Andreas (2004) (Hrsg.): Braune Kameradschaften. Die neuen Netzwerke der militanten Neonazis. Christoph Links: Berlin.

Röpke, Andrea/Speit, Andreas (2013) (Hrsg.): Blut und Ehre. Geschichte und Gegenwart rechter Gewalt in Deutschland. Christoph Links: Berlin.

Salzborn, Samuel (2016): Renaissance of the New Right in Germany? A discussion of New Right elements in German right-wing extremism today. In: German Politics and Society 34: 2, S. 36-63;

Salzborn, Samuel (2017): Angriff der Antidemokraten. Die völkische Rebellion der Neuen Rechten. Beltz: Weinheim 2017.

Schedler, Jan/Häusler, Alexander (2011) (Hrsg.): Autonome Nationalisten. Neonazismus in Bewegung. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden.

Schnee, Philipp (2017): Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik: Verdrängte Vergangenheit? In: Deutschlandradio Kultur (Zeitfragen: 19:30 Uhr) vom 11.01.2017.

Schröm, Oliver/Röpke, Andrea (2001): Stille Hilfe für braune Kameraden. Das geheime Netzwerk der Alt- und Neonazis. Christoph Links: Berlin

Stöss, Richard (2010): Rechtsextremismus im Wandel. Friedrich Ebert Stiftung: Berlin.

Sundermayer, Olaf (2012): Rechter Terror in Deutschland. Eine Geschichte der Gewalt. C. H. Beck: München.

Wilke, Karsten (2011): Die „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit" (HIAG) 1950–1990. Veteranen der Waffen-SS in der Bundesrepublik. Schönigh: Paderborn.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) und der westdeutsche Rechtsterrorismus

Samuel Salzborn

Ruft man sich vor dem Hintergrund der massiven rechtsextremen Gewalt, die gegenwärtig vor allem in Sachsen ausgeübt wird, die Brandanschläge und Pogrome Anfang der 1990er Jahre unter anderem in Rostock-Lichtenhagen und Hoyerswerda in Erinnerung und vergegenwärtigt sich die parlamentarischen Erfolge, die Parteien wie DVU, NPD und AfD in den zurückliegenden 25 Jahren in Ostdeutschland hatten, dann ist offenkundig, dass es ein spezifisches Problem mit Rechtsextremismus in Ostdeutschland gibt.[1] Ein Problem, darauf haben viele hingewiesen, das mit der DDR zu tun hat – nicht nur, aber auch. Das sich selbst als antifaschistischer Staat verstehende Regime hat sich aufgrund einer historisch falschen und realsozialistisch überformten Analyse des Nationalsozialismus zu keinem Zeitpunkt dem Problem gestellt, dass nicht nur die Mehrheit der westdeutschen, sondern auch die Mehrheit der ostdeutschen Bürgerinnen und Bürger nationalsozialistische Sozialisationserfahrungen hatte und sich der NS-Geist durch militärische und paramilitärische Situierungen in der DDR nahtlos fortsetzen konnte (Wagner 2015: 87 ff.). Während in der Bundesrepublik der Antikommunismus als Umweg-Ideologie für den Antisemitismus fungierte, war es in der DDR der Antiamerikanismus – beides Weltbilder, die es sowohl den Staaten als auch den Bürgerinnen und Bürgern ermöglichten, ihre Ressentiment-Strukturen nicht oder zumindest nicht grundsätzlich hinterfragen zu müssen (Schwan 1999).

Der real existierende Rechtsextremismus in der DDR wurde als inexistent erklärt, die Wirklichkeit durch Ideologie zu suspendieren versucht (Süß 1993; Waibel 2014), während der Antisemitismus als zentrales Element des NS-Weltbildes in Form des nun gegen Israel gerichteten, terminologisch als Antizionismus getarnten Weltbildes in der SED weiter tradiert wurde (Haury 2002; Haury 2006; Thiele 2019). Zugleich boten sich aus Sicht der DDR der wiedererstarkende Rechtsextremismus in der Bun-

1 Der Text wurde erstmals veröffentlicht in: Deutschland Archiv, 15. April 2016 (Online: www.bpb.de/224836 – abgerufen am 20.04.2020). Er wurde für dieses Buch durchgesehen und ergänzt.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

desrepublik (Salzborn 2020), ja gerade auch die personellen Kontinuitäten in Bundes- und Landesregierungen ausdrücklich an, um auf die NS-Kontinuitätslinien in der Bundesrepublik hinzuweisen. Wenngleich dieses primär in propagandistischer Absicht im Kontext der Blockkonfrontation und des Kalten Krieges geschah (Schmiechen-Ackermann 2010).

Aber die DDR musste sich, gerade wegen ihrer dezidiert antifaschistischen Rhetorik, auch vor dem real existierenden Rechtsextremismus in der Bundesrepublik sorgen, da er – zumindest in den Teilen, die eindeutig antikommunistisch agierten – in seinem imperial-gesamtdeutschen Anspruch die DDR in ihrer Existenz nicht nur in Frage stellte, sondern in Form von gewalttätigen Aktionen gegen Grenzanlagen auch tatsächlich angriff. Folglich war nicht nur der Rechtsextremismus im Allgemeinen, sondern auch der Rechtsterrorismus im Besonderen ein markanter Punkt, auf den die DDR und im Speziellen das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) seine Aufmerksamkeit richtete (Wunschik 1996a; Münkel 2015).

Motive des MfS

Insgesamt sind nach gegenwärtigem Kenntnisstand 42 Inoffizielle Mitarbeiter (IM) des MfS aus der rechtsextremen Szene der Bundesrepublik bekannt, rund 30 weitere wurden vom MfS als IM-Vorläufer registriert (Förster 2015),[2] wobei sich das MfS in seinen Berichten stark auf den gewalttätigen und terroristischen Flügel im bundesdeutschen Rechtsextremismus konzentriert hat. Das MfS sammelte Informationen von und über westdeutsche Rechtsextremisten aus sehr unterschiedlichen Gründen: Ein Hauptmotiv war der Versuch, durch die Informationsbeschaffung die Bundesrepublik aufgrund eines angenommenen oder tatsächlich mangelhaften Vorgehens gegen die extreme Rechte als antidemokratisch und damit quasi-faschistisch diskreditieren zu können. Der Gedanke, dass jeder Misserfolg im Kampf gegen Rechtsextremismus, den es in Westdeutschland gab, eigentlich ein Indiz dafür sei, dass die Bundesrepublik eben bewusst und

2 Die zusammengetragenen Zahlen stehen allerdings unter dem Vorbehalt, dass das MfS auch IM- bzw. IMV-Akten mit Decknamen angelegt hat, wenn es sich bei den Personen faktisch gar nicht um IMs handelte, sondern diese lediglich mit internen Registriernummern belegt wurden, beispielsweise wenn Personen im Umfeld von IMs als „Anhang" von diesen mitgeführt wurden. Um die quantitativen Angaben zu verifizieren, fehlt es bisher an einer Studie, die den Gesamtbestand der MfS-Akten im Themenfeld Rechtsextremismus vollständig sichtet und analysiert. Vgl. zum Problem quantifizierender Angaben: Herbstritt 2007, S. 70 ff.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

vorsätzlich immer weiter nach rechts rücke, durchzieht den Geist der Akten des MfS wie kaum ein zweites Motiv.

Aber es gab auch die Sorge, dass diejenigen rechtsextremen Personen und Organisationen, die den Antikommunismus ihrer Ideologie so ernst nahmen, gegen die DDR und ihre Organe aktiv vorgehen wollten oder vorgegangen sind. Sicher ist hier das Milieu der Vertriebenenverbände faktisch eine stärkere außenpolitische Bedrohung für die DDR gewesen (Salzborn 2001) als das des Rechtsterrorismus. Gleichwohl wurden auch deshalb Informationen über Rechtsextreme gesammelt, weil man konkrete Gewalttaten gegen die DDR befürchtete. Am interessantesten ist aber aus einer sozialwissenschaftlichen Perspektive das dritte Motiv: die Anwerbung von Inoffiziellen Mitarbeitern oder IM-Vorläufern, bei denen sich der Wille nach Informationsbeschaffung mit politischer Sympathie verband – einer Sympathie, die sich über die antiisraelische, propalästinensische Ausrichtung von Teilen des bundesdeutschen Rechtsterrorismus ergab, aber mehr noch durch den sich antiimperialistisch dünkenden Antiamerikanismus (Herf 2014; Jander 2006).

Insgesamt sollen drei symptomatische Fälle des Umgangs des MfS mit dem westdeutschen Rechtsterrorismus skizziert werden.

Drei symptomatische Fälle

Da ist erstens der Fall von Manfred Roeder, den man zunächst, als man ihn in den 1960er Jahren möglicherweise noch als IM hätte gewinnen können und es zunächst auch wollte, in dilettantischer Weise falsch eingeschätzt hatte, um sich dann gut 15 Jahre später, vor dem Terror von Roeders „Deutscher Aktionsgruppe“ (DA) zu fürchten, weil sich dieser auch gegen die DDR hätte richten können.

Zweitens der Fall von Arnulf-Winfried Priem, militanter Neonazi mit besten Kontakten in den westdeutschen und internationalen Neonazismus der 1970er und 1980er Jahre, Führungsfigur der Berliner NS-Szene, neuheidnisch-germanengläubig und extrem antikommunistisch orientiert, den das MfS systematisch mehr als zehn Jahre mit zahlreichen Quellen abschöpfte und dessen Akte es, kurz vor dem Ende der DDR, schloss, weil man ihn nicht mehr als Sicherheitsrisiko für die DDR ansah.

Drittens der Fall von Odfried Hepp, der das ganze Ausmaß der ideologischen Korruptheit des DDR-Regimes dokumentiert. Das MfS achtete Hepp hoch – einen Mann, der Anfang der 1980er Jahre mit seiner so genannten Hepp-Kexel-Gruppe zahlreiche Anschläge auf amerikanische Einrichtungen vor allem in Mittelhessen verübt hatte. Während er in der Bun-

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

desrepublik polizeilich gesucht wurde, verhalf das MfS ihm als einzigem Mitglied der Hepp-Kexel-Gruppe über die DDR zur Flucht nach Syrien, verschaffte ihm gefälschte Papiere und unterstützte fortlaufend Hepps Kontakte zur PLO (Palestine Liberation Organization) und PLF (Palestine Liberation Front). Über den gemeinsamen Nenner des Antizionismus und des Antiamerikanismus vermochte das MfS keinerlei substanzielle Differenzen mehr zu erkennen zwischen Hepps antiimperialistischem Neonazismus, dem antisemitischen Antizionismus der PLO und PLF und dem eigenen Realsozialismus (Müller/Kanonenberg 1992; Wunschik 1996b).

Manfred Roeder: Das MfS zwischen Dilettantismus und passiver Furcht

Im Jahr 1966 legte das MfS eine IM-Vorlaufakte (IMV-Akte) an – einen Vorgang, bei dem man prüfen wollte, ob die betreffende Person als IM für das MfS interessant war und in Frage kam. Der Grund: „Die Person steht in Verbindung zu Angehörigen der Französischen Besatzungsmacht einschließlich der Französischen Militärverbindungsmission in Westberlin und wird mit dem Ziel der Werbung bearbeitet."[3] Der vom MfS anvisierte, potenzielle IM war zu diesem Zeitpunkt Referendar an einem Westberliner Gericht: Manfred Roeder. Der Kontakt zu Roeder wurde vom MfS über dessen Vetter gesucht, der in einer ersten Stellungnahme bereits Hinweise auf Roeders Engagement in rechtsextremen, dezidiert antikommunistischen Kreisen (Bewegung für „Moralische Aufrüstung"/MRA, für die Roeder quer durch Europa reiste) gab und auch über dessen Besuch einer der Nazi-Eliteinternatsschulen „Nationalpolitische Lehranstalten" (NAPOLA) sowie die Erziehung von Roeder „im nationalsozialistischen Sinne" durch seine Eltern berichtete.[4] Das MfS wusste also von Anfang an von Roeders nazistischer Einstellung.

Das MfS sammelte infolge dieser Kontaktaufnahme Mitte der 1960er Jahre monatelang Korrespondenz von und mit Roeder, die jedoch im Wesentlichen private Belanglosigkeiten enthielt – zu politischen Äußerungen ließ sich Roeder an dieser Stelle selten hinreißen – und Berichte über private Reisen von Roeder, auch in die DDR. Von seinem ersten persönlichen Treffen mit Roeder nach über zehn Jahren berichtete IM „Werner", dass Roeder seine Frau über seinen ehemaligen NAPOLA-Lehrer kennen ge-

3 MfS-Beschluß vom 13.5.1966, BStU MfS 5425/70, Band 1, S. 8 f.
4 HA VII/6, Bericht, 17.7.1965, BStU MfS 5425/70, Band 1, S. 17.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

lernt habe, dessen Tochter sie war.[5] Es folgten weitere Treffen mit dem IM, einem Vetter Roeders. Die Berichte an das MfS enthielten ausführliche private Darstellungen, außerdem versuchte Roeder seinen Vetter für die „Moralische Aufrüstung" zu agitieren. Bei einem dieser Treffen von Roeder mit seinem Vetter IM „Werner", das in einem Ostberliner Café stattfand – es wurde durch einen weiteren IM zusätzlich observiert – verlor der zusätzliche IM durch offenkundigen Dilettantismus bei der Observation sein Objekt aus den Augen. Der Beobachter wollte das Kfz-Kennzeichen von Roeder telefonisch weitergeben, entfernte sich dazu aber zu lange von seinem Observationsobjekt und verlor es aus den Augen: „Da dieser Anruf über Amt länger als erwartet dauerte, wurde das Objekt abfahrend gesehen, jedoch auf Grund des Kreuzungsverkehrs verloren."[6] Dass die MfS-Abteilungen sich intern so sehr misstrauten, dass die Observierenden nicht wussten, wen sie observierten, sondern lediglich den Decknamen „Kolibri" für Roeder übermittelt bekamen, entbehrt dabei nicht einer gewissen unfreiwilligen Komik.

Das MfS protokollierte in der Folge noch weitere Grenzübertritte von Roeder. Seine Westberliner Wohnsituation wurde ausgespäht, Korrespondenzen von Roeder mit seinem Vetter und auch mit dessen Frau – Deckname „Gerda" – erhielten Einzug in die Akte, die allerdings trotz 300 Seiten mit relativ wenig substanziellem Inhalt gefüllt ist. Das MfS hatte ein loses Interesse daran, direkten Kontakt mit Roeder aufzunehmen. Da dieser aber offenbar seinerseits das Interesse an seinem Vetter in der DDR verlor, kam ein solcher nie zustande: „Nach unseren Einschätzungen hatte R. […] das Interesse an unserem IM verloren zumal es ihm nicht gelang, ihn für die ‚MRA' zu gewinnen."[7] Die Schließung von Roeders IM-Vorlaufakte begründete man dann auch lapidar damit, dass Roeder Anfang 1970 „nach Westdeutschland" verzog und „dort eine Rechtsanwaltspraxis" aufmachte[8] – ohne einzuräumen, dass das MfS bei seinen Bemühungen grandios gescheitert war.

In der „Feindobjektakte" – einer MfS-Kategorie, mit der ausdrückliche Gefährdungsobjekte klassifiziert und unter Beobachtung gestellt wurden – liest sich der Fall Roeder ganz anders. Roeders „Deutsche Aktionsgruppe"

---

5 HA VII/6, Bericht, 2.10.1965, BStU MfS 5425/70, Band 1, S. 45-47.

6 HA VII/6, Bericht operative Maßnahme gegen Manfred Roeder, 21.4.1966, BStU MfS 5425/70, Band 1, S. 90.

7 HA VIII/9, Abschlußbericht zu Manfred Roeder, 5.6.1970, BStU MfS 5425/70, Band 1, S. 292 f. Bei der MRA handelt es sich um die Bewegung für „Moralische Aufrüstung".

8 MfS-Beschluß vom 4.6.1970, BStU MfS 5425/70, Band 1, S. 294 f.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

(DA) wurde in der mit MfS-Beschluss vom 4. Dezember 1982 angelegten Akte deshalb unter Beobachtung gestellt, weil sich aus deren „terroristischen Handlungen gegen in der BRD wohnhafte und asylsuchende Ausländer“ sowie deren „Anschläge gegen jüdische Einrichtungen“ ein „Risikofaktor“ für „die DDR und ihre Verbündeten“ ergebe – wohl aufgrund der Annahme des MfS, die DA könnte aus antikommunistischen Motiven auch gegen die DDR vorgehen.[9] Das MfS wollte einerseits mutmaßliche Kontakte von DA-Mitgliedern in die DDR und eine eventuelle „Stützpunktbildung“ in der DDR unter operative Kontrolle stellen und mögliche Unstimmigkeiten und Zerwürfnisse innerhalb der DA nutzen, um eine „Zersetzung der DA von innen her anzustreben und zu realisieren“. Andererseits folgte man aber auch der ideologischen Trübung des eigenen Blicks, wenn man anregte „nachzuweisen, inwieweit durch staatliche Stellen in der BRD eine indirekte Duldung bzw. inaktives Vorgehen gegen die DA gegeben ist“: „Derartige Verbindungen sind zu dokumentieren, um unserer Partei- und Staatsführung Beweismittel zu erarbeiten, daß die Rechtsentwicklung in der BRD staatlich geduldet bzw. indirekt gefördert wird.“[10] Damit zeigte sich – neben der Angst vor der DA – auch das instrumentelle Verhältnis des MfS mit Blick auf den Rechtsterrorismus, dessen Analyse zugleich dazu dienen sollte, die DDR-These einer schleichenden Faschisierung der Bundesrepublik zu untermauern.

Das MfS erfasste 20 Personen als DA-Mitglieder und -Sympathisanten, darunter die wegen der Anschläge der DA verurteilten Heinz Colditz, Raymund Hörnle, Georg Karl-Otto Schrader, Sibylle Vorderbrügge sowie Roeder selbst, und verzeichnete die Ausübung von sieben terroristischen Anschlägen auf „jüdische Einrichtungen/Objekte“ und „Wohn- und Asylantenheime ausländischer Bürger in der BRD“.[11] Die angelegten Personendossiers waren von unterschiedlicher Qualität, teilweise aber mit sehr weitreichenden Informationen über die persönlichen Verhältnisse der DA-Angehörigen. Die Schlüsselstellung, die Roeder in den 1970/80er in der rechtsextremen Szene in Deutschland erlangt hatte, auch durch seinen Grundstückskauf in Schwarzenborn/Knüll, das fortan für Schulungen und Treffen der rechtsextremen Szene diente, wurde vom MfS wahrgenom-

9 MfS-Beschluß vom 4.12.1982, BStU MfS AFO 105/89, S. 1. Die DA war eine in den 1980er Jahren aktive Terrororganisation, die mehrere Sprengstoff- und Brandanschläge verübte, unter anderem gegen Flüchtlingsunterkünfte, eine jüdische Schule und eine Ausstellung über das KZ Auschwitz.

10 Abt. XXII/1, Eröffnungsbericht zur Feindobjektakte, 30.11.1982, BStU MfS AFO 105/89, S. 9-14.

11 Organisation: „Deutsche Aktionsgruppe“, BStU MfS AFO 105/89, S. 18-22.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

men. In einer MfS-Akte zur „Deutschen Bürgerinitiative“ heißt es zutreffend: „Roeder ist eine der Schlüsselfiguren der NS-Bewegung in der BRD.“[12]

Roeder wurde auch während des Prozesses gegen die DA und auf seinem Anwesen mehrfach von IMs des MfS beobachtet.[13] Von einzelnen Treffen auf Roeders Grundstück liegen dem MfS präzise Informationen über Inhalt und Teilnehmer vor, so dass davon ausgegangen werden muss, dass die MfS-Quelle selbst daran beteiligt war. Bei einem der Treffen, an dem auch einer der einflussreichsten Nazi-Kader der 1980er Jahre (Michael Kühnen) teilgenommen haben soll, zweifelte Roeder den Selbstmord der RAF-Gefangenen in Stammheim an, da „alles auf Mord“ hinweise. Seine Sicht sei auch mit Thies Christophersen, Altnazi und wegen seiner Schlüsselrolle als Holocaustleugner und Geschichtsrevisionist eine Ikone in der Neonazi-Szene, abgestimmt.[14]

Und von Roeders „Reichshof“ – so die Selbstbezeichnung von Roeders Anwesen, das aus Wohnhaus, Baracken, Bunkeranlagen, Treibstofftanks und Funkstation bestand – lag dem MfS eine detaillierte Ortsskizze vor.[15] Einer der Informanten über den Prozess gegen die DA und Roeder war der Rechtsterrorist Odfried Hepp. Er nahm im Auftrag der Abt. XXII/1 des MfS am Prozess in Stuttgart-Stammheim teil und berichtete dem MfS danach über Gespräche mit einem LKA-Beamten aus Stuttgart, von dem er genauere Informationen über ein Mitglied der „Wehrsportgruppe Hoffmann“ (WSG) und die gegen dieses laufende Ermittlungen erhielt.[16]

Dass Roeders Frau Briefe „mit eindeutig neonazistischem Inhalt“ in die DDR schrieb, die vom MfS abgefangen wurden, bereitete dem MfS Sorge. Das war angesichts der Zeilen, die Gertraud (Traudel) Roeder in sehr freundschaftlichem Duktus schrieb, durchaus begründet. In einem Brief berichtet sie vom anstehenden Prozess gegen ihren Mann wegen dessen Vorwort zu dem geschichtsrevisionistischem Buch „Die Auschwitz-Lüge“ von Thies Christophersen und empörte sich über den „ganzen Rummel“, der „wegen ein paar toter Juden“ gemacht werde. Sie schloss mit den Worten: „Aber einmal kommen wieder andere Zeiten, darauf warten wir!“[17] Beigelegt war noch diverses Propagandamaterial von Roeder, in späteren Schreiben auch Rundbriefe von Roeders „Deutscher Bürgerinitiative“ –

12 Entwurf Rechtsanalyse Roeder, 1977, BStU MfS HA XXII 537/9, S. 4.
13 Abt. XXII, Information 3/14/81, 26.2.1981, BStU MfS AFO 105/89, S. 29 f.
14 Aktennotiz „O. Folkmann“ vom 3.11.1977, BStU MfS HA XXII 537/9, S. 48.
15 Roeders Haus (Reichshof), BStU MfS HA XXII 537/9, S. 21.
16 Abt. XXII, Operativinformation, 28.4.1982, BStU MfS AFO 105/89, S. 31 f.
17 Brief von Traudel Roeder, 6.11.1982, BStU MfS AFO 105/89, S. 39-40.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

einer Organisation, die im Wesentlichen zur Selbstdarstellung Roeders diente.

Mit nur wenigen nennenswerten Erkenntnissen über die Aktivitäten der DA, die über öffentlich verfügbares Material hinausgingen – abgesehen von den IM-Berichten und den abgefangenen Briefen sowie umfangreichem Schriftgut von Roeder, das dieser aber selbst breit gestreut hatte –, wurde der „Operative Vorgang Deutsche Aktionsgruppe" vom MfS im Mai 1989 geschlossen.[18] Bemerkenswert bleibt allerdings, dass das MfS Informationen aus Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Frankfurt sowie Durchsuchungs- beziehungsweise Überwachungsaktivitäten des Hessischen und des Bayrischen Landeskriminalamts (LKA) sowie des Bayrischen Landesamts für Verfassungsschutz gegen Roeder hatte. Dies legt aufgrund der genannten Details – beispielsweise die Anzahl der beteiligten Beamten oder die genauen Daten der Übermittlung von Informationen von LKA an den Verfassungsschutz – den Schluss nahe, dass die Berichte aus den Behörden selbst stammen.[19]

Arnulf-Winfried Priem: Das MfS im operativen Abwehrkampf gegen antikommunistischen Rechtsterrorismus

Arnulf-Winfried Priem war einer der maßgeblichen Kader des militanten Neonazismus der 1970er und 1980er Jahre in Westdeutschland, insbesondere in Westberlin. Auffallend an Priem, der medial oft als „Nazi-Rocker" tituliert wurde, war sein äußeres Erscheinungsbild mit langen Haaren und einem Kleidungsstil, der oft an den Stil von Motorradrockern erinnerte.

Das MfS hatte zahlreiche Quellen. Zum Teil wurden Personen unter Legende abgeschöpft, zum Teil auch IMs auf Priem und seine Aktivitäten angesetzt. Die Erhebungen zu Priem und seinem politischen Umfeld sind umfangreich und dokumentieren neben dessen Kontakten zu zentralen neonazistischen Kadern der Zeit – wie Michael Kühnen, Gary Lauck, Karl-Heinz Hoffmann, Thies Christophersen, Kurt Müller und Andreas Pohl – auch seine parteipolitische Tätigkeit in der „Freiheitspartei", für die Priem 1989 auf Listenplatz vier im Wahlkreis Wedding für die Berliner Bezirksverordnetenversammlung kandidierte. Genannt werden ebenfalls seine zahlreichen rechtskräftigen Verurteilungen durch bundesdeutsche Gerichte. Das MfS betont in seinen Einschätzungen über Priem dessen „Kampf

18 MfS-Beschluß vom 4.5.1989, BStU MfS AFO 105/89, S. 2.
19 Information G/32249/C7/12/84, undat. (1984), BStU MfS HA XXII 537/9, S. 93 f.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

gegen ‚sowjetischen' und US-Imperialismus", seinen Rassismus und Antisemitismus sowie sein „‚deutsches Denken' im Sinne faschistischer Rassenideologie"[20] und darüber hinaus seine Orientierung am Ziel der „Wiedererrichtung des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937".[21] Besonders betont wird durch das MfS, dass Priem durch „Aufrufe zu Sprengstoffanschlägen gegen die Staatsgrenze der DDR zu Westberlin" mehrfach aufgefallen sei.[22]

Im Fall der Informationen, die das MfS von einem Studenten der Freien Universität Berlin bekam (IM „Gerd/Gerhard Turm"), der sich aus finanziellen Gründen im Mai 1976 dem MfS angeboten hatte und über Kontakte zum „Freundeskreis der NSDAP" beziehungsweise der „Ortsgruppe der NSDAP" – Organisationen, die den Wiederaufbau beziehungsweise die Legalisierung der NSDAP zum Ziel hatten – in Westberlin verfügte, wo auch Priem aktiv war, ging das Wissen des MfS sogar über das weitergereichte Propagandamaterial hinaus. IM „Turm" übergab neben Sachinformationen und Berichten von neonazistischen Treffen dem MfS auch eine Sprengstoffprobe, die aus einer Lieferung für den „Freundeskreis der NSDAP" stammte[23] und die von der Technischen Untersuchungsstelle des MfS als Sprengmittel nachgewiesen wurde.[24] Außerdem nannte er dem MfS die Namen der Hintermänner eines Sprengstoffanschlags, der im Februar 1976 auf das israelische Handelsbüro in Westberlin durchgeführt wurde.[25]

Mit einem im Umfeld von Priem agierenden Westberliner (Deckname „Berlitz") führte das MfS mehrere Gespräche an öffentlichen Orten, um unter einer Legende Informationen über Priem zu erlangen. Dabei erfuhr man unter anderem, dass Priem an einem Sprengstoffanschlag auf die DDR-Grenze in Westberlin nicht persönlich beteiligt gewesen sei, diesen aber aufgrund seiner feindlichen Haltung gegenüber der DDR ausdrück-

20 Abt. XXII/1, Information, 8.11.1988, BStU MfS XV 2081/79, Band 4, S. 27 f.
21 Abt. XXII/1, Auskunftsbericht zur ehemaligen „Kampfgruppe Priem e.V.", BStU MfS XV 2081/79, Band 4, S. 83.
22 Abt. XXII/1, Abschlußbericht zum OV „Skorpion", 18.09.1989, BStU MfS XV 2081/79, Band 4, S. 120-125.
23 HVS Abt. IX/C/10, Auskunft zur Person Alexander Hensel, 23.08.1976, BStU MfS XV 5135/87, Band 1, S. 29-34.
24 Technische Untersuchungsstelle, Untersuchungsbericht Sprengkörper von der sog. „Ortsgruppe der NSDAP Berlin", 12.9.1977, BStU MfS XV 2081/79, Band 2, S. 195-201.
25 HVS Abt. IX/C/10, Auskunft zur Person Alexander Hensel, 23.8.1976, BStU MfS XV 5135/87, Band 1, S. 29-34.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

lich als „tolle Sache“ begrüßte.[26] Ebenfalls verdichtete die Quelle die Hinweise für das MfS darauf, dass es sich bei den neonazistischen Gruppierungen mit den Namen „Odins-Volk“, „Asgard-Bund“ und „Kampfgruppe Priem e.V.“ um dieselbe Gruppe von Personen handelte.[27]

Außerdem wurde über kriminelle Aktivitäten von Priem, insbesondere Einbrüche, und seine Kontakte in die Skinhead-Szene berichtet und konkrete Treffpunkte benannt. Da die Quelle für diesen Bericht IMB „Seemann“ war, dürfte ihnen eine hohe Authentizität zukommen. „Seemann“ war Priems Vater Horst Priem, der in Ostberlin lebte.[28] Dieser war im Mai 1980 aufgrund seiner politischen Überzeugung IM des MfS geworden und bildete eine wesentliche Quelle, nicht nur für private und zum Teil sehr persönliche Informationen über Priem, sondern auch für den Zugang zu Publikationen von neonazistischen Organisationen, für die Priem verantwortlich war.[29] Zu den Kuriosa gehörte, dass Priem seinem Vater in geradezu kindlichem Eifer in einem Brief dessen Namen in germanischen Runen sowie sein Geburtsjahr in Stabzahlen aufmalte, offenbar, um ihn seinerseits von seinen Ansichten zu überzeugen.

Priems Vater berichtete dem MfS, dass sein Sohn „keine Kritik an seinen Entscheidungen“ gelten lasse und „egoistisch, verbohrt und herrschsüchtig“ sei. Er verherrliche „germanische Lebensweise, Sitten, Bräuche etc.“, was aber in neonazistischen Kreisen zunehmend weniger Anklang finde, wohingegen Priem bei „Zusammenkünften mit militanten Rockern“ geachtet sei, weil er sich spendabel zeige.[30] Korrespondenzen zwischen Arnulf-Winfried Priem und seinem Vater fing das MfS in umfangreichem Maße ab, öffnete sie allerdings oft nicht, da dies ohne sichtbare Beschädigung nicht möglich gewesen wäre.

---

26 Abt. XXII/1, Operativ-Information Nr. 403/138/86 zu Reaktionen bekannter neonazistischer Kräfte Westberlins zum Sprengstoffanschlag auf die Staatsgrenze der DDR zu Westberlin, 4.8.1986, BStU MfS XV 1643/85, Band 2, S. 25.

27 Abt. XXII/1, Bericht, 17.11.1986, BStU MfS XV 1643/85, Band 2, S. 54-61.

28 Abt. XXII/1, Informationen zu Aktivitäten des hinlänglich bekannten Neonazis Priem, Arnulf-Winfried sowie dessen familiären Auseinandersetzungen, 10.09.1986, BStU MfS XV 1643/85, Band 2, S. 27.

29 Abt. XXII/1, Einschätzung der bisherigen inoffiziellen Zusammenarbeit des IMB „Seemann“, Reg.-Nr. XV/3726/80, auf Ehrlichkeit und Zuverlässigkeit gegenüber dem MfS, 23.05.1984, BStU MfS XV 3726/80, Band 2, S. 125-127.

30 Abt. XXII/1, Information zu bestehenden Auflösungserscheinungen im ehemaligen engen Freundeskreis des Neonazis und Vorsitzenden des neonazistischen „Asgard-Bundes“ Priem, Arnulf-Winfried, 07.05.1986, BStU MfS XV 1643/85, Band 1, S. 197 f.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Die Überwachung von Priem wurde im September 1989 nach über zehn Jahren – aus durch das Archiv der Stasi-Unterlagenbehörde (BStU) unsichtbar gemachten Gründen, höchstwahrscheinlich wegen der Verletzung von Persönlichkeitsrechten – vom MfS eingestellt. Priem sei „kein sicherheitspolitischer Gefahrenpunkt für die DDR mehr", hieß es.[31] Aus den Akten ist aber zu rekonstruieren, dass das MfS Priems schwindenden Einfluss in der neonazistischen Szene Westberlins wahrnahm, der zum einen aus dem Machtzuwachs von Pohl, zum anderen aber auch aus Priems Affinitäten zu Rockern, Skinheads und anderen gewalttätig-kriminellen Milieus resultierte.[32] Ein zentraler Faktor für den aus Sicht des MfS erfolgreichen Einsatz gegen Priem war dessen Vater, über dessen Tätigkeit als IM das MfS resümiert: „Dadurch gelang es, operativ-bedeutsame Informationen zu P., dessen neonazistischem Umfeld sowie Plänen und Aktivitäten der ehemaligen ‚Kampfgruppe Priem e.V.' zu erarbeiten."[33] Die Anwerbung von Priems Vater war im Übrigen aus genau diesem Grund durch das MfS erfolgt: „Durch den offenen Einsatz des IMB ‚Seemann' ist eine Neutralisierung der feindlichen Aktivitäten gegen die DDR zu erreichen."[34]

Priem ist insofern ein Beispiel für einen neonazistischen Rechtsterroristen, dem das MfS extrem hohe Aufmerksamkeit schenkte, als er in seiner Rhetorik und Praxis gegen die DDR und den Sozialismus agitierte und agierte und er insofern ein konkretes Sicherheitsrisiko für die DDR darstellte. Fraglos war es ein aus Sicht des MfS glücklicher Zufall, dass sich Priems Vater als IM anbot, jedoch zeigen die umfangeichen Bemühungen und minutiösen Planungen von Maßnahmen gegen Priem, dass das MfS in hohem Maße Zeit, Energie und Geld gegen einen Rechtsterroristen investierte, der als Gefahr für das eigene System wahrgenommen wurde. Ganz anders im Fall Odfried Hepp.

---

31 Abt. XXII/1, Abschlußbericht zum OV „Skorpion", 18.9.1989, BStU MfS XV 2081/79, Band 4, S. 120-125.

32 Abt. XXII/1, Abschlußbericht zum OV „Skorpion", 18.9.1989, BStU MfS XV 2081/79, Band 4, S. 120-125. Auch schon: Abt. XXII/1, Sachstandsbericht zum OV „Skorpion", 14.10.1986, Abt. XXII/1, BStU MfS XV 2081/79, Band 3, S. 72-76.

33 Abt. XXII/1, Abschlußbericht zum OV „Skorpion", 18.9.1989, BStU MfS XV 2081/79, Band 4, S. 120-125.

34 Abt. XXII/1, Vorschlag zur weiteren Vorgehensweise gegen den im OV „Skorpion" operativ bearbeiteten Leiter der militanten neonazistischen Kampfgruppe Priem e.V., 26.11.1985, BStU MfS XV 2081/79, Band 3, S. 32 f.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Odfried Hepp: Das MfS als aktiver Unterstützer von neonazistischem Rechtsterrorismus

Anfang der 1980er Jahren gehörten die Mitglieder der rechtsterroristischen Vereinigung „Hepp-Kexel-Gruppe", deren terroristische Ziele sich von einem nazistischen Standpunkt aus gegen amerikanische Einrichtungen in der Bundesrepublik richteten, zu den meistgesuchten Personen in Deutschland. Die Gruppe verübte in Ginnheim bei Frankfurt einen Anschlag auf eine US-Wohnsiedlung und in Gießen, Eschborn, Darmstadt, Frankfurt und Butzbach jeweils Anschläge auf Privatautos von US-Militärangehörigen. Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) war zu jedem Zeitpunkt bestens im Bilde über die Aktivitäten der Gruppe und unterstützte deren weltanschaulichen und organisatorischen Kopf, Odfried Hepp, nicht nur in umfangreichem Maße finanziell und logistisch, sondern half ihm auch bei seiner Flucht vor den bundesdeutschen Ermittlungsbehörden und protegierte ihn dauerhaft bis zu seiner späteren Verhaftung in Paris – und stimmte überdies weitgehend mit den Zielen von Hepp überein.

Der Fall Odfried Hepp dokumentiert deutlich, wie instrumentell die Haltung des MfS gegenüber Rechtsextremismus und Neonazismus war – weil es an zentralen Punkten schlichtweg keine Differenzen zwischen den Positionen des MfS und denen von Hepp gab und insofern der Antifaschismus der DDR mit Blick auf das MfS nicht nur ein Mythos war, sondern die DDR aktiven Anteil daran hatte, dass in Westdeutschland neonazistischer Terrorismus ausgeübt wurde, und eine der Schlüsselfiguren dieses Rechtsterrorismus ohne die mehrjährige und umfangreiche Hilfe durch das MfS nicht hätte agieren können. Kurz gesagt: Für einen Teil der Geschichte des bundesdeutschen Rechtsterrorismus trägt auch die DDR eine moralische und politische Verantwortung.

Im Juli 1982 stellte das MfS zunächst einen „Scheinkontakt" zu Hepp her, weil dieser nach Ostberlin einreiste und dem MfS mitteilte, dass deutsche Neonazis Anschläge auf die DDR planen würden – das MfS wollte sich aber noch offenhalten, auf die Kontaktaufnahmebemühungen einzugehen oder nicht, da es Hepp war, der den Kontakt zum MfS gesucht und seine Mitarbeit angeboten hatte, also die Initiative nicht vom MfS ausging.[35] Bis es zu einer – dann langjährigen und intensiven – Zusammenarbeit des MfS mit Hepp kam, war das MfS umfangreich über die weltanschaulichen Ziele wie auch die terroristischen Mittel informiert, derer sich

35 Abt. XXII/1, 30. Juli 1982, BStU MfS AOPK 7896/91, Band 1, S. 7 f.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

die „Hepp-Kexel-Gruppe“ bediente, wobei der Großteil der Informationen, die dem MfS vorlagen, diesem bereitwillig von Hepp selbst übermittelt wurden.

Dem MfS waren zu jenem Zeitpunkt nicht nur die programmatische Schrift „Abschied vom Hitlerismus“ (1982) von Odfried Hepp und Walther Kexel bekannt, in der diese ihre neonazistische, aber eben nicht an der Person Hitlers orientierte, Weltanschauung mit der Parole „Vorwärts im antiimperialistischen Befreiungskampf“ schließen.[36] Zudem waren ihm auch nahezu alle Details über die Terroranschläge der Hepp-Kexel-Gruppe bekannt.

So wusste das MfS, dass die Anschläge der Hepp-Kexel-Gruppe gegen amerikanische Einrichtungen von Walther Kexel, Dieter Sporleder, Odfried Hepp, Hans-Peter Fraas, Ulrich Tillmann, Helge Blasche verübt worden waren und wer von diesen genau an welchen Anschlägen beteiligt gewesen war. Auch Details der Geldbeschaffung durch Banküberfälle in Niderau, Nürnberg, Hungen, Nidda und Friedberg waren dem MfS bekannt.[37] Das MfS war ebenfalls in die terroristischen Methoden der Hepp-Kexel-Gruppe eingeweiht. So wurde die genaue Bauart der Bomben, die Weise, wie die Bomben deponiert wurden und wo diese gebaut und zuvor getestet worden waren, detailliert in den Akten beschrieben.

Die Taten und Vorbereitungen der Hepp-Kexel-Gruppe konzentrierten sich fast ausschließlich in Mittelhessen, die Sprengsatztestungen wurden aber in der Lüneburger Heide durchgeführt.[38] Letzteres ist mit Blick auf die Geschichte des bundesdeutschen Rechtsterrorismus insofern aufschlussreich, als Ende der 1970er Jahre auch die „Wehrsportgruppe Hoffmann“ (WSG) in der Lüneburger Heide Waffendepots angelegt hatte und es 1978 bereits zu einem Waffenraub auf dem NATO-Übungsplatz in Bergen-Hohne in der Lüneburger Heide gekommen war.[39] Mindestens ein Waffenlager in der Lüneburger Heide war nach MfS-Informationen „durch den bekannten Neonazi Lembke angelegt“ worden, der im November 1981 in der Haft Selbstmord beging.[40] Heinz Lembke hatte den bun-

36 Odfried Hepp und Walther Kexel: Abschied vom Hitlerismus, 30.6.1982, BStU MfS AOPK 7896/91, Band 1, S. 26-29.

37 Abt. XXII, 20. Februar 1983, BStU MfS AOPK 7896/91, Band 1, S. 36-42. Das Thesenpapier „Abschied vom Hitlerismus“ wurde am 10. April 1983 in *die tageszeitung* dokumentiert.

38 Abt. XXII, 20. Februar 1983, BStU MfS AOPK 7896/91, Band 1, S. 36-42.

39 Vgl. BStU MfS HA XXII Nr. 18404, S. 43 u. 47.

40 Abt. XXII/1, Auskunftsbericht zur Person Hepp, Odfried, 22. Februar 1983, BStU MfS AOPK 7896/91 Band 14, S. 160-164.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

desdeutschen Sicherheitsbehörden nach seiner Verhaftung in der Nähe von Uelzen 88 Kisten in 31 Erdverstecken gezeigt, die mit Waffen, Munition und Sprengstoff gefüllt waren.[41] 1983/84 wird Hepp dann gegenüber dem MfS äußern, dass das in der Lüneburger Heide lebende Ehepaar Ingrid und Andreas Hagen für ihn als Kuriere und Kontaktpersonen fungieren soll, um Geld aus einem zu diesem Zeitpunkt offenbar noch immer in der Lüneburger Heide bestehenden Gelddepot zu holen.[42] Ingrid Hagen hatte 1982 das Angebot des ehemaligen Führers des „Bundes Heimattreuer Jugend" (BHJ) Uwe Berg bekommen, in dessen Antiquariatsbuchhandlung in Toppenstedt zu arbeiten, so dass der Lüneburger Heide eine logistische Schlüsselstellung zukam.[43]

Das MfS war auch in die interne Struktur der Terrorgruppe eingeweiht, deren Ziele primär im Kampf gegen die USA, für einen NATO-Austritt der Bundesrepublik sowie die Schaffung eines neutralen Gesamtdeutschlands lagen. Dabei wusste das MfS nicht nur, dass Hepp die „politische und agitatorische" Leitung und Kexel die „militärische" Leitung der Gruppe innehatte, sondern auch, dass sich die „Hepp-Kexel-Gruppe" am Vorbild der PLO orientierte und teilweise mit arabischen Decknamen arbeitete: Walther Kexel (Nabil), Dieter Sporleder (Gundolf), Odfried Hepp (Jussuf), Hans-Peter Fraas (Achmed), Ulrich Tillmann (Nidal), Helge Blasche (Mahmond). Hepp verwendete seinen Decknamen auch später weiter, als er mit Unterstützung des MfS für die PLO arbeitete.[44]

Die Hepp-Kexel-Gruppe hatte aber nicht nur Sympathien für die PLO, sondern auch für die „Rote Armee Fraktion" (RAF), die man – vermutlich wegen der gemeinsamen antiamerikanischen und antisemitisch-antizionistischen Grundhaltung – als Verbündete betrachtete. Vermittelt über die in der JVA Köln inhaftierte Rechtsextremistin Christine Hewicker (Volkssozialistische Bewegung Deutschlands/VSBD), die sich in der Haft mit der Linksextremistin Verena Becker (RAF) anfreundete und von einer RAF-Sympathisantin, die vor beiden aus der Haft entlassen wurde und Dossiers von beiden aus der Haft schmuggelte, versuchte Kexel Kontakte zur Führungsebene der RAF aufzunehmen, um eine Zusammenarbeit von Rechts- und Linksterroristen in der Bundesrepublik zu beginnen.

41 Vgl. o.V.: Es ist Wolfszeit, in: *Der Spiegel* v. 9.11.1981, S. 30 f.
42 Odfried Hepp, Übersicht der Ereignisse vom 4.11.83–4.4.84, BStU MfS AOPK 7896/91, Band 12, S. 51-60.
43 Dossier zur PLF (Palestinian Liberation Front), BStU MfS AOPK 7896/91, Band 12, S. 44-48.
44 Abt. XXII, 20. Februar 1983, BStU MfS AOPK 7896/91, Band 1, S. 36-42.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Nach Angaben besagter RAF-Sympathisantin hatten Führungsmitglieder der zweiten RAF-Generation wie Christian Klar, Brigitte Mohnhaupt und Adelheid Schulz „grundsätzlich keine Einwände" gegen solche Gespräche, jedoch seien diese wegen des starken Fahndungsdrucks durch das BKA zum aktuellen Zeitpunkt nicht möglich – kurz darauf, im Sommer beziehungsweise Herbst 1982, wurde die RAF-Führungsebene verhaftet.[45]

Das MfS war von Anfang an gut über Hepp informiert: In den Akten finden sich Kopien von Hepps Abiturzeugnis, seiner Kontoeröffnung bei der Sparkasse Offenbach und der Sparkasse Berlin/West, diverse Kontoauszüge und eine Kopie seiner Abstammungsurkunde. Auf Betreiben des Vaters wurde Hepp im Sommer 1970 Mitglied des „Bunds Heimattreuer Jugend" (BHJ) in Sinzheim; dort beteiligte er sich an Herbst- und Winterlagern sowie einer Flandernfahrt. In seiner „Ausbildung" beim BHJ wurde er mit zwei Fragen konfrontiert: „Wie kam es zur deutschen Katastrophe 1945?" und „Welche Möglichkeiten gibt es, aus dieser Katastrophe wieder herauszukommen?" Im BHJ wurde Hepp Unterführer, Jugendscharführer und 1975 Standortführer Schwarzwald und nahm Ostern 1976 am zentralen Lehrgang ausgewählter BHJ-Funktionäre in Dimhausen teil. Aus persönlichen Gründen – schlechtes Verhältnis zur BHJ-Führung Süd – wechselte Hepp Ende 1977 in die noch militantere „Wiking-Jugend" (WJ). Zusammen mit Roland Müller gründete er im Sommer 1977 die „Wehrsportgruppe Schlageter", die im März 1979 in den neugegründeten „Horst Ortenau" der WJ integriert wurde. Hepp wurde Gauführer Schwaben der WJ. Seine Großmutter Anna Hepp lebte in der DDR. Hepp besuchte sie bis 1978 rund fünfzehn Mal. Es gab weitere Verwandte von Hepp in der DDR, zu denen aber keine Kontakte nachgewiesen sind.[46]

Überhaupt schätzte man Hepp im MfS sehr. Es finden sich zahlreiche Beurteilungen seiner Persönlichkeit, die offenbar – wenngleich auch mit wenig sozialistisch-emanzipatorischen, sondern mit preußisch-zwanghaften Tugenden ausgestattet – den Sachbearbeitern im MfS gefiel, möglicherweise genau deshalb. Zudem sympathisierte das MfS nicht nur mit den Persönlichkeitsmerkmalen von Hepp, sondern auch mit dessen Weltanschauung, wie dies in einem als „streng geheim" eingestuften umfangreichen Bericht über die „Operative Wertschätzung durchgeführter Maßnahmen im Zusammenhang mit dem zeitweiligen Aufenthalt eines West-

45 Information über Versuche der Kontaktherstellung von Neonazis zu Anhängern der „Roten Armee Fraktion" (RAF), 23. Mai 1983, BStU MfS AOPK 7896/91, Band 16, S. 73-75.

46 Abt. XXII, Auskunftsbericht zum Persönlichkeitsbild des Westberliner Bürgers Hepp, Odfried, 23. Mai 1983, BStU MfS AOPK 7896/91, Band 16, S. 2-9.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

berliner Bürgers in der DDR“ zum Ausdruck kommt:[47] Demnach war Hepp, dem das MfS zunehmend mehr vertraute und den es unterstützte, seit Februar 1983 in einem „konspirativen Objekt“ der Abt. XXII des MfS untergebracht und wurde vom MfS so eingeschätzt, dass er kein „agent provocateur“ sei und „nicht im Auftrag des Gegners handelt“. Beleg hierfür war für das MfS, dass er Informationen über Mitarbeiter des Bundeskriminalamts an das MfS weitergab, einschließlich „der konkreten Identifizierung von 28 gegnerischen Beobachtungsfahrzeugen“, sowie über Anschläge, die sich gegen die DDR richten sollten, unter anderem von den Rechtsterroristen Peter Naumann und Werner Kley, sowie zu fünf Informanten „des Gegners in der rechten Szene der BRD“. Hepp äußerte sich außerdem „stets fließend, umfassend und tiefgründig sowie widerspruchslos zu anstehenden operativen Fragestellungen“, was seine Glaubwürdigkeit für das MfS unterstrich. Hepps politische Grundhaltung sei geprägt vom „Haß gegenüber den Machtverhältnissen der BRD“, gegenüber dem MfS hingegen habe er Vertrauen, „was durch Bescheidenheit in seinem gesamten Verhalten, Fleiß und Gründlichkeit“ untermauert werde: „Vom Charakter her ist er kontaktfreudig und anpassungsfähig. Er ist mutig, operativ geschickt und hat ein gutes Allgemeinwissen. Genannter befindet sich in einer körperlich sehr guten Verfassung, ist stark belastbar und verfügt über ein angenehmes äußeres Erscheinungsbild.“[48]

Da Hepp zu diesem Zeitpunkt in der Bundesrepublik polizeilich gesucht wurde und das MfS offenbar keine Widersprüche zwischen dem neonazistischen Weltbild von Hepp und den eigenen Vorstellungen sah, wurde empfohlen, Hepp „die Ausreise in ein arabisches Land seiner Wahl zu ermöglichen“, wobei das MfS in Rücksichtnahme auf Hepps Wünsche und „für die anzustrebende stabile Verbindung zum MfS“ die Syrische Arabische Republik vorschlug.[49] Die Ausreise von Hepp wurde für den Mai 1983 durch das MfS vorbereitet, bis dahin plante das MfS konkrete Maßnahmen, um Hepps äußeres Erscheinungsbild (Frisur, Vollbart, Brille) entsprechen anzupassen.[50]

Für seine Ausreise hatte das MfS Hepp einen „präparierten“ BRD-Reisepass auf den Namen „Dieter Erich Wilhelm Kersten“ zur Verfügung ge-

47 Abt. XXII, Operative Wertschätzung durchgeführter Maßnahmen im Zusammenhang mit dem zeitweiligen Aufenthalt eines Westberliner Bürgers in der DDR“, 6. Mai 1983, BStU MfS AOPK 7896/91, Band 1, S. 88-96.

48 Ebd.

49 Ebd.

50 Abt. XXII/Leiter (streng geheim) undatiert (1983), BStU MfS AOPK 7896/91, Band 1, S. S. 97-100.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

stellt und war auch nach seinem Verlassen der DDR in Richtung Syrien fortlaufend darüber in Kenntnis, wo sich Hepp aufhielt; so erfolgte es ebenfalls in Absprache mit dem MfS, dass sich Hepp der palästinensischen Terrorgruppe „Palestinian Liberation Front" (PLF) unter Führung von Muhammad Zaidan (Kampfname: Abu Abbas) anschloss. In den Jahren 1983/84 unterzog sich Hepp zahlreichen ärztlichen Behandlungen in der DDR, blieb also auch in fortlaufendem Kontakt zum MfS.[51] Bei einem konspirativen Treffen in Budapest im Herbst 1984 berichtete Hepp dem MfS darüber, dass Mohamad Ghadban (4-Sterne-Offizier bei der PLF) Hepp angewiesen hatte, Kontakte der PLF zur rechten Szene der BRD herzustellen, was dieser aber abgelehnt hatte, da eine Einreise in die Bundesrepublik für ihn zu gefährlich schien. Hepp selbst war seit Juli 1984 auch PLF-Mitglied mit der Mitgliedsnummer 5036, führte den Kampfnamen „Taarig Omar Saád" und bezog ein Gehalt von 400 US-Dollar. Gemeinsam mit einer Französin sollte er Stützpunkte für die palästinensischen Terrorgruppen in Europa aufbauen. Außerdem sollten ihm weitere PLF-Mitglieder in Europa unterstellt werden. Zum Zweck einer fortgesetzten Identitätsverschleierung erwog Hepp ferner, seine Freundin, die als Sekretärin in Tunis arbeitete, zu heiraten.[52]

In der palästinensischen Dachorganisation, der „Palestinian Liberation Organisation" (PLO), und in der PLF wurde Hepp, wie auch beim MfS, geschätzt. Hepp hatte bereits Jahre vor seiner Flucht gemeinsam mit der WSG Hoffmann eine militärische Ausbildung bei der PLO erhalten. Seine Kontakte zur PLO bestanden schon vor seiner Zusammenarbeit mit dem MfS. Die PLO wusste bei seiner Ankunft Anfang August 1980, dass Hepp Mitglied einer rechtsextremen Gruppe war und sich der WSG angeschlossen hatte. Die PLO schätzte ihn als „umsichtigen und intelligenten" Menschen; er vertrete „bürgerlich-nationale Ansichten" und sei von der Schaffung eines „einheitlichen Deutschlands" und einer „stark anti-amerikanischen" Ausrichtung geprägt. Gegenüber der DDR und der UdSSR nehme er „keine feindliche Haltung" ein und lehne „Aktivitäten gegen sozialistische Staaten prinzipiell ab".[53]

Hepps Verbindung zum hochrangingen PLF-Funktionär Mohamad Ghadban ist überdies bedeutsam, weil er mit diesem zusammen wesentliche Strukturen für PLO und PLF in Europa aufbauen sollte und unmittel-

---

51 Abt. XXII, 16.04.1085, BStU MfS AOPK 7896/91, Band 1, S. 135-138.

52 Abt. XXII, 25.09.1984, BStU MfS AOPK 7896/91, Band 9, S. 341-354.

53 Abt. XXII, Darstellung der Verbindungen des BRD-Bürgers Hepp zur PLO durch den Mitarbeiter der PLO-Sicherheit Hegazi, 10.05.1983, BStU MfS AOPK 7896/91, Band 12.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

bar vor einem Treffen mit Ghadban in Paris – zuerst Ghadban, dann Hepp – verhaftet und wegen illegalen Besitzes von Waffen und Dokumenten unter Anklage gestellt wurde (Winterberg/Peter 2004). Hepp hatte sich unter seinem Decknamen „Kersten" im Pariser Hilton-Hotel mit Ghadban treffen wollen. Bei seiner Festnahme war er im Besitz seines vom MfS 1983 „präparierten Reisepasses", der „nunmehr dem Gegner vorliegt", wie das MfS mit Sorge bemerkte.[54]

Resümee

Der historisch-vergleichende Blick auf den Umgang des MfS mit drei hochkarätigen Rechtsterroristen, die alle nicht nur über weltanschauliche Festigung im neonazistischen Milieu der Bundesrepublik in den 1970er und 1980er Jahren verfügten und jeweils Schüsselstellungen der Vernetzungen in dieser Szene einnahmen, sondern auch umfangreiche Gewalt- und Terrorismusaktivitäten entwickelten und/oder unterstützten, zeigt ein ausnahmslos instrumentelles Verhältnis des MfS zum Themenfeld Rechtsextremismus.

Anhand des Vergleichs wird deutlich, dass es zu keinem Zeitpunkt ein genuin politisches Interesse im MfS gab, das man als „Antifaschismus" hätte beschreiben können. Das MfS empfand offensichtlich nicht den Kampf gegen Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus als zentral, sondern in Fällen, die opportun erschienen und bei denen man aufgrund des eigenen Antisemitismus und des eigenen Antiamerikanismus hohe weltanschauliche Übereinstimmungen zu den westdeutschen Nazi-Terroristen ausmachte, wurde sogar über Jahre hinweg der Rechtsterrorismus aktiv unterstützt.

Ganz konkret: Hätte das MfS Hepp nicht zur Flucht verholfen und die Fortsetzung seiner Terror-Karriere gefördert – nun nicht mehr unter dem Label des rechtsextremen, sondern des palästinensischen Antisemitismus und Antiamerikanismus –, wäre eine Aufklärung und Strafverfolgung gegen Hepp durch bundesdeutsche Behörden deutlich früher möglich gewesen. Die Verbrüderung mit dem offiziell zum Hauptfeind erklärten (Neo-)Faschismus zeigt, dass der proklamierte Antifaschismus der DDR faktisch eine Lüge war.

Neben dieser zeithistorischen Dimension bleibt anzumerken, dass die Forschung über den Umgang des MfS mit dem bundesdeutschen Rechts-

54 Abt. XXII/1, Information über weitere Erkenntnisse zur Festnahme des Hepp, 19. April 1985, BStU MfS AOPK 7896/91 Band 14, S. 90-91.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

extremismus noch in den Anfängen steckt. Notwendig ist perspektivisch nicht nur die vollständige Sichtung und zeithistorische Kontextualisierung aller Akten zum Thema, sondern auch eine noch stärkere Integration der Erkenntnisse in die westdeutsche Rechtsextremismusforschung, weil zu vermuten steht, dass gerade hinsichtlich logistischer und finanzieller Dimensionen mehr Licht in das Dunkel der Geschichte des bundesdeutschen Rechtsterrorismus der 1970/80er Jahre gebracht werden kann.

Literatur

Förster, Andreas (2015): Wie die Stasi Neonazis im Westen ausspionierte. In: *Berliner Zeitung* vom 5.8.2015.

Haury, Thomas (2002): Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der früheren DDR. Hamburger Edition: Hamburg.

Haury, Thomas (2006): Antisemitismus in der DDR. Dossier der Bundeszentrale für politische Bildung „Antisemitismus", 28.11.2006. (Online: http://www.bpb.de/politik/extremismus/antisemitismus/37957/antisemitismus-in-der-ddr?p=all, letzter Zugriff am 28.3.2016.)

Herbstritt, Georg (2007): Bundesbürger im Dienst der DDR-Spionage. Eine analytische Studie. Vandenhoeck & Ruprecht: Göttingen.

Herf, Jeffrey (2014): „At War with Israel". East Germany's Key Role in Soviet Policy in the Middle East. In: Journal of Cold War Studies, Jg. 14, Heft 3/2014, S. 129-163.

Jander, Martin (2006): Differenzen im „antiimperialistischen Kampf". Zu den Verbindungen des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) mit bundesdeutschen (Links-)Terroristen. In: Kraushaar, Wolfgang (Hrsg.): Die RAF und der linke Terrorismus (2 Bde.). Hamburger Edition: Hamburg 2006, S. 696-713.

Müller, Michael/Kanonenberg, Andreas (1992): Die RAF-Stasi-Connection, 2. Aufl. Rowohlt: Berlin.

Münkel, Daniela (2015) (Hrsg.): Staatssicherheit. Ein Lesebuch zur DDR-Geheimpolizei. BStU: Berlin.

Salzborn, Samuel (2001): Heimatrecht und Volkstumskampf. Die außenpolitischen Konzepte der Vertriebenenverbände und ihre praktische Umsetzung. Offizin: Hannover.

Salzborn, Samuel (2020): Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze. 4. erw. u. akt. Aufl. Nomos: Baden-Baden.

Schmiechen-Ackermann, Detlef (2010): Diktaturen im Vergleich, 3. Aufl. Wissenschaftliche Buchgesellschaft: Darmstadt.

Schwan, Gesine (1999): Antikommunismus und Antiamerikanismus in Deutschland. Kontinuität und Wandel nach 1945. Nomos: Baden-Baden.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Süß, Walter (1993): Zur Wahrnehmung und Interpretation des Rechtsextremismus in der DDR durch das MfS. BStU: Berlin.

Thiele, Anja (2019): Antizionistische Allianzen: das MfS und der westdeutsche Rechtsterrorismus. In: Wissen schafft Demokratie, Heft 6/2019, S. 60-70.

Wagner, Ringo (2015): Wehrsport für den Frieden? Stalins Theorie von der Unvermeidbarkeit von Kriegen zwischen kapitalistischen Staaten und die Anfänge des Wehrsports in der DDR. In: Salzborn, Samuel/Zapf, Holger (Hrsg.): Krieg und Frieden. Kulturelle Deutungsmuster. Peter Lang: Frankfurt, S. 87-107.

Waibel, Harry (2014): Der gescheiterte Anti-Faschismus der SED: Rassismus in der DDR. Peter Lang: Frankfurt.

Winterberg, Yury/Peter, Jan (2004): Der Rebell. Odfried Hepp: Neonazi, Terrorist, Aussteiger. Lübbe: Bergisch Gladbach.

Wunschik, Tobias (1996a): Die Hauptabteilung XXII: „Terrorabwehr" (MfS-Handbuch). BStU: Berlin.

Wunschik, Tobias (1996b): Das Ministerium für Staatssicherheit und der Terrorismus in Deutschland. In: Timmermann, Heiner (1996) (Hrsg.): Diktaturen in Europa im 20. Jahrhundert. Der Fall DDR. Duncker & Humblot: Berlin, S. 289-302.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Gewalt gegen Geflüchtete: „Schwarmterrorismus“

Stefan Lauer

Am 14. September 2019 wurde ein 31-jähriger Libyer in Chemnitz rassistisch beleidigt und aus seinem Rollstuhl gestoßen.[1] Am 16. November 2019 schossen mehrere Männer mit Leuchtmunition von einem Balkon aus auf drei Erwachsene und ein fünf Monate altes Baby aus der Elfenbeinküste.[2] Am 6. Dezember 2019 wurde ein 11-jähriges Mädchen aus dem Irak in Sebnitz zu Boden gestoßen, rassistisch beschimpft und ihr Kopftuch heruntergerissen.[3] Drei Fälle von flüchtlingsfeindlicher Gewalt, die es in die überregionalen Medien geschafft haben. Damit sind sie tatsächlich Einzelfälle. 1.948 Straftaten gegen Asylbewerber*innen zählt das Innenministerium nur für das Jahr 2018.[4] Von Medien wahrgenommen wurden die wenigsten. Die Gründe dafür sind vielschichtig. Aber Gewalt gegen Geflüchtete ist untrennbar mit Rassismus verbunden, und sie ist ein Ergebnis des antimodernen Projekts der sogenannten „neuen“ Rechten.

1.948 Übergriffe in einem Jahr. Umgerechnet sind das mehr als fünf Taten an jedem einzelnen Tag. Die meisten dieser Übergriffe richteten sich gegen Geflüchtete oder Asylbewerber*innen außerhalb von Unterkünften, 1.775 Taten. 173 Straftaten richteten sich gegen Gebäude, also gegen die Unterkünfte selbst. Die Behörden ordnen praktisch alle diese Taten als „rechtsmotiviert“ ein (1.736 Taten gegen Menschen, 170 Angriffe auf Gebäude). Die schiere Menge der Angriffe ist schockierend. In den vergange-

1 Siehe: Rollstuhlfahrer aus Libyen in Chemnitz attackiert, in: *DIE WeLT* vom 17. September 2019 (https://www.welt.de/vermischtes/article200417746/Chemnitz-Rollstuhlfahrer-aus-Libyen-zusammengeschlagen-und-rassistisch-beleidigt.html).

2 Siehe: Männer beschießen Flüchtlinge mit Leuchtspurmunition, in: *Der Spiegel* vom 18. November 2019 (https://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/niedersachsen-maenner-beschiessen-fluechtlinge-mit-leuchtmunition-a-1297161.html).

3 Siehe: Jugendliche sollen elfjährige Irakerin beschimpft und getreten haben, in: *Der Spiegel* vom 8. Dezember 2019 (https://www.spiegel.de/panorama/justiz/sebnitz-in-sachsen-jugendliche-sollen-elfjaehrige-irakerin-beschimpft-und-getreten-haben-a-1300271.html).

4 Siehe: Fast 2000 Straftaten gegen Flüchtlinge und Asylbewerberunterkünfte, in: *DIE WeLT* vom 16. März 2019 (https://www.welt.de/politik/article190392853/Kriminalitaet-Fast-2000-Straftaten-gegen-Fluechtlinge-und-Asylbewerberunterkuenfte.html).

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

nen Jahren lagen die Zahlen jedoch noch höher. 2017 gab es laut Statistik zur politisch motivierten Gewalt 1.903 Übergriffe auf Menschen und 312 Angriffe auf Unterkünfte. 2016 waren es 2.561 Attacken auf Menschen und 995 gegen Unterkünfte. Auch hier gilt: Es gab nur minimale Berichterstattung.

Die Gründe dafür sind komplex. Einerseits handelt es sich um „Schwarmterrorismus“[5]: Rechtsradikale und rechtsextreme Stimmungsmache auf allen Kanälen schafft einen Handlungsdruck, auch bei Menschen, die zuvor nicht durch Gewalt oder die Zugehörigkeit zu rechts-alternativen Gruppierungen aufgefallen sind. Worte werden zu Taten. Andererseits sind rassistische Ansichten tief in der Gesellschaft verwurzelt und führen dazu, dass Gewalt, die Geflüchtete, PoC, Schwarze Menschen erleben, in der „Mehrheitsgesellschaft“ nicht wahrgenommen wird.

Das Problem heißt Rassismus

Belltower.News ist die journalistische Plattform der Amadeu Antonio Stiftung. Jeden Tag erscheint hier eine Presseschau, die Beiträge in regionalen und überregionalen Medien zu Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und den Diskursen rund um diese Themen sammelt. Dazu gehören auch Übergriffe. Die Presseschau entsteht mit Hilfe von sogenannten „Google Alerts“. Dabei werden bestimmte Suchbegriffe festgelegt, und sobald diese Begriffe in Medienartikeln auftauchen, geht eine E-Mail samt Benachrichtigung ein. So stellt die Redaktion sicher, dass keine relevanten Nachrichten verpasst werden. Diese Sammlung zeigt immer wieder die bemerkenswerte Schieflage in der Berichterstattung kleiner und großer Presseorgane in Deutschland, vor allem in Bezug auf Gewalt gegen Geflüchtete. Von den fast 2.000 Übergriffen 2018 hat es nur ein Bruchteil in die Medien und damit in die Presseschau geschafft.

Dass an jedem einzelnen Tag des Jahres Übergriffe stattfinden, Menschen beleidigt, bedrängt oder angegriffen werden, findet wenig Erwähnung. Noch viel weniger werden die einzelnen Fälle beschrieben oder analysiert. Die „Google Alerts“ zeigen aber auch, dass das Thema „Flüchtlinge“ noch immer gut bedient wird. Allerdings sind es nicht die Angriffe auf Geflüchtete, die zum Thema gemacht werden, sondern jedes noch so ge-

5 Siehe dazu: Daniel Köhler, Viel „rechte Gewalt“ ist eigentlich Rechtsterrorismus, in: *belltower news* vom 26. April 2017 (https://www.belltower.news/daniel-koehler-viel-rechte-gewalt-ist-eigentlich-rechtsterrorismus-43648).

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

ringe Fehlverhalten von „Nicht-Deutschen“. Schon Streitigkeiten in Geflüchteten-Unterkünften werden zur Nachricht. So berichtete beispielsweise eine Lokalzeitung aus Baden-Württemberg auf einer halben Seite über eine Meinungsverschiedenheit zweier geflüchteter Frauen zum Thema Mülltrennung.[6] Andere Artikel drehen sich um die mögliche Wertminderung von Immobilien im Fall des Baus einer Geflüchteten-Unterkunft in der Nachbarschaft.[7]

Die Verantwortung für diese Schieflage liegt dabei nicht nur bei den Medien. Sie ist ein Problem der Selbstwahrnehmung der deutschen Gesellschaft. Zeitungen, Blogs, Radio und Fernsehen sind – vor allem im schnellen Tagesgeschäft – auf die Pressemitteilungen der Polizei angewiesen. Wird also ein Übergriff von den Behörden nicht öffentlich gemacht, sind die Chancen gering, dass darüber berichtet wird. Medien sind auf offizielle Informationen angewiesen.

Der Hintergrund der problematischen Selbstwahrnehmung der deutschen Gesellschaft ist nicht schwer zu erkennen, er heißt Rassismus und trifft nicht nur Geflüchtete.

Nachdem der Berliner Hertha-Spieler Jordan Torunarigha von Fans von Schalke 04 auf dem Spielfeld rassistisch beleidigt wurde und darauf sichtbar traurig und wütend reagierte, äußerte sich der DFB zum Thema, die Fußballvereine Hertha und Schalke positionierten sich deutlich. Hertha-Fans solidarisierten sich mit dem gebürtigen Chemnitzer Torunarigha.[8] Das alles ist gut und wichtig. Es zeigt aber auch, wie überrascht die Mehrheitsgesellschaft immer wieder über Rassismus ist. Überrascht auch deswegen, weil Rassismus kaum zum Thema gemacht wird. Torunarigha äußerte sich dazu einige Tage nach dem Zwischenfall selbst und schrieb auf der Plattform Instagram: „Ich bin froh, dass ich das Glück habe, so einen Rückhalt durch meine Familie, meine Mitspieler und den Verein zu haben! Das haben vielleicht nicht alle in einer solchen Situation. Ich bin in Chemnitz geboren, habe das alles schon in der Jugendzeit durchlebt. Mei-

6 Siehe: Daniela Santo, Frauen haben ausgewachsene Meinungsverschiedenheit, in: *Stadtanzeiger der Guller* vom 5. Dezember 2018 (https://www.stadtanzeiger-ortenau.de/friesenheim/c-polizei/frauen-haben-ausgewachsene-meinungsverschiedenheit_a17178).

7 Siehe: Sebastian Tauchnitz, Flüchtlinge als Nachbarn, in: *Merkur* vom 21. Januar 2016 (https://www.merkur.de/lokales/starnberg/gilching-ort28732/fluechtlinge-nachbarn-preise-runter-6052419.html).

8 Siehe: Bewegende Gesten für Herta-Star Torunarigha, in: t-online 8. Februar 2020 (https://www.t-online.de/sport/fussball/bundesliga/id_87304462/hertha-bsc-bewegende-gesten-fuer-jordan-torunarigha-nach-rassismus-eklat.html).

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

ne Eltern wurden beleidigt. Deshalb wühlt mich so eine Situation wie auf Schalke so auf und deshalb habe ich so emotional reagiert."

Für Schwarze Menschen ist Rassismus keine Überraschung. Schwarze Menschen, Migrant*innen, PoC, Geflüchtete, sie alle sind permanent Anfeindungen ausgesetzt. Thema in einem weitreichenderen Diskurs der Mehrheitsgesellschaft wird das aber nur in den seltensten Fällen, und wenn, dominieren bestenfalls Überraschung, schlimmstenfalls Abwehr. Dabei fallen Vorurteile und die rassistische Agitation auf fruchtbaren Boden. Die Mitte-Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung oder die Autoritarismus-Studien der Universität Leipzig belegen regelmäßig, dass rassistische – genauso wie antisemitische – Einstellungen in Deutschland weit verbreitet sind. Die Leipziger Studie beispielsweise geht zwar nur von etwa sechs Prozent der Bevölkerung mit geschlossenem rechtsextremen Weltbild aus, trotzdem glauben zum Beispiel 44,6 Prozent der befragten Ostdeutschen, dass „Deutschland durch Ausländer in gefährlichem Maß überfremdet" sei. In Gesamtdeutschland sind es 35,6 Prozent.[9]

Die deutsche Debatte über Rassismus steckt nach wie vor in ihren Anfängen. Nur wenige Vorfälle schaffen es, die breite Masse zu erreichen, und rassistischen Erfahrungen wird selten Glauben geschenkt. Während sich die Gesamtgesellschaft dem Thema weitestgehend verwehrt und die Medien weiterhin Probleme haben, objektiv darüber zu berichten, ist es vor allem die „neue" Rechte, die diesen gesellschaftlich notwendigen Diskurs zusätzlich ausbremst. Minderheiten gelten in ihren Publikationen nicht als Opfer, sondern werden zu Täter*innen gemacht, die die Mehrheitsgesellschaft bedrohen. Diese im Kern antisemitische Vorstellung wird vor allem in virtuellen Netzwerken verbreitet, entlädt sich jedoch in der Realität auch in Form von Gewalt.

„Das ist normal."

Wie sehr Rassismus zum Alltag von Geflüchteten gehört, zeigt auch der versuchte Mord an Bilal M. am 22. Juli 2019. Der 55-jährige Hartz IV-Empfänger Roland K. schoss im hessischen Wächtersbach aus seinem Auto heraus sechs Mal auf den 26-jährigen Eritreer und verletzte ihn schwer, nur

9 Siehe: Simone Rafael, Hass auf Migranten, Juden und Muslime steigt, in: *belltower news* vom 7. November 2018 (https://www.belltower.news/neue-zahlen-zu-rechtsextremen-einstellungen-hass-auf-migranten-juden-und-muslimen-steigt-77019).

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

eine Notoperation rettete Bilal M. das Leben.[10] Der mutmaßlich psychisch kranke Täter soll davor in seiner Stammkneipe im Nachbarort seine Tat angekündigt und danach am selben Ort damit geprahlt haben. Weder vor noch nach der Tat verständigten die Anwesenden die Polizei. Nach zwei Weizenbier fuhr K. nach Hause und beging offenbar Selbstmord. Neben seinem Abschiedsbrief lag ein Koppelschloss mit Hakenkreuz und dem Motto der SS: „Meine Ehre heißt Treue“.

Womöglich auch wegen des bizarr anmutenden Tathergangs hat es dieser Angriff in die überregionale Presse geschafft. Bilal M. hat den Angriff überlebt, aber leidet an den Nachwirkungen. Im *Spiegel* erschien ein Portrait des Opfers.[11] M. und seine Frau berichteten, dass sie überlegen, den Ort zu verlassen. Angst hatte sich auch unter den anderen Eritreer*innen breitgemacht, die in Wächtersbach leben. Gefragt ob, es vorher bereits rassistische Beleidigungen gegeben habe, antwortet M. mit bemerkenswerten Sätzen: „Wir sind beschimpft worden, ja. Oder jemand zeigt einem mal den Stinkefinger. Aber dann denkt man: Die sind bestimmt besoffen.“ Und dann: „Das ist normal.“

Nun ist Wächtersbach nicht Freital oder Bautzen, Orte, die im politischen Diskurs weitaus stärker und schneller mit Rassismus oder Angriffen auf Geflüchtete in Zusammenhang gebracht werden. Im Wächtersbacher Gemeinderat hat die SPD mit 58,2 Prozent die Mehrheit der Stimmen, rechts von der CDU kommt keine Partei vor. Und trotzdem ist es in der hessischen Kleinstadt für Geflüchtete ganz „normal“, von Rassist*innen beleidigt zu werden. Und so kann ein SS-Verehrer in seiner Stammkneipe ankündigen, jetzt einen Geflüchteten „abzuknallen“, seine Ankündigung wahrmachen, danach in die Stammkneipe zurückkehren, um von seiner Tat zu berichten, zwei Bier trinken und die Kneipe unbehelligt wieder verlassen, ohne dass auch nur irgendjemand auf den Gedanken käme, die Polizei zu verständigen. Alles ganz normal.

---

10 Siehe: Simone Rafael, Anhänger rechtsextremer Ideologie radikalisieren sich zusehends, in: *belltower news* vom 23. Juli 2019 (https://www.belltower.news/neuer-rechtsextremer-mordversuch-in-hessen-anhaenger-rechtsextremer-ideologie-radikalisieren-sich-zusehends-88355).

11 Siehe: Laura Backes, „Ich dachte, da ist irgendwo ein Autoreifen geplatzt“, in: *Der Spiegel* vom 9. August 2019 (https://www.spiegel.de/panorama/waechtersbach-attentat-opfer-bilal-m-erzaehlt-a-00000000-0002-0001-0000-000165335734).

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Rassismus? Immer noch eine große Überraschung

Die afrodeutsche Journalistin Alice Hasters beschreibt in ihrem Buch „Was weiße Menschen nicht über Rassismus hören wollen aber wissen sollten" diese vollständige Normalisierung: „Dass wir bei diesem Thema nur schleppend vorankommen, erkenne ich unter anderem daran, dass Viele immer noch nicht verstehen, wie man rassistisch sein kann. Oder dass sie überrascht reagieren, wenn Menschen von Diskriminierungserfahrungen erzählen. Für sie war Rassismus nie ein Thema. Es sind oft gerade diese Menschen, die momentan nicht mehr mitkommen. Es reicht nicht aus, sich über Rassismus zu wundern, und es ist wichtig, dass wir verstehen, wie man rassistisch sein kann."[12] Nur kommt dann bereits wieder der Titel des Buches ins Spiel, denn offenbar wollen viele Menschen nichts über Rassismus hören.

Wenn Betroffene über Rassismus berichten, wird ihnen oft nicht geglaubt. Es sei alles nicht so gemeint gewesen, es sei ein Missverständnis, und überhaupt solle man sich doch nicht so aufregen. Bestenfalls. Schlimmstenfalls werden Betroffene der Lüge bezichtigt oder einfach weiter beleidigt.

Würde man Rassismus in Deutschland ernstnehmen, würde das auch bedeuten, etwas gegen ihn zu tun und sich kompromisslos dagegen einzusetzen. Das ist jedoch nicht der Fall. Immer noch wird über die Verwendung von abwertenden Begriffen gestritten. Im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern nutzte ein AfD-Abgeordneter mehrmals das Wort „N****". Die Landtagsvizepräsidentin erteilte ihm einen Ordnungsruf, gegen den der AfD'ler klagte. Erfolgreich. Das Landesverfassungsgericht befand, das Wort zähle nicht zu den Begriffen, die ausschließlich der Herabwürdigung und Provokation anderer dienen. Ob es so gemeint sei, könne nur aus dem Zusammenhang bewertet werden. Der Ordnungsruf habe den Abgeordneten in seinem Rederecht verletzt.[13]

12 Alice Hasters, Was weiße Menschen nicht über Rassismus hören wollen aber wissen sollten, München 2020, S. 8.

13 Siehe: „Neger"-Zwischenrufe im Landtag. Gericht gibt AfD-Abgeordnetem Recht, in: *Merkur* vom 16. Januar 2020 (https://www.merkur.de/politik/neger-afd-gerichtsurteil-nikolaus-kramer-mignon-schwenke-linke-ordnungsruf-rederecht-asylbewerber-zr-13362399.html).

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Die Rolle der „neuen“ Rechten

Gerade für die sogenannte „neue“ Rechte gehören Rassismus und Antisemitismus zwingend zum Konzept. Genauso wichtig ist die Ablehnung von Verantwortung für Ungleichwertigkeiten. Ebenso ist eine Opposition gegenüber gesellschaftlichen Veränderungen Teil der Ideologie. Auch, dass immer wieder Betroffenen das Recht abgesprochen wird, Rassismus oder Antisemitismus zu thematisieren, gehört zum Selbstverständnis. Ohne diese Zutaten würden zentrale rechts-alternative Strategien und Erzählungen nicht funktionieren.

Deutlich treten diese Eigenschaften in der AfD zu Tage, die als parlamentarischer Arm der „neuen“ Rechten gelten kann. Eine Recherche der Bertelsmann Stiftung, die nach der Bundestagswahl 2017 durchgeführt wurde, belegt, dass 65 Prozent der AfD-Wähler*innen sich „modernisierungsskeptisch“ zeigen. Ein Alleinstellungsmerkmal im Parteienspektrum. Wähler*innen der anderen im Bundestag vertretenen Parteien befürworten soziale und gesellschaftspolitische Modernisierungen.[14] Das zeigt sich zum Beispiel in Begriffen wie „Schuldkult“, verwendet vom AfD-Bundestagsabgeordneten Jens Maier, oder der von Björn Höcke geforderten „erinnerungspolitischen Wende um 180 Grad“.[15]

Über allem steht dabei ein Konzept namens „Metapolitik“. Eigentlich ein politikwissenschaftlicher Begriff, der eine philosophische Staatslehre meint, die unabhängig von einem bestimmten Staatswesen existiert. In der „neuen“ Rechten wird sie umgedeutet. Dabei macht man sich die Theorien des italienischen Marxisten Antonio Gramsci über „kulturelle Hegemonie“ zu nutze.[16] Es geht um nichts weniger als darum, eine neue, antimoderne Weltanschauung zu schaffen und in der breiten Öffentlichkeit zu etablieren. Der Parteiphilosoph der AfD, Marc Jongen, formuliert das mit Bezug auf Kulturpolitik unzweideutig: „Wir wollen die Stimmung im

14 Siehe: Bundestagswahl 2017: Wahlergebnis zeigt neue Konfliktlinie der Demokratie, in: Pressemeldung der Bertelsmann Stiftung (https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/pid/bundestagswahl-2017-wahlergebnis-zeigt-neue-konfliktlinie-der-demokratie).

15 Siehe: AfD-Abgeordnete im Bundestag, eine Übersicht, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 24. September 2017 (https://www.sueddeutsche.de/politik/bundestagswahl-diese-abgeordneten-sitzen-fuer-die-afd-im-bundestag-1.3680882-2).

16 Siehe: Armin Pfahl Traughber, Was die „Neue Rechte“ ist und was nicht, in: Dossier Rechtsextremismus der Bundeszentrale für politische Bildung vom 21. Januar 2019 (https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/284268/was-die-neue-rechte-ist-und-was-nicht).

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Land drehen".[17] An diesem Ziel arbeitet die „neue" Rechte in Europa bereits seit langem und hat dafür unterschiedliche Erzählungen entwickelt, die dazu dienen, die eigene rechts-alternative Ideologie so weit wie möglich in den Mainstream zu transportieren. Dabei setzen die Polit-Aktivist*innen vor allem auf modernisierte Sprache und einen intellektuell anmutenden Anspruch.

„Ethnopluralismus" statt „Deutschland den Deutschen"

Zu der Erzählung der „neuen" Rechten gehört der „Ethnopluralismus". Ein Konzept, das in den 1970er Jahren maßgeblich von Henning Eichberg entwickelt wurde, einem der Vordenker der sogenannten „neuen" Rechten in Deutschland. Das Narrativ ordnet Menschen in unterschiedliche „Völker" und „Kulturen" mit jeweils in sich geschlossener Identität ein. Diese „Völker" haben feststehende und unveränderliche Eigenschaften und können angeblich nur auf ihrem angestammten Territorium gedeihen. Konflikte entstehen erst, wenn Menschen anfangen sich zu „vermischen", weil sie ihre Heimat verlassen haben.[18] In dieser Erzählung wird ein Szenario der Ungleichwertigkeit geschaffen, das fernab der Realität existiert und dennoch Teil der realen Welt werden kann.

Ein neues Konzept ist das sicherlich nicht. In der „alten" Rechten bedeutete der Slogan „Deutschland den Deutschen" praktisch das Gleiche. Alice Hasters schreibt dazu: „Dass Kulturen sich vermischen, manifestiert sich auch in Menschen wie mir. Weiße Kultur ist auch meine, selbst wenn sie in vielen Punkten dafür gemacht worden ist, mich als Schwarze auszuschließen. Dennoch bin ich in ihr aufgewachsen, so wie meine Vorfahr*innen auch."[19] Die „neue" Rechte konstruiert sich eine Fantasiewelt, in der historische Migrationsbewegungen, Globalisierung, Kriege und Vertreibungen oder einfach die Suche nach einem anderen Leben nicht vorkommen.

---

17 Siehe: „Wir wollen die Stimmung im Land drehen", in: *Der Spiegel* vom 20. Januar 2018 (https://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/afd-marc-jongen-will-kulturpolitik-entideologisieren-a-1188771.html).

18 Siehe: Ethnopluralismus, in: „Themen" kompakt erklärt, Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung (https://www.politische-bildung-brandenburg.de/lexikon/ethnopluralismus).

19 Alice Hasters, Was weiße Menschen nicht über Rassismus hören wollen aber wissen sollten, München 2020, S. 93.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Es ist aber auch eine Welt, in der Gleichwertigkeit nicht existieren kann. Eine Welt, die Errungenschaften der Moderne grundsätzlich ablehnt. Renaud Camus, einer der Vordenker der „nouvelle droite“, der „neuen“ Rechten in Frankreich, formuliert das in einem Interview mit dem französischen Magazin *Éléments*, das in deutscher Sprache auf der Website der neurechten Zeitschrift *Sezession* erschienen ist, so: „Ob es sich um Ehe handelt, Kultur, Diplome, Erziehung, Gärten oder die Nation – die Für-alle-Ismen sind alle Ausdrucksformen des Nihilismus. Das, was für alle da ist, ist tot. Die Moderne ist die böse Mutter aus Salomos Urteil, die das Kind lieber tot sehen will, als ungleich verteilt.“[20]

Alain de Benoist, ein weiterer Theoretiker der französischen „neuen“ Rechten, schreibt: „Ich nenne hier – aus reiner Konvention – die Haltung rechts, die darin besteht, die Vielgestaltigkeit der Welt und folglich die relativen Ungleichheiten, die ihr notwendiges Ergebnis sind, als ein Gut und die fortschreitende Vereinheitlichung der Welt, die durch den Diskurs der egalitären Ideologie seit zweitausend Jahren gepredigt und verwirklicht wird, als ein Übel anzusehen.“[21]

Noch klarer formuliert es Martin Semlitsch, der unter dem Namen Martin Lichtmesz veröffentlicht. „Menschenwürde“ ist nach seiner Auffassung nicht für jeden Menschen da, angeblich muss man sie sich durch „würdiges“ Verhalten erst verdienen. Für ihn ist der christliche Gott höchstpersönlich der Kronzeuge, denn schließlich würden auch beim „Jüngsten Gericht“ Menschen ungleich behandelt: „Der Irrtum besteht in der Annahme, dass das Postulat der unbedingten Menschenwürde des Einzelnen voraussetzt, dass alle Menschen ‚gleichwertig‘ seien. […] Es ist daher genau genommen auch problematisch, von der Menschenwürde zu sprechen, als sei sie eine voraussetzungslose Gegebenheit […]. Der Himmel ist hierarchisch geordnet und keineswegs eine Ansammlung von Gleichen.“[22]

---

20 Siehe: Der kleine Austausch – Gespräch mit Renaud Camus, in: *Sezession* vom 28. Januar 2020 (https://sezession.de/62004/der-kleine-austausch-gespraech-mit-renaud-camus).

21 Zitiert in: Judith Goetz, Joseph Maria Sedlacek, Alexander Winkler, Untergangster des Abendlandes: Ideologie und Rezeption der rechtsextremen „Identitären“, Hamburg 2018, S. 206.

22 Ebd. S. 207.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Der „Große Austausch"

Einen Kern der neurechten Erzählung bildet der antisemitische Verschwörungsmythos vom „Großen Austausch" oder der „Umvolkung". Einer seiner bekanntesten Vertreter ist Brenton Tarrant, ein Rechtsterrorist, der im neuseeländischen Christchurch 51 Menschen ermordete und 50 weitere zum Teil schwer verletzte. Schon der Titel seines Manifests wies auf seine Ziele hin und zeigte, wie verwoben internationale rechts-alternative Akteur*innen eigentlich sind: „The Great Replacement. Towards a New Society", zu Deutsch „Der große Austausch. Hin zu einer neuen Gesellschaft".

„Der große Austausch" ist der Titel eines Essays des französischen Vordenkers der sogenannten „neuen" Rechten, Renaud Camus, das zur einer ganz eigenen Verschwörungserzählung wurde. Angeblich wollen „Eliten" die Bevölkerung in westlichen Ländern durch vornehmlich muslimische Migrant*innen ersetzen, um auf diese Weise leichter Macht ausüben zu können. Wer genau hinter dem angeblichen Bevölkerungsaustausch stecken soll, bleibt auf den ersten Blick schwammig. Schaut man aber nur etwas genauer hin, wird klar: Juden und Jüdinnen sind die eigentlich Schuldigen. Als größter „Strippenzieher" wird der US-amerikanische Milliardär George Soros angegriffen, der sich mit seinen Open Society Foundations weltweit für Demokratie und Gleichwertigkeit einsetzt. Martin Sellner, Leiter der rechtsextremen „Identitären Bewegung" in Österreich, liefert im Nachwort der deutschen Übersetzung des Buches antisemitische Stereotype in der Tradition der „Brunnenvergiftung" durch Jüdinnen und Juden gleich mit: „Europa ergeht es im ‚Refugees welcome'-Wahn wie einem ans Bett gefesselten Menschen, der zum Zwecke seiner Vivisektion mit Injektionen ruhiggestellt wurde. […] Langsam fließt ein betäubendes und schwächendes Gift in seine Blutbahn. Seine Widerstandskraft schwindet zusehends."[23]

„Der große Austausch", auch als „Umvolkung" bekannt, ist eine Erzählung geworden, die von unterschiedlichsten Akteur*innen des rechtsradikalen bis rechtsextremen Spektrums gern verwendet wird. Im April 2017 veröffentlichte der AfD-Fraktionsvorsitzende Alexander Gauland eine Presseerklärung und schrieb: „Der Bevölkerungsaustausch in Deutschland läuft

23 Siehe: Kira Ayyadi, „Der große Austausch" oder die spinnerte ideologische Grundlage der Neuen Rechten, in: *belltower news* vom 26. Oktober 2017 (https://www.belltower.news/der-grosse-austausch-oder-die-spinnerte-ideologische-grundlage-der-neuen-rechten-45832).

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

auf Hochtouren.“ Im Mai 2016 ließ Beatrix von Storch (AfD) per Twitter wissen: „Die Pläne für einen Massenaustausch der Bevölkerung sind längst geschrieben.“ Petr Bystron, AfD-Bundestagsabgeordneter, bezeichnete im Dezember 2018 den UN-Migrationspakt als „Abkommen zur systematischen Umvolkung“. Besonders die rechtsextreme „Identitäre Bewegung“ nutzt den Slogan, um ihre Ideologie zu verbreiten. Dabei vergessen die Aktivist*innen nie, auf die angebliche Dringlichkeit hinzuweisen: „Wir sind die letzte Generation, die noch etwas ändern kann“, heißt es immer wieder zum Beispiel von Martin Sellner. Es muss etwas passieren, und das schnell. Am Ende könnte dann Tarrants „neue Gesellschaft“ stehen. Es wundert wenig, dass der neuseeländische Terrorist vor seiner Tat 1.500 Euro an Sellner spendete.

Permanenter Ausnahmezustand

Das rechts-alternative Spektrum bedient alle Kanäle und richtet sich an Menschen jeder Bildungs- und Altersschicht. Die Akteur*innen sind auf allen sozialen Medien aktiv. Sie verlegen Bücher, Zeitschriften und Magazine, sie betreiben Blogs, Facebook-Seiten und Kanäle auf YouTube und anderen Videoplattformen. Daneben finden Demonstrationen und Vernetzungstreffen statt. Die Geschichte vom angeblichen Notstand wird dabei immer und immer wieder erzählt. Das erzeugt Handlungsdruck und führt dazu, dass Menschen glauben, das Richtige zu tun, wenn sie Geflüchtete oder Unterkünfte angreifen. Der Rechtsterrorismusforscher Daniel Köhler bezeichnet das Phänomen als „Schwarmterrorismus“ und meint damit auch, dass eine Stimmung geschaffen wird, die Menschen, die bisher nicht zum gewaltbereiten rechtsextremen Spektrum gezählt wurden, zu Täter*innen werden: „Das Umfeld ist essentiell für die Karrieren von Rechtsterroristen. Zum einen sind das Durchlauferhitzer und zum anderen große heterogene Gruppen, in denen man sich unter Gleichgesinnten bewegt, wo viele sagen: ‚Man müsste doch mal …‘, ‚Die haben doch recht‘, ‚Merkel an den Galgen‘. Gewalt wird legitimiert, man wird auch als Täter legitimiert und man kann sich sagen: ‚Ich tue nur das, was die Mehrheit der Deutschen möchte.‘ Dann gibt es die Menschen aus der Mitte der Gesellschaft, bei denen Angst und Panik geschürt wird – grundlegende Triebmittel der Gewalt. Wenn es gelingt, Menschen glauben zu machen, dass Demokraten im Rahmen einer langfristigen Strategie den eigenen Wohlstand, die Familie, die Sicherheit bedrohen, kann es passieren, dass man-

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

che sich als Kurzschlussreaktion zu massiver Gewalt überreden lassen und radikalisiert werden."[24]

Rechts-alternative Akteur*innen schaffen mit ihrer Sprache einen permanenten Ausnahmezustand, der über alle möglichen Kanäle verbreitet wird. Gewalt wird dabei – in den meisten Fällen – nicht offen befürwortet. Der Druck ist aber der gleiche. Wie die Unterstützer*innen damit umgehen, bleibt ihnen selbst überlassen.

Flüchtlingsfeindliche Gewalt ist ein Problem, dass offenbar kaum unter Kontrolle zu bringen ist, das zeigen immer wieder Zahlen. Diese Gewalt ist ein Symptom von Rassismus, der sich ganz alltäglich und permanent für Betroffene zeigt. Solange die Mehrheitsgesellschaft diesen ganz „normalen" Rassismus nicht erkennt und immer wieder aufs Neue überrascht reagiert, wenn Menschen darüber berichten oder Übergriffe es doch in die Medien schaffen, wird sich nichts ändern. Dazu kommt ein Handlungsdruck, der Teil einer größeren Strategie ist. Rechts-alternative Akteur*innen verbreiten gezielt mit massiver Publikationsmacht Falschinformationen und Verschwörungserzählungen, mit denen Ressentiments geschürt werden. Immer ist es fünf vor zwölf und Gegenwehr tut not. Diese Erzählungen treffen bestenfalls auf Überraschung und schlimmstenfalls auf ohnehin schon rassistische Positionen, die schlussendlich toleriert werden. Davon fühlen sich Täter*innen gerechtfertigt und treten in Aktion.

Literatur

Hasters, Alice (2020): Was weiße Menschen nicht über Rassismus hören wollen aber wissen sollten. München.

Goetz, Judith/Sedlacek, Joseph Maria/Winkler, Alexander (Hrsg.) (2018): Untergangster des Abendlandes: Ideologie und Rezeption der rechtsextremen „Identitären". Hamburg.

24 Siehe: Daniel Köhler, Viel „rechte Gewalt" ist eigentlich Rechtsterrorismus, in: *belltower news* vom 26. April 2017 (https://www.belltower.news/daniel-koehler-viel-rechte-gewalt-ist-eigentlich-rechtsterrorismus-43648).

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Die merkwürdige Liebe der Rechten zu Israel

Alan Posener

Die merkwürdige Liebe vieler Rechter zu Israel bestätigt viele Linke in ihrem Antizionismus.[1] Doch sowohl dieser Antizionismus als auch der Prozionismus der Neuen Rechten beruhen auf einem Missverständnis. Um es vorsichtig auszudrücken.

Die NPD ist irritiert. Seit ihrer Gründung polemisiert sie – in der Tradition der europäischen Rechten – gegen Israel. Der frühere Parteivorsitzende und jetzige Europa-Abgeordnete der NPD Udo Voigt tritt dafür ein, Israel als „Terrorstaat" zu bezeichnen.[2] Inzwischen jedoch muss die Partei feststellen, dass „die europäische Rechte auf Pro-Israel-Kurs" ist.[3]

„Besonders bestürzend" für die deutschen Ultrarechten ist, dass die österreichische FPÖ, bislang zuverlässig antisemitisch und antiisraelisch, nun „die Loyalität Israel gegenüber jetzt sogar zu ihrer neuen Parteidoktrin" mache. Doch „stehen die Freiheitlichen mit dieser Neuausrichtung nicht allein da, sondern offenbar mit kräftigem Rückenwind aus Tel Aviv", so die NPD, die in typischer Antisemiten-Manier sich einen Wandel der Gesinnungen nur erklären kann als Ergebnis einer „Israel-Connection", bei der vermutlich auch eine Menge Geld fließt.

Wie viel Verlass ist aber auf jenen „Pro-Israel-Kurs" der Neuen Rechten? In der WELT habe ich mich dieses Themas angenommen.[4] Zu Recht hat ein Kommentator aber gemeint, dass meine Analyse unvollständig sei. Das ging auch in der Kürze nicht anders. Ich kenne den betreffenden Kom-

---

1 Dieser Artikel erschien zum ersten Mal auf dem Blog „starke meinungen". Alan Posener hat dem Nachdruck des Beitrags in diesem Band freundlicherweise zugestimmt.

2 Siehe: Karl Richter, „Terrorstaat Israel". 60 MdEPs wollen die Hisbollah stigmatisieren – warum Udo Voigt dagegen ist, 28. Februar 2018. (Online: https://npd.de/2018/02/terrorstaat-israel, abgerufen am 20. Februar 2020).

3 Siehe: NPD Netzredaktion: Europäische „Rechte" auf Pro-Israel-Kurs? 20 Dezember 2014. (Online: https://npd.de/2014/12/europaeische-rechte-auf-pro-israel-kurs, abgerufen am 20. Februar 2020).

4 Alan Posener, Israel kann es sich nicht leisten, moralisch penibel zu sein, in: *Die Welt* vom 6. Januar 2019. (Online: https://www.welt.de/debatte/kommentare/plus186597810/Netanjahu-und-die-Populisten-Israel-kann-sich-moralischen-Hochmut-nicht-leisten.html, abgerufen am 20. Februar 2020).

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

mentator „Frank N." nicht; ich weiß nicht, ob er von „links" oder „rechts" die Israel-Liebe der Neuen Rechten analysiert; aber er gibt, wie ich meine, die Haltung dieser Leute gut wieder, deshalb lohnt sich die Auseinandersetzung mit seinem Beitrag. Hier ist er in voller Länge:

„Lieber Alan Posener, es ist natürlich schwer verständlich und verdaulich, dass die neue Rechte plötzlich aller Orten ihre Liebe zu Israel entdeckt hat, aber das muss mit etwas mehr Tiefenschärfe analysiert werden. A) Die neue Rechte beneidet Israel um seine Identitätspolitik. Feiertage, Heiratspolitik, Einbürgerung, das geht in Israel nur für Juden und das zu sein oder zu werden gar ist nicht einfach. Fragen Sie mal die philippinischen Hilfskräfte… oder Araber, die Palästinenser heiraten wollen. Klar ist Israel offen für Schwule, Künstler, technische Elite als Gast. Und hat ne tolle Party Szene Aber Einbürgerung? Nein. B) Identitätspolitik auch im Baustil. Warum sehen alle Häuser in Jerusalem und den Siedlungen gleich aus. Jerusalem Stein, Sicherheitsraum. Auch davon träumt der neue und alte Rechte. Es baut nämlich Wiedererkennbarkeit, Heimat. C) die neue Rechte hat wiederentdeckt einen Gedanken, der sowohl Hitler wie Herzl eigen war: die Entmischung. Der eine mit Gewalt, der andere mit Worten. Natürlich. Aber beide lehnen die liberale Idee des österreichischen Vielvölker Gemisches ab. D) die Virilität der israelischen Gesellschaft mit Uniform en und Waffen in jeder Ecke, Militär Dienst und der sagenhaften Coolness der Soldaten sind ein Traum. All das macht Israel attraktiv für eine neue Rechte, die ja auch nicht mehr Russland erobern will, sondern nur gefestigt sein und gegen Fremde im eigenen Land kämpft… Das nur zum Verständnis. Ich unterstütze es nicht wirklich, kann's aber nachfühlen."

Israel und die Identitätspolitik

Richtig: „Die neue Rechte beneidet Israel um seine Identitätspolitik." Ich sehe darüber hinweg, dass es auch in Deutschland in erster Linie christliche Feiertage sind, die gefeiert werden (Weihnachten, Ostern, Christi und Mariä Himmelfahrt, Pfingsten, Reformationstag usw.). Auch darüber, dass man – wie ich am eigenen Leib erfahren habe – so leicht nun auch nicht Deutscher werden kann (bestimmt nicht als „philippinische Hilfskraft",

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

aber auch nicht ohne weiteres per Heirat).[5] Dafür wurden Hunderttausende Russlanddeutsche, über die der Volksmund spottete, manche hätten allenfalls einen deutschen Schäferhund in der Familie, nach Artikel 116 GG als „Volkszugehörige" in der Bundesrepublik aufgenommen, mit allen Rechten deutscher Staatsbürger, die immer schon hier lebten.

Was übrigens die Architektur angeht: In Jerusalem „sehen alle Häuser gleich aus" (stimmt nicht, aber egal), weil die Briten – nicht die Israelis! – als Mandatsmacht bestimmt haben, Neubauten müssten wenigstens mit Jerusalem-Stein verkleidet werden. Die Verordnung richtete sich vor allem gegen Juden, die gern moderne Bauten wie in Tel Aviv errichtet hätten. Dass die Verordnung übernommen wurde, ist weise, dient aber der Erhaltung der Identität Jerusalems (einer seit jeher multikulturellen, multiethnischen und multireligiösen Stadt), nicht der Behauptung jüdischer Identität. Man gehe nur nach Tel Aviv (oder nach Haifa oder Beer Sheva oder Eilat), und schon ist man mit einer Vielfalt von Architekturstilen konfrontiert, die man lieben oder hassen kann, die aber mit „Identität" schon gar nichts zu tun haben.

Dass alle Häuser in Israel einen Schutzraum haben müssen, in dem man einen Angriff mit Massenvernichtungswaffen überleben kann, ist Ergebnis einer Bedrohungslage – dass die Rechte „davon träumt", glaube ich allerdings nicht.

Identitätspolitik ist in Israel etwas anderes als in Deutschland

Akzeptieren wir dennoch der Argumentation halber, dass Israel seine Identität als „Heimstätte des jüdischen Volkes" stärker betont als Deutschland seine Identität als Heimat der Deutschen. (Obwohl wir mittlerweile sogar einen Minister für Heimat haben.)

Was Linken suspekt und Rechten vorbildlich erscheint, ist aber nicht Wesen des Staates Israel, sondern – wie die Schutzräume in den Häusern – Ergebnis einer besonderen Bedrohungslage und -geschichte. Nehmen wir an, es gäbe über 90 Millionen Juden (so viele Deutsche gibt es etwa), und nicht höchstens 15 Millionen (so viele Juden gibt es weltweit). Nehmen wir weiter an, diese Juden lebten fast alle in zwei Staaten (wie die Deutschen in der Bundesrepublik und in Österreich) und nicht zur Hälfte in

5 Siehe dazu: Gewisse Gesinnung, in: *Der Spiegel* 1946/1977, 7. November 1977 (Online: https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-40736372.html, abgerufen am 20. Februar 2020).

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

der Diaspora, wie es bei Juden der Fall ist. Nehmen wir an, die Juden hätten dort seit fast zwei Jahrtausenden gelebt, ohne dass ihnen jemand diesen Lebensraum streitig gemacht hätte, dass die beiden jüdischen Staaten von Freunden umgeben wären, statt von Feinden und unsicheren Verbündeten, und dass sie eine arabische Bevölkerung von etwa fünf bis sechs Prozent hätten statt wie Israel von fast 20 Prozent. Nehmen wir schließlich an, dass noch niemand versucht hätte, die Juden auszurotten (was ja auch bei 90 Millionen ziemlich unmöglich wäre): Glaubt irgendjemand, dieser jüdische Staat wäre so bedacht auf die Wahrung jüdischer Identität, wie es der gegenwärtige jüdische Staat Israel ist? Natürlich nicht. Wer gern Israels vermutete Identitätspolitik übernehmen will, darf gern Israels Bedrohungslage und Vergangenheit mit übernehmen; nein, muss das. Ansonsten ist der Vergleich schlicht absurd.

Hitler und Herzl

Was nun den Gedanken der „Entmischung" angeht: Hitler und Herzl gleichermaßen als Befürworter der „Entmischung" und Gegner des k.-u.-k. Vielvölkerstaats hinzustellen, heißt das Wesentliche an ihnen zu verschweigen und dadurch nicht nur absurd, sondern obszön zu werden.

Theodor Herzl erkannte am Beispiel des Dreyfus-Prozesses, dass auch ein moderner, westeuropäischer weitgehend demokratischer, Staat wie Frankreich anfällig war für den Antisemitismus. Er zog daraus die Konsequenz, dass die Juden den Traum der Assimilation aufgeben müssten und erst dann den Respekt der anderen Nationen erringen würden, wenn sie sich selbst als Volk und Nation konstituieren würden. Er war, wenn man so will, Nationalist in der Tradition des 19. Jahrhunderts, aber sein Ansatz war friedlich, humanistisch und utopisch – in seinem Roman „Altneuland" ist der Judenstaat eigentlich nur eine Art Genossenschaftsdachverband, ohne Streitkräfte und ohne Probleme mit den Arabern.

Adolf Hitler hingegen war ein Antisemit und Imperialist, für den der Nationalstaat nichts galt. Die Polen, Tschechen, Serben, Russen usw. hätten keinen Anspruch darauf, die Deutschen aber müssten ein weltbeherrschendes Imperium gründen. Herzl und Hitler sind Gegensätze. Im Übrigen dürfte man kaum einen Staat auf dieser Erde finden, wo es mehr „Vermischung" gibt als in Israel: osteuropäische und westeuropäische, irakische, iranische, nordafrikanische und äthiopische Juden; christliche und muslimische Araber; dazu Beduinen, Drusen, Tscherkessen, Armenier und viele andere mehr. Säkulare Zionisten und religiöse Zionistenhasser, orthodoxe und liberale Religiöse, linke und rechte Säkulare und so weiter

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

und so fort. Nicht umsonst habe ich geschrieben, Israel sei für jeden Identitären ein Albtraum – und müsste für die Linke, die sich Vielfalt auf die Fahne geschrieben hat, ein Vorbild sein. Freilich hat sich die Linke, wenn es um die „dritte Welt" geht, in ihrer Mehrheit einer rechten Ideologie verschrieben, die – wie die NPD – illiberale „Identität" und antiwestlichen „Antiimperialismus" feiert und Israel als westlichen „Kolonialstaat" betrachtet, der die Araber unterdrückt.

Was schließlich die „Virilität" der israelischen Gesellschaft angeht: Soldaten (und Soldatinnen) an jeder Ecke mögen der feuchte Traum eines Rechten sein; doch auch hier gilt: Die Soldaten können die Rechten gern mitsamt der Bedrohung haben, die die Rechten zwar gern herbei halluzinieren – Stichwort „Islamisierung" –, an die sie jedoch in Wirklichkeit selbst nicht glauben. Wie man in Israel witzelt: „Wenn uns schon die Engländer ein Land schenken wollten, das ihnen nicht gehörte, warum nicht gleich die Schweiz?" Oder wenigstens Schleswig-Holstein. Wäre Israel nach 1945 von den Briten dort etabliert worden – was wollen wir wetten: Die NPD müsste sich nicht sorgen wegen der pro-israelischen Wende der europäischen, zumal der deutschen Rechten.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

4.
Sozialdemokraten, Linke, Linksradikalismus, Linksterrorismus, Antisemitismus

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

„Beziehungsstatus: Es ist kompliziert“: Die deutsche Linke und Israel

Martin Kloke

Als im Dezember 2018 eine deutsche Tageszeitung eine doppelseitige Reportage über den linksextremistischen „Jugendwiderstand“ und seine „Hintermänner“ veröffentlichte (Friedrich/Werkener 2018), wurde erstmals eine breitere Öffentlichkeit auf diese ebenso stalinistisch und maoistisch wie antisemitisch ausgerichtete Gruppierung aufmerksam. Von 2015 bis Anfang 2019 überzogen ihre Aktivisten im Schutz der Anonymität Anhänger*innen israelfreundlicher linker und feministischer Strömungen mit verbaler und physischer Gewalt. In seiner Agitation gegen den angeblichen „Schuldkult“ des etablierten Holocaust-Gedenkens weist der „Jugendwiderstand“ gemeinsame Schnittmengen mit rechtsextremen Ideologemen auf. Seine Anhänger, überwiegend weiße junge Männer mit brandenburgischem Migrationshintergrund, treten im Berliner Stadtbezirk Neukölln wie eine „Kiezpolizei“ auf und versuchen, öffentliche Räume (nicht nur in den sozialen Medien) für ihre kruden Ideen zu besetzen. Unter anderem wurde eine in Neukölln lebende Jüdin in einem Supermarkt von durchweg männlichen „Jugendwiderständlern“ angepöbelt und bis zum Parkplatz verfolgt, weil sie eine Kette mit einem Davidstern trug. Aktivisten haben zwischenzeitlich ganze Straßenzüge mit Graffitis markiert, z. B. „9 mm für Zionisten“ und „Tod dem Imperialismus“ (ebd.).

Der „Jugendwiderstand“ sympathisiert und kooperiert mit den palästinensischen Terrororganisationen Hamas und PFLP[1] sowie mit der schiitisch-libanesischen Hisbollah. Als „Mitglieder“ der verschworenen Truppe sind nach Angaben des Berliner Verfassungsschutzes allenfalls 15 bis 20 Personen auszumachen, die in linksextremen Milieus „weitgehend isoliert“ seien (Verfassungsschutz Berlin 2017, 193 ff.). Gleichwohl verfügt der „Jugendwiderstand“ über ein „dreistelliges Mobilisierungspotential“ (Peter 2018) und hat sich aufgrund des Fahndungsdrucks inzwischen offiziell

1 Abkürzung für „Popular Front for the Liberation of Palestine“. Sowohl die islamistischen Organisationen Hamas und Hisbollah (bei Letzterer zumindest der militärische Flügel) als auch die säkulare PFLP werden international gemeinhin als Terrororganisationen eingestuft.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

aufgelöst. Kann angesichts des beruhigenden Befundes amtlicher Staatsschützer für unser Thema Entwarnung gegeben werden? Lässt sich der linke Antisemitismus auf terrorismus-affine Randgruppen beschränken, deren vorläufig jüngste Splittergruppe der „Jugendwiderstand" repräsentiert? Muss gar dem Schriftsteller Gerhard Zwerenz posthum intellektueller Tribut gezollt werden, weil er einst die Existenz eines linken Antisemitismus in Abrede stellte? (Zwerenz 1976)

Wer die schwierige Beziehungsgeschichte und das über weite Strecken gestörte, aber auch gesellschaftlich-kulturell wirkmächtige Verhältnis der deutschen Linken zum Staat Israel aufmerksam Revue passieren lässt, lässt sich mit derlei Beteuerungen kaum zufriedenstellen. „Sagen, was ist!" – Dieses trotzige Motto eines krisengeschüttelten Nachrichtenmagazins kann auch für die Analyse linker Israel-Wahrnehmungen und -Aktivitäten heilsam sein. Im Kontext der post-nationalsozialistischen Wirklichkeit, in der vor allem mithilfe der USA die beste aller bisherigen Staatsformen in der deutschen Geschichte auf den Weg gebracht werden konnte, ist der schonungslose Blick auf „linke" Gemütslagen nicht nur Chronistenpflicht, sondern auch ein Beitrag zur zivilgesellschaftlichen (Selbst-)Aufklärung.

Israel kritisieren – ein Tabu?

Wie ein Mantra wird immer wieder die unschuldig klingende Frage ventiliert: „Dürfen wir – zumal als (linke) Deutsche – Israel kritisieren?" Die Frage ist bezeichnend, denn sie setzt die Vorstellung eines fremdbestimmten Kritiktabus voraus. Eine „mächtige Israellobby", so heißt es gelegentlich, stelle jegliche Kritik an Israel unter einen antisemitischen Generalverdacht.

Natürlich darf jeder Staat der Welt kritisiert werden, auch der jüdische Staat. Ein unvoreingenommener Blick auf Israel und seine Medienlandschaft zeigt, wie kritisch und selbstkritisch die multikulturelle israelische Gesellschaft aufgestellt ist, wie sehr Israelis die kontroverse Debatte lieben: über eigene Freuden, Schmerzen, Selbstzweifel, Sorgen und Sünden. Israelische Medien spiegeln diesen Binnenpluralismus in einer Breite und Emotionalität, die den Vergleich mit anderen demokratischen Ländern nicht zu scheuen brauchen.

Tatsächlich gab es in Deutschland noch nie ein „Tabu", Israel und die israelische Regierung zu kritisieren, wie ein Blick auf *ZEIT*-Kommentare

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Ende der 1940er Jahre (Dönhoff 1948)[2] oder *SPIEGEL*-Kolumnen zwischen den 1970er und 1990er Jahren (beispielhaft Augstein 1990)[3] zeigen. In einem „Gedicht“ äußerte der Schriftsteller Günter Grass die Befürchtung, Israel könne „das iranische Volk auslöschen“; der jüdische Staat gefährde „den ohnehin brüchigen Weltfrieden“ (Grass 2012). Das Phantasma jüdischer Allmacht blitzt auch in Artikeln des Verlegersohns Jakob Augstein auf: „[…] wenn Jerusalem anruft, beugt sich Berlin dessen Willen. [...] die Regierung Netanjahu [führt] die ganze Welt am Gängelband […]“ (Augstein 2012a und 2012b).

Viele selbsternannte „Israelkritiker“ interessieren sich nicht für das empirische Israel, sondern für einen jüdischen Staat, den sie zur Projektionsfläche ihrer Obsessionen instrumentalisieren. So war allen Ernstes in der *Süddeutschen Zeitung* zu lesen, es gebe „Zehntausende Israelis, die vor der Politik des israelischen Premierministers nach Deutschland geflohen“ seien (Schmitz 2014).[4] Noch ärger wird es, wenn ein Karikaturist derselben Zeitung den israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu im Zusammenhang mit dem israelischen Sieg beim Eurovisions-Wettbewerb mit antisemitischen Überzeichnungen porträtiert: einerseits als sehr aggressiv und andererseits als verweiblicht.[5] Die doppeldeutige Bildsprache ist typisch für das antisemitische Weltbild, das „den Juden“ riesige Macht und zugleich Machtlosigkeit attestiert.

---

2 „Man kann nur hoffen, dass der Schock, den der Tod des Grafen Bernadotte für die verantwortlichen Männer der Regierung Israels bedeutet, sie, für einen Moment wenigstens, innehalten und bestürzt erkennen lässt, wie weit sie auf jenem Wege bereits gelangt sind, der erst vor kurzem ein anderes Volk ins Verhängnis geführt hat.“ (Völkischer Ordensstaat Israel, in: *DIE ZEIT*, 23.9.1948).

3 Auch Augstein rückte die Israelis in die Nähe der Nazis: „Es dürfen sich nun nicht dieselben Leute, die uns und denen, die nach uns kommen, die Erinnerung an die Rampe von Auschwitz für immer ins Gedächtnis brennen wollen [...], den Palästinensern gegenüber als ‚Herrenmenschen’ aufführen.“ (Ist Israel noch zu retten?, in: *DER SPIEGEL*, Nr. 42, 15.10.1990).

4 Tatsächlich gehen in Deutschland jährlich zwischen 20 und 30 „Asylanträge“ israelischer Staatsbürger ein, von denen bislang kein einziger positiv beschieden worden ist.

5 Vgl. die Zeichnung von Dieter Hanitzsch in der *SZ*, 15.5.2018, Rubrik „Meinung“.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Martin Kloke

Fake News dekonstruieren: Zerrbilder über Israel

Ein Grundproblem vieler nicht nur linker Menschen sind krude Wahrnehmungsstörungen: Gilt den einen das Land zwischen Jordan und Mittelmeer als Musterstaat in einer nahöstlichen Chaosregion, sehen die anderen in Israel einen Paria. Für die einen ist das jüdische Gemeinwesen die einzige Demokratie im Nahen Osten, für die anderen ein kolonialistischer Aggressor. Eine internationale Boykottbewegung, die in Teilen der Linken Anklang findet, will den zionistischen Staat in die Knie zwingen. Seit Jahrzehnten richtet sich fast die Hälfte aller länderspezifischen Resolutionen der UN-Vollversammlung gegen Israel – aus dem einstigen Außenseitervolk scheint ein Außenseiterstaat geworden zu sein. Während Bundeskanzlerin Angela Merkel die Sicherheit Israels als einen Teil der deutschen „Staatsräson" begreift, ist es unter postmodernen Intellektuellen schick geworden, einem nostalgisch verklärten antizionistischen „Diasporismus" zu frönen. So gegensätzlich sich diese Deutungen lesen, sie haben eines gemeinsam: Israel wird nirgendwo als ein normales Gemeinwesen betrachtet, das trotz aller Gefährdungen einen prosperierenden demokratischen Staat hervorgebracht hat – und dies in einer von Umbrüchen, aber auch von Despoten beherrschten Region. Als UNO-Mitglied, das seine staatliche Existenz u. a. einem Beschluss der Völkergemeinschaft verdankt, sollten an Israel dieselben Beurteilungsmaßstäbe angelegt werden wie an andere Länder.

In der israelischen Gesellschaft bis hinein in Regierungskreise werden immer wieder Stimmen laut, die die Gründung eines palästinensischen Staats im Westjordanland und Gazastreifen als unvereinbar mit ihren kollektiven Sicherheitsinteressen ablehnen. Zuviel Verstörendes ist passiert: ein gescheiterter Friedensprozess in den 1990er Jahren trotz der Teilrückzüge Israels, der komplette Rückzug aus dem Gazastreifen 2005, ohne dass dadurch ein politischer Prozess in Gang gekommen wäre. Ministerpräsident Benjamin Netanjahu erkannte in seiner berühmten Bar Ilan-Rede von 2009 die Zweistaaten-Regelung auch für das nationalkonservative Spektrum Israels als Zielvorstellung einer Friedensregelung an; 2010 verhängte er einen auf zehn Monate befristeten Siedlungsstopp. Diese und andere Schritte waren als Signale des guten Willens an die Adresse der Palästinenser gerichtet, um in direkte Verhandlungen über eine historische Beilegung des Konflikts einzutreten. Während sich die gespaltene palästinensische Gesellschaft und ihre legitimitätsarmen Führungen davon völlig unbeeindruckt zeigten, bewegt sich die politische und gesellschaftliche Mehrheit Israels immer mehr in Richtung einer Abkehr von der Zweistaatenlösung, einhergehend mit dem Ausbau und der Neugründung von Siedlun-

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

gen im Westjordanland und ersten Annexionsankündigungen. Sollte sich dieser Trend fortsetzen, dürfte sich Israel in einen Staat verwandeln, der „Jüdischkeit“ zulasten seiner demokratischen Fundamente durchsetzt.

Auf palästinensischer Seite – nicht nur im Gazastreifen, auch in der Westbank – sind jene kompromissbereiten Stimmen, die Israels Besatzungs- und Siedlungspolitik auf dem Verhandlungsweg durch eine Zweistaatenlösung beenden möchten, rar geworden: Außerhalb englischsprachiger Pressetermine für die internationale Medienwelt entspannen sich tagtäglich ganz andere Diskurse. In TV-Programmen, regierungsnahen Zeitungen und in Schulbüchern palästinensischer Bildungseinrichtungen wird der Hass auf Israel geschürt. Nicht nur unter Anhängern der islamistischen Hamas, sondern auch unter den Gefolgsleuten der vermeintlich gemäßigt-säkularen Fatah in den palästinensischen Autonomiegebieten zirkuliert bis heute ein radikaler Antisemitismus, der jeden Kompromiss mit Israel als „Verrat“ denunziert. So spricht einiges dafür, dass der Kern des Nahostkonflikts nach wie vor in der kaum verhüllten palästinensischen Weigerung besteht, Israels Existenz als jüdisch geprägten demokratischen Staat zu akzeptieren (Kloke 2018: 40-43).

Das antisemitische Ressentiment: tabuisiert und doch existent

„Linker Antisemitismus ist unmöglich!“ Auf diese Formel brachte 1976 der Schriftsteller Gerhard Zwerenz eine in linken Milieus gelegentlich bis heute zirkulierende Selbstwahrnehmung (Zwerenz 1976). Nach dem schockierenden Zivilisationsbruch von Auschwitz schien Judenhass generell tabu geworden zu sein. Selbst Vorurteilsforscher und politisch engagierte Aktivisten glaubten jahrelang, der Antisemitismus beschränke sich auf „ewig Gestrige“ im kleinen rechtsradikalen Spektrum.

Doch der Hass auf „die Juden“ ist das älteste Ressentiment der Geschichte; es reicht tiefer als ein bloßes Vorurteil und macht vor keiner sozialen Gruppe Halt. Jahrhundertelang war der Judenhass ein integrales Merkmal der europäischen Kultur. Sogar renommierte Aufklärer des 18. Jahrhunderts (z. B. Voltaire, Immanuel Kant) oder führende Vertreter der Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts (z. B. Karl Marx) waren nicht frei von judenfeindlichen Gefühlen. Einerseits zeigten sich Anhänger der Linksparteien sowohl in der Kaiserzeit als auch in der Weimarer Republik deutlich weniger für antisemitische Ressentiments anfällig als die Vertreter konservativer und deutsch-nationaler Milieus; andererseits machten auch linke Exponenten immer wieder Konzessionen an einen antijüdischen Zeitgeist (Kloke 1990/1994^2: 22-51).

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

In seiner primitiv-rassistischen Form war der Antisemitismus seit 1945 jahrzehntelang ein Tabu. Andererseits waren die trüben Quellen des jahrhundertealten Hasses zumindest latent stets da: Neid, Verachtung, allerlei Projektionen über angeblichen jüdischen Einfluss, über Lobbyismus und Verschwörung. Das antisemitische Ressentiment war niemals verschwunden – allerdings hat es neue Ausdrucksformen angenommen und bedient sich wechselhafter Rationalisierungen. Mithilfe digitalisierter Kommunikationsformen entfalten Antisemiten aller Couleur inzwischen wieder eine hemmungslose Wut gegen alles, was sie als „jüdisch", „kosmopolitisch", „zionistisch" oder „globalistisch" markieren. So bildet Antisemitismus bis heute ein stabiles, alle gesellschaftlichen Milieus erfassendes Syndrom. Wer bei Antisemitismus ausschließlich an den Nationalsozialismus und den Massenmord an den Juden denkt, wird die Spezifika des israelbezogenen Antisemitismus nicht wahrnehmen können. Auch linke Antisemiten suchen ihre judenfeindlichen Ressentiments, die nicht selten einer diffusen Verantwortungsabwehr für die Folgen der NS-Verbrechen geschuldet sind, zu camouflieren: Infolge der Staatsgründung Israels spielen sie auf einer antiisraelischen bzw. antizionistischen Klaviatur – nicht trotz, sondern wegen Auschwitz.

Wenn linke „Kritik" in Antisemitismus umschlägt: ein Rückblick

Die deutsche Nachkriegslinke begriff die jüdisch-zionistische Staatsgründung – drei Jahre nach dem Ende des deutschen Vernichtungsantisemitismus – als einen überfälligen Akt der „Wiedergutmachung". Noch Mitte der 1960er Jahre hatte die große Mehrheit der westdeutschen Linken mit Israel sympathisiert, seine freiheitlich-sozialistischen Strukturen mit z. T. stereotyper Bewunderung begleitet (Kloke 1990/1994[2]: 70-99).

Doch seit Ende der 1960er Jahre arbeitet sich ein links getönter Antizionismus am Staat Israel ab. Die Tatsache, dass der jüdische Staat im Sechstagekrieg 1967 nicht untergegangen war, sondern sich wehrhaft behauptet hatte – dieser „Sündenfall" war im Weltbild der neuen studentisch geprägten Linken nicht vorgesehen: Während vormals judäophobe bürgerlich-konservative Kreise nunmehr ausgeprägte Israel-Sympathien zeigten, wechselten weite Teile der radikalen Linken die Fronten. Binnen weniger Wochen nahmen sie den jüdischen Staat nur noch als „zionistisches Staatsgebilde" wahr, als „Brückenkopf des US-Imperialismus". Hinter der Kritik am angeblich „aggressiven" Präventivschlag verbargen sich zunehmend Zweifel am Existenzrecht Israels. An die Spitze des antizionistischen Paradigmenwechsels setzte sich die Elite der damaligen APO – insbesondere

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Aktivisten des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes. 1969 hatten sich die israelkritischen Tendenzen in der Neuen Linken zu einem Antizionismus radikalisiert, der alle Anzeichen eines ideologisch geschlossenen Weltbildes aufwies. Dieser Antizionismus avancierte zum Mittel und Gegenstand umfassender Welterklärung (ebd.: 111-132 und Kloke 2007b; Herf 2019). Diese antisemitisch grundierte Israel-Feindschaft, notdürftig kaschiert durch „antiimperialistische“ Phrasen, trägt in ihrer Verbindung aus Weltanschauung und Affekt bis heute Züge einer Obsession.

Die sogenannte Neue Linke hat Ende der 1960er Jahre antizionistische Befindlichkeiten hoffähig gemacht und unter dem Eindruck der riesigen historischen Hypotheken ihrer Väter und Mütter israelfeindliche Ressentiments ins Zentrum umfassender Welterklärungsmodelle gestellt. In dieser Zeit wurden die Aufrechnung und Gleichsetzung der NS-Verbrechen mit der Politik Israels populär. Das berüchtigte Bekennerschreiben der linksradikalen Tupamaros Westberlin enthielt schon 1969 ein exkulpierendes Gedankenkonstrukt, das sich bis in die Gegenwart wie ein roter Faden durch die Legitimationsstrategien antizionistischer Akteure zieht: „Aus den vom Faschismus vertriebenen Juden sind selbst Faschisten geworden, die in Kollaboration mit dem amerikanischen Kapital das palästinensische Volk ausradieren wollen.“[6] Es waren linksdeutsche Antizionisten, die ausgerechnet am 9. November 1969 einen antijüdischen Anschlag organisierten – während einer Gedenkfeier zum 29. Jahrestag des NS-Novemberpogroms. Die Bombe im jüdischen Gemeindehaus West-Berlins zündete wegen einer Fehlfunktion nicht (Kloke 1990/1994²: 163-169; Kraushaar 2005).

Zum politischen Erbe des SDS und der 1968er gehörte im sogenannten „Roten Jahrzehnt“ der 1970er Jahre auch die Herausbildung zahlloser Palästinakomitees – sie machten das antizionistische Vermächtnis der Studentenbewegung zu ihrem Hauptanliegen. Universitätsstädte wurden zu Zentren deutscher „Palästina-Solidarität“; dort machten sich Anhänger des neulinken Spektrums zum Sprachrohr radikaler Palästinenser. Unwidersprochen verbreiteten sie auch antisemitisches Gedankengut. Das Bonner Palästinakomitee suggerierte in seinen Statuten die ominöse Existenz eines „jüdischen Kapitals“; andere agitierten gegen „US- Imperialismus und Weltzionismus“; die Leitung des Kommunistischen Bundes rief auf zum Kampf gegen den „internationalen Zionismus“ – eine nicht erst heute irritierend klingende Wortwahl (Kloke 1990/1994²: 124-176).

6 Vgl. Schwarze Ratten TW: Schalom + Napalm, in: *Agit 883*, West-Berlin, Nr. 40, 13.11.1969, S. 9.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Weite Teile der 1968er sind in den späten 1970er Jahren mit der grünalternativen Bewegung verschmolzen und haben sich in diesem Prozess allmählich von antizionistischen Glaubenssätzen verabschiedet. Dennoch: Als die israelische Armee im Sommer 1982 in den Libanon einmarschierte, wurde Israel in seltener Einmütigkeit des „Völkermords" an den Palästinensern bezichtigt. Linksalternative Publizisten erlagen der Faszination begrifflicher Tabubrüche; triumphierend witterten sie die Gelegenheit, Antifaschismus und Antisemitismus miteinander zu versöhnen. In einer historisch-psychologischen Entlastungsoffensive bezeichneten vor allem linke Akteure die Palästinenser als die „neuen Juden" und setzten die israelischen Invasoren mit den Nazis gleich. Die gezielte Vermischung historischer Ebenen gipfelte im Vorwurf des „umgekehrte[n] Holocaust[s]" und einer „Endlösung der Palästinenserfrage" (ebd.: 220-232).

Seit den späten 1980er Jahren befindet sich jener Radau-Antizionismus, der die „vollständige Zerschlagung des zionistischen Staates" propagierte, auf dem Rückzug. In Teilen der Linken setzte sich damals die Einsicht durch, dass der Kampf gegen Unrecht auch monströse Züge annehmen kann; einige Linke tauschten Anfang der 1990er Jahre unter dem Eindruck des Zusammenbruchs der Sowjetunion und genereller ideologischer Auflösungserscheinungen ihren früheren Antiisraelismus gegen einen ebenso pauschalen Proisraelismus ein (Kloke 2007a). Positiv formuliert: Innerhalb der Restlinken haben sich neue politische Milieus herausgebildet, die die antizionistische Hegemonie der altvorderen Achtundsechziger kritisch infrage stellen und dabei ebenso israelfreundliche wie geschichtssensible Gegennarrative entwickeln. Im Zuge dieser tektonischen Verschiebungen gerieten zeitweise die Grünen (Kloke 1990), später auch die Linkspartei (Kloke 2014 und 2019a), an den Rand einer Spaltung, als sich rivalisierende Strömungen heftige Auseinandersetzungen über ihre Haltung zu Israel und einen israelbezogenen Antisemitismus lieferten.

Gleichwohl flammen die alten Grabenkämpfe anlassbezogen immer wieder auf, denn Teile der deutschen Linken sind bis heute von antisemitisch motivierten Ressentiments erfüllt, die sich vor allem gegen die Existenz und Politik Israels richten. Dazu zählen nicht nur marginale linksradikale Milieus, etwa rund um die „Rote Fahne", für die es bis heute keinen Staat Israel gibt, sondern nur ein „zionistisches Regime in Palästina"[7]; beunruhigender noch sind jene Stimmen, die Einfluss auf die Mitte der Ge-

7 RF: BRD-Regierung zum Rapport in Israel. Deutsche Politiker müssen beim zionistischen Regime nachsitzen. In: Rote Fahne, 24.2.2014, http://rotefahne.eu/2014/02/brd-regierung-zum-rapport-in-israel, aufgerufen am 19. Oktober 2019.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

sellschaft haben und die man daher dem Justemilieu des feinsinnigen linken Antisemitismus zurechnen kann. Die grünen-nahe Zeitschrift „israel & palästina“ brachte es 2009 eher beiläufig auf den Punkt – im Kassandrastil der self-fulfilling prophecy: „Israel wird von der Weltöffentlichkeit als ein diskriminierender Siedlerstaat und koloniales Unternehmen, das nicht ins 21. Jahrhundert passt, wahrgenommen werden“ (Jansen 2009).

Die Linkspartei

Daran zu erinnern, dass die Linkspartei ein Antisemitismus-Problem hat, ist fast schon trivial. Die Frage, wie die Nachfolgepartei der SED zu Israel steht, eskalierte um 2011 in heftigen innerparteilichen Grabenkämpfen. Antisemitische Erscheinungsformen hatten in der Linkspartei in dieser Phase vor allem einen antizionistischen Kontext – im Vordergrund standen dämonisierende, delegitimierende und Ressentiment-gesteuerte Obsessionen, die sich hinter dem Label der „Israelkritik“ camouflierten. Mit Judenhass sollte dies alles nichts zu tun haben: „Als progressive Antifaschisten haben wir nichts gegen Juden an sich!“, so artikulierten sich Protagonisten in Parteiapparat und -basis. Gemäßigtere Stimmen sahen im Antiisraelismus vor allem „Israelkritik“; Antizionismus sei „prinzipiell mehrdeutig“ und schlimmstenfalls an den Rändern der Linkspartei „anschlussfähig“ zu antizionistisch verbrämten Spielarten des Antisemitismus (Kloke 2014 und 2019a).

Inzwischen scheinen in der Linkspartei diejenigen Kräfte die Oberhand gewonnen zu haben, die sich vom antisemitisch grundierten Antizionismus des radikalsozialistischen Parteiflügels samt seinen Israel-Boykott-Aktivitäten distanzieren. Gregor Gysi, der 2008 mit seinem Versuch einer parteiweiten Abkehr vom Antizionismus auf höfliches Desinteresse gestoßen war, kann sich ein Jahrzehnt später doch noch bestätigt fühlen. Selbst die einstmals stramm antizionistische Parteijugend „Linksjugend [’solid]“ bekennt sich seit 2015 „gegen Antisemitismus in all seinen Erscheinungsformen“ und warnt vor dem israelbezogenen Antisemitismus mit seinen zahllosen Spielarten „ressentimentgeladener ‚Israelkritik‘“.[8] Im Hannoveraner Bundestagswahlprogramm 2017 bekannte sich die Linkspartei zum „Recht von Jüdinnen und Juden in Israel auf politische Selbstbestimmung […].

8 Vgl. Linksjugend [’solid]: Gegen jeden Antisemitismus. Beschluss des Bundeskongress 2015, https://www.linksjugend-solid.de/2015/09/11/gegen-jeden-antisemitismus, aufgerufen am 17. Oktober 2019.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Daher stehen wir für das Existenzrecht Israels ein. Wir stehen für eine friedliche Beilegung des Nahostkonfliktes im Rahmen einer Zwei-Staaten-Lösung. […] DIE LINKE unterstützt den Kampf gegen Antisemitismus" (Die Linke 2017: 110).

Gleichwohl wuchert der in die Defensive getriebene israelbezogene Antisemitismus in den Randmilieus der Partei wie ein Krebsgeschwür weiter. Erst Anfang 2019 wurde die Öffentlichkeit durch einen Vorfall bei der hessischen Linkspartei aufgeschreckt. Ein innerparteilicher Arbeitskreis verbreitete auf Facebook eine Karikatur, in der der jüdische Staat als blutverschmierte Sensenklinge gezeichnet wurde. Nach der Zeichnung steht Israel hinter allen wesentlichen Weltereignissen, sogar hinter den Ereignissen in Venezuela – ein Klassiker des antisemitischen Narrativs; nach 19 Stunden Kritik und Diskussion wurde der Post gelöscht (Niewendick 2019). Solange viele ihrer Anhänger und Funktionäre ihr obsessives Verhältnis zu Israel weder psychosozial-therapeutisch aufarbeiten noch historisch-politisch reflektieren, dürfte sich die Linkspartei der Wiederkehr des Verdrängten nicht so bald entledigen.

SPD

Es waren Spitzenvertreter der SPD, die in den 1950er Jahren freundschaftliche Kontakte zu Vertretern der israelischen Sozialdemokratie aufgebaut hatten – dabei waren auch Beziehungen reaktiviert worden, die noch an persönliche Verbindungen aus der Vorkriegszeit bzw. aus dem gemeinsamen Exil anknüpfen konnten. Sozialdemokraten standen 1967 vor, während und nach dem Sechstagekrieg an Israels Seite. 1973 machte Bundeskanzler Willy Brandt trotz aller diplomatischen Finessen und Provokationen keinen Hehl aus seiner Überzeugung, dass es „für uns" gegenüber Israel „keine Neutralität des Herzens und des Gewissens geben" kann. Legendär war die Israel-Verbundenheit von Johannes Rau (Kloke 1990/1994: 82-85 und 185-190).

In eine Krise gerieten die deutsch-israelischen Beziehungen, als sich der sozialdemokratische Bundeskanzler Helmut Schmidt 1981 in eine persönliche Auseinandersetzung mit Israels Ministerpräsident Menachem Begin verstricken ließ. Die wechselseitigen Entgleisungen waren auch der Tatsache geschuldet, dass der Shoah-Überlebende Begin und der ehemalige Wehrmachtsoffizier Schmidt von gegensätzlichen biografischen Erfahrungen und Herkünften geprägt waren (ebd., 192 ff.). Auch dem letzten sozialdemokratischen Kanzler Gerhard Schröder ist in seiner Regierungszeit eine merkliche Israel-Distanz nachgesagt worden; doch schlussendlich ori-

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

entierte auch er sich an der deutschen Verantwortung für die Sicherheit des jüdischen Staates: Am letzten Tag seiner Amtszeit im November 2005 unterzeichnete Schröder ein Abkommen zur Lieferung hypermoderner U-Boote an Israel (Kloke 2017).

Bemerkenswert ist, wie sich in den letzten Jahren innerhalb der SPD die israelpolitischen Konstellationen verändert haben: Während aus den Reihen der jungen Parteigeneration vermehrt antisemitismuskritische und proisraelische Töne zu hören sind,[9] verläuft die israelpolitische Performance älterer sozialdemokratischer Spitzenpolitiker verstörend pannenreich: So initiierte Andrea Nahles 2012 als SPD-Generalsekretärin einen „strategischen Dialog" mit der palästinensischen Fatah, denn die SPD verbinde mit der Fatah „gemeinsame Werte". Wer um den antiisraelischen Hass weiß, der in den Milieus der Fatah grassiert, kann sich über die Idee einer derartigen „Dialogpartnerschaft" nur wundern (ebd.).

Während einer Nahostreise 2012 brandmarkte Sigmar Gabriel als SPD-Vorsitzender die Situation in Hebron als „Apartheid-Regime". 2013 kritisierte er allerdings öffentlich den türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdoğan, nachdem dieser Zionismus und Faschismus gleichgesetzt hatte. Nach Aufhebung der Wirtschaftssanktionen gegen den Iran konnte es Gabriel 2016 hingegen kaum abwarten, als Wirtschaftsminister nach Teheran zu reisen; gleichwohl forderte er kurz vor seiner Abreise, Teheran solle das Existenzrecht Israels anerkennen – als Bedingung für eine Normalisierung der bilateralen Beziehungen. Wegen dieser Haltung endete Gabriels Besuch in Teheran mit einem Krach. Ein weiterer Eklat stellte sich im April 2017 ein, als der SPD-Politiker bei seinem Antrittsbesuch als Außenminister in Israel ausschließlich Vertreter linksgerichteter israelischer NGOs traf und Ministerpräsident Netanjahu daraufhin das geplante Gespräch absagte (ebd.).

Frank-Walter Steinmeier, der im Mai 2017 als neuer Bundespräsident seine Aufwartung im Nahen Osten machte, sollte Gabriels Scherbenhaufen kitten helfen. Die Tatsache, dass sich Steinmeier im Arafat-Mausoleum von Ramallah vor der umstrittenen Palästinenser-Ikone verbeugte, löste vielerorts Irritationen aus. Doch wer sich an Steinmeiers Rede an der Hebräischen Universität erinnert – zwei Tage vor seinem Besuch in Ramallah –, wo er „mit Hochachtung" die „Leistungen der israelischen Demokratie"

9 Vgl. beispielhaft Franziska Drohsel: Juso-Chefin kritisiert linken Antisemitismus, in: *DIE WELT* v. 19.4.2008, https://www.welt.de/debatte/article1916062/Juso-Chefin-kritisiert-linken-Antisemitismus.html; Jusos Berlin (Hrsg.), Resolution „Damals wie heute: Solidarität mit Israel", 28.3.2012, http://jusos-cw.de/2012/03/resolution-israel, aufgerufen am 19. Oktober 2019.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

gepriesen hatte, die „trotz der Bedrohungen von Krieg und Terror […] lebendig und selbstbewusst geblieben" sei,[10] mochte darauf vertrauen, dass Steinmeiers Kranzniederlegung keinen Sympathien mit Autokratie und Terror, sondern seiner diplomatischen Leidenschaft geschuldet war, noch in der aussichtslosesten Konstellation Spielräume für eine Friedensregelung ausloten zu wollen (ebd.).

Gleichwohl beklagen auch wohlmeinende Beobachter, dass Frank-Walter Steinmeiers israelpolitische Haltung in den letzten Jahren bis zur Unkenntlichkeit zerbröselt ist: Einerseits prangerte der Bundespräsident im September 2017 in einer Rede zum Gedenken an die Opfer des Olympia-Attentats in München Zeitgenossen an, „die in ihrem Hass auf den Staat Israel vor nichts zurückschrecken. Es gibt immer noch Menschen, die Antizionismus und Antisemitismus predigen und verteidigen."[11] Andererseits gratulierte Steinmeier im Februar 2019 dem iranischen Regime zum 40. Jahrestag der Islamischen Revolution in einer betont herzlichen und freundschaftlichen Diktion „auch im Namen meiner Landsleute", die das übliche Maß an diplomatischer Höflichkeit gegenüber einem israelhassenden Terrorregime weit überschritt.[12]

Auch von Martin Schulz sind irritierende Auftritte überliefert. 2014 griff der ehemalige EU-Parlamentspräsident in einer Knesset-Rede mit nicht verifizierbaren Zahlen die Behauptung eines palästinensischen Jugendlichen über die angeblich ungerechte Wasserverteilung in der Region auf, um Israel an den Pranger zu stellen. Dennoch beteuerte die israelische Zeitung *Maariv*, Schulz sei „kein Feind Israels" – er wolle, dass es blühe und gedeihe (Metz 2014).

Als sich Palästinenserpräsident Mahmud Abbas 2016 in einer Rede vor dem EU-Parlament u. a. zu der Behauptung verstieg, „bestimmte Rabbis in Israel" hätten „ihre Regierung sehr klar dazu aufgefordert, dass unser Wasser vergiftet werden sollte, um Palästinenser zu töten", twitterte Schulz, die Rede sei „inspirierend" gewesen – ohne zu bedenken, dass Abbas in sei-

10 Vgl. Frank-Walter Steinmeier, https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2017/05/170507-Hebrew-Universitaet.html, aufgerufen am 7. Oktober 2019.

11 Vgl. Frank-Walter Steinmeier: Rede zur Einweihung des Erinnerungsorts für das Olympia-Attentat 1972 am 6. September 2017 in München, https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/bulletin/rede-von-bundespraesident-dr-frank-walter-steinmeier-792254, aufgerufen am 7. Oktober 2019.

12 Vgl. Malte Lehming: Glückwünsche an den Iran. Wo Terror beginnt, endet die Etikette. In: *Der Tagespiegel online* v. 21.2.2019, https://www.tagesspiegel.de/politik/glueckwuensche-an-den-iran-wo-terror-beginnt-endet-die-etikette/24024400.html, aufgerufen am 19. Oktober 2019.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

ner Wasserpassage die antijüdische Brunnenvergiftungslegende des Mittelalters aus der Versenkung geholt hatte.

Bundesaußenminister Heiko Maas, der nach eigenen Bekundungen „nicht wegen Willy Brandt“, sondern „wegen Auschwitz in die Politik gegangen“ ist,[13] versucht in der gegenwärtigen Legislaturperiode, das ramponierte Renommee seines Ministeriums und seiner Partei aufzupolieren und die freundschaftlichen Bande mit Israel zu erneuern. Ob dieses löbliche Unterfangen nur auf der symbolischen Ebene sichtbar bleibt oder aber politische Folgen impliziert, ist allerdings fraglich. Vor allem das irritierende Abstimmungsverhalten Deutschlands bei den rituellen Verurteilungen Israels durch eine antiisraelische Phalanx in diversen UN-Gremien weckt Zweifel an der Glaubwürdigkeit israelsensibler Sonntagsreden.

Hatte Rudolf Dreßler 2005 als deutscher Botschafter in Israel noch erklärt, die „gesicherte Existenz Israels“ liege „im nationalen Interesse Deutschlands“ und sei „somit Teil unserer Staatsräson“ – und damit spätere Erklärungen von Angela Merkel (2008) und Joachim Gauck (2012) inspiriert (Dreßler 2005: 8) –, so boten SPD-Außenpolitiker Rolf Mützenich die unliebsamen Ergebnisse der israelischen Parlamentswahlen vom April 2019 einen willkommenen Anlass, die juristische Kategorie „Völkerrecht“ gegen das staats- und moralphilosophische Bekenntnis der „Staatsräson“ auszuspielen. Die aus der Shoah abgeleitete deutsche Verantwortung für Israels Existenz kündigte Mützenich damit faktisch auf: „Völkerrecht steht über der Frage der Staatsräson, und das müssen wir [gegenüber Israel, MK] sehr deutlich machen.“[14]

Auch wenn sich in den volatilen Gefühlsregungen von Sozialdemokraten gegenüber Israel Symptome einer politischen Borderline-Störung zeigen, ist die SPD als Ganzes natürlich keine antisemitische Partei; gleichwohl ist der Eindruck nicht von der Hand zu weisen, dass Teilen der Partei ihre israelpolitische Werteorientierung abhandengekommen ist.

---

13 Vgl. Heiko Maas, Steckbrief, https://web.de/magazine/politik/thema/heiko-maas, aufgerufen am 22. April 2019.

14 Vgl. Rolf Mützenich im Gespräch mit Peter Sawicki im Deutschlandfunk, 13.4.2019: Rechtsruck in Israel. „Wir müssen im Sicherheitsrat als Stimme des Völkerrechts auftreten“, https://www.deutschlandfunk.de/rechtsruck-in-israel-wir-muessen-im-sicherheitsrat-als.694.de.html?dram%3Aarticle_id=446272&fbclid=IwAR0xK7hs6upWATxK0O_nCVZ_biCJ6QxGM5L18Heydb8abAW9pwEcVRds5jY, aufgerufen am 7. Oktober 2019.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Bündnis 90/Die Grünen

Die Grünen als politische Erben der weitgehend antizionistischen 1968er und ihrer teils „undogmatischen", teils maoistischen Zerfallsprodukte haben in den ersten Jahren ihres Bestehens heftige israelpolitische Debatten ausgetragen. Im Ringen zwischen „Palästina-Solidarität" und „kritischer" Israel-Solidarität setzten sich ab den späten 1980er Jahren realpolitische Strömungen gegenüber antizionistischen „Ideologen" durch (Kloke 1990). Im Prozess der erfolgreichen Integration in die freiheitlich-demokratische Gesellschaftsordnung stellt sich gegenwärtig die Frage, ob die Grünen als bürgerrechtliche Linksliberale überhaupt noch „linke" Identitätsmerkmale aufweisen. Gleichwohl haben sich neben ausgesprochen israelsensiblen Stimmen – etwa dem langjährigen Politiker Volker Beck – an den Rändern der Partei linkstraditionalistische Kräfte behauptet, deren Israel-aversiver Impetus den Kurs der Gesamtpartei noch immer zu beeinflussen vermag. Das zeigt sich besonders in jenen Interventionen in die israelische Innenpolitik, die mit menschenrechtlichen Sorgen begründet werden. Ihre Adressaten in Jerusalem sehen allerdings im zur Schau gestellten moralischen Pathos („Gerade wir als Deutsche …") kaum etwas anderes als die Renaissance eines neudeutschen „Verantwortungsimperialismus" [beispielhafte Einzelheiten unten im Abschnitt „Linke NGOs"].

Noch irritierender sind notorische Verharmlosungen erklärter Feinde Israels – sie zirkulieren in grünen Kontexten häufiger als erwartet: 2004 verfasste Christian Sterzing in seiner Funktion als Leiter der Heinrich-Böll-Stiftung (HBS) im palästinensischen Ramallah ein offiziöses Positionspapier, in dem er sich zur These vom „fortgesetzten Mäßigungsprozess innerhalb von Hamas" verstieg.[15] 2007 glaubte die Grünen-Außenpolitikerin Kerstin Müller in der Terrororganisation Hamas Tendenzen zu erkennen, die auf eine Akzeptanz der Zweistaatenlösung hinauslaufen würden, wenn nur [endlich, MK] der „Druck auf Israel" erhöht werde,[16] sekundiert von

15 Vgl. Christian Sterzing: Politische Reform und Demokratisierung. Bemerkungen zum Stand des demokratischen Transformationsprozesses in den palästinensischen Gebieten, Ramallah, September 2004. (Privatarchiv d. Verf.).

16 Vgl. Kerstin Müller im Interview mit Deutschlandfunk Kultur, 22.2.2007: Grünen-Politikerin fordert Druck auf Israel, https://www.deutschlandfunkkultur.de/kerstin-mueller-nahost-quartett-soll.1008.de.html?dram:article_id=160941, aufgerufen am 19. Oktober 2019.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Sterzing, der der Hamas indirekte Friedenssignale bescheinigte.[17] Parallel dazu überraschte der Grünen-Außenpolitiker Jürgen Trittin mit der Einschätzung, die Hisbollah bringe sich „positiv“ in die libanesische Politik ein und solle nicht länger als Terrororganisation eingestuft werden.[18]

Es mag zurecht eingewendet werden, derartige Stimmen unter den Grünen seien nicht nur nicht repräsentativ, sondern letztlich auch folgenlos. Doch die Langzeitwirkungen solcher Beschwichtigungsformeln sind unübersehbar. So veranstaltete die HBS in Beirut Anfang Oktober 2017 ein dezidiert antiisraelisches Seminar – moderiert von einer bekennenden Hisbollah-Sympathisantin, der Journalistin Sahar Mandour. Das Einladungsplakat[19] erinnerte an finsterste Zeiten linksradikaler Israel-Feindschaft – und sorgte am Ende auch bei den Grünen für Aufregung, konnte aber nicht mehr rechtzeitig gestoppt werden. Nur zwei Monate später wollte die HBS zum 30. Jahrestag der Intifada eine Tagung des Institute for Palestine Studies in Gaza und Beirut mitfinanzieren, zu der als Redner auch zwei Anführer der Hamas als „Zeitzeugen“ eingeladen worden waren. Nach kritischen Medienberichten zog die Stiftung ihre „praktische und finanzielle Kooperation“ zurück.[20]

Neue Vorwürfe gegen die Heinrich-Böll-Stiftung machen seit Oktober 2019 die Runde: Demnach fließen seit 2012 Projektförderungsmittel der Stiftung an den palästinensischen Rechtshilfeverein „Addameer“, der seit 2005 nicht nur die BDS-Bewegung unterstützt, sondern bis in die jüngste Zeit personelle Verbindungen zur Terrororganisation PFLP unterhält (Schippmann 2019 und Feuerherdt 2019). Die HBS weist die Vorwürfe zurück bzw. reicht sie indirekt an den staatlichen Zuwendungsgeber weiter – mit dem beschwichtigenden Hinweis, wonach das Bundesministerium für

17 Vgl. Christian Sterzing im Interview mit Deutschlandfunk Kultur, 5.3.2008: Sterzing kritisiert „Strangulierungsstrategie“, https://www.deutschlandfunkkultur.de/sterzing-kritisiert-strangulierungsstrategie.1008.de.html?dram:article_id=161694, aufgerufen am 19. Oktober 2019.

18 Vgl. Jürgen Trittin im Interview mit Markus Bicke in der *taz*, 29.6.2007: „Wir müssen mit der Hisbollah reden“, http://www.taz.de/!5198654, aufgerufen am 19. Oktober 2019.

19 Vgl. Privatarchiv d. Verf.

20 Vgl. Matthias Meisner: Böll-Stiftung zieht Unterstützung für Konferenz mit Hamas-Leuten zurück. In: *Der Tagesspiegel*, 22.11.2017, https://www.tagesspiegel.de/politik/nahost-konflikt-boell-stiftung-zieht-unterstuetzung-fuer-konferenz-mit-hamas-leuten-zurueck/20612218.html, aufgerufen am 19. Oktober 2019.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

wirtschaftliche Zusammenarbeit in der „Kooperation zwischen uns und Addameer nie ein Problem gesehen“ habe.[21]

Auch die Grünen sind natürlich keine antisemitische Partei. Aber sie sind anfällig für die Symbiose aus Weltanschauung und Affekt; sie surfen, ebenso wie Teile der SPD und der Linkspartei, auf einer progressistischen Welle. Diese nährt sich aus antiimperialistischen, aber auch aus diffusen europäischen Traditionen des Antisemitismus, die als kulturelle Codes ebenfalls den Grünen eingeschrieben sind.

Linke NGOs

In diversen Nichtregierungsorganisationen, die sich in der Tradition der 1968er sehen, werden beharrlich antiisraelische Ressentiments gepflegt: Bei einem bundesweiten Treffen im Berliner ND-Gebäude erklärten 2007 etwa 150 „Antikriegsaktivisten“ die Absicht, „islamische, antiimperialistische und linke Kräfte zusammenzuführen“ – und dabei als Bündnispartner auch Hamas und Hisbollah einzubeziehen (Brauns 2007). Spiegelbildlich dazu bezeichnete nur ein Jahr später Andreas Buro, Begründer und Nestor der einstmals einflussreichen Ostermarsch- und Friedensbewegung, das israelische „Okkupationsregime in Palästina“ als „extrem gewaltgestützt“.[22] Unbehagen gegen die antiisraelische Rhetorik wird innerhalb der verbliebenen „Friedensbewegung“ nur selten artikuliert. Ulrich Hentschel, ein seit 1968 in Friedensgruppen aktiver evangelische Pastor, blieb es vorbehalten, aus Anlass des Hamburger Ostermarschaufrufs von 2017 die „Dämonisierung“ und komplette „Ablehnung des jüdischen demokratischen Staates Israel“ in weiten Teilen der Friedensbewegung anzuprangern: „Warum findet sich im Aufruf zum Hamburger Ostermarsch das immergleiche Zerrbild des Staates Israel?“ (Hentschel 2017)

Ähnlich fragwürdige Tendenzen weisen auch Menschenrechtsorganisationen wie z. B. amnesty international (ai) auf, die beim Thema „Israel/Palästina“ den proklamierten Anspruch auf Unabhängigkeit aufgeben; diese Beobachtung trifft nicht zuletzt auf die Aktivisten der deutschen ai-Sek-

21 Vgl. HBS (Hrsg.): Die Fakten zur *BILD*-Meldung vom 5.10.2019. Presseerklärung vom 8.10.2019, https://www.boell.de/de/2019/10/08/die-fakten-zur-bild-meldung-vom-05102019, aufgerufen am 16. Oktober 2019.

22 Vgl. Interview mit Andreas Buro im *Tagespiegel*, 22.3.2008, S. 4: „Wir müssen Alternativen aufzeigen“, https://www.tagesspiegel.de/politik/ostermarschbegruender-andreas-buro-wir-muessen-alternativen-aufzeigen/1193672.html, aufgerufen am 19. Oktober 2019.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

tion zu.[23] Der Journalist Alex Feuerherdt resümiert: „Folgt man Amnesty International, dann sind die antisemitischen Ausschreitungen im Rahmen des ‚Großen Rückkehrmarsches‘ der Palästinenser im Gazastreifen lediglich so etwas wie ein Happening, während die israelische Reaktion darauf schreiendes Unrecht darstellt. Damit macht sich die Menschenrechtsorganisation die palästinensische ‚Nakba‘-Propaganda zu eigen und delegitimiert den jüdischen Staat.“ (Feuerherdt 2018)

Im Zentrum israelfeindlicher Aktivitäten linker NGOs stehen heutzutage allerlei Boykottaufrufe – getragen werden sie von globalisierungskritischen, teilweise auch kirchlichen Einrichtungen, die in linken Traditionszusammenhängen stehen. Zu ihrer Speerspitze gehören die Anhänger der Initiative „Boykott – Desinvestment – Sanctions“ (BDS), deren Einfluss bis in die katholische Friedensorganisation „Pax Christi“ und linksprotestantische Milieus reicht. Waren Israel-Boykotteure bei uns bis 2010 noch ein eher randständiges Phänomen, so erhalten BDS-Aktivisten seither teilweise gesellschaftliche Rückendeckung, vor allem im Kultursektor. Seit 2019 scheint sich eine Trendwende einzustellen, indem politische Parteien und staatliche Institutionen auf gehörige Distanz zur BDS-Bewegung gehen (Kloke 2019b).

Um Assoziationen an den Boykott jüdischer Geschäfte am 1. April 1933 zu vermeiden,[24] ist heute unterhalb der BDS-Schwelle kaum mehr das hässliche Wort „Boykott“ zu hören. Pikanterweise war es die NPD-Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, die im Herbst 2012 als erste parlamentarische Kraft den Antrag stellte, „palästinensische und israelische Produkte“ zu kennzeichnen.[25] Eine Anfrage der Grünen-Fraktion im Bundestag plädierte im April 2013 für eine Kennzeichnung von „Produkten aus israelischen Siedlungen in der Westbank“. Letztlich soll hier nicht ein Boykott, sondern eine Art Kaufberatung mit dem Ziel eines Kaufverzichts angesteuert werden.[26] Im Orwell‘schen Neusprech der Grünen heißt dies: „Ermöglichung informierter Kaufentscheidungen“.

---

23 Vgl. beispielhaft den ai-Länderbericht „Israel und besetzte palästinensische Gebiete“, 23.5.2018, der die klassischen Narrative der palästinensischen Nationalbewegung reproduziert: https://www.amnesty.de/jahresbericht/2018/israel-und-besetzte-gebiete, aufgerufen am 19. Oktober 2019.

24 „Deutsche wehrt euch, Kauft nicht bei Juden!“

25 Vgl. http://www.npd-fraktion-mv.de/index.php?com=news&view=article&id=1266&mid=8, aufgerufen am 19. Oktober 2019.

26 Vgl. http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/133/1713339.pdf, aufgerufen am 19. Oktober 2019.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Übersehen wird bei diesen unterschiedlichen Boykott-Varianten, dass israelische Hightech-Unternehmen heute grenzüberschreitend mit palästinensischen Firmen zusammenarbeiten, so dass eine eindeutige „Kennzeichnung" gar nicht möglich wäre. Zudem arbeiten in den jüdischen Siedlungen zehntausende Palästinenser, die dort mehr verdienen als anderswo in Palästina und von einem Boykott ihrer Arbeitgeber hart betroffen wären. Nicht nur israelische Kritiker werfen den Boykotteuren vor, mit zweierlei Maß zu messen. Warum gibt es keine vergleichbaren Kennzeichnungs- oder Boykottinitiativen gegen marokkanische Produkte aus der Westsahara, gegen indische Erzeugnisse aus dem Kaschmir oder gegen chinesische Produkte aus Tibet? Warum sollen nur jüdische Siedlungen ein Friedenshindernis darstellen, nicht aber die palästinensische Weigerung, Israel als jüdisch geprägten Staat anzuerkennen? Offenbar werden die Handlungen Israels mit anderen und strengeren Maßstäben gemessen, als sie sonst international üblich sind – ungeachtet aller Rationalisierungsversuche scheinen auch hier die Indizien für das Fortbestehen antisemitischer Ressentiments evident zu sein.

Israelbezogener Antisemitismus in der Linken: eine bleibende Herausforderung

Nicht jede unfaire Kritik an Israel muss automatisch einem antisemitischen Ressentiment entspringen; sie kann im Einzelfall auch bloßer Unwissenheit oder einem revolutionsromantisch verklärten, gleichwohl tumben „Antiimperialismus" geschuldet sein. Insofern ist es ratsam, die Kriterien einer Unterscheidung zwischen legitimer Kritik an Israel und antisemitisch motiviertem Ressentiment sorgfältig zu prüfen. Als Faustregel nach wie vor erhellend ist der sogenannte 3D-Test von Nathan Sharansky (2004), bei dem die Messlatte mit den Kategorien *Dämonisierung*, *Doppelstandard* und *Delegitimierung* markiert ist.

Was macht den Antiisraelismus als Weltanschauung attraktiv? Es ist seine rhetorische Flexibilität. Der progressive Antizionist hat nichts gegen die Juden, sagt er, nur etwas gegen ihren Staat. Der linke Antizionist will mit seinem älteren Zwillingsbruder, dem ordinären und rassistischen Antisemiten, nichts zu tun haben; gleichwohl eint beide das obsessive Bedürfnis nach „Israelkritik". Während der krude Antizionist Israel und die Juden mit Kolonialismus, Imperialismus und Kapitalismus gleichsetzt und Israel abschaffen will, hat der linke Antizionist dazugelernt: Er geriert sich humanistisch, beruft sich je nach Opportunität mal auf das „Völkerrecht", dann auf die „Menschenrechte"; in vornehmer Wortwahl ruft er zur „Dezionisierung" Israels auf. Um sich moralisch unangreifbar zu machen, holt

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

sich der Antizionist einen vermeintlichen „Koscher-Stempel“, indem er einen jüdischen Kronzeugen präsentiert, der seine Position auch teilt.

Warum eigentlich möchten linksdeutsche Antizionisten ihre internationalistische Vision an erster Stelle ausgerechnet am Staat Israel ausleben– jenem Staat, der den der Schoah entronnenen Überlebenden seit 1948 eine neue Heimat bietet? Dieselben „Israelkritiker“, die den jüdischen Staat schon kurz nach dem Sechstagekrieg am liebsten auflösen mochten, kannten und kennen oft keine Skrupel, sich mit der PLO oder der Hamas als nationalen „Befreiungsbewegungen“ der Palästinenser zu identifizieren. Dieser Doppelstandard gehört zu den untrüglichen Kennzeichen eines israelbezogenen Antisemitismus. Wer von diesem moralisch getarnten Antisemitismus nicht reden will, sollte von Israel besser schweigen.

Mag der Antizionismus früher einmal legitim gewesen sein – spätestens seit Auschwitz hat er seine Unschuld verloren. Wer heute – auch angesichts der Drohungen aus dem Iran – dem Staat Israel seine Legitimität abspricht, zieht nicht nur Millionen Israelis, sondern auch Diaspora-Juden den existenziellen Daseinsteppich unter den Füßen weg. Einerlei, ob die Zusammensetzung der israelischen Regierung oder die Art und Weise israelischen Regierungshandelns Anklang finden oder nicht: Solange es Antisemitismus gibt, bleibt Israel potenzieller Rettungsanker, eine Art Versicherungspolice für bedrängte Juden in aller Welt.

Gregor Gysi, obwohl als in der DDR sozialisierter Marxist kein Achtundsechziger, bekannte einst: „Die Gedanken- und Gefühlswelt in Bezug auf Israel und die arabischen Länder ist in meiner Generation unklar, wirr und widersprüchlich“ (Gysi 2006). Offenbar haben wir hier ein gesamtdeutsches Problem. Ein Brückenschlag auf dem Weg zur dringend erforderlichen Selbst-Aufklärung könnte die Erkenntnis sein: Wenn Deutsche und auch linke Deutsche über Juden, Israel und Zionismus sprechen, reden sie immer auch über sich selbst – viele ihrer Sprüche und Parolen künden von historisch bedingten Entlastungsbedürfnissen und Schuldabwehr-Projektionen – nach dem Motto: „Je ‚böser’ die Israelis gezeichnet werden, desto ‚besser’ können ‚wir’ uns fühlen – dann war der Holocaust, wenn wir ihn schon nicht leugnen können, wenigstens nicht einzigartig.“

Die Anerkennung der Tatsache, dass der Antisemitismus – auch in seiner israelbezogenen Variante – eine schwärende Wunde in der deutschen Gesellschaft ist, wäre die zwingende Voraussetzung für seine erfolgreiche Abwehr in Politik, Gesellschaft und Öffentlichkeit. Ohne ein breites zivilgesellschaftliches Engagement wird eine solche Aufgabe nicht zu stemmen sein, denn „der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann“ (Böckenförde 1976: 60).

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Literatur

Augstein, Jakob (2012a): Die deutsche Atom-Lüge. In: *Spiegel online* vom 4. Juni 2012, http://www.spiegel.de/politik/ausland/u-boote-fuer-israel-wie-deutschland-die-sicherheit-in-nahost-gefaehrdet-a-836816.html, aufgerufen am 19. Oktober 2019.

Augstein, Jakob (2012b): Es musste gesagt werden. In: *Spiegel online* vom 6. April 2012, http://www.spiegel.de/politik/deutschland/jakob-augstein-ueber-guenter-grass-israel-gedicht-a-826163.html, aufgerufen am 19. Oktober 2019.

Augstein, Rudolf (1990): Ist Israel noch zu retten? In: *DER SPIEGEL* vom 15. Oktober 1990, Nr. 42. (Online: http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13502118.html, aufgerufen am 19. Oktober 2019)

Böckenförde, Ernst-Wolfgang (1976): Staat, Gesellschaft, Freiheit. Frankfurt/Main.

Brauns, Nick (2007): Hamas und Hisbollah als Bündnispartner? Aktivisten der Antikriegsbewegung diskutierten in Berlin über die Situation im Nahen Osten. In: *Junge Welt* vom 26. Februar 2007, S. 5.

Brosch, Matthias u. a. (Hrsg.) (2007): Exklusive Solidarität. Linker Antisemitismus in Deutschland. Vom Idealismus zur Antiglobalisierungsbewegung. Berlin.

Die Linke (Hrsg.) (2017): Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2017 (Langfassung), https://www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2017/wahlprogramm2017/die_linke_wahlprogramm_2017.pdf, aufgerufen am 19. Oktober 2019)

Dönhoff, Marion Gräfin (1948): Völkischer Ordensstaat Israel. In: *DIE ZEIT* vom 23. September 1948, Nr. 39. (Online: https://www.zeit.de/1948/39/voelkischer-ordensstaat-israel, aufgerufen am 19. Oktober 2019)

Dreßler, Rudolf (2005): Gesicherte Existenz Israels – Teil der deutschen Staatsräson. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, 4. April 2005, Nr. 15, S. 2–8. (Online: http://www.bpb.de/apuz/29118/gesicherte-existenz-israels-teil-der-deutschen-staatsraeson-essay?p=all, aufgerufen am 19. Oktober 2019)

Feuerherdt, Alex (2018): Amnesty International und die anti-israelische „Nakba"-Propaganda. In: Mena-Watch. Der unabhängige Nahost-Thinktank (Wien) vom 12. Mai 2018, https://www.mena-watch.com/mena-analysen-beitraege/amnesty-international-und-die-nakba-propaganda, aufgerufen am 19. Oktober 2019.

Feuerherdt, Alex (2019): Grünes Geld für Terror und Antisemitismus? In: Mena-Watch vom 10. Oktober 2019, https://www.mena-watch.com/mena-analysen-beitraege/gruenes-geld-fuer-terror-und-antisemitismus, aufgerufen am 19. Oktober 2019.

Friedrich, Maja/Werkener, Jan (2018): Maos Schläger. In: *Der Tagesspiegel* vom 8. Dezember 2018, MB 2 f. (Online am 10. Dezember 2018: https://www.tagesspiegel.de/berlin/gewalttaetige-politsekte-jugendwiderstand-maos-schlaeger-aus-berlin-neukoelln/23729980.html, aufgerufen am 19. Oktober 2019)

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Grass, Günter (2012): Was gesagt werden muss. Gedicht zum Konflikt zwischen Israel und Iran. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 4. April 2012, https://www.sueddeutsche.de/kultur/gedicht-zum-konflikt-zwischen-israel-und-iran-was-gesagt-werden-muss-1.1325809, aufgerufen am 19. Oktober 2019.

Gysi, Gregor (2006): Weder neutral noch „normal“. In: *Freitag*, 29. September 2006, Nr. 39, https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/weder-neutral-noch-normal, aufgerufen am 19. Oktober 2019.

Hentschel, Ulrich (2017): Stinkende Pflanze im Osterstrauß. Subtiles Bashing, antijüdische Dämonisierung … In: *taz*, 13. April 2017, http://www.taz.de/!5400918, aufgerufen am 19. Oktober 2019.

Herf, Jeffrey (2019): Unerklärte Kriege gegen Israel. Die DDR und die westdeutsche radikale Linke, 1967–1989. Göttingen.

Jansen, Michael (2009): Das effektivste Mittel im Umgang mit Israel. In: israel & palästina, H. 2, S. 33. (Erstveröffentlichung: The Jordan Times, 21.5.2009)

Kloke, Martin (1990/1994[2]): Israel und die deutsche Linke. Zur Geschichte eines schwierigen Verhältnisses. DIAK-Schriftenreihe, Band 20. Frankfurt/Main (Quellenbelege nach der erweiterten und aktualisierten Auflage 1994).

Kloke, Martin (1990): Kathartische Zerreißproben: Zur Israeldiskussion bei den Grünen. In: Herbert A. Strauss u. a. (Hrsg.), Der Antisemitismus der Gegenwart. Frankfurt/Main, S. 124-148.

Kloke, Martin (2007a): Israel – Alptraum der deutschen Linken? In: Matthias Brosch u. a. (Hrsg.), Exklusive Solidarität. Linker Antisemitismus in Deutschland. Vom Idealismus zur Antiglobalisierungsbewegung. Berlin, S. 301-323.

Kloke, Martin (2007b): „Das zionistische Staatsgebilde als Brückenkopf des Imperialismus“. Vor vierzig Jahren wurde die neue deutsche Linke antiisraelisch. In: *Merkur*. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken (Berlin), 61 Jg., H. 698, S. 487-497.

Kloke, Martin (2014): Antisemitismus in der Linkspartei. „DIE LINKE hat ein Problem mit Antisemitinnen und Antisemiten“. In: Dana Ionescu/Samuel Salzborn (Hrsg.), Antisemitismus in deutschen Parteien. Baden-Baden, S. 153193.

Kloke, Martin (2017): Alte Tante SPD: Wie hältst du’s mit Israel? In: Compass-Infodienst (Online-Extra) vom 14. September 2017, Nr. 260, https://www.compass-infodienst.de/Martin-Kloke-SPD-und-Israel.16043.0.html, aufgerufen am 19. Oktober 2019.

Kloke, Martin (2018): Israel und Palästina: Konflikt ohne Ende? In: *zeitspRUng*. Zeitschrift für den Religionsunterricht in Berlin und Brandenburg. Hrsg. vom Amt für kirchliche Dienste. Themenheft Nr. 2/2018: Israel, Palästina und wir. Berlin, S. 40-43.

Kloke, Martin (2019a): Ist Die Linke eine antisemitische Partei? In: Samuel Salzborn (Hrsg.): Antisemitismus seit 9/11. Ereignisse, Debatten, Kontroversen. Baden-Baden 2019, S. 347-366.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Kloke, Martin (2019b): Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen (BDS): Gratwanderungen zwischen „Israelkritik“ und Antisemitismus. In: Compass-Infodienst (Online-Extra), Nr. 298, 31. Januar 2020, https://www.compass-infodienst.de/Martin-Kloke-Boykott-Desinvestitionen-und-Sanktionen.17805.0.html, aufgerufen am 10. April 2020.

Kraushaar, Wolfgang (2005): Die Bombe im Jüdischen Gemeindehaus. Hamburg.

Metz, Johanna (2014): Zuspruch aus Israel für Schulz. In: Das Parlament vom 17. Februar 2014, Nr. 8, https://www.das-parlament.de/2014/08/EuropaWelt/49588773/326312, aufgerufen am 19. Oktober 2019)

Niewendick, Martin (2019): Linke-Arbeitskreis verbreitet antisemitische Karikatur. In: *DIE WeLT* vom 25. Januar 2019, https://www.welt.de/politik/deutschland/article187736962/Facebook-Linke-Arbeitskreis-verbreitet-antisemitische-Karikatur.html, aufgerufen am 19. Oktober 2019.

Peter, Erik (2018): Angriffe auf Andersdenkende in Berlin. „Was machst du hier? Du Zionist“. In: *taz* vom 17. Mai 2018, http://www.taz.de/!5503830, aufgerufen am 19. Oktober 2019.

Schippmann, Antje (2019): Fließt Geld der Grünen an Palästina-Terroristen? In: *BILD-Zeitung* vom 4. Oktober 2019, https://www.bild.de/politik/ausland/politik-ausland/vorwuerfe-gegen-boell-stiftung-in-ramallah-fliesst-geld-der-gruenen-an-palaestin-65133006.bild.html, aufgerufen am 19. Oktober 2019.

Schmitz, Thorsten (2014): Deutschlands fürchterliches Schweigen. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 14. September 2014, http://www.sueddeutsche.de/politik/antisemitismus-deutschlands-fuerchterliches-schweigen-1.2126521, aufgerufen am 19. Oktober 2019.

Sharansky, Natan (2004): Antisemitismus in 3-D. Die Differenzierung zwischen legitimer Kritik an Israel und dem sogenannten neuen Antisemitismus. Übersetzt von Thorsten Schmermund. In *haGalil* vom 5. März 2004, http://www.hagalil.com/antisemitismus/europa/sharansky.htm, aufgerufen am 9. Februar 2019 (Quelle: Aish.com; Erstveröffentlichung Jerusalem Post).

Verfassungsschutz Berlin (2017): Bericht 2017, hrsg. v. der Senatsverwaltung für Inneres und Sport. Berlin: Mai 2018, https://www.berlin.de/sen/inneres/verfassungsschutz/publikationen/verfassungsschutzberichte, aufgerufen am 19. Oktober 2019.

Zwerenz, Gerhard (1976): Linker Antisemitismus ist unmöglich. In: *DIE ZEIT* vom 9. April 1976, Nr. 16, S. 34. (Online: https://www.zeit.de/1976/16/linker-antisemitismus-ist-unmoeglich, aufgerufen am 19. Oktober 2019)

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Die „antifaschistische“ Ideologie der Roten Armee Fraktion (RAF)

Susanne Bressan

Die gemeinhin als Gründungsakt der linksterroristischen „Roten Armee Fraktion“ (RAF) bewertete gewaltsame Befreiung Andreas Baaders aus der Haft während eines Bibliotheks-Aufenthalts im Mai 1970 forderte einen Schwerverletzten.[1] Ein bis heute nicht identifizierter Mittäter der „Befreierinnen“ schoss auf den unbewaffneten Bibliotheks-Angestellten Georg Linke und traf dessen Leber (Schulz 2017). In den Feindbild-Konstruktionen des politischen Milieus, aus welchem sich die Täter*innen rekrutierten, ließ sich ein unbewaffneter Bibliotheks-Angestellter nicht so leicht als ein zu bekämpfender Gegner einordnen. Weder entsprach er dem Klischee des Kapitalisten noch dem des amerikanischen Imperialisten oder des Faschisten. Der Beifall aus dem linksradikalen Milieu hielt sich daher in Grenzen. Die West-Berliner Szene-Zeitschrift *Agit 883* druckte die Erklärungen zur „Befreiung“ Andreas Baaders ab, doch unter die grundsätzliche Solidarität mischte sich Kritik sowohl an der eingesetzten Gewalt als auch an der formulierten Rechtfertigung.[2]

Die Gründer*innen der RAF empfanden die Kritik als ungerechtfertigt und legten mit einer weiteren Erklärung nach, welche die *Agit 883* erneut abdruckte[3], wiederum gefolgt von grundsätzlicher Zustimmung, aber auch deutlicher Kritik. Dieses Reaktionsmuster durchzieht die Geschichte der RAF. Auf das „Primat der Praxis“ und deren Rechtfertigungsversuche in schriftlichen Erklärungen folgte die Kritik aus jenem linken und links-

1 Die Autorin arbeitet an einer Dissertation zu Gudrun Ensslin. Erste Überlegungen zu Mustern der Schuldabwehr und Schuldumkehr bei den Gründer*innen der RAF stellte sie im April 2008 auf dem Online Portal *haGalil* vor (Bressan 2008).

2 Rote Armee Fraktion (1970a): Die Rote Armee aufbauen!, in: *Agit 883* 1970 (22.05.1970), Nr. 61, S. 2. Dieser erste Abdruck in der *Agit 883* wurde von einem Artikel begleitet, der am Ende die Baader-Befreiung kommentiert und dessen Hauptkritikpunkt ein „fehlender Aktionsbericht“ der Täter*innen selbst ist, so dass man „weiterhin auf die bürgerliche Presse in der Aktionsbesprechung angewiesen“ sei (N.N., Wie man die Revolution macht, in: *Agit 883*, 22.05.1970, Nr. 61, S. 2).

3 Rote Armee Fraktion (1970b): Die Rote Armee aufbauen!, in: *Agit 883* 1970 (05.06.1970), Nr. 62, S. 6.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

radikalen Milieu, das die wichtigsten politischen Feindbilder mit den „militanten" Genoss*innen teilte, indes entweder Einsprüche vorwiegend taktischer Art erhob oder eine gegen Menschen gerichtete Gewalt in einem demokratisch verfassten Staat grundsätzlich ablehnte. Auf diese Kritik reagierte die RAF wiederum mit immer längeren Erklärungen sowie mit weiterer terroristischer Gewalt.

Doch bereits der Verweis auf die demokratische Verfassung der Bundesrepublik Deutschland war ein Streitpunkt innerhalb des linksradikalen Milieus. Strittig war insbesondere, ob hinter der demokratischen Fassade der BRD der alte Nationalsozialismus in einem solchen Maße fortbestand oder ein neuer Faschismus in einem solchen Maße verankert war, dass gewalttätiger Widerstand gerechtfertigt sei. Nicht strittig indes war die Wahrnehmung eines generell zu bekämpfenden Faschismus. Nicht nur die BRD, einer der Nachfolgestaaten des nationalsozialistischen Deutschlands, dessen Angehörige über sechs Millionen Jüdinnen und Juden ermordet hatten, wurde als faschistisch oder faschistoid bezeichnet, sondern insbesondere zwei weitere westliche Staaten: Israel und die Vereinigten Staaten von Amerika.[4]

Dass zum Verständnis des Linksterrorismus in der BRD eine Analyse des nationalsozialistischen Erbes der deutschen Gesellschaft unerlässlich sei, wurde seit der zweiten Hälfte der 1970er Jahre u. a. von der Journalistin Jillian Becker, dem Sozialphilosophen Norbert Elias und dem Historiker Dan Diner in unterschiedlich akzentuierten Thesen formuliert (Becker 1978 [1977]; Elias 1990 [1981]; Diner 1991 [1988] und 1995). Nicht nur jene personalen und ideologischen Kontinuitäten, welche die Akteur*innen der sich über die studentische Protestbewegung hinaus formierenden Außerparlamentarischen Opposition (APO) seit den 1960er Jahren in Politik und Gesellschaft als paradigmatisch für den westdeutschen Staat per se kritisiert hatten, verdienten demnach Beachtung, sondern auch das Unvermögen, die Verstrickungen mit dem Nationalsozialismus im eigenen familiären Milieu zu bearbeiten. Dass insbesondere antisemitische Ressentiments auch von Linksterrorist*innen geteilt wurden, blieb gleichwohl im linken politischen Milieu unterbelichtet.

Nachdem Jean Améry manche Formen des bereits zur Zeit der Hochphase der Protestbewegung virulenten Antizionismus als Phänomen des „ehrbaren Antisemitismus" erkannt hatte (Améry 1969) und sich öffentliche Kritik an diversen Formen des antijüdischen Ressentiments in sich po-

4 Am Beispiel der *Agit 883* vgl. Rotaprint 25 (Hrsg.) (2006), hier insbesondere Rübner (2006) zu „Faschismus" und Andresen (2006) zu Israel.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

litisch links verortenden Milieus im Verlauf der 1980er Jahre mit den Fassbinder-Kontroversen[5] und noch einmal mit dem Zweiten Golfkrieg verstärkte (vgl. Brumlik/Diner/Kiesel 1991), folgte seit den 1990er Jahren in verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen allmählich eine quellengestützte Analyse des Antizionismus innerhalb der APO und der sich aus ihr rekrutierenden militanten Gruppierungen. Einen Meilenstein in der wissenschaftlichen Rezeption des linken Antisemitismus markiert Martin Klokes Monografie „Israel und die deutsche Linke". Kloke (1994 [1990]) zeigt das Erstarken des Antizionismus und des israelbezogenen Antisemitismus in der bundesdeutschen Linken seit dem Sieg Israels im Juni-Krieg 1967 auf. Zudem legt er die antisemitische Dimension des ersten bewusst auf Menschen zielenden Versuchs linken Terrors in der BRD dar: Im Jahr 1969 war der Zünder einer im jüdischen Gemeindehaus in West-Berlin deponierten Bombe auf die Zeit der Veranstaltung zum Gedenken an die nationalsozialistische Novemberpogrome gestellt worden. Nur aufgrund eines technischen Defekts detonierte die Bombe nicht. In einem Flugblatt bekannten sich die um das ehemalige Mitglied des Sozialistischen Deutschen Studentenbunds (SDS), Dieter Kunzelmann, sich gruppierenden „Schwarzen Ratten/Tupamaros West-Berlin" zu dem geplanten Anschlag (Kloke 1994, 164-165).

Seit dem Erscheinen von Klokes Monografie wird israelbezogener Antisemitismus zunehmend in der deutschen Öffentlichkeit thematisiert.[6] In der sozial-, kultur- und geschichtswissenschaftlichen Beschäftigung mit dem deutschen Linksterrorismus ist das Thema indes noch immer marginal. Selbst in Beiträgen, die den instrumentalisierten Faschismusbegriff in der Linken, auf die Gegenwart bezogene NS-Analogien und Inanspruchnahmen eines mit Opfern der Shoah vergleichbaren Opferstatus belegen, wird mitunter darauf verzichtet, nach dem antisemitischen Gehalt der Quellen zu fragen; der Befund des Antisemitismus wird häufig auf eine kleine Minderheit beschränkt oder negiert, theoretische Konzepte zur Analyse verschiedener Formen des sekundären Antisemitismus werden zumeist nicht nachvollzogen.

Dies mag zum Teil daran liegen, dass Antisemitismus nicht immer als übergreifender Begriff für alle Formen antijüdischer Ressentiments, nicht

5 An Fassbinders Theaterstück „Der Müll, die Stadt und der Tod" wurden die darin enthaltenen traditionellen wie auch schuldabwehrenden antijüdischen Ressentiments kritisiert (Bodek 2007).

6 So z. B. Hauser 2006, Jander 2006b, Kraushaar 2006, Kloke 2007a, Kloke 2007b sowie der Sammelband „Exklusive Solidarität" (Brosch 2007).

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

nur der rassistisch begründeten, verstanden wird.[7] Zudem mag eine Rolle spielen, dass die Evidenz aus empirischen Befunden, die zuerst von Forscher*innen des Frankfurter Instituts für Sozialforschung qualitativ erhoben wurden (Pollock 1955) und aus denen Theodor W. Adorno das analytische Konzept der Schuldabwehr generierte (Adorno 2003 [1955]), mit den von ihm und anderen der Frankfurter Schule angehörenden Forscher*innen entworfenen theoretischen Prämissen zur Analyse spätkapitalistischer Gesellschaften nicht ausreichend zu erklären zu sein scheint. Dass Antisemitismus nach der Shoah nicht nur trotz, sondern auch mit Bezug auf die Shoah bis heute virulent ist[8] und dass neue Erscheinungsformen des Antisemitismus in den Nachfolge-Gesellschaften des nationalsozialistischen Deutschlands, inklusive der sozialistischen, mit Motiven der Schuld- und Verantwortungsabwehr assoziiert waren oder sind, ist empirisch belegt (u. a. Bergmann/Erb 1991; Bergmann 1997; Rensmann 2005; Salzborn 2010). Es fehlt jedoch zum einen eine plausible Einordnung in allgemeine Theorien auf dem aktuellen Stand der soziologischen und sozialpsychologischen Forschung. Zum anderen ist erst in Ansätzen erforscht, wie verschiedene Formen des Antisemitismus und Antizionismus in den Migrationsgesellschaften zusammenwirken (vgl. Rabinovici et al. 2004; Heilbronn et al. 2019, insbes. Bartov 2014/2019).

Das Zögern, Antisemitismus in linken und linksterroristischen Gruppierungen zu analysieren, mag darüber hinaus darin begründet sein, dass diese Gruppierungen eine antifaschistische Ideologie für sich in Anspruch nehmen. Während linke und linksterroristische Gruppen – wie auch deren Kritiker*innen – weltweit Analogien mit dem Nationalsozialismus verwenden, um ihre Ziele rhetorisch zu untermauern, erlangten indes Faschismus-Projektionen in den postfaschistischen westlichen Staaten Italien und Westdeutschland zentrale Bedeutung für die Frage der Legitimität, selbst tödliche Gewalt anzuwenden (Jansen 2004, Hauser 2006)[9]. Für den Linksterrorismus der BRD wird die zentrale Bedeutung des Faschismus-Vor-

7 Als Beispiel, das auf die Negation eines sekundären Antisemitismus verweist, sei folgende Fußnote genannt: „Während Antisemitismus immer auch einen rassenanthropologischen Affekt enthält, beruhte der linke Antizionismus geradezu darauf, den Israelis eine ethnische Identität als Juden zu verweigern und ihnen stattdessen eine rein politisch-ökonomische Rolle im internationalen Klassenkampf zuzuweisen." (Mausbach 2006: 35, Fußnote 90).

8 Henryk M. Broder formulierte dies zugespitzt 1986 als Antisemitismus „nicht trotz, sondern wegen Auschwitz" (Broder 1986: 11).

9 Innerhalb der APO war, mindestens seit der Hochphase der Protestbewegung, das Interesse an einer nicht-instrumentellen Auseinandersetzung mit der Geschichte des Nationalsozialismus und dessen Nachwirkungen ohnehin nicht sehr verbreitet

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

wurfs im Folgenden anhand öffentlicher und privater Äußerungen der Gründungsgruppe der RAF analysiert, der mitgliederstärksten, gewalttätigsten und langlebigsten linksterroristischen Organisation in der BRD.

Die bislang umfassendste wissenschaftliche Rezeption der Schriften der RAF findet sich in den vom Bundesministerium des Innern Ende der 1970er Jahre in Auftrag gegebenen Forschungsprojekten zum Linksterrorismus. Unter der Leitung von Iring Fetscher und Günter Rohrmoser wurden ideologische Motivationen und Rechtfertigungsversuche der Terrorist*innen untersucht (Fetscher et al. 1981). Trotz unterschiedlicher methodologischer Prämissen und Ergebnisse sind sich die Leiter der beiden Forschungsgruppen darin einig, dass „das, was von der ‚RAF' als eine weithin einheitliche Ideologie vorgetragen worden ist, tatsächlich ein von inneren Widersprüchen durchsetztes, immer wieder in Teilen verworfenes Konvolut war, das sich eher durch seine Widersprüche und Verwerfungen als durch seine Stringenz charakterisieren lässt" (Fetscher/Münkler/Ludwig 1981: 40).

Einer sich durch die Geschichte der RAF hindurchziehenden Dimension ihrer ansonsten tatsächlich inkohärenten Ideologie werden die im Auftrag des Bundesministers des Innern erstellten Analysen damit nicht gerecht: der Verquickung von Faschismus-Projektionen mit antiamerikanischen und antiisraelischen Feindbildern. Fetscher et al. werten diese in den Handlungen und Äußerungen der RAF immer wieder deutlichen Feindbilder nicht als einen der zentralen Faktoren in der Ideologie und Motivation der Terrorist*innen. Sie leisten keine analytische Verknüpfung zwischen den Faschismus-Projektionen auf die USA und Israel einerseits und der Rhetorik der Entlastung des deutschen Volks von einer Verantwortung an den nationalsozialistischen Verbrechen andererseits.

Im Folgenden wird gezeigt, inwiefern Faschismus-Projektionen inhaltlich und motivational einen kohärenten Faktor in der Ideologie und Strategie der RAF darstellten. Äußerungen der RAF seit ihrer Gründungserklärung werden hinsichtlich impliziter und expliziter Referenzen auf den Nationalsozialismus sowie die Shoah analysiert und es wird beleuchtet, wie die RAF diese Referenzen in ein theoretisch inkohärentes Antifaschismus-Konzept integrierte, das sie zu ihrer Verteidigung elaborierte. Dies wird anhand der Prozess-Erklärung vom Januar 1976 im Stammheimer Ge-

(Gassert/Steinweis 2006; Mausbach 2006; Schildt 2003), was einzelne Akteur*innen durchaus enttäuschte, so etwa Reinhard Strecker, SDS-Mitglied und Initiator der 1959 bis 1962 in Westdeutschland und West-Berlin gezeigten Ausstellung „Ungesühnte Nazijustiz" (Hauser 2008).

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

richtsverfahren dargelegt, der „Erklärung zur Sache“ (Rote Armee Fraktion 1997 [1976]).

Gründung der RAF: Faschismus-Referenzen

In den Gründungserklärungen der RAF finden sich keine expliziten Verweise auf Faschismus und Nationalsozialismus. Als Hauptfeind benennen die Gründer*innen der RAF den „US-Imperialismus“, der in einer entmenschlichenden Sprache („Schweine“) wiederum gleichgesetzt wird mit den USA.[10] Implizit referieren die Gründer*innen auf die NS-Vergangenheit, indem sie den Namen „Rote Armee“ für sich beanspruchen – der sowjetischen Streitkräfte, die Auschwitz befreit hatten. Die Solidarität mit dem palästinensischen Kampf gegen Israel wird nur marginal erwähnt[11]. Dass die RAF-Gründer*innen die zu diesem Zeitpunkt in der APO verbreitete Ansicht teilten, Israel sei als imperialistisches Übel zu bekämpfen, demonstrierten sie kurz nach dem Gründungsakt. Sie setzten sich nach Jordanien ab, um sich von der Fatah in einem Trainingscamp militärisch ausbilden zu lassen – der Beginn einer Kooperation mit diversen in der PLO zusammengefassten terroristischen Gruppierungen (Daase 2006, Jander 2015, Skelton-Robinson 2006, Wunschik 2007).

Zurück in der BRD, verfassten Horst Mahler und Ulrike Meinhof längere Theorie-Papiere, um sowohl die für den Aufbau der illegalen Organisation der RAF angewandte Gewalt – Banküberfälle und Schüsse auf Polizeibeamte – als auch zukünftige Anschläge zu rechtfertigen. Bereits in diesen ersten Papieren (Meinhof 1997 [1971]; Mahler 1997 [1971]) werden Gleichsetzungen der Kriegsgräuel der amerikanischen Streitkräfte in Vietnam mit der Shoah verbunden mit einer Entlastung der Deutschen insgesamt (Meinhof) respektive des deutschen Proletariats (Mahler) vom Nationalsozialismus, der nach kommunistischer Lesart durchweg als rein sozialökonomisch begründeter „Faschismus“ bezeichnet wird. Antisemitismus wird entweder ausgeblendet oder ebenfalls sozioökonomisch uminterpretiert, als ein im Grunde gegen Proletarier gerichtetes Spezifikum des deutschen Faschismus.

---

10 *Agit 883*, 22.05.1970, Nr. 61, S. 2. In der Erklärung meint „Schweine“ sowohl Polizeibeamte als auch alle aus Sicht der Autor*innen mit den USA und damit dem Imperialismus kollaborierenden Personen.

11 In der zweiten Erklärung vom Juni 1970 „Die Rote Armee aufbauen!", in: *Agit 883*, 05.06.1970, Nr. 62, S. 6.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Uneinig sind sich Mahler und Meinhof indes, inwiefern sich das deutsche „Volk" angesichts des Verhaltens einer großen Mehrheit der Deutschen im Nationalsozialismus als revolutionäres Subjekt eigne. Explizit artikulierte Meinhof ihre diesbezügliche Position im Dezember 1972 als Zeugin im Gerichtsverfahren gegen Horst Mahler: „Ohne dass wir das deutsche Volk vom Faschismus freisprechen – denn die Leute haben ja wirklich nicht gewusst, was in den Konzentrationslagern vorging – können wir es nicht für den revolutionären Kampf mobilisieren."[12]

Wie die RAF die Entschuldung der Deutschen mit Faschismus-Projektionen auf die USA verquickte, wird in den Erklärungen zu den Sprengstoffanschlägen im Mai 1972 mit vier Toten und einem Vielfachen an Verletzten deutlich. Zwei der ersten sechs Anschläge, zu denen sich die RAF bekannte, die Sprengstoffanschläge vom Mai 1972, zielten auf Einrichtungen der US-Streitkräfte in der BRD. Alle vier Todesopfer waren Angehörige der US-Streitkräfte (Funke 1977: 336). In den Bekennerschreiben wird die Auswahl dieser Ziele begründet mit den von den US-Streitkräften zu verantwortenden Kriegsgräueln in Vietnam:

> „Die amerikanische Luftwaffe hat in den letzten 7 Wochen mehr Bomben über Vietnam abgeworfen als im 2. Weltkrieg über Deutschland und Japan zusammen. Von weiteren Millionen Sprengstoffen ist die Rede, die das Pentagon einsetzen will, um die nordvietnamesische Offensive zu stoppen. Das ist Genozid, Völkermord, das wäre die ‚Endlösung', das ist Auschwitz." (Rote Armee Fraktion 1997 [1972]: 148)

„Auschwitz" wird in dieser Erklärung zwei Mal genannt: Einmal explizit in Gleichsetzung mit den Kriegsgräueln der US-amerikanischen Streitkräfte in Vietnam („das ist Auschwitz"), ein zweites Mal in Gleichsetzung mit den alliierten Bombardements deutscher Städte im von Deutschland begonnenen Zweiten Weltkrieg. „Die Menschen in der Bundesrepublik unterstützen die Sicherheitskräfte bei der Fahndung nach den Bombenattentätern nicht, weil sie mit den Verbrechen des amerikanischen Imperialismus und ihrer Billigung durch die herrschende Klasse hier nichts zu tun haben wollen. Weil sie Auschwitz, Dresden und Hamburg nicht vergessen haben, weil sie wissen, daß gegen die Massenmörder von Vietnam Bombenanschläge gerechtfertigt sind." (Rote Armee Fraktion 1997 [1972]: 148) Die Erklärung beinhaltet somit nicht nur eine Projektion der NS-Verbre-

12 Winters, Jochen Peter (1972), Ulrike Meinhof lässt sich nur Stichworte geben, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 15. Dezember 1972, zit. in Hauser 2006, S. 1293.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

chen auf die Streitkräfte jener Staaten, die gemeinsam mit der Sowjetunion das nationalsozialistische Deutschland zur Kapitulation zwangen, sondern verleiht darüber hinaus der Bevölkerung im nationalsozialistischen Deutschland pauschal den Status von Opfern der „Verbrechen des amerikanischen Imperialismus".[13]

Dass die RAF Faschismus-Vorwürfe und Auschwitz-Analogien nicht nur gegen die USA, sondern auch gegen ihren anderen großen Feind, Israel, wandte, zeigte sich kurze Zeit nachdem im Sommer 1972 der gesamte noch nicht in Haft befindliche RAF-Kader inhaftiert worden war. Am 5. September 1972 überfiel das palästinensische Terrorkommando „Schwarzer September" bei den Olympischen Spielen in München ein Team israelischer Sportler. Drei Sportler wurden sofort erschossen, weitere acht als Geiseln genommen. Neben der Freilassung inhaftierter Terroristen palästinensischer Gruppen hatten die Geiselnehmer auch die Freilassung von inhaftierten RAF-Mitgliedern gefordert (Daase 2006: 919). Alle Geiseln und fünf der Entführer starben beim Versuch der Geiselbefreiung durch eine Spezialeinheit der bayerischen Polizei (Krauß 1997).[14] Trotz des blutigen Anfangs und Ausgangs kommentierten sowohl Ulrike Meinhof als auch Horst Mahler die Geiselnahme lobend (Kraushaar 2006: 689-699, Fischer 2015: 246 f.).

Horst Mahler hielt die „mutige Kommandoaktion der Opferbereiten des *Schwarzen September* gegen die israelische Olympiamannschaft" für strategisch richtig, denn der Zionismus habe „mit der mitleidlosen und grausamen Vertreibung des palästinensischen Volkes aus seinem seit zweitausend Jahren angestammten Lebensraum auf makabre Weise das Erbe des deutschen Faschismus angetreten" und die Flüchtlingslager im Gaza-Streifen würden sich „nur unwesentlich von den faschistischen Konzentrationslagern" unterscheiden.[15] Auch für Ulrike Meinhof stand außer Frage: „Die Aktion des Schwarzen September war antifaschistisch." (Meinhof 1997 [1972b]: 167) Denn: „An der Aktion des Schwarzen September in München gibt es nichts mißzuverstehen. Sie haben Geiseln genommen von einem Volk, das ihnen gegenüber Ausrottungspolitik betreibt." (Ebd.: 177) Israel vergieße „Krokodilstränen": „Es hat seine Sportler verheizt wie

13 Auch Fetscher et al. (1981: 209) zitieren aus dieser Erklärung, lassen indes ausgerechnet jene Passage aus, die die pauschale Entschuldung „der Menschen in der Bundesrepublik" beinhaltet.

14 Krauß zufolge ist bis heute nicht geklärt, wer auf die bei der Geiselbefreiung getöteten Geiseln geschossen hat.

15 Horst Mahler: Erklärung zum Prozessbeginn am 9.10.1972 vor dem Ersten Strafsenat des West-Berliner Kammergerichts, zit. n. Fetscher et al. 1981, S. 40-41.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

die Nazis die Juden – Brennmaterial für die imperialistische Ausrottungspolitik." (Ebd.: 173)

Für Meinhof und Mahler ist Zionismus per se faschistisch und darüber hinaus Bestandteil des ebenso als immanent faschistisch gesehenen Imperialismus. Als Antagonisten konstruieren die RAF-Autor*innen das „Volk", dem die Palästinenser und sie selbst angehören und das von Israel und den anderen imperialistischen Mächten – in den Worten Meinhofs – „ausgesaugt" werde:

> „Sie [die Aktion des Schwarzen September] hat eine Sensibilität für historische und politische Zusammenhänge dokumentiert, die immer nur das Volk hat – das sind die, denen die Profite ausgesaugt werden […]. Sie hat einen Mut und eine Kraft dokumentiert, die die Revolutionäre nur aus ihrer Verbundenheit mit dem palästinensischen Volk haben können, ein Klassenbewußtsein, das sich seiner historischen Mission, Avantgarde zu sein, klar bewußt ist – eine Menschlichkeit, die vom Bewußtsein bestimmt ist, gegen dasjenige Herrschaftssystem zu kämpfen, das als das historisch letzte System von Klassenherrschaft gleichzeitig das blutrünstigste und abgefeimteste ist, das es je gab: gegen den seinem Wesen und seiner Tendenz nach durch und durch faschistischen Imperialismus – in welcher Charaktermaske auch immer er sich selbst am besten repräsentiert findet: Nixon und Brandt, Moshe Dayan oder Genscher, Golda Meir oder McGovern." (Meinhof 1997 [1972b]: 151-152)

Die Äußerungen von Horst Mahler und Ulrike Meinhof zum Olympia-Attentat formulieren bis dahin am deutlichsten, wie die RAF eine nachträgliche Täter-Opfer-Umkehr vollzog. Sie stellen nicht nur einzelne Einsätze von Gewalt, sondern den israelischen Staat und seine jüdische Bevölkerung als Ganzes als faschistisch und völkermordend dar – als „Volk, das […] Ausrottungspolitik betreibt" –, verwenden explizit NS-Analogien und schreiben zugleich dem „Volk" per se, mit Ausnahme des israelischen, aber einschließlich des deutschen, eine Opfer-Rolle zu.[16]

16 Auf den in Meinhofs Schrift klar zu Tage tretenden Antisemitismus ist mehrfach hingewiesen worden, z. B. Krauß 1997, Medick 2007.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

RAF im Gefängnis: „Isolationsfolter"-Kampagne

Nach der Inhaftierung ihres Kaders lag der Schwerpunkt der Kommunikationsstrategie der RAF darin, ihre Haftbedingungen zu verbessern. Bereits bevor sie die „Isolationsfolter"-Kampagne[17] lancierten, hatten sich mehrere RAF-Mitglieder explizit als Opfer nationalsozialistischer Konzentrations- und Vernichtungslager beschrieben (Hauser 2006: 1292-1939; Koenen 2006: 1005; Vukadinovic 2014: 215-216). Die Kampagne gegen ihre Haftbedingungen organisierte die RAF um den Jahreswechsel 1972/73 gemeinsam mit Anwält*innen und Unterstützer*innen in der linken Szene. Die Hungerstreikerklärung zum zweiten Hungerstreik vom 8. Mai bis 29. Juni 1973 verwendet explizit Namen von nationalsozialistischen Vernichtungslagern, um die Situation der RAF-Häftlinge zu beschreiben. Die Inhaftierten sehen ihre Haftsituation als Vorstufe zu „Vernichtungslager – Reformtreblinka – Reformbuchenwald – die ‚Endlösung'" (Rote Armee Fraktion 1997 [1973]: 187-188). Wie bereits in vorherigen Äußerungen der RAF wird auch hier die größte Gruppe der Opfer der nationalsozialistischen Vernichtungslager, die Jüdinnen und Juden Europas, getauscht gegen einen „Teil des Proletariats" und die Verfolgung und Vernichtung ebenso in die Gegenwart verlängert wie ein angeblicher „Widerstand der großen Mehrheit des Volkes gegen die Ausbeutung":

> „Je stärker die Revolte im Volk, die Moral des Systems, sein Eigentumsbegriff im Arsch und die Krise aktuell, die Volksbewaffnung nicht mehr bloße Zukunftsmusik, sondern materielle Gegenwart, desto wichtiger werden die Knäste fürs System, dessen Rationalität immer darauf angewiesen war und ist, einen Teil des Proletariats offen zu terrorisieren, zu vernichten – im Extrem: Treblinka, Maidanek, Sobibor – um den Widerstand der großen Mehrheit des Volkes gegen die Ausbeutung zu brechen – Knast und Vernichtungslager als vorletzte und letzte Maßnahme gegen jede Art von Widerstand – wie gekonnt, organisiert, bewußt auch immer." (Rote Armee Fraktion 1997 [1973]: 187-188)

Als einziger spricht Holger Meins, zumindest an einer Stelle, eine grundsätzliche Ambivalenz aus, wenn RAF-Mitglieder bezüglich ihres Kampfs einen Opferstatus analog zu den Opfern der Shoah in Anspruch nehmen. Um Worte als Waffe richtig einzusetzen, eigne sich die Identifikation mit jüdischen Opfern des Nationalsozialismus nicht, selbst nicht mit dem Wi-

17 Zur „Isolationsfolter"-Kampagne vgl. Jander 2006c, Koenen 2006.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

derstand im Warschauer Ghetto, stattdessen müsse man seinen Klassenstandpunkt und die darauf aufbauende Argumentation verinnerlicht haben; „doch statt in yenan stehst du in warschau, identifizierst dich mit den o h n mächtigen, verfolgten, verzweifelt-aufständischen – mit den opfern, d a s ist die würgeschraube, der zerreisswolf." (Meins 1987 [1974a]: 87) Wenn Holger Meins im weiteren Text Antisemitismus sowie Jüdinnen und Juden als Opfer explizit benennt, nimmt er deren Bedeutung jedoch gleich wieder zurück: Antisemitismus sei als deutsches und österreichisches Spezifikum kein wesentlicher Bestandteil des Faschismus. Stattdessen hält Holger Meins es für relevant zu konstatieren: „im besetzten palästina zb sind die juden selbst faschistisch, benutzen ähnliche methoden wie der ns-faschismus in den besetzten ostgebieten." (Meins 1987 [1974a]: 91)

Ein Vierteljahr später, acht Tage nachdem er mit den Zeilen „entweder mensch oder schwein/ entweder überleben um jeden preis oder/ kampf bis zum tod/ entweder problem oder lösung/ dazwischen gibt es nichts" (Meins 1987 [1974b]: 184) seine mit ihm hungerstreikenden Genoss*innen unter Druck gesetzt hatte, starb Holger Meins an den Folgen der Mangelernährung. Obwohl er zuvor in der RAF-internen Kommunikation die Identifizierung mit jüdischen Opfern des Nationalsozialismus abgelehnt hatte, setzten seine Genoss*innen der Assoziation des Hungertods von Holger Meins mit Opfern nationalsozialistischer Vernichtungslager nichts entgegen. Mit der Stilisierung von Holger Meins als Opfer eines neuen Faschismus erhielt die RAF, unterstützt von ihren Anwälten, wieder eine breitere öffentliche Zustimmung und konnte neue Mitglieder rekrutieren.[18]

RAF-Rechtfertigungsschrift: „Erklärung zur Sache" (1976)

In dem Konvolut an schriftlichen Äußerungen, das die Gründungsmitglieder der RAF hinterlassen haben, stellt die „Erklärung zur Sache" das ausführlichste Dokument ihrer ideologischen Selbstrechtfertigung dar. Von Anfang an geplant als umfassende Theorie, um die Gewalt der RAF objektiv als politisch und moralisch richtig zu erklären, wurde dieses Dokument mit Hilfe von Kassibern gemeinschaftlich von in verschiedenen Haftanstal-

18 Die „Bewegung 2. Juni" bekundete am Tag nach dem Tod von Holger Meins ihre Solidarität mit der RAF auf eine besonders gewaltsame Weise: Sie versuchte, den Berliner Kammergerichts-Präsidenten Günther von Drenkmann zu entführen, der bei einem Handgemenge getötet wurde.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

ten internierten Mitgliedern der RAF für das Gerichtsverfahren verfasst, das am 21. Mai 1975 vor dem Oberlandesgericht Stuttgart gegen Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Ulrike Meinhof und Jan Carl Raspe eröffnet wurde. Die Angeklagten lasen die Erklärung im Januar 1976 im Gerichtssaal vor.

Ihren Anwälten hatte die RAF übertragen, zu ihrer Verteidigung das im Grundgesetz garantierte Widerstandsrecht zu beanspruchen. Da die Kriegsverbrechen der US-Streitkräfte in Vietnam dem nationalsozialistischen Genozid an den Jüdinnen und Juden vergleichbar seien und die BRD den USA ermögliche, von ihrem Boden aus zu operieren, habe es sich bei den Taten der RAF um legitimen Widerstand gehandelt (Klimke/Mausbach 2006: 638f.). In der Erklärung der Angeklagten hingegen diente der Vietnamkrieg nur als Illustration. Sie versuchten, den Kampf der RAF weiterhin als grundsätzlich politisch begründet und ethisch richtig darzustellen – als Kampf gegen den bürgerlichen Saat.

Ausblendung jüdischer Opfer, Abwehr und Projektion von Schuld auf die USA

Die „Erklärung zur Sache" diente der RAF als umfassende Abhandlung ihrer Weltsicht und Geschichtsdeutung.[19] Die gesamte Geschichte des nationalsozialistischen Deutschlands betrachten die Autor*innen aus dem Blickwinkel des Klassenkampfes und der Unterdrückung des Proletariats, wobei „Proletariat" begrifflich nicht klar gefasst wird. Das Jahr 1933 gilt in

19 Am 13. Januar 1976 lasen die Angeklagten den Text zu ihrer Verteidigung in der als Gerichtssaal genutzten Mehrzweckhalle der Justizvollzugs-Anstalt Stammheim vor. Hier wird auf die Veröffentlichung der Auszüge der Erklärung im „ID-Verlag" referiert (ID-Verlag/Rote Armee Fraktion 1997 [1976]). Bei den Referenzen auf veröffentlichte Quellen der RAF ist zu beachten, dass es sich zumeist um eine durch Mitglieder und Unterstützer*innen der RAF getroffene Auswahl redigierter Fassungen der originären Quellen handelt. Für diesen Aufsatz wurden ergänzend bisher nicht veröffentlichte Ausschnitte aus unterschiedlichen Entwurfsfassungen der „Erklärung" sowie Anmerkungen hierzu analysiert. Diese im Archiv des Hamburger Instituts für Sozialforschung zugänglichen Quellen wurden im Rahmen der Recherchen für einen gemeinsam mit Martin Jander im Auftrag des Instituts verfassten Artikel eingesehen, dort indes nicht verwendet (Bressan/Jander 2006). Diverse Entwürfe zur „Erklärung zur Sache" sowie die vermutliche Endversion des für die Gerichtsverhandlung verfassten Textes (beides unter AHIS, St.V/034/003) lagen jedoch für den aktuellen Aufsatz nur in Auszügen vor. Ein Vergleich der veröffentlichten Auszüge mit dem Wortprotokoll der beiden Verhandlungstage ist offenbar bisher nicht erfolgt (Diewald-Kerkmann 2008).

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

der Hauptsache als die „Besiegelung der Kapitulation" des Proletariats (Rote Armee Fraktion 1997 [1976]: 198), nicht als Beginn einer Diktatur, deren rassistische und antisemitische Gesinnung von einer großen Mehrheit der Deutschen, auch der Arbeiter*innen, geteilt wurde und schließlich die Shoah ermöglichte. In den veröffentlichten Passagen wird über Opfer des „Faschismus" und Konzentrationslager geschrieben, ohne die Verbrechen gegen Jüdinnen und Juden zu erwähnen.[20] Lediglich die „Kader des Proletariats" werden als Opfer benannt: „[...] der Faschismus [hat] massenhaft Kader des Proletariats ermordet und zerstört, und eben nicht im Kampf, sondern längst entwaffnet und in den Konzentrationslagern." (Rote Armee Fraktion 1997 [1976]: 198)

Für die aktuelle Schwäche der westdeutschen Linken sei der zurückliegende „Faschismus" indes nur eine Determinante, eine weitere sei die Kontinuität der Unterdrückung des Proletariats durch die Alliierten nach 1945, wobei Alliierte und USA zumeist synonym verwendet werden. Der „NS-Faschismus" stellt für die RAF-Autor*innen das Scheitern proletarischer Politik dar, das in der Bundesrepublik fortdauere. Zwischen dem Antikommunismus der BRD und der USA einerseits und dem Antikommunismus des „NS-Faschismus" andererseits wird nicht unterschieden. Dass den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs das Ende der nationalsozialistischen Diktatur zu verdanken ist, findet keine Erwähnung. Stattdessen machen die RAF-Autor*innen die USA explizit für den deutschen Überfall auf die Sowjetunion im Sommer 1941 verantwortlich (vgl. Hauser 2006:1288-1289 u. Klimke/Mausbach 2006: 633): „Es war das antikommunistische Ausrottungsprojekt der Strategen des US-Imperialismus, die Sowjetunion durch die faschistischen Armeen vernichten zu lassen [...]." (Rote Armee Fraktion 1997 [1976]: 202)

Darüber hinaus hätte die militärische Strategie der USA im Zweiten Weltkrieg darauf gezielt, einen antiimperialistischen Widerstand seitens der Deutschen zu verhindern. Dazu hätte die US-Regierung mit dem Ziel der „Demoralisierung" die „Deutschen insgesamt" mit dem Nationalsozialismus assoziiert: „Ziele der Terrorbombardements waren die Wohnviertel der Bevölkerung. Diese Bestimmung zielte ebenso wie die propagandistischen Anstrengungen der US-Regierung, die Deutschen insgesamt mit dem faschistischen Staat zu identifizieren, auf die totale Demoralisierung und präventive Ausschaltung jedes Widerstandes in Deutschland gegen die Pläne des US-Imperialismus." (Rote Armee Fraktion 1997 [1976]: 203)

---

20 Vgl. auch Hauser 2006, S. 1288.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Auf den deutschen Nationalsozialismus referieren die RAF-Autor*innen konsequent mit dem allgemeinen Begriff des „Faschismus". Eine Mitverantwortung der Mehrheit der Deutschen für diesen Faschismus halten sie für abwegig. Allein die politischen Führer und ursächlich die „herrschende Klasse des Monopolkapitals" trügen die Verantwortung:

> „Indem die Besatzungsmacht die Ursachen des Faschismus nicht nur in die Person seiner Führer, sondern mit der rassistischen Behauptung der ‚Kollektivschuld' in den Charakter des ganzen Volkes verlagerte, verhinderte sie, dass die Niederlage der Arbeiterbewegung von 1933 als Konsequenz einer falschen Politik diskutiert wurde, und sie tabuisierte damit die tatsächliche Ursache des Faschismus: die herrschende Klasse des Monopolkapitalismus, das kapitalistische Produktionsverhältnis – und damit seine Kontinuität." (Rote Armee Fraktion 1997 [1976]: 210-211)

Dieses Muster der Schuldabwehr nationalsozialistischer Verbrechen, ohne diese explizit zu benennen – der deutsche Angriff auf die Sowjetunion wird nur als eine von den USA ersonnene Strategie erwähnt –, wie auch die Ausblendung jüdischer Opfer durchzieht weite Passagen der veröffentlichten Auszüge der Erklärung. Wenn die nationalsozialistische Diktatur erwähnt wird, dann ist die Vormachtstellung des „Monopolkapitals" gemeint, die ihrerseits gleichbedeutend mit Faschismus sei, der wiederum seine Fortsetzung in der von den USA besetzten Bundesrepublik finde, da die USA als imperialistische ergo faschistische Weltmacht um nichts anderes bestrebt sein könnten, als weiter an Territorium zu gewinnen. Die Nürnberger Prozesse hätten die Westalliierten allein aus zwei Gründen geführt: „weil das in Potsdam mit der Sowjetunion vereinbart war, weil es auch politisch-propagandistisch opportun war" (Rote Armee Fraktion 1997 [1976]: 213).

Schließlich seien nur jene „Monopolkapitalisten", die durch ihre allzu offensichtlichen Verbrechen sowieso desavouiert gewesen seien, „liquidiert" worden. Für welche Verbrechen die Angeklagten verurteilt wurden, erwähnen die RAF-Autor*innen auch an dieser Stelle nicht. Weder die Kriegsschuld noch die Beteiligung an der Shoah werden benannt.[21]

---

21 Die Kategorien, mit denen Rainer Maria Lepsius den Umgang mit dem NS-Erbe auf staatlicher Ebene in den Nachfolgestaaten des nationalsozialistischen Deutschlands fasste („Internalisierung" für die BRD, „Externalisierung" für Österreich und „Universalisierung" für die DDR, zit. n. Bergmann et al. 1995, S. 15 f.), eignen sich auch zur Beschreibung auf mikrosoziologischer Ebene. Demnach interpretiert die RAF die nationalsozialistische Geschichte vorwiegend „universali-

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Kontinuität des Faschismus: amerikanische „Kolonialisierung"

Die durch die alliierten Siegermächte herbeigeführte Kapitulation NS-Deutschlands hat aus Sicht der RAF-Autor*innen für das deutsche Proletariat die Lage keinesfalls verbessert, da die US-Besatzungsmacht Westdeutschland wie eine Kolonie beherrsche: „Die militärische Eroberung und Besetzung Westdeutschlands 1945 bedeutete für die Arbeiter, dass nach 12 Jahren Faschismus, Gestapo und KZs ihre Bedürfnisse weiterhin und erneut unterdrückt wurden – jetzt von den ‚Besatzer-Bajonetten und den Gewehren des Terrors' des US-Imperialismus." (Rote Armee Fraktion 1997 [1976]: 212-213) Die Deutschlandpolitik der Sowjetunion wird nicht diskutiert. Zunächst hätten sich die USA durch eine angeblich absichtlich herbeigeführte Hungersnot im Winter 1946/47 die Deutschen in den Westzonen gefügig gemacht und so auch ihren Widerstand gegen eine „Spaltung" der „Bevölkerung" durch Westintegration gebrochen (Rote Armee Fraktion 1997 [1976]:201).

Für die RAF-Autor*innen hat es kein Bewenden damit, dass die USA die BRD kolonialisiert und dadurch die alten faschistischen Strukturen lediglich in einen neuen Faschismus transformiert haben sollen. Auch die zeitgenössische Politik der BRD erscheint in ihrer Darstellung, wie bereits in den vorherigen Schriften, als von den USA ferngesteuert. Die SPD agiere als Kollaborateur der Imperialisten, wie es in der westdeutschen Außenpolitik nur besonders deutlich werde:

> „Verbrecherisch ist die Politik Bonns, indem sie die Ausplünderung und Entrechtung der Völker der Dritten Welt, ihren Hunger und ihr Elend erhält und vergrößert, um dem transnationalen Kapital die Profite zu sichern – für diese Profite unterstützt sie die brasilianischen Faschisten und integriert sich damit auch in die Völkermordstrategie an den autochthonen Völkern –; sie ist verbrecherisch, indem sie die nationale und kulturelle Identität der Völker durch imperialistische Gehirnwäscheprogramme über die Kommunikationssysteme, deren Verbreitung sie durchsetzt, zu zerstören versucht; sie ist verbrecherisch, indem sie sich in der Dritten Welt an der Entwicklung von Counterinsurgency-Apparaten beteiligt, um den Befreiungskrieg des Volkes zu unterdrücken." (Rote Armee Fraktion 1997 [1976]: 259)

---

sierend", indes mit der Behauptung einer Schuld der USA am Angriffskrieg zugleich „externalisierend".

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Anhand dieser Argumentation wird erneut die dichotomische Weltsicht der RAF-Autor*innen deutlich, in der weltweit nur Imperialisten mit ihren Verbündeten auf der einen Seite und von Imperialisten Beherrschte auf der anderen Seite existieren – in anderen Texten der RAF schlicht als Unterscheidung zwischen „Schweinen" und „Menschen" formuliert. Die vom Imperialismus bedrohten „autochthonen Völker" werden zudem in einem romantisch-völkischen Konzept als homogene Kulturnationen vorgestellt.

Israelfeindschaft und Täter-Oper-Umkehr: „Zionistischer Faschismus"

An dieser Stelle sprechen die RAF-Autor*innen zudem deutlich aus, womit sie sich – mit Ausnahme der Äußerungen Horst Mahlers und Ulrike Meinhofs zum Schwarzen September – in der Öffentlichkeit sonst eher zurückgehalten hatten: ihre manifeste Israelfeindschaft. Dem oben zitierten Abschnitt über die als „verbrecherisch" bezeichnete Politik der westdeutschen Regierung geht eine Passage voraus, in der vermeintliche Unterdrücker und Unterdrückte benannt werden.

> „Verbrecherisch ist die Politik der Sozialdemokratie, verbrecherisch sind ihre Funktionsträger als Agenten des Hauptfeinds der Menschheit, des US-Imperialismus: verbrecherisch ist die Politik der Bundesregierung, die als Funktion für die globale Strategie des US-Imperialismus Beschlüsse der UN und die Normen des Völkerrechts mißachtet, die den Rassismus in seinen verschiedenen Formen – ob Apartheid oder rhodesischen Siedlerrassismus oder den faschistischen Zionismus – unterstützt, die am Versuch des Völkermords gegen das vietnamesische Volk beteiligt war und die die Ausrottungsstrategie der vereinigten arabischen Reaktion Chaled, Hussein, Sadat, Gabus und ihren Alliierten Pahlevi gegen die Revolution in Oman und den Befreiungskampf der Völker am Arabischen Golf mit ‚technischer Hilfe', Geld und Waffen ebenso unterstützt, wie sie mit Geld, Waffen, Handelsverträgen, politischer und propagandistischer Hilfe die Ausrottungsstrategie Israels gegen das palästinensische Volk unterstützt und wie sie Folter und Terror im Iran wirtschaftlich, politisch und militärisch unterstützt und fördert – wie in zahlreichen anderen Staaten der Dritten Welt." (Rote Armee Fraktion 1997[1976]: 258)

Dies ist nicht die einzige Stelle in der „Erklärung zur Sache", an der Israel den imperialistischen Unterdrückern und das palästinensische Volk der unter dem Imperialismus leidenden Seite zugeschrieben wird. Zwar wird

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

in dieser Passage auch anderen Regierungen vorgeworfen, Genozide geplant oder versucht zu haben („Versuch des Völkermords gegen das vietnamesische Volk", „Ausrottungsstrategie der vereinigten arabischen Reaktion"), und als „Hauptfeind der Menschheit" wird der „US-Imperialismus" ausgemacht, doch des veritablen „Faschismus" wird an dieser Stelle allein Israel bezichtigt („faschistischer Zionismus"). Indem die Autor*innen Israel einen „faschistischen Zionismus" attestieren und eine „Ausrottungsstrategie gegen das palästinensische Volk" unterstellen, wenden sie den Begriff des Faschismus und des Genozids ausgerechnet auf jenen Staat an, der Heimat vieler im nationalsozialistischen Deutschland verfolgter Jüdinnen und Juden geworden war. Es werden nicht konkrete diskriminierende und rassistische Elemente der Politik Israels kritisiert, sondern Zionismus, die Idee der jüdischen Staatsgründung, wird undifferenziert als faschistisch bezeichnet, der jüdische Staat wird der „Ausrottung" des „palästinensischen Volks", des Genozids, bezichtigt.

Sekundärer Antisemitismus

Dass in den Schriften der RAF Motive einer besonderen Form des Antisemitismus, des Schuldabwehrantisemitismus zu finden seien, darauf haben bisher nur wenige Autor*innen hingewiesen. Die „Erklärung zur Sache" erfüllt ein bedeutendes Kriterium eines solchen sekundären Antisemitismus: die Projektion der Verbrechen der Täter auf die Opfer und deren Nachkommen sowie die Projektion des Opferstatus auf die Täter und deren Nachkommen. Die Autor*innen der „Erklärung" schreiben Israel als Komplizen der USA und der BRD nicht nur die Eigenschaft des faschistischen „Ausrottungsstrategen" des „palästinensischen Volks" zu, sondern projizieren auch sich selbst, die Erben der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft, als Opfer der imperialistischen Verbündeten.

Als Argumentationsmuster war die Grundlage dieser Schuldumkehr bereits in den Gründungserklärungen der RAF angelegt. In der dichotomischen Weltsicht – auf der einen Seite der Imperialismus, vertreten durch die USA mit ihren Verbündeten, auf der anderen Seite die kommunistischen Staaten und Befreiungsbewegungen in den ehemaligen Kolonialstaaten und den Nachfolgestaaten des Osmanischen Reichs – erschienen die Deutschen schon damals als Opfer eines auf die USA projizierten, mit Faschismus gleichgesetzten Imperialismus. Die Absurdität, Martin Luther King, Mahatma Gandhi und Rudi Dutschke allesamt als Opfer des US-Imperialismus in diese Weltsicht zu integrieren, wie in der ersten kollektiven Erklärung vom Mai 1970 (Rote Armee Fraktion 1970a), versuchten die Au-

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

tor*innen in der „Erklärung zur Sache“ mit einer anderen Absurdität kohärent erscheinen zu lassen: Nicht erst die BRD, auch NS-Deutschland konstruieren sie als eine vom US-Imperialismus gesteuerte Macht. Die Argumentation gipfelt in der Behauptung, die USA hätten letztlich den Angriff NS-Deutschlands auf die Sowjetunion zu verantworten. Das „deutsche Volk“ entlasten sie auf diese Weise nicht nur von der Verantwortung für den Nationalsozialismus und die nationalsozialistischen Verbrechen, sondern sie stellen es in der Folge, nach der Kapitulation NS-Deutschlands, als Opfer der USA dar. Das Wort „Terror“ verwenden die Autor*innen der „Erklärung“ nicht für nationalsozialistische Gräueltaten, sondern ausschließlich für die Bomben-Angriffe der Westalliierten auf deutsche Großstädte während des Zweiten Weltkriegs.

Der alliierte Sieg über NS-Deutschland stellte in den Augen der RAF für die westlichen Nachfolgestaaten des Dritten Reichs keinen Bruch dar, sondern im Gegenteil: Während die NS-Herrschaft als eine Art unsichtbare „indirect rule“ der USA dargestellt wird, seien die USA nach dem Sieg offen als Kolonialmacht aufgetreten. Die Deutschen werden in dieser Darstellung zu Kolonialisierten unter anderen kolonialisierten Völkern, zu denen die RAF-Autor*innen auch das palästinensische Volk zählen. Die Palästinenser*innen sehen sie indes nicht als ein von Großbritannien oder osmanischen Herrschern, sondern allein von Israel kolonisiertes Volk, das sich zu Recht von dem jüdischen Staat zu befreien suche. Jüdinnen und Juden gestehen sie das Selbstbestimmungsrecht, in einem jüdischen Staat zu leben, hingegen nicht zu. Einer der Änderungsvorschläge des Entwurfs zur „Erklärung zur Sache“ lautete dementsprechend:

> „streich doch mal das ‚israel‘ da im zweiten absatz. naja – weil das aussprechen von tatsachen auch ne waffe ist – kann man überhaupt schluß machen damit, dies gebilde da überhaupt noch so zu nennen, jetzt – sondern eben auch seine illegitimität und sein wesen immer aussprechen, auf'n (kampf) begriff bringen: rassistische und faschistische siedlerkolonie des zionismus, zionistisches gebilde, staat der zionistischen aggression usw...“[22]

Auch wenn die Autor*innen auf das Wort „Israel“ in der Schlussredaktion nicht komplett verzichteten, so besteht kein Anlass, daran zu zweifeln, dass die prinzipielle Zustimmung zu diesem Vorschlag einhellig gewesen

22 N.N. (o.J.): „hh. Zu den 12 seiten“, bei: Erklärung zur Sache (diverse Fassungen und Anmerkungen), AHIS, St.V/034/003.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

ist. Die Formulierung „aggressive rassistische Siedlerkolonie des Zionismus" wurde mindestens übernommen.[23]

Befreiungsnationalismus gegen die USA und Israel

Dorothea Hausers Feststellung, die RAF übertrage die Idee des Befreiungsnationalismus auf die BRD als zu befreiende Nation (Hauser 2006), lässt sich an vielen Passagen der „Erklärung zur Sache" nachvollziehen. Wie die Autor*innen „Nation" und „Volk" indes begrifflich fassen, bleibt stets widersprüchlich. Auch eine konsistente, analytisch klare Verwendung des marxistischen Begriffs Proletariat unterbleibt. Vielmehr erscheinen „Volk" und „Masse" als Mischung aus den proletarischen Klassen einerseits und einem naturgegebenen kulturell-ethnischen Kollektiv, dem auch die bürgerlichen Klassen angehören, andererseits. „Volk" als politischen Souverän eines nicht-sozialistischen Staates zu verstehen hätte die antibürgerliche Perspektive der RAF-Autor*innen nicht zugelassen. Stattdessen verwenden sie in Bezug auf das nationalsozialistische Deutschland und die BRD „Volk", „Proletariat" und „die Deutschen" synonym.

Während die politische und ökonomische Rolle europäischer, darunter auch deutscher, Staaten in der Geschichte des Kolonialismus in der „Erklärung zur Sache" nicht dargestellt wird, erscheint die BRD aus Sicht der RAF als eine von den USA kolonialisierte Nation. Psychologisch würden die USA dieselben Mechanismen der Machtsicherung gegen das „Proletariat in Westdeutschland" anwenden wie die Kolonialstaaten in ihren Kolonien gegen die autochthone Bevölkerung.

Die RAF-Autor*innen vergleichen zunächst die von den USA angeblich aufgestellte Behauptung einer zu antidemokratischen Einstellungen neigenden „Charakterstruktur des deutschen Volkes" mit dem Pejorativ des „geborenen Verbrechers", das die französischen Kolonialherren „dem Algerier" aufgedrückt hätten. Zudem entspräche das Pejorativ „der ‚geistigen Infantilität des Eingeborenen'", mit dem „der Imperialismus seit je in der Dritten Welt operiert gegen die Völker", der Unterstellung „der ‚politische[n] (demokratische[n]) Infantilität', mit der die US-imperialistische Besatzungsmacht in Westdeutschland gegen das Proletariat operierte". (Rote

23 Bei den drei Nennungen in den veröffentlichten Auszügen wird „Israel" zwei Mal mit delegitimierenden Attributen genannt – als „Ausrottungsstratege" und als „aggressive rassistische Siedlerkolonie des Zionismus". (Rote Armee Fraktion 1997 [1976]: 227).

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Armee Fraktion (1997 [1976]: 211). An dieser Gleichsetzung wird zum einen deutlich, dass „Proletariat" und „die Deutschen" synonym verwendet werden. Zudem wird ein essentialistisches Konzept der Nation formuliert:

> „Also ging es für die Besatzer darum, nach den Bestimmungen ihrer psychologischen Herrschaftstechniken ‚die Deutschen zur Demokratie zu erziehen' – d.h. die Kultur, das Geschichtsverständnis, das Bewußtsein der historischen Existenz und Identität nicht nur zu verändern, sondern vor allem und zuerst zu brechen." (Rote Armee Fraktion (1997 [1976]: 211)[24]

Die RAF-Autor*innen postulieren eine „historische Existenz und Identität" der Deutschen, die allein durch die USA bedroht werde. Es fragt sich, wo innerhalb dieser Nation ein Klassengegensatz zu verorten wäre. Stattdessen verlagern die Autor*innen die Gegensätze nach außen. Der Antagonismus zwischen Imperialismus und Dritter Welt sei gleichbedeutend mit dem Antagonismus von Imperialismus und Proletariat, der wiederum gleichbedeutend sei mit dem Antagonismus zwischen den USA und der als naturwüchsig, kulturell homogen vorgestellten deutschen Nation.[25]

Um zu verdeutlichen, wie dieser in der Dritten Welt und Deutschland analoge imperialistische Mechanismus gegen unterdrückte „Völker" angeblich wirke, zitieren die Autor*innen zustimmend den damaligen Vorsitzenden der PLO, Yassir Arafat:

> „Der Imperialismus mit seinen verschiedenen Namen ist in unsere Länder eingedrungen, um die Menschen zu erniedrigen, um ihn [sic!] seiner zivilisatorischen, nationalen und menschlichen Entwicklungsmöglichkeiten zu berauben, um ihm die grundlegenden Menschenrechte zu entziehen, um dann seine Rolle in der Geschichte und der Kultur zu unterdrücken, um seine geistigen und materiellen Energien auszubeuten und um seine schöpferische Fähigkeiten zu lähmen." (Rote Armee Fraktion (1997 [1976]: 211)

Angesichts der weiter bestehenden Kontakte mit palästinensischen Terrorist*innen, von denen sich die Anführer*innen der RAF im bewaffneten Kampf hatten schulen lassen, verwundert es nicht, dass die Autor*innen der „Erklärung" Yassir Arafat als Referenz heranziehen. Die im Zitat ent-

24 Dorothea Hauser zitiert diese Stelle ebenfalls (Hauser 2006:1289).

25 An anderer Stelle wird die Kontinuität mit „der faschistischen Volksgemeinschaft" beklagt. (Rote Armee Fraktion 1997 [1976]: 212).

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

haltene Vorstellung eines Imperialismus als handelndes Subjekt auf der einen Seite und der in einer essentialistischen, nicht sozioökonomisch begründeten Wir-Identität vereinten arabischen Länder auf der anderen Seite wird freilich der geschichtlichen Entwicklung der Machtverhältnisse in und zwischen den jeweiligen Ländern nicht gerecht. Zudem widerspricht ein Vergleich der zeitgenössischen Situation von in arabischen Ländern und in Israel und anderen „imperialistischen" Staaten lebenden Palästinenser*innen der manichäischen Einteilung in imperialistische Täter und kolonialisierte Opfer. Indes fügte sich die Geschichtsdeutung Arafats, der zu dieser Zeit offiziell die Zerschlagung Israels forderte,[26] in das dichotomische Weltbild der RAF.

Das RAF-eigene Verständnis von Kolonialisierung entblößt in dieser Gleichsetzung der Beziehung zwischen den USA und Deutschland mit der Beziehung zwischen Israel und Palästinenser*innen besonders deutlich seine Absurdität, wenn man sich die Menschheitsverbrechen des nationalsozialistischen Deutschlands vor Augen führt: den Angriffskrieg gegen Polen und den damit ausgelösten Zweiten Weltkrieg, das antijüdische Bündnis mit arabischen Akteuren im Nahen Osten, die Kriegsverbrechen und die Verfolgung und Ermordung der Jüdinnen und Juden Europas. All dies wird nicht ausgesprochen. Stattdessen seien, folgt man der RAF-Logik, das nationalsozialistische Deutschland ebenso wie arabische Länder vom „Imperialismus" in Gestalt der USA respektive Israels mit dem Ziel okkupiert worden, den dort lebenden Menschen die Menschenrechte zu entziehen.

Doch wie gelang es den Autor*innen der „Erklärung zur Sache", die Tatsache auszublenden, dass die nationalsozialistische Diktatur von den Deutschen selbst errichtet wurde, dass es Deutsche waren, die millionenfach gemordet und Menschenrechte verletzt hatten, und dass in den Verfassungen der Nachfolgestaaten des Deutschen Reichs Menschenrechtsstandards erst wieder verankert werden mussten? Was zeichnete aus Sicht der RAF das „Bewusstsein der historischen Existenz und Identität" der Deutschen aus, und was war mit diesem Bewusstsein im nationalsozialistischen Deutschland passiert? Welche „historische Existenz und Identität" der Deutschen bis zur Kapitulation NS-Deutschlands suchten die USA zu „brechen", und wie verhielt sich diese „Existenz und Identität" zu Faschismus und Antisemitismus?

---

26 The Palestinian National Charter: Resolutions of the Palestine National Council July 1-17 1968, abgedr. in The Avalon Project, Documents in Law, History and Diplomacy, Lillian Goldman Law Library, Yale Law School, https://avalon.law.yale.edu/20th_century/plocov.asp.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Schuld, Scham und antisemitische Feindbilder

Bis zur Inhaftierung ihrer Kader im Sommer 1972 hatte die RAF in ihrem „bewaffneten Kampf" sieben Personen getötet und über hundert weitere verletzt, viele davon schwer.[27] Die so genannte „zweite Generation" der RAF mordete weiter, mit dem vorrangigen Ziel, ihre inhaftierten Kader freizupressen. Zur Rechtfertigung ihrer Gewalt bemühte die RAF Theorie-Anleihen aus dem Marxismus-Leninismus, dem Maoismus, dem Existentialismus, dem Postmarxismus und Postkolonialismus. Häufig begnügten sich die RAF-Autor*innen mit Zitaten, ohne sich auf deren Inhalt argumentativ klar zu beziehen. Aus dem Pool an Theoriefragmenten leiteten die Autor*innen der RAF keine klare Hypothese oder neue Theorie ab. Differenzen trugen sie nicht in Form wissenschaftlicher Auseinandersetzung aus, sondern sie wichen auf psychologisch-moralische und dezisionistische Argumentationen aus und verdrehten historische Fakten. Immer wieder wurde die Theoriefeindlichkeit selbst zum Konzept erhoben: Erst mit der „Praxis", verstanden ausschließlich als Praxis der Gewalt, werde sich zeigen, ob die Revolution erfolgreich sein könne.

Trotz aller durch die RAF dennoch geleisteten umfangreichen Lektüre, trotz aller theoretischen Bemühungen und des beständigen Rückgriffs auf einen wissenschaftlichen Jargon kann daher von einer kohärenten „antifaschistischen Ideologie" der RAF nicht gesprochen werden. Vielmehr projizierte die RAF „Faschismus" auf all jene, die entweder bereits erklärtes Feindbild waren oder die sich im Verlauf der weiteren Militarisierung der RAF immer deutlicher als deren politische Gegner positionierten.

Für die Motive der RAF-Terrorist*innen erörtert Dorothea Hauser einen emotionalen Faktor, das Schamgefühl. Tatsächlich haben an anderer Stelle zwei der RAF-Gründer*innen, Horst Mahler und Ulrike Meinhof, als Motive ihres Handelns formuliert, sich nicht mehr für das „deutsche Volk" schämen zu müssen.[28] Deshalb spricht Hauser nicht von Schuldabwehr, sondern von Schamabwehr. Damit versucht sie insbesondere die verbreite-

27 Drei der Toten waren Beamte des Bundeskriminalamts oder anderer Polizeibehörden, die anderen vier waren Angehörige der US-Streitkräfte in der BRD, vgl. https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/geschichte-der-raf/49319/die-namen-der-toten.

28 Dorothea Hauser zitiert Ulrike Meinhof: „[...] dass aus dem zusammenhang von proletarischem internationalismus die geschichte eines volkes, wie es die des deutschen ist, und so unsere geschichte mal aufhört, eine geschichte zu sein, über die [...] man sich schämen müsste". (Meinhof 1976: 37, zit. in: Hauser 2006: 1294). Martin Jander zitiert Horst Mahler aus einem Gespräch mit dem Bundesinnenmi-

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

te These zurückzuweisen, die RAF habe versucht, den unterlassenen Widerstand ihrer Elterngeneration im Nationalsozialismus stellvertretend nachzuholen. Eine Ambivalenz besteht dabei darin, dass die Nachfolgegeneration der Täter*innen-Generation mit dieser Generation, trotz aller pauschaler, in die Gegenwart übertragener Schuldzuschreibungen, viele Elemente der Geschichtsdeutung NS-Deutschlands teilte, insbesondere die Inanspruchnahme von Opfer-Narrativen bei der gleichzeitigen Idee einer moralischen und kulturellen Superiorität der Deutschen gegenüber der amerikanischen Siegermacht.

Eine Analyse der in den veröffentlichten Auszügen der „Erklärung zur Sache" herausgearbeiteten Muster der Faschismus-Projektionen und Opfer-Identifikationen findet dreierlei: Die Behauptung einer Kontinuität des Faschismus, die Leugnung der Schuld der Elterngeneration und eine Abwehr der Scham über die Schuld der Elterngeneration. Je elaborierter die RAF versuchte sich zu rechtfertigen, je länger sie an der moralischen Richtigkeit der von ihr angewandten terroristischen Gewalt festhielt, umso mehr leugnete sie die Schuld der zuvor immer wieder angeklagten „Generation von Auschwitz"[29] an der Shoah, umso mehr verdrehte sie historische Tatsachen, und umso mehr verfing sie sich in Widersprüchen, die sie mit noch mehr verfälschter deutscher Geschichte übertünchte. Im Grunde entblößte die RAF mit dem Versuch, die Komintern-These des Faschismus zu adaptieren, deren Unvereinbarkeit mit historischen Tatsachen ebenso wie die falsche Prämisse der antifaschistischen Ideologie des kommunistischen Teils der Nachfolgestaaten NS-Deutschlands: Weder korrespondierte die Vorstellung, der Antisemitismus sei nur ein Nebenschauplatz des Nationalsozialismus, mit den historischen Fakten, noch korrespondierte das Selbstverständnis der DDR, ein vom Nationalsozialismus unbelasteter Staat zu sein, mit der Verstrickung und Mitschuld eines großen Teils der Bürger*innen aller Nachfolge-Staaten des nationalsozialistischen Deutschen Reichs (Heitzer/Jander/Kahane/Poutrus 2018). Insbesondere die Kontinuität des Antisemitismus in beiden deutschen postnationalsozialistischen Staaten wurde von der RAF nicht benannt. Eine kommunistische Faschismus-Analyse hätte diese weder für die BRD noch für die DDR zu erklären vermocht.

---

nister Gerhart Baum: „Ich musste mich sehr früh, als ich politisch wach wurde, schämen, Deutscher zu sein. Das ist eigentlich eine fürchterliche Sache, wenn man sich nicht mit seinem Volk identifizieren kann." (Jander 2006b: 390)

29 Vgl. Bressan 2008.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Den in früheren Schriften und Erklärungen verwandten Argumentationsmustern ist in der in den Jahren 1975 und 1976 verfassten „Erklärung zur Sache“ nichts wesentlich Neues hinzugefügt. Bestimmend ist weiterhin die Gleichsetzung von Imperialismus, Kapitalismus und Faschismus mit den USA als „Hauptfeind der Menschheit“, der im Nahen Osten vor allem von Israel vertreten werde. Weltpolitische Ereignisse seit der Terror-Offensive der RAF im Mai 1972, wie der Rückzug der US-Streitkräfte aus Vietnam einerseits, der Aufbau des Terror-Regimes der Roten Khmer in Kambodscha andererseits, finden keine Berücksichtigung. Die Umdeutung der Geschichte des Nationalsozialismus erfolgt jedoch ausführlicher und ist noch deutlicher mit einem ethnisch-kulturellen Konzept deutscher nationaler Identität verknüpft, die als antagonistisch zu Kapitalismus, Imperialismus, Faschismus und den USA vorgestellt wird: Die Mitglieder der RAF sahen sich als nationale Befreiungskämpfer*innen, für die eine kollektive Identität einer essentialistisch, als kulturell homogen imaginierten Nation ein wichtiger Bezugspunkt war.[30] Insofern ist zu vermuten, dass es ihnen tatsächlich auch darum ging, Schuld von „ihrem Volk“ abzuweisen.

Motive einer solchen Schuldabwehr finden sich in der „Erklärung zur Sache“ in bis zur Absurdität zugespitzter Form. Die Verantwortung der Deutschen für den Nationalsozialismus und die nationalsozialistischen Verbrechen wird ausgeblendet, der Kreis der Täter*innen und Unterstützer*innen auf eine kleine Gruppe der Machthabenden begrenzt sowie eine Mitschuld, im Fall der Ausweitung des Zweiten Weltkriegs auf die Sowjetunion sogar eine ursächliche Schuld, auf die USA projiziert. Explizit wird an einer Stelle darüber hinaus eine, so die Autor*innen der RAF, von den USA behauptete Kollektivschuld der Deutschen zurückgewiesen. Die „propagandistischen Anstrengungen der US-Regierung, die Deutschen insgesamt mit dem faschistischen Staat zu identifizieren“, seien neben der „Bestimmung“, dass im Zweiten Weltkrieg nicht Industrieanlagen, sondern die Wohnviertel Ziel der „amerikanischen Bomberkommandos“, der „Terrorbombardements“, gewesen seien, eine Methode zur „Demoralisierung“ der Deutschen und zur „präventiven Ausschaltung jedes Widerstandes in Deutschland gegen die Pläne des US-Imperialismus“ (Rote Armee Fraktion 1997 [1976]: 210-211). Dass ein überwiegender Teil der Deutschen das NS-Regime unterstützte, ein großer Teil noch bis in die letzten Kriegsmo-

30 Zum Konzept des Nationalstaats vgl. auch den von Ulrike Meinhof verfassten Text „zum begriff des nationalstaats“, in dem sie Nation als ein in der Vergangenheit liegendes, urwüchsiges Gebilde vorstellt, das erst durch den Kapitalismus „nur noch zur Fiktion“ wurde. (Meinhof 1976: 50)

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

nate hinein, verleugnen die Autor*innen. Während sie an anderer Stelle in der „Erklärung" selbst eine „Kontinuität der faschistischen Volksgemeinschaft" behaupten (Rote Armee Fraktion 1997 [1976]: 212) – allerdings nur im Zusammenhang mit dem Vorwurf, die „US-Besatzungsmacht" habe diese Kontinuität „mit ihrer Politik gesichert" –, sind sie hier wie über weite Strecken der „Erklärung" bemüht, das deutsche „Volk" von jeglicher Verantwortung für den deutschen Faschismus zu entlasten.

Da Scham zu empfinden und zu äußern ein gewisses Bewusstsein über die ethische respektive moralische Unangemessenheit eines Verhaltens voraussetzt – des eigenen Verhaltens oder des Verhaltens von Personen einer für die eigene Identität relevanten Gruppe –, ist davon auszugehen, dass das Ausblenden der Verantwortung einer Mehrheit der Deutschen für den Nationalsozialismus und dessen Verbrechen nicht vollkommen unbewusst geschieht. Mit Gewissheit gilt dies für das Ausblenden jüdischer Opfer, die, worauf erneut Dorothea Hauser bereits hingewiesen hat, in der deutschen Öffentlichkeit im ersten Jahrfünft der1960er Jahre – zur Zeit der Politisierung der RAF-Gründer*innen – sehr präsent gewesen waren.[31] Wie anhand der RAF-internen Auseinandersetzung um die Identifikation mit jüdischen Opfern gezeigt wurde, verfügten die inhaftierten Terrorist*innen durchaus über ein Basiswissen um die größte Opfergruppe des Nationalsozialismus.

Der Widerspruch, der darin besteht, einerseits um die Verantwortung der Elterngeneration und um die jüdischen Opfer zu wissen und andererseits beides auszublenden, tritt auch in einem Interview vom Januar 1975 deutlich zutage. Anders als später in der „Erklärung zur Sache", in der sie die USA explizit für den deutschen Überfall auf die Sowjetunion verantwortlich gemacht hatten, gestehen die in Stammheim Inhaftierten hier den Westalliierten die banale Tatsache zu, gemeinsam mit der Sowjetunion die „Niederlage des alten Faschismus" herbeigeführt zu haben.[32] Zudem verweisen sie auf den im Gegensatz zu anderen Ländern weitgehend ausgebliebenen bewaffneten Widerstand in Deutschland – nur um

31 Insbesondere zwei Gerichtsverfahren, der Eichmann-Prozess in Jerusalem im Jahr 1961 sowie der Auschwitz-Prozess in Frankfurt/Main 1963–1965, waren in den westdeutschen Medien sehr präsent. Zur Politisierung Gudrun Ensslins, insbesondere durch die Spiegel-Affäre 1962, vgl. Bressan/Jander 2006, zu Ulrike Meinhof als Chefredakteurin der Zeitschrift *Konkret* vgl. Ditfurth 2007 u. Wesemann 2007, zu Horst Mahler vgl. Fischer 2015 u. Jander 2006b.

32 N.N. (1976): „Wir werden in den Durststreik treten." Spiegel-Fragen an Andreas Baader, Ulrike Meinhof, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe, in: *Der Spiegel* 1975/Nr. 4 (20.01.1975).

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

für Letzteres wiederum den „Imperialismus“ und damit dessen Verkörperung, die USA, verantwortlich zu machen:

> „Seit 1918/19 hat in den Klassenkämpfen in Deutschland die imperialistische Bourgeoisie, ihr Staat, die Initiative und ist in der Offensive gegen das Volk – bis zur völligen Zerschlagung der Organisationen des Proletariats im Faschismus, bis zur Niederlage des alten Faschismus, nicht durch bewaffneten Kampf hier, sondern die sowjetische Armee und die Westalliierten, bis heute. […] Es hat hier nicht wie in Frankreich, Italien, Jugoslawien, Griechenland, Spanien, selbst Holland massenhaften, bewaffneten antifaschistischen Widerstand gegeben. Ansätze dazu sind nach 45 von den Westalliierten sofort zerbrochen worden.“[33]

Sind die Autor*innen der RAF tatsächlich davon ausgegangen, dass es sich bei dem antifaschistischen bewaffneten Widerstand in Frankreich und Holland um Klassenkämpfe handelte, nicht um einen mehr als nur das „Proletariat“ umfassenden Widerstand gegen die deutsche Besatzungsmacht und deren Kollaborateure? Die im Vergleich zu den Nachbarländern in Deutschland spärlichen – jedoch nicht gänzlich ausgebliebenen – Versuche des Widerstands gegen das NS-Regime werden an dieser Stelle ebenso wenig benannt wie die Zustimmung der Mehrheit der Deutschen, inklusive eines beträchtlichen Teils der Arbeiter*innenschaft, zum Nationalsozialismus, auch nicht, wenn die Interviewten feststellen:

> „Das alles heißt für uns und die legale Linke hier: Es ist nichts da, woran wir anknüpfen, worauf wir uns historisch stützen, was wir organisatorisch oder im Bewußtsein des Proletariats voraussetzen könnten, nicht einmal demokratische, republikanische Traditionen.“[34]

Die Weimarer Republik zählt die RAF offenbar nicht als demokratisches Erbe der Deutschen. Die demokratische Verfassung der BRD jedenfalls sei „dem Volk nur aufgestülpt“ worden: „Eine Demokratie, die nicht erkämpft, dem Volk nur aufgestülpt wurde, hat keine Massenbasis, kann nicht verteidigt werden, wird es nicht. Das alles sind spezifische Bedingungen des politischen Territoriums Bundesrepublik.“[35] „Aufgestülpt“ aber wurde die Demokratie den Deutschen, so die RAF, von den imperialistischen USA. Zugleich kann der „Faschisierungsprozess“, den die RAF in

33 Ebd.
34 Ebd.
35 Ebd.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

der BRD zu erkennen vermeint,[36] in dieser Sichtweise primär nicht in Kontinuitäten von Elementen nationalsozialistischer Ideologie in allen Gesellschaftsschichten begründet sein. Wie auch in der „Erklärung zur Sache" formuliert, gehe die „Faschisierung" vielmehr von den USA aus, die vermeintliche Ansätze zu einem bewaffneten Widerstand des deutschen Proletariats ausgeschaltet habe.

An den Widersprüchen ihrer Argumentationen, etwa einerseits der Behauptung einer Kontinuität faschistischer Volksgemeinschaft und andererseits der Entlastung einer Mehrheit der Deutschen von einer Verstrickung in den Nationalsozialismus, störten sich die RAF-Autor*innen offenbar nicht. In der anfänglich innerhalb der RAF strittigen Frage, inwieweit Deutsche als revolutionäres Subjekt geeignet seien, setzte sich Ulrike Meinhofs Haltung durch, das deutsche Volk sei vom Faschismus freizusprechen, „denn die Leute haben ja wirklich nicht gewußt, was in den Konzentrationslagern vorging".[37]

In ihrem Bemühen, die Verantwortung der Deutschen für die NS-Verbrechen abwechselnd zu universalisieren und zu externalisieren, projizierten die Autor*innen der RAF Faschismus auf die Siegermacht USA sowie auf Israel und damit jenen Staat, der Jüdinnen und Juden in aller Welt erstmalig einen Staat bot, der Freiheit vor antisemitischer Verfolgung garantierte.

Amerikaner*innen bezeichnete die RAF als Faschisten, deren vermeintliche Kollaborateur*innen in der BRD als „Schweine". Die erste tödliche Terror-Operation der RAF zielte auf US-Soldaten in der Bundesrepublik. Ihr ebenso gegen Israel gerichtetes Feindbild ging so weit, dass sie dem jüdischen Staat das Existenzrecht absprachen und sich mit palästinensischen Terror-Organisationen verbündeten. Verbal äußerten RAF-Mitglieder ihr antiisraelisches Feindbild immer wieder verbunden mit antisemitischer Rhetorik. In bisher nicht veröffentlichten Quellen finden sich weitere Belege, nicht nur für sekundärantisemitische, sondern auch klassische antisemitische Argumentationsmuster. In Entwürfen zu einem Theoriepapier und Schulungsprojekt der RAF sieht Ulrike Meinhof einen besonderen Er-

---

36 „Innenpolitisch ist das einer der Gründe, weshalb der Faschisierungsprozess, das Über- und Auswuchern des Polizeiapparates, der Staatsschutzmaschine als Polizeistaat im Staat, die faktische Beseitigung der Gewaltenteilung, die Verabschiedung von faschistischen Sondergesetzen im Rahmen des Programms ‚innere Sicherheit' […] so reibungslos möglich ist." (ebd.)

37 s. Fußnote 12 (Peter Jochen Winters, Ulrike Meinhof läßt sich nur Stichworte geben, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 15. Dezember 1972, zit. n. Hauser 2006, S. 1293); vgl. Vukadinovic 2014, S. 215-216.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

kenntnisgewinn in Karl Marx' Schrift „Zur Judenfrage". Sie lobt diese als „phantastische analyse des ‚besonderen gesellschaftlichen elements', dessen überwindung, bedingung/ voraussetzung/ conditio sine qua non die emanzipation der juden vom judentum wäre".[38] Sie ist überzeugt, dass Marx' Vorstellung über das Judentum, das der Emanzipation der Gesellschaft im Weg stünde,[39] nach der Shoah nicht etwa widerlegt, sondern durch die Shoah bestätigt worden sei. Das Wort „Judenfrage" setzt sie in ihrem Exzerpt nicht in Anführungszeichen. Sie zitiert die antisemitischen Passagen in Marx' Schrift und versieht diese mit Unterstreichungen.[40] Zum Zitat „Aus ihren eignen Eingeweiden erzeugt die bürgerliche Gesellschaft fortwährend den Juden" verweist sie auf ihre sekundärantisemitische, israelfeindliche Schrift zum Schwarzen September.[41] Schließlich wendet sie die Ablehnung von Bürgerrechten als per se partikularistisch auf die Situation in der BRD und leitet daraus ab, die bürgerliche Gesellschaft könne die RAF nicht als politische Gefangene etikettieren, da sie sonst der RAF zugestehen würde, dass diese einen „Kampf für das Volk" und „vom Volk" führe.[42]

Hass und Selbsthass statt Verantwortung und Haftung

Die hervorstechende Emotion in der „Erklärung zur Sache", wie auch in den anderen Schriften, ist – wenig überraschend – Hass. Wie es für Terrorismus kennzeichnend ist, versuchte die RAF ihren Hass nach außen mit moralischen Argumenten zu begründen: Nicht sie selbst, sondern ihre

38 Meinhof, Ulrike (o.J., vermutlich 1973), DER anfang. im sinn von wissenschaftlicher, materialistischer begründung der politik der raf, AHIS, En, G/010,007 (1973–1974), Bl. 26-1, S. 13 f.

39 „‚Nun wohl! Die Emanzipation vom Schacher und vom Geld, also vom praktischen, realen Judentum wäre die Selbstemanzipation unsrer Zeit.'" Exzerpt zu Karl Marx, „Die Judenfrage" mit Unterstreichungen von Ulrike Meinhof, ebd.

40 „‚Welches ist der weltliche Grund des Judentums? Das praktische Bedürfnis, der *Eigennutz*. Welches ist der weltliche Kultus der [sic!] Juden? Der *Schacher*. Welches ist sein weltlicher Gott? *Das Geld*.'" (ebd., Unterstreichungen von Ulrike Meinhof); zum Marx-Original vgl. https://gutenberg.spiegel.de/buch/zur-judenfrage-9720/3.

41 „sh die neufassung des abschnitts ‚NS-faschismus' im münchen-papier". In: Meinhof, Ulrike (o.J., vermutlich 1973): DER anfang. im sinn von wissenschaftlicher, materialistischer begründung der politik der raf, AHIS, En, G/010,007 (1973–1974), Bl. 26-1, S. 13 f.

42 Ebd.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Gegner seien „verbrecherisch" und „Schweine" (Rote Armee Fraktion 1997 [1976]: 258 u. 205). Doch in ihrem internen Schriftwechsel trifft der Hass nicht nur ihre Gegner, sondern die Autor*innen richten ihre menschenverachtende Sprache gegen andere RAF-Mitglieder sowie gegen sich selbst. Immer wieder wird diese Verachtung verbunden mit der familiären Herkunft aus dem bürgerlichen Milieu. Holger Meins verlangte in den Monaten der Hungerstreiks im Jahr 1974 von seinen Genoss*innen, sich kompromisslos in der proletarischen Klasse zu verorten, indem alles, was die Genoss*innen mit der „alten Klasse" – gemeint ist die familiäre Herkunft aus der Bourgeoisie – verbinde, gnadenlos zu bekämpfen sei, in sich selber wie gegenüber dem Herkunftsmilieu:

> „selbstkritisch muss man die alte klasse, soweit sie einen noch beherrscht, besitzt und besetzt hält, rausschmeissen, widerstand zuerst, die individuelle produktivkraft, heisst: kampfkraft wiederherstellen, dann befreiungskrieg, die besetzten gebiete zurückerobern, seine dimension als mensch, seine ehre zb wiedergewinnen und schliesslich sieg bis zur restlosen vernichtung der klasse." (Meins 1987 [1974a]: 83)

Kurz darauf formulierte er in einer in Abwandlungen immer wieder von RAF-Autor*innen bemühten Gut-/Böse-Dichotomie das Ziel, „dem Volke dienen": „[...] es stirbt allerdings ein jeder. frage ist nur wie und wie du gelebt hast und die Sache ist ja ganz klar: KÄMPFEND GEGEN DIE SCHWEINE als MENSCH FÜR DIE BEFREIUNG DES MENSCHEN: revolutionär, im kampf - bei aller liebe zum leben: den tod verachtend. das ist für mich: dem volke dienen" (Meins 1987 [1974b]: 185).

Andere RAF-Mitglieder formulierten diese auf sich selbst angewandte Freund-/Feind-Dichotomie ähnlich. Um sich selbst zum Volk zählen zu können, müssten sie sich von ihrem Klassen-Erbe befreien, was nur im Kampf gegen Kapital und Bourgeoisie außen wie auch in ihnen selbst gelänge. Damit leugneten sie eine essenzielle Dimension sowohl ihrer angestrebten „Volks"-Zugehörigkeit als auch ihrer familiären Herkunft – das „Volk" der BRD war ebenso wenig antifaschistisch wie ihre eigenen Familienangehörigen. Weder ein marxistischer Klassenbegriff noch eine kommunistische Faschismus-Analyse eigneten sich, diese Gemeinsamkeit ihres Herkunftsmilieus und des „Volks" der „Deutschen" zu erklären.

Unabhängig davon, ob oder wann die RAF-Autor*innen unter dem Volk „die Deutschen" oder das „Proletariat" verstanden, die Mehrheit der Deutschen waren Angehörige und Erben der nationalsozialistischen Volks-

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

gemeinschaft[43], wie auch die Autor*innen selbst, gleichgültig, aus welcher sozialen Schicht sie sich rekrutierten. Das Wissen um diese Gemeinsamkeit sowie das Wissen darum, dass ein bestimmendes Merkmal des Nationalsozialismus Antisemitismus war und dass weder der nationalsozialistische Antikommunismus noch Antisemitismus die Form des Klassenkampfes annahm, verleugneten sie. Die Widersprüche, die dieses Wissen in ihrer Geschichtsdeutung und politischen Analyse offenbarten, übertünchten sie mit Tatsachenverdrehungen, die ihnen nur schwer als solche entgangen sein konnten. Sich diese Widersprüche einzugestehen hätte für die RAF bedeutet, nicht nur ihre Faschismus-Projektionen auf demokratische Staaten wie die USA, Israel und die BRD zu hinterfragen, sondern auch die von ihren Mitgliedern begangenen Morde nicht länger rechtfertigen zu können. Sich diese Widersprüche einzugestehen, hätte der RAF und ihren Unterstützer*innen ermöglicht, das tatsächliche Erbe des Nationalsozialismus und den gegenwärtigen Antisemitismus in der deutschen Gesellschaft zu erkennen und als Teil dieser Gesellschaft Verantwortung dafür zu übernehmen.

Stattdessen meinten die Mitglieder der RAF, eine Gemeinsamkeit mit den rassistisch Diskriminierten, mit Opfern kriegerischer Konflikte der Gegenwart sowie mit Opfern der Shoah erkämpfen zu können, indem sie Einrichtungen und Personal der US-Streitkräfte in die Luft sprengten und antiisraelischen Terrorismus unterstützten. Sie waren davon überzeugt, damit „dem Volk zu dienen“ und einen Beitrag zur Befreiung der gesamten Menschheit von Imperialismus und Faschismus zu leisten. Seit der Inhaftierung ihres Kaders nahm die RAF zudem für sich in Anspruch, selbst Opfer zu sein – Opfer des Kolonialismus und Rassismus wie Opfer eines vermeintlichen neuen Faschismus. Sie konstruierte eine zeitgenössische Opfer-Identität mit den zivilen Opfern der amerikanischen Kriegsführung in Vietnam, mit den von Diskriminierung betroffenen People of Color in den USA, mit den im israelischen Unabhängigkeitskrieg geflohenen und vertriebenen sowie den später in den besetzten Gebieten lebenden Palästinenser*innen – und zugleich mit den Opfern des nationalsozialistischen Deutschlands. Die Nachwirkungen der Shoah auf die zeitgenössischen Jüdinnen und Juden sowie die existenzielle Bedrohung der in Israel lebenden Jüdinnen und Juden erkannte die RAF nicht an. Im Gegenteil, sie beteiligte sich an der terroristischen Gewalt gegen Israel. Zwei Motive schei-

43 Diese ist zu verstehen als das Konstrukt einer von den Nationalsozialist*innen angestrebten homogenen deutschen Volksgemeinschaft. Zum familienbiografischen Hintergrund der RAF-Gründer*innen vgl. Bressan 2008.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

nen hierbei dominant: zum einen die – nach außen nie konsequent eingestandene – familiäre Verstrickung in den Nationalsozialismus abzustreifen, zum anderen sich nicht selbst in ähnlicher Weise schuldig zu machen. Vorstellungen von einer antifaschistischen, gerechteren, emanzipierten Gesellschaft finden sich in den Äußerungen der RAF indes nicht. Im Kampf gegen angeblich faschistische, demokratische Staaten dem „Volk zu dienen" erscheint paradoxerweise als ein primär selbstbezogenes Ziel, das ein weiteres Paradox beinhaltete: Mit der vermeintlich antifaschistischen Ideologie und der Gewalt, welche die RAF-Terrorist*innen anwandten und unterstützen, übernahmen sie einige zentrale Elemente der „faschistischen Volksgemeinschaft" ihrer Elterngeneration, insbesondere den tödlichen Hass auf Liberalismus, auf die parlamentarische Demokratie, auf Amerika und auf Jüdinnen und Juden.[44]

Quellen

1) Archivalien: RAF-Archiv, Hamburger Institut für Sozialforschung (AHIS)

Meinhof, Ulrike (o.J., vermutlich 1973): DER anfang. im sinn von wissenschaftlicher, materialistischer begründung der politik der raf. AHIS, En, G/010,007 (1973–1974).

N.N. (o.J.): Erklärung zur Sache (diverse Fassungen und Anmerkungen), AHIS, St.V/034/003.

N.N. (o.J.): hh. Zu den 12 seiten, bei: Erklärung zur Sache (diverse Fassungen und Anmerkungen). AHIS, St.V/034/003.

2) In Sammelbänden und Zeitschriften veröffentlichte Primärquellen

Bakker Shut, Pieter/Rote Armee Fraktion (Hrsg.) (1987): das info. Briefe der Gefangenen aus der RAF 1973–1977. Neuss.

ID-Verlag/Rote Armee Fraktion (Hrsg.) (1997): Rote Armee Fraktion. Texte und Materialien zur Geschichte der RAF. Berlin.

Mahler, Horst (1997 [1971]): Über den bewaffneten Kampf in Westeuropa. In: ID-Verlag/Rote Armee Fraktion (RAF) (Hrsg.), Rote Armee Fraktion. Texte und Materialien zur Geschichte der RAF. Berlin, S. 49-111.

---

44 Dan Diner beschrieb diese Paradoxien als ein „kontraphobisches Phänomen" (Diner 1995:102-103).

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Meinhof, Ulrike (1997 [1971]): Das Konzept Stadtguerilla. In: ID-Verlag/Rote Armee Fraktion (RAF) (Hrsg.), Rote Armee Fraktion. Texte und Materialien zur Geschichte der RAF. Berlin, S. 27-48.

Meinhof, Ulrike (1997 [1972a]): Dem Volk dienen! Stadtguerilla und Klassenkampf. In: ID-Verlag/Rote Armee Fraktion (RAF) (Hrsg.), Rote Armee Fraktion. Texte und Materialien zur Geschichte der RAF. Berlin, S. 112-144.

Meinhof, Ulrike (1997 [1972b]): Die Aktion des Schwarzen Septembers in München. In: ID-Verlag (Hrsg.), Rote Armee Fraktion. Texte und Materialien zur Geschichte der RAF. Berlin, S. 151-177.

Meinhof, Ulrike (1976): geschichte der brd, alte linke, fragment – zu den beweisanträgen. In: internationales komitee zur verteidigung politischer gefangener in westeuropa (Hrsg.), letzte texte von ulrike. (o.O)

Meins, Holger (1987 [1974a]): „ein oder gibt es nicht", Kassiber v. 04.07.1974. In: Bakker Shut, Pieter (Hrsg.): das info. Briefe von Gefangenen aus der RAF aus der Diskussion 1973–1977. Neuss, S. 83-100.

Meins, Holger (1987 [1974b]): „Das einzige was zählt ist der Kampf", Kassiber v. 01.11.1974 an Manfred Grashof. In: Bakker Shut, Pieter (Hrsg.): das info. Briefe von Gefangenen aus der RAF aus der Diskussion 1973–1977. Neuss, S. 183-187.

N.N. (1970): Militanz ohne Organisation ist wie Salz ohne Suppe. In: *Agit 883*, 05.06.1970, Nr. 62, S. 2.

N.N. (1970): Wie man die Revolution macht. In: *Agit 883*, 22.05.1970, Nr. 61, S. 2.

N.N. (1975): „Wir werden in den Durststreik treten". Spiegel-Fragen an Andreas Baader, Ulrike Meinhof, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe. In: *Der Spiegel* 1975/Nr. 4, 20.01.1975 (http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-41558626.html)

Olles, Werner (1970): Keine Amnestie für die Justiz. Freiheit für alle politische Gefangenen! In: *Agit 883*, 05.06.1970, Nr. 62, S. 14.

Rote Armee Fraktion (1970a): Die Rote Armee aufbauen! In: *Agit 883* 1970, 22.05.1970, Nr. 61, S. 2.

Rote Armee Fraktion (1970b:) Die Rote Armee aufbauen! In: *Agit 883* 1970, 05.06.1970, Nr. 62, S. 6.

Rote Armee Fraktion (1997 [1972]): Bombenanschlag auf das Hauptquartier der US-Army in Europa in Heidelberg. Erklärung vom 25. Mai 1972. In: ID-Verlag/ Rote Armee Fraktion (RAF) (Hrsg.), Rote Armee Fraktion. Texte und Materialien zur Geschichte der RAF. Berlin, S. 147-148.

Rote Armee Fraktion (1997 [1973]): Hungerstreikerklärung vom 8. Mai 1973. In: ID-Verlag/Rote Armee Fraktion (RAF) (Hrsg.), Rote Armee Fraktion. Texte und Materialien zur Geschichte der RAF. Berlin, S. 187-190.

Rote Armee Fraktion (1997 [1976]): Auszüge aus der Erklärung zur Sache. Die Gefangenen aus der RAF Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Ulrike Meinhof und Jan-Carl Raspe am 13.1.76. In: ID-Verlag/Rote Armee Fraktion (RAF) (Hrsg.), Rote Armee Fraktion. Texte und Materialien zur Geschichte der RAF. Berlin, S. 198-264.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

3) Sekundärliteratur

Adorno, Theodor W. (2003 [1975/1955]): Schuld und Abwehr. In: Ders. (Hrsg.), Soziologische Schriften II. Frankfurt/Main, S. 121-324 (zuerst in: Friedrich Pollock (Hrsg.) (1955): Gruppenexperiment. Ein Studienbericht, Band 2 der Frankfurter Beiträge zur Soziologie. Frankfurt/Main)

Améry, Jean (1969): Der ehrbare Antisemitismus. Die Barrikade vereint mit dem Spießer-Stammtisch gegen den Staat der Juden. In: *DIE ZEIT* Nr. 30/1969 (25.07.1969)

Andresen, Knud (2006): Das „äußerst komplizierte Palästinaproblem". Antizionismus und Antisemitismus in der Agit 883. In: Rotaprint 25 (Hrsg.): Agit 883: Bewegung, Revolte, Underground in Westberlin 1969–1972. Berlin u. Hamburg, S. 157-170.

Bartov, Omer (2019): Der alte und der neue Antisemitismus. In: Heilbronn, Christian/Rabinovici, Doron/Sznaider, Natan (Hrsg.): Neuer Antisemitismus? Fortsetzung einer globalen Debatte. Berlin, S. 28-62.

Becker, Jillian (1978): Hitlers Kinder? Der Baader-Meinhof-Terrorismus. Frankfurt/Main.

Bergmann, Werner (1997): Antisemitismus in öffentlichen Konflikten: Kollektives Lernen in der Kultur der Bundesrepublik. 1949–1989. Frankfurt/Main

Bergmann, Werner/Erb, Rainer (1991): Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse der empirischen Forschung von 1946–1989. Opladen.

Bergmann, Werner/Erb, Rainer/Lichtblau, Albert (1995): Einleitung: Die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit im Vergleich. In Dies. (Hrsg.): Schwieriges Erbe. Der Umgang mit Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt/Main u. a., S. 11-17.

Bodek, Janusz (2007): Fassbinder-Kontroversen. In: Fischer, Torben/Lorenz, Matthias N. (Hrsg.): Lexikon der „Vergangenheitsbewältigung" in Deutschland. Debatten- und Diskursgeschichte des Nationalsozialismus nach 1945. Bielefeld, S. 230-232.

Bressan, Susanne (2008): „Dem Volk dienen!" – Wie die RAF ihren Kampf gegen Faschismus, die USA und Israel erklärte. In *haGalil* 2008/04 (http://www.hagalil.com/archiv/2008/04/raf-3.htm)

Bressan, Susanne/Jander, Martin (2006): Gudrun Ensslin. In: Kraushaar, Wolfgang (Hrsg.): Die RAF und der linke Terrorismus, Bd. 1. Hamburg, S. 398-429.

Broder, Henryk M. (1986): Der ewige Antisemit. Über Sinn und Funktion eines beständigen Gefühls. Frankfurt/Main.

Brosch, Matthias et al. (Hrsg.) (2007): Exklusive Solidarität. Linker Antisemitismus in Deutschland. Berlin.

Brumlik, Micha/Diner, Dan/Kiesel, Doron (Hrsg.) (1991): Der Antisemitismus und die Linke. Frankfurt/Main.

Daase, Christopher (2006): Die RAF und der internationale Terrorismus. In: Kraushaar, Wolfgang (Hrsg.). Die RAF und der linke Terrorismus, Bd. 2. Hamburg, S. 905-929.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Diewald-Kerkmann, Gisela (2008): Die Rote Armee Fraktion im Original-Ton: Die Tonbandmitschnitte vom Stuttgarter Stammheim-Prozess. In: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, Online-Ausgabe, 5 (2008) H. 2, http://www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Diewald-Kerkmann-2-2008.

Diner, Dan (1991 [1988]): Täuschungen. Israel, die Linke und das Dilemma der Kritik. In: Brumlik, Micha/Diner, Dan/Kiesel, Doron (Hrsg.), Der Antisemitismus und die Linke. Frankfurt/Main, S. 73-83.

Diner, Dan (1995): Kreisläufe. Nationalsozialismus und Gedächtnis. Berlin.

Ditfurth, Jutta (2007) Ulrike Meinhof. Die Biografie. Berlin.

Elias, Norbert (1990 [1981]): Der bundesdeutsche Terrorismus – Ausdruck eines sozialen Generationenkonflikts. In: Ders. (Hrsg.): Studien über die Deutschen: Machtkämpfe und Habitusentwicklung im 19. und 20. Jahrhundert. Frankfurt/Main, S. 300-389 (5. Anhang von Teil III: „Zivilisation und Gewalt. Über das Staatsmonopol der körperlichen Gewalt und seine Durchbrechungen", entstanden im Zusammenhang eines Vortrags am 18.09.1980 auf dem 20. Deutschen Soziologentag; zuerst veröffentlicht 1981 im Tagungsband „Lebenswelt und soziale Probleme. Verhandlungen des 20. Deutschen Soziologentages zu Bremen 1980").

Fetscher, Iring/Münkler, Herfried/Ludwig, Hannelore (1981): Ideologien der Terroristen in der Bundesrepublik Deutschland. In: Ders./Rohrmoser, Günter (Hrsg.): Ideologien und Strategien. Opladen, S. 16-273.

Fetscher, Iring/Rohrmoser, Günter (Hrsg.) (1981): Ideologien und Strategien. (Hrsg. v. Bundesministerium des Innern) Opladen.

Fischer, Michael (2015): Horst Mahler. Biographische Studie zu Antisemitismus, Antiamerikanismus und Versuchen deutscher Schuldabwehr. Karlsruhe.

Funke, Manfred (1977): Auszüge aus der Chronik des Terrorismus. In: Ders. (Hrsg.): Terrorismus. Untersuchungen zur Strategie und Struktur revolutionärer Gewaltpolitik. Bonn, S. 331-365.

Gassert, Philipp/Steinweis, Alan E. (Hrsg.) (2006): Coping with the Nazi Past. West German Debates on Nazism and Generational Conflict, 1955–1975. Oxford.

Hauser, Dorothea (2006): Deutschland, Italien und Japan. Die ehemaligen Achsenmächte und der Terrorismus der 1970er Jahre. In: Kraushaar, Wolfgang (Hrsg.): Die RAF und der linke Terrorismus, Bd. 2. Hamburg, S. 1272-1298.

Hauser, Dorothea (2008): Dorothea Hauser im Gespräch mit Reinhard Strecker über die SDS-Aktion „Ungesühnte Nazijustiz". In: Ästhetik und Kommunikation 39 (2008), Nr. 140/141, S. 147-154.

Heilbronn, Christian/Rabinovici, Doron/Sznaider, Natan (Hrsg.) (2019): Neuer Antisemitismus? Fortsetzung einer globalen Debatte. Dritte, erweiterte und überarbeitete Aufl. Berlin.

Heitzer, Enrico/Jander, Martin/Kahane, Anetta/Poutrus, Patrice G. (2018): Neue Blicke auf die DDR. Plädoyer für einen Paradigmenwechsel in der DDR-Forschung und im DDR-Aufarbeitungsdiskurs. In: Dies. (Hrsg.): Nach Auschwitz: Schwieriges Erbe DDR. Frankfurt/Main, S. 9-24.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Jander, Martin (2006a): Differenzen im antiimperialistischen Kampf. Zu den Verbindungen des Ministeriums für Staatssicherheit mit der RAF und dem bundesdeutschen Linksterrorismus. In: Kraushaar, Wolfgang (Hrsg.): Die RAF und der linke Terrorismus, Bd. 1. Hamburg, S. 696-713.

Jander, Martin (2006b): Horst Mahler. In: Kraushaar, Wolfgang (Hrsg.): Die RAF und der linke Terrorismus, Bd. 1. Hamburg, S. 372-397.

Jander, Martin (2006c): Isolation. Zu den Haftbedingungen der RAF-Gefangenen. In: Kraushaar, Wolfgang (Hrsg.): Die RAF und der linke Terrorismus, Bd. 2. Hamburg, S. 973-993.

Jander, Martin (2015): German leftist terrorism and Israel: ethno-nationalist, religious-fundamentalist, or social-revolutionary? In: Studies in Conflict & Terrorism 38 (2015), Nr. 6, S. 456-477.

Jansen, Christian (2004): Brigate Rosse und Rote Armee Fraktion: ProtagonistInnen, Propaganda und Praxis des Terrorismus der frühen siebziger Jahre. In: von Mengersen, Oliver u. a. (Hrsg.), Personen – soziale Bewegungen – Parteien. Beiträge zur neuesten Geschichte. Festschrift für Hartmut Soell. Heidelberg, S. 483-500.

Klimke, Martin/Mausbach, Wilfried (2006): Auf der äußeren Linie der Befreiungskriege: Die RAF und der Vietnamkonflikt. In: Kraushaar, Wolfgang (Hrsg.), Die RAF und der linke Terrorismus, Bd. 1. Hamburg, S. 620-643.

Kloke, Martin (1994 [1990]): Israel und die deutsche Linke, Frankfurt/Main, 2. erweiterte u. aktual. Aufl.

Kloke, Martin (2007a): „Das zionistische Staatsgebilde als Brückenkopf des Imperialismus". Vor vierzig Jahren wurde die neue deutsche Linke antiisraelisch. In: *Merkur* 698, S. 487-497.

Kloke, Martin 2007b: Israel: Alptraum der deutschen Linken? In: Brosch, Matthias et al. (Hrsg.) Exklusive Solidarität. Linker Antisemitismus in Deutschland. Berlin (zugl. in Compass Infodienst, Online-Extra Nr. 44, https://www.compass-infodienst.de/?id=2400)

Koenen, Gerd (2006): Camera Silens. Das Phantasma der „Vernichtungshaft". In: Kraushaar, Wolfgang (Hrsg.): Die RAF und der linke Terrorismus, Bd. 2. Hamburg.

Kraushaar, Wolfgang (2006): Antizionismus als Trojanisches Pferd. Zur antisemitischen Dimension in den Kooperationen von „Tupamaros West-Berlin", RAF und RZ mit den Palästinensern. In: Ders. (Hrsg.), Die RAF und der linke Terrorismus, Bd. 1. Hamburg, S. 676-695.

Krauß, Martin (1997): Vom Schwarzen September zum Deutschen Herbst. In: *Jungle World* Nr. 37, 04.09.1997 (http://jungle-world.com/artikel/1997/36/38872.html)

Mausbach, Wilfried (2006): Wende um 360 Grad? Nationalsozialismus und Judenvernichtung in der „zweiten Gründungsphase" der Bundesrepublik. In: Hodenberg, Christina von/Siegfried, Detlef (Hrsg.): Wo „1968" liegt. Reform und Revolte in der Geschichte der Bundesrepublik. Göttingen, S. 15-47.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Medick, Veit (2007): Antisemitismus in der RAF. Radikal antijüdisch. In: *taz, die tageszeitung*, 05.10.2007.

Pollock, Friedrich (Hrsg.) (1955): Gruppenexperiment. Ein Studienbericht, Band 2 der Frankfurter Beiträge zur Soziologie. Frankfurt/Main.

Rabinovici, Doron/Speck, Ulrich/Sznaider, Natan (Hrsg.) (2004): Neuer Antisemitismus? Eine globale Debatte, Frankfurt/Main.

Rensmann, Lars (2005 [2004]): Demokratie und Judenbild. Antisemitismus in der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland (1. durchgesehener Nachdruck 2005). Wiesbaden.

Rübner, Hartmut (2006): Geister der Vergangenheit. In: Rotaprint 25 (Hrsg.): Agit 883: Bewegung, Revolte, Underground in Westberlin 1969–1972. Berlin u. Hamburg, S. 215-227.

Salzborn, Samuel (2010): Antisemitismus als negative Leitidee der Moderne. Sozialwissenschaftliche Theorien im Vergleich. Campus: Frankfurt/Main u. New York.

Schildt, Axel (2003): Die Eltern auf der Anklagebank? Zur Thematisierung der NS-Vergangenheit im Generationenkonflikt der bundesrepublikanischen 1960er Jahre. In: Cornelißen, Christoph/Klinkhammer, Lutz/Schwentker, Wolfgang (Hrsg.): Erinnerungskulturen: Deutschland, Italien und Japan seit 1945. Frankfurt/Main, S. 317-332.

Schuhmann, Annette/Schulz, Jan-Hendrik (Hrsg.) (2017), Die RAF – 40 Jahre danach. Der „Deutsche Herbst" in der zeithistorischen Forschung. In: Zeitgeschichte-online, September 2017, https://zeitgeschichte-online.de/themen/die-raf-40-jahre-danach.

Schulz, Jan-Hendrik (2017), Die Chronik der Ereignisse. RAF – 40 Jahre danach. In: Zeitgeschichte-online, September 2017, https://zeitgeschichte-online.de/themen/die-chronik-der-ereignisse.

Skelton-Robinson, Thomas (2006): Im Netz verheddert. Die Beziehungen des bundesdeutschen Linksterrorismus zur Volksfront für die Befreiung Palästinas (1969–1980). In: Kraushaar, Wolfgang (Hrsg.): Die RAF und der linke Terrorismus, Bd. 2. Hamburg: S. 828-904.

Vukadinović, Vojin Saša (2014): Totale Gewalt, gewählte Ziele. Angewandter Antizionismus, internationaler Proletarismus und NS-Apologetik der Roten Armee Fraktion, 1970–1998. In: Brunner, José/Avraham, Doron/Zepp, Marianne, Politische Gewalt in Deutschland. Ursprünge – Ausprägungen – Konsequenzen, S. 197-216.

Wesemann, Kristin (2007): Ulrike Meinhof: Kommunistin, Journalistin, Terroristin – eine politische Biografie. Nomos: Baden-Baden.

Wunschik, Tobias (2007): Baader-Meinhof international? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 40-41/2007, S. 23-29.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Im Schatten der Shoah: Israel und der bundesdeutsche Linksterrorismus

Tobias Ebbrecht-Hartmann

Nach einer Odyssee von Tel Aviv über Athen und Bengasi landete am Morgen des 28. Juni 1976 außerplanmäßig eine Air France-Maschine auf dem Flughafen von Entebbe in Uganda. Aus dem Cockpit meldete sich über Lautsprecher eine erschöpfte Stimme zu Wort. In Englisch, allerdings mit hörbar deutschem Akzent, wurde eine Erklärung verlesen, die begründen sollte, warum das Flugzeug und seine Passagiere, allesamt Zivilisten, darunter viele israelische und jüdische Passagiere, Opfer einer Entführung geworden waren. Frankreich unterstütze Israel, sei Partner des US-Imperialismus, kolonialistischer Akteur in der arabischen Welt und damit der historische Feind der Araber, erklärte der selbsternannte neue Kapitän. Zionisten hätten unter dem Vorwand der Rettung von Juden aus Europa Fremde nach Palästina gebracht und die dortige Bevölkerung aus ihrer Heimat vertrieben (David 2015: 65). Nach dieser die jüngste Geschichte des 20. Jahrhunderts grob verzerrenden Proklamation wurde der Sprecher plötzlich persönlich. „Sie werden sich wundern, warum Deutsche Teil unserer Gruppe sind", fügte er hinzu. Damit sprach er eine zentrale Frage an, die sich nicht nur viele Geiseln, sondern auch die israelische Öffentlichkeit zunehmend stellen musste: Warum reisten militante deutsche Linke, die nach dem Krieg in einem demokratischen Deutschland aufgewachsen waren, Tausende von Kilometern und riskierten Gefängnis oder sogar ihr Leben, nur um am palästinensischen Krieg gegen Israel teilzunehmen? (Herf 2016) Die Antwort auf die vom deutschen Geiselnehmer Wilfried Böse selbst gestellte Frage war allerdings wenig überzeugend. Man wolle den weltweiten Kampf gegen den Imperialismus unterstützen, auf die „revolutionären" Ideen der *Volksfront für die Befreiung Palästinas* (*PFLP*) aufmerksam machen und Mitstreiter*innen aus Gefängnissen in Israel, Deutschland, Frankreich, der Schweiz und Kenia befreien (David 2015: 66).

Die Entführung einer Passagiermaschine nach Entebbe durch ein deutsch-palästinensisches Terrorkommando war der vorläufige Höhepunkt militärischer Aktionen aus der militanten deutschen Linken gegen Israel. Zuvor hatte sich ein junger Deutscher zusammen mit einer israelischen Sicherheitsbeamtin am Flughafen in Tel Aviv selbst in die Luft gesprengt.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Sein Koffer war mit Sprengstoff beladen gewesen. Der Waffenkurier war ohne sein Wissen zum Selbstmordattentäter geworden. Als in Entebbe deutsche Linke die Passagiere in jüdisch-israelische Geiseln und nicht-israelische Staatsbürger*innen aufteilten, befanden sich zwei Deutsche wegen terroristischer Aktivitäten in israelischen Gefängnissen. Sie waren in Kenia an Planungen, eine israelische Passagiermaschine abzuschießen, beteiligt gewesen und dort verhaftet worden. Die kenianischen Behörden hatten die beiden später an Israel ausgeliefert. Ihre Namen standen, allerdings für die wenigsten erkennbar, auf der von den Entebbe-Entführern vorgelegten Liste der zu befreienden Gefangenen.

Wiederkehr der Vergangenheit

Spätestens seit dem von der damals bereits im Gefängnis einsitzenden Ulrike Meinhof und anderen offen oder klammheimlich bejubelten Massaker an israelischen Sportlern während der Olympischen Spiele 1972 in München war für Israelis der terroristische Krieg gegen ihr Land auf das Engste mit den Erinnerungen an die im kollektiven jüdischen Gedächtnis verankerte Erfahrung der Shoah verbunden.[1] In einer Studie über historische Verweise in der israelischen Medienberichterstattung über Terroranschläge konnte der Kommunikationswissenschaftler Hillel Nossek nachweisen, dass mit dem Münchener Attentat eine enge Verbindung zwischen der Erfahrung von gegen Israelis gerichteten terroristischen Aktivitäten und der Erinnerung an die Shoah einherging, insbesondere bei Kommentator*innen und Politiker*innen. Im Fall von München war es in erster Linie der

1 In der von Meinhof verfassten langen Erklärung der RAF zur Aktion des palästinensischen „Schwarzen September" bei den Olympischen Spielen in München 1972 wurde der israelische Verteidigungsminister Moshe Dayan mit Himmler verglichen, und man spekulierte, die deutschen Behörden hätten „nur und ausschließlich darüber nachgedacht, wie sie die Revolutionäre am besten – mit Gas oder Sturmtrupps oder Präzisionsschützen oder wie nun – massakern können." Der Hinweis auf Gas und Sturmtrupps rief eindeutig Bezüge zur NS-Vergangenheit und zum Holocaust auf, als deren verspätete Opfer militante deutsche Linke aber nun die palästinensischen Kommandomitglieder ausmachten, die auf diese Weise – und eben nicht die israelischen Sportler – in München zu Opfern eines Massakers wurden. Israel hingegen, hieß es weiter in der Erklärung, „vergießt Krokodilstränen. Es hat seine Sportler verheizt wie die Nazis die Juden – Brennmaterial für die imperialistische Ausrottungspolitik." Damit wurde der Mord an den israelischen Sportlern in München der israelischen Regierung selbst zur Last gelegt. (Siehe: Meinhof 1997: 411 ff.)

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Ort des Geschehens, der als Resonanzfläche diente und Assoziationen zur Vergangenheit hervorrief. Nossek zitiert in diesem Kontext einen Kommentar aus der Zeitung *Maariv*, in der am 9. September 1972 zu lesen war:

> „München! Hier wurde die Grundlage für den Nazi-Holocaust gelegt; hier wurde Europa zu Grabe getragen; hier wurde die Saat des Zweiten Weltkrieges gestreut; hier begann das größte an Juden begangene Massaker; und hier während der größten Olympiade, der Vereinigung von Sportlern aus aller Welt – hier endete diese Versammlung in einer Tragödie, als das jüdische Volk und die Familien der Ermordeten einen schrecklichen und blutigen Preis zahlen mussten." (Nossek 1994: 127)[2]

Bereits einige Monate zuvor hatte sich, zumindest den Betroffenen, bei der Entführung einer Passagiermaschine der belgischen Fluggesellschaft Sabena nach Tel Aviv die Erinnerung an die Shoah und das NS-Regime aufgedrängt (Nossek 1994: 125). Dieses Mal war es nicht der Ort, der Bezüge zur Vergangenheit nahelegte, sondern die Praxis des dem „Schwarzen September" angehörenden Terrorkommandos, die Passagiere in Israelis und Nicht-Israelis aufzuteilen, ein Vorgehen, das Erinnerungen an die Selektionen in den Konzentrations- und Vernichtungslagern wachrief (Nossek 1994: 126). Die Shoah als Referenzrahmen für die israelische Wahrnehmung des gegen das Land und seine Bewohner*innen gerichteten Terrors wurde indes besonders offenkundig im bereits angesprochenen Fall der Flugzeugentführung nach Entebbe (Ebbrecht-Hartmann 2019). Ein aus zwei Deutschen und zwei Palästinensern bestehendes Kommando hatte am 27. Juni 1976 die französische Passagiermaschine auf dem Weg von Tel Aviv nach Paris nach einem Zwischenstopp in Athen in seine Gewalt gebracht. Die Maschine mit überwiegend israelischen und jüdischen Passagieren flog zunächst nach Bengasi und von dort weiter nach Entebbe. Mit aktiver Unterstützung des dortigen Diktators Idi Amin und seiner Sicherheitskräfte wurden die Geiseln im alten Terminal des Flughafens gefangen gehalten. Nach einigen Tagen trennten die Entführer, es handelte sich um ein Kommando unter der Führung der PFLP, die Passagiere in zwei Gruppen. Israelis, Doppelstaatsbürger, die nichtjüdische Ehefrau eines israelischen Passagiers, zwei jüdisch-orthodoxe Ehepaare ohne israelische Staats-

2 Im Original: „Munich! Here the ground was laid for the Nazi Holocaust; here Europe was led to its burial; here were sown the seeds of the Second World War; here began the big massacre of the Jews; and here at the biggest Olympics, the world communion of sportsmen from the world over – here the gathering ended in a tragedy when the Jewish people and the families of the murdered paid a terrible and bloody price." (Übersetzung des Autors)

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

bürgerschaft sowie die französische Crew mussten in einen Nebenraum umziehen. Die übrigen Passagiere, darunter auch nicht-israelische Juden, wurden in zwei Phasen freigelassen. An der von vielen Geiseln als Selektion wahrgenommenen Aufteilung waren federführend auch die beiden Deutschen, Böse und Brigitte Kuhlmann, beteiligt. Schließlich gelang es einem Spezialkommando der israelischen Streitkräfte, den Flughafen zu erreichen, die Terrorist*innen zu töten und die Geiseln zu befreien.

Im Fall von Entebbe waren es einerseits die Aufteilung der Geiseln und andererseits die Herkunft der beiden deutschen Entführer*innen, die bei den Betroffenen sowie in der Öffentlichkeit die Assoziation zur NS-Vergangenheit und zur Shoah hervorriefen (Nossek 1994: 126). Unter den mit der Lösung der Krise betrauten israelischen Politikern betonte insbesondere Shimon Peres, damals israelischer Verteidigungsminister, die Bedeutung der Selektion der Geiseln in Entebbe. Nachdem er am 29. Juni die Information darüber erhalten hatte, erklärte er gegenüber seinen Mitarbeitern: „Da seht ihr, wohin es mit dem Zionismus gekommen ist. [...] Da stehen zwei verdammte Deutsche mit Pistolen und wiederholen die Szene der Endlösung: Juden zur Linken, die anderen zur Rechten! Sie machen Selektion – mit uns!“ (Porat et al 1976).[3] Während einer Pressekonferenz am 5. Juli sagte er laut *DIE WeLT*: „wieder standen zwei Deutsche mit der Pistole in der Hand vor wehrlosen jüdischen Menschen und bedrohten unschuldiges Leben. Der Gedanke an dieses Bild war unerträglich.“[4]

Der israelische Historiker Tom Segev erklärt die zentrale Bedeutung der Erinnerung an die Shoah für Peres‘ damalige Haltung, die Entführung durch eine militärische Aktion zu beenden, mit der Tatsache, dass er zu einer Generation gehörte, die Scham und auch ein Gefühl der Schuld angesichts der Ermordung der Juden in Europa empfunden habe. Die deut-

3 Historisch gesehen ist Peres hier allerdings nicht besonders genau. In Konzentrations- und Vernichtungslagern wie Auschwitz wurden Juden von Juden selektiert. Die einen wurden ermordet, die anderen zur Sklavenarbeit abkommandiert. Die „Selektion“ zwischen Juden und Nichtjuden fand bereits vorher durch das sukzessive Herausdrängen der Juden aus der deutschen Gesellschaft, die antijüdische Gesetzgebung sowie die in den besetzten Ländern verhängten Maßnahmen zur „Sonderbehandlung“ der jüdischen Bevölkerung statt.

4 Zit. n. Per Fischer: „Air France Flugzeugentfuehrung. Hier: Auswirkung auf deutsch-israelisches Verhaeltnis, July 13, 1976.“ In: PAAA, B34 Flugzeugentführung und Geiselbefreiung Entebbe, 1-2. Fischer bezieht sich auf einen in der Tageszeitung *DIE WeLT* am 6. Juli 1976 erschienenen Artikel, zitiert hier allerdings wahrscheinlich aus dem Gedächtnis. Die Schreibweise im Original-Fernschreiben wurde hier angepasst.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

schen Besatzer hatten Peres Großvater in Polen lebend in einer Synagoge verbrannt (Segev 2000: 395).

Auch der Oppositionsführer in der Knesset, Menachem Begin, betonte mehrfach den historischen Bezug der Entführung nach Entebbe zur Shoah. In seiner Rede in der Sondersitzung des israelischen Parlaments am 4. Juli 1976, nur Stunden nachdem die befreiten Geiseln sicher in Israel gelandet waren, verwies er nicht nur auf historische Siege in der Jahrtausende alten jüdischen Geschichte, vom Mythos von David und Goliath über die Makkabäer bis zum Sechstagekrieg 1967. Für Begin war die Aufteilung der Geiseln auch eindeutig eine Selektion:

> „Nur dreißig Jahre sind vergangen, seit die Krematorien und unermesslichen Gräber sich vor unseren Augen öffneten, während wir uns an Mengele erinnert fühlen, der zwischen zwei Reihen von Juden, Männern und Frauen, Kindern und Säuglingen, steht und mit seinem Finger zur rechten und zur linken Seite weist, zur Rechten und zur Linken. Und jetzt findet dies wieder statt." (Shilon 2012: 247).[5]

Für Begin wurde Böse zum Wiedergänger Mengeles auf Seiten der Linken: „Ein Deutscher, ein linker Nazi, steht da und zeigt mit seinem Finger: diese zur Linken und jene zur Rechten." (Shilon 2012: 247)[6]

Begin, der mit seiner Likud-Partei kurz darauf die Regierungsverantwortung übernehmen, die ununterbrochene politische Vorherrschaft der Arbeitspartei brechen und eine bis heute nachhallende grundlegende Veränderung der politischen Landschaft Israels herbeiführen sollte, hatte sich schon in den ersten Jahrzehnten nach der Staatsgründung vehement gegen die Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik ausgesprochen. Die Erfahrung der Shoah, der große Teile seiner Familie zum Opfer gefallen waren, hatte ihn und seine Politik nachhaltig geprägt.

Auch in der israelischen Presseberichterstattung hallte die Erinnerung an die Shoah spürbar wider. In ihrem Titelbericht vom 1. Juli fühlte sich die Tageszeitung *Yedioth Ahronot* „in jeder Hinsicht an die Nazi-Konzentrationslager" erinnert. Der Artikel verwies explizit auf weinende Frauen und die Koffer der Passagiere und beschrieb die Szene als „Selektion". In ihrer

---

5 Im Original: „Only thirty years have passed since the crematoriums and the boundless cemeteries were revealed before our eyes, while we remember Mengele standing between two rows of Jews, men and women, children and babies, indicating with his finger, right and left, right and left … and here it is again." (Übersetzung des Autors) (Siehe auch: Harten 2012: 65).

6 Im Original: „A German, a Nazi leftist, stands and indicates with his finger: these to the left and those to the right." (Übersetzung des Autors).

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Analyse der Berichterstattung über Entebbe in der israelischen Presse hebt Shelley Harten der Verwendung solcher „Schlüsselbilder" hervor: „Der Deutsche, der deutsche Akzent, die Liste, die Koffer als letzte Habseligkeit, die weinenden Frauen und die Trennungshalle erscheinen vor dem geistigen Auge als Wiederholung der Holocaust-Erfahrung." (Harten 2012: 61) Auch die sozialistische Zeitung *Al HaMishmar* verwies in ihrer Berichterstattung explizit auf die Shoah und die Selektionen (Harten 2012: 62). *Maariv* betonte hingegen die deutsche Herkunft von Böse (Harten 2012: 63). All diese Verweise verdeutlichen, dass die Entführung der Air France-Maschine nach Entebbe und die Aufteilung der Geiseln die Shoah nicht nur als Referenzrahmen nahelegten, sondern in gewisser Weise diese fest im israelischen kollektiven Gedächtnis verankerten Erinnerungen „verkörperten": „Denn das mit Entebbe verbundene Trauma existiert schon zuvor in der israelischen kollektiven Identität. Die Reaktion auf die Trennung ist daher eine inhärent gesellschaftliche und nicht eine von der Presse produzierte." (Harten 2012: 64)[7]

Für Segev gehören die Flugzeugentführung nach Entebbe und die damit verbundenen Ereignisse daher auch zu jenen Situationen, die in Israel nach den traumatischen Ereignissen des Jom-Kippur-Kriegs nachhaltig die Erinnerung an die Shoah heraufbeschworen. Dabei spielte die Wahrnehmung der Aufteilung der Passagiere in Entebbe als Wiederkehr der Selektionen in Auschwitz eine zentrale Rolle, wie Segev ausdrücklich betont (Segev 2000: 69).

Mehr noch als für die politische und mediale Öffentlichkeit galt dies jedoch für die Betroffenen selbst. Der Bezug zwischen der subjektiven Erfahrung von Entebbe und der kollektiv geteilten, teilweise persönlich erlebten und teilweise intergenerationell tradierten Erinnerung an die Shoah wurde nämlich explizit zuerst von den Opfern der Entführung am Ort des Geschehens selbst hergestellt. „Ich bin mir sicher; man wird die israelischen von den anderen Reisenden trennen. Wir haben ein anderes Schicksal", schrieb die israelische Geisel Sarah Davidson in ihr geheimes Tagebuch (Harten 2012: 69). Bereits vor Entebbe war es, wie im Fall der Entführung einer El Al-Maschine im Juli 1968 von London nach Rom und der bereits angesprochenen Sabena-Entführung 1972, zur Trennung von israelischen und nicht-israelischen Passagieren gekommen. Dennoch schwingt in Davidsons Beschreibung deutlich der historische Verweis mit. Offensichtlich

7 Harten kritisiert hier auch explizit Nosseks These, dass der Holocaust-Vergleich eine Art Automatismus in der israelischen Presseberichterstattung über Terrorismus sei.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

hatten die Entführer sogar bereits im Flugzeug eine erste Aufteilung der Passagiere vorgenommen. Dies legt zumindest der Bericht der in Bengasi freigelassenen Geisel Patricia Heyman nahe, Juden seien von den anderen an Bord des Flugzeugs durch die beiden bewaffneten Deutschen getrennt worden (Stevenson 2015: 14). Bei einer der nach der Aufteilung in Entebbe freigelassenen Geiseln handelte es sich um eine Holocaust-Überlebende, die durch die auf ihren Arm tätowierte Nummer auch als solche erkennbar gewesen war. Sie berichtete, dass sie sich 32 Jahre zurückversetzt gefühlt habe. Als sie die deutschen Befehle gehört und die Waffen gesehen habe, waren die Erinnerungen an die Selektionen in Auschwitz zurückgekehrt (Stevenson 2015: 18). Julie Oiserant, die ebenfalls unter den Geiseln war, die nach Paris ausfliegen durften, erinnerte sich unmittelbar nach ihrer Befreiung an diese Situation folgendermaßen:

> „Am Abend, direkt nach dem Abendessen, kam der deutsche Entführer mit einer Liste in der Hand herein. Er begann, Namen vorzulesen. Nach vier oder fünf Namen wurde deutlich, dass es sich um Israelis handelte. Diejenigen, deren Namen vorgelesen worden waren, nahmen ihre Koffer und sonstigen Dinge und gingen in einen anderen Raum. [...] Es war eine schreckliche Situation, dieser starke deutsche Akzent und die *Selektion*." (Stevenson 2015: 38 f.)[8]

Solche Erinnerungen an die nationalsozialistische Vergangenheit und die Shoah drängten sich auch jenen Geiseln auf, die wie Michel Goldberg später ausdrücklich betonten, dass Entebbe nicht gleich Auschwitz war. Für Goldberg erschien Entebbe dennoch als Wiederholung der Vergangenheit. In seinen Erinnerungen spricht er von einem „Schluckauf der Geschichte" und einem „Psychodrama" (Goldberg 1982: 125). Auch Ilan Hartuv, dessen Mutter von Idi Amins Schergen als Rache für die geglückte israelische Befreiungsaktion grausam ermordet worden war, wies trotz der Richtigstellung, dass es keine Selektion von Juden und Nicht-Juden gegeben habe, explizit darauf hin, dass die Bezüge zwischen der Entführung und der NS-Vergangenheit in Entebbe nicht nur offensichtlich, sondern auch Gegenstand wiederkehrender Debatten zwischen den Entführern und ihren Geiseln waren (Melman 2011). Sarah Davidson erinnert sich ebenfalls an diese Gespräche. Böse habe jede Ähnlichkeit zwischen ihrer Aktion und den NS-

8 Im Original: „In the evening, just before supper, the German hijacker entered, holding a list. He began to read out names. After four or five, it became clear that they were all Israeli names. Those whose names were called took their suitcases and possessions and moved to another room. [...] It was a terrible scene – that thick German accent and the *seleczia*." (Übersetzung des Autors).

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Verbrechen zurückgewiesen. Ihre Bewegung sei gegen die Rückkehr des Nazismus in der Bundesrepublik gerichtet. „Aber dennoch", fügt Davidson an, „war es unmöglich, diesen Vergleich nicht zu ziehen. Immerhin war hier eine Gruppe unschuldiger Juden als Geiseln genommen worden, ohne jede Möglichkeit, Widerstand zu leisten, und standen bewaffneten Deutschen gegenüber. Dieses Bild war uns allzu bekannt." (Davidson 2016: 749) Für die Geiseln, unabhängig davon, ob es sich um Überlebende oder Nachgeborene handelte, war die Erinnerung an die NS-Verbrechen in Entebbe daher ohne jede Frage *real* (Ebbrecht-Hartman/Schreiter 2016: 61).

Deutsche Krieger, palästinensische Märtyrer

Auch in der deutschen Botschaft in Tel Aviv waren die historischen Resonanzen, die die Entführung in Israel auslöste, durchaus bemerkt worden. In einem Fernschreiben an das Auswärtige Amt in Bonn berichtete der deutsche Botschafter Per Fischer im Juli 1976:

> „Tatsache, dass zwei deutsche Terroristen (falls sich Identität weiblichen Mitglieds als Deutsche bewahrheitet) an Entführung maßgebend beteiligt waren, hat Bild nicht (nicht) verdunkeln können. Rolle deutscher Terroristen dabei besonders unerquicklich, da offensichtlich unter ihrer Leitung Trennung israelischer Staatsangehöriger, Doppelstaatler und teils jüdischer Passagiere von übrigen vorgenommen worden ist. Es konnte nicht ausbleiben, dass damit in Israel Erinnerung an ‚Selektion' an KZ-Rampen heraufbeschworen wurde."[9]

Obwohl Fischer insbesondere um den Ruf der Bundesrepublik in Israel besorgt war, lässt das Schreiben auch die Dimension des linksterroristischen Krieges gegen den jüdischen Staat erahnen. So verweist der deutsche Gesandte darin auf Asher Ben Natan, den ersten israelischen Botschafter in der Bundesrepublik, der gegenüber der westdeutschen Botschaft versichert habe, „dass Beteiligung deutscher Terroristen in keiner Weise in Verbindung mit heutigem Deutschland gebracht worden sei."[10]

---

9 Zit. n. Per Fischer: „Air France Flugzeugentfuehrung. Hier: Auswirkung auf deutsch-israelisches Verhaeltnis, July 13, 1976." In: PAAA, B34 Flugzeugentführung und Geiselbefreiung Entebbe, 1-2.Fischer: „Air France Flugzeugentfuehrung." Die Schreibweise im Original-Fernschreiben wurde hier angepasst.

10 Ebd.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Tatsächlich lief das Geschehen in Entebbe der offiziellen israelischen Vorstellung eines „anderen Deutschlands" zuwider, das im Zuge der Reparationsverhandlungen und insbesondere seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Bundesrepublik die politische Wahrnehmung innerhalb der regierenden Arbeitspartei bestimmte. Das Bild eines nach der Shoah gewandelten Deutschlands, zumindest im Westen des geteilten Landes, hatte sich auch in breiteren Teilen der israelischen Öffentlichkeit durchgesetzt, da insbesondere in den 1960er und frühen 1970er Jahren vermehrt junge Deutsche zu Freiwilligendiensten ins Land gekommen waren. Diese neue Generation von Deutschland hatte das historische Bild verändert. Umso unverständlicher musste die israelische Öffentlichkeit nun zur Kenntnis nehmen, dass unter Führung von Angehörigen eben jener neuen Generation Israelis zur Zielscheibe von Terrorakten wurden.

Trotz seiner diplomatischen Töne gegenüber dem bundesdeutschen Botschafter konnte Ben Natan diese Wandlung vom „guten" Deutschen zu einem – in der Beschreibung des politischen Opponenten Begin – Wiedergänger Mengeles persönlich wahrscheinlich wesentlich besser nachvollziehen als viele seiner Landsleute. As Botschafter hatte er 1969 in Frankfurt am eigenen Leib die antizionistische Wende der Protestbewegung erfahren. Eingeladen, einen Vortrag über „Frieden im Nahen Osten" zu halten, sah sich Ben Natan wütenden Protesten von Studierenden gegenüber gestellt, unter ihnen auch Böse, der später zum Wortführer in Entebbe werden sollte. Die Veranstaltung an der Frankfurter Universität musste abgesagt werden. Zuvor hatte Ben Natan noch an die Demonstranten appelliert:

> „‚Es würde', erhob der Gast angesichts der israelfeindlichen Atmosphäre warnend seine von einem resignativen Unterton geprägte Stimme, ‚ein geschichtliches Ereignis sein, wenn sie diese Diskussion heute unmöglich machen. Dies nämlich ist in Deutschland das letzte Mal vor 34 Jahren geschehen." (Kraushaar 2017: 259)

Die Antwort war eindeutig. Studierende beschimpften den diplomatischen Gesandten als „Faschisten" und verhinderten den Vortrag ausgerechnet mit der Parole „Zionisten raus aus Deutschland". (Schindler 2017)[11]

---

11 Schindler macht auch darauf aufmerksam, dass es sich in Frankfurt nicht um eine Ausnahme gehandelt hatte: „Im Dezember desselben Jahres geschah in Kiel Ähnliches. Ein Vortrag eines israelischen Professors, der über ‚Forschung und Entwicklung in Israel' sprechen sollte, wurde verhindert. Linke verteilten dort Flugblätter mit expliziten Gewalt- und Vernichtungsphantasien: ‚Schlagt die Zionisten tot, macht den Nahen Osten rot.'"

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Spätestens mit diesem Ereignis stand das Verhältnis Israels zur militanten deutschen Linken unter dem Schatten der Shoah.[12] Böses Teilnahme an der Protestveranstaltung, die sein Genosse Karl Dietrich Wolff als federführender „Einpeitscher" zum historischen Eklat zuspitzen konnte, wird so rückblickend zum Vorspiel von Entebbe, genauso wie ein weiteres Ereignis, das Fischers Fernschreiben explizit erwähnt, die Beteiligung eines Deutschen „auch an kürzlichem ‚Koffer-Attentat' (Hausmann) auf Tel Aviv Flughafen".[13]

Mit diesem Hinweis bezieht sich Fischer auf ein Ereignis im Mai 1976, nur einen Monat vor der Flugzeugentführung nach Entebbe, das zum gewaltsamen Tod eines deutschen Aktivisten geführt hatte. Ausgestattet mit einem falschen niederländischen Pass, war der 25-jährige Deutsche Bernd Hausmann von Wien nach Tel Aviv gereist. Den Pass hatte er kurz vor der Reise in Amsterdam erhalten und war von dort nach Wien gekommen, wo er ein Ticket für einen Flug nach Tel Aviv und von dort via Teheran nach Athen erwarb (Riegler 2016: 29). An beiden Orten traf er sich mit Gefolgsleuten der PFLP (ebd.). Hausmann sollte als Kurier nach Israel fliegen, um dort ohne sein Wissen zur lebenden Bombe werden.

Am Flughafen in Wien war Hausmann mit seinem übergewichtigen Koffer sogar kontrolliert worden. Allerdings war den dortigen Beamten nichts aufgefallen, obwohl sich in dem auffallend schweren Gepäckstück nur „alte Wäsche und Toilettenartikel" befunden hatten (Riegler 2016: 29). In Tel Aviv angekommen, brachte die Sicherheitsbeamtin Marguerite Ben Yishy Hausmann, der aufgrund seiner „Gammlerkleidung" aufgefallen war, in einen separaten Raum für eine Gepäckkontrolle. Als der Deutsche seinen Koffer öffnete, detonierte der Sprengsatz (ebd.). Hausmann und Ben Yishy waren auf der Stelle tot, sechs weitere Personen wurden verletzt.

---

12 Nur wenige Monate später, ausgerechnet am 9. November 1969, dem Jahrestag des Novemberpogroms 1938, legten Mitglieder der militanten linken Gruppe „Tupamaros West-Berlin", einer Vorläuferorganisation der *Bewegung 2. Juni*, eine Brandbombe im jüdischen Gemeindehaus in der Berliner Fasanenstraße, wo zu diesem Zeitpunkt eine Gedenkveranstaltung für die Opfer der Shoah stattfand. Auch wenn die Bombe glücklicherweise nicht explodierte, nutzte der antizionistische Wortführer der militanten Linken Dieter Kunzelmann die Tat, um gegen den „Judenknacks" der deutschen Linken wetternd zur bedingungslosen Solidarität mit den Palästinenser*innen gegen Israel aufzurufen. (Siehe u.a. Kraushaar 2005)

13 Zit. n. Per Fischer: „Air France Flugzeugentfuehrung. Hier: Auswirkung auf deutsch-israelisches Verhaeltnis, July 13, 1976." In: PAAA, B34 Flugzeugentführung und Geiselbefreiung Entebbe, 1-2.Fischer: „Air France Flugzeugentfuehrung." Die Schreibweise im Original-Fernschreiben wurde hier angepasst.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Offensichtlich war der Zünder beim Einchecken in Wien durch das erstmalige Öffnen des Koffers aktiviert worden sein, woraufhin das zweite Öffnen dann zur Explosion geführt hatte.

Hausmanns unfreiwilliges Selbstmordattentat wurde zum Vorspiel der Flugzeugentführung nach Entebbe und belegte die Bereitschaft militanter Linker, am Krieg gegen Israel – zumindest als Kuriere und Helfer – teilzunehmen, Folge einer pathischen Projektion, die im jüdischen Staat die Speerspitze des Imperialismus, wenn nicht sogar die Wiederkehr des Nationalsozialismus sehen wollte. In ihren „Elementen des Antisemitismus" betonen Theodor W. Adorno und Max Horkheimer, dass der Antisemitismus auf solch einer falschen Projektion beruhe. Pathisch wird sie, weil sie innere Konflikte und Ambivalenzen abspaltet und nach außen auf das prospektive Opfer projiziert (Horkheimer/Adorno 1997: 212). Die eigene Gewalttat wird so zum Widerstandsakt und zu einem Akt der Selbstverteidigung. Den verleugneten, schuldhaft besetzten Bezug zu den nationalsozialistischen Verbrechen spalten die linksgerichteten Angehörigen der postnazistischen deutschen Nachkriegsgesellschaft von ihrer eigenen Subjektivität ab und lösen die daraus resultierende Spannung, indem sie Israel projektiv – und damit falsch und verzerrt – als aktuelle Manifestation des (deutschen) Faschismus wahrnehmen. „Das Pathische am Antisemitismus", so Adorno und Horkheimer, „ist nicht das projektive Verhalten als solches, sondern der Ausfall der Reflexion darin." (Horkheimer/Adorno 1997: 214) Den deutschen Kriegern gegen Israel ist es schlechterdings kaum möglich, den Anteil des Antisemitismus an ihren Handlungen zu erkennen, da dies ihr gesamtes auf Verleugnung, Abspaltung und falscher Projektion basierendes Selbstbild erschüttern würde.

Entebbe, der Kulminationspunkt dieser pathischen Projektion, war aber, durch die nach dem Hausmann-Attentat fortgesetzte Kollaboration mit der PFLP, nicht nur Fortführung der deutschen Beteiligung am Krieg gegen Israel, sondern auch eine direkte Reaktion auf vorherige mit deutscher Beteiligung geplante Anschläge sowie Schützenhilfe für dabei gefangengenommene Mitkämpfer*innen. Auf der Liste der mit Hilfe der in Entebbe festgesetzten Geiseln freizupressenden Gefangenen standen nicht nur drei in deutschen Gefängnissen einsitzende Mitglieder der RAF und drei weitere Gefangene der *Bewegung 2. Juni*. Aufgeführt unter ihren arabischen Kampfnamen forderte die von den Entführer*innen verschickte Liste die Befreiung von noch zwei weiteren Deutschen: „Hasan", alias Thomas Reuter, sowie „Salwa", alias Brigitte Schulz. Beide wurden von Böse, Kuhlmann und ihren palästinensischen Mittätern in einem Gefängnis in Kenia vermutet.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Die damals als 24-jährige Studentin in der Heidelberger linken Szene aktive Brigitte Schulz war 1975 abgetaucht und im Dezember zusammen mit Reuter in ein palästinensisches Ausbildungscamp gereist (Scheuer 2016). Im Januar flogen die beiden im Auftrag der PFLP weiter nach Beirut, wo sie Visa für ihre gefälschten Pässe erhielten. Von Beirut kamen sie dann auf Bitten der Palästinenser nach Nairobi. Von Anschlagsplänen hätten die beiden Deutschen allerdings nichts gewusst, erklärte Schulz bereits 1980 gegenüber dem *SPIEGEL* und erst kürzlich wieder in der *ZEIT*. Abgesehen von einem Besuch am Flughafen, bei dem sie nach „Auffälligkeiten" schauen sollten, habe sich der Aufenthalt in Nairobi „fast wie Urlaub" (Stark 2018) angefühlt, bis sie „im Badedreß im Hotel"[14] verhaftet worden seien. Israelische Sicherheitsdienste hatten durch einen palästinensischen Informanten von einem Anschlagsplan erfahren. Ein PFLP-Kommando sollte mit schultergestützten Boden-Luft-Raketen aus der Sowjetunion die El Al-Maschine LY 512 nach dem Start von einem Kakteenfeld westlich des Flughafens aus abschießen (Stark 2018). Reuter und Schulz wurden kurze Zeit später als Mittäter festgenommen. Anscheinend waren sie jedoch nicht an der Vorbereitung des gescheiterten Anschlags beteiligt gewesen, sondern sollten den Verbleib des festgesetzten Terror-Kommandos auskundschaften (Scheuer 2016). Die beiden wurden in ein kenianisches Gefängnis gebracht und dort nach eigenen Angaben brutal verhört. Allerdings fürchtete Kenia bei Bekanntwerden der Aktion gegen palästinensische Terroristen unangenehme Reaktionen afrikanischer Nachbarländer. Daher wurden die Gefangenen an die Israelis überstellt und von diesen ausgeflogen. In Israel saßen Reuter und Schulz mehrere Jahre in verschiedenen Gefängnissen. Später erklärten sie, dort gefoltert worden zu sein (Bergman 2018: 187 ff.).[15] Nach einem Prozess wurden sie 1980 kurz vor Weihnachten vorzeitig aus der Haft entlassen und nach Deutschland zurückgeflogen.

In einem Porträt in der *ZEIT* bezeichnete sich Schulz selbst als „glühende Linksradikale, deren Herz für die Unterdrückten Afrikas und Palästinas schlug" (Stark 2018). Ihr israelischer Vernehmer erinnerte sich später, „wie er Schulz damit konfrontiert habe, dass sich viele Juden an Bord der Maschine befunden hätten, Holocaust-Opfer und ihre Nachfahren. Wie sie als Deutsche dazu stehe?" Schulz wiederum erinnert sich, dass sie dem Israeli

14 Zitiert nach: „Totale Sonnenfinsternis". In: *Der Spiegel* 4/1980, S. 40.

15 Die Rekonstruktion der Haftbedingungen und Vernehmungspraktiken sind Gegenstand eines kürzlich erschienenen israelischen Buches (Bergman 2018: 187 ff.). Auf Grundlage derselben Akten und eines Interviews mit Schulz hat auch ein *ZEIT*-Artikel den Fall neu thematisiert (Stark 2018).

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

entgegnet habe, er „solle sie ‚nicht in diesen Kontext stellen'. Sie habe niemals etwas geplant, ‚das sich gegen Israel oder Juden wendet'." (Stark 2018) Wieder bestimmte der Schatten der Shoah die Auseinandersetzung militanter deutscher Linke mit realen oder eingebildeten Repräsentanten des jüdischen Staates.

Offensichtlich war die Nähe zu Organisationen wie der PFLP groß genug, um in einem Ausbildungscamp in Aden unterzutauchen und sich zur Reise nach Kenia bereitzuerklären. Für die Entführer von Entebbe waren Reuter und Schulz selbstverständlich Kampfgefährten, nicht nur Sympathisanten oder Mitglieder befreundeter Terrororganisationen wie die freizupressenden Gefangenen der RAF und der *Bewegung 2. Juni*, sondern „Fedayeen", palästinensische Soldat*innen, die arabische Kampfnamen bekamen. „Entebbe war nicht zuletzt wegen uns", erklärte Reuter später (Scheuer 2016). Dies wurde auch bereits in der israelischen Presse nach der Freilassung der beiden betont.[16]

Nachdem Reuter und Schulz in die Bundesrepublik ausgeflogen worden waren, registrierten israelische Medien aufmerksam die dortigen Reaktionen. Nach ihrer Ankunft in Frankfurt, so berichtet der Korrespondent von *Haaretz*, hätten die beiden behauptet, sie wären an dem versuchten Anschlag nicht beteiligt gewesen und in der Haft gefoltert worden.[17] Der Korrespondent erinnerte auch daran, dass die Haft und das Gerichtsverfahren in der Bundesrepublik zu vielen „antiisraelischen Äußerungen in den Medien" geführt hätten und daher auch nun wieder antiisraelische Äußerungen zu erwarten seien.[18] Die „Geste zum Neuen Jahr"[19] werde laut der Zeitung *Ha-Tsofeh* mit „Verleumdung" beantwortet: „Israel ernte also wieder nur Undank."[20] Die Befürchtungen waren nicht unbegründet. Wenige Monate später veranstaltete das „Palästina-Komitee Heidelberg/Mannheim" eine „Informationsveranstaltung zum Thema ‚Rechtsstaat Israel'". An der Diskussion sollte ebenfalls Brigitte Schulz teilnehmen. In der „Palästina-Zeitung" vom 1. Mai 1981 findet sich im Zusammenhang mit der

16 Tel Aviv: Fernschreiben Nr. 1145, „Betr. Israelische Medien zur Freilassung Schulz/Reuter," 24.12.1980. PAAA B83 1174. Die Schreibweise im Original-Fernschreiben wurde hier angepasst.

17 Ebd. Die Schreibweise im Original-Fernschreiben wurde hier angepasst.

18 Tel Aviv: Fernschreiben Nr. 1147, „Betr. Israelische Medien zur Freilassung Schulz/Reuter", 29.12.1980. PAAA B83 1174. Die Schreibweise im Original-Fernschreiben wurde hier angepasst.

19 Tel Aviv: Fernschreiben Nr. 1145. Die Schreibweise im Original-Fernschreiben wurde hier angepasst.

20 Tel Aviv: Fernschreiben Nr. 1147. Die Schreibweise im Original-Fernschreiben wurde hier angepasst.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Veranstaltung auch die Forderung, die physische und psychische „Vernichtung der palästinensischen Gefangenen“ zu beenden.[21] Wie in der Reaktion der RAF auf das Massaker von München wurden die Palästinenser*innen wieder zu ultimativen Opfern, während militante Linke aus Deutschland durch ihren Beitrag zum Krieg gegen Israel zu palästinensischen Märtyrern mutieren.

Nicht nur Reuter und Schulz wurden durch ihre arabischen Kampfnamen in das auf Antizionismus gründende palästinensische Kampfkollektiv eingemeindet. Nach der israelischen Aktion in Entebbe wurden Böse und Kuhlmann mit militärischen Ehren auf einem Märtyrer-Friedhof bei Kampala in Uganda bestattet. Auf ihren Grabsteinen stehen ihre Herkunft aus West-Deutschland und ihre arabischen Pseudonyme: Mahmud und Halima. Nur ein Jahr später macht sich ein weiteres PFLP-Kommando auf den Weg zu einer Flugzeugentführung. Das Kommando „Halima“ unter der Leitung eines „Captain Mahmud“ entführte die Lufthansa-Maschine Landshut, vollbesetzt mit deutschen Touristen, nach Mogadischu, um die RAF-Führung aus dem Gefängnis zu befreien und um ihre deutschen Kampfgenossen aus Entebbe zu ehren. Obwohl nicht Mitglieder der RAF, sondern der *Revolutionären Zellen*, führt auch die das Auflösungsschreiben der Rote Armee Fraktion beschließende Märtyrerliste des deutschen Linksterrorismus ebenfalls Böse und Kuhlmann auf.[22]

Ausblick

Vielleicht geben die Sätze am Ende der Erklärung von Böse an Bord der Air France-Maschine am 28. Juni 1967 den besten Aufschluss über die Verfassung der militanten deutschen Linken, die sich in den Krieg gegen Israel aufmachten. „Ich entschuldige mich“, erklärte der selbsternannte Revolutionär den entführten Passagieren, „wenn meine Erklärung konfus und nicht besonders klar erscheint, aber Englisch ist nicht meine Muttersprache, und obwohl ich es oft spreche, bin ich sehr müde, weil ich seit mehr als 62 Stunden nicht geschlafen habe. Ich spreche wieder zu Ihnen, wenn ich mich ausgeruht habe und Sie mich besser verstehen können.“ (David 2015: 66) Es waren aber weder die Sprache noch die Müdigkeit, die die

21 Bundesministerium des Inneren: Fernschreiben Nr. 4491, „Betr.: Informationsaustausch. Hier: Veranstaltung des Palästina-Komitees“, 20.5.1981. PAAA B83 1174. Die Schreibweise im Original-Fernschreiben wurde hier angepasst.

22 RAF: „Auflösungserklärung.“ (1998). Online: http://www.rafinfo.de/archiv/raf/raf-20-4-98.php.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Kommunikation zwischen dem Deutschen und seinen Opfern so schwierig machten. Es war vielmehr die seinen Handlungen zugrunde liegende obsessive Projektion, die sich in den zuvor vorgetragenen ideologischen Phrasen manifestierte, die die Konversation verunmöglichte. Die Kommunikation war also bereits auf der Seite des Senders gestört. Die eigene Sehnsucht, sich angesichts der deutschen Verhältnisse auf die Seite der Opfer und Unterdrückten zu schlagen, hatte zu einer relativierenden Opfersehnsucht geführt, die in mangelnde Empathie mit den Überlebenden der Shoah und ihren Nachkommen umschlug. Die Palästinenser*innen wurden zu einem obsessiv idealisierten Identifikationsobjekt, das es ermöglichte, dem eigenen Schuldzusammenhang zu entkommen und gleichzeitig eine klare Trennung zwischen sich selbst und dem realen oder eingebildeten Feind vorzunehmen. Die Grundlage all dessen war eine spezifische Form pathischer Projektion, die Böse sogar in einem ihm später von überlebenden Geiseln zugeschriebenen Zusatz zu seiner Lautsprecherdurchsage zu erahnen schien: „Wenigstens wissen sie jetzt, wie das Gehirn eines verrückten deutschen Revolutionärs funktioniert." (ebd.: 67) Wie von Adorno und Horkheimer geschildert, werden so auch Böse „alle Worte zum Wahnsystem" und münden im Versuch, „gewalttätig der Welt Sinn zu geben, die ihn selber sinnlos macht". (Horkheimer/Adorno 1997: 225).

Aus israelischer Sicht war es bei allem Erstaunen aber letztlich sekundär, warum junge Deutsche um jeden Preis am Krieg gegen Israel teilnehmen und damit zu potentiellen Mördern israelischer Bürgerinnen und Bürger werden wollten.[23] Dennoch ist die Antwort auf diese Frage bedeutsam, nicht nur, weil sich in den letzten Jahren wieder junge Deutsche auf den Weg in den Nahen Osten machten, um dort einen nun dschihadistisch ausgerichteten, antisemitischen Krieg zu unterstützen. Die Antwort auf die Frage, warum militante deutsche Linke nicht nur rhetorisch, sondern mit der Waffe in der Hand oder der Bombe in der Tasche ein Fanal gegen Israel setzen wollten, ja angesichts der sie antreibenden projektiven

23 Brigitte Schulz betonte allerdings später: „Ein Anschlag gegen ein El Al-Flugzeug ‚wäre völlig irre gewesen', sagt Schulz heute. ‚Wir hätten da nie mitgemacht.'" (Stark 2018). Unrealistisch war diese „völlig irre" Idee allerdings nicht. Bereits im Januar 1975 hatte die PFLP unter Beteiligung des militanten deutschen Linken Johannes Weinrich aus Frankfurt, einem Kampfgefährten von Böse und Kuhlmann, versucht, in Paris ein israelisches Flugzeug abzuschießen. Fraglich bleibt auch, wie militante deutsche Linke nach Entebbe noch an der bedingungslosen Allianz mit palästinensischen Organisationen in ihrem Krieg gegen Israel festhalten und, beispielsweise bei der Veranstaltung 1981 mit Brigitte Schulz, Israel die „Vernichtung" palästinensischer Gefangener vorwerfen konnten.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Obsession gewissermaßen setzen „mussten“ (um den Preis der Ermordung jüdischer und nicht-jüdischer Zivilisten), hilft auch zum besseren Verständnis der fortbestehenden Obsession, den Staat Israel zwar nicht mehr mit Waffengewalt vernichten, aber doch immerhin mit „Kritik“ unbedingt delegitimieren zu wollen.

Die Antwort ist mit dem Hinweis auf die in den deutschen Nachkriegsgesellschaften unbewältigt gebliebene NS-Vergangenheit und den Wunsch nach Entlastung durch die Behauptung, die Opfer von einst seien die Täter von heute, allein nicht gegeben. Es handelt sich vielmehr um einen (links-)deutschen Schuldkomplex gegenüber den Palästinenser*innen, der nahezu zwanghaft Opfer konstruieren muss, um damit sich selbst als Opfer zu legitimieren. Der „Judenknacks“, den Dieter Kunzelmann nach dem missglückten Anschlag auf das jüdische Gemeindehaus in der Berliner Fasanenstraße am 9. November 1969 der deutschen Linken diagnostizierte, ist tatsächlich ein Opfer- und spätestens seit dem Sechstagekrieg auch ein „Palästinenser-Komplex“, eine obsessive Projektion, die sich negativ an Israel und positiv an einer (links-)deutschen Phantasie eines palästinensischen „Volkes“ ausrichtet, die natürlich an den realen Lebensbedingungen, Schicksalen und sozialen Verhältnissen in Israel und den palästinensischen Gebieten überhaupt kein Interesse zeigt.

Literatur

Bergman, Ronen (2018): Rise and Kill First. The Secret History of Israel’s Targeted Assassinations. Random House: New York.

David, Saul (2015): Operation Thunderboldt. Flight 139 and the Raid on Entebbe Airport. Back Bay Books: London.

Davidson, Sara Guter (2016): My Entebbe: A Personal Diary. ContentoNow: Tel Aviv.

Ebbrecht-Hartmann, Tobias (2019): Resonating Trauma. Framing Conflicting Memories of the Entebbe Hostage Crisis. In: New German Critique 137, Vol. 46, No. 2, August 2019, S. 91-116.

Ebbrecht-Hartmann, Tobias/Schreiter: Nikolai (2016): Effekte von Entebbe. Deutsche Reaktionen und Projektionen auf eine deutsch-palästinensische Flugzeugentführung. In: sans phrase 09 (2016).

Goldberg, Michel (1982): Namesake. Yale University Press: New Haven.

Harten, Shelley (2012): Reenactment eines Traumas. Die Entebbe Flugzeugentführung 1976. Deutsche Terroristen in Der Israelischen Presse. Tectum: Marburg.

Herf, Jeffrey (2016): Undeclared Wars with Israel. East Germany and the West German Far Left, 1967–1989. Cambridge University Press: Cambridge.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Horkheimer, Max und Theodor Adorno (1997): Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente. In: Theodor W. Adorno: Gesammelte Schriften. Band 3. Hrsg. v. Rolf Tiedemann. Suhrkamp: Frankfurt.

Kraushaar, Wolfgang (2005) Die Bombe im jüdischen Gemeindehaus. Hamburger Edition: Hamburg.

Kraushaar, Wolfgang (2017): Die blinden Flecken der RAF. Klett-Cotta: Stuttgart.

Meinhof, Ulrike (1997): Die Aktion des Schwarzen September in München (1972). In: Martin Hoffmann (Hrsg.), Rote Armee Fraktion. Texte und Materialien zur Geschichte der RAF. ID-Verlag, Berlin 1997. (Online: https://socialhistoryportal.org/raf/text/307209, aufgerufen am 8.4.2020).

Melman, Yossi (2011): Setting the Record Straight. Entebbe Was Not Auschwitz. In: *Haaretz* 8. Juli 2011. (Online: https://www.haaretz.com/1.5025753, aufgerufen am 8.4.2020)

Nossek, Hillel (1994): The Narrative Role of the Holocaust and the State of Israel in the Coverage of Salient Terrorist Events in the Israeli Press. In: Journal of Narrative and Life History 4, No. 1-2 (1994), S. 119-134.

Porat, Yeshayahu Ben/Haber, Eitan/Schiff, Zeev (1976): Unternehmen Thunderball: Die Geiselbefreiung von Entebbe. In: *Der Spiegel* 44, 25.10.1976, S. 184.

Riegler Thomas (2016): Die OPEC-Geiselnahme in Wien 1975: Eine Analyse 40 Jahre danach. In: Journal for Intelligence, Propaganda and Security Studies 10:1 (2016).

Scheuer, Thomas (2016): Das letzte Geheimnis des Helden von Mogadischu. In: *Fokus* 27 (2016), 11. Juni 2016. (Online: https://www.focus.de/politik/ausland/ulrich-wegener-spricht-ueber-aktion-feuerzauber-das-letzte-geheimnis-des-helden-von-mogadischu_id_5686376.html).

Schindler, Frederik (2017): Entfreundet. Die deutsche Linke nach dem Sechstagekrieg. In: *Jungle World*, 15. Juni 2017. (Online: https://jungle.world/artikel/2017/24/entfreundet, aufgerufen am 8.4.2020)

Segev, Tom (2000): The Seventh Million: The Israelis and the Holocaust. Picador: New York.

Shilon, Avi (2012): Menachem Begin. A Life. Yale University Press: New Haven.

Stark, Holger (2018): Den Haien zum Fraß. In: *DIE ZEIT*, 5/2018, 25. Januar 2018. (Online: https://www.zeit.de/2018/05/mossad-entfuehrung-deutsche-1976, aufgerufen am 8.4.2020)

Stevenson: William (2015): 90 Minutes at Entebbe: The Full Inside Story of the Spectacular Israeli Counterterrorism Strike and the Daring Rescue of 103 Hostages. Skyhorse Publishing: New York.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Der Aufstand als Selbstbestätigung. Eine Besichtigung linksradikaler Gewalt

Ulrich Schuster

In den Abendstunden des 3. Novembers 2019 klingelte es an der Wohnungstür von Cornelia P., Prokuristin einer Leipziger Immobilienfirma. Nachdem die Frau ihre Wohnungstür geöffnet hatte, wurde sie von zwei vermummten Personen zurückgedrängt und mehrmals mit der Faust ins Gesicht geschlagen. Bevor die Täter flüchteten, bestellten sie ihrem Opfer „schöne Grüße aus Connewitz". Connewitz ist ein von der linksalternativen Szene geprägter Stadtteil. Die Firma der Angegriffenen ließ hier auf Flächen, die zuvor als Freisitz einer Kneipe, als Öko-Garten und Hundetoilette gedient hatten, Eigentumswohnungen bauen. Ein Projekt von Hunderten in Leipzig, einer Stadt mit enormem Bevölkerungswachstum. Nach dem Anschlag tauchte auf der Internetplattform „indymedia" ein von der Gruppe „Kiezmiliz" verfasstes Bekennerschreiben auf (Kiezmiliz 2019). Unter Nennung des Namens und der Adresse des Opfers wurde die Tat als Widerstand gegen Luxuswohnungen verteidigt. Die Firma des Opfers habe sich erdreistet, so die Verfasser des Schreibens, „eine bereits vorher durch StadtteilbewohnerInnen genutzte Fläche zur Profitmaximierung zu nutzen". Zudem müsse das Bauprojekt als „Angriff auf einen linken Stadtteil und seine BewohnerInnen" (ebd.) verstanden werden.

In der Lokalpolitik sorgte der Anschlag für ostentative Ablehnung. Der sozialdemokratische Bürgermeister der Stadt sah die Taten bereits auf der Schwelle zum linken Terrorismus, der Weg zum politisch motivierten Mord sei nicht mehr weit. Ein CDU-Stadtrat warf der SPD vor, durch ihre jahrelange Unterstützung der alternativen Kultur in Leipzig für das Erstarken der linken Szene mitverantwortlich zu sein (Loch 2019). Und die AfD forderte, den Kampf gegen linke Gewalt an die Spitze der politischen Agenda zu setzen, und bemängelte an der prompt vom Innenministerium ins Leben gerufenen Sonderkommission zur Bekämpfung des Linksextremismus deren zu geringe Personalausstattung. Auch Linke und Grüne verurteilten im Stadtrat die Gewalt, ja selbst in der linksradikalen Szene hielt sich die Zustimmung in Grenzen. So beurteilte der örtliche Ableger der „Interventionistischen Linken", einer Dachorganisation sozialrevolutionä-

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

rer Gruppen, den Angriff in einem Facebook-Eintrag als „daneben“ und „nicht nachvollziehbar“.[1]

Solche negativen Reaktionen waren vorhersehbar. Umso mehr stellt sich die Frage, was wollten die Täter bezwecken, welchen politischen Gewinn verfolgten sie mit ihrer Aktion? Die selbst ernannte Kiezmiliz, die den Überfall und fünf weitere Anschläge für sich reklamierte, gab in ihrem Schreiben einen Hinweis. Man freue sich darüber, wenn durch die Zerstörung von Baufahrzeugen die Fertigstellung von Luxuswohnungen verzögert werde, aber diese Praxis trage nur symbolischen Charakter. Der Versicherungsschutz von Baufirmen ermögliche es, die geplanten Bauprojekte früher oder später umzusetzen. Aus diesem Grund habe sich die Gruppe entschieden, „die Verantwortliche für den Bau eines problematischen Projekts im Leipziger Süden da zu treffen, wo es ihr auch wirklich weh tut: in ihrem Gesicht.“ (Kiezmiliz 2019).

Die Täter bewiesen kalte Rücksichtslosigkeit. In Folge der Faustschläge musste das Opfer medizinisch behandelt werden. Aus Angst vor weiteren Übergriffen verließ die Frau vorrübergehend die Stadt, ihr Arbeitgeber stellte sie zur Bewältigung der Geschehnisse von der Arbeit frei (Schattauer 2019). Trotzdem ist anzunehmen, dass die Folgen der Tat die Prokuristin noch lange beschäftigen werden. Demgegenüber signalisierte die Kiezmiliz auch sprachlich, dass für sie die körperliche Unversehrtheit und die Sicherheit der Person nicht viel zählen. Mühselig wäre es wohl, ihnen gegenüber auf den Status dieser ethischen Prinzipien als allgemeine Menschenrechte hinzuweisen. In ihrer politischen Binnenlogik ist die Tat gerechtfertigt und hebt sich über Bedenken hinweg, die in linksradikalen Kreisen gerne als Scheinmoral beiseitegeschoben werden. Der Status des realen Opfers wurde durch die Imagination der eigenen Position als Angegriffene verdrängt. Im Bekennerschreiben stilisierte sich die Kiezmiliz als Verteidigerin eines „linken Stadtteils“ und seiner „BewohnerInnen“ (Kiezmiliz 2019).

Botschaften an sich selbst

Vieles spricht dafür, dass es sich bei dieser Annahme eher um eine ritualisierte Schutzbehauptung, nicht um die Ursache des Angriffs handelte. Zweifellsohne gehört Leipzig zu den boomenden Großstädten, in denen die Mieten seit Jahren steigen. In einigen hippen Stadtteilen können sich

1 Vgl. auch: *Leipziger Volkszeitung*, 6.11.2019, S. 17.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Einkommensschwache schöne Wohnungen nicht mehr leisten, leerstehende Gründerzeithäuser und stillgelegte Industrieruinen sind nur noch selten zu haben. Doch parallel zu dieser Entwicklung wuchs die linksalternative Szene. Das bestätigt etwa schon ein Blick auf die Entwicklung des Connewitzer Fußballvereins „Roter Stern". Von 1999 bis heute stieg die Mitgliederzahl des Vereins, der sich in seinem Selbstverständnis „gegen jegliche Form von Ungleichheit" positioniert und damit etwas unbeholfen seinen linksradikalen Anspruch ausdrückt, von nicht einmal 50 auf über 1500. Gemessen an den aktiven Fußballern ist er der größte Verein in der Stadt. So wie er florieren seit Jahrzehnten soziokulturelle Zentren, Wohnprojekte und Wagenplätze in Leipzig und werden häufig sogar aus dem kommunalen Haushalt gefördert. Wenn auch die Pionierphase alternativer Gentrifizierungsscouts zu Ende geht, es braucht doch sehr viel Phantasie, um die linksalternative Szene der Stadt mit dem Rücken an der Wand zu sehen. Das Gegenteil stimmt. Hingegen dürfte der Verdrängungsdruck für prekäre Alleinerziehende, arme Rentner und bildungsferne Geringverdiener gerade in alternativen Stadtteilen wie Connewitz größer sein. Geholfen wurde ihnen durch den militanten Aktionismus nur in einer nichtintendierten und politisch äußerst problematischen Weise: So war das erste Ergebnis der Tat, dass in der Kommunalpolitik und auf Landesebene die Unterstützer der Alternativkultur in die Defensive gerieten, während die Sicherheitsinteressen der Immobilienwirtschaft und die öffentliche Legitimität einer verschärften Ordnungspolitik gestärkt wurden. Dass dies für sozial schlechter Gestellte nicht selten eine gute Nachricht ist, sollte den linken Aktivisten zu denken geben.

Doch ist zu befürchten, dass sich der Denkvorgang der Kiezmilizionäre ziemlich selbstbezogen vollzieht und die soziale Wirklichkeit in ihrer Wahrnehmung nur noch als Zerrbild vorkommt. Wie sonst könnten sie erwarten, durch gezielte Körperverletzung die sozial und ökonomisch vielschichtige Gentrifizierungsdynamik einer boomenden Großstadt zu unterbrechen? Gehen sie wirklich davon aus, durch die Bestrafung einer Person, die sich wie unzählige andere auch zweckrational in den herrschenden Verhältnissen bewegt, den Mechanismus von Nachfrage und Angebot auszuhebeln? Ihre Selbstbezichtigung wies darauf hin, dass sie sich den „Erfolg" ihrer militanten Kritik als weitere Eskalation vorstellten. Alle Personen, die in neue Wohnungen der angegriffenen Immobilienfirma investieren, einziehen oder das Projekt anderweitig unterstützen, müssten sich demnächst auf Reaktionen einstellen. Die Autoren drohten ihnen „kaputte Scheiben, brennende Autos und kaputte Nasen" an (Kiezmiliz 2019).

Politisch bliebe auch diese Ausweitung der Tat sinnlos. Es wäre nicht mehr als eine gewalttätige Täuschung, die nur den Anschein erweckt, mit

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

noch mehr Zerstörung und Brutalität ließen sich gegen Marktlogik und politische Kräfteverhältnisse Immobilienprojekte verhindern. Doch ist zu vermuten, dass der militante Ehrgeiz viel weniger einem konkreten Ziel als der Aufrechterhaltung eines symbolischen Aktionismus galt. Frei nach dem olympischen Motto „dabei sein ist alles" richtet die Kiezmiliz mit ihren Taten Botschaften an sich selbst und diejenigen, die in der Szene ähnlich ticken. Im linksradikalen Resonanzraum lässt sich die kurzzeitige öffentliche Aufregung nach solchen Taten als politische Relevanz missverstehen und schmeichelt dem narzisstischen Bedürfnis. Nur hier können die Täter hoffen, dass ihnen die politische Hülle geglaubt wird, in die sie ihren bei der Tat erlebten Lustgewinn kleiden. Denn im Schutzraum der Szene gilt Gewalt gemeinhin als akzeptiert. Nicht nur, weil sie einige Jahre wirksames Instrument der Notwehr gegen Nazis war, sondern als Merkmal kollektiver Abgrenzung.

In ironischer Anspielung auf die bekannteste deutsche Terrororganisation hat ein Fanclub der ersten Mannschaft des „Roten Sterns" sich den Namen „Rote Allez! Fraktion" gegeben.[2] Das Wortspielchen richtet sich gegen die Abwertung, die Fans eines linken Fußballvereins in der sächsischen Provinz durchaus noch entgegenschlagen kann. Als Provokation von Punks und szenetypischen Gewohnheitssäufern steckt dahinter keine irgendwie an die „Rote Armee Fraktion" (RAF) angelehnte Programmatik. Der Gruppe geht es nicht darum, eine Stadtguerilla aufzubauen und den antiimperialistischen Kampf in die Metropole zu tragen. In Anspielung an verschiedene Rauschmittel lautet ihr Motto vielmehr „Sternburg, Pfeffi, Kirsch und Co, ein Joint und wir sind ready to go!" Die „Rote Allez! Fraktion" verbindet spätpubertären Pennälerhumor mit linksradikaler Folklore. Trotzdem bleibt als schwacher Abglanz ein Moment von Sympathie für die RAF. Nach wie vor ist in den subkulturellen Sphären der Linken die Vorstellung lebendig, dass es sich beim bewaffneten Kampf irgendwie um etwas Gutes gehandelt haben muss. Nicht die Auseinandersetzung mit Herrschaftsverhältnissen, Interessen und der Angemessenheit von Gewalt bestimmt die emotionale Nähe zu popkulturellen Leitfiguren des Aufruhrs, sondern die Sehnsucht nach Eindeutigkeit und Moral.

2 Zu finden unter: https://roteallezfraktion.com.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Gewalt und Gegengewalt

In den politischen Kernzonen der autonomen Szene ist dieser Rechtfertigungszusammenhang ideologisch um einiges konsistenter bemäntelt. Stabilität und Beständigkeit bezieht er aus der sozialrevolutionären Selbstverortung von Gruppen und Aktivisten, die mehr oder weniger bewusst an marxistische Theorie, anarchistische Aufstandsprogrammatik und Traditionsbestände der Neuen Linken anschließen. Ausgangspunkt ist die objektiv richtige Analyse, dass die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft mit Gewalt geformt wurde und nach wie vor zusammengehalten wird.

Die erste industrielle Revolution führte zur Massenarbeitslosigkeit von Handwerkern und Manufakturangestellten und zwang die Menschen unter das Diktat der Fabrik. Für die englische Textilproduktion beschrieb der junge Friedrich Engels in seinem 1845 erstmals erschienenen Bericht über *Die Lage der arbeitenden Klasse in England* die extensive physische Ausbeutung des Menschenmaterials. Tägliche Arbeitszeiten bis zu 16 Stunden, Kinderarbeit und körperliche Züchtigung gehörten zum Alltag in den modernen Einrichtungen der Massenproduktion. Hinzu kam, dass die Menschen zum Leben in verdreckten Slums gezwungen waren, umgeben von schmutzigen Abwässern und dem Rauch der Schlote aus den unzähligen Gerbereien, Färbereien und Spinnereifabriken, die vom Takt der Dampfmaschinen angetrieben wurden. Mit Blick auf den Industriestandort Manchester sprach Engels von der „Hölle auf Erden" (Engels 1848: 72).

Versuche der Modernisierungsopfer, sich zu wehren, zogen die ganze Härte der Gesetze nach sich, die zur Absicherung der Eigentums- und Produktionsverhältnisse erlassen wurden. Die Arbeiterbewegung reagierte auf den Zusammenhang von sozialer Ungleichheit und Staatsgewalt mit dem Konzept des Klassenkampfes. Im Marxschen Fortschrittsoptimismus galt die Gewalt als „Geburtshelfer jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht." (Marx 1970: 779) In der proletarischen Revolution sollte die Gewalt zum Mittel der Befreiung werden, die zum Ende der Klassenherrschaft und damit ebenso zum Ende staatlicher Unterdrückung führt. Dabei forderte schon der Vordenker des Kommunismus die energische Diktatur als provisorischen Staatszustand, um die Revolution gegen ihre Feinde zu verteidigen. Danach allerdings, mit der Aufhebung der Klassengegensätze, verschwinde die Notwendigkeit einer organisierten Zentralgewalt. Das Ende der Unterdrückung ist das Ende der politischen Gewalt. Der proletarische Staat, so prognostizierte Friedrich Engels, stirbt in der freien Assoziation der Menschen ab (Engels 1962: 303).

Lenin konkretisierte das Programm zur Machtübernahme. Eine hierarchisch organisierte Kaderpartei, die keine innere Opposition zulässt, wur-

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

de zum Instrument des politischen Kampfes und bildete später das Modell für den sozialistischen Herrschaftsapparat. Bei denen, die mit dem tatsächlichen Versuch des Kommunismus große Hoffnungen verbanden, schien die gewaltförmige Verteidigung der Revolution unabdingbar. Elektrisiert von den ersten Dekreten der Oktoberrevolution zur Beendigung des Krieges und zur Landreform verschlossen viele die Augen davor, dass „Tscheka" und „Rote Armee" den Terror nicht nur gegen die wirklichen Feinde der Bolschewiki entfachten. In blinder Willkür konnte die staatliche Gewalt alle treffen, die unter das Verdikt gerieten, als „Volksfeind" und „Parasit" der Revolution zu schaden. Lenins Aufruf zur „Säuberung der russischen Erde von allem Ungeziefer" richtete sich gegen „Reiche", „Müßiggänger" und „bürgerliche Intellektuelle" und damit gegen eine ganze soziale Schicht, der ihre „Ausrottung" angekündigt wurde (Lenin 1972: 412). Der Rote Terror verfuhr danach. Die revolutionäre Gewalt verlor ihre Unschuld, die sie als kommunistische Idee der Befreiung noch beanspruchen konnte.

Kriegsrufe

Die sich in der Bundesrepublik ab den 1960er Jahren herausbildende Neue Linke setzte sich vom traditionellen Arbeiterbewegungsmarxismus und vom Realsozialismus ab. In der Bundesrepublik bekam sie recht schnell einen nachdrücklichen Eindruck staatlicher Gewalt. Der Tod des Studenten Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967, der an einer Demonstration gegen den Staatsbesuch des iranischen Schah Mohammad Reza Pahlavi teilgenommen hatte, war das Ergebnis einer repressiven politischen Kultur, die sich gegenüber Gesellschaftskritik unversöhnlich zeigte. Ohnesorg wurde von Berliner Polizisten geschlagen und schließlich aus nächster Nähe vom Polizeibeamten Karl-Heinz Kurras in den Hinterkopf geschossen. Aufgrund der antikommunistischen Frontstellung Westdeutschlands schlug der noch von den Parteigängern der Nazis durchsetzte Staatsapparat mit ideologischer Härte gegen die Studentenbewegung zu. Der Mörder Ohnesorgs blieb, trotz erdrückender Indizien dafür, dass er nicht in Notwehr gehandelt hatte, von Haft verschont. Das Mitglied der „Kommune 1" Fritz Teufel kam für 70 Tage in Untersuchungshaft, nachdem er auf der Anti-Schah-Demonstration festgenommen wurde, weil er einen Stein auf Polizeibeamte geworfen haben soll. Während des Prozesses gegen ihn und andere Mitbewohner seiner Wohngemeinschaft, die mit politischen Happenings die bundesrepublikanische Nachkriegskultur herausforderten, erhielten die Angeklagten von Beobachtern und aufgebrachten Bürgern

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

nicht selten die Drohung, man wolle sie in die Gaskammer schicken. (Sedlmaier 2018: 68 f.)

Staatsgewalt und Gesellschaftspolitik standen dem Kommunismus, ebenso aber bürgerrechtlichen Forderungen und Demokratisierungsbestrebungen feindlich gegenüber. Das radikalisierte die außerparlamentarische Opposition erheblich. (Kraushaar 2018: 262 f.) Hinzu kam die Folgenlosigkeit des legalen Protests. Das führende Mitglied des SDS Peter Schneider beschrieb bei einem Sit-in an der Freien Universität Berlin das Phänomen mit dem Satz „[w]ir haben in aller Sachlichkeit über den Krieg in Vietnam informiert, obwohl wir erlebt haben, dass wir die unvorstellbarsten Einzelheiten über die amerikanische Politik in Vietnam zitieren können, ohne dass die Phantasie unserer Nachbarn in Gang gekommen wäre, aber dass wir nur einen Rasen betreten zu brauchen, dessen Betreten verboten ist, um ehrliches, allgemeines und nachhaltiges Grauen zu erregen." (Ebd.: 266)

Die Hinwendung der außerparlamentarischen Opposition zur Gewalt war aber nicht allein eine Reaktion auf eine restaurative Bundesrepublik. Sie war ebenso Teil einer Suchbewegung, ausgelöst durch eine doppelte Enttäuschung. Zum einen wurde die Orientierung an der Sowjetunion zum Problem. Aufgrund ihrer Rolle im Kampf gegen das nationalsozialistische Deutschland hatte sie weltweit an Ansehen gewonnen. Durch die Niederschlagung des Ungarnaufstands 1956 war dieser Sympathiebonus allerdings aufgebraucht. (Gerber 2015: 57 f.) Angesichts der Panzer mit rotem Stern auf den Straßen von Budapest wendeten sich linke Intellektuelle von den an Moskau orientierten kommunistischen Parteien in Europa ab. Hatte kurz zuvor die Rede des Stalin-Nachfolgers Nikita Chruschtschow auf dem XX. Parteitag der KPdSU noch Hoffnung auf die Reformfähigkeit des Sozialismus geweckt, wurde ihnen nun der antikoloniale Befreiungskampf in der sogenannten Dritten Welt zum Ersatz.

Zum anderen musste die Neue Linke eine weitere unerfüllte Erwartung verarbeiten. Das Proletariat zeigte kein Interesse an der Revolution. Das allgemeine Wohlstandsniveau wuchs in den industrialisierten Kernstaaten in Folge des wirtschaftlichen Nachkriegsbooms enorm. Für die von Vollbeschäftigung, steigenden Löhnen und den Verlockungen des Massenkonsums profitierende Arbeiterklasse erschien die Unwägbarkeiten eines sozialistischen Umsturzes alles andere als verlockend. Auf der Suche nach einem Ersatzsubjekt entdeckten viele Linke *Die Verdammten dieser Erde.* Das gleichnamige Buch von Frantz Fanon, auf Deutsch 1966 bei Suhrkamp veröffentlicht, wurde für die außerparlamentarische Opposition eine Inspirationsquelle. Der Autor, ein ehemaliger Freiwilliger der französischen Streitkräfte, hatte unter dem Befehl Charles de Gaulles nach der

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

französischen Niederlage von 1940 weiter gegen die Deutschen und das mit ihnen verbündete Vichy-Regime gekämpft. Im Widerstand gegen den Nationalsozialismus bemerkte Fanon, der im französischen Überseedepartement Martinique geboren worden war, die Ungleichbehandlung der Soldaten, die ihre Herkunft aus den französischen Kolonien nicht verbergen konnten. Seine Erfahrungen des kolonialen Rassismus setzen sich später fort. Ab den 1950er Jahren arbeitete er als Arzt in Algerien und wurde hier zu einem Vordenker der antikolonialen Befreiungsbewegungen in Afrika. Die Auseinandersetzung mit Gewalt nahm dabei einen zentralen Stellenwert ein. Fanon begriff sie nicht nur als Mittel, um die koloniale Macht abzustreifen, er kennzeichnete sie darüber hinaus als Voraussetzung einer mentalen Befreiung. Erst durch ihren Gebrauch könnten die Kolonisierten die verinnerlichten Formen der Unterordnung und der entfremdenden Orientierung an den Europäern überwinden (Fanon 2017: 76 f.; Kraushaar 2018: 274).

Nicht minder elektrisierend wirkte sich die Lektüre von Schriften Che Guevaras aus. Noch 1967 im Todesjahr des bereits zu Lebzeiten mythisch verklärten Guerilla-Kommandeurs erschien sein Aufruf *Schaffen wir zwei, drei, viele Vietnam*, ins Deutsche übersetzt unter anderem von Rudi Dutschke, Führungsfigur der westdeutschen Studentenproteste. Ein Jahr nach der Hinrichtung Guevaras brachte der Trikont-Verlag dessen Aufsatz *Partisanenkrieg – eine Methode* heraus. Der darin enthaltene Nachruf stammte vom Schriftsteller Peter Weiss, der den Faden revolutionärer Kampfbereitschaft aufnahm und weiterspann: „Ches Tod" habe gezeigt, dass es „das einzige richtige ist, ein Gewehr zu nehmen und den Feind zu bekämpfen". Der friedliche Widerstand sei an die Grenze gekommen, jetzt müssten andere Aktivitäten erwogen werden (Guevara 1968).

Getrieben vom Wunsch, Agens eines revolutionären Moments zu sein, verwischte die sich radikalisierende Neue Linke die Unterschiede zwischen kolonialer Unterdrückung, tatsächlichen Diktaturerfahrungen und politischer Repression in Westeuropa und den Vereinigten Staaten. Sie eignete sich distanzlos Theorie und Praxis antikolonialer Befreiung an und überfrachtete dabei tatsächliche soziale Widersprüche mit Ideologie. Auf der Strategiekonferenz des SDS forderte Dutschke bereits im Herbst 1967, die Studentenorganisation müsse sich zu einer „Verweigerungs- und Sabotage-Guerilla" wandeln (Kraushaar 2018: 282). Später folgte der Aufruf zur Bildung von „Guerilla-Einheiten" an den Universitäten und zum Aufbau eines „urbanen militärischen Apparats" (ebd.: 284). Analog zum antikolonialen Befreiungskampf sollte die Stadtguerilla – zunächst nur von der Randgruppe der radikalen Studenten getragen – durch direkte Aktionen das Be-

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

wusstsein der Massen entwickeln und die „Aufstandsphase der Revolution" einleiten (ebd.: 285).

Recht auf Widerstand

Einen weiteren Pfeiler des theoretischen Unterbaus revolutionärer Ungeduld lieferte die Rezeption des deutschamerikanischen Philosophen Herbert Marcuse. Mit seinem 1965 erschienen Aufsatz *Repressive Toleranz* und der 1967 in Deutschland veröffentlichen Schrift *Der eindimensionale Mensch* wurde der ehemalige Mitarbeiter des Frankfurter Instituts für Sozialforschung und Freund Adornos zu einem der beliebtesten intellektuellen Stichwortgeber der außerparlamentarischen Opposition. Marcuses Gesellschaftskritik setzte an der Integrationsleistung des Wohlfahrtskapitalismus an. Die Güter und Dienstleistungen, die der Produktionsapparat herstellt, würden die Arbeiter in das System einbinden, ja mehr noch zur vollständigen Identifizierung mit ihm führen. Den mechanisierten und damit abstumpfenden Tätigkeiten an den Fließbändern entsprächen standardisierte Formen des Massenkonsums; ein eindimensionales Denken präge sowohl Produktion als auch Konsumtion. Schien Marcuse zunächst keinen Ausweg aus diesem Reproduktionszusammenhang zu sehen, begann er im Verlauf der Proteste gegen den Vietnamkrieg die Rebellion der oppositionellen und studentischen Jugend in Amerika und Europa als revolutionäre Kraft zu begreifen. Da die Protestbewegung die bisher unpolitischen Lebensbereiche der nichtmateriellen Bedürfnisse und der Natur politisiere, könne von ihrer Gegenkultur der Weg zur Befreiung vom Kapitalismus ausgehen.

Wenige Wochen nach dem Tod Benno Ohnesorgs kam Marcuse im Juli 1967 auf Einladung des SDS zu einer Vortragsreihe über das *Ende der Utopie* nach Berlin. Bei seinem zweiten Vortrag sprach er über *Das Problem der Gewalt in der Opposition*. Dabei griff er einen Gedanken aus *Repressive Toleranz* auf, demzufolge unterdrückte Minderheiten das Naturrecht zum Widerstand beanspruchen dürften, selbst wenn dies bedeute, sich gegen eine Verfassungsordnung und die Mehrheit der Bevölkerung gewaltsam zu wehren. Gegenüber der institutionalisierten Gewalt des Staates und dem positiven Recht bliebe diese „Gewalt des Widerstandes" zwar illegal. Mit der Berufung auf das allgemeine Interesse von Frieden und Humanität könne die Gewalt aber durchaus als höheres Recht in Anspruch genommen werden und stehe zudem in der Tradition des Fortschritts innerhalb der westlichen Zivilisation (Marcuse 1980: 52, 80; Kraushaar 2018: 262). In Fragen konkreter Praxis blieb Marcuse zurückhaltend. Er konkretisierte

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

sein metaphysisches Rechtfertigungsschema nur durch die Beschreibung von Aktionen zivilen Ungehorsams, etwa der berühmten Sit-ins. Später, im Zuge des linken Terrorismus, betonte er Warnungen vor einem übermäßigen Gebrauch der Gewalt, der die Isolation der Opposition verschärfe, anstatt ihre Basis zu vergrößern. (Sedlmaier 2018: 132 f.)

Ein nicht geringer Teil der linken Opposition füllte die in Marcuses Widerstandsrecht angelegte Unbestimmtheit bald schon mit revolutionärem Voluntarismus aus. Der bei der Vortragsreihe in Berlin im Publikum anwesende Dutschke schlug bereits in der anschließenden Diskussion eine „konkrete […] Aktion gegen die Manipulationspresse" vor, womit ein wichtiger Schritt gegen die systematische Manipulation der Bevölkerung getan sei (Marcuse 1980: 76). Sein Handlungskonzept für die studentische Opposition sah zudem gezielte Schläge gegen Parlamente, Gerichtsgebäude, Polizeistationen und andere Institutionen des Staates und der etablierten Politik vor. Damit sollte die durch Medienmanipulation und Massenkonsum verdeckte Gewalt des kapitalistischen Systems herausgekitzelt und den bisher geblendeten Massen die Augen geöffnet werden (Kraushaar 2007). In Anlehnung daran formulierte nicht viel später die RAF ihr *Konzept Stadtguerilla* und versuchte mit ihrem bewaffneten „Primat der Praxis" die vermeintlichen „Widersprüche im Bewusstsein aller Unterdrückten" zur revolutionären Situation zu entfalten (Rote Armee Fraktion 1971). Die Urheber der Serie von Brandanschlägen, Banküberfällen, Bombenlegungen, Entführungen und Attentaten sahen sich selbst im Einklang mit dem von Marcuse proklamierten Widerstandsrecht. Sowohl Andreas Baader als auch Dieter Kunzelmann, Kopf der Tupamaros, die ihren ersten Anschlag auf das jüdische Gemeindehaus in West-Berlin geplant hatten, beriefen sich darauf explizit (Sedlmaier 2018: 76, 104).

Der Wille weiterzumachen

Der Glaube an eine revolutionäre Zukunft und das Recht zum Widerstand befeuerten eine Entgrenzung linker Gewalt. Der Terror von RAF, „Revolutionären Zellen" (RZ), „Bewegung 2. Juni" und anderen Organisationen ließ sich bei einigermaßen objektiver Betrachtung immer weniger als Notwehr gegen eine veränderungsrenitente Gesellschaft verstehen. Opposition war außerparlamentarisch und innerhalb des „Systems" möglich, kulturell modernisierte sich das Land nicht zuletzt durch den Druck sozialer Bewegungen, und das Proletariat verelendete auch nach dem Ende der fordistischen Wachstumsperiode nicht. Das Festhalten an einer Umsturzperspekti-

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

ve, die im Namen der Unterdrückten durch Bomben, Knieschüsse und Entführungen erzwungen werden sollte, wurde immer mehr Fiktion.

Doch benebelt vom historischen Geschichtsoptimismus fiel ein Zurück schwer. Die Pistoleros der militanten Gruppen und Terrororganisationen hielten am Phantasma revolutionäre Perspektive fest und stabilisierten mit jedem Anschlag die eigene, von der Empirie abgeschirmte Gedankenwelt. Noch die größte Wirkung der RAF, im Deutschen Herbst das nackte Antlitz staatlicher Souveränität heraufbeschworen zu haben, erreichte nur die vollständige politische Isolation der radikalen Linken. Im Ausnahmezustand wendeten sich Linksliberale nicht von der Herrschaft, sondern von den vagen Visionen des bewaffneten Kampfs ab.

Das galt den Militanten und gilt ihnen bis heute als Verrat, war aber angesichts der Verhältnisse ziemlich vernünftig. Denn diese rückten gar nicht immer weiter nach rechts, wie gebetsmühlenartig behauptet wurde. Vielmehr brach sich angetrieben von ökonomischen Verwertungsproblemen, technologischem Fortschritt und den postmaterialistischen Werten der 68er ein weitreichender Wandel Bahn. Fließbandproduktion und Massenkonsum, die jahrzehntelang im Zentrum linker Gesellschaftskritik standen, wurden nach und nach von einer Computerisierung der Arbeitswelt, Formen der Kreativwirtschaft und einer sich diversifizierenden Konsumkultur verdrängt (Reckwitz 2017). Der neue Integrationsmodus kapitalistischer Herrschaft bediente sich an den Ideen der Alternativkultur und inkorporierte deren Vorstellungen von Sinnstiftung und gelingender Selbstverwirklichung. Marcuses Hoffnung auf eine von studentischen Randgruppen und einer Gegenkultur ausgehenden Transformation wurde wahr und blieb zugleich uneingelöst. Es änderten sich Bewusstseinsstrukturen und Konsumverhalten, das Reich der Gleichen und Freien indes, in dem die Mitglieder kollektiv über die notwendige Arbeit entscheiden und die im Zuge des technologischen Fortschritts möglichen Freizeitpotentiale zu ihrer Erbauung nutzen, verwirklichte sich nicht. Im Gegenteil, indem er ökologische und identitätspolitische Ansprüche vormals unterdrückter Gruppen integrierte, erschien der spätmoderne Kapitalismus widerspruchfreier als je zuvor.

Richtig sichtbar wurde die Misere der radikalen Linken, als mit dem Ostblock auch die Hilfskonstruktionen des linksradikalen Bewusstseins zusammenbrachen. Zwar hatte die Neue Linke die Sowjetunion und ihre Satellitenstaaten für ihre bürokratische Herrschaftsarchitektur kritisiert. Als Schutzmacht sozialistisch orientierter Staaten in der Dritten Welt, als Waffenlieferant linker Guerillas und als lebendiger Beweis, dass der Aufbau des Sozialismus tatsächlich möglich ist, stellten sie gleichwohl einen faktischen und ideellen Rückhalt dar. Jetzt hatten sich die Proletarier im Osten,

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

die das mit Blick auf Arbeitsbedingungen und Lebenserwartung noch viel eher waren als Arbeitnehmer im Westen, für liberale Demokratie und westliches Konsumniveau entschieden. Der Umsturz war zweifelsohne eine Revolution, getragen von den Massen. Ein Waterloo für alle Linksradikalen, die sich mit ihren Kleinstparteien, K-Gruppen, autonomen Jugendzentren und Universitätsstellen im westdeutschen Wohlstandskapitalismus behaglich eingerichtet hatten und von hier den kommunistischen Umsturz predigten.

Der antiimperialistischen Sehnsucht erging es nicht besser. Dort, wo nationale Befreiungsbewegungen zur Macht gelangt waren, etwa in Algerien, hatten sie ihre Herrschaft nur durch autoritäre Einparteiensysteme sichern können. Nach dem Ableben des großen Bruders Sowjetunion versuchten sie sich mit verschärfter Repression gegen oftmals religiös-fundamentalistische Oppositionsbestrebungen an der Macht zu halten. Erfolgreich blieben sie, wie etwa Daniel Ortega in Nicaragua, nur durch eine Mischung aus religiöser Rückbesinnung, nationalem Populismus, Korruption und Staatsgewalt. Die Hoffnung, der Aufstand der Verdammten dieser Erde führe zu etwas Gutem, war nur noch bei völliger Weltfremdheit am Leben zu erhalten.

Am Ende ihrer Geschichte gab selbst die letzte Generation der RAF mit einem Hauch von selbstkritischem Realismus zu, dass die antiimperialistische Strategie unterm Strich nichts gebracht hatte: „Die Wirkung in die Gesellschaft" sei begrenzt geblieben, „die Vorstellung", durch antiimperialistische Aktionen „gesellschaftliches Bewußtsein" zu schaffen, um so den „Konsens zwischen Staat und Gesellschaft" aufzubrechen, habe sich nicht eingelöst (Rote Armee Fraktion 1998). Obwohl es den Genossen der RAF „wichtig" gewesen sei, habe es auch nicht geklappt, „nach dem Zusammenbruch der DDR unseren Kampf in ein Verhältnis zur neuentstandenen gesellschaftlichen Situation zu bringen". Den angesichts ihrer überwiegenden Zustimmung zu Kapitalismus und Wiedervereinigung völlig irrwitzigen Versuch, die Ostdeutschen zum revolutionären Kampf zu agitieren, musste der Präsident der Treuhandanstalt Detlef Karsten Rohwedder im April 1991 mit dem Leben bezahlen. Sieben Jahre danach, im März 1998, löste sich die RAF auf. Ohne ein Wort des Bedauerns für die von ihr fabrizierten Opfer, dafür mit einigem Stolz auf die eigene Geschichte.

Der gesamte Rest der außerparlamentarischen Linken kämpfte nach dem Ende des Realsozialismus weniger mit dem System, sondern versuchte sich in schwierigen Diskussionen einen Reim auf die vielschichtigen Veränderungen zu machen. Angesichts zurückgehender Mitgliedszahlen und Mobilisierungserfolge bemühte sich 1989/90 eine Initiative mit dem Namen „Radikale Linke" um eine Sammlungsbewegung aus militanten

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Gruppen, Kleinstparteien und Personen aus den neuen sozialen Bewegungen. Zum aufrufenden Personenkreis gehörten unter anderem linke Grüne wie Thomas Ebermann, Rainer Trampert und Angelika Beer, zu den ersten Diskutanten der DKP-Politikprofessor Georg Fülberth, eine Gruppe „Revolutionäre Sozialisten" und die MKP/Westberlin (Kongreßvorbereitungsgruppe 1990: 26). Den Modernisierungsprozess begriffen die Initiatoren in einem Diskussionspapier nicht ganz falsch als Angriff des Kapitals auf den Sozialstaat der fordistischen Epoche. Allerdings missdeuteten sie die damit einhergehende kulturelle Liberalisierung der Bunderepublik als politizistische Strategie staatstragender Kräfte, mit der es gelungen sei, anpassungsbereite Linke ins bürgerliche System zu integrieren. Hinter der vermeintlich progressiven Fassade von Geschlechtergleichstellung, ökologischem Bewusstsein und Individualisierung offenbare sich in verschärfter Form nur die altbekannte Unterdrückung und „die Ausgrenzung aller unangepaßten sozialen und nationalen Minderheiten".

In Wirklichkeit war man Zeuge eines sich durchsetzenden „liberalen Dynamisierungsparadigmas" (Andreas Reckwitz) geworden. Dieses umfasste sowohl sozioökonomische als auch soziokulturelle Aspekte, die allerdings funktional ineinander verschränkt und damit zugleich neoliberal wie auch linksliberal waren (Reckwitz 2019). Die „Radikale Linke" verstand nur den ökonomischen Teil halbwegs richtig, gegenüber dem soziokulturellen Wandel blieb sie einigermaßen kurzsichtig. Mit eingeschränktem Blickfeld versuchte sie durch den Nebel der Transformation zu steuern und versprach sich dabei von vertrauten Konzepten Orientierung. Deutlich schimmerte jedenfalls Marcuses in die Jahre gekommene Idee avantgardistischer Randgruppen durch, wenn die „Radikale Linke" zur Erneuerung der Gegenkultur aufrief (Kongreßvorbereitungsgruppe 1990: 26). Ganz im Sinne dieses Konservatismus rechtfertigten die „Revolutionären Zellen" im Diskussionsreader die Unbedingtheit praktischer Militanz. Ohne sie seien Staat und Kapital nicht zu beseitigen, und wie ein durch die Zeit gereistes Echo des Fanonschen Gewaltbegriffs erklärte die Gruppe die Notwendigkeit der Militanz, um „verinnerlichte […] Gewaltverhältnisse" zu überwinden (Revolutionäre Zellen 1990: 220). Ganz Tatmenschen, schlugen die Autoren im Anschluss vor, durch die Fabrikation von Sachschäden kleine Hightech-Betriebe in alternativen Stadtteilen zur Aufgabe zu zwingen, um damit den Einzug von Mikroelektronik und Yuppie-Kultur wenigstens in der Linken zurückzudrängen (ebd.: 226). In Anbetracht des sich in den 1980er Jahren durchsetzenden Technologiewandels nur eine weitere Donquichotterie aus dem linksradikalen Kuriositätenkabinett.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Infantilisierung der Revolte

Vor dem Hintergrund der immer größer werdenden Anerkennung von Alternativkultur überstand der subjektivistische Lebensweltbezug der Autonomen die Wandlungen der Zeit um einiges besser als die linksterroristischen Strukturen. Mit ihrer Betonung einer „Politik der ersten Person", die auf die unmittelbare Befriedigung der persönlichen Lebensbedürfnisse zielte, lag man ganz auf der Linie des postmateriellen Wertewandels, der gelebte Kreativität, Selbstverwirklichung und Genuss dem materiellen Statusgewinn und der Integration in ein strenges Arbeitsregime vorzog. Auch durch ihren theoretischen und historischen Eklektizismus, der sich Bezüge auf Marxismus und Anarchismus, Operaismus und Poststrukturalismus ebenso erlaubte wie weitgehende Theorielosigkeit, erwies sich die autonome Bewegung gegenüber den Fährnissen des gesellschaftlichen Wandels einigermaßen flexibel. Als undogmatisches Abfallprodukt des Revolutionsradikalismus der 1970er Jahre knüpften die aus den Spontis hervorgegangenen Autonomen das eigene politische Selbstverständnis nicht an eine schematische Strategie. Die grundsätzliche Opposition zu den herrschenden Verhältnissen sollte durch individuelle Verhaltensänderung und eine politisch korrekte Alltagspraxis im Mikrokosmos von Szene und Kleingruppe vorgelebt werden. In der Hauspostille *radikal* formulierte 1980 eine Gruppe mit dem Namen „Rauchende Bulldoozer Alaskas" ihren Anspruch einer gegenwartbezogenen Utopie: „Wir bereiten nicht mehr unsere Befreiung oder die Weltrevolution vor, […] wir spielen einfach […], holen uns einfach die Stereoanlage, auf die wir schon immer scharf waren […]. Zünden Karstadt an, nicht um gegen das Morden in El Salvador zu protestieren, nein der Winter ist zu kalt, so wird's auf dem Kuhdamm ein bißchen wärmer […] und plötzlich ist selbst die Ebene des Gebrauchswerts verlassen." (Sedlmaier 2018: 198)

Statt Revolution propagierten die Autonomen die Revolte. Geradezu naiv ehrlich gibt darüber der 2008 im Verlag Assoziation A erschienene Band *Autonome in Bewegung* Auskunft. In dem von Angehörigen der Erlebnisgeneration verfassten und zusammengestellten Band heißt es zur Militanz, diese habe sich zum „identitätsstiftenden, prägenden Bestandteil der Bewegungserfahrung" entwickelt, die allen Autonomen gemeinsam sei (Grauwacke 2008: 142). Die Bereitschaft zur politisch verstandenen Gewalt rühre dabei „nicht aus theoretischen Erwägungen", sondern ergebe sich „aus den äußeren Bedingungen". Da die „verhältnismäßig satte Wohlstandsgesellschaft der BRD […] mit repressiver Toleranz und Ignoranz auf radikalen Protest [reagiert]" und „gerne ihre Stabilität und Macht [de-

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

monstriert]", müsse der Protest sich zwangsläufig radikalisieren: „Die eigene Radikalität will sich äußern und prallt auf polizeiliche Gewalt".

Die Argumentation erinnert entfernt an Kleinkinder in der sogenannten Rotz- und Trotzphase. Unerfüllt bleibende Wünsche oder die Einübung von zwischenmenschlich notwendiger Regelkonformität führen im Alter von zwei bis sechs Jahren häufig zu Wutanfällen. Und so wie Kleinkinder an ihrer zunächst noch nicht ausgeprägten Empathiefähigkeit verzweifeln, kamen auch die Autonomen der A.G. Grauwacke nicht auf die Idee, dass ja auch etwas an ihrem Protest falsch gewesen sein könnte, wenn die Gesellschaft ihn ignoriert.

Eine Kette von Interaktionen

Wie selbstverständlich bis heute Gewalt in der linksradikalen Szene toleriert und ausgeübt wird, ließ sich ganz anschaulich anhand der Ausschreitungen in Hamburg während des G20-Gipfels im Sommer 2017 beobachten. Tagelang gab es damals Krawalle, Barrikaden und Autos brannten, Supermärkte wurden geplündert, und Autonome lieferten sich Straßenschlachten mit der Polizei. Für einen kurzen Moment war die mediale Aufregung groß, was zeigte, dass es sich tatsächlich um ein Ausnahmeereignis handelte. Dass nach punktuellen Berichten über die Strafverfolgung die Geschehnisse heute schon weit zurückliegend erscheinen, spricht dafür, dass Ängste wie auch Hoffnungen, in Hamburg habe sich eine tiefergehende Krise ausgedrückt, übertrieben waren. Was am Morgen danach noch als „Bürgerkriegsgebiet" wahrgenommen wurde (Poschardt 2017), war wenig später aufgeräumt, kurzzeitig medial und politisch skandalisiert und, sieht man von einem lokalen Untersuchungsausschuss ab, politisch weitgehend vergessen.

Ebenso routiniert brachten linke Protestforscher den Evergreen in die Debatte, die Polizei hätte die Eskalation maßgeblich verschuldet. So machte ein Team des Berliner Instituts für Protest- und Bewegungsforschung, der Technischen Universität Berlin und des Hamburger Instituts für Sozialforschung, das zwar ankündigte, sich einer „moralischen Einordnung" weitgehend zu enthalten, unterm Strich die Polizei für die Auslösung der Gewalt verantwortlich (Ullrich et al 2017: 1, 81). Mit ihrem Anspruch, den reibungslosen Ablauf des Gipfels zu gewährleisten, hätte diese sich bereits auf eine „Strategie der Härte festgelegt". Ihre „gewaltsame Auflösung" einer Demonstration, die unter dem Motto „Welcome to Hell" angemeldet war und bei der sich hunderte Autonome auch nach wiederholten Aufforderungen nicht ihrer Vermummung entledigt hatten, sei dann die „ent-

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

scheidende Zäsur im Verlauf der Protestwoche“ gewesen. Hinzu käme, dass beide Seiten die Zeichen der jeweils anderen als „Vorboten einer Konfrontation gelesen“ hätten, die dann „als Ende einer Kette von Interaktionen“ eintrat.

Die Beobachtung von situativen Eskalationsdynamiken mag Momente der Hamburger Geschehnisse richtig beschreiben, ignoriert aber das erste Glied der Interaktionskette. Schon ein Jahr vor dem eigentlichen Ereignis im Sommer 2017 hatten autonome Gruppen ihre Mobilisierung gegen den Gipfel gestartet. Explizit und ohne Umschweife hatten sie die militante Störung des Treffens angekündigt und ihr Ziel mit einer Serie von Anschlägen glaubwürdig unterlegt. In einer anonym veröffentlichten Broschüre mit dem vielsagenden Titel *Rauchzeichen. Worte und Taten gegen die Welt der G20*, die kurz nach den Ereignissen in Hamburg erschien, findet sich eine „Chronik“ der „militanten Koordinierung“ (Autonome Gruppen 2017). Über 100 Bekennerschreiben zu Brandanschlägen auf Polizeifahrzeuge, Veranstaltungsgebäude, Bagger, Stromverteiler der Bahn und Wohnhäuser, zu Buttersäureattacken, Farbbeutel- und Steinwürfen auf Parteizentralen, Banken und Sicherheitsfirmen, zu Sabotageaktionen gegen Mautstellen und Funkmasten geben einen Eindruck vom Ausmaß der Kampagne. Völlig freimütig beschreiben die Autoren darin auch ihren Anteil an der Randale. Zum Beispiel so: „Seit fast 24 Stunden nun bewahrheitet sich das Versprechen der organisierten Autonomen, der Aktivist*innen: wir werden die Stadt lahmlegen, wir werden überall angreifen, unkalkulierbar. Entsprechend am Ende sind die Kräfte der öffentlichen Ordnung.“ (Ebd.: 6) Der Aufruf zur „Welcome to Hell“-Demo ließ ebenso wenig an Klarheit zu wünschen übrig (Aufruf „Welcome to Hell“ 2017). Die Gestalter der Webseite des Demo-Bündnisses tauchten den Hamburger Hafen in ein rötlich-schimmerndes Flammenmeer. Der „Call to action“ stellte die Proteste in eine Reihe mit denen von Seattle, Genua, Göteborg und Prag – bei denen es zu teils schweren Ausschreitungen gekommen war –, und die Ankündigung, der Protest solle „unberechenbar“ bleiben, umschrieb eher, als sie tarnte, was wirklich gewünscht war. Völlig offen und unmissverständlich hieß es dann auch im ersten Dankeschön der Organisatoren an ihr Klientel: „Wenn wir unser Bündnis ‚Welcome to Hell‘ genannt haben, dann meinten wir genau das: Den Herrschenden ihr G20-Treffen in Hamburg ansatzweise zu der Hölle zu machen, die sie zu verantworten haben […].“ Genau das sei ihnen gelungen.

Den Protestforschern aus Berlin und Hamburg waren solche Quellen zu naheliegend. Systematisch dichteten sie ihre Studie gegen die Analyse autonomer Selbstbezichtigungen ab. Die Eskalation ließe sich „nur bedingt aus Motiven und vorgefassten Plänen bestimmter Akteure ableiten“ (Ull-

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

rich et al 2017), weshalb in der Auswertung auf die Fülle des offenkundigen Materials weitgehend verzichtet wurde. Die Ausblendung der intentionalen Faktoren wurde zum Kardinalfehler der Studie und führte letztendlich zu einer Fehldeutung der Ereignisse. Völlig richtig fragte Wolfgang Krischke in einer Rezension der Studie für die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, ob „eine solche Entkoppelung vom ideologischen Hintergrund" stattgefunden hätte, „wenn es rechte Krawalle gewesen wären?" (Krischke 2018)

Linksradikales Reenactment

Als realsozialistische Zombies gerierten sich in Hamburg Gruppen wie der „Revolutionäre Aufbau – BRD" oder ihre Namensvetter vom „Revolutionären Aufbau Waterkant" und vom „Roten Aufbau". Die zuerst genannte Vereinigung dokumentierte ihren Protest mit einer Bilderserie auf ihrer Facebook-Seite (Revolutionärer Aufbau 2019). Vermummte Gangmitglieder posieren mit Knüppeln, tragen ein ganzes Bündel von roten Fahnen mit Hammer-und-Sichel-Emblem, und ein Transparent verkündet die politische Stoßrichtung: „Gegen G20! Nieder mit dem Imperialismus und seinen Lakaien! Es lebe der proletarische Internationalismus!" In ihrem Auswertungskommentar brüsten sich die Genossen damit, „die Kampagne gegen den G20-Gipfel in die proletarischen Viertel von Hamburg zu den tiefsten und breitesten Massen getragen" zu haben, was auf den „vollen Zuspruch" der Bewohner getroffen sei. Es folgen Heldengeschichten von Auseinandersetzungen mit der Polizei, zwar habe es dabei auch eigene Verletzte gegeben, aber auch dies sei ganz im Sinne „der Lehre Lenins, dass die Revolutionäre geschult werden müssen in revolutionärer Gewalt". Und gewissermaßen auf der Spitze des Pik Kommunismus residiert das Pathos, mit dem die Einschätzung der Hamburger Gewaltfestspiele endet: „[…] etwas haben wir gespürt, als wir zusammenstanden, als unser Blut und das des Feindes geflossen ist. Wir haben eine Geburt gespürt, so wie eine Geburt normalerweise ist: blutig. Eine Geburt von etwas Neuem, von dem viele glauben, dass es das nie wieder geben würde in diesem maroden Staat. Kämpfende Kommunisten, Soldaten der Klasse, die bereit sind, den Preis zu bezahlen." Der Ballast der revolutionären Arbeiterbewegung, der hier aufgerufen wird, von ihrer Opferverherrlichung und ihrem Fortschrittsoptimismus über die Apologie der Klasse bis hin zum Lob der Gewalt, mutet grotesk an. Hier führt eine Laienspielgruppe das Stück „Roter Oktober" auf und inszeniert ihr Weltbild als Blindgänger der Geschichte.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Ein anderer alter Hut, der im Rahmen der Hamburger Gewaltfestspiele aufgeführt wurde, nennt sich Insurrektionalismus. Der habe sich an der Elbe Gehör verschafft und sei überhaupt das kommende Ding am Protesthimmel (Nowak 2017). Gemeint ist damit das anarchistische Konzept des permanenten Aufstands, der nicht von der organisierten Arbeiterklasse, sondern von den Fraktionen des Lumpenproletariats getragen wird, also von denjenigen, die nach Marx in der gesellschaftlichen Hierarchie ganz unten stehen, nicht einmal die Gratifikationen geregelter Ausbeutung durch Lohnarbeit beanspruchen können und politisch eher reaktionär denken. Historisch wurde diese Idee von den Vordenkern des Marxismus und den kommunistischen Parteien bekämpft. Ihnen galt es als ausgemacht, dass der organisierte Streik oder die avantgardistische Klassenpartei zur Revolution führen. Angesichts der Integration der Reste des Industrieproletariats und der sozialstrukturellen Dominanz einer Akademikerklasse in den westlichen Staaten findet die Vorstellung der Erhebung der Ausgeschlossenen unter Linken derzeit wieder mehr Aufmerksamkeit. Hierzulande wurde dies 2008 mit Erscheinen der deutschen Ausgabe des Anarcho-Manifests *Der kommende Aufstand* und der Nachfolgeschrift *An unsere Freunde* 2015 augenscheinlich. Beides blumig-agitatorische Aufrufe zur gewaltsamen Sabotage und Gewalt, in denen eine tiefe Verachtung für die westliche Zivilisation, urbane Lebensweise und die parlamentarische Demokratie zum Ausdruck kommen. Wer es theoretisch etwas seriöser mag, bezieht sich neuerdings auf den amerikanischen Theoretiker Joshua Clover und sein 2016 erschienenes Buch *Riot. Strike. Riot: The New Era of Uprisings.* Trotz seiner Professorenstelle an der University of California, Davis, darf der Autor selbsternannten Staatsfeinden als authentische Stimme gelten. Als er in einem Interview der Wochenzeitschrift *SF Weekly* aus San Francisco gefragt wurde: „What's wrong with society today?", lautete seine Antwort: „People think that cops need to be reformed. They need to be killed." (SF Weekly Staff 2015)

Eingebildetes Elend oder das Elend der Gebildeten

Nach Clover ist der Aufruhr sozialökonomisch Ausdruck einer strukturellen Krise und sozialpsychologisch ein Aufschrei der Elenden (Clover 2018: 131). An der Grenze ihrer Leidensfähigkeit unterbrechen Teile der Bevölkerung, die nicht mehr durch reguläre Erwerbstätigkeit und Mittelstandskonsum integriert und stattdessen abhängig von Niedriglöhnen und sozialen Subventionen sind, ihre verzweifelte Situation. Mit dem Aufstand erschaffen sie ein transzendentes Ereignis, das der Welt der Ausbeutung und

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Verwertung enthoben ist. Mit ihm würden zwar keine politischen Forderungen gestellt, aber gerade das sei der subversive Trick, mit dem die Kooptation durch etablierte Formen demokratischer Repräsentation verhindert wird. Der Aufstand sei in erster Linie Negation des Bestehenden: Er bricht mit den erniedrigenden Alltagserfahrungen, stellt die Legitimität des Staates in Frage und konterkariert die herrschenden Formen der Kommunikation. Zudem ermöglicht er neue zwischenmenschliche Erfahrungen, die bereits auf die bessere Welt verweisen, die allerdings erst im permanenten Aufstand, also nach dem Bürgerkrieg zu verwirklichen ist.

In der Adaption für Hamburg wird großen Wert daraufgelegt, den Geschehnissen eine „strukturelle Signifikanz historische[r] Bedingungen" zu bescheinigen und sie so gegen den Vorwurf, es handele sich um voluntaristischen Aktionismus, in Schutz zu nehmen (Szepanski 2018: 163). Nur blamiert sich die Annahme, marginalisierte Schichten hätten sich aus lauter Ausweglosigkeit gegen untragbare Zustände erhoben, an der Realität. Die Ergebnisse einer empirischen Untersuchung des Protestspektrums in Hamburg sind recht eindeutig: sechzig Prozent der Teilnehmer waren im Besitz eines Hochschulabschlusses, Studenten sind dabei nicht berücksichtigt. Über die Hälfte der Teilnehmenden war vollbeschäftigt, darunter viele Angestellte und Beamte. Hingegen lag der Anteil geringfügig Beschäftigter nur zwischen 8 und 15 Prozent. Im Untersuchungsbericht lautet das Fazit hinsichtlich der sozialen Herkunft der Demonstranten, sie „verfügen über einen höheren Bildungsgrad, sind jünger und auf dem Arbeitsmarkt bessergestellt als der Bevölkerungsdurchschnitt" (Haunss 2017). Zudem verband die G20-Gegner ihr etablierter Zugang in die politische Öffentlichkeit. Die Mehrzahl von ihnen war in Gruppen, Gewerkschaften, Parteien oder NGOs organisiert. Sie können also auch nicht als die Stimmlosen in der Gesellschaft gelten.

Das Bedürfnis, den Krawall als Explosion sozialer Widersprüche zu rechtfertigen, ist alt. Wer sich etwa die Debatten nach den 1. Mai-Unruhen in Kreuzberg 1987 ansieht, findet den gleichen Drang, den Gewaltausbruch als Notwehr der Unterprivilegierten zu rationalisieren. Der parteiische Autonomen-Chronist „Geronimo", der sich mit dem Pseudonym eines Apachen-Häuptlings schmückte, schrieb in seiner Bewegungsfibel *Feuer und Flamme* mit Begeisterung von der „gemeinsamen Revolte von Autonomen und BesucherInnen eines Straßenfestes, in deren Verlauf sich weite Teile der Bevölkerung aus dem Kreuzberger Kiez anschlossen" (Geronimo 1997: 175). Verantwortlich seien die sozialen und politischen Probleme im Stadtteil gewesen. So gleichen sich die Betrachtungen der Sternstunden autonomer Massenmiliztanz von damals und heute. Schon das wirft die Frage auf, ob die Unruhen in Hamburg als Ausdruck einer spezifischen sozia-

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

len Krisensituation zu begreifen sind oder nicht eher als stumpfer Wiederholungszwang selbsternannter Rebellen. Der besteht auch darin, die spontane Beteiligung zufällig Anwesender an der Randale zu würdigen. Ende der 1980er sangen die Autonomen ein Loblied auf türkische Jugendgangs. Nach Hamburg borgte sich die linksradikale Berichterstattung den Beitrag migrantischer Jugendlicher, um damit den Charakter eines Aufstands der Unterprivilegierten nachzuweisen (Uhlmann 2018: 213). Die Motivation der spontanen Bündnispartner hinterfragte man nicht. In der Wochenzeitung *DIE ZEIT* hatte eine Journalistin genau das unternommen (Spanner 2017). Sie interessierte sich für den Antrieb der Mitläufer, die nicht wie die im Straßenkampf geschulten Autonomen am Ende meistens ohne Verhaftung davonkommen. Darunter Mohamed K., ein abgelehnter Asylbewerber, der tatsächlich aus Frust handelte, allerdings, weil seine Freundin ihn verlassen hatte. Seine Rechtsanwältin gab im *ZEIT*-Beitrag zu Protokoll, dass ihr Mandant Wert auf die Feststellung lege, „dass er kein G20-Gegner ist". Weil linke Mittelschichtsrebellen im Innersten spüren, dass ihre Wut über die Verhältnisse zu großen Teilen eingebildet ist, nehmen sie die von Migranten in Dienst. Deren Unterdrückung gilt als über jeden Zweifel erhaben. Doch ein ums andere Mal spielt die Empirie dem ideologischen Bedürfnis einen Streich. Unter den zum Protest Getriebenen in Hamburg lag der Anteil mit Migrationshintergrund weit unter ihrem Bevölkerungsdurchschnitt (Haunss 2017).

„*Pic or it didn't happen*"

In seinem famosen Buch über *Das rote Jahrzehnt* entschlüsselte Gerd Koenen die Funktionen der „Droge ‚Militanz'" für die autonome Szene. Sie schuf nicht nur Gemeinschaftsgefühl, sondern „der ständige Außendruck von Kampf und Verfolgung, dieses kunstvoll inszenierte Tantra der Gewalt" habe im Inneren der Szene eine geradezu „libidinöse Spannung" erzeugt. Die „Dualität von ‚Zärtlichkeit und Härte'", ein Slogan, den die Autonomen prägten, sei tatsächlich ihr „eigentliches Betriebsgeheimnis" (Koenen 2006: 350). Die Bekenntnisse der gegenwärtigen Autonomen-Generation deuten in die gleiche Richtung. Bildreich schilderten sie das Kampfgetümmel von Hamburg: „Der Wasserwerfer schließt auf, Sirenen ertönen, er hält genau vor eurer Kette. Es gibt eine Szene in ‚Der Herr der Ringe', in welcher die Orks zurückfallen, um Platz für den mächtigen Balrog zu schaffen, der dann die Protagonisten angreift. Ähnlich ziehen sich die weiß behelmten Polizist*innen zurück, während der Wasserwerfer seine Rohre auf dich ausrichtet. Es liegt immer noch Tränengas in der Luft.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Die Genoss*innen hinter dir sind bereits geflohen. Ohrenbetäubender Lärm. Du bist nun von drei Seiten umzingelt von Sturmtruppen, die von Kopf bis Fuß in entsprechender Schutzkleidung stecken. Es könnte kaum beängstigender sein, wenn sich die Erde auftut und aus dem Abgrund Flammen schlagen. Welcome to Hell, in der Tat. Unglaublicher Weise halten die ersten Reihen des schwarzen Block ihre Position unter diesen Bedingungen über fünf Minuten lang." (CrimethInc. Ex-Workers Collective 2018: 38)

Oft schon und auch mit Blick auf Hamburg wurde festgestellt, dass linke Gewaltverherrlichung, ihre Begeisterung für Kampf und Aktion eigentlich in einer rechten Denktradition steht (Aly 2008: 7; Blechschmidt 2019: 43 f.). Tatsächlich mag die Diktion einiger Berichte entfernt an Ernst Jüngers *Der Kampf als inneres Erlebnis* erinnern, der mit seinen biografischen Reflexionen die Materialschlachten des Ersten Weltkriegs als Charakterbildung beschönigte. Doch mit dem Lob des Heldenmuts für die Ziehdauer einer Maggi-Suppenterrine und dem Gleichnis der Phantasiewelten von Peter Jacksons Filmtrilogie fällt eher das Groteske am autonomen Straßenkampfexpressionismus ins Auge. Nicht die Stahlgewitter der Weltkriegsepoche bilden den Erfahrungshorizont linker Straßenkrieger, sondern Muttis Fernsehcouch und ein halbes Leben Zocken vor dem Computerbildschirm. Die Angehörigen einer von den Lebensumständen verwöhnten Generation mögen es noch im Moment ihrer bisher aufregendsten existenziellen Erfahrung luxuriös nicht spartanisch und achten auf ihre War-Life-Balance: „Es ist früher Abend, völlig erschöpft vom stundenlangen Kämpfen fallen wir in das Appartement. Wir kommen direkt aus dem Riot, müssen kurz verschnaufen. […] Hier sitzen Leute auf dem Sofa und schauen irgendeinen livestream. […]. Nach 30 Minuten Schlaf schauen wir uns auch den livestream an: Am Schulterblatt werfen Leute Flaschen von verschiedenen Seiten auf Bullen, der Wasserwerfer spritzt in alle Richtungen, die Stimmung steigt. […] wir gehen raus auf die Straße. […]. Du kämpfst, kannst aus dem Fenster Leuten beim Kämpfen zu schauen, und du wie Millionen andere sehen im Fernseher dich und andere kämpfen." (Autonome Gruppen 2017: 6 f.) Das Loblied auf die Schönheit der Gewalt zeigt sich hier in einer spätmodernen Intonation. Zweifelsohne dient es der Abdichtung gegen Mitgefühl für vermeintliche Opfer, stiftet Zusammenhalt und unterscheidet zwischen Freund und Feind. Doch nicht protofaschistische Stärke, Manneszucht und Heldentum werden besungen, sondern aus den Zeilen schreien medialer Bedeutungshunger und das Bedürfnis nach Resonanz. Noch während der Ausschreitungen machten in den sozialen Netzwerken zahlreiche Selfies, aufgenommen vor brennenden Barrikaden, die Runde.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Atmosphäre wilder Festlichkeit

Der Verherrlichung der Gewalt entsprach die Verklärung der Binnenatmosphäre des Krawalls. In den schillerndsten Farben schilderten Teilnehmer der Hamburger Krawalle ihre Impressionen aus dem „befreiten" Gebiet, wo zwischenzeitlich keine Polizei mehr anwesend war. Im Schwelgen in den Ereignissen fühlten sich die Autoren der Gruppe „Imaginäre Partei – Li.Ke. Kommando" gar zur Poesie berufen (Imaginäre Partei – Li.Ke. Kommando 2017: 39). Schon der Titel ihres Berichts ist primitivste Aufstandslyrik: „Unsere Nächte brauchen keine Sterne mehr um zu leuchten." Wenig später folgt ein Revoltengedicht: „Freitagabend/warm, sommerlich/ Tausende Menschen in den Straßen/Und tausende Bullen./Barrikaden brennen,/Ein Bewohner beschallt von seinem Balkon die Nacht mit Musik/Wir tanzen unten,/Und dort greifen wir die Polizisten an,/Stundenlang./Etwas weiter, wir trinken Bier, entspannt diskutieren wir miteinander/geplünderte Supermärkte und Läden./Die eine oder andere Oma und einige junge Maskierte mit vollen Armen … /Schokolade und Macbooks für alle!/[…] Ein aufgedrehtes Pärchen fickt auf dem dritten Stock eines Baugerüsts./Darunter ein Spirituosengeschäft mit geborstenen Scheiben, der Inhaber bietet Vorbeiströmenden Wein an […]." Der Riot als Rausch und Triebabfuhr. Doch was war das Besondere an dieser „Atmosphäre wilder Festlichkeit und großer Kompliz*innenschaft" (CrimethInc. Ex-Workers Collective 2018: 50)? Für nicht wenige Protagonisten der Hamburger Proteste dürften Besuche in den angesagten Szeneclubs zum Wochenendalltag gehören, auf Festivals wie der *Fusion* feiern seit Jahren Tausende unter dem Motto „Ferienkommunismus". Auch hier lobt man das achtsame Miteinander, die emotionale Nähe und ist mit oder ohne synthetische Drogen gut drauf. Überhaupt ist die Lebenswelt akademischer Linker voll von Möglichkeiten, musikalische, sexuelle und kreative Vorlieben auszuprobieren. Das System jedenfalls legt performativer Selbstverwirklichung bis hinein ins Arbeitsleben immer weniger Steine in den Weg, ja fördert diese geradezu als Produktivitätsressource und Konsumsegment. Doch weil die Arbeits- und Freizeitnormalität eigentlich recht wohlbehüteter Politaktivisten der sozialstrukturellen Notstandthese widerspricht, wird die gute Laune von Hamburg und ganz konkret der anpolitisierte Techno-Rave *Lieber tanz ich als G20* zur „Aneignung des urbanen Raums" und zur Selbstermächtigung aufgewertet (Uhlmann 2018: 214). Als ob sich nicht jede Eventagentur einer Großstadt um solche engagierten Veranstaltungskollektive reißen würde, die das Stadtmarketing fördern und der Gewerbesteuer nützen.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Mit mehr Realitätssinn sortierte die Hamburger Staatsanwaltschaft auf der Grundlage ihrer Ermittlungen einen großen Teil der Festgenommenen als „erlebnisorientierte Jungerwachsene" ein. Den G20-Protest hätten jene als Event betrachtet, wie sonst ein Musikfestival. Charakteristisch für diese Gruppe sei das Bedürfnis nach einem Adrenalinrausch, der beim Angriff auf die Polizei einen Höhepunkt erlebt (Spanner 2017). Die Beschreibung der Behörde deckt sich mit den autonomen Selbstauskünften, es wäre Quatsch, sie als staatliche Entpolitisierung des Widerstands abzutun. Vielmehr wird deutlich, dass die Festivalatmosphäre von Hamburg kein Vorzeichen einer anderen und besseren Welt war. Sie reproduzierte nur, was ohnehin auf der Tagesordnung steht. Die Lust auf Action und innige Gemeinschaft ummantelt von Moral ist Ausdruck subjektiver Gefühlswelten, die heute typisch sind. Das Streben nach besonders lebenswerten Momenten, nach dem Außergewöhnlichen ist in der „Gesellschaft der Singularitäten" (Andreas Reckwitz) das vorherrschende kulturelle Paradigma und nicht die andere Seite der Welt.

Ein Hinweis auf die Allgemeingültigkeit dieses Prinzips zeigte sich gewissermaßen Barrikaden-übergreifend. Auch eine Berliner Polizeieinheit war von der Sehnsucht nach emotionaler Eindrücklichkeit beseelt. Abkommandiert an die Elbe feierte sie in ihrem Containerdorf im Norden von Hamburg eine wilde Party. Die Beamten gönnten sich Alkohol und rauchten ganz multikulti Shishas. Lautstark soll es zugegangen sein, und auch von Sachbeschädigungen wurde berichtet. Ein Polizisten-Pärchen wurde beim Sex in der Öffentlichkeit beobachtet, eine Kollegin tanzte nur mit Bademantel bekleidet und Waffe in der Hand auf dem Tisch. Die Berliner Morgenpost berichtete von einer „erheblichen Enthemmung", die bei der Party offenbar recht schnell eingetreten sei (N. N. 2017).

Manöverkritik

Es gab auch linke Selbstkritik. Insbesondere die Ziellosigkeit der Gewalt fand selbst in der linken Szene nicht nur ungeteilte Zustimmung. Über zwei Läden, die in Brand gesetzt wurden, befanden sich Wohnungen, eine angezündete Bankfiliale war von Wohnhäusern umgeben. Ein in der Nähe liegendes kirchliches Wohnprojekt für Flüchtlinge und ältere Menschen musste seine Bewohner evakuieren. Die Feuerwehr kam aufgrund der Barrikaden nicht durch. Auch der Versuch, eine Tankstelle in Wohngebietsnähe in Flammen zu setzen und die Zerstörung einer Reihe von Kleinwagen, die nicht zum Feindbild von den reichen Bonzen passte, kamen bei einem Teil der militanten Linken nicht nur gut an.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Die anarchistisch inspirierte Fraktion, die im Aufstand die Negation des Bestehenden und den Moment der Befreiung vermutet, nahm dies ebenso wie sexistische Pöbeleien und Machogehabe als Kollateralschaden in Kauf. „Zu wollen, dass die Revolution absolut vegan, antisexistisch, umweltbewusst, respektvoll gegenüber allen Schwachen und Minderheiten, ohne jeglichen Ausbruch – in anderen Worten: zu wollen, dass sie überwacht, diszipliniert, kontrolliert abläuft, bedeutet überhaupt keine Revolution zu wollen." (Imaginäre Partei – Li.Ke. Kommando 2018: 44) Da man die Revolte als Negation des kapitalistischen Ganzen verstehe, gehe auch die Zerstörung von Kleinwagen in Ordnung. Zumal es sich auch bei preiswerten PKW nur um eine „Gratifikation" handele, „die den Subalternen für das Dazugehören zugesprochen wird […], ein essenzielles Symptom der freiwilligen Knechtschaft" (Seibert 2018: 100). Eine Gruppe von Alt-Autonomen stimmte dieser Generalabsolution der Gewalt nicht zu. Der Vertreter des linksradikalen Veranstaltungszentrums Rote Flora, Andreas Blechschmidt, und Andreas Beuth, der sich in einem Interview zum Sprecher der Autonomen erklärt hatte, kritisierten beide die Ausschreitungen im links-alternativen Schanzenviertel als sinnentleert und grenzüberschreitend. (Maxwill 2017) Ihre Sorge galt aber nicht den Hamburgern an sich, die mit Leib und Leben in Gefahr standen, Opfer der Zerstörungswut zu werden. Und schon gar nicht der Polizei, der die Hauptverantwortung für die Krawalle zugeschoben wurde. Das Mitgefühl war exklusiv. Die beiden Altautonomen befürchteten nämlich, dass die Mitbewohner im eigenen Viertel, die „im Vorfeld mehrheitlich mit der Haltung der radikalen Linken übereinstimmte[n]" (Blechschmidt 2019: 35 f.), sich nun abwenden und zur Marginalisierung der Linksradikalen auf ihrem angestammten Terrain beitragen würden. Ganz auf dieser Linie beschwerte sich Beuth, „dass man im Schanzenviertel die eigenen Geschäfte zerlegt: die Geschäfte, wo wir selbst, weil wir da wohnen, auch einkaufen." (Maxwill 2017) Die Randale sei gerechtfertigt, allerdings in nobleren Viertel wie Blankenese oder Pöseldorf, aber bitte nicht vor der eigenen Haustür.

Man bekam vor Staunen den Mund nicht zu, wie die beiden Anmelder der Demonstration „Welcome to Hell", die vorher großspurig über die zu erwartende Größe des Schwarzen Blocks schwadroniert und höhnisch angekündigt hatten, dass sie keine Klosterschüler nach Hamburg mobilisieren, nun versuchten sich reinzuwaschen. Doch ist zu vermuten, dass es nicht die reine Angst im Angesicht der Konsequenzen ihrer Verbalradikalität war, die sie nun zur Schuldabwehr trieb. Vielmehr bewegten sie sich weiterhin ganz im autonomen Denkgebäude. Mit ihrem linken Viertelpatriotismus belebten sie das Ressentiment gegen die Bonzen und gaben sie zum Abschuss frei. Natürlich nur symbolisch, denn die Mittel des politi-

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

schen Kampfes müssten immer kritisch reflektiert werden, so Blechschmidt in seiner Streitschrift, zu der er sich durch die Ereignisse von Hamburg angeregt sah. (Blechschmidt 2019) Die Kriterien, die hier für den Einsatz linker Militanz diskutiert werden, bleiben indes äußerst vage. In den politischen Mitteln müsse sich das Ziel bereits abzeichnen, heißt es. Doch was bedeutet das, wenn man für eine gerechtere Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums ist? Die Bewohner nobler Wohngegenden aus ihren Häusern zu vertreiben? Angesichts der exklusiven Empathie des Autors ist zu fürchten, dass auch die Bewertung der Mittel am Kriterium des Ziels zur Generalklausel für den Einsatz von Gewalt werden kann. Und damit für Bürger mit dem falschen Auto oder Wohnort schnell zum Verhängnis.

So dreht sich die Debatte um linke Militanz im Kreis. Für die Altautonomen wird die politische Gewalt zum letzten identitätsstiftenden Strohhalm, an den man sich umso fester klammert, je mehr eine liberale Umgebungskultur die eigene Daseinsberechtigung zu untergraben droht. Der insurrektionalistische Flügel lässt demgegenüber ein klein wenig mehr Gespür für die Totalität der Verhältnisse erkennen, indem er selbst das alternative Viertel zu einem „Schlachtfeld wie jedes andere" (Imaginäre Partei – Li.Ke. Kommando 2018: 44) macht. Doch kann auch die pathetische Beschwörung des permanenten Aufstands nicht darüber hinwegtäuschen, wie stark man im Bestehenden verhaftet bleibt. Was als grundlegende Verweigerung und Vorschein einer anderen Welt hinter der Barrikade präsentiert wird, entpuppt sich unter der Schutzhülle revolutionärer Mimikry als eher schlichte Bedürfnisbefriedigung. Sie gilt Sehnsüchten nach existentiellen Erfahrungen, emotionalen Ereignissen und medialer Resonanz, deren Erfüllung sich auch die Angehörigen der Berliner Polizei wünschen. Und so verteidigt man in einer Gesellschaft, deren Konkurrenzsubjekte in unterschiedlichen Lebenswelten nach dem Besonderen streben, die eigene mit angestaubter politischer Staffage und Krawall.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Literatur

Aly, Götz (2008): Unser Kampf, 1968 – ein irritierter Blick zurück. Bonn.

Aufruf „Welcome to Hell". Hamburg 2017. Online: https://g20tohell.blackblogs.org/g20-welcome-to-hell/de, aufgerufen am 29.11.2019.

Autonome Gruppen (2017): Rauchzeichen. Worte und Taten gegen die Welt der G20. Hamburg.

Benkhelouf, Djamila et al (2017): G20-Gewalt: Wer sind die Täter? Online: https://daserste.ndr.de/panorama/archiv/2017/G20-Gewalt-Wer-sind-die-Taeter,gzwanzig246.html, aufgerufen am 2.12.2019.

Blechschmidt, Andreas (2019): Gewalt. Macht. Widerstand. G20 – Streitschrift um die Mittel zum Zweck. Hamburg/Münster.

Clover, Joshua (2018): Eine Theorie des Aufstands. In: Dellwo et al, S. 131-158.

CrimethInc. Ex-Workers Collective (2018): Der G20-Gipfel 2017 in Hamburg – umfassender Bericht und Analyse. In: Dellwo et al, S. 17-56.

Dellwo, Karl-Heinz/Szepanski, Achim/Weiler, J. Paul (Hrsg.) (2018): Riot. Was war da los in Hamburg? Theorie und Praxis der kollektiven Aktion. Hamburg.

Engels, Friedrich (1848): Die Lage der arbeitenden Klasse in England. Leipzig.

Engels, Friedrich (1962): Herrn Eugen Dühring's Umwälzung der Wissenschaft. In: MEW, Band 20, Berlin.

Fanon, Frantz (2017): Die Verdammten dieser Erde. Frankfurt.

Gerber, Jan (2015): Das letzte Gefecht. Die Linke im Kalten Krieg. Berlin.

Geronimo (1997): Feuer und Flamme. Berlin/Amsterdam.

Guevara, Ernesto Che (1967), Schaffen wir zwei, drei, viele Vietnam. (Online: http://www.infopartisan.net/archive/1967/266738.html, aufgerufen am 21.11.2019)

Guevara, Ernesto Che (1968): Partisanenkrieg – eine Methode. Mensch und Sozialismus auf Cuba. Mit einem Nachruf auf „Che" von Peter Weiss. München.

Grauwacke, A.G. (2008): Autonome in Bewegung. Aus den ersten 23 Jahren. Hamburg.

Haunss, Sebastian et al (2017): #NO G20. Ergebnisse der Befragung von Demonstrierenden und der Beobachtung des Polizeieinsatzes, November 2017, https://protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2017/11/NoG20_ipb-working-paper.pdf, aufgerufen am 28.11.2019.

Imaginäre Partei – Li.Ke. Kommando (2017): Unsere Nächte brauchen keine Sterne mehr um zu leuchten. In: Autonome Gruppen, S. 39-45.

Kiezmiliz (2019): Grüße aus Connewitz. Kopie des Bekennerschreibens vom 3.11.2019 auf der Plattform indymedia (https://de.indymedia.org), mittlerweile entfernt.

Koenen, Gerd (2006): Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967–1977. Frankfurt am Main.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Kongreßvorbereitungsgruppe (Hrsg.) (1990): Die Radikale Linke. Reader zum Kongreß vom 1.-3. Juni 1990 in Köln. Hamburg.

Kraushaar, Wolfgang (2007): Rudi Dutschke und der bewaffnete Kampf. In: Bundeszentrale für politische Bildung. (Online: http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/geschichte-der-raf/49209/rudi-dutschke, aufgerufen am 21.11.2019)

Kraushaar, Wolfgang (2018): Die blinden Flecken der 68er Bewegung. Stuttgart.

Krischke, Wolfgang (2018): Gemeinsam gegen den Bullenstaat. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 14.9.2018. (Online: https://www.faz.net/aktuell/karriere-hochschule/hoersaal/studie-zu-g-20-protesten-gemeinsam-gegen-den-bullenstaat-15781454-p2.html, aufgerufen am 29.11.2019)

Lenin, Wladimir Iljitsch (1972): Wie soll man den Wettbewerb organisieren? (1917). In: Lenin Werke, Bd. 26. Berlin.

Loch, René (2019): Der Stadtrat tagt: Oberbürgermeister Jung und die Fraktionen distanzieren sich von politischer Gewalt. In: *Leipziger Internet Zeitung* vom 7.11.2019, https://www.l-iz.de/politik/leipzig/2019/11/Der-Stadtrat-tagt-Oberbuergermeister-Jung-und-die-Fraktionen-distanzieren-sich-von-politischer-Gewalt-303049, aufgerufen am 11.11.2019.

Marcuse, Herbert (1980): Das Ende der Utopie. Vorträge und Diskussion in Berlin 1967. Frankfurt am Main.

Marx, Karl (1970): Das Kapital, Bd. 1. In: Marx Engels Werke (MEW), Bd. 23. Berlin.

Maxwill, Peter (2017): Linke Gratwanderung. In: *Spiegel Online* vom 8.7.2017, https://www.spiegel.de/politik/deutschland/g20-in-hamburg-gewalt-und-die-rolle-linker-aktivisten-a-1156754.html, aufgerufen am 29.11.2019.

N. N. (2017): Was den Berliner Polizisten genau vorgeworfen wird. In: *Berliner Morgenpost* vom 27.6.2017. (Online: https://www.morgenpost.de/berlin/article211053119/Was-den-Berliner-Polizisten-genau-vorgeworfen-wird.html, aufgerufen am 3.12.2019)

Nowak, Peter (2017): Nach dem Rausch der Revolte. In: *Jungle World*, 17.08.2017. (Online: https://jungle.world/artikel/2017/33/nach-dem-rausch-der-revolte, aufgerufen am 2.12.2019)

Poschardt, Ulf (2017): Die neue faschistische Gewalt der Linken – und ihrer Freunde. In: *DIE WeLT* vom 7.7.2017. (Online: https://www.welt.de/debatte/kommentare/article166394843/Die-neue-faschistische-Gewalt-der-Linken-und-ihrer-Freunde.html, aufgerufen am 29.11.2019)

Quadfasel, Lars (2017): Schlechtes Spektakel. In: *konkret* 9/2017, S. 17.

Rauchende Bulldoozer Alaskas (1980): Unterm Pflaster liegt der Asphalt. In: *radikal* 85/1980.

Reckwitz, Andreas (2017): Die Gesellschaft der Singularitäten. Frankfurt am Main.

Reckwitz, Andreas (2019): Liberalismus: Ein Ordnungsruf. In: *DIE ZEIT* vom 16.11.2019. (Online: https://www.zeit.de/2019/47/liberalismus-regulierungen-dynamisierung-demokratie-nationaloekonomie, aufgerufen am 27.11.2019)

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Revolutionärer Aufbau BRD (2019), Facebook-Seite, https://de-de.facebook.com/pages/category/Political-Organization/Revolution%C3%A4rer-Aufbau-BRD-818909851511077, aufgerufen am 28.11.2019.

Revolutionäre Zellen (1990): 200 Jahre sind nicht genug. Mit den Revolutionären Zellen ins postfordistische Zeitalter. In: Kongreßvorbereitungsgruppe, S. 204-228.

Rote Armee Fraktion (1971): Das Konzept Stadtguerilla. Berlin. (Online: https://www.hdg.de/lemo/bestand/objekt/dokument-das-konzept-stadtguerilla.html, aufgerufen am 21.11.2019)

Rote Armee Fraktion (1998): Auflösungserklärung. (Online: http://www.rafinfo.de/archiv/raf/raf-20-4-98.php, aufgerufen am 26.11.2019)

Schattauer, Göran (2019): „Brennende Autos und kaputte Nasen“: Linksextremer Terror erschüttert Leipzig. In: *Focus*, 6.11.2019. (Online: https://www.focus.de/politik/sicherheitsreport/anschlags-serie-in-leipzig-linksextremisten-greifen-immobilien-entwicklerin-an-treffen-wo-es-ihr-weh-tut-im-gesicht_id_11310073.html, aufgerufen am 12.11.2019)

Sedlmair, Alexander (2018): Konsum und Gewalt. Radikaler Protest in der Bundesrepublik. Berlin.

Seibert, Thomas (2018): Das Eine tun, das Andere nicht lassen. In: Dellwo et al, S. 97-109.

SF Weekly Staff (2015): The Write Stuff: Joshua Clover on Wearing Intense Knowledge Lightly and Changing Quickly. In: *SF Weekly*, 17.09.2015. (Online: https://www.sfweekly.com/culture/the-write-stuff-joshua-clover-on-wearing-intense-knowledge-lightly-and-changing-quickly, aufgerufen am 30.11.2019)

Spanner, Elke (2017): Jetzt tut es ihnen leid. In: *DIE ZEIT* 41/2017, S. 5.

Szepanski, Achim (2018): Der Aufstand als Teil der globalen Zirkulationskämpfe. In: Dellwo et al, S. 159-199.

Uhlmann, Sarah (2018): Der Riot als Vorbote und Symptom einer Krise: Zu den Ausschreitungen während des G20-Gipfels 2017 in Hamburg. In: Momentum Querterly, Vol. 7, No. 4/2018, S. 202-220.

Ullrich, Peter et al (Hrsg.) (2017): Eskalation. Dynamiken der Gewalt im Kontext der G20-Proteste in Hamburg 2017, https://g20.protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2018/09/Eskalation_Hamburg2017.pdf, aufgerufen am 29.11.2019.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Das Ehepaar Lethen und der „Kampf des deutschen Volkes“

Alan Posener

Als ich 1969 als Student an die Freie Universität Berlin kam, wurde der zehn Jahre ältere Helmut Lethen sofort mein Held. Ich verstand zwar nur die Hälfte dessen, was er sagte und schrieb, aber das Schöne war, dass sich all die gedrechselten Worte am Ende in einfache Handlungsanleitungen auflösten.[1]

Kritik der Kritik der BILD-Zeitung, Analyse der Donald-Duck-Analyse, Exegese der Exegese der Bottroper Protokolle: Alles lief auf dieselbe Aufforderung hinaus: „Dass nur in der Parteinahme für die Arbeiterbewegung die Studenten den Maßstab gewinnen können für eine Wissenschaft, die nicht mehr im Dienste des Kapitals, sondern im Dienste der Massen steht.“ So Lethen in seinem Aufsatz „Kritische Literaturwissenschaft, Trivialliteratur und Manipulationstheorie“ (Girnus et al 1971: 28).

Alles klar. Und da andere von mir bewunderte Dozenten wie Rüdiger Safranski oder Horst Domdey dasselbe sagten, schloss ich mich der am Fachbereich Germanistik herrschenden Partei des Proletariats an, in der Lethen und Co. eine führende Rolle spielten. Wie sich herausstellte, war das nicht wirklich förderlich für das Studium, aber ich beschwere mich nicht, ich hätte den Verführern mit der Silberzunge nicht auf den Leim gehen müssen. Wenig später versuchte Lethen als Lehrer an einer Privatschule, den Deutschunterricht so umzufunktionieren, dass er einen „Einblick in die Veränderbarkeit der geschichtlichen Gewaltverhältnisse“ – vor allem der „Gewaltverhältnisse“ in Berlin-West – vermittelte. Ihm durfte ich als Mitglied der „Projektgruppe Unterrichtsagitation des Zentralrats der Berliner Schüler“ zuarbeiten. Nach einem Jahr flog er raus.

Nun hat Lethen schon wieder Ärger mit der Schule. Seine 35 Jahre jüngere Frau Caroline, die eine ähnliche Position innerhalb der Neuen Rechten einnimmt wie Lethen vor 50 Jahren in der Neuen Linken, scheiterte mit dem Versuch, die Waldorfschule umzufunktionieren, die ihre beiden

1 Der Text von Alan Posener erschien zuerst in der Tageszeitung *DIE WELT* (Kultur) vom 6. Februar 2019 auf Seite 21. Der Autor und der Springer-Verlag gaben uns freundlicherweise die Erlaubnis zum Nachdruck. Alan Posener hat den Text für diese Veröffentlichung mit Quellenhinweisen versehen.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Söhne besuchten. Die Schule kündigte den Vertrag mit den Eltern, die Kinder flogen heraus: Opfer – auch das kennt man von 1968 ff. – der ideologischen Verbohrtheit der Mutter. Und nicht, wie bisher kolportiert wurde, der Borniertheit der linken Waldorf-Eltern. Das hat der Sachbuchautor Volker Weiß in einer minutiösen Recherche für die *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* herausgefunden (Weiss 2019).

Man fragt sich ja nicht zum ersten Mal, weshalb ausgerechnet Waldorfschulen für Neurechte so anziehend wirken. Wie Caroline Sommerfeld-Lethen im Gespräch mit Ellen Kositza klagte: „Diese Klientel ist linksgrün, meist Bobo-Hipster mit kreativen Berufen, gern Patchwork und ‚Regenbogen'-Familienersatzkonstrukte, aber nicht ohne Geld." Doch Sommerfeld-Lethen wollte die Schule zurückführen auf die ursprünglichen Gedanken Rudolf Steiners: „Meines Erachtens sind es eigentlich so richtig schön rechte Gedanken, die mitten aus dem Zeitzusammenhang der Konservativen Revolution stammen. Waldorfpädagogik will Kinder in ihre ‚Volksseele' einkulturieren." Denn: „Ein Volk hat nicht nur seine gemeinsame Abstammung, sondern auch seine gemeinsamen Mythen und eine Seele." (Kositza 2018)

In der Tat waren verschwurbelter Rassismus und der dazugehörende Antisemitismus Bestandteil der Gedankenwelt Steiners wie der Konservativen Revolution. Deshalb distanzierten sich die Waldorfschulen 2007 in der „Stuttgarter Erklärung" von diesen Elementen der anthroposophischen Ideologie; deshalb wehrte sich die Schule ihrer Kinder gegen die Agitation Sommerfeld-Lethens. Oder, um es in ihren Worten auszudrücken: „Sie haben Steiners Grundideen verraten und verkauft. In der ganzen institutionalisierten Anthroposophie ist seit etwa zehn Jahren etwas im Gange: derselbe Kurzschluss zwischen Kulturmarxismus und Globalisierung wie in der ganzen Linken, mit derselben Rhetorik für ‚Toleranz', ‚Vielfalt' und die ‚offene Gesellschaft'" (Kositza 2018). Igitt.

In einer „Gegenerklärung", die sie auch über den Verteiler der Schulgemeinde verbreiten ließ, zitiert Sommerfeld-Lethen eine Prophezeiung Steiners: „Es wird gar nicht lange dauern, wenn man das Jahr 2000 geschrieben haben wird, da wird nicht ein direktes, aber eine Art von Verbot für alles Denken von Amerika ausgehen. Das liegt in der Entwicklung des Westens." (Sommerfeld 2017) Aus dem Osten hingegen komme das Heil.

Für Sommerfeld-Lethen ist die Stuttgarter Erklärung ein Beleg für die Richtigkeit der Steiner'schen Voraussicht. In „vorauseilendem Gehorsam gegenüber der ‚Offenen Gesellschaft'" werde „alles, was der globalistischen Weltordnung entgegensteht, als ‚Rassismus', ‚Nationalismus' und ‚Diskriminierung' diskriminiert." Die Erklärung von 2007 habe „eigentlich kei-

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

nen Inhalt als nur: Wir sind mit der Politik der Elite einverstanden“ (Sommerfeld 2017).

Steiners Prophezeiung stammt aus einer Vortragsreihe von 1916, in der er gegen Engländer und Amerikaner wettert; den Verdacht äußert, Freimaurer und Jesuiten seien von ein und demselben nicht näher genannten „Apparat“ in Belgien erfunden worden, um die Welt zu beherrschen; Thomas Mann mit einem Esel vergleicht, weil er zu behaupten wagte, zum Kriegführen müssten mindestens zwei ihn wollen, also neben den Feinden Deutschlands auch Deutschland selbst; sich über Darwin und Freud echauffiert und tiefe Wahrheiten ausspricht wie: „Also, der Mensch hängt mit dem, was vom Monde übrig geblieben ist, so zusammen, wie das Tier mit der Erde zusammenhängt. Der Mensch hat sich also seinem Planeten entrissen. Er ist nicht so mit seinem Planeten verbunden wie das Tier“ (Steiner 1916: 258). Es muss kein Gebot von Amerika ausgehen, damit solche Gedanken dem Vergessen anheimfallen.

Dass Steiners abstruseste Ideen im Kulturkampf wieder ausgegraben werden, verwundert nicht. Die Neue Rechte ist in etwa so originell, wie es die Neue Linke damals war, und ähnlich versessen aufs Martyrium als Beleg für die Gemeinheit der Herrschenden. Nur sind deren Protagonisten etwas älter, sodass ihnen eine spätere Karriere als reuige Renegaten versperrt sein dürfte. Was zunächst doch verwundert, ist, dass Lethen, den Caroline als „Lemming“ bezeichnet, nicht nur die Opferrolle seiner Frau und der Kinder bestätigt, sondern einige ihrer Positionen übernimmt, während er gleichzeitig beteuert, nach wie vor ein „Linker“ zu sein.

So meint Lethen im Gespräch mit Thomas Wagner im *Freitag*, dass „wir Deutschen allen Einwanderern, ob es sich um Syrer, Afghanen oder Iraner handelt, eine Identität zusprechen, uns selbst aber zumuten, keine Identität zu haben. Wir haben es abgelehnt, eine ethnische Identität zu haben, und an dieser Stelle wandern die Rechten in uns ein“ (Wagner 2019).

Tatsächlich scheint etwas Merkwürdiges in Lethen „eingewandert“ zu sein. Weiß er denn nicht, dass alle Einwanderer Deutsch lernen, sich in die deutsche Gesellschaft und Kultur integrieren müssen? Dass wir das Deutsche freilich nicht „ethnisch“, sondern kulturell und sprachlich, historisch und rechtlich definieren, das entspricht den Lehren aus dem Nationalsozialismus, dem Grundgesetz und der Wirklichkeit. Würden wir Syrern, Afghanen oder Iranern eine „ethnische“ Identität zuschreiben, obwohl alle drei Staaten multiethnisch, multikulturell, multireligiös und multilingual sind, bewiesen wir nur unser mangelhaftes Wissen, ganz abgesehen davon, dass in all diesen Staaten der wichtigste Unterschied der ist zwischen Verfolgern und Verfolgten, Mördern und Opfern, nicht zwischen Ethnien.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Doch Lethen fährt unbeirrt fort: „Die Schuldkultur, in der wir aufgewachsen waren, hat einen Raum des Vergessens der eigenen Identität geschaffen, in den heute mühelos Rechte einwandern können." Eine Behauptung, die er selbst widerlegt: „Was den Holocaust betrifft, über den erfuhr ich zum ersten Mal 1957 etwas." Da war Lethen 18. „In der Schule hatten wir davon nie etwas gehört." Genau. Von wegen „aufgewachsen mit einer Schuldkultur"! In seinem eigenen Unterricht an der Grabbeschule in Berlin spricht Lethen das Thema ebenso wenig an wie in seinen Schriften aus dieser Zeit, außer zu behaupten, es gäbe eigentlich keinen großen Unterschied zwischen dem Faschismus und den „Gewaltverhältnissen" (Girnus et al 1971: 23) in der Bundesrepublik.

Und es waren ja nicht die Rechten, die zuerst „in uns einwanderten". Es waren der Linksterrorist Dieter Kunzelmann, der die Linke aufforderte, ihren „Judenknax" abzulegen, und seine Genossen, die mit dem von ihm angestifteten Bombenanschlag auf das Jüdische Gemeindehaus in Berlin am 9. November 1968 die revolutionäre Praxis dazu liefern wollten. Schon verdrängt, Helmut Lethen?

Die Behauptung einer „Schuldkultur" ist eines der Elemente, die Links- und Rechtsradikalismus zusammenhalten, wie die Ressentiments gegen Amerika und den Westen, gegen die Globalisierung und die Eliten. Schon 1992 sah der zwischen links und rechts irrlichternde Dramatiker Heiner Müller im Osten „an jeder Tankstelle die Siegesbanner der Ölkonzerne, in jedem Dorf statt der gewohnten Schreibwaren McPaper & Co. Im Meer der Überfremdung ist Deutschsein die letzte Illusion von Identität, die letzte Insel" (Müller 1992). Zwanzig Jahre zuvor hatte die KPD/AO, für die Lethen und ich arbeiteten, den „Kampf des deutschen Volkes für nationale und soziale Befreiung" ausgerufen.

Neidvoll schrieb Arne Freiwald in der *Sezession*, dem neurechten Leib- und Magenblatt von Caroline Sommerfeld-Lethen, vor zwei Jahren: „Die heutigen Argumentationslinien und Aktionen des rechtskonservativen Milieus können schlichtweg nur als langweilig und harmlos bezeichnet werden" im Vergleich zu dem, was wir Maoisten damals in Sachen „Befreiungsnationalismus" auf die Beine stellten (Freiwald 2016).

Auf seine Ehefrau gemünzt, seufzt Lethen: „Manche Rechte sind leidenschaftliche Antagonisten mit einer Affinität zum Bürgerkrieg. An diese aggressive Wucht kommst du nicht so richtig ran. Zumindest ich nicht, der dazu genug Gelegenheit hätte" (Wagner 2019). Immerhin aber müsste er ehrlich genug sein, sich einzugestehen, wo sie es her hat.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Literatur

Freiwald, Arne (2016): Befreiungsnationalismus oder: Mao in Deutschland. In: *Sezession* vom Februar 2016. (Online: https://sezession.de/uploads/Sez70-Freiwald.pdf, abgerufen am 30.07.2020)

Girnus, Werner/Lethen, Helmut /Rothe, Friedrich (1971): Materialistische Wissenschaft 2. Von der kritischen zur historisch-materialistischen Literaturwissenschaft. Vier Aufsätze. Oberbaumverlag: Berlin.

Kositza, Ellen (2018): Repression – im Gespräch mit Caroline Sommerfeld. In: *Sezession*, 3. September 2018. (Online: https://sezession.de/59361/repression-im-gespraech-mit-caroline-sommerfeld, abgerufen am 30.07.2020)

Müller, Heiner (1992): Die Küste der Barbaren. In: *Frankfurter Rundschau* vom 30. September 1992.

Sommerfeld, Caroline (2017): Eine Gegenerklärung. In: *Sezession* vom 30. August 2017. (Online: https://sezession.de/57363/eine-gegenerklarung, abgerufen am 30.07.2020)

Steiner, Rudolf (1916): Homo Oeconomus. Vortrag vom 30.05.1916. In: Rudolf Steiner Nachlassverwaltung (1962) (Hrsg.): Rudolf Steiner Gesamtausgabe, Vorträge, Bd. 167. Dornach: Verlag der Rudolf Steiner Nachlassverwaltung, S. 276-300. (Online: http://fvn-archiv.net/PDF/GA/GA167.pdf, abgerufen am 30.07.2020)

Wagner, Thomas (2019): Im Gespräch Helmut Lethen: Zwischen den Stühlen. In: *Freitag* vom 11. Januar 2019. (Online: https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/helmut-lethen-zwischen-den-stuehlen, abgerufen am 30.07.2020)

Weiss, Volker (2019): Die große Inszenierung. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 3. Februar 2019. (Online: https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/lethen-und-sommerfeld-und-der-vorwurf-der-sippenhaft-16020233.html, abgerufen am 30.07.2020)

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

5.
Antisemitismus, Antizionismus, Christlicher Fundamentalismus, Islamismus

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

„Christliche Zionisten“: Eine kritische Darstellung

Martin Kloke

Sie, die früher die „Stillen im Lande“ genannt wurden, zieht es heute zu Tausenden auf die Straße: Sie bekunden „Solidarität mit Israel“, schwingen israelische Fahnen, rufen „Gott segne Israel!“[1] Deutsche evangelikale Christen werben für „Gottes Heilsplan mit seinem auserwählten Volk“; sie akquirieren Spenden für Israel in einer Höhe, die uns je nach Lesart das Staunen oder auch das Fürchten lehrt; sie rufen zum Fasten und Beten für Israel auf.[2]

Der sogenannte „christliche Zionismus“ ist alles andere als eine exklusiv deutsche Angelegenheit – er ist ein globales Phänomen: Im Oktober 2009 übermittelte der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu an die rund 5.000 Teilnehmer aus 75 Ländern einer christlichen Feier des Laubhüttenfestes in Jerusalem eine Videobotschaft. Dort heißt es: „In den schlimmsten Zeiten haben Sie sich immer zu Israel bekannt. Und Sie haben uns etwas sehr deutlich vermittelt: Sie haben zu Israel gesagt: ‚Ihr seid nicht allein. Wir stehen zu Euch.‘ Wir sagen Ihnen heute, Israel steht zu Ihnen. Wir gehören zusammen.“[3]

Was mag daran so problematisch sein, wenn engagierte Christen ihre Sympathien mit Israel ausdrücken? Kann das weltpolitisch vereinsamte und atomar bedrohte Israel, das sich in der UNO im Ernstfall allein auf die USA und einen Inselstaat im Pazifik (Mikronesien) stützen kann, es sich überhaupt leisten, bei der Entgegennahme von Solidaritätsgesten wähle-

---

1 Dieser Beitrag basiert auf einer Präsentation des Autors am 24. Januar 2010 in der Evangelischen Bildungsstätte Berlin anlässlich der Delegiertenversammlung der Konferenz Landeskirchlicher Arbeitskreise Christen und Juden (KLAK) im Bereich der EKD. Der Vortrag wurde im Februar 2010 als „Online Extra 112“ im Compass-Infodienst für christlich-jüdische und deutsch-israelische Tagesthemen im Web (www.compass-infodienst.de) veröffentlicht und für diesen Sammelband nahezu unverändert übernommen.

2 So zuletzt für die Zeit vom 6.1. bis 14.2.2010 (vgl. Freundesbrief der „Christen an der Seite Israels“, Zierenberg, Nr. 39, November 2009, S. 3: „40 Tage Fasten und Gebet für die Gemeinde Jesu, Deutschland und Israel).

3 Vgl. N.N., Israelischer Premier dankt Christen für Solidarität, in: Katholischer Nachrichtendienst, 8.10.2009, http://www.kath.net/detail.php?id=24157, aufgerufen am 20.4.2020.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

risch zu sein? In unserer Zeit ein israelisches Flaggenmeer vor dem historischen Berliner Reichstagsgebäude zu sehen: Ist das nicht ein emotional bewegendes Ereignis – wenn man bedenkt, dass 70 Jahre zuvor Hakenkreuz-Fahnen ein und dasselbe Gelände säumten?

Solche und ähnliche Fragen stelle ich mir seit längerem – insbesondere, wenn ich den israelpolitischen Mehltau sehe, von dem die protestantische Kirche befallen ist. Zwar existieren jüdisch-christliche Arbeitskreise und israeltheologische Initiativen; doch diejenigen, die in Sachen Israel ihren Lippenbekenntnissen Taten folgen lassen, sind eine kleine Schar – eifrig bemüht, der „Israel-Vergessenheit" in Gesellschaft und Kirche entgegenzutreten.

Andere, medial verstärkte Realitäten sind ungleich wirkungsmächtiger. Nachdem im März 2007 einige katholische deutsche Bischöfe in der Jerusalemer Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem Bilder vom Warschauer Ghetto sahen, ging ihnen bei der Reise von Israel nach Palästina reflexartig „der Deckel hoch": „Morgens in Yad Vashem die Fotos vom unmenschlichen Warschauer Ghetto, abends fahren wir ins Ghetto in Ramallah", so brachte der Eichstätter Bischof Gregor Maria Hanke die ebenso beliebte wie niederträchtige Gleichsetzung von Israelis und Nazis auf den Punkt – im Beisein von Journalisten (Dobrinski 2007: 6).

Die Evangelische Kirche Deutschlands (EKD) platzierte vier Wochen später – pünktlich zur Osterzeit und nur wenige Tage vor der Abreise ihrer Delegation nach Israel und Palästina – einen Leitartikel auf ihrer Internetseite, in dem die Umstände der Kreuzigung Jesu neu aufgerollt und die Schuld entgegen der Forschungslage wieder mal dem jüdischen Volk zugeschoben wurde. In einer Pressekonferenz in Ost-Jerusalem legte die EKD eine Nahostkarte vor, in der das UN-Mitglied Israel namentlich nicht aufgeführt wurde – im Gegensatz zu den arabischen Nachbarstaaten. Die Vorgänge wurden nicht bestritten, aber durch nacheinander widersprechende Begründungen gerechtfertigt. Bischof Wolfgang Huber schaffte es in seiner vormaligen Eigenschaft als Ratsvorsitzender der EKD, in der Ost-Jerusalemer Auguste Victoria Kirche eine politische Predigt über das „Heilige Land" zu halten, ohne mit einem Wort den Namen „Israel" in den Mund zu nehmen (Barth 2007).

Wo sind die Zeichen kritischer Solidarität auch in schwierigen Zeiten, in denen der jüdische Staat einen verzweifelten, gleichwohl hässlichen Kampf führt, bei dem es letztlich um seine Existenz geht? Haben wir es mit Gleichgültigkeit zu tun? Mit Nachwirkungen des traditionellen Antijudaismus bzw. Antisemitismus, der noch immer zu den am besten gehüteten Tabus in dieser Gesellschaft gehört? Ist es die Sorge, bei der Erörte-

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

rung des israelisch-palästinensischen Konflikts mit der antisemitischen Fratze im Spiegel der eigenen Geschichte konfrontiert zu sein?

Das sind Fragen, die Anhaltspunkte dafür bieten, weshalb ich die unausgegorene Israelsolidarität bestimmter Segmente des christlichen Protestantismus nicht einfach polemisch abtun mag.

Wer sind und was glauben „christliche Zionisten“?

Lassen Sie mich mit einem Zitat einsteigen: „Der Anti-Christus führt den Krieg gegen den letzten Feind, gegen Israel, letztlich gegen den Gott Israels. Der 3. Weltkrieg findet also statt. […] Es sind 200 Millionen, die gegen Israel antreten. Sie sammeln sich am Euphrat und kommen vom Osten nach Israel (Offb. 9,14/16,16). Der 3. Teil der Menschen wird dabei umkommen (Offb. 9,16 u. 18/16, 14). Die ‚Schlacht aller Schlachten’ findet in der Megiddo-Ebene statt, in ‚Har-Mageddon’ […]. In dieser Schlacht geht es um die Entscheidung: Welches Reich gilt: das Reich Allahs oder Jahwes? Babel oder Jerusalem?“ (Penkazki 1996: 36)

Die Zeilen stammen aus dem Büchlein eines evangelischen Pfarrers und Dozenten an einem Wuppertaler „Bibelseminar“. Der Verfasser bringt zum Ausdruck, was den Kern des christlich-fundamentalistischen Weltbildes ausmacht. In diesen Sätzen findet sich, bezogen auf Israel, der Kern dessen, was fundamentalistisches Selbstverständnis ausmacht.

Wir haben es hier mit einer Gegenbewegung zum historisch-kritisch orientierten Protestantismus der Neuzeit zu tun. Noch in seinem extremen (um nicht zu sagen: verzweifelten) Abgrenzungsbegehren gehört der Fundamentalismus zur Kulturgeschichte der Neuzeit: Seine Anhänger verkörpern eine anti-modernistische Protestbewegung gegen die säkulare Welt des 20. und 21. Jahrhunderts. Dieser „Kulturkampf“ wird mit modernsten Mitteln, insbesondere im Internet, ausgetragen.

Warum Israel?

Die „Partei Bibeltreuer Christen“ stellte auch im Bundestagswahlkampf 2009 das deutsche Verhältnis zu Israel ins Zentrum ihres außenpolitischen Profils. Erneut schlug sich die Partei auf die Seite der nationalistischen Hardliner in Israel: „Alle Versuche, SEIN Land und die Stadt Jerusalem zu teilen, enden für alle, die diese Politik unterstützen, in einem großen Chaos“ (Partei Bibeltreuer Christen 2009).

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Was steckt hinter dieser Obsession? Es ist der Aufstieg der zionistischen Bewegung, die massenhafte „Rückkehr" von Juden in ihr biblisch verheißenes Land nach zwei Jahrtausenden des Exils. Dieses in der Tat erstaunliche, weil historisch einzigartige Phänomen gilt unter religiösen Zionisten, aber auch im christlichen Verständnis weithin als ein sichtbarer Erweis der bleibenden Treue Gottes: zu seinen Zusagen im Allgemeinen und zu Israel im Besonderen. Die jüdische Rückwanderung wird als ein eschatologisches Zeichen der Hoffnung begriffen.[4]

Fundamentalisten ist diese Deutungsperspektive zu vage: Die Aliyah, den zionistischen „Aufstieg" nach Israel, deuten sie umstandslos als „göttliche Rückführung in das Land der Verheißung". Demnach ist die Gründung des Staates Israel 1948 der Beginn der messianischen Endzeit und der angebliche Beweis, dass die Wiederkunft Christi nahe bevorsteht. Die israelische Besetzung des arabischen Ost-Jerusalem und die Eroberung biblischer Territorien des Westjordanlands im Sechstagekrieg von 1967 haben christlichen Fundamentalisten (ähnlich wie Teilen der jüdischen Orthodoxie) einen gewaltigen „Israel-Kick" versetzt. Seither ist der jüdische Staat zu einem libidinös besetzten Fixpunkt geworden. Für die Rechte und Bestrebungen der Palästinenser ist in diesem Weltbild kein Platz.

Weiteren Auftrieb erhielten fundamentalistische Kräfte 1977, als mit der Regierungsübernahme des Likud-Blocks ein Bündnis aus rechtszionistischen und nationalreligiösen Strömungen tonangebend wurde. Diese Kräfte trieben die jüdische Besiedlung von „Samaria" und „Judäa" voran.

Wie ist diese Entwicklung zu erklären? Die Arabische Liga hatte der israelischen Seite schon kurz nach dem Sechstagekrieg – auf dem Gipfel von Khartum – ihr dreifaches „Nein" entgegengeschleudert: „Nein zur Anerkennung Israels! Nein zu Verhandlungen! Nein zum Frieden mit Israel!" Musste da nicht die Versuchung groß sein, die Westbank als ein weiteres zionistisches Projekt zu begreifen – die Linke eher unter sicherheitspolitischen Motiven, die Rechte zusätzlich nationalreligiös inspiriert? Zehntausende Israelis, angelockt durch staatliche Subventionen, ließen sich vor allem im Großraum Jerusalem nieder.

Dass dieser Prozess Ende der 1970er Jahre vor allem unter religiösen Vorzeichen Gestalt annahm, war ganz nach dem Geschmack christlicher Fundamentalisten: Sie glauben in der israelischen Siedlungspolitik den konkreten Vollzug göttlicher Heilsgeschichte erkennen zu können. Da ist

4 Beispielhaft der Synodalbeschluss der Rheinischen Landeskirche von 1980: Zur Erneuerung des Verhältnisses von Christen und Juden, in: Klappert/Starck (1980), S. 264 ff.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

es nur konsequent, dass Vereine wie die „Christen an der Seite Israels" oder der „Ebenezer Hilfsfonds" Aktionen durchführen unter dem Motto: „Helft den Juden nach Hause" bzw. „Operation Exodus". Ihre Mitarbeiter unterhalten „Stützpunkte" in Osteuropa und betreiben von dort den „Exodus" jüdischer Ausreisewilliger nach Israel. Bis heute sollen auf diese Weise mehr als hunderttausend Juden nach Israel gebracht worden sein. Die „Internationale Christliche Botschaft Jerusalem" (ICEJ) unterstützt in ähnlicher Weise die jüdische Einwanderung nach Israel. In den letzten 20 Jahren hat die Organisation nach eigenen Angaben die Einwanderung von über 103.000 osteuropäischen Juden nach Israel gesponsert (Taylor 2009: 2). Zugleich unterhalten christlich-zionistische Organisationen bis heute allerlei Projekte für „jüdische Siedler in Judäa und Samaria", für die sie auch unter ihrer deutschen Klientel offensiv um Spenden werben (Ruf zur Versöhnung e.V. 2009: 11).

Nationalistische Kreise in Israel mögen diese Aktivitäten begrüßen. Doch wissen sie wirklich, mit wem sie es zu tun haben? Der Leiter des Exodus-Projekts begründet die Aktivitäten seines Vereins mit einem göttlichen „Erweckungsplan": „Wenn das jüdische Volk in der ganzen Welt zerstreut bleibt und nicht wieder nach Israel zurückkehrt, wird es nicht in der Lage sein, Vergebung, ein neues Herz und einen neuen Geist zu empfangen. […] Die Lösung: […] Gott ruft uns auf, das jüdische Volk heimzubringen."[5]

Auf der vereinseigenen Website wird die missionarische Motivation noch deutlicher: Demzufolge setzen die „Christen an der Seite Israels" darauf, dass das „auserwählte Volk (‚ganz Israel') zur Erkenntnis des Messias kommt."[6] Im Dunstkreis etablierter, aber kränkelnder Kirchen wuchert im heutigen Deutschland eine schier unübersichtliche Israel-Szene – ein Eldorado für Enthusiastiker ebenso wie für Neo-Apokalyptiker. Ich präsentiere hier nur eine unvollständige Auswahl.

5 Zitiert nach: Israel Heute (2002): Christen an der Seite Israels. Ausgabe 16, September 2002. Zierenberg, S. 14.

6 Zitiert nach: Christen an der Seite Israels e.V. (Hrsg.) (2002): Selbstdarstellung. Visionen: 2002 (Screenshot im Privatarchiv MK).

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Charismatisch-pfingstlerische Strömungen

Die vitalsten fundamentalistischen Pro-Israel-Kräfte sind heutzutage dem charismatisch-pfingstlerischen Spektrum verbunden. Sieben „nationale Israel-Werke" haben sich 2002 zu einem „Beziehungs- und Aktionsforum" zusammengeschlossen. Gleichwohl liefern sich einzelne Gruppen und Personen immer wieder heftige Schlammschlachten (Matthies 2004). Aus der Vielzahl charismatisch-pfingstlerischer Israel-Initiativen möchte ich drei hervorheben:

a) die Darmstädter Marienschwesternschaft – eine traditionsreiche evangelikale Ordensgemeinschaft: Die Ordensfrauen verbinden glühende Endzeithoffnungen mit enthusiastischer Israelliebe. Sie betätigen sich publizistisch und sozialdiakonisch für Israel: Unter anderem unterhalten die Schwestern ein Erholungsheim für Holocaust-Überlebende. In die aktuelle Tagespolitik, das unterscheidet sie von anderen fundamentalistischen Gruppen, mischen sie sich nicht ein. Schlichte christliche Überzeugungskraft ist ihnen wichtiger als die Verbreitung apokalyptischer Geschichtsszenarien.

b) Höchst politisiert treten dagegen weite Teile der Internationalen Christlichen Botschaft Jerusalem (ICEJ) auf: 1980 – nach einem entsprechenden Parlamentsbeschluss („Jerusalem-Gesetz") – vollzog die israelische Regierung auch formell die Annexion Ost-Jerusalems. Die internationale Öffentlichkeit verweigerte ihre Zustimmung; noch heute befinden sich die meisten ausländischen Botschaften nicht in Jerusalem, sondern in Tel Aviv. Genau in dieser Zeit gründeten christliche Fundamentalisten aus aller Welt in Jerusalem die „International Christian Embassy" als Zeichen der Solidarität mit dem neuen Status Groß-Jerusalems als der „ewigen Hauptstadt Israels". Zu den Aktivitäten der „Botschaft" gehören PR-Aktionen zugunsten Israels, christliche Zionistenkongresse, politisch-psychologische Landschaftspflege im nationalkonservativen Spektrum Israels sowie die Förderung und Vermittlung israelbezogener Projekte. Jährlicher Höhepunkt ist eine „christliche Feier" während des jüdischen Laubhüttenfestes; dabei handelt es sich um die seit Jahren größte touristische Veranstaltung in Israel: Tausende christlich-zionistische Teilnehmer aus dem Umfeld der ICEJ nehmen am sogenannten „Jerusalem-Marsch" teil.[7] Malcom Hed-

7 Vgl. beispielhaft mh: Jerusalem-Marsch: Christen stehen zu Israel, in: Israelnetz. Berichte und Hintergründe aus Israel und dem Nahen Osten, 2.10.2015, https://www.israelnetz.com/gesellschaft-kultur/gesellschaft/2015/10/02/jerusalem-marsch-christen-stehen-zu-israel.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

ding, ihr ehemaliger geschäftsführender Direktor, behauptet unumwunden: „Jerusalem anzugreifen und die Stadt jüdischer Kontrolle zu entreißen, bedeutet im Wesentlichen einen Angriff auf Gott selbst."[8] Auch der deutsche Zweig, ansässig in Stuttgart, ist in seinen Äußerungen und Aktivitäten hoch politisiert.

Gleichwohl: Seit 2006 gibt es Indizien, wonach die ICEJ in Teilen einen Mäßigungsprozess durchläuft. Dies ist u. a. einem Artikel von Jürgen Bühler über christlichen Zionismus „im Wandel" zu entnehmen (Bühler 2006).

c) Eine kaum weniger einflussreiche Israel-Arbeit verbindet sich mit dem Namen Ludwig Schneider. Dieser Mann wird in der einschlägigen Szene wie ein Guru verehrt. Die Gründung des Schneider'schen Lebenswerks geht auf das Jahr 1974 zurück, als Schneider in Neuss einen Verein namens „Israel-Hilfe" gründete. Respektable Immobilienkäufe führten jedoch bald zu einem Konkursverfahren. Angeblich soll Schneider Spenden in fünf- bis sechsstelliger Größenordnung abgezweigt haben. Daraufhin (1978) setzte sich der umtriebige Israel-Freund mit Frau und Kindern in das Land seiner Träume ab.[9]

In Jerusalem gründete Schneider ein evangelikales Pressezentrum. Dort gibt er allmonatlich das deutschsprachige Magazin „Nachrichten aus Israel" (NAI) heraus, das mit politisch-religiösen Informationen, Reportagen und Kommentaren aus der Region aufwartet. Das Hochglanzmagazin präsentiert sich in einer Mischung aus christlichem Philosemitismus und rechtszionistischem Antiarabismus. Nach den Wahlniederlagen der Sozialdemokraten Shimon Peres (1996) und Ehud Barak (2001), denen jeweils der „Ausverkauf Israels" vorgeworfen worden war, gerierte sich das Blatt jeweils ausgesprochen triumphalistisch.[10]

Während Sinn suchende Säkularisten zu Yoga- und Feng Shui-Workshops in die Toskana pilgern, brechen moderne Fundamentalisten zu mystisch anmutenden Wüstenexpeditionen in Israel auf. Schneider stellt in einer Werbeannonce eine „ganzheitliche Konfrontation mit der Prophetie" in Aussicht: „Einzug in die […] mitten in der Wüste Sin errichtete Zeltstadt. Viereinhalbtägiges Seminar in der Wüste: ‚Prophetie der Endzeit' mit Ludwig Schneider […] und messianischen Juden. […] Am Lagerfeuer israelische Volkstänze und Lieder. Mit Jeeps quer durch die Wüste

8 Malcom Hedding (2008): Editorial, in: ICEJ. Wort aus Jerusalem. Nr. 1, S. 2.
9 Private Information.
10 Vgl. Nachrichten aus Israel (NAI) 214 (Juni 1996): Titel-Aufmacher und Kommentar, S. 2.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

zum Gottesdienst am Mose-Altar vor dem Gottesberg ‚Har Karkom'. In der Zeltstadt Seelsorgerdienste, Vorträge und Schattenzelte für Stillezeit und Gebetsgemeinschaften. […] Es ist wichtig, das politische Geschehen im Licht der Bibel und direkt vor Ort zu betrachten – mit innerer Verarbeitung in der Wüste – dort, wo auch Gott seine Propheten zur Abklärung hinschickte."[11]

Wer ist dieser Mann, der sich mal als „Pastor" ausgibt, dann wieder unter der Berufsbezeichnung „Journalist" oder gar als „Kriegsberichterstatter" firmiert, obwohl er nie Theologie oder Journalismus studiert hat. Ist er ein „Betrüger" und „Hochstapler", wie gelegentlich kolportiert wird, oder einfach „nur" ein pfiffiger Geschäftsmann, der erfolgreich eine Lücke auf dem religiösen Markt der Möglichkeiten ausfüllt? Kritiken in der Presse (Kloke 1995) begegnet Schneider mit der Klage, er sei das Opfer einer „Verleumdungskampagne".[12] Bis zu seinem Tod 2018 trat Schneider immer wieder auch hierzulande auf – mit beträchtlicher Resonanz und Abertausenden von Zuhörern.

2002 hat Schneider seinem Sohn Aviel die Tagesgeschäfte übergeben. Um sich den Netzwerkcharakter dieser Israel-Szene klar zu machen: Schneiders Sohn Doron arbeitet inzwischen in der „Internationalen Christlichen Botschaft" und ist dort verantwortlich für die „Administration". Dennoch ist der Unternehmensgründer Ludwig Schneider bis heute Spiritus Rector der „Schneider-Mafia".[13]

Traditionelle evangelikale Initiativen

Auch die meisten Pietisten sowie konservativen Landes- und Freikirchler sind heutzutage proisraelisch eingestellt. Entsprechende Israel-Organisationen bündeln und verstärken die milieuspezifischen Befindlichkeiten. 1980, als der jüdische Staat Ost-Jerusalem seinem Staatsgebiet angliederte, gründete im hessischen Wetzlar Fritz May den Verein „Christen für Israel". Der ehemalige Redakteur im Evangeliumsrundfunk (Wetzlar) glaubte annähernd 30 Jahre lang, „die Wahrheit über Israel" zu kennen und wollte sie verbreiten (May 2005). Adressaten waren Israel-Freunde innerhalb der Evangelischen Allianz.

11 Zitiert nach: NAI 194/195 (Oktober/November 1994), S. 21.

12 Vgl. das Editorial von NAI 196 (Dezember 1995), S. 30: „In nicht-nur-eigener Sache. Man kann die Uhr danach stellen", ders., Wenn die Wut kommt, in: NAI 291 (November 2002), S. 44.

13 So in einer ironischen Selbstbezeichnung, in: NAI 290 (Oktober 2002), S. 44.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

In Israel unterstützte Fritz May bis vor kurzem diverse Hilfsprojekte: Hauptempfänger waren kleine „messianische" Gruppen im Lande, aber auch medizinische Einrichtungen wie etwa die der religiösen Bar Ilan Universität. Dank seiner Sponsorenarbeit konnte Fritz May eine reiche Ruhmesernte einfahren: Der Jüdische Nationalfonds KKL ernannte ihn zum „Ehrenbürger des Negev" (May hat in 20 Jahren über den KKL mehr als 80.000 Bäume pflanzen lassen). Das Jerusalemer Stadtparlament verlieh ihm als drittem Deutschen den Titel „Getreuer von Jerusalem" – die reputierlichste Auszeichnung der Stadt Jerusalem für ausländische Wohltäter.[14] Dann folgte die Verleihung der Ehrendoktorwürde durch die Bar Ilan Universität.[15] 2004 wurde an der Gießener Freien Theologischen Akademie das „Institut für Israelogie" eingeweiht – finanziert von der „Dr.-Fritz-May-Stiftung" mit einer Anschubfinanzierung in Höhe von 750.000 Euro als Stiftungskapital.[16]

Was selbst seriöse deutsche Israel-Freunde und ihre israelischen Partner allzu oft übersehen haben, waren Mays fragwürdige politische Verbindungen. Solange es seine endzeitlichen Erwartungen erlaubten, schlossen Mays Kontakte auch das rechtsradikale politische Spektrum Israels ein, etwa zu Elyakim Ha'etzni, jenem führenden Vertreter der nationalistischen Siedlerbewegung im Westjordanland.[17]

Aktivisten wie May sind auch vor apokalyptischen Versuchungen nicht gefeit. Kurz vor der Millenniumswende äußerte May die Erwartung, „[…] dass durch ein erneutes ‚Zeichen Gottes' […] bald der verhasste ‚Schandfleck Jerusalems', der Felsendom mit der El-Aksa-Moschee, zerstört wird und an alter biblischer Stätte auf dem Tempelberg endlich der Tempel wieder aufgebaut wird. Damit der Messias kommen kann."[18]

Ende 2005 – im Anschluss an meine Vortragsreihe zum Israelbild christlicher Fundamentalisten in Mittelhessen und im Siegerland – erschien in der letzten Ausgabe der Zeitschrift „Christen für Israel" ein „Offener Brief"; er war u. a. adressiert an die Gießener Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit, die Jüdische Gemeinde zu Gießen und an den Autor dieser Zeilen: Die Genannten würden May „diffamieren" und zum „Unfrieden" zwischen Christen und Juden beitragen. Zur gleichen Zeit er-

14 Vgl. „Christen für Israel" (CFI) 116 (November/Dezember 1998), Wetzlar, S. 6.
15 Vgl. CFI 120 (Juni/August 1999), S. 8.
16 Vgl. CFI 152 (Januar/Februar 2005), S. 10; *ideaSpektrum. Nachrichten und Meinungen aus der evangelischen Welt* 52 (2004), Wetzlar, S. 6.
17 Vgl. CFI 120, a.a.O., S. 10.
18 Fritz May (1999): Jerusalem vor dem großen Erdbeben. In: CFI 122 (November/Dezember 1999), S. 8 f.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

hielt ich anonyme telefonische Drohungen; in einem Internet-Forum wurde ich als „kommender Todfeind“ und „Anti-Christ“ beschimpft. Kurz nach dieser Kampagne entließ May seine beiden hauptamtlichen Mitarbeiter und kündigte an, er wolle sich künftig wieder auf seine „Kernkompetenzen“ besinnen.[19] Seither ist es still um May geworden.

Nicht alle theologisch konservativen Christen sind mit der kritiklosen Begeisterung für Israel einverstanden. Wie in anderen gesellschaftlichen Milieus auch erhitzt das Thema „Israel“ die Gemüter und polarisiert die Menschen. Ein Beispiel dafür ist der in evangelikalen Kreisen angesehene Pfarrer Jürgen Blunck. In einem Gastkommentar für die Nachrichtenagentur *ideaSpektrum* bezeichnete sich Blunck 2002, auf dem Höhepunkt der 2. Intifada, als „Freund Israels“; freilich müsse er, gleich dem Propheten Jeremia, die israelische Politik verurteilen – auch auf die Gefahr, dafür als „Verräter“ gebrandmarkt zu werden. Doch statt sich auf eine sachbezogene Kritik zu beschränken, ereiferte sich Blunck über den angeblichen „Staats-Terrorismus“ Israels und verharmloste den organisierten Terror der islamistischen „Hamas“ und der säkularen „Al Aksa-Brigaden“ Yassir Arafats als „Individual-Terrorismus“. Israel unter dem Premierminister Ariel Scharon handle „stolz und hart“. Als ob Israel ein Gottesstaat wie der Iran wäre (und nicht der einzige demokratische Rechtsstaat im Nahen Osten), fuhr Blunck fort: „Was für ein Bild von Gott präsentiert Israel durch sein Handeln der Welt? Das Bild eines rachsüchtigen, brutalen, internationales Recht verachtenden Gottes! Nein, so habe ich Gott durch Jesus nicht kennen gelernt. Jesus ist anders.”[20]

Man kann sich den Aufschrei und die Empörung in der evangelikalen Israel-Szene vorstellen: Wochenlang beherrschten Leserbriefe und Gegenartikel die Zeitschrift. Der Skandal schlug über *idea* hinaus Wellen, weil er einmal mehr zeigte, wie schwer es hierzulande selbst wohlmeinenden Zeitgenossen noch immer fällt, Kritik an Israel zu üben, ohne auf der Klaviatur judenfeindlicher bzw. antisemitischer Ressentiments zu spielen. Prominentes Beispiel in jüngerer Zeit ist der amerikanische Ex-Präsident und praktizierende Baptist Jimmy Carter, der in einer polemischen Streitschrift antiisraelische Ressentiments akademischer und linksintellektueller Milieus an US-amerikanischen Universitäten bediente.[21]

---

19 Vgl. *Jüdische Zeitung* (Berlin), Februar 2006, S. 29: „Christen für Israel“ strukturieren um.

20 Zitiert nach: *ideaSpektrum* 9 (2002) vom 27.2.2002, Wetzlar, S. 3.

21 Vgl. Jimmy Carter (2006), Palestine: Peace Not Apartheid, New York. Carter hat sich Ende 2009 ansatzweise entschuldigt: „We must recognize Israel's achievements under difficult circumstances, even as we strive in a positive way to help

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Unaufgeregt professionell treten dagegen die Leute um die „Konferenz evangelikaler Publizisten" (kep) auf, die seit 2019 als „Christliche Medieninitiative pro e.V." firmieren: Ihre Akteure betreiben auf der Basis der Evangelischen Allianz politisch-publizistische Lobby-Arbeit im Mediensektor – zugunsten eines starken wehrhaften Israels. Inhaltlich bewegen sie sich etwa auf der Linie, die man in Amerika von dem als einflussreich geltenden Netzwerk AIPAC kennt; ihre religiösen Motive treten, jedenfalls nach außen, in den Hintergrund.[22]

Antizionistische und antisemitische Zirkel?

Auch und gerade in christlich-evangelikalen Kreisen hat der millionenfache deutsche Massenmord an den europäischen Juden eine geistliche Wende eingeleitet. Unter dem Schock von Auschwitz haben einige unter ihnen allerdings das Pendel so weit ausschlagen lassen, dass sie die Balance verloren haben. Sie betreiben einen Israel-Kult, der in verblüffender Weise den weltherrschaftlichen Topoi des traditionellen Antisemitismus ähnelt, wie wir sie aus den sog. Protokollen der Weisen von Zion kennen. So heißt es im Israel-Buch (Vorwort) eines Wuppertaler Missionsdirektors: „Israel ist als Land, als Volk und als heutiger Staat Gottes erwähltes Eigentum und bricht nun nach drei Jahrtausenden vor unseren Augen auf, um die Weltherrschaft anzutreten!"[23]

Sind „wahre" Sachwalter christlicher Israel-Solidarität also diejenigen, deren Engagement besonders „eindeutig", radikal philosemitisch und laut zu vernehmen ist? Wie stabil ist die Israel-Liebe von Leuten, die mit Emphase und noch mehr Geld Einfluss auf Israels Politik gegenüber den Palästinensern zu nehmen suchen? Aus der Antisemitismus-Forschung wissen wir, wie rasch Philosemitismus in Antisemitismus umschlagen kann. Der Mechanismus ist stets nach dem gleichen Muster gestrickt: Überschwängliche Zuneigung gebiert Enttäuschung über „Fehlverhalten". Aus Liebe wird Hass.

Trotz aller „Leidenschaft, Liebe und Hingabe" der proisraelischen Christen verhalten sich die Umworbenen nicht so, wie es dem Weltbild

---

Israel continue to improve its relations with its Arab populations, but we must not permit criticisms for improvement to stigmatize Israel" (Haaretz Service, Jimmy Carter to U.S. Jews: Forgive Me for Stigmatizing Israel, in *Haaretz*, 22.12.2009, https://www.haaretz.com/1.4908539.

22 Vgl. dazu die Homepage www.israelnetz.de.

23 Benjamin Malgo im Vorwort zu: Vogel 1998, S. 5.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

der evangelikalen Christen entspräche – „die Juden" sind nicht „dankbar", wollen kein Vergessen, keine Absolution spenden. Die „Liebesaffäre" zwischen Evangelikalen und Juden ist brüchig. Erinnert sei an die bigotten Reaktionen des US-amerikanischen Star-Evangelisten Pat Robertson, der den Schlaganfall Scharons als „Strafe Gottes" für die Räumung palästinensischer Gebiete gedeutet hatte. Bemerkenswert, wie rasch sich aus der Enttäuschung über die nicht erwiderte Liebe Ressentiments speisen. An die „jüdischen Freunde in Deutschland und Israel" appellierte kurz vor seinem öffentlichem Rückzug Fritz May: „[...] habt bitte nicht nur Interesse an unserem Geld, sondern auch an bleibenden persönlichen Beziehungen mit uns."[24]

Gewiss gibt es keinen Grund zu Alarmismus oder gar Panik; es gibt keine empirisch wahrnehmbaren Indizien für eine gesellschaftlich relevante Judenfeindschaft unter christlichen Fundamentalisten. (Das Problem der "Mission" sei hier einmal ausgeklammert.) Was aber sehr wohl registriert werden muss, sind ausgesprochen unappetitliche Erscheinungen in winzigen subkulturellen Segmenten. Ein Beispiel sind die von Dieter Braun betriebenen Aktivitäten des Morgenland-Verlags im süddeutschen Salem. In der gleichnamigen Zeitschrift wird vorexerziert, wozu eine fundamentalistische Israel-Feindschaft fähig ist. So schreibt er: „In Wirklichkeit ist der politische Zionismus [...] eine weltlich-mystische Bewegung auf das endliche Ziel der jüdischen Weltherrschaft und Weltdiktatur hin, die mit biblischen Begriffen kaschiert wird, hauptsächlich, um die Christen dadurch irrezuführen" (Braun 2005: 16).

Brauns Antisemitismus kennt keine Tabus: „Wer steht hinter der UNO und ihren angeschlossenen Gremien, vor allem dem Internationalen Währungsfonds? Wer kontrolliert das Geld in dieser Welt und die Massenmedien, die dieses Verderbens-Konzept des Antichristen als Heilsrezept für die Probleme der Welt propagieren und durch alle Länder peitschen? Es sind Angehörige jenes Volkes, von dem sich viele haben täuschen lassen, es als Volk Gottes anzusehen und anzuerkennen."[25]

Verwundert es da, dass die Morgenland-Gruppe die Shoah verharmlost oder auch implizit leugnet? Die Braun-Organisation muss als ein Menetekel begriffen werden, wozu ein fundamentalistischer Antisemitismus noch heute fähig ist.

24 CFI 155 (Juli/August 2005), S. 15.
25 Morgenland, 5 (1998), S. 5.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Land gegen Frieden?

Viele christliche Fundamentalisten sind nicht nur davon überzeugt, dass der Staat Israel endzeitlich eine weltgeschichtlich herausragende Rolle spielt: Ähnlich wie nationalreligiöse Strömungen im Zionismus beschwören sie ein Groß-Israel, das auf einer biblizistisch motivierten Aktualisierung der klassischen Landnahme-Verheißungen beruht. Jeder weiß, dass bei der Wiederaufnahme des Friedensprozesses dem Staat Israel eine Reihe territorialer Konzessionen abverlangt werden. Die Formel „Land gegen Frieden und Sicherheit“ ist inzwischen auch im eher konservativen Spektrum Israels mehrheitsfähig. Doch in der Lesart der neuprotestantischen Orthodoxie ist die Aufgabe biblischen Landes ein illegitimer Eingriff in den göttlichen Heilsfahrplan.[26]

Mit dem Rückzug Israels aus dem Gaza-Streifen ist das Weltbild vieler Evangelikaler gehörig ins Wanken geraten: Perspektiven in Richtung eines Groß-Israels auf dem biblisch verheißenen Boden sind in weite Ferne gerückt. Sollte die konfrontative Zuspitzung vermieden werden (ungeachtet der feindseligen Töne aus Teheran und Gaza), dann bedroht ein solcher Entspannungsprozess die eigene religiöse Identität. Die vollständige Auflösung jüdischer Siedlungen im Gazastreifen und vereinzelt auch im Norden der Westbank, in „Samaria“, ist vielen christlichen Zionisten unerträglich – ihre Sympathien für Scharon und seinen Nachfolger Ehud Olmert sind rasch auf den Nullpunkt gesunken. Erst seit der Regierungsübernahme von Netanjahu wittern die christlichen Zionisten wieder Morgenluft, obgleich ihnen der radikale Säkularist Avigdor Lieberman auch nicht ganz geheuer ist. Insbesondere der von Netanjahu einseitig verhängte befristete Siedlungsstopp in der Westbank (mit Ausnahme Ost-Jerusalems) erfüllte christliche Zionisten mit Sorge.

Nach der Ermordung des israelischen Ministerpräsidenten Yitzhak Rabin hatte sich die Tonlage schon einmal verschärft: Schon damals hatte Fritz May den „gefährlichen Ausverkauf der biblischen Heimat Israels” attackiert; „Rabin und Peres”, so glaubte der Pastor aus Wetzlar zu wissen, „sind nicht fromm, sondern gottlos.“[27] Mays „Israel-Korrespondent” hatte den Mord als göttliche „Warnung für Israels Politiker“ gedeutet (Schmidt

26 Vgl. *ideaSpektrum* 20 (1994) vom 19.5.1994, S. 11: Der Frieden ist nicht sicherer geworden. „Christen für Israel“ gegen Gaza-Jericho-Abkommen; *ideaSpektrum* 16 (1995) vom 20.4.1995: Gegen die Rückgabe der Golan-Höhen. Theologe: „Israel darf nicht zurückgeben, was Gott geschenkt hat“.

27 Fritz May (1995): Abschied vom Westjordanland. Gegen den Willen Gottes, in: CFI 98 (November/Dezember 1995), S. 2.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

1996: 2). Noch obszönere Worte hatte Friedrich Vogel, „Missionsdirektor" der Freien Theologischen Fachschule im bergischen Breckerfeld, gefunden: „Gott hatte eingegriffen, bevor Rabin Monate später seine Hand an Jerusalem hatte legen können!" (Vogel 1998: 152, Fußnote 32)

Den Gipfel deutsch-christlicher Einmischung in Israels Innenpolitik sollte sich damals Ludwig Schneider erlauben – in einem Kommentar, dessen Botschaft sogar im israelischen Parlament ein kleines Beben auslöste. Stein des Anstoßes war folgendes Zitat: „So wie Hitler das Attentat des Juden Herschel Grynszpan auf den deutschen Diplomaten in Paris, Ernst von Rath, dazu benutzte, seine Reichskristallnacht gegen alle Juden zu legitimieren, so sehen jetzt nach dem Anschlag auf Rabin […] regierungstreue linke Gruppen ihren Kampf gegen die jüdischen Siedler legitimiert" (Schneider 1995: 30). „Schockiert" über den Vergleich und die pietätlose Berichterstattung des deutschsprachigen Blattes zeigte sich Ran Cohen, zu jener Zeit Fraktionssprecher der Meretz-Partei in der Knesset. Im israelischen Rundfunk forderte Cohen die Justiz seines Landes zu strafrechtlichen Maßnahmen und zur „sofortige(n) Einstellung" von NAI auf. Doch abgesehen von einem kurzzeitigen Auslieferungsverbot sollte dieser Vorstoß keine weiteren Konsequenzen zeitigen.[28]

Vor diesem Hintergrund werden kritische Meinungen von radikalen Israel-„Freunden" unbarmherzig geahndet. Fritz May etwa stieß die Warnung aus: „Wer gegen die [...] Siedlungspolitik ist, ist gegen Gott, […]. Der Teufel als Gegenspieler Gottes und seine ‚Hilfstruppen' aus Atheisten, Arabern, Moslems, sozialistischen und gottlosen Israelis und ‚Christen' werden deshalb alles tun, um Gottes endgeschichtlichen Willen und Plan mit Israel zu verhindern."[29] Ludwig Schneider kanzelte in Anlehnung an ein neutestamentliches Diktum Anhänger des Friedensprozesses als „Kinder der Nacht" ab. Wen wundert es, dass Schneider anschließend ob dieser Wortwahl auch in Deutschland nach seiner geistigen Nähe zu den Mördern Rabins befragt wurde (Morgenstern 1998).

28 Vgl. Deutsche Welle Monitor-Dienst, 13.12.1995, S. 2; private Information.
29 CFI 106 (Februar/März 1997), S. 8.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Christlich-fundamentalistischer „Jihad"?

Es kann nicht deutlich genug betont werden: Die genannten Gruppen treibt nicht in erster Linie die Sorge um Israels Existenz und Sicherheit um; vorgeblich „göttliche" Prinzipien stehen auf dem Spiel – gemeint ist die Anbahnung apokalyptischer Strukturen im Nahen Osten. Ludwig Schneider formulierte das Ziel christlich-fundamentalistischer Israel-Solidarität so: „1948 eroberte Israel das Land ohne Jerusalem und 1967 eroberte Israel Jerusalem ohne den Tempelplatz – beim nächsten Mal geht es um den Tempelplatz. Daher heißt dieser Krieg Heiliger Krieg. […] Zur Vollendung der Heilsgeschichte gehört der dritte Tempel […]. Es geht in Wahrheit also nicht um Politik, sondern um den Sieg Gottes."[30]

Hier stoßen wir auf den Nukleus einer christlich-fundamentalistischen Variante des islamischen „Jihad"! In der Zeitschrift NAI wurden auch schon einmal vorsorglich „die verheißenen Grenzen des zukünftigen Israel […] gemäß Hesekiel 47" eingezeichnet – ohne den Badeort Eilat, aber mit zentralen Teilen Syriens (Damaskus!) und Libanons.[31] Vor diesem Hintergrund nimmt die Enttäuschung über die strategische Kehrtwende Sharons und seiner beiden Nachfolger zu: Scharon hatte nämlich im Oktober 2004 in einer Knesseth-Rede, Menachem Begin zitierend, ausgeführt: „Ihr seid wunderbare Pioniere, Erbauer des Landes, Siedler auf felsigem Boden, bei Regen, im Winter, in Nöten. Aber ihr habt eine Schwäche – ihr habt unter euch einen messianischen Komplex entwickelt" (Scharon 2004).

In der Zeitschrift der „Christen für Israel" wurde in den letzten Jahren immer stärker bezweifelt, ob „Scharon der richtige Führer Israels" gewesen sei – er sei zwar „immer ein Kämpfer, aber niemals ein geistlicher Kämpfer" gewesen[32]: „Was Scharon und andere Politiker Israels gegenwärtig beschließen und gewaltsam durchsetzen, entspricht nicht dem Welt- und Heilsplan Gottes für die Endzeit und kann und darf deshalb nicht unsere Zustimmung und Unterstützung finden, sondern muss unseren lautstarken Protest herausfordern."[33]

So weit, die politische Solidarität mit Israel aufzukündigen, gehen andere christliche Zionisten nicht – ihre Positionen sind eher von Trauer und Skepsis bestimmt. Ex-ICEJ-Geschäftsführer Malcom Hedding räumt ein, dass sich viele (evangelikale) Christen fragen: „Wie kann Gott dies zulas-

30 NAI 253 (September 1999), S. 28.
31 NAI 254 (Oktober 1999), S. 28.
32 Vgl. CFI, 152 (Januar/Februar 2005), S. 8.
33 CFI 156 (September/Oktober 2005), S. 2.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

sen?“ Seine Antwort ist sicherheitspolitisch und theologisch motiviert: „1.) Wir sind überzeugt, dass Israel sich mit dem ‚Gaza-Abzug‘ in massive und ernste Gefahr begibt. Wir sind keineswegs von friedlichen Absichten des palästinensischen Volkes überzeugt. [...] 2.) Wir bekräftigen, dass alle Nationen, die sich an dem aktuellen Prozess der Landteilung beteiligen, am Ende in die Hände des lebendigen Gottes fallen werden. Er hat sich nicht geändert und Nationen wie Assyrien, Babylon und Rom, die solche Unternehmungen durchführten, sind heute ausgelöscht. Warum sollte es in Zukunft anders sein?“ [...] 3.) Wir rufen Israel in Liebe dazu auf, einen Tag der Demut und der Buße anzusetzen. [...] Betet für Israels Erlösung.“[34]

So endet Heddings beschwörender Appell an die Christenheit. In einer wörtlichen Übertragung biblischer Landverheißungstraditionen auf die politische Gegenwart macht der ICEJ-Geschäftsführer das Recht der Juden, in Israel leben zu dürfen, von ihrem spirituellen Verhalten abhängig: „Wenn Israel dieses Land einnehmen will und dort für längere Zeit leben möchte, muss es nach den Geboten Gottes leben. Oder anders formuliert: Israels Eigentumsrecht ist eindeutig in der Bibel gegründet. Das Recht, dort zu leben, hängt jedoch von dem geistlichen Zustand des Volkes Israel ab.“[35]

Und dieser „geistliche Zustand“ lässt offenbar vieles zu wünschen übrig, so dass die Israelis laut Malcom Hedding das Recht verwirkt haben, in Israel zu leben. Die nicht nur von „Israelkritikern“ und Antizionisten, sondern jetzt auch von christlichen Zionisten geschmähte israelische Regierung hat mit dem Bau einer Sperranlage das Prinzip der Teilung des Landes nicht nur anerkannt, sondern faktisch vorweggenommen. Die Auflösung aller Siedlungen im Gaza-Streifen und von vier Siedlungen im Westjordanland zeigt, dass Scharons Ankündigung „schmerzhafter” territorialer Kompromisse, denen sich auch seine beiden Amtsnachfolger Olmert und Netanjahu grundsätzlich angeschlossen haben, erste Taten gefolgt sind. Ob diese unilaterale Politik tatsächlich in einen Friedensprozess mündet, kann nach den anhaltenden Raketenangriffen auf israelische Grenzstädte und Dörfer mit Fug und Recht in Zweifel gezogen werden. So befindet sich der jüdische Staat heute in einem sicherheitspolitischen Dilemma; Israel weiß keine Antwort auf den „asymmetrischen Krieg“ von Hamas und Hisbollah.

---

34 Malcom Hedding (2006): Um Zions Willen werden wir nicht schweigen. Eine Stellungnahme der ICEJ zum Gaza-Abzug, aus: www.icej.de, Archiv (Screenshot im Privatarchiv MK).

35 Malcom Hedding (2006): Biblischer Zionismus. Eine biblische Perspektive zu Land und Volk Israel, ebd.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Demgegenüber vertritt der internationale Direktor der ICEJ, Jürgen Bühler, seit 2006 eine abweichende, d. h. eher realitätsbezogene und versöhnliche Position: „Ob der Abzug aus Gaza eine richtige Entscheidung war, darf bezweifelt werden. Der tägliche Hagel von Kassam-Raketen aus dem Gazastreifen scheint diese Zweifel nur zu bestätigen. Aber es erfordert Weisheit zu wissen, ob, wie und wann dies gesagt werden sollte. Es ist leicht, einem israelischen Ministerpräsidenten zu schreiben, Israel solle nicht aus biblischem Land abziehen. Aber am Ende sind es die Kinder israelischer Eltern, die diese Grenzen verteidigen müssen, und nicht unsere. […] Selbst, wenn Teile des Landes abgegeben werden sollten, wird Gott die Israelis nicht mehr aus ihrem Land vertreiben!" (Bühler 2006: 25)

Nicht weniger bemerkenswert ist die Tatsache, dass im Begleitheft zum charismatischen Kongress „Gemeinde und Israel" 2006 erstmals in einer christlich-zionistischen Publikation ausgewiesene Befürworter des Osloer Friedensprozesses zu Wort kamen. Die Kongress-Veranstalter boten ausdrücklich auch einen Workshop zum „Heilsplan für die arabischen Nationen" an.[36] Die vorsichtige Öffnung zur arabisch-palästinensischen Seite kommt symptomatisch auch darin zum Ausdruck, dass die „Christen an der Seite Israels" im Herbst 2007 eine deutschlandweite Vortragsreihe mit George Kazoura, einem arabisch-israelischen Baptistenpastor und Leiter eines Kinderheims, organisierten.[37]

Sind fundamentalistische Israel-Aktivisten gefährlich?

Die große Mehrheit christlicher Fundamentalisten ist harmlos; dennoch gibt es eine Sicherheitsproblematik: Schon vor der Millenniumswende des Jahres 2000 führten israelische Polizeikräfte Übungen zur Abwehr potenzieller Attentäter auf dem Tempelberg durch. Die Regierung rüstete u. a. den Etat einer anti-apokalyptischen Spezialeinheit auf knapp 12 Millionen Euro auf. In Spitzenzeiten sind 430 Personen für den Schutz des sogenannten Tempelbezirks abgestellt. Alles soll getan werden, um die Sprengung der Heiligtümer auf dem Tempelberg zu verhüten, mithin drohende Blutbäder abzuwehren.

Alles nur Hysterie? Fakt ist: Bereits 1969 zündete der Australier Dennis M. Rohan die Al-Aksa-Moschee an; seinerzeit konnte der Brand erst nach

36 Vgl. Israel-Broschüre 2006. Das Teilnehmerheft zum Kongress, Berlin, 9.–11. November 2006.

37 Vgl. Israel heute. Christen an der Seite Israels, 42 (Oktober 2007), S. 16.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Stunden gelöscht werden. Rohan hatte angenommen, Jesus werde zurückkehren, wenn der Tempelbezirk „befreit" sei. Seither hat es etwa ein halbes Dutzend weiterer Versuche christlicher (und jüdischer) Extremisten gegeben, den Felsendom in die Luft zu sprengen.

Worin besteht das Problem? Ein leitender Mitarbeiter der islamischen Tempelberg-Verwaltung (Al-Aksa-Moschee) erklärte auf Anfrage: „Dies ist ein heiliger Ort. Er symbolisiert unsere Geschichte, unseren Glauben. Ein Anschlag würde bedeuten, dass sich Millionen von Muslimen in Europa, in Amerika, in Asien und in Afrika wie ein Mann erheben würden. Das hieße Jihad. Oh, mein Gott, ich darf daran gar nicht denken. Sollte der Fall dennoch eintreffen, die ganze Welt stünde Kopf. Nicht einmal der Präsident der Vereinigten Staaten kann sich ein Bild davon machen, was das bedeuten würde."[38]

Eine vergleichsweise harmlose Angelegenheit ist das so genannte „Jerusalem-Syndrom" – eine Form religiöser Hysterie, die bis dato unauffällige Pilger befallen kann, sobald sie nach Jerusalem kommen. In den Gassen der Jerusalemer Altstadt, wo jeder einzelne Steinquader „Heiligkeit" ausstrahlt, glauben einige Menschen die „Pforte zum Himmel" zu finden. Die meisten Hysteriker sind allerdings, sobald sie Israel wieder verlassen, gesund. Wirklich gefährlich sind allein jene, die aus Enttäuschung über die ausgebliebene göttliche Parusie einen Amoklauf anzetteln könnten, um die endzeitliche Apokalypse doch noch zu erzwingen.

Ausblick

Vielleicht denkt der eine oder andere: Fundamentalistische Gruppen sind doch – zumindest hierzulande – ohne gesellschaftliche Bedeutung. Und in der Tat beschränkt sich ihr geistiger Aktionsradius auf subkulturelle Milieus außerhalb des öffentlich-rechtlichen Diskurses unserer Feuilletonspalten. Wenn es eine Gefahr gibt, so ist sie nicht in einem imaginären gesellschaftlichen Einfluss fundamentalistischer Eiferer begründet. Bedrohlicher ist die religionspolitische Dynamik, die solchen international vernetzten Bewegungen innewohnt. Bestimmte Ereignisse, vor allem nahostpolitische Veränderungsprozesse (man denke an die Jerusalem-Frage oder an die Nuklear-Pläne der iranischen Regierung) könnten nachgerade zum endzeitlichen Funken an der Lunte werden, falls sich spirituell erregte Massen „er-

38 Khairi Dajani in der TV-Dokumentation „Die Invasion der Heiligen", Buch/Regie: Stefan Aust (1999) im Auftrag des Hessischen Rundfunks.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

wecken" und zu unbedachten Handlungen verleiten ließen. Der ideologische Bodensatz samt organisatorischer und publizistischer Infrastruktur ist vorhanden. In einem Buch von Fritz May zur „Apokalypse über Jerusalem" ist auf dem Klappentext zu lesen: „Über der Heiligen Stadt mit dem Tempelberg tickt bereits eine Zeitbombe von apokalyptischer Spreng- und Zerstörungskraft. Steht am Ende der ‚Große Krieg'? […] Die biblische Prophetie enthüllt, dass Jerusalem in naher Zukunft zum Schicksal und Fluch für die Welt wird. Zum ‚Schlachthaus der Völker' […]. Danach aber zum Segen und Heil für die ganze Welt" (May 2001).

Das ist die Sprache sensationslüsterner Apokalyptik; sie sehnt die endzeitliche Explosion herbei – wie eine sich selbst erfüllende Prophezeiung: Wenn es darauf ankommt, können fundamentalistische Gruppen jedweder Couleur auch in Deutschland mehr Menschen mobilisieren als andere israelbezogene oder christlich-jüdische Organisationen. Was, wenn entsprechende Akteure den Kairos für gekommen ansehen? Was, wenn sie nach sichtbaren Aktionen verlangen?

Vor diesem Hintergrund hat der Kommentator einer deutschen Tageszeitung eine bemerkenswerte These formuliert: „Aus der Perspektive Israels lassen sich Eckpunkte einer wahren ‚Achse des Bösen' deuten: Saudiarabische Petrodollars plus fanatische Israelfeindschaft (Teheran) plus biblische inspirierte Endzeitvision: Aus dieser Mischung droht dem Land womöglich größeres Unheil als aus dem Konflikt mit den Palästinensern" (Lehming 2006).[39]

Insofern ist es mehr als notwendig, dass sich die Öffentlichkeit mit dem Endzeitfieber fundamentalistischer Milieus beschäftigt und die geistige Auseinandersetzung aufnimmt. Mit dem Beschweigen und Verdrängen dieses Pulverfasses würden wir uns und unserer Gesellschaft einen Bärendienst erweisen.

Zugleich empfinde ich es als ein positives Signal, wenn sich hierzulande unter evangelikal und charismatisch geprägten Israelfreunden gemäßigte Stimmen Gehör verschaffen, die um politisch und biblisch-theologisch besonnene Aufklärung bemüht sind – und nicht um das Verbreiten von Ressentiments. Winfried Amelung von den „Sächsischen Israelfreunden" stellt inzwischen klar: „Es steht mir nicht zu, das säkulare Verhalten von Israel geistlich zu bewerten. Das ist allein Gott vorbehalten. Dafür haben wir Christen kein Mandat."[40]

---

39 Siehe dazu auch: Victor 2005.

40 Winfried Amelung, Israel – Zumutung oder Auftrag? In: Israel-Broschüre 2006. Das Teilnehmerheft zum Kongress, Berlin, 9.–11.11.2006, S. 23.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Sollte diese Grundposition unter christlichen „Zionisten“ mehrheitsfähig werden, wäre zwischen liberalen Vertretern des christlich-jüdischen Dialogs und evangelikalen Israelfreunden der Weg frei für ein ehrbares Ringen um eine biblisch-theologisch verantwortbare Positionsbestimmung zum Thema „Israel“ – in allen seinen Facetten. Ich bin überzeugt: Beide Seiten könnten dabei voneinander lernen.

Literatur

Barth, Johannes (2007): Auch die Bischöfe stolperten im Heiligen Land. In: DIG-magazin, Nr. 2 (Juni), S. 4 f.

Braun, Dieter (2005): Leben wir in der Endzeit? In: Morgenland, 3 (2005).

Bühler, Jürgen (2006): Christlicher Zionismus im Wandel. In: come, Nr. 3, September/November 2006, S. 24 f.

Dobrinski, Matthias (2007): Erweckungserlebnis im Heiligen Land. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 5.3.2007, S. 6.

Klappert, Bertold/Starck, Helmut (Hrsg.) (1980): Umkehr und Erneuerung. Neukirchener Verlag: Neukirchen-Vluyn.

Kloke, Martin (1995): Gestörte Endzeit. Das Israel-Engagement christlicher Fundamentalisten. In: Evangelische Kommentare. Monatsschrift zum Zeitgeschehen in Kirche und Gesellschaft, November 1995, S. 648 ff.

Lehming, Malte (2006): Teheran, Texas. Islamo-christliche Fundamentalisten reagieren selten einmütig auf Scharons Koma. In: *Der Tagesspiegel* (Berlin), 7.1.2006.

Matthies, Helmut (2004): Wenn „Israelfreunde“ sich bekämpfen. In: *ideaSpektrum* 48 (2004), S. 14.

May, Fritz (1999): Jerusalem vor dem großen Erdbeben. In: Christen für Israel (CFI) 122 (November/Dezember 1999), S. 8 f.

May, Fritz (2001): Apokalypse über Jerusalem. Die Heilige Stadt im Brennpunkt dramatischer Endzeit-Ereignisse. Gerth Medien: Wetzlar.

May, Fritz (2005): Die Wahrheit über Israel. Eigenverlag: Wetzlar.

Morgenstern, Matthias (1998): Jerusalem zwischen Krieg und Frieden: Israel in der Uno, Jesus in Gethsemane, Ludwig Schneider in Unterriexingen. In: *Neue Vaihinger Kreiszeitung* vom 20.2.1998.

Partei Bibeltreuer Christen (Hrsg.) (2009): Politik in Deutschland nach biblischen Maßstäben. Zur Bundestagswahl am 27. September 2009. Karlsruhe.

Penkazki, Werner (1996): Israel – der dritte Weltkrieg – und wir. Ein Beitrag zu aktuellen Fragen. Verlag und Schriftenmission der Evangelischen Gesellschaft für Deutschland: Wuppertal.

Ruf zur Versöhnung e.V. (Hrsg.) (2009): HaShomer, Heft 3. Oberursel.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Scharon, Ariel (2004): „Wir müssen die Wurzel finden, die uns vereint!” Rede zur Eröffnung der Debatte über den Abkopplungsplan in der Knesset, Jerusalem, 25. Oktober 2004, https://www.hagalil.com/archiv/2004/10/sharon.htm, aufgerufen am 20.2.2020.

Schmidt, Rainer (1996): Die Schüsse von Tel Aviv. In: CFI 99 (Dezember 1995/Januar 1996).

Schneider, Ludwig (1995): Das böse Alibi. In: Nachrichten aus Israel (NAI) 207 (November 1995).

Taylor, Innes (2009): Alija-Aufschwung aus der GUS. ICEJ empfängt jüdische Neubürger. In: Internationale Christliche Botschaft Jerusalem (ICEJ). Informationen für Deutschland und Österreich (Stuttgart), Herbst 2009.

Victor, Barbara (2005): Beten im Oval Office. Christlicher Fundamentalismus in den USA und die internationale Politik. München.

Vogel, Friedrich (1998): Israel. Ein Mini-Mega-Staat im Aufbruch zur Weltmacht. H. R. Hintermann: Beinwil am See.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Der deutsche Arm der Fatah: Die Generalunion Palästinensischer Studenten (GUPS)

Ido Zelkovitz

Die *Fatah*, eine der bedeutendsten Organisationen der arabisch-palästinensischen Nationalbewegung, wurde 1959 in Kuweit gegründet und setzte sich vorwiegend aus Aktiven zusammen, die in Kairo (Ägypten) und Beirut (Libanon) lebten und aus dem Gaza-Streifen stammten.[1] Neben anderen Organisationen verfolgte auch sie das Ziel, den 1948 gegründeten Staat Israel zu zerstören. Um ihre Ideen unter den verschiedenen sozialen Gruppen zu verbreiten, unterstützte sie die Gründung weiterer Organisationen für Arbeiter: „Generalunion palästinensischer Arbeiter" (GUPA), Studenten: „Generalunion palästinensischer Studenten" (GUPS), Schriftsteller, aber auch zum Beispiel Rechtsanwälte (Sayigh 1997: 71 ff.). Sie suchte diese Organisationen unter ihre Kontrolle zu bekommen und sie damit zu Instrumenten des von ihr vertretenen Konzepts des bewaffneten Kampfes zu machen.

Das Konzept des bewaffneten Kampfes der *Fatah* wurde wesentlich von der Doktrin von Frantz Fanon, einem französischen Psychiater und Parteianhänger der *Nationalen Befreiungsfront Algeriens* (FLN), geprägt. In seinem Buch „Die Verdammten der Erde" analysiert Fanon die nationalen Befreiungskämpfe der Dritten Welt. Er rechtfertigte die ungehemmte Anwendung von Gewalt, um sich von den Fesseln des Kolonialismus zu befreien. In Bezug auf die arabische Welt behauptete Fanon, dass der Kolonialismus versucht habe, in den Köpfen der einheimischen Bevölkerung die Idee zu verankern, vor dem Kolonialismus habe Barbarei geherrscht. Der Kampf um nationale Freiheit werde deshalb von einem kulturellen Phänomen begleitet, das unter dem Namen ‚Erwachen des Islam' bekannt sei (Fanon 1968: 36).

In den 1960er Jahren war die *Fatah* der Verfolgung und Verhaftung durch arabische Regime ausgesetzt. Vor allem in Ägypten wurde die Organisation von Staat und Polizei überwacht. Daher waren politische Aktivitä-

1 Der Beitrag von Ido Zelkovitz wurde als Referat auf der Jahreskonferenz der German Studies Association (GSA) 2018 gehalten. Martin Jander hat ihn für diese Publikation übersetzt.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

ten in Europa, in der Diaspora, vorteilhaft. Die Ausdehnung der *Fatah* und der Organisationen für verschiedene soziale Gruppen nach Europa bereitete keine Probleme, denn in den 1960er Jahren entstanden dort größere Gemeinschaften von Arbeitern und Studenten aus arabischen Gesellschaften. Viele Palästinenser und andere nutzten zum Beispiel die Tatsache, dass es damals leicht war, sich an einer deutschen Universität einzuschreiben, auch ohne dort zu studieren (Rickenbacher 2017: 367).

Die Bundesrepublik Deutschland war aufgrund der großen Konzentration palästinensischer Studenten auf ihrem Territorium als Operationsbasis für den international operierenden Studentenverband GUPS sehr wertvoll. Palästinenser, die dort lebten, teilten eine Geschichte und das Gefühl der Vertreibung. Die Erfahrung der Solidarität in häufig gemeinsam bewohnten Unterkünften stand in krassem Gegensatz zu der Entfremdung, die palästinensische Studenten und Arbeiter außerhalb der Abgeschiedenheit ihrer privaten Sphäre erlebten. Die harten sozioökonomischen Bedingungen boten der *Fatah* und anderen Organisationen gute Rekrutierungsmöglichkeiten (Nasir 2005: 67).

Soziale und kulturelle Aktivitäten der Studentenvereinigung GUPS boten einen Rahmen, der Zugehörigkeit und Gemeinschaftsgefühle wachsen ließ. Mit der Zeit ergänzte die Organisation diese Aktivitäten durch eine paramilitärische Ausbildung. Vor der Gründung der GUPS in Westdeutschland hatte es palästinensischen Jugendlichen an einer organisatorischen Infrastruktur gefehlt. Man schloss sich in kleineren Gruppen zusammen, die lediglich lokal organisiert waren und dem Pan-Arabismus, dem Marxismus oder dem Panislamismus folgten.

Die Macht der *Fatah* in Europa speiste sich vor allem aus ihrer Kontrolle über die palästinensischen Studentenbünde, insbesondere die GUPS in Österreich und Westdeutschland. Um sich in dem Verband festzusetzen, nutzte die *Fatah* ihren Einfluss in der palästinensischen Diaspora, besonders in Westdeutschland, aber auch in ganz Europa. Zu den Schlüsselfiguren in der Führung der Vereinigung in der Bundesrepublik und Österreich gehörten ihr Vorsitzender Hani al-Hassan sowie Hail ʻAbd al Hamid, ʻAbdallah al-Afranji und Amin al-Hindi. Die Verbandspublikation *al-Awda* („Die Rückkehr") diente als offizielles Sprachrohr und war ein wichtiges Mittel zur Verbreitung des Konzepts des bewaffneten Kampfes.

Der Gedanke des bewaffneten Kampfes für Selbstbestimmung und nationale Befreiung war in der palästinensischen Öffentlichkeit gut aufgenommen worden. Er versprach die Möglichkeit, das eigene Schicksal selbst in die Hand nehmen zu können. Die Militärausbildung koordinierte die *Fatah* gemeinsam mit der Führung der GUPS. Der Studentenverband betrachtete den bewaffneten Kampf als wesentliches Element der Sozialisie-

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

rung seiner Mitglieder. Die von der *Fatah* entwickelte nationale Strategie diente als Brücke, um die vielfältigen Ideen und Mentalitäten der palästinensischen Gesellschaft zusammenführen.

Wegen der weit verbreiteten Auffassung, dass religiöse Frömmigkeit ein Zeichen moralischer Integrität sei, spielte auch islamische Solidarität eine Schlüsselrolle bei der Rekrutierung neuer Mitglieder für den Verband in Westdeutschland. Hani al-Hassan zum Beispiel, der Leiter der GUPS in Deutschland, war neben seiner Tätigkeit als Studentenführer auch als Prediger aktiv. Während einer solchen Predigt im Jahr 1959 traf er Hail ʻAbd al-Hamid, der später zu einer der prominentesten Persönlichkeiten der GUPS wurde. Er rekrutierte den damaligen Studenten der Frankfurter Universität im Anschluss an die Predigt (Bakr 1992: 89).

In den 1960er Jahren war Frankfurt am Main sowohl für den palästinensischen Studentenverband als auch für die *Fatah* ein Zentrum politischer Aktivitäten. Von hier aus koordinierte der Verbandsvorsitzende in Westdeutschland, Hani al-Hasan, zusammen mit seinem engen Mitarbeiter Hail ʻAbd al-Hamid die Aktivitäten der Zweigstellen bundesweit. Walim Nasir, für die militärische Ausbildung der Studenten- und Arbeiterzellen durch das Zentralkommando der *Fatah* verantwortlich, war ebenfalls in Frankfurt stationiert. Von dort aus wurde er zu verschiedenen Missionen entsandt.

Eine weitere wichtige Figur in der politischen und militärischen Führung des Verbandes war Abdallah al-Afranji, der im nahe gelegenen Langen wohnte (Nasir 2005: 67). Diese Gruppe arbeitete direkt mit der palästinensischen Studentenvereinigung in Österreich zusammen, die von einem weiteren Fatah-Veteranen, Yahya Ashur, geleitet wurde (Sayigh 1997: 87).

Das rasche Wachstum der GUPS in Westdeutschland Anfang der 1960er Jahre – bald verfügte sie über dreizehn Zweigstellen – zog die Aufmerksamkeit der Hauptleitung und des Hauptquartiers der GUPS in Kairo auf sich. Die Aktivisten in Deutschland verfügten über organisatorische Erfahrungen. Einige, wie zum Beispiel Hail ʻAbd al-Hamid, hatten auch eine Rolle bei der Gründung der GUPA gespielt, einer von den deutschen Behörden offiziell anerkannten Organisation (Bakr 1992: 89).

Aufstieg des deutschen Zweigs der GUPS

In Vorbereitung auf die Dritte Generalversammlung der GUPS, die am 27. Februar 1964 in Gaza stattfand, waren die Spannungen hoch. Die zentrale Führung der Organisation in Kairo, die vom Staatspräsidenten Ägyptens, Jammal Abd al-Nassir, unterstützt wurde, wollte sich die Kontrolle

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

über den Verband sichern. Dazu musste sie gegenüber den Anhängern der Baath Partei aus Syrien, die ebenfalls eine wichtige Rolle in der palästinensischen Bewegung spielte, Stärke demonstrieren. Dies war nur mit Unterstützung der arabischen und internationalen Studentenvereinigungen und der Zweigstellen des Verbands in Europa, vor allem in Deutschland möglich, die mehrheitlich unter der Kontrolle der *Fatah* standen. Die Leiter der Diaspora-Zweigstellen, angeführt von Hani al-Hassan, dem Leiter der deutschen Zweigstelle, nutzten die Gelegenheit, der Zentralbehörde des Verbands ihre Stärke zu zeigen. Die Gesamtzahl der Mitglieder der Generalversammlung betrug 107. Doch nur 90 Mitglieder nahmen an der Konferenz teil. Sie vertraten 25 Landesvertretungen der GUPS (Shemesh 2004: 463). Von den anwesenden Delegierten vertraten 21 europäische Ableger der Organisation.

Die europäischen Delegierten, allen voran die westdeutsche Delegation, bemühten sich, einen Sitz in der zentralen Führung der GUPS in Kairo zu erhalten. Die treibende Kraft dahinter war Hail ‘Abd al Hamid, der in Deutschland bedeutende organisatorische Erfahrungen gesammelt hatte und mit vielen der an der Konferenz teilnehmenden Studentenführern aus der arabischen und europäischen Diaspora persönlich bekannt war. Dank dieser Verbindungen baute ‘Abd al Hamid politische Allianzen auf, die die Wahl von Hani al-Hassan, dem Vorsitzenden der GUPS in Deutschland, zum Präsidenten der Konferenz ermöglichten. Während der Konferenz warben die Delegierten aus der Bundesrepublik für die Ideologie des bewaffneten Kampfes der *Fatah* und verteilten Exemplare ihrer Zeitschrift *al-Awda* (Bakr 1992: 91).

Die Schlussresolution des Dritten Kongresses bekräftigte die bedingungslose Unterstützung des nationalen Kurses der Verbandsführung in Kairo, mit der Maßgabe, dass die palästinensische Gemeinschaft der Bundesrepublik Deutschland künftig einen zentraleren Platz in der Führung einnehmen werde. ‘Abd al-Hamid, auch er ein Mitglied der *Fatah*, wurde zum Vizepräsidenten der GUPS mit dem Zuständigkeitsbereich Öffentlichkeitsarbeit gewählt. Er zog nach der Konferenz aus der Bundesrepublik nach Kairo um, damit er regelmäßig in den Kairoer Büros der GUPS präsent sein konnte. Kairo galt damals als ein lebendiges kulturelles Zentrum der Palästinenser und war ein Ort ihrer akademischen Ausbildung. Viele der Studierenden folgten dem Panarabismus, der Idee einer Einheit aller arabischen Staaten, und bekannten sich zum Antiamerikanismus. ‘Abd al Hamid fungierte in den 60er Jahren als Bindeglied zwischen der *Fatah* und den palästinensischen Studenten in Deutschland.

Der Dritte Kongress der GUPS war ein wichtiger Meilenstein in der Geschichte der Organisation. Strategisch gesehen hatte die *Fatah* die Konfe-

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

renz genutzt, um in der palästinensischen Öffentlichkeit ihre Position gegenüber anderen Organisationen zu stärken. Darüber hinaus schenkte die Führung der GUPS seit diesem Zeitpunkt den Beziehungen zu den palästinensischen Studentenaktivisten in Europa mehr Aufmerksamkeit. Das steigerte deren öffentliche Wirkung und beförderte ihre Anstrengungen, Kader für die militärische Ausbildung zu gewinnen.

Der Kongress wurde kurz nach den Resolutionen der *Arabischen Liga* vom September 1963 und vor der Tagung des Palästinensischen Nationalrats in Jerusalem im Mai und Juni 1964, auf der die *Palestine Liberation Organisation* (PLO) gegründet wurde, abgehalten. Durch seinen Zeitpunkt hatte er die im Rat der *Arabischen Liga* diskutierte palästinensische Entität ins Leben gerufen und war, indem er ein revolutionäres Gremium forderte, das das Prinzip des bewaffneten Kampfes unterstützte, ein Katalysator für die Gründung der PLO geworden (Talhami 1992: 101).

Die wichtigste Verbindung zwischen der *Fatah* und der GUPS in Kairo bestand im Aufruf zum bewaffneten Kampf. Den ersten Anschlag in Israel verübte die *Fatah* am 1. Januar 1965.[2] Während die GUPS-Führung in der Bundesrepublik ihre Unterstützung für den Anschlag erklärte, hielt sich die GUPS-Zentrale in Kairo zurück. Die Einleitung des bewaffneten Kampfes stieß auch bei anderen arabischen Nationalisten auf Widerspruch. Daraufhin kritisierte das GUPS-Büro in Deutschland in der Zeitung *al-Awda*, die zu einem Sprachrohr der *Fatah* geworden war, die Führung der GUPS in Kairo massiv (Shemesh 2004: 469).

Politische Spannungen bestimmten auch den Verlauf der Vierten Konferenz der GUPS, die am 22. Dezember 1965 begann. Die PLO, deren Gründung die Diskrepanzen zwischen *Fatah* und den arabischen Nationalisten verschärft hatte, suchte die Führung der GUPS zu übernehmen, um die Kritik zum Schweigen zu bringen und die Herrschaft ihres Vorsitzenden Ahmad Shuqayri zu sichern. Die PLO schätzte das internationale Ansehen der GUPS hoch ein und wollte sie als junge Stimme der PLO in ihren Dienst stellen. Ihre Bemühungen konzentrierten sich auf die GUPS-Büros in den arabischen Staaten, während die *Fatah* ihre Netzwerke in Europa ausbaute (Shahdi 1971: 184). Die Führung der GUPS versuchte diesen Versuchen gegenzusteuern. Sie bediente sich dabei der *Fatah*, die die europäischen Ableger der GUPS – vor allem in Westdeutschland und Österreich – dominierte. Die starke Machtbasis der *Fatah* ermöglichte es ihr, das *Fatah*-Oberhaupt in Westdeutschland, Hani al-Hassan, verantwort-

2 Vier Mitglieder der *Fatah* sprengten eine Wasserpumpe in Al-Ilabun (Israel). In einer Erklärung übernahm die *Fatah* die Verantwortung für den Anschlag.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

lich für deren politische und militärische Tätigkeit, wählen zu lassen (Nasir 2005: 67).

Die Wahl al-Hassan verursachte so scharfe Spannungen während der Konferenz, dass eine Schlägerei ausbrach. Ein arabischer Nationalist aus dem Büro in Beirut schlug ein Mitglied des Kairoer GUPS-Büros, daraufhin versank der Ratssaal im Chaos. Hani al-Hassan löste die Versammlung auf und erklärte – im Widerspruch zur Satzung –, dass die Konferenz auf unbestimmte Zeit verschoben werden solle (Shemesh 2004: 473).

Die Spaltung der GUPS-Konferenz löste in der arabischen Presse eine heftige Debatte aus, in der beide Seiten versuchten, ihre Version der Geschichte darzulegen. Die Meinungsverschiedenheiten wurden vorübergehend beigelegt, als im Februar 1966 ein Ausschuss eingesetzt wurde, um die GUPS bis zur Fünften Generalkonferenz, die für Dezember desselben Jahres geplant war, zu steuern.

Aus verwaltungstechnischen Gründen wurde das Treffen später auf Juli 1967 verschoben. Der vereinbarte Exekutivausschuss wurde von Mahmoud Subhi, einem unabhängigen Kandidaten und Unterstützer der *Fatah*, geleitet. Als sein Stellvertreter wurde Taysir Qubba'a gewählt, der auch für die Außenbeziehungen zuständig war und später der PFLP beitrat. Die übrigen waren entweder Mitglieder der *Fatah* oder unabhängige Kandidaten.

Mit anderen Worten: Bis zu ihrer Fünften Konferenz hatten sich die GUPS darauf geeinigt, sich nicht zu einigen, und das bot der *Fatah* und den deutschen Verbänden die Möglichkeit, sie besser zu kontrollieren (Brand 1988; S. 76).

Beförderung des bewaffneten Kampfes

Die Vierte Konferenz der GUPS 1965 hatte vor ihrer Auflösung die Entscheidung getroffen, die bestehende Infrastruktur zu erweitern und zusätzliche GUPS-Büros einzurichten. Dies spielte der *Fatah*, die die europäischen Büros dominierte, in die Hände.

Die GUPS-Verbände in Europa dienten der *Fatah* nicht nur als politische Plattform, sondern auch als Vehikel zur Rekrutierung und Ausbildung junger Mitglieder für den bewaffneten Kampf. Durch einen in arabischer Sprache stattfindenden politischen Sozialisierungsprozess und eine deutschsprachige Öffentlichkeitskampagne stellte die GUPS einen beachtlichen Pool an neuen Rekruten für die Militärkader der verschiedenen PLO-Fraktionen – vor allem der *Fatah* – zur Verfügung. Viele Studenten verstanden sich als eine Art Reservekorps des palästinensischen Widerstands (Dajani 1986: 43).

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Größte Priorität hatte für die GUPS-Studentenführer in den 1950er und 1960er Jahren der Aufbau eines palästinensischen Nationalbewusstseins. Die studentischen Aktivisten sahen sich vor einer doppelten Herausforderung: Schaffung eines nationalen Bewusstseins unter den palästinensischen Jugendlichen einerseits und Mobilisierung von öffentlichem Mitgefühl, moralischer Unterstützung und finanziellen Mitteln für die palästinensische Sache andererseits. Die GUPS mit ihrer Vielzahl an lautstarken jungen Aktivisten übernahm eine Vorreiterrolle bei der Verfolgung dieser Ziele (Zelkovitz 2015: 36).

Die GUPS in der Bundesrepublik Deutschland führte intern zahlreiche Konferenzen und Vorträge in palästinensischen und arabischen Studentenzentren durch. Diese Treffen dienten der Mitgliederwerbung und der Eröffnung zusätzlicher GUPS-Büros. Zwischen 1962 und 1964 wurden insgesamt 873 arabischsprachige Vorträge in den GUPS-Büros gehalten. Darüber hinaus gab der Bund zwei Zeitschriften, *al-Ayyadin* (Die Rückkehrer) und *al-Awda* (Die Rückkehr), heraus, mit denen er seine Ideen verbreitete und neue Mitglieder für die *Fatah* und die GUPS warb. All diese Bemühungen fanden vor dem Beginn des bewaffneten Kampfes im Jahr 1965 statt (al-Alfranji 1971: 261).

Ende 1966 luden die Verbände der GUPS in Deutschland und Österreich zu einer gemeinsamen Mitgliederversammlung ein. Ziel der Versammlung, die in einer Jugendherberge in Mainz stattfand, war es, die Verbindungen zwischen den Führungen der verschiedenen GUPS-Zweige zu stärken (Nasir 2005: 71).

Ab 1967 begann die GUPS in Deutschland mit der Herausgabe einer deutschsprachigen Zeitschrift. Die GUPS-Büros in Deutschland und Europa insgesamt dienten als Plattform für die Herstellung von Verbindungen zur „Neuen Linken". Zu dieser Zeit war die Zahl der jüdischen Studenten an den Universitäten in der Bundesrepublik Deutschland gering. Die Zahl der palästinensischen und arabischen politischen Aktivitäten dagegen stieg (Herf 2016: 97).

Die politischen Diskurse über den Kampf gegen den Imperialismus schufen ein Bündnis palästinensischer Studenten in Europa mit den Bewegungen der „Neuen Linken". Dies nutzte die GUPS-Führung in Kairo, um Kulturveranstaltungen durchzuführen und gemeinsame Erklärungen im Namen der europäischen GUPS-Büros und ausländischer Organisationen abzugeben. Darüber hinaus fand die GUPS eine gemeinsame Basis mit anderen Studentenvereinigungen, die nationale Minderheiten vertraten, so zum Beispiel mit der Konföderation iranischer Studenten in Europa, die in Kiel ansässig war und sich gegen die Herrschaft des Schahs im Iran stellte (al-Dajani 1966: 103).

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Nach der Aufnahme von Beziehungen besuchte der Sekretär des iranischen Verbands das GUPS-Hauptquartier in Kairo und gab danach eine gemeinsame Erklärung mit der lokalen GUPS-Führung in Kiel heraus. Beide Organisationen gelobten, gemeinsam gegen den „globalen Imperialismus" und „reaktionäre Regime" zu kämpfen. In der Deklaration bezeichneten sie Israel als einen Teil der „imperialistisch-zionistischen Achse", in der der persische Schah eine bedeutende Rolle spiele. Das Manifest kritisierte auch das jordanische Regime dafür, dass es die Palästinenser daran hindere, ihre nationalen Rechte zu verwirklichen (Sadir 1966).

GUPS und Antizionismus

Die 1960er Jahre waren durch eine weitreichende internationale Tätigkeit der GUPS gekennzeichnet. In den 50er Jahren ging es, unter der Leitung Arafats, noch vornehmlich um die internationale Anerkennung der Palästinenser. In den darauf folgenden 1960er Jahren ging die Organisation weiter und brachte sich als Akteur auf der internationalen Bühne ins Spiel.

Es ist wichtig, sich daran zu erinnern, dass die GUPS selbst aus einer Vielzahl ideologischer Strömungen bestand, sogar staatliche Akteure – Teil der Machtkämpfe in den arabischen Gesellschaften – spielten eine Rolle. Die Tatsache, dass viele der GUPS-Mitglieder mindestens zweisprachig waren, hatte die Befähigung der Verbände für eine anspruchsvolle internationale Öffentlichkeitsarbeit weiter gestärkt. Die verschiedenen GUPS-Büros strebten danach, Machtzentren jenseits der arabischen Arena und der palästinensischen Diaspora in Europa zu etablieren. Diese Bemühungen richteten sich vor allem auf die afroasiatische und lateinamerikanische Domäne, deren Völker die volle Wucht des Kolonialismus getragen hatten. Der Kalte Krieg schuf Solidarität zwischen der palästinensischen Bewegung und anderen, die sich durch den Imperialismus unterdrückt sahen. Darüber hinaus verliehen der romantische Diskurs der „Neuen Linken" und die Doktrin von Frantz Fanon dem palästinensischen Aufruf zum bewaffneten Kampf Legitimität (Zelkovitz 2015: 38).

Die Beziehungen der GUPS zur deutschen Linken wurden durch eine bedeutende Veränderung der Haltung von Teilen der deutschen Linken während des Sechstagekriegs 1967 erleichtert. Der *Sozialistische Deutsche Studentenbund* (SDS) brach mit dem bis zu diesem Krieg dominierenden pro-israelischen Konsens in der sozialdemokratischen Linken (Rickenbacher 2017: 372).

Trotz der Vorherrschaft der *Fatah* über die GUPS in Deutschland traten in den Jahren 1965–66 gelegentlich Meinungsverschiedenheiten im Bund

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

auf. Erst der Krieg von 1967 ändert das (al-Afranji 1971: 261). In ihrem Kampf um internationale Anerkennung startete die GUPS nun einen Angriff gegen den Zionismus. Um Unterstützung zu gewinnen, stellte sie die zionistische Bewegung als „rassistische und reaktionäre Bewegung, die in Israel konzentriert ist und als Basis für den Imperialismus dient", dar.

Die *Fatah*, die auf den bewaffneten Kampf setzte, nutzte die Infrastruktur der GUPS, um ihre Reihen in Europa zu erweitern. Walim Nasir wurde, nachdem er sich als Student im Germanistik-Vorbereitungsprogramm der Frankfurter Universität eingeschrieben hatte und mit gefälschten Papieren ausgestattet war, mit militärischen Ausbildungsmaßnahmen in Deutschland betraut. Er etalierte in ganz Deutschland verschiedene Studentenzellen, die mit scharfer Munition und Sprengstoff trainierten. Die palästinensischen Studenten beschäftigten sich nicht nur mit ihrem Studium und ihren politischen Aktivitäten, sondern auch mit der militärischen Ausbildung und der Sammlung von Informationen über israelische Beamte.

Walim Nasir wurde schließlich vom deutschen Sicherheitsdienst wegen seiner Terroraktivitäten aus Deutschland ausgewiesen. Nach einem kurzen Zwischenstopp in Paris machte er sich auf den Weg nach Spanien, wo er sich mit Salah Ka'kabani zusammentat. Er setzte seine Aktivitäten unter dem Deckmantel seiner Studentenidentität fort, nachdem er sich an der Universität von Madrid zum Studium der spanischen Sprache eingeschrieben hatte (Nasir 2005: 78 ff.). Die palästinensische Bewegung verfolgte auch in Frankreich eine ähnliche Vorgehensweise. Selbst Bücherstände auf dem Campus der Universitäten wurden zur Rekrutierung von Aktivisten genutzt, einige wurden sogar mit militärischen Aufgaben betraut (Avineri 1970: 26).

Die GUPS in Deutschland war besonders bemüht, europäische Unterstützung für die palästinensische Sache zu mobilisieren. Nach anfänglichen Einschätzungen, dass die Solidarität vernachlässigbar sei, bildete der Verband ein Gremium, um eine aktive europäische Unterstützung durch Studenten zu erreichen. Solche Gremien entstanden zunächst in Westdeutschland mit Zweigstellen in Hamburg, West-Berlin, Bonn und München sowie in Österreich, wo in Wien und Graz Palästina-Solidaritätskomitees gegründet wurden. Bald schossen weitere Ausschüsse in England, Schweden, Italien, Belgien und Norwegen wie Pilze aus dem Boden (al-Afranji 1971: 262).

Diese Komitees setzten ihre täglichen Aktivitäten Seite an Seite mit den GUPS-Aktivisten um. Die Einbeziehung der europäischen Studenten erwies sich als hilfreich dafür, da ihre Präsenz die Aufmerksamkeit der europäischen Medien auf sich zog. Die GUPS war besorgt darüber, dass

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

ihre öffentlichen Veranstaltungen nicht das gleiche Maß an Berichterstattung wie die ihrer jüdischen Kollegen erhielten. Veranstaltungen zu einer „Palästinensischen Woche", die zum Teil von der *Arabischen Liga* (AL) finanziert wurde, hatten nicht einmal ein Zehntel der Berichterstattung erreicht, die deutsche Medien einer Konferenz über die Juden der Sowjetunion, die nur zwei Monate zuvor in Brüssel stattfand, zuteilwerden ließen (al-'Imad 1971: 274).

Die Palästina-Unterstützungskomitees richteten nicht nur unzählige intellektuelle Diskussionen und kulturelle Zusammenkünfte aus. Sie spielten auch eine Schlüsselrolle bei den Protesten der GUPS in München, Frankfurt und Bonn gegen den Besuch des israelischen Außenministers Abba Eban in Deutschland 1970 (al-Afranji 1971: 262). Das deutsche Büro der GUPS nutzte die Palästina-Solidaritätskomitees auch, um seine Stärke zu demonstrieren und seinen politischen Einfluss bei seinen Landsleuten in der gesamten arabischen Diaspora und beim zentralen GUPS-Büro in Kairo geltend zu machen.

Um seine Position zu sichern und die Macht der Solidaritätskomitees zu demonstrieren, veranstaltete der Bund 1971 in Wien die erste Konferenz der Palästina-Komitees in Westeuropa. Diese Konferenz fand unter Schirmherrschaft des lokalen GUPS-Büros statt, vier Ausschüsse aus Italien, drei aus den Niederlanden, vier aus Frankreich und zwei aus der Schweiz nahmen daran teil. Neben den europäischen Gruppen war ein iranisches Komitee als Beobachter anwesend. Weitere Komitees, die mit Beobachterstatus teilnahmen, waren das Komitee des Wiener GUPS-Büros und ein Komitee der „Allgemeinen Union der Arabischen Studenten" (Zelkovitz 2015: 45).

Palästinensische Studenten und bewaffneter Kampf

Die stürmische Periode des palästinensischen studentischen Aktivismus 1965–66 deutete auf ein allgemeines Erwachen der palästinensischen politischen Arena hin, in der eine jüngere Generation einen gesellschaftspolitischen Wandel anstrebte. Die rege Studententätigkeit in diesen Jahren bildete ein Gegengewicht zu den Machtkämpfen, die innerhalb der verschiedenen palästinensischen Fraktionen geführt wurden. Die Überreste der Kämpfe, die die Vierte Konferenz der GUPS geplagt hatten, waren aber noch nicht verstummt. Die Studentenführer blickten gespannt auf das nächste Treffen, das für Juli 1967 geplant war (Brand 1988: 76 f.).

Die Unruhe der jüngeren Generation der Studenten manifestierte sich ebenfalls in einer sich ausbreitenden militanten Haltung und der Vorberei-

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

tung auf konkrete Aktionen. Aufrufe zu auch militanten Aktionen wurden mit Entwicklungen wie dem US-Krieg in Vietnam, der kubanischen Revolution, der algerischen Unabhängigkeitsbewegung und dem Aufkeimen nationaler Befreiungsbewegungen in ganz Afrika immer lauter. Der Sechstagekrieg 1967 veranlasste viele palästinensische Studenten, sich dem bewaffneten Kampf anzuschließen. Das Komitee der GUPS in Deutschland entsandte eine organisierte Gruppe lokaler *Fatah*-Aktivisten zur Teilnahme am Krieg und koordinierte gleichzeitig die Ankunft palästinensischer Studentenverstärkungen aus anderen europäischen Ländern wie Spanien, Italien und Österreich (al-Afranji 1971: 261). Diese Gruppen von Studenten erreichten paramilitärische Lager in Algier, dem Trainingsgelände der *Fatah*-Loyalisten. Die Logistik für die Ankunft der Studenten und anderer Freiwilliger aus Europa wurde von Farouk al-Qaddumi (Abu Lutf) geleitet, der damals für die Koordinierung der Aktivitäten der *Fatah* in Spanien zuständig war. Insgesamt kamen ungefähr fünfzig Studenten aus Europa, um am Krieg teilzunehmen (Nasir 2005: 71).

Zwar kamen diese Studenten aufgrund des raschen militärischen Triumphs Israels nicht mehr zum Einsatz, aber einige von ihnen wollten den Geschmack des Kampfes spüren und überquerten den Jordan, um gegen Israels Streitkräfte als Guerillas eingesetzt zu werden. Der israelische Geheimdienst stoppte solche Anstrengungen jedoch schnell. Die meisten dieser Aktivisten wurden kurz nach ihrer Ankunft im Westjordanland festgenommen. Zu den prominenteren Aktivisten, die verhaftet wurden, gehörten die deutschen GUPS-Büroleiter Abdallah al-Afranji und Walim Nasir von der Universität Frankfurt, Ahmad Irshid von der Universität Karlsruhe und Ghazi al-Husayni von der Universität Köln (al-Afranji 1971: 261).

Die israelischen Militärbehörden, die nach dem Krieg von 1967 die Kontrolle über das Westjordanland hatten, begannen, ihr Augenmerk auf die sehr aktive Rolle der Studenten im bewaffneten palästinensischen Kampf zu richten. Die Zustimmung der jungen palästinensischen Generation zum bewaffneten Kampf ebnete den Weg für die Übernahme der Führung der GUPS durch die *Fatah*. Sie konsolidierte ihre Kontrolle über die GUPS während der Fünften Konferenz am 31. Juli 1969. Amin al-Hindi vom deutschen Komitee der GUPS wurde zum Vorsitzenden des Studentenverbandes gewählt (Ghiyatha 2000: 58).

Amin al-Hindi erinnerte sich später an die Ereignisse, die zu seiner Wahl führten: „Ich traf Hayil Abd al-Hamid 1968 in Damaskus, nach der Schlacht von Karameh. Er kehrte von seiner militärischen Ausbildung in China zurück. Wir waren uns einig, wie wichtig die Wiedereinführung der nationalen GUPS-Konferenz war. […] Die Fatah blühte damals auf und gewann an Dynamik, der Stern von Shukayri schwand, und auch die Volks-

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

front (PFLP) hatte sich für den bewaffneten Kampf entschieden. Ich kam von Deutschland nach Jordanien, und als die Konferenz stattfand, bemühte sich der Schahid Abu al-Hawl (Hayil Abd al-Hamid) sehr darum, dass ich zum Vorsitzenden gewählt wurde. Dies gelang trotz des erbitterten Kampfes mit unseren GUPS-Brüdern aus Kairo, die aufgrund ihrer Lage die Rolle des Vorsitzenden für sich selbst suchten." (Bakr 1992: 93).

Mit der Wahl von Amin al-Hindi übernahmen die *Fatah* und die deutsche Führung der GUPS die Kontrolle über die Organisation und verliehen ihr einen militanten Geist. Jenseits der vagen Konzeption der GUPS als allgegenwärtige Reserve von PLO-Fußsoldaten bemühte sich der GUPS-Vorsitzende Amin al-Hindi um eine Vorbildfunktion. Als Gründungsmitglied der *Fatah* und als Führer der GUPS aus Deutschland beschloss er nach dem Ende seiner Amtszeit während der Sechsten Jahreskonferenz am 30. Juli 1971, eine neue Karriere im Militärflügel der *Fatah*, *al-Asifa*, zu beginnen. Nachdem al-Hindi in Deutschland und anderswo militärisch ausgebildet worden war, befehligte er nun eine Terrorzelle, deren Aufgabe darin bestand, ein Flugzeug der israelischen El-Al im Anflug auf den Flughafen von Rom mit schultergestützten Raketen zu treffen.

Zusammenfassung

Rückblickend lässt sich feststellen, dass sowohl die *Fatah*, das Rückgrat der PLO, als auch die GUPS 1959 von einer Kerngruppe von Personen gegründet wurden, die ihre politischen Fähigkeiten auf dem Feld der Studentenpolitik erworben hatten. Mit Sicht auf die 1960er Jahre kann man auch sagen, dass die GUPS der *Fatah* nicht nur als politische Plattform, sondern auch als Vehikel zur Rekrutierung und Ausbildung junger Mitglieder für den bewaffneten Kampf diente.

Die GUPS unterstützten die *Fatah* auch finanziell. 1969 sammelte man mehr als eine Million Mark für die Bewegung (Herf 2016: 179). Der deutsche Zweig der GUPS bildete damals eine entscheidende Basis für die *Fatah*, was durch regelmäßige Besuche bei ihren führenden Kadern, darunter Abu Jihad und Mahmoud Abbas, unterstrichen wurde. Die Aktivitäten des deutschen Zweigs dienten als Vorbild für die Einrichtung von GUPS-Zweigstellen in anderen europäischen Ländern (Rickenbacher 2017: 368).

Um ihre Aggressionen und Angriffe auf zivile Ziele zu rechtfertigen, starteten die palästinensischen Organisationen Ende der 1960er Jahre eine Propagandakampagne, in deren Mittelpunkt die Vorstellung stand, dass die Palästinenser Opfer des jüdischen Volkes seien. Diese Kampagne wurde in den Universitäten und in europäischen Städten lanciert. Der Diskurs

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

über die Opferrolle wurde von Aufrufen zu politischer Unterstützung begleitet, die das Potential zu Gewalt in sich bargen.

Diese Art von Aktivitäten war besonders in Westdeutschland prominent, wo marxistische linke Organisationen zusammen mit den Palästinensern diesen Diskurs förderten und die öffentliche Unterstützung für den bewaffneten Kampf der „Opfer der zionistischen Bewegung" zum Ausdruck brachten. Nicht umsonst war die Opferrolle die zentrale Komponente des palästinensischen Rekrutierungsdiskurses in Deutschland, wo verschiedene Kräfte in der Gesellschaft das Verantwortungsgefühl für den von der nationalsozialistischen Vernichtungsmaschinerie verübten Völkermord am jüdischen Volk ablehnten und beseitigen wollten. (Herf 2016: 61).

Westdeutschland diente Ende der 1960er Jahre als Drehscheibe für politischen und terroristischen Aktivismus der Palästinenser. Die *Fatah* nutzte die GUPS, um die Infrastruktur für ihren Terror in ganz Europa aufzubauen. Der bekannteste dieser Anschläge fand während der Olympischen Spiele im Oktober 1972 in München statt, elf israelische Sportler wurden ermordet. Im Verlauf dieses Anschlags hörten die westdeutschen Behörden Telefongespräche der Terroristen in München mit Vertretern des GUPS-Büros in Bonn ab (Herf 2016: 175).

Die Verwicklung der GUPS und der *Fatah* in die Terroraktivitäten auf deutschem Boden führte zu einem Verbot und vielen Ausweisungen. Die westdeutschen Regierungsbehörden setzten sich für die Verhaftung und Ausweisung von Hunderten von GUPS- und *Fatah*-Mitgliedern ein und beschlagnahmten einen Teil des Eigentums der Organisation. Sie erkannten, dass die GUPS als Infrastruktur für den palästinensischen Terror diente, und beschlossen, diesen Terror zu stoppen, um Ereignisse wie das Massaker von München in Zukunft zu verhindern.

Literatur

al-Afranji, Abdallah (1971): „Al-Haraka al-Tulabiyya wa-Nidhliha min Ajl Filasstin fi Iruba al-Ghrbiyya". *Shu'un Filastiniyya,* Ilul [September], No. 3.

al-Dajani, Barahan (Hrsg.) (1966): al-Kitab al-Sanawi lil-al-Qadiyya al-Filastiniyya lil-ʿam. Beirut: Manshurat Mu'assasat al-dirasat al-filastiniyya.

al-'Imad, Adnan (1971): „Usbuʿa Filastin al-ʿAlami: (5) Takrir min Almanyya al-Fidiraliyya". *Shu'un Filastiniyya*, Ilul (September).

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Avineri, Shlomo (1970), Tnuat ha-Meha'a be-Oniversitaot ba-Ma'arav ve-Hashlahoteihen al ha-Kibutzim ha-Yehudiyyim [The Protest Movement in Western Universities and its Implications on the Local Jewish Communities]. Hebrew University: The Institute for Contemporary Judaism/Sprinzak Section, Jerusalem.

Bakr, Ihsan (1992): Hadith fi Kartaj – Hail Abd Al-Hamid dima 'Ala Tariq al-Quds. Misr: Matb'at al-Aharam al-Tijariyya.

Brand, Laurie (1988): Palestinians in the Arab World: Institution Building and the Search

for State. New York: Columbia University Press.

Dajani, Maha Ahmed (1986): The Institutionalization Of Palestinian Identity in Egypt. The American University in Cairo Press: Cairo Papers in Social Science.

Fanon, Franz (1968): The Wretched of The Earth. New York: Grove Press.

Ghiyatha, Imad (2000): al-Haraka al-Tulabiyya al-Filistiniyya: al-Mumarisa wa al-

F 'aliyya. Ramallah: Muwatan al-Muwasasa a-Filistiniyya lil-Dirasa al-Dimakritiyya.

Herf, Jeffrey (2016): Undeclared Wars with Israel East Germany and the West German Far Left 1967–1989. New York: Cambridge University Press.

Nasir, Walim (2005): Taghribat Bni Fath – Arb'aun 'Amma'n fi Mata'ha Fathawiyya. Ramallah: Dar al-Shruq lil Nashr wa al-Tawzi'a.

Rickenbacher, Daniel (2017): Arab states, Arab interest groups and anti-Zionist movements in Western Europe and the US. PhD Diss., University of Zurich.

Sadir, Bayan Mushtarak (1966): 'an al-Ittihad al-'am lil-Tulaba Filastin wa-Kunfadraliyyat Talabat Iran. Cairo, July 2, 1966.

Sayigh, Yazid (1997): Armed Struggle and the Search for State: The Palestinian National Movement 1949–1993. Oxford: Clarendon Press.

Shahdi, Musa (1971): „Hawl Tajribat al-Ittihad al-'Amm lil-Talabat Filastin". Shu'un

Filastiniyya, November No. 5 (1971).

Shemesh, Moshe (2004): mi-ha-Nakba la-Naksa – Darko shel Nasir le-Milhemet Sheshet ha-Yamim [From the Nakba to the Naksa – the Path of Nasir to the Six-Day War]. Be'er-Sheva: Be'er Sheva University Press.

Talhami, Ghada Hashem (1992): Palestine and Egyptian National Identity. London: Praeger Publishers.

Zelkovitz, Ido (2015): Students and Resistance in Palestine: Books, Guns and Politics. London and New York: Routledge.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Der türkische Nationalismus als antipluralistische Ideologie

Ismail Küpeli

Bei der Suche nach antidemokratischen und antipluralistischen Tendenzen in der deutschen Gesellschaft fällt ein Begriff recht schnell: Islam. Tatsächliche oder imaginierte Probleme im Zusammenleben werden auf die religiöse Einstellung der Muslime zurückgeführt, wobei „der" Islam in den deutschen Debatten vielfach eine Blackbox darstellt, in die alles Mögliche hineingedacht werden kann. Dabei ist die Vorstellung eines einheitlichen Wertesystems der deutschen Muslime, die tatsächlich in viele einzelnen Gruppen, Communities und Milieus auseinanderfallen, ebenso fraglich wie die Vorstellung, dass das Verhalten der Muslime sich allein über die Religion erklären ließe. Ansätze, die auf einer solchen pauschalen und allgemeinen Ebene verbleiben, können wenig zur Analyse von problematischen Tendenzen in Teilen der muslimischen Communities beitragen. Vielmehr können sie, intendiert oder nicht intendiert, die Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit gegen Muslime in Deutschland weiter anfachen.

So soll hier stattdessen ein anderer Ansatz gewählt und die antidemokratischen und antipluralistischen Tendenzen in den türkischsprachigen Communities in Deutschland näher betrachtet werden. Diese Communities umfassen sowohl die größte nicht-herkunftsdeutsche Gruppe in der Bundesrepublik überhaupt als auch mit weitem Abstand die Mehrheit der deutschen Muslime. Es ist kein Zufall, dass, wenn in deutschen Debatten über den Islam und die Muslime gesprochen wird, es eigentlich um den „türkischen" Islam und die türkischsprachigen Muslime geht. Doch was heißt eigentlich „türkischer" Islam, und welche Normen und Werte kursieren unter den türkischsprachigen Muslimen? Um dies zu entschlüsseln ist es notwendig, die vielfältigen Beziehungen zwischen „türkisch" und „muslimisch" zu verstehen – und wie Schritt für Schritt eine türkisch-islamische Ideologie entstand, die sich weder allein über den Nationalismus noch allein über die Religion erklärt lässt: die „Türkisch-Islamische Syn-

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

these“[1]. Ihre beide Säulen, Türkentum und Islam, können nur im Verbund analysiert werden.

Die laizistische Türkei und andere Mythen

Diese Vorgehensweise steht im Widerspruch dazu, wie vielfach, sowohl in der Türkei als auch in Deutschland, über die türkischsprachigen Muslime gesprochen wird. So wird ein Gegensatz aufgebaut zwischen der vermeintlich laizistischen modernen Türkei und dem Islam, der bis zum Machterhalt der konservativ-religiösen AKP unter Recep Tayyip Erdoğan ab 2002 keinen Raum in der türkischen Politik erhalten habe. Der vielfach geäußerte Ratschlag an die türkischsprachigen Muslime ist dann, sich an der Türkei Mustafa Kemals zu orientieren und ebenfalls säkular und modern zu werden. Diese Vorstellung ist nicht nur deswegen problematisch, weil sie die antidemokratischen und antipluralistischen Tendenzen in der kemalistischen[2] Ideologie übersieht, sondern auch, weil dieser Gegensatz zwischen Türkentum und Islam nie existiert hat. Vielmehr war der Islam seit der Gründung der modernen Türkei im Jahr 1923 eine zentrale Kategorie für die türkische Identität und hat die türkische Politik beeinflusst. Im Folgenden sollen die antidemokratischen und antipluralistischen Tendenzen in der türkisch-islamischen Ideologie, die dann in der „Türkisch-Islamischen Synthese“ mündeten, näher beleuchtet werden.

Nationale Einheit als Ideal

Die türkisch-islamische Ideologie ist seit der Entstehungsphase im 19. Jahrhundert davon geprägt, dass sie eine Einheit von Glaube, Sprache und Abstammung einfordert. Die Staatsbürger sollen die gleiche Abstammung, die gleiche Religion und die gleiche Sprache besitzen. Das Überleben und Erstarken der Nation wird daran geknüpft, ob diese Einheit hergestellt und verteidigt werden kann oder nicht. Folgerichtig werden alle Bevölkerungsgruppen und Individuen, die nicht in diese Einheit passen, als Stör-

1 Die „Türkisch-Islamische Synthese“ wurde von rechtskonservativen und nationalistischen Intellektuellen in den 1970er Jahre formuliert und bediente sich gängiger, staatlich geförderter Narrative, die gemeinsam von einer türkisch-islamischen Identität ausgehen.

2 Der Kemalismus formierte sich in den 1920er und 1930er Jahren unter der Herrschaft von Mustafa Kemal und ist bis heute die Staatsideologie der Türkei.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

faktoren und als Feinde angesehen. Diese Verknüpfung zwischen der Einheitlichkeit und der Entwicklung der eigenen Nation spiegelt sich im Namen der jungtürkischen Partei, die 1908 die Macht ergriff und für den Genozid an den Armeniern 1915-1916 (vgl. Akçam 2004) verantwortlich ist: Komitee für Einheit und Fortschritt. Die kemalistische Bewegung, die nach der Niederlage des Osmanischen Reichs im 1. Weltkrieg das jungtürkische Programm fortsetzte, fügte ein weiteres Element zur geforderten Einheit hinzu: Neben Glaube, Sprache und Abstammung sollte auch das Denken, anders gesagt: die Normen und Werte der Nation einheitlich sein. Die Kemalisten benutzen für dieses Denken den Begriff „Ideal" („Ülkü"), und die Nation sollte nach ihrer Vorstellung als eine Einheit dieses Ideal anstreben (vgl. Beşikçi 1991: 14-15).

Der Genozid von 1915

Die wichtigste und dann auch tödlichste Grenze zwischen denen, die leben und zur Nation gehören dürfen, und denjenigen, die nicht Teil der Nation werden dürfen und sterben sollen, war der Glaube. Die Jungtürken setzten bei ihren Vorhaben, aus dem multiethnischen und multireligiösen Osmanischen Reich einen türkischen Nationalstaat zu gestalten, darauf, die Nicht-Muslime als nicht-integrierbare Figuren zu deklarieren und sie dann zu vertreiben und ermorden. Bereits vor dem 1. Weltkrieg sorgte der jungtürkische Staatsterror dafür, dass Nicht-Muslime an der Westküste Anatoliens nach Griechenland flohen (vgl. Akçam 2004: 143-145). Der Kriegsbeginn 1914 eröffnete für die Jungtürken dann die Chance, ihre Politik gegen Nicht-Muslime ungestört von Einmischungen der europäischen Staaten weiter zu eskalieren. Der Genozid 1915 an den Armeniern[3] mit über einer Million Todesopfern ist das bekannteste und brutalste Beispiel dieser Politik. Auch Angehörige anderer nicht-muslimischer Bevölkerungsgruppen wurden ermordet und die Überlebenden vertrieben. Wer im jungtürkischen Herrschaftsgebiet leben durfte und wer ermordet werden konnte, entschied sich anhand der Frage, ob die jeweilige Gruppenidentität im Einklang mit oder im Widerspruch zu der neuen türkisch-isla-

3 Auf eine Beweisführung, dass es den Genozid von 1915 tatsächlich gab, wird explizit verzichtet. Es handelt sich um eine genügend erforschte historische Tatsache, und für die fortwährende Leugnung etwa durch türkische Nationalisten gibt es keine wissenschaftliche Grundlage.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

mischen Identität stand, in der eine Einheit zwischen Glaube, Sprache, Abstammung und Kultur herrschen sollte.

Nicht-türkische Muslime gerieten zunächst nicht ins Visier der jungtürkischen Vernichtungspolitik, vielmehr bestand die Tätergruppe im Genozid 1915 aus Muslimen unterschiedlicher ethnischer Zugehörigkeit, die mit unterschiedlichen Motiven in die Gewaltpolitik integriert wurden. Die Opfer hingegen waren Nicht-Muslime, insbesondere die Armenier, die auch aufgrund ihrer kulturellen Identität im Widerspruch zu der türkisch-islamischen Vision der zukünftigen Gesellschaft standen. Einigen Armeniern gelang die Flucht, im Gebiet des Osmanischen Reichs selbst überlebten nur wenige armenische Kinder und junge Mädchen, die von den Tätern als „nützlich" angesehen und deswegen nicht ermordet wurden. Sie mussten ihre armenisch-christliche Identität völlig aufgeben und erhielten später zwangsweise eine türkisch-islamische Identität (vgl. Dabag/Platt 2015). Aber diese wenigen Fällen zeigen nicht, dass es für die Armenier einen Weg gegeben hätte, sich vor dem Genozid schützen zu können. Armenier, die zum Islam konvertierten, wurden ebenfalls deportiert und ermordet (vgl. Akçam 2019: 37).

Die Entstehung der Türkei

Die Herrschaft der Jungtürken endete mit der Niederlage des Osmanischen Reichs im 1. Weltkrieg im Jahr 1918. Der Friedensvertrag von Sèvres 1920 zwischen den Alliierten als den Siegermächten und dem Osmanischen Reich beinhaltete die Schaffung eines armenischen Staates in Ostanatolien und die Übergabe Thrakiens und der Izmir-Region an Griechenland. Bereits vor der Vertragsunterzeichnung entstand eine türkisch-muslimische Widerstandsbewegung gegen den Friedensvertrag. Noch vor Kriegsende hatte die jungtürkische Regierung angesichts der bevorstehenden Niederlage paramilitärische Organisationen gegründet und Waffenlager angelegt. Diese Strukturen blieben auch nach der Flucht der jungtürkischen Führung aus dem Land intakt. Die Funktionäre mobilisierten die türkische Bevölkerung und organisierten lokale Milizen und Banden (vgl. Zürcher 2005). Aber auch andere muslimische Gruppen sahen ihre Interessen durch den Abkommen von Sèvres bedroht. So entschieden sich die kurdischen Eliten gegen den Sèvres-Vertrag der Alliierten, obwohl darin eine kurdische Autonomie in Aussicht gestellt wurde. Denn der geplante armenische Staat würde Regionen umfassen, die nach der Vernichtung und Vertreibung der armenischen Bevölkerung 1915 eine mehrheitlich kurdische Bevölkerung erhalten und in denen die kurdischen Eliten an

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Macht gewonnen hatten. Darüber hinaus war damit zu rechnen, dass ein armenischer Staat den Raub von Reichtümern und Boden während des Genozids von 1915 wieder rückgängig gemacht hätte. Der Vertrag von Sèvres hätte für die kurdischen Eliten Machtverlust und Verlust der Raubgüter bedeutet, und so entschieden sie sich dagegen.

Innerhalb der türkisch-muslimischen Widerstandsbewegung setzte sich die Gruppe um Mustafa Kemal, einen osmanischen Offizier und Mitglied der jungtürkischen Partei, an die Spitze. Im sogenannten „türkischen Befreiungskrieg" zwischen 1920 und 1923 war das erste Opfer der türkischen Nationalbewegung die armenische Bevölkerung in Ost- und Südwestanatolien. In Ostanatolien entstand als armenischer Staat im Sinne des Sèvres-Vertrags die Demokratische Republik Armenien, die aber ihr Staatsgebiet allein nicht verteidigen konnte und keine militärische Unterstützung seitens der Alliierten erhielt. Bereits kurz nach ihrer Gründung griffen Truppen der türkischen Nationalbewegung die armenische Republik an und eroberten Territorien im Westen des Landes. Gleichzeitig begann die Sowjetunion die Kaukasus-Region unter ihrer Kontrolle zu beginnen. Eingekeilt zwischen den türkischen und sowjetischen Truppen wurde Armenien rasch besiegt. Die Sieger teilten das armenische Staatsgebiet unter sich auf: Die westlichen Territorien beanspruchte die Ankara-Regierung, die östlichen Gebiete wurden als Sowjetrepublik in die Sowjetunion eingemeindet. Der türkische Sieg ging einher mit der Vertreibung der Armenier*innen in Ostanatolien. Zur gleichen Zeit zog Frankreich nach Unruhen in der von ihr kontrollierten Zone in Südwestanatolien seine Soldaten zurück und ließ die dortige armenische Bevölkerung ohne Schutz zurück, die dann in den folgenden Wochen und Monaten vertrieben wurde. Damit war die die armenische Bevölkerungsgruppe als soziale Gruppe in Anatolien zerschlagen, und lediglich einzelne überlebende Armenier blieben in diesen Regionen übrig.

Nach der armenischen Niederlage und angesichts des Desinteresses Großbritanniens und Frankreichs intervenierte Griechenland militärisch, um die Westküste Anatoliens unter seine Kontrolle zu bringen. Die griechische Intervention erhielt keine Unterstützung durch Großbritannien und Frankreich, und die neue türkische Führung unter Mustafa Kemal konnte ihre Truppen nach der armenischen Niederlage von Ost- nach Westanatolien überstellen. Diese Truppen vertrieben während ihrer Offensive die als „griechisch" deklarierte christliche Bevölkerung an der Westküste Anatoliens (vgl. Naimark 2009: 29-76).

Nach dem Sieg über das militärisch unterlegene Griechenland setzte die Türkei 1923 einen neuen Friedensvertrag mit den Siegermächten des 1. Weltkriegs auf, in dem der Vertrag von 1920 faktisch annulliert wurde. Im

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Gegensatz zum Sèvres-Vertrag 1920 enthielt der Lausanne-Vertrag 1923 keine Bestimmungen über Selbstbeständigkeit und Autonomie für nichttürkische Bevölkerungsgruppen, es wurde lediglich von Minderheitenschutz gesprochen. Damit war ein Paradigmenwechsel eingeleitet und die türkische Dominanz im neuen Staat anerkannt. Die Rechte der Minderheiten begrenzten sich auf die Bereiche Religion, Kultur und Bildung, politische Rechte waren ausgeschlossen. Des Weiteren wurde im Lausanne-Vertrag nicht festgelegt, wie die Minderheitenrechte auch faktisch durchgesetzt werden konnten. Das erleichterte es der türkischen Staatsführung in den folgenden Jahren, diese Rechte nicht zu gewähren und/oder die Minderheiten durch offizielle und inoffizielle Maßnahmen daran zu hindern, ihre Rechte wahrzunehmen (vgl. Bali 1998).

Exklusion und Vertreibung der Nicht-Muslime

In der Republik Türkei, die 1923 so gegründet wurde, wurde zwar im Verfassungstext festgelegt, dass „die Bewohner der Türkei, ohne Berücksichtigung der Religion und der Rasse, in Bezug auf die Staatsbürgerschaft ‚Türken' genannt" werden sollten (Artikel 88 der türkischen Verfassung von 1924). Aber gleichzeitig wurde in staatlichen Bestimmungen und in der staatlichen politischen Praxis doch eine Differenzierung vorgenommen zugunsten der ethnisch-religiös definierten „echten" Türken.

So legten staatliche Anordnungen fest, dass in vielen Sektoren nur noch „echte" Türken arbeiten durften, was dazu führte, dass Nicht-Muslime entlassen wurden. In den Schulen gingen die Bestimmungen wesentlich weiter: 1926 wurde angeordnet, dass die richtige „nationale Gesinnung" nötig sei, um als Lehrer arbeiten zu dürfen. Die privaten Schulen der Minderheiten wurden umfassend unterminiert: So wurde einerseits ihre finanzielle Basis angegriffen, indem sie keine externe finanzielle Unterstützung erhalten durften und auch keine staatliche Unterstützung erhielten. Anderseits wurden die Ausgaben gesteigert, indem das türkische Erziehungsministerium die Lehrergehälter an den privaten Schulen sehr hoch ansetzte. So schlossen nach und nach die meisten privaten Schulen der Minderheiten. Ebenfalls eingeschränkt war die Bewegungsfreiheit für Nicht-Muslime. So waren selbst für Reisen innerhalb der Türkei Genehmigungen erforderlich (vgl. Guttstadt 2008: 96).

In den 1930er und 1940er Jahren verstärkte der Einfluss des NS-Regimes in der Türkei die rassistischen Tendenzen der nationalistischen Staatspolitik gegen Nicht-Muslime. Ein Beispiel hierfür sind die Übergriffe und Pogrome gegen die türkischen Juden in Thrakien 1934. Auf Anweisung der

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Staatsführung sollten die örtlichen Sektionen der Staatspartei CHP die türkischen Juden einschüchtern, damit sie die Region „freiwillig" verlassen. Allerdings zeigte sich, dass die antisemitischen Stimmungen in der Bevölkerung stärker waren als gedacht und der Staat nicht in der Lage war, die Ausschreitungen noch zu kontrollieren: Die Übergriffe und Pogrome schienen „aus dem Ruder zu laufen". Die staatlichen Sicherheitskräfte mussten einschreiten, um die türkischen Juden vor dem Mob zu schützen. Später wurden die Ausschreitungen offiziell verurteilt, ohne allerdings den Juden die Rückkehr in die Region zu ermöglichen. Die Türkisierungspolitik veranlasste in den 1920er und 1930er Jahre viele türkische Juden dazu auszuwandern. Von den zwischen 150.000 und 200.000 in der Türkei lebenden Juden verließ etwa die Hälfte das Land. 30.000 bis 50.000 von ihnen gingen nach Europa, wo Frankreich das wichtigste Zielland für türkische Juden war (vgl. Guttstadt 2008: 114-115).

Während des Zweiten Weltkriegs ging die Türkisierungspolitik weiter. 1942 wurde eine einmalige Vermögenssteuer eingeführt. Offiziell war diese gegen Kriegsprofiteure gerichtet und zielte laut Gesetzestext nicht gegen bestimmte Bevölkerungsgruppen. Die Höhe der Steuer wurde allerdings von türkischen Behörden individuell bestimmt, wodurch sie zu einer Maßnahme gegen Nicht-Muslime wurde. 87 Prozent der Besteuerten waren Nicht-Muslime – bei einem Anteil von unter 2 Prozent an der Gesamtbevölkerung. Sie zahlten 90 Prozent der Steuereinnahmen. Faktisch führte die Steuer zu einer staatlichen Enteignung der nicht-muslimischen Minderheiten. Oft überstieg die Steueraufforderung das gesamte Vermögen der Betroffenen, die dann in Zwangsarbeitslagern ihre „Steuerschulden" abarbeiten sollten. Dies, begleitet von judenfeindlichen Artikeln in der Presse, führte zu einer größeren Resignation unter den türkischen Juden, so dass viele Juden die Türkei Richtung Palästina verließen. Ebenso verließen viele Christen die Türkei Richtung Europa, insbesondere nach Griechenland.

Hass gegen Nicht-Muslime, Hass gegen den Westen

Das Verschwinden der Nicht-Muslime führte jedoch nicht dazu, dass der ideologisch formierte Hass gegen sie in den späteren Jahren keine Rolle mehr in der türkischen Gesellschaft spielte. Aber die Verschwörungsideologien mussten sich den realen Gegebenheiten anpassen. Weil inzwischen kaum noch Juden in der Türkei lebten, denen man alles Üble anlasten konnte, erfuhr die antisemitische Verschwörungsideologie um die sogenannten „Dönme", eine kleine kryptojüdische Bevölkerungsgruppe, die

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

von Antisemiten als die Drahtzieher hinter Politik und Medien verdächtigt wird, stärkeren Auftrieb (vgl. Bali 2008). Mit dieser Verschwörungsideologie können Antisemiten ihren politischen Gegnern unterstellen, dass sie insgeheim Juden sind, und weitere Narrative gestalten, die nicht auf die Existenz von Juden angewiesen sind. Den so erfundenen „inneren Feinden", in diesem Fall den Juden in der Türkei, wird unterstellt, dass sie mit den „äußeren Feinden", womit meistens der Westen gemeint ist, gegen die Türkei konspirieren würden.

Auch diese Methode blickt auf eine längere Tradition zurück. So wurden die Niederlagen des Osmanischen Reiches im Ersten Weltkrieg von den Jungtürken ebenfalls diesen „inneren" und „äußeren" Feinden zugeschrieben, die sich gemeinsam gegen die türkische Nation verschworen hätten, um den Türken ihren legitimen Platz in der Welt vorzuenthalten (vgl. Akçam 2004: 140). Diese türkische „Dolchstoßlegende" diente und dient sowohl der nachträglichen Legitimierung des Genozids von 1915 als auch der feindseligen Politik gegen die überlebenden Armenier in der heutigen Türkei.

Die „Türkische Geschichtsthese" und die Versöhnung mit dem Islam

Die türkischen Nationalisten hatten mit der aus ihrer Sicht erfolgreichen Vertreibung der Nicht-Muslime und der darauf aufbauenden Gründung des türkischen Nationalstaats 1923 zwar realpolitisch ihr Programm durchsetzen können, an der ideologischen Front blieb jedoch eine Leerstelle. Nicht nur die Niederlage und der Zusammenbruch des Osmanischen Reichs machten es den türkischen Nationalisten schwer, das Reich als positiven Bezugspunkt zu wählen. Auch stand die politische Struktur des Osmanischen Reichs, in dem verschiedene Bevölkerungsgruppen mit ihren jeweiligen Identitäten einen gewissen Platz hatten, im Widerspruch zu den Prinzipien der türkischen Nationalstaats, in dem die Einheit von Glaube, Sprache und Abstammung herrschen sollte. Die türkische Staatsführung unter Mustafa Kemal wählte als Bezugspunkt „Turan", ein vorgestelltes großtürkisches Reich, das geographisch in Zentralasien und historisch in den Urzeiten der Menschheit verortet wurde. Turan war bereits zuvor unter den Jungtürken der zentrale Bezugspunkt und das „Ideal" („Ülkü") für den zukünftigen türkischen Staat gewesen. Allerdings konnte Mustafa Kemal aufgrund der geopolitischen Gegebenheiten nicht darauf hoffen, tatsächlich ein großtürkisches Reich zu etablieren. Dies hatten die Jungtürken versucht und waren damit gescheitert. Stattdessen musste eine Ideolo-

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

gie geschaffen werden, in der das turanistische Ideal mit der realen Türkei versöhnt wurde.

Dies gelang in den 1930er Jahren mit zwei zusammenhängenden Narrativen: der „Türkischen Geschichtsthese" und der „Sonnensprachtheorie". Die Leitidee der „Türkischen Geschichtsthese" besagt in Kurzform, dass die türkische „Rasse"[4] seit vielen tausenden Jahren existiere, für den Fortschritt in der Weltgeschichte verantwortlich sei, die ersten Zivilisationen gegründet und die anderen „Rassen" auf einen höheren Stand angehoben habe (vgl. Maksudyan 2016). Der Ursprung der türkische „Rasse" liege in Zentralasien, aber ihr heutiges Kerngebiet sei Anatolien, das ebenfalls seit Tausenden von Jahren zu einer Heimat der türkischen „Rasse" geworden sei. Diese würde sich darüber hinaus dadurch auszeichnen, dass sie eine „Rasse" sei, die sich sehr früh zu einer Nation formiert habe, also eine politische und gesellschaftliche Gemeinschaft mit einer Geschichte von vielen tausenden Jahren sei.

Die „Sonnensprachtheorie" ergänzt die „Türkische Geschichtsthese" und besagt in Kurzform, dass die türkische Sprache die erste zivilisierte Sprache in der Weltgeschichte sei und alle Sprachen der Welt aus dem Türkischen abstammten (vgl. Beşikçi 1986: 145-190). Sowohl die Rede über die türkische „Rasse" als eine gestaltende und zivilisatorische Kraft in der Welt als auch die Thesen über Zentralasien als Ursprung der türkischen „Rasse" und Nation oder die jahrtausendealte türkische Besiedlung Anatoliens sind indes Narrative, die von der türkisch-nationalistischen Bewegung seit dem Ende des 19. Jahrhunderts immer wieder forciert wurden.

Heute wird, anders als in den 1930er Jahren, auf die pauschale Behauptung, dass alle Zivilisationen und Sprachen aus dem Türkischen abstammten, weitgehend verzichtet. Aber das Narrativ über die große türkische Nation, die seit Tausenden von Jahren existiert und über viele Gebiete geherrscht hat, wird weiter staatlich gepflegt und gehört zum etablierten „Wissen" in türkischen Hochschulen und anderen Bildungseinrichtungen. Seit den 1930er Jahren haben alle Generationen in der Türkei ein Bildungssystem durchlaufen, in dem diese Narrative in unterschiedlicher Intensität gelehrt wurden. Erst in den letzten Jahrzehnten ist außerhalb der etablierten Institutionen eine kritische Gegenposition dazu entstanden, die aber weit davon entfernt ist, hegemonial zu seien. Vielmehr stehen die Kri-

4 Der Begriff „Rasse" wird hier in Anführungszeichen zitiert, weil die Idee der Existenz von Menschenrassen mit jeweils unterschiedlichen Eigenschaften wissenschaftlich unhaltbar ist und die ideologische Grundlage für den Rassismus bildet.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

tiker der Vorstellung einer großen türkischen Nation nach wie vor in einer diskursiven Randposition und werden immer wieder als „Verräter" an der Nation deklariert.

Während die Narrative von der „Türkischen Geschichtsthese" und der „Sonnensprachtheorie" die ideologische Leerstelle des türkischen Nationalismus nach 1923 füllen konnten, entstand mit der Ablehnung des Osmanischen Reichs und der Hinwendung zum Turan und der vorgestellten türkischen Nation der Urzeiten ein gewisses Problem. Weil so die türkische Nation als älter und gefestigter deklariert wurde als der Islam, der vergleichsweise jung und weniger tief verwurzelt schien, erfuhr der Islam einen relativen Bedeutungsverlust. Anders gesagt: Innerhalb der türkisch-islamischen Identität gewann das Türkische auf Kosten des Islamischen an Bedeutung. Diese Entwicklung wurde von der türkisch-muslimischen Bevölkerung, die die Herrschernation bildete, nicht unterstützt und war einer der Faktoren, die zu Konflikten zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen und der türkischen Staatsführung führte. Aber spätestens mit der Etablierung von konservativ-religiösen Parteien nach dem 2. Weltkrieg, die in den Jahrzehnten danach immer wieder die Regierungsmacht erlangten, gewann der Islam in der Gesellschaft erneut mehr Raum. Die ideologische Versöhnung zwischen dem Türkischen und dem Islamischen gelang dann in den 1970er Jahren mit der „Türkisch-Islamischen Synthese", die von rechtskonservativen und nationalistischen Intellektuellen formuliert wurde. Nevzat Yalçıntaş, einer der Vordenker der „Türkisch-Islamischen Synthese", setzte 1991 die Nation und den Glauben folgendermaßen in Beziehung:

> „Der Islam ist unser Glaube, das Fundament unserer nationalen Gemeinsamkeit und Moral und gleichermaßen die Quelle des Bedürfnisses zur Verteidigung der Heimat."[5]

Die „Türkisch-Islamische Synthese" ist keineswegs als Bruch oder Paradigmenwechsel zu verstehen, sondern bedient sich gängiger und staatlich geförderter Narrative seit der Zeit der Jungtürken, die von einer türkisch-islamischen Identität ausgehen. So wurde etwa der „Türkischen Geschichtsthese", in der von vor-islamischen türkischen Zivilisationen die Rede ist, nicht widersprochen. Stattdessen übernahmen die Vertreter der „Türkisch-Islamischen Synthese" diese Behauptung und ergänzten, dass der Islam die passende Religion zum türkischen Nationalcharakter wäre (vgl. Bilir 2004: 44-45).

5 Zitiert nach Bilir 2004, S. 54.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Die „Türkisch-Islamische Synthese“ wurde spätestens mit dem Militärputsch 1980 und den darauf folgenden konservativ-nationalistischen Regierungen in die Staatsideologie integriert und führte damit zu der staatlich induzierten Re-Islamisierung der Gesellschaft. So wurde etwa mit der Verfassung von 1982, die von den Putschisten durchgesetzt wurde, der islamische Religionsunterricht zum Pflichtfach an den staatlichen Schulen. Neben der Schaffung und dem Ausbau von zusätzlichen religiösen Schulen wurden auch die Lehrbücher an den regulären staatlichen Schulen entsprechend der „Türkisch-Islamischen Synthese“ angepasst.

Strahlkraft der türkisch-islamischen Ideologie über die Grenzen hinweg

Diese Re-Islamisierung blieb nicht auf die Türkei beschränkt. Auch die Gründung der DITIB als ein Dachverband der türkischen Moscheen in Deutschland unter der Führung der türkischen Religionsbehörde Diyanet fällt in diese Phase. Die Aktivitäten der DITIB-Moscheen zeigen bis heute, dass hier die Einheit des Türkischen mit dem Islamischen weiter Bestand hat. So werden in den Predigten und den kulturellen Aktivitäten immer wieder türkisch-nationalistische Narrative mit religiösen Inhalten zusammengebracht. Die militärischen Erfolge der türkischen Nation, etwa im 1. Weltkrieg gegen den Westen, werden ebenso gefeiert wie der Angriffskrieg der Türkei in Nordsyrien. Obwohl diese Feierlichkeiten in Moscheeräumen seit vielen Jahren stattfinden, gab es erst im März 2018 eine öffentliche Empörung über Veranstaltungen in DITIB-Moscheen, in denen Kinder in Uniformen und Spielzeugwaffen die Schlacht von Gallipoli 1915 zwischen dem Osmanischen Reich und den Alliierten reinszenierten. Diese Veranstaltungen wurden damals in einen Kontext zur türkischen Offensive gegen die Afrin-Region in Nordsyrien gesetzt – die Schlacht von Gallipoli 1915 und die Afrin-Offensive 2018 als zwei Kämpfe der türkischen Nation gegen ihre Feinde.

Welche Stärke die türkisch-islamische Ideologie unter den türkischsprachigen Muslimen in Deutschland besitzt, lässt sich indes anhand der weitverbreiteten Leugnung des Genozids von 1915 innerhalb der türkischsprachigen Communities in Deutschland aufzeigen. Dabei wäre es hierzulande völlig problemlos möglich, sich umfassend über den Genozid zu informieren, die wissenschaftliche Forschung dazu wahrzunehmen und sich öffentlich im Sinne einer adäquaten Anerkennung und Aufarbeitung zu äußern. Diese Chancen haben die türkischsprachigen Muslime in der Türkei nicht, weil in der Öffentlichkeit das Reden über den Genozid immer noch verpönt ist, in den „wissenschaftlichen“ Narrativen über 1915 die Leugnung

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

des Genozids vorherrscht und die Forderung nach Anerkennung und Aufarbeitung zu sehr großen Anfeindungen bis hin zu Übergriffen führt. Der Mord an dem türkisch-armenischen Publizisten Hrant Dink durch türkische Nationalisten ist dafür nur ein Beispiel. In Deutschland hingegen könnten türkischsprachige Muslime sich im Sinne von Anerkennung und Aufarbeitung positionieren, ohne gleich in Gefahr zu geraten. Allerdings herrscht auch hier Genozidleugnung vor, und dies lässt sich über die Prägung durch die türkisch-islamische Ideologie erklären. Die Anerkennung und Aufarbeitung des Genozids würde nämlich sowohl die Grundlagen der türkisch-islamischen Ideologie als auch die Selbstidentität der türkischsprachigen Muslime erschüttern. Die ideologischen Vorstellungen über die türkische Nation und die türkischen Muslime könnten über der Erkenntnis, dass die Schaffung der türkischen Nation auf unvorstellbaren Gewaltakten basiert und die türkisch-muslimische Identität nur denkbar ist aufgrund von massiven Ausschlüssen und Vernichtungen, fragil und brüchig werden. Um diese Gefahr einer Infragestellung der bisherigen, gewohnten Identität abzuwehren, setzen viele türkischsprachigen Muslime darauf, weiter den Genozid von 1915 und andere gewaltsame Akte im Namen der türkischen Nation zu leugnen oder zumindest zu relativieren. Aus eigener Erfahrung weiß ich, dass kaum eine Veranstaltung in Deutschland, in der der Genozid thematisiert wird, ohne Störungen durch türkische Genozidleugner stattfinden kann. Ebenso wurden die eher halbherzigen Versuche, den Genozid von 1915 im Rahmen des Geschichtsunterrichts an deutschen Schulen gesondert zu thematisieren, nach massiven Interventionen durch türkische Verbände wieder eingestellt.

So stellt die Debatte um die Anerkennung und Aufarbeitungen des Genozids von 1915 sowohl für die türkischsprachigen Muslime als auch für die deutsche Gesellschaft insgesamt einen Art Lackmustest dar. Bekommt eine nationalistische, antidemokratische und antipluralistische Ideologie weiterhin die Chance, sich auszubreiten und Gegenstimmen zum Schweigen zu bringen? Oder schaffen es die Demokraten über sprachliche und kulturelle Grenzziehungen hinweg, fragwürdige Ideologien und Identitäten in Frage zu stellen und zu dekonstruieren? Diese Frage wird insbesondere in der Debatte um 1915 geklärt werden.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Fazit

In der Türkei hat sich seit über 100 Jahren eine Staatsideologie formiert, deren zentrale Säulen der Hass gegen Nicht-Muslime, die Ablehnung des Westens und das Streben nach einer homogenen türkischen Nation sind, in der die Einheit von Glaube, Sprache und Abstammung erreicht werden soll. Diese Staatsideologie hat seit etwa 40 Jahren einen stärker islamischen Charakter erhalten. Die türkisch-islamische Staatsideologie stellt in der Türkei das hegemoniale „Wissen" dar und wird in Hochschulen und anderen Bildungseinrichtungen gelehrt und weiter reproduziert. Auch in Politik, Gesellschaft und Medien ist sie vorherrschend und erhält nur wenig Widerrede. Ganze Generationen sind mit dieser Staatsideologie aufgewachsen und haben so eine zutiefst antidemokratische und antipluralistische Weltsicht erhalten, in der die positiven Bezugspunkte nicht in der Moderne, sondern in den idealisierten und fantasierten Urzeiten der türkischen Nation und des Islam liegen.

Auch unter den türkischsprachigen Muslimen in Deutschland ist diese Staatsideologie wirkmächtig. Es ist kaum überraschend, dass Menschen, die mit diesen Narrativen aufwachsen, sich davon nur schwer lösen können. Erschwerend kommt hinzu, dass durch die faktische Kontrolle der DITIB-Moscheen in Deutschland durch die türkische Religionsbehörde die türkische Staatsideologie immer wieder ungestörten Einfluss auf die türkischsprachigen Muslime nehmen kann. Aber der größte negative Faktor hierbei ist die Indifferenz der deutschen Politik und der deutschen Gesellschaft. Bis heute werden die türkischsprachigen Muslime, aber auch andere Muslime, nicht als Teil der einen gemeinsamen Gesellschaft in Deutschland angesehen, sondern als Außenstehende oder gar als Fremde. Weder können so die Interessen der türkischsprachigen Muslime erkannt werden noch ist ihre adäquate Partizipation möglich. Ebenfalls findet keine Auseinandersetzung mit den Weltbildern und Denkmustern der türkischsprachigen Muslime statt; stattdessen werden, wenn es zu Konflikten kommt, diese Konflikte als „fremde" deklariert, die keinen Platz in Deutschland hätten. Aber der erste richtige Schritt wäre es zu verstehen, dass es sich hierbei nicht um exotische oder „fremde" Konflikte handelt, sondern um eine Folge des Nationalismus, der sich in verschiedenen Ländern unterschiedlich formiert hat – und gleichzeitig fast immer einen antidemokratischen und antipluralistischen Kern besitzt.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Literatur

Akçam, Taner (2004): From Empire to Republic. Turkish Nationalism and the Armenian Genocide. London.

Akçam, Taner (2019): Tötungsbefehle. Talat Paschas Telegramme und der Völkermord an den Armeniern. Weilerswist.

Bali, Rıfat N. (1998): Cumhuriyet Döneminde Azınlıklar Politikası. In: Birikim Nr. 115/November 1998, S. 80-90.

Bali, Rıfat N. (2008): A Scapegoat For All Seasons: The Dönmes or Crypto – Jews of Turkey. 2008.

Beşikçi, Ismail (1986): Türk Tarih Tezi, Güneş-Dil Teorisi ve Kürt Sorunu. Stockholm.

Beşikçi, Ismail (1991): Cumhuriyet Halk Fırkası'nın Programı (1931) ve Kürt Sorunu. Istanbul.

Bilir, Ünal (2004): Der Türkische Islam als politisches und religiöses Weltbild in seinem historischen Kontext von der II. Mesrûtiyyet-Periode bis zur Gegenwart. Hamburg.

Dabag, Mihran/Platt, Kristin (2015): Verlust und Vermächtnis. Überlebende des Genozids an den Armeniern erinnern sich. Paderborn.

Guttstadt, Corry (2008): Die Türkei, die Juden und der Holocaust. Berlin.

Maksudyan, Nazan (2016): Türklüğü Ölçmek: Bilimkurgusal Antropoloji ve Türk Milliyetçiliğinin Irkçı Çehresi. Istanbul.

Naimark, Norman M. (2009): Flammender Hass: Ethnische Säuberung im 20. Jahrhundert. Bonn.

Zürcher, Erik Jan (2005): Milli Mücadele'de İttihatçılık. Istanbul

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Djihadismus, Antisemitismus und Demokratie*

Martin Jander

Als der Kalte Krieg in den späten 80er Jahren des letzten Jahrhunderts zu Ende ging und die Diktaturen sowjetischen Typs sich in westliche Demokratien verwandelten, sprachen manche Politikwissenschaftler, z. B. Klaus von Beyme, von einer vierten Welle der Demokratisierung unseres Planeten (Schmidt 2010: 434). Globalisierung, Kapitalismus und demokratischer Rechtsstaat hatten ihre Attraktivität in den vorangegangenen Jahrzehnten nicht eingebüßt. Im Gegenteil, es schien nur noch eine Frage der Zeit, bis auch viele andere Systeme autoritärer Herrschaft untergehen würden.

Als dann mit dem „Arabischen Frühling" seit dem Dezember 2010 auch autokratische Regime in Nordafrika und im Mittleren Osten von massiven Protesten aus dem Inneren der Gesellschaften unter Druck gerieten, kannte der Optimismus vieler Politikwissenschaftler überhaupt keine Grenzen mehr. Bereits 2008 hatte Barak Obama die Präsidentschaftswahlen in den USA mit dem Slogan „Yes we can!" gewonnen, alles schien möglich. Einige Sozialwissenschaftler erhofften, wenn auch nur kurz, eine fünfte Welle der Demokratisierung.[1]

---

* Der Text ist eine überarbeitete Fassung eines Vortrags, den der Autor während der Jahreskonferenz der „German Studies Association" (GSA) 2018 in Pittsburgh (Pennsylvania, USA) gehalten hat. Ich danke der Historikerin Dr. Cora Hermann (Köln/Tel Aviv) für ihre Unterstützung, Ratschläge und kritische Anmerkungen.

1 Samuel P. Huntington (Huntington 1993) unterscheidet drei Demokratisierungswellen, in denen sich vermehrt autokratische Systeme in Demokratien wandelten: Die erste Welle verortet er zwischen 1828, als in den Vereinigten Staaten erstmals die Mehrheit der weißen, männlichen Bevölkerung wahlberechtigt war, und 1922, als Benito Mussolini in Italien an die Macht gelangte. Den Beginn der zweiten Welle datiert Huntington auf 1943, als Mussolinis Herrschaft in Italien endete, und deren Ende auf 1962, als Jamaika die Unabhängigkeit von der britischen Krone erlangte. Die dritte Welle entfaltete sich ab 1974, dem Jahr der „Nelkenrevolution" in Portugal, und ebbte Mitte der 1990er Jahre langsam ab. Die vierte Welle der Demokratisierung wird (Merkel 2003) mit dem Ende der letzten Rechtsdiktaturen in Westeuropa (Portugal, Griechenland, Spanien) Mitte der 70er Jahre eingeleitet, setzt sich in den 80er Jahren in Lateinamerika fort, erreicht Ostasien, erfasst die kommunistischen Regime Osteuropas und der Sowjetunion und selbst einige Länder Afrikas. Sie umfasst den Fall autoritärer Regierungen in insgesamt 47 Staaten

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Von diesem Optimismus ist heute nicht mehr viel zu spüren. Globalisierung, Kapitalismus, Rechtsstaat und Demokratie stecken in einer Legitimationskrise. Einige der neuen Demokratien im Osten Europas befinden sich auf einem Weg in autoritär diktatorische Regime. Der Arabische Frühling hat nur in ganz seltenen Fällen zur Herausbildung rechtsstaatlicher Demokratien geführt. Demokratien in Europa werden gleichzeitig vom islamistischen Terrorismus und von starken links- wie rechtspopulistischen Parteien und Bewegungen herausgefordert; und selbst in einem Mutterland der Demokratie, den USA, ist die Zukunft der Demokratie ungewiss.

Ein Faktor, neben anderen, der dazu beitrug, dass sich im Norden Afrikas und dem Mittleren Osten in der letzten Dekade keine Demokratien herausbildeten, ist der radikale Islamismus, der politische Islam. Im Iran und in Saudi Arabien sind miteinander konkurrierende Richtungen davon an der Macht. Im Kontext der Kriege im Irak und Syrien konnte sich zeitweilig sogar ein eigenes Territorium des internationalen Terrornetzwerks ISIS herausbilden, das die Größe Großbritanniens aufwies, etwa 30.000 ausländische Kämpfer umfasste und jährlich Einkünfte von ca. 500 Millionen Dollar erwirtschaftete (Ebner 2018: 65).

Als soziale Bewegung, die verschiedene terroristische Arme mit sich führt, und als staatlich militärische Macht bildet der radikale politische Islam eine tödliche Bedrohung für die einzige Demokratie im Nahen Osten, Israel. Aber auch für die Demokratien des Westens – in den USA, Europa und anderswo – bildet er eine Herausforderung.

Terrorismus, Identitätspolitik und „Politics of Unreason"

Obwohl terroristische Politiken so alt sind wie die Menschheit (Laqueur 1977: 8 ff.) – Walter Laqueur hat die Bewegung der „Sicari", eine straff organisierte religiöse Sekte in Palästina, als historisch erste terroristische Bewegung gefasst[2] – lässt sich belegen, dass sie wesentlich ein Produkt der Moderne sind, des 19., 20. sowie des 21. Jahrhunderts. Erst eine ökonomisch und medial vernetzte Welt und der vereinfachte Zugang zu Mitteln der Massenkommunikation ermöglichen Terroristen die Verbreitung ihrer Botschaften (Dietze 2016; Schneckener 2006).

(Offe et al 2003). Kenan Engin sprach angesichts des Arabischen Frühlings von einer fünften Demokratisierungswelle (Egin 2011).

2 Als erste Bewegung des radikalen Islam lassen sich die Assasinen bezeichnen, deren Entstehung auf das Ende des 11. Jahrhunderts zurückgeht (Halm 2017).

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Bereits lange Zeit hat die Terrorismusforschung verstanden, dass sich terroristische Politiken in Demokratien oder in krisengeschüttelten, instabilen autokratischen Regimen entwickeln (Schneckener 2006: 181 ff.). Gegen den deutschen Nationalsozialismus, wie auch gegen den Stalinismus, sind terroristische Politiken dagegen so gut wie nicht sichtbar geworden. Erfolgreich im Sinne ihrer selbst gesetzten Ziele – einer sozialen Revolution, der Herstellung ethnisch oder religiös homogener Gesellschaften – sind Terrorismen selten gewesen. Erfolgreich im Sinne der Gefährdung, Verhinderung oder Zerstörung von Demokratien waren sie jedoch häufig.

Lange Zeit wurde auf wissenschaftlichen Konferenzen angemerkt, es gäbe keine allgemein geteilte Definition von Terrorismus. Betrachtet man die stetig wachsende Zahl wissenschaftlicher Forschungen zum Thema, so stellt sich dies als unzutreffend heraus. Die Mehrzahl der Forschenden hat sich längst auf einige Merkmale des politischen Terrorismus in der Moderne verständigt und ihn vom Aufbau meist bäuerlicher Guerillaarmeen einerseits bis hin zum staatlich ausgeübtem Terror andererseits unterschieden (Laqueur 1976: 382 ff.; Laqueur 1977: 264 ff.; Schneckener 2006: 21 ff.).

Bei politischem Terrorismus in der Moderne handelt es sich um eine Form der Gewaltausübung, die darauf zielt, einem Menschen, einer Organisation oder gar einer ganzen Gesellschaft seinen Willen aufzuzwingen, Angst und Schrecken, aber auch Werbung zu verbreiten (Waldmann 1998). Politischer Terrorismus besteht nicht nur aus Drohung mit Gewalt. Er ist gleichzeitig eine Form der Kommunikation (Weimann/Winn 1993). Die Narrative, die er befördern will, entstammen dem Reservoir eben jener sozialen Bewegungen, in deren Kontext er gehört, auch dann, wenn er organisatorisch nicht mit ihnen verbunden ist. Erfolg für Terroristen besteht nicht hauptsächlich in der Verwirklichung ihres Konzepts (soziale Revolution, nationale Unabhängigkeit, Einführung eines Kalifats etc.), sondern in der nachhaltigen Beeinflussung des politischen Diskurses einer Gesellschaft. Terrorismus funktioniert über die Drohung mit Gewalt hinaus erst dann, wenn die ausgeübte Gewalt auch ganz im Sinne der Motive ihrer Beförderer interpretiert wird.

Mit Anschlägen verfolgen Terroristen, wie die Forscherin Ebner es ausgedrückt hat, eine Form der „Identitätspolitik" (Ebner 2018: 110). Sie wird nicht selten mit dem Mittel einer „Provokation" vorgetragen. Rainer Paris beschrieb dies als einen „absichtlich herbeigeführten überraschenden Normbruch, der den anderen in einen offenen Konflikt hineinziehen und zu einer Reaktion veranlassen soll, die ihn, zumal in den Augen Dritter, moralisch diskreditiert und entlarvt." (Paris 1998: 58)

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Für die Kommunikationsstrategie eines Anschlags, einer Entführung oder eines politischen Mordes ist es unerheblich, welches Ausmaß die terroristische Gewalt annimmt. Selbst ein gescheiterter Anschlag, wie z. B. der vom 9. November 1969 auf das jüdische Gemeindehaus von Berlin, kann eine Botschaft setzen (Kraushaar 2005). Für den kommunikativen Effekt eines terroristischen Akts ist es ebenfalls unerheblich, ob er von einer Einzelperson oder einer ganzen Gruppe ausgeübt wird. Es ist auch unerheblich, ob ein Anschlag mit oder ohne „Bekennerschreiben" erfolgt. Terroristische Botschaften vermitteln sich ebenso durch die Wahl der Opfer, die historischen und politischen Kontexte, die Zeit und den Ort des Anschlags.

Historisch werden in Erweiterung eines Konzepts von David C. Rapoport (Neumann 2016a: 19 ff.) fünf verschiedene Wellen terroristischer Politiken unterschieden: Anarchismus, Anti-Kolonialismus, die „Neue Linke", der moderne Djihadismus und rechtsradikaler Terrorismus. Der letztgenannte lässt sich im Unterschied zu den vier zuvor genannten zeitlich nicht eingrenzen. Er enthält viele verschiedene Unterströmungen und tritt zu den verschiedensten Zeiten auf. Da Terrorismen nicht losgelöst von breiteren sozialen und politischen Bewegungen und ihren Ideen beschrieben werden können (Rapoport 2002) und die meisten bekannten Terrorismen auf autoritäre Formen der Herrschaft, ethnisch oder religiös homogene Gesellschaften zielen, haben Politikwissenschaftler begonnen, sie in den Demokratien des Westens unter Rekurs auf das von Martin Seymour Lipset entwickelte Konzept einer Politik der Unvernunft (Lipset 1978; Salzborn 2011; Bartlett/Miller 2010) zu untersuchen.

Von der „Tragödie" des Nahen Ostens zur „Krise des Islam"

Die Geschichte islamistischen Terrors in der Moderne geht zurück auf die Gründung der Muslimbruderschaft 1928 in Ägypten und die Gründung von Partnerorganisationen gleichen Namens in anderen Ländern (Küntzel 2002: 15 ff.). Ihre Anhänger erhoben und erheben bis heute ihre Interpretation des Islam zu einer Ideologie mit Universal- und Absolutheitsanspruch, die den menschengemachten Gesetzen übergeordnet ist und jedes staatliche Handeln dem vermeintlich göttlichen Willen unterwirft (Frampton 2018).

In den 1930er Jahren politisierte sich die Bruderschaft und begann neben sozialen Wohlfahrtseinrichtungen auch terroristische Arme zu entwickeln. Sie sah die Religion durch die Modernisierung der arabischen Gesellschaften, durch Kolonialismus und Imperialismus bedroht und wollte

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

nur diejenigen als legitime Herrscher anerkennen, die in Übereinstimmung mit der Scharia regierten. Der Gründer der Muslimbruderschaft, Hasan al-Bannā (al-Bannā 1982), wandte sich 1936 mit dieser Zielsetzung in einem Traktat („Aufbruch zum Licht") an den ägyptischen König und andere arabische Staatsoberhäupter. Hasan al-Bannā trat auch für den bewaffneten, offensiven Djihad gegen Nicht-Muslime und deren Helfer ein. 1938 führte die Bruderschaft, unter den antisemitischen Parolen „Nieder mit den Juden" und „Juden raus aus Ägypten", gewalttätige Proteste durch (Krämer 1982: 292). Die Bruderschaft entwickelte sich bis 1948 zu einer Massenorganisation mit etwa 500.000 Mitgliedern. Ein 40.000 Kämpfer umfassender paramilitärischer Flügel wurde aufgebaut.

Um ihre Gefolgschaft auf einen Krieg gegen die Juden einzuschwören, nutzte die Muslimbruderschaft den Konflikt zwischen Arabern und Juden in Palästina und unterstützte den Mufti von Jerusalem Amin el-Husseini (Umar 1999), der 1929 maßgeblich für antijüdische Pogrome in Jerusalem verantwortlich war (Herf 2009). Amin el-Husseini islamisierte den Kampf gegen die jüdische Einwanderung in das britische Mandatsgebiet Palästina und arbeitete mit den deutschen Nationalsozialisten zusammen (Gensicke 2007). Er bat Nazi-Deutschland um Unterstützung seines Kampfes gegen Juden und Briten. Im Gegenzug erbot er sich, unter Moslems Propaganda für den Nationalsozialismus zu machen. Waffenlieferungen und Finanzhilfen aus Deutschland war es schließlich zu verdanken, dass der Mufti seinen Aufstand in Palästina fortsetzen und Hasan al-Bannā diesen Impuls für die Formierung seiner Djihad-Bewegung aufgreifen konnte. Hasan al-Bannā und Amin el-Husseini bildeten ein tödliches Gespann.

Von 1941 bis 1945 lebte el-Husseini in Deutschland, rekrutierte moslemische SS-Verbände, agitierte für die Deutschen in Radiosendungen und drängte fortwährend darauf, die „Endlösung der Judenfrage" konsequent zu verfolgen. Im Jahr 1942 wurde ein SS-Einsatzkommando bei der Panzerarmee des Afrikakorps gebildet, das den Auftrag hatte, die Ermordung des Jischuw, der jüdischen Bevölkerung in Palästina, vorzubereiten (Mallmann/Cüppers 2006). Die nationalsozialistische Propaganda für die arabischen Länder kreierte eine Synthese aus orthodoxer, antijüdischer Islaminterpretation und rassistischem Antisemitismus (Herf 2007). 1947 wurde el-Husseini schließlich zum Führer der Muslimbrüder im britischen Mandatsgebiet Palästina ernannt.

Eine Zäsur in der Geschichte des radikalen Islamismus stellte sich 1948 mit der Ausrufung des israelischen Staates durch David Ben-Gurion ein. Nur wenige Stunden nach der Proklamation am 14. Mai 1948 wurde dieser von Ägypten gemeinsam mit weiteren arabischen Ländern angegriffen. In Folge der verheerenden Niederlage der arabischen Angreifer sah sich

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

die ägyptische Regierung gezwungen, einem Umsturzversuch der Muslimbrüder zuvorzukommen. Noch im selben Jahr wurde die Organisation für zwei Jahre verboten und alle ihre Mitglieder verfolgt. Hasan al-Bannā wurde am 12. Februar 1949 in Kairo ermordet. Der Täter wurde nicht gefasst.

Seit der Entscheidung der Vereinten Nationen 1947, auf dem früheren britischen Mandatsgebiet Palästina einen jüdischen und einen arabischen Staat zu gründen, fechten die arabischen Nachbarn Israels gegen die einzige Demokratie im Nahen Osten und ihre westlichen Unterstützer. Lediglich Ägypten und Jordanien haben mit Israel Friedensverträge geschlossen. Vereinbarungen zwischen Israelis und Palästinensern, der sogenannte „Oslo-Friedensprozess", sind im Anfangsstadium stecken geblieben. Die verschiedenen Konzepte, die in den arabischen Autokratien für diesen Krieg seit 1948 mobilisiert wurden, reichten von nationalen Bestrebungen bis hin zu sozialistischen Ideen, Anti-Imperialismus und Anti-Zionismus.

Im Krieg gegen Israel bedienten sich die arabischen Autokratien nicht nur ihrer Armeen, sondern auch des internationalen Terrornetzwerks der PLO, das von der Sowjetunion und China unterstützt wurde (Morris 1999). Barry Rubin sprach vom palästinensischen Terrorismus als Resultat einer „Tragödie" des Nahen Ostens (Rubin 2002). Ihr gesellschaftlicher Hintergrund waren vor allem die Unfähigkeit und der Unwille autokratischer arabischer Regime, sich zu modernisieren und zu demokratisieren. Der radikale Islam war damals nur eine der Strömungen, mit dem die PLO in ihrem Krieg gegen Israel kooperierte. Außerhalb des Nahen Ostens, in Europa, Afrika und anderen Kontinenten, mobilisierten die PLO und ihre verschiedenen bewaffneten Arme unterschiedlichste nationale und sozialrevolutionäre Bewegungen für ihre Anliegen (Sterling 1981). In der Bundesrepublik Deutschland bedienten sie sich Gruppen von Links- und Rechtsterroristen gleichermaßen (Jander 2017).

Der djihadistische Islamismus und die mit ihm verbundene Feindschaft zu den USA sowie ihr Antisemitismus waren jedoch seit 1948 nicht verschwunden. Die Muslimbrüder entwickelten sich, nicht nur in Ägypten, weiter. Als historischen Ausgangspunkt einer ideologischen Neuformierung, nicht jedoch als Entstehungsorte des heute existierenden internationalen Netzwerks islamistischen Terrorismus sieht die historische Forschung die Niederlage von Ägypten, Jordanien und Syrien im Sechstagekrieg 1967. In den arabischen Gesellschaften setzte sich seither stetig wachsend die Auffassung durch, dass diese Niederlage eine massive Demütigung der gesamten islamischen Welt darstelle und dass nur mit einer Abkehr von nationalen und sozialistischen Ideen der westlichen Welt eine Rückkehr zum ursprünglichen Islam und ein Sieg über die beiden wesentlichen Feinde der islamischen Welt, Israel und die Demokratien des Wes-

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

tens, zu erreichen seien (Tibi 2001: 243 ff.). Den Beginn der neuen Welle eines international vernetzten islamistischen Terrors bilden verschiedene Ereignisse des Jahres 1979.

Der politische Islam, als dritter Weg gegen beide Blöcke des Kalten Krieges, erhielt im Frühjahr 1979 mit der „Islamischen Revolution" im Iran großen Auftrieb. Nach der Rückkehr Khomeinis aus dem Exil in Frankreich verwandelte sich die Gesellschaft, unter Zustimmung breiter Teile der Bevölkerung, in eine „islamische Republik", in der faktisch ein Bündnis aus Militär und islamischem Klerus die Gesellschaft leitet und die Scharia als Rechtssystem eingeführt ist (Kurzmann 2005). Diese Revolution ermunterte Islamisten weltweit. Der Iran hat seither durch die militärische und finanzielle Förderung islamistischen Terrors, insbesondere seine Unterstützung für Hamas und Hisbollah, den Hoffnungen auf einen globalen Djihad gegen die westliche Welt großen Auftrieb gegeben. Im Zentrum dieser Idee einer großen Endschlacht mit der westlichen Welt steht die Vernichtung Israels (Zimmt 2017). Seit dem Jahr 1979 wird im Iran und überall dort, wo sein Einfluss möglich ist, der sogenannte „Al-Quds-Tag" gefeiert. Im Iran ist er seit der Existenz der Islamischen Republik ein gesetzlicher Feiertag. Auf Massendemonstrationen wird die Vernichtung Israels gefordert (Wolter 2004).

Das zweite Ereignis, ohne das der international vernetzte Islamismus undenkbar ist, ereignete sich am 20. November 1979. Eine Gruppe von 500 radikalen islamistischen Terroristen aus mehreren arabischen Ländern stürmte das wichtigste Heiligtum des Islam in Mekka und nahm die anwesenden Pilger als Geiseln. Die Terroristen erklärten, dass das Ende der Welt bevorstehe. Sie riefen zur Übernahme islamischer Rechtsordnungen in allen muslimischen Ländern, zum Sturz des saudischen Königshauses und zum Bruch der diplomatischen Beziehungen mit westlichen Ländern auf und verlangten, dass kein Erdöl mehr in die USA geliefert werde. Die Regierung Saudi-Arabiens ließ zwar den Aufstand niederschlagen, etwa 1.000 Menschen starben dabei (Förster 2016). Die Terroristen aber hatten ihre Botschaft gesetzt. Ein internationaler Djihad gegen die westliche Welt und diejenigen, die mit ihr kooperieren, schien möglich.

Im Dezember des Jahres schließlich intervenierte die Sowjetunion in Afghanistan und setzte eine kommunistische Regierung ein (Maley 2002). Dagegen entfaltete sich ein Widerstand breiter Teile der Bevölkerung. Islamistische Kämpfer aus verschiedenen Weltgegenden unterstützten diesen Bürgerkrieg, inszenierten ihn als Djihad, heiligen Krieg, und hielten ihn 10 Jahre bis zum Abzug der Sowjetunion durch. Dieser Krieg und seine mediale Inszenierung bilden die Geburtsstunde des international organisierten Netzes islamistischer Kämpfer, der „al-Qaida". Das Konzept, sich

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

im Krieg gegen den Westen auf China und die Sowjetunion zu verlassen, nationale und sozialistische Hoffnungen zu mobilisieren, war desavouiert.

Alle drei Ereignisse überschatteten den im März 1979 unter amerikanischer Vermittlung geschlossenen Friedensvertrag zwischen Israel und Ägypten (Stein 1999). Das ursprünglich geplante umfassende Friedensabkommen zwischen Israel und den Beteiligten der Kriege gegen Israel 1948 und 1973 kam nicht zustande. Dennoch signalisierte der Vertrag eine erste ganz andere Möglichkeit der Beziehungen zwischen Israel, seinen arabischen Nachbarn und der westlichen Welt, eine Perspektive, gegen die der radikale Islam in allen seinen Schattierungen bis heute anrennt. Die Arabische Liga schloss Ägypten aufgrund des Friedensvertrags aus ihrer Organisation aus und nahm das Land erst 1989 wieder auf. Der Präsident Ägyptens, Anwar al-Sadat, wurde am 6. Oktober 1981 von der Gruppe „Egyptian Islamic Jihad" getötet (Keats 2002). Dieser politische Mord war ein Fanal. Eine Verhandlungslösung im Krieg der arabischen Gesellschaften mit Israel sollte es nicht geben, eine Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten von Amerika wurde abgelehnt, eine Demokratisierung der arabischen Gesellschaften ebenso.

In das Bewusstsein der Weltgesellschaft trat der international vernetzte Djihadismus vor allem mit den Anschlägen auf verschiedene Ziele in den USA am 11. September 2001.[3] Diese Terrornetzwerke, mit ihren vielen Suborganisationen, sind heute wesentlich weiter gespannt als das alte Terrornetzwerk der PLO (Neumann 2016a: 73 ff.). Sie gehen nicht nur aus der Krisenregion des Nahen Ostens hervor, sondern zusätzlich aus den politischen und sozialen Krisen vieler anderer Gesellschaften, in denen Muslime leben. Sozialwissenschaftler sprechen deshalb nicht umsonst generalisierend von einer „Krise des Islam" (Lewis 2003), einer „Entwicklungsblocka-

3 Der Anschlag auf das World Trade Center vom 26. Februar 1993 hatte keinen solchen internationalen Wiederhall. Damals hatten insgesamt sechs islamistische Terroristen des Terrornetzwerks al-Qaida in einem Transporter rund 700 Kilogramm des Sprengstoffs Harnstoffnitrat entzündet. Durch Druckgasbehälter mit Wasserstoff wurde die Explosion noch einmal verstärkt. Dabei wurden sechs Menschen getötet, die sich zum Zeitpunkt der Detonation in den unterirdischen Ebenen aufgehalten hatten. Über 1.000 weitere Personen wurden verletzt. Einige der unterirdischen Stockwerke wurden besonders schwer beschädigt. Daraus resultierte einer der größten Rettungseinsätze in der Stadt New York, wobei etwa 45 % des diensthabenden Personals der Feuerwehr zu diesem Schadensereignis gerufen wurden. Obwohl die Detonation der Bombe heftig war, konnte das Gebäude der Explosion standhalten. Lediglich die Inneneinrichtung wurde stark beschädigt, jedoch nicht die tragende Statik der beiden jeweils 110 Stockwerke umfassenden Wolkenkratzer. (Siehe: Lutteroth 2013)

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

de“ von Gesellschaften, die durch den Islam geprägt werden, und nicht mehr nur von einer Tragödie des Nahen Ostens (Diner 2005: 56 ff.).

Der islamistische Terrorismus ist dabei so gespalten wie die Welt des Islam insgesamt. Zwar unterstützt der schiitische Iran die sunnitische Hamas in ihrem Krieg zur Vernichtung Israels. Das wesentlich auf dem sunnitischen Islamismus basierende Terrornetzwerk ISIS dagegen verteufelt nicht nur die säkularen und kommunistischen Bewegungen wie zum Beispiel die Fatah, sondern auch die mit dem Iran kooperierenden „Ungläubigen“ wie zum Beispiel die Hamas (Grigat 2017: 39).

Die Netzwerke des Djihadismus und ihre regionalen Bündnispartner sind seit Beginn der 90er Jahre für eine mittlerweile fast unzählbare Anzahl von Anschlägen verantwortlich, die jeweils verschiedene Botschaften an verschiedene Öffentlichkeiten transportierten.[4] Trotz der Tötung Osama Bin Ladens 2011 und der militärischen Zerschlagung des aus Teilen des Iraks und Syriens bestehenden islamistischen „Kalifats“ 2017 ist der islamistische Terrorismus bis in die Gegenwart nicht verschwunden (Pfahl-Traughber 2020).

Radikaler Islamismus

Eine orthodoxe Interpretation des Islam und der radikale Islamismus sind nicht dasselbe. Beide teilen jedoch verschiedene Grundannahmen. Insbesondere teilen sie die Auffassung, dass der Koran und andere Überlieferungen wörtlich zu nehmen seien und keiner zeitgerechten Interpretation oder Auslegung unterworfen werden dürften.

Der Bericht der Kommission, die die Anschläge auf New York und Washington am 11. September 2001 untersuchte, nannte als den Denker, der auf Bin Ladens Überzeugungen den größten Einfluss hatte, Ibn Taimiyah (1263–1328) (Laoust 2020). Gedanklich verbindet die Denker des radikalen Islamismus die Vorstellung von einer Rückkehr zu den eigentlichen Wurzeln des Islam sowie eine Ablehnung von Liberalismus, Kapitalismus und westlicher Demokratien, die mit einer Verschwörung der Juden, Kolonialismus und Imperialismus gleichgesetzt werden. Die politischen Konzeptionen des gewaltförmigen Islamismus gehen wesentlich auf vier Politiker zurück (Salzborn 2015, S. 146 ff.).

---

4 Die besten Übersichten bietet das „National Konsortium for the Study of Terrorism and Responses to Terrorism“ (START), online: https://www.start.umd.edu, aufgerufen am 20.02.2020.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Hasan al-Bannā (1906–1949), der Gründer der Muslimbruderschaft in Ägypten, beschäftigte sich ausführlich mit vielen verschiedenen politischen Fragen (Krämer 2009). Für den Islamismus sollte sich vor allem seine Deutung des Djihad als bis heute wirkungsmächtig erweisen. Die vorherrschende Auffassung einer alleinigen Anstrengung für den Glauben wurde durch al-Bannā militärisch akzentuiert. In einem Artikel mit dem Titel „Die Todesindustrie" von 1938 glorifiziert al-Bannā die Liebe zum Tod und behauptet, dass Gott derjenigen Nation ein stolzes Leben gebe, welche die Industrie des Todes perfektioniere (vel Wittels 2011).

Abu al-A'la al-Maududi (1903–1979), ein Denker und Politiker, der gegen die britische Kolonialpolitik in Indien focht und 1941 die Organisation „Jamaat-i-Islami" gründete, formulierte eine Theorie der Souveränität als Herrschergewalt, mit absoluten Vollmachten, die durch nichts beschränkt sind, und einem Souverän, der an keinerlei Gesetz gebunden ist (Robinson 2008). Die Untertanen eines solchen Herrschers besitzen nicht die geringsten Rechte, bekommen sie allenfalls als Gnadengabe gewährt. Diese Souveränität übt Gott aus, dessen Propheten und Gesandte formulieren, was als bindendes Gesetz gilt. Ihnen ist vollständiger Gehorsam zu leisten. Die auf treuhänderischer Ermächtigung beruhende Gewalt findet ihre Verwirklichung im Kalifat.

Sayyid Qutb (1906–1966) trat 1951 den Muslimbrüdern bei und wurde nach dem Tod ihres Gründers Hasan al-Bannā zu ihrem „Chefideologen" (Musallam 2005). Er erweiterte den antiaufklärerischen Herrschaftsanspruch des Islamismus durch das Ziel einer universellen Revolution. Eine totale Rebellion gegen jede Ordnung auf der Erde müsse erfolgen, zur Errichtung eines göttlichen Königtums, das die Menschen mit der Scharia regiere. Sein 1950 verfasster Essay „Unser Kampf mit den Juden" wurde 1989 von der Regierung Saudi Arabiens nachgedruckt und in der gesamten islamischen Welt verbreitet (Nordbruch 2009: 663 f.). Der Text konzipiert, anders als der traditionelle Antijudaismus des Koran, der Juden wie Christen als „people of the book" wahrnahm, den „Jewish unbeliever" als den bedeutendsten Todfeind des Islam. Der Forscher Bassam Tibi sagt deshalb, dass Sayyid Qutb den Antisemitismus „islamisiert" habe (Tibi 2017: 122 ff.).

Ruhollah Musawi Khomeini (1902–1989), der politische und religiöse Führer der Islamischen Revolution im Iran von 1979 und danach bis zu seinem Tod iranisches Staatsoberhaupt, hat vor allem die Idee einer Vereinigung der gespaltenen Strömungen des Islam durch einen Krieg gegen Israel popularisiert (Thoß/Richter 1991). Wilfried Buchta schreibt über den Kern von Khomeinis Philosophie: „Die westlichen ‚Mächte der Arroganz' [...], an ihrer Spitze Amerika, der ‚große Satan' [...], sinnen, ebenso wie zu

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Zeiten des Propheten Mohammad die Juden und Christen, allein darauf, die gottgewollte Mission der Muslime, die weltweite Verbreitung des Islam, durch Verschwörungen zu vereiteln. Das augenfällige Symbol der Verschwörung des Westens und seiner Tyrannei gegen die Muslime sieht Khomeini in der Errichtung und der Expansion des Staates Israel in der islamischen Welt, die allein westlichen Interessen dienten. Das einzige Mittel, das die Muslime gegen ihren gemeinsamen Feind vereinen und dessen Pläne durchkreuzen kann, ist der Islam, und zwar als politische Ideologie. In dieser Ideologie ist kein Platz für diskriminierende Unterscheidungen zwischen Sunniten und Schiiten." (Buchta 1997: 55 f.)

Der radikale Islamismus lässt sich als Projekt eines „universalen Antiuniversalismus" (Salzborn 2015: 149) oder als Teilprojekt des „Okzidentalismus" verstehen, eines weltweiten Prozesses des Hasses gegen die Moderne (Buruma/Margalit 2004). Elemente der politischen Konzeptionen des Islamismus sind: 1. Der Islam gilt als einzige Quelle der Lebens- und Staatsordnung; 2. die Souveränität Gottes hat Vorrang vor der Volkssouveränität; 3. angestrebt wird eine vollkommene Durchdringung und Steuerung der Gesellschaft; 4. angestrebt wird eine homogene und identitäre Sozialordnung im Namen des Islam; 5. göttliches Recht, die Scharia, wird eingeführt; 6. Untertanen eines göttlichen Herrschers besitzen keine Rechte, diese werden ihnen maximal als Gnade erwiesen; 7. Juden sind der Todfeind des Islam und müssen vernichtet werden. (Pfahl-Traughber 2018: 22 ff.)

Der Westen ist in den Augen der Islamisten eine Reinkarnation alles Sündhaften. Der Islamismus transportiert deshalb Feindseligkeit gegenüber den Städten als frivolem Kosmopolitismus, gegenüber dem Geist der Wissenschaft und Vernunft, gegenüber dem gesetzten Bürgertum als Antithese des sich aufopfernden Helden und gegenüber den Gottlosen, die vernichtet werden müssen, um den Weg für eine Welt des Glaubens frei zu machen (Salzborn 2015: 19).

Islamistischer Terrorismus in Europa

Die Bedeutung des islamistischen Terrorismus für Europa wird in vielen verschiedenen Untersuchungen erläutert. Die Analysen von Walter Laqueur (Laqueur 2004), Peter R. Neumann (Neumann 2016a; Neumann 2016b), Gilles Kepel (Kepel 1994; Kepel 2002) und Julia Ebner (Ebner 2018) stechen dabei hervor. Die Autoren nehmen den von der internationalen Forschung konstatierten Wechsel in der Legitimation des Terrors – religiös statt national und sozialistisch – auf. Versuchten Fatah, PFLP u. a.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

in den 70er und 80er Jahren im Nahen Osten und Europa nationalistische und sozialistische Gegner der westlichen Demokratien für ihren Krieg gegen Israel und die USA zu gewinnen, so versuchen al-Qaida, ISIS und andere heute vor allem Muslime in aller Welt und auch die muslimischen Einwanderer der verschiedenen europäischen Gesellschaften anzusprechen und zu radikalisieren.

Sie nutzen dabei das Narrativ einer Verschwörung der USA, des Zionismus und der „Kreuzzügler" gegen den Islam und profilieren eine „islamistische Identitätspolitik" (Ebner 2018: 124 ff.). Mit ihren Anschlägen suchen sie einerseits Vorbilder für andere Anschläge zu liefern und gleichzeitig harsche politische Reaktionen hervorzurufen, die ihrerseits Begründungen für Widerstand von Muslimen liefern sollen. Diese islamistische Identitätspolitik richtet sich zentral gegen die Institutionen der westlichen Demokratien und ist nicht nur als terroristische Gewalt, sondern auch als Ideologie gegen die Erzählungen gerichtet, die Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit oder einen „Verfassungspatriotismus" zur Grundlegung westlicher Demokratien machen. Es geht darum, Muslime den westlichen Demokratien zu entfremden. Die oft blutigen Anschläge und vor allem dadurch hervorgerufene massive staatliche Reaktionen gegen Muslime sollen die Muslime in Europa radikalisieren und die staatlichen Institutionen, Polizei und Justiz in den europäischen Gesellschaften in den Augen der Muslime diskreditieren.

Die Anzahl der Anschläge islamistischer Terrornetzwerke in Ost- und Westeuropa ist durchaus überschaubarer als im weltweiten Kontext.[5] Unterschiedlich stark betroffene Gesellschaften in Europa sind seit Beginn der 90er Jahre Russland, Bulgarien, Großbritannien, Frankreich, Dänemark, Schweden, Spanien, Belgien, Italien, die Türkei und die Bundesrepublik Deutschland.

Die Chronik islamistischen Terrors in der Bundesrepublik Deutschland beginnt mit dem Mord an vier kurdischen Aktivisten im Restaurant Mykonos in Berlin am 17. September 1992. Der Mord war ein Teil des internationalen Kriegs der Islamischen Republik Iran (Goldmann 2012). Geplant

5 Zu einer Übersicht siehe die jährlichen Berichte von Europol (Online: https://www.europol.europa.eu/activities-services/main-reports/eu-terrorism-situation-and-trend-report#fndtn-tabs-0-bottom-2, aufgerufen am 20.02.2020). Zu einer Zusammenstellung aus der Sicht deutscher Sicherheitsbehörden siehe die Liste des Bundesamts für Verfassungsschutz (Online: https://www.verfassungsschutz.de/de/arbeitsfelder/af-islamismus-und-islamistischer-terrorismus/zahlen-und-fakten-islamismus/zuf-is-uebersicht-ausgewaehlter-islamistisch-terroristischer-anschlaege, aufgerufen am 20.02.2020]).

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

hatte den Mord im Auftrag staatlicher iranischer Stellen Kazem Darabi, der Berliner Statthalter der islamischen Revolutionsbewegung Hisbollah. Ausgeführt wurde er von vier Libanesen und einem Iraner, der bis heute flüchtig ist. Ermordet wurde eine Delegation von Kurden aus dem Iran, die in Berlin zu einem Kongress der Sozialistischen Internationale eingeladen war (Siegmund 2001). Im Iran kämpfen die Kurden gegen den Terror der Islamischen Republik für ihre Autonomie.

Sicherheitsbehörden, Justiz, Wissenschaft und Journalismus beginnen diese Chronik jedoch meist erst mit der Darstellung eines missglückten Anschlags am Bahnhof von Köln im Juli 2006.[6] Im Kölner Hauptbahnhof platzieren damals zwei Männer in Koffern versteckte Sprengsätze in Regionalzügen nach Hamm und Koblenz. Die Zeitzünder-Bomben explodieren jedoch nicht. Im Dezember 2008 wurde einer der beiden „Kofferbomber von Köln" zu lebenslanger Haft verurteilt.[7]

Auch in Europa ist die antisemitische Orientierung vieler der Anschläge unverkennbar. So kam es 2012 zum Beispiel zu einem Anschlag auf eine jüdische Schule in Toulouse (Frankreich) (von Randow 2012). Am 19. März 2012 fuhr kurz nach acht Uhr in der Frühe ein schwerer Motorroller am Eingang der jüdischen Schule Ozar-Hatorah vor. Der behelmte Fahrer stieg in aller Ruhe ab und wählte seine ersten Opfer: den 30-jährigen Religionslehrer Jonathan Sandler und seine beiden Söhne Gabriel und Arieh, vier und fünf Jahre alt. Der Unbekannte tötete alle drei. Sodann machte er ein paar Schritte auf den Schulhof, ermordete die siebenjährige Myriam Monsonego und schoss einen 17-jährigen Schüler nieder. Anschließend raste er mit seinem Roller davon.

Wie hoch die Bedrohung der europäischen Gesellschaften durch den islamistischen Terrorismus ist, darüber wird in den Wissenschaften und der Publizistik heftig debattiert. Größe und Gewicht der Einwanderergruppen aus islamischen Gesellschaften, die Adressaten des islamistischen Terroris-

6 Die Geschichte des radikalen Islamismus begann in der öffentlichen Wahrnehmung bereits mit den Auseinandersetzungen um Metin Kaplan (siehe dazu: Bönisch et al 2004).

7 Siehe zu dieser Zählung neben der bereits zitierten Liste des Bundesamts für Verfassungsschutz (Anmerkung 5) die nach Material von der Deutschen Presse Agentur (dpa) erstellte Liste „Chronologie: Terroranschläge in Deutschland" vom 19. Dezember 2016 (https://www.dw.com/de/chronologie-terroranschläge-in-deutschland/a-19026992, aufgerufen am 20.02.2020).

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

mus, spielen in den europäischen Ländern eine unterschiedliche Rolle.[8] Die radikalen Strömungen des Islam und die terroristischen Strukturen gewaltbereiter Muslime bilden überall in Europa eine Minderheit.

Das freilich kann nicht wirklich beruhigen. Bei einem Anschlag in Nizza am 14. Juli 2016 fuhr der Attentäter Mohamed Lahouaiej Bouhlel auf der Promenade des Anglais mit einem Lkw durch die Menschenmenge. Mindestens 86 Personen wurden getötet und mehr als 400 zum Teil schwer verletzt.[9] Der Attentäter wurde, noch im Führerhaus sitzend, von hinzugeeilten Polizisten erschossen. In der Folge wurden fünf mutmaßliche Komplizen aufgrund des Vorwurfs der Bildung einer terroristischen Vereinigung verhaftet.[10] Die Terrororganisation Islamischer Staat (ISIS) bekannte sich zu dem Anschlag. Die Milieus gewaltbereiter Islamisten mögen klein sein. Jedoch sind auch kleine Gruppen und Einzelne in der Lage, verheerende Anschläge durchzuführen und eine ganze Gesellschaft in Panik zu versetzen.

Der islamistische Terrorismus hat mit Anschlägen in vielen westlichen Demokratien massive Schäden an Menschenleben und wirtschaftlichen Ressourcen gefordert. In der Bundesrepublik sind im Vergleich zu anderen europäischen Ländern die hervorgerufenen Schäden gering.[11] Anschläge wie in den USA auf das World Trade Center am 11. September 2001 mit fast 3.000 Toten (Buse et al 2001), auf Eisenbahnzüge in Madrid am 11. März 2004 mit 191 Toten und 1.824 Verletzten (Zuber 2007), in Paris am 13. November 2015 mit 130 Toten und 683 Verletzten (Biermann et al 2015) hat es bislang in der Bundesrepublik nicht gegeben. Beim Anschlag auf den Weihnachtsmarkt an der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche vom 19. Dezember 2016 (Diehl/Knobbe 2017) wurden 12 Menschen getötet

8 Eine empirische Studie zum Anteil der Muslime in den verschiedenen Gesellschaften Europas hat das PEW Research Center im November 2017 vorgelegt (Online: http://www.pewforum.org/2017/11/29/europes-growing-muslim-population, aufgerufen am 20.02.2020). Eine Geschichte des Islam und des radikalen Islamismus für Europa steht noch aus. Bassam Tibi hat begonnen, an einer solchen Geschichte zu arbeiten (Tibi 2008).

9 Siehe: Zahl der Todesopfer auf 86 gestiegen, in: *Spiegel Online* vom 19. August 2016, http://www.spiegel.de/politik/ausland/anschlag-in-nizza-zahl-der-todesopfer-steigt-auf-86-a-1108632.html, aufgerufen am 20.02.2020.

10 Siehe: Nizza-Attentäter soll mindestens fünf Komplizen gehabt haben, in: *Spiegel Online* vom 22. Juli 2016, http://www.spiegel.de/politik/ausland/nizza-attentaeter-soll-komplizen-gehabt-haben-a-1104175.html, aufgerufen am 20.02.2020.

11 Siehe hierzu die Auflistung der Presseagentur dpa: https://www.dw.com/de/chronologie-terroranschläge-in-deutschland/a-19026992, aufgerufen am 20. Februar 2020.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

und 55 verletzt. Allerdings bleibt darauf hinzuweisen, dass der terroristische Massenmord vom 11. September 2001 von Islamisten vorbereitet und durchgeführt wurde, die in Hamburg studierten.

Die größten Unbekannten bezüglich des islamistischen Terrorismus sind in den meisten Gesellschaften die Anzahl und die Radikalisierung von Kämpfern, die in den Krieg nach Syrien gereist sind und wieder zurückkehren. Für die Bundesrepublik Deutschland gibt der Inlandsgeheimdienst, das Bundesamt für Verfassungsschutz, die Zahl der nach Syrien/Irak Ausgereisten im März 2020 mit ca. 1.060 an. Zusätzlich wird für denselben Zeitraum eine gleiche Anzahl von verhängten Reiseverboten angegeben.[12] Seit 2012 sind, so referiert das Magazin *Der Spiegel* 2018 einen Bericht des Bundeskriminalamts, 960 Personen aus der Bundesrepublik Deutschland nach Irak und Syrien ausgereist. Von ihnen sind, nach derselben Quelle, etwa 320 wieder in die Bundesrepublik zurückgekehrt (Knobbe 2018).

Die bisherigen Anschläge und Anschlagsversuche in der Bundesrepublik Deutschland sind, so der Inlandsgeheimdienst, dem Phänomen des „individuellen Jihad" zuzuordnen, das heißt sie wurden von Einzeltätern oder von Kleinstgruppen begangen.[13] Die Einzeltäter/die Kleinstgruppen hätten allein und ohne Auftrag gehandelt, auch wenn ihre Taten im Interesse einer islamistisch-terroristischen Gruppierung begangen wurden. Typisch sei eine Tatausführung mit zum Teil alltäglichen Gebrauchsgegenständen. Häufig gehe der Tat eine Radikalisierung im Salafismus voraus. Darauf haben Propaganda und Kontakte im Internet sowie Aktivitäten der salafistischen Szene und ihrer Prediger in Deutschland einen erheblichen Einfluss. Insbesondere Jugendliche radikalisieren sich schnell und nachhaltig und entwickeln die Bereitschaft, der Aufforderung zur Tötung von „Ungläubigen" konsequent zu folgen.

Eine Geschichte des islamistischen Terrorismus in Europa und in der Bundesrepublik Deutschland wurde bislang nicht geschrieben. Bereits 2004 hat Walter Laqueur zur besonderen Situation der Bundesrepublik in

12 Siehe zu beiden Statistiken: Bundesamt für Verfassungsschutz, Reisebewegungen von Jihadisten Syrien/Irak (https://www.verfassungsschutz.de/de/arbeitsfelder/af-islamismus-und-islamistischer-terrorismus/zahlen-und-fakten-islamismus/zuf-is-reisebewegungen-in-richtung-syrien-irak, aufgerufen am 20.02.2020).

13 Siehe: Gefährdungslage Deutschland, https://www.verfassungsschutz.de/de/arbeitsfelder/af-islamismus-und-islamistischer-terrorismus/was-ist-islamismus/gefaehrdungslage-deutschland, aufgerufen am 20.02.2020. Der letzte verfügbare zusammenfassende Bericht des Bundesamts stammt aus dem Jahr 2018 (Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat 2018).

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Europa ausgeführt, sie unterscheide sich dadurch von Frankreich und Großbritannien, dass es bis zum Jahr 2000 für die Einwanderer aus der Türkei nicht leicht gewesen sei, deutsche Staatsbürger zu werden. Anstrengungen, mit den muslimischen Einwanderern in Dialog zu treten, gäbe es zwar, sie seien jedoch von großer Unkenntnis geprägt. Außerdem werde Deutschland wie Großbritannien von islamistischen Terroristen als sicherer Zufluchtsort und Ausgangsbasis für Operationen in anderen Ländern angesehen (Laqueur 2004: 100 f.).

Eben diesen Hinweis auf die Bundesrepublik als sicheren Zufluchtsort für Operationen in anderen Ländern bestätigt auch eine Übersicht zu den wichtigsten juristischen Verfahren gegen Islamisten in Deutschland, die 2016 in der *Süddeutschen Zeitung* erschien (Aykanat/Bädorf 2016). Die Autoren machen darauf aufmerksam, dass die Anzahl der Ermittlungsverfahren gegen vermutliche Djihadisten seit 2013 stark gestiegen war. Sie schreiben: „2015 hat die Bundesanwaltschaft in 136 Verfahren gegen 199 Beschuldigte ermittelt, sagt Generalbundesanwalt Peter Frank. Im Jahr davor gab es 42 Ermittlungsverfahren mit 80 Beschuldigten, ein Anstieg fast um das Dreifache. Für 2013 sind sogar nur fünf Verfahren gegen acht Beschuldigte im Bereich des dschihadistischen Terrorismus registriert." Sie resümieren nach der kurzen Schilderung der wichtigsten Verfahren aus den Jahren 2003 bis 2015: „Die verhandelten Fälle lenkten den Blick auch auf Deutschland als Rückzugsort für sogenannte ‚Schläfer', die unauffällig bleiben, bis sie einen Auftrag ihrer Terrororganisation erhalten."

Djihadismus, Antisemitismus und „illiberale Demokratie"

Die Konstitution Europas als Kontinent miteinander kooperierender demokratischer Gesellschaften oder sogar als föderale Republik ist eine historisch neue Chance, die erst nach der zweifachen militärischen Niederlage des Deutschen Reichs, nach der Shoah und nach dem Untergang der Diktaturen sowjetischen Typs möglich wurde. Ohne den islamistischen Terrorismus zu bekämpfen, ohne Israel zu schützen und ohne in seinem Inneren Antisemitismen zurückzudrängen oder zumindest in Schach zu halten, können dieser Teil der Erde und seine einzelnen Staaten sich nicht als vereinigte demokratische Republik konstituieren. Demokratie und Antisemitismus sind unvereinbar.

In der arabischen Welt bildet der radikale Islamismus als staatliche Macht und als international verzweigtes Terrornetzwerk eine existenzielle Bedrohung der einzigen Demokratie, die im Nahen Osten existiert, Israel. In vielen Gesellschaften der Erde ist er eine politische Gefahr. In Europa ist

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

der islamistische Terrorismus einer der Faktoren, die dazu beitragen könnten, dass sich der Kontinent in einen Staatenbund „illiberaler Demokratien" (Zakaria 2007) wandelt, sich von einem Bündnis mit den USA abwendet und eine hegemoniale Position der expansionistischen illiberalen Demokratie Russland in Europa akzeptiert. Auch in der Bundesrepublik Deutschland ist der Wunsch nach einer solchen „illiberalen Demokratie" (Resende 2018) sichtbar.

Bereits die deutschen Nationalsozialisten hatten im Nahen Osten ein Bündnis mit Feinden der westlichen Mächte und der Juden geschlossen, die einen radikalen Islam vertraten. Mit ihrer militärischen Niederlage und der Gründung des Staates Israel 1948, verschwand der von ihnen unterstützte radikale Islam nicht. Die Feinde Israels und des Westens mobilisierten im Nahen Osten und in Europa zwar zunächst vorwiegend nationale und sozialrevolutionäre Kräfte. Seit dem Sieg im 6-Tage-Krieg, dem Rückzug der Sowjetunion aus Afghanistan und insbesondere mit dem Umsturz im Iran 1979, gewann der radikale Islam – als dritte Kraft gegen den Westen wie den Kommunismus – jedoch neue Glaubwürdigkeit. Dieser Wandel schlägt sich inzwischen auch in der Orientierung terroristischer Netzwerke in Europa nieder. Der islamistische Terrorismus sucht Antisemitismus und Demokratiefeindschaft bei Muslimen in Europa und der Bundesrepublik zu fördern. Er richtet sich zentral gegen die Idee, dass Christen, Muslime, Juden und andere in den europäischen Gesellschaften zusammenleben können.

Antisemitismus existiert in allen politischen Parteien der Bundesrepublik und damit in allen sozialen Sphären der Gesellschaft. Er ist damit auch, soweit bekannt jedoch nicht signifikant höher, bei Flüchtlingen und Einwanderern verbreitet (Unabhängiger Expertenkreis Antisemitismus 2017; Gensing/Reisin 2019). Bei 55 Prozent der Befragten, so hat eine Meinungsumfrage herausgestellt, artikuliert er sich bei Anhängern der Partei AfD (Petersen 2018). Bei den Vertretern anderer Parteien schwankt der Wert um die 20 Prozent. Die AfD zeigt darüber hinaus offen, wie leider auch Teile der gegenwärtigen Regierungskoalition, ihre Sympathie für die Anstrengungen des ungarischen Ministerpräsidenten Victor Orban, das Lager der „illiberalen Demokratien" in Europa zu erweitern. Die Wahlen zum europäischen Parlament 2019 wurden von den Anhängern des Konzepts der „illiberalen Demokratie" als eine Art Test für ihre Stärke auf dem Kontinent geplant (afp 2018).

Der antisemitische Islamismus kann bekämpft werden. Die Bedrohung Israels kann zurückgewiesen werden. Die Entwicklungsblockade von Gesellschaften mit kulturellen Traditionen des Islam kann gelöst werden. Das erfordert allerdings eine internationale Kooperation aller demokratischen

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Gesellschaften. Eine Formulierung der Kanzlerin der Bundesrepublik Deutschland aufgreifend, könnte man sagen: „Wir schaffen das“ (Merkel 2015).

Die europäischen Gesellschaften können sich im Prozess der Konstitution eines demokratischen Kontinents dazu entschließen, Antisemitismus in ihren Gesellschaften und im Rest der Welt zurückzudrängen und Israel gegen seine Feinde zu schützen. Sie können sich dafür entscheiden, das Bündnis mit den USA, das ihre Entstehung seit dem Ende des Nationalsozialismus und dem Ende der Diktaturen sowjetischen Typs erst möglich gemacht hat, weiter zu pflegen und zu erweitern. Die europäischen Gesellschaften können sich auch dazu entschließen, bei ihren Mitgliedern alle Versuche zu bekämpfen, die auf Einschränkungen der demokratischen Rechte aller Bürger, eine Abschaffung der Gewaltenteilung, auf Wahlmanipulationen und Einschränkungen der Pressefreiheit hinauslaufen. Sie können ebenfalls den Expansionismus der „illiberalen Demokratie“ Russland und der Diktatur in China zurückzuweisen.

Ob sie diesen Weg gehen, ist offen.

Literatur

afp (2018): Steve Bannon will Europawahl beeinflussen. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 22. Juli 2018, https://www.sueddeutsche.de/politik/rechtspopulismus-steve-bannon-will-europawahl-beeinflussen-1.4064985, aufgerufen am 20.02.2020.

al-Bannā Shaheed, Hasan (1982): Memoirs. Translated by N. M. Shaikh. International Islamic Publishers: Karachi.

Aykanat, Deniz/Bädorf, Marc (2016): Die wichtigsten Dschihadisten-Prozesse in Deutschland. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 21. Januar 2016, https://www.sueddeutsche.de/politik/justiz-die-wichtigsten-islamisten-prozesse-in-deutschland-1.2826000.

Bartlett, Jamie/Miller, Carl (2010): The Power of Unreason. Conspiracy Theories, Extremism and Counter-Terrorism. Demos: London. (Online: http://www.demos.co.uk/files/Conspiracy_theories_paper.pdf, aufgerufen am 20.02.2020)

Biermann, Kai et al (2015): Was, wann, wo – Rekonstruktion der Terrorangriffe. In: *DIE ZEIT* vom 16. November 2015, https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2015-11/terror-paris-attentate-rekonstruktion-ablauf/komplettansicht, aufgerufen am 20.02.2020.

Bönisch, Georg et al (2004): Im Labyrinth des Kalifen. In: *Der Spiegel* 24/2004 vom 7. Juni 2004, http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-31105827.html, aufgerufen am 20.02.2020.

Buchta, Wilfried (1997): Die iranische Schia und die islamische Einheit 1979–1996, Deutsches Orient Institut: Hamburg.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (2018) (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2018. Berlin.

Buruma, Ian/Margalit, Avishai (2004): Okzidentalismus. Der Westen in den Augen seiner Feinde. Carl Hanser Verlag: München.

Buse, Uwe et al (2001): „Niemand wird Dich hier oben retten". In: *Der Spiegel* 50/2001 vom 10. Dezember 2001, http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-20960917.html, aufgerufen am 20.02.2020.

Diehl, Jörg/Knobbe, Martin (2017): Amri bereitete Anschlag lange vor. In: *Spiegel Online* vom 1. April 2017, http://www.spiegel.de/politik/deutschland/anis-amri-bereitete-attentat-in-berlin-lange-vor-a-1141397.html, aufgerufen am 20.02.2020.

Dietze, Carola (2016): Die Erfindung des Terrorismus. Hamburger Edition: Hamburg.

Diner, Dan (2005): Versiegelte Zeit. Über den Stillstand in der islamischen Welt. Propyläen Verlag: Berlin.

Ebner, Julia (2018): Wut. Was Islamisten und Rechtsextremisten mit uns machen. Theiss: Darmstadt.

Egin, Kenan (2011): Die fünfte Welle der Demokratisierung im islamisch-arabischen Raum? In: Migrapolis vom 27. April 2011. (Online: https://web.archive.org/web/20120426052908/http://www.migrapolis-deutschland.de/index.php?id=1994, aufgerufen am 20.02.2020)

Förster, Andreas (2016): Die Blutspur des Terrors. In: *Spiegel Online* vom 7. Januar 2016, https://www.spiegel.de/geschichte/anschlag-in-mekka-1979-wie-der-islamistische-terror-begann-a-1070500.html, aufgerufen am 20.02.2020

Frampton, Martyn (2018): The Muslim Brotherhood and the West: a history of enmity and engagement. Harvard University Press: Cambridge MA.

Gensicke, Klaus (2007): Der Mufti von Jerusalem und die Nationalsozialisten. Eine politische Biographie Amin el-Husseinis. Wissenschaftliche Buchgesellschaft: Darmstadt.

Gensing, Patrick/Reisin, Andrej (2019): Ein „importiertes" Problem? In: Tagesschau.de vom 6. Juni 2019, https://www.tagesschau.de/faktenfinder/antisemitismus-161.html

Goldmann, Sven (2012): Auftragsmord in Wilmersdorf. In: *Der Tagesspiegel* vom 16. September 2012, https://www.tagesspiegel.de/berlin/mykonos-attentat-auftragsmord-in-wilmersdorf/7135800.html.

Grigat, Stephan (2017): Iran, Israel und Deutschland im Schatten des Nationalsozialismus. In: Grigat, Stephan: Iran, Israel, Deutschland. Hentrich & Hentrich: Berlin.

Halm, Heinz (2017): Die Assassinen. Geschichte eines islamischen Geheimbundes. C. H. Beck: München.

Herf, Jeffrey (2007): Convergence: The Classic Case Nazi Germany, Anti-Semitism and Anti-Zionism during World War II. In: Herf, Jeffrey: Anti-Semitism and Anti-Zionism in Historical Perspective. Routledge: London.

Herf, Jeffrey (2009): Nazi Propaganda for the Arab World. Yale University Press: New Haven.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Huntington, Samuel P. (1993): The Third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century. University of Oklahoma Press: Norman.

Jander, Martin (2017): Antisemitism and Anti-Zionism in West-Germany in the 1970s: Lessons for today. In: fathom, Summer 2017, http://fathomjournal.org/antisemitism-and-anti-zionism-in-west-germany-in-the-1970s-lessons-for-today, aufgerufen am 20.02.2020.

Keats, Anthony (2002): In the Spotlight: Islamic Jihad (Egyptian Islamic Jihad), September 17th, 2002. In: Center for Defense Information (CDI), Washington DC. (Online: https://web.archive.org/web/20070409062556/http://cdi.org/terrorism/aljihad.cfm, aufgerufen am 20.02.2020)

Kepel, Gilles (1994): Die Rache Gottes. Radikale Moslems, Christen und Juden auf dem Vormarsch. Piper: München.

Kepel, Gilles (2002): Das Schwarzbuch des Dschihad. Aufstieg und Niedergang des Islamismus. Piper: München.

Knobbe, Martin (2018): Die meisten Rückkehrer sind auf freiem Fuß. In: *Spiegel Online* vom 12. Januar 2018, http://www.spiegel.de/politik/deutschland/islamischer-staat-die-meisten-syrien-rueckkehrer-sind-auf-freiem-fuss-a-1187460.html.

Krämer, Gudrun (1982): Minderheiten, Millet, Nation? Die Juden in Ägypten 1914–1952. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden.

Krämer, Gudrun (2009): Hasan al-Banna. Oneworld Publications: Oxford.

Kraushaar, Wolfgang (2005): Die Bombe im Jüdischen Gemeindehaus. Hamburger Edition: Hamburg.

Küntzel, Matthias (2002): Djihad und Judenhaß. Über den neuen antijüdischen Krieg. ça ira-Verlag: Freiburg.

Kurzmann, Charles (2005): The Unthinkable Revolution in Iran. Harvard University Press: Cambridge.

Laoust, Henri (2020): Ibn Taymiyyah. Encyclopedia Britannica vom 26. Februar 2020, https://www.britannica.com/biography/Ibn-Taymiyyah.

Laqueur, Walter (1976): Guerilla – A Historical and Critical Study. Little, Brown and Company: Boston.

Laqueur, Walter (1977): Terrorismus. Athenäum: Kronberg.

Laqueur, Walter (2004): Krieg dem Westen. Ullstein: Berlin.

Lewis, Bernard (2003): The Crisis of Islam. Random House: New York.

Lipset, Seymour Martin (1978): Politics of Unreason: Right Wing Extremism in America 1790–1977. University of Chicago Press: Chicago.

Lustiger, Arno (2003): Stalin and the Jews. Enigma Books: New York, S. 169 ff.

Lutteroth, Johanna (2013): Das vergessene 9/11. In: *Spiegel Online* vom 26. Februar 2013, http://www.spiegel.de/einestages/world-trade-center-anschlag-1993-vorbeben-des-11-septembers-a-951053.html, aufgerufen am 20.02.2002.

Maley, William (2002): The Afghanistan wars. Palgrave Macmillan: London.

Mallmann, Klaus M./Cüppers, Martin (2006): Halbmond und Hakenkreuz. Das „Dritte Reich", die Araber und Palästina. Wissenschaftliche Buchgesellschaft: Darmstadt.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Merkel, Angela (2015): Im Wortlaut: Sommerpressekonferenz von Bundeskanzlerin Merkel vom 31. August 2015. (Online: https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2015/08/2015-08-31-pk-merkel.html, aufgerufen am 20.02.2020)

Merkel, Wolfgang (2003): „Eingebettete" und defekte Demokratien: Theorie und Empirie. In: Offe, Claus et al: Demokratisierung der Demokratie. Diagnosen und Reformvorschläge. Campus: Frankfurt.

Morris, Benny (1999): Righteous Victims – A History of the Zionist-Arab Conflict 1881–2001. Vintage: New York.

Musallam, Adnan A. (2005): From Secularism to Jihad. Sayyid Qutb and the Foundations of Radical Islamism. Praeger: Westport CT u. a.

Neumann, Peter R. (2016a): Die neuen Dschihadisten. Europa und die nächste Welle des Terrorismus. Econ: Berlin.

Neumann, Peter R. (2016b): Der Terror ist unter uns. Ullstein: Berlin

Nordbruch, Götz (2009), Qutb, Sayyid. In: Benz, Wolfgang et al (Hrsg.): Handbuch des Antisemitismus. Campus: Berlin.

Offe, Claus et al (2003): Demokratisierung der Demokratie. Diagnosen und Reformvorschläge. Campus: Frankfurt.

Paris, Rainer (1998): Der kurze Atem der Provokation. In: Paris, Rainer: Stachel und Speer. Suhrkamp: Frankfurt.

Petersen, Thomas (2018): Wie antisemitisch ist Deutschland? In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 20. Juni 2018, http://www.faz.net/social-media/instagram/exklusive-allensbach-umfrage-antisemitismus-in-deutschland-15648477.html?premium, aufgerufen am 20.02.2020.

Pfahl-Traughber, Armin (2018): Islamismus – Was ist das überhaupt? (9.9.2011). In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Dossier Islamismus. Bonn.

Pfahl-Traughber, Armin (2020): Antisemitismus im linken, rechten und religiösen Extremismus in Deutschland. Ein Vergleich von Ideologie, Propaganda und Gewaltneigung. In: Apfelt, Andreas H./Lüdicke, Lars (Hrsg.): Den Opfern verpflichtet. Antisemitismus in Geschichte und Gegenwart. Mitteldeutscher Verlag: Halle.

Rapoport, David C. (2002): The four waves of Rebel Terrorism and September 11. In: Anthropoetics, 8 (1), 2002. (Online: http://anthropoetics.ucla.edu/ap0801/terror, aufgerufen am 20.02.2020)

Resende, Michael Meyer (2018): Vergesst Populismus. In: *Der Tagesspiegel* vom 12. Februar 2018, https://causa.tagesspiegel.de/politik/zu-viel-reden-vom-populismus-wie-sinnvoll-ist-der-begriff/vergesst-populismus.html.

Robinson, F. C. R. (2008): Mawdūdī, Sayyid Abu 'l-Aʿlā. In: Encyclopaedia of Islam, Second Edition. Brill: Leiden.

Rubin, Barry (2002): The Tragedy of the Middle East. Cambridge University Press: Cambridge MA

Salzborn, Samuel (2011): Extremismus und Geschichtspolitik. In: Fröhlich, Claudia et al (Hrsg.): Jahrbuch für Politik und Geschichte, Band 2. Franz Steiner Verlag: Stuttgart.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Salzborn, Samuel (2015): Kampf der Ideen. Die Geschichte politischer Theorien im Kontext. Nomos: Baden Baden.

Schmidt, Manfred G. (2010): Demokratietheorien. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Bonn.

Schneckener, Ulrich (2006): Transnationaler Terrorismus. Suhrkamp: Frankfurt.

Siegmund, Norbert (2001): Der Mykonos-Prozess. Ein Terroristen-Prozess unter dem Einfluss von Außenpolitik und Geheimdiensten. Deutschlands unkritischer Dialog mit dem Iran. LIT-Verlag: Münster.

Stein, Kenneth W. (1999): Heroic Diplomacy: Sadat, Kissinger, Carter, Begin and the Quest for Arab-Israeli Peace. London.

Sterling, Claire (1981): Das internationale Terror Netz. Scherz: München.

Storz, Hennig/Wilmes, Bernhard (2007): Die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts und das neue Einbürgerungsrecht, in: Grundlagen Dossier Migration der Bundeszentrale für politische Bildung vom 15. Mai 2007, https://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/56483/einbuergerung?p=all.

Thoß, Gabriele/Richter, Franz-Helmut (1991): Ayatollah Khomeini. Wurf Verlag: Münster 1991.

Tibi, Bassam (2000): Der Islam und Deutschland. Deutsche Verlags-Anstalt: Stuttgart.

Tibi, Bassam (2001): Kreuzzug und Djihad. Der Islam und die christliche Welt. Goldmann: München.

Tibi, Bassam (2008): Die islamische Herausforderung. Religion und Politik im Europa des 21. Jahrhunderts. wbg Academic in Wissenschaftliche Buchgesellschaft WGB: Darmstadt.

Tibi, Bassam (2017): Religion, Prejudice and Annihilation. In: McElligot, Anthony/Herf, Jeffrey (Ed.): Antisemitism Before and Since the Holocaust. Palgrave Macmillann: Cham.

Unabhängiger Expertenkreis Antisemitismus (2017): Antisemitismus in Deutschland – aktuelle Entwicklungen (Stand: 8. Juni 2017), http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/heimat-integration/expertenkreis-antisemitismus/expertenbericht-antisemitismus-in-deutschland.pdf?__blob=publicationFile&v=4, aufgerufen am 20.02.2020.

Umar, Abd al-Karim (Hrsg.) (1999): Muzakkirat al-Hagg Muhammad Amin al-Husaini. The Memoirs of al-Hagg Muhammad Amin al-Husaini. Al-Alahi: Damaskus.

vel Wittels, Malte Switkes (2011): Der Islamismus der Muslimbruderschaft und der Antisemitismus. In: Belltower News vom 30. November 2011, http://www.belltower.news/artikel/der-islamismus-der-muslimbruderschaft-und-der-antisemitismus-ein-historischer-ueberblick-2917, aufgerufen am 20.02.2020.

von Randow, Gero (2012): Kalt, präzise, antisemitisch. In: *DIE ZEIT* vom 20. März 2012, https://www.zeit.de/politik/ausland/2012-03/frankreich-anschlag-toulouse, aufgerufen am 20.02.2020.

Waldmann, Peter (1998): Terrorismus. Provokation der Macht. Gerling Akademie Verlag: München.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Weimann, Gabriel/Winn, Conrad (1993): The Theater of Terror. Mass Media and International Terrorism. Pearson Education Ltd.: New York.

Wolter, Udo (2004): Beispiel Al-Quds-Tag. Islamistische Netzwerke und Ideologien unter Migrantinnen und Migranten in Deutschland und Möglichkeiten zivilgesellschaftlicher Intervention. Im Auftrag der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. Berlin. (http://www.ufuq.de/pdf/WolterQuds.pdf, aufgerufen am 20.02.2020)

Zakaria, Fareed (2007): The Future of Freedom: Illiberal Democracy at Home and Abroad. W. W. Norton & Company.

Zimmt, Raz (2017): Der „kleine Satan" ist immer noch da. In: Grigat, Stephan: Iran, Israel, Deutschland. Hentrich & Hentrich: Berlin.

Zuber, Helene (2007): Schlußstrich unter das Massaker von Madrid. In: *Spiegel Online* vom 15. Februar 2007, http://www.spiegel.de/panorama/justiz/terrorprozess-schlussstrich-unter-das-massaker-von-madrid-a-466695.html, aufgerufen am 20.02.2020.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Autorinnen und Autoren

Fabian Bechtle, geboren 1980 in Berlin. Studium der Bildenden Kunst an der Hochschule für Grafik und Buchkunst in Leipzig (HGB) und an der ENSBA Lyon. Von 2009 bis 2011 Assistenz beim Filmemacher und Fotografen Armin Linke in Berlin und Meisterschüler an der HGB Leipzig bei Prof. Joachim Blank. Im Anschluss Stipendium des DAAD für Postgraduierte und mehrjähriger Aufenthalt in Belgrad. Von 2014 bis Ende 2017 künstlerischer Mitarbeiter in der Klasse für Installation und Raum an der der HGB. Seit 2018 Co-Leitung des Forums demokratische Kultur und zeitgenössische Kunst. Seine Arbeiten sind u.a. bei HMKV, Dortmund, Witte de With Center for Contemporary Art, Rotterdam, Trekhgornaya Manufaktura, Moskau, Museum of Yugoslav History, Belgrad, Fabbrica del Vapore, Milano, NGBK, Berlin, und dem Bonner Kunstverein gezeigt worden.

Susanne Bressan forscht zu den Themen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Terrorismus und dem Umgang mit dem nationalsozialistischen Erbe. Veröffentlichungen u. a. auf www.hagalil.com. Magistra Artium in Ethnologie, Soziologie und Erziehungswissenschaft (Universität Heidelberg). Magistra-Arbeit zu „Ethnische Kategorisierung im öffentlichen Diskurs: Sinti und Roma in Deutschland". Promovendin im Fach Neuere Geschichte an der Technischen Universität Berlin zum Thema: „Gudrun Ensslin. Die Biografie einer Linksterroristin im Kontext des privaten und öffentlichen Umgangs mit dem NS-Erbe". 2012–2016 Stipendiatin des Ernst Ludwig Ehrlich Studienwerks.

Tobias Ebbrecht-Hartmann (*1975, Düsseldorf) ist Dozent für Filmwissenschaft und deutsche Kulturgeschichte am DAAD-Zentrum für Deutschlandstudien und in der Abteilung für Kommunikation und Journalismus an der Hebräischen Universität Jerusalem. Seine Forschungs-, Lehr- und Publikationsfelder sind die deutsche Sozial-, Kultur- und Filmgeschichte der Nachkriegszeit mit den Schwerpunkten Kultur und Gesellschaft der DDR, Erinnerungskultur, israelisch-deutsche Kulturbeziehungen und Bewahrung des audiovisuellen Kulturerbes sowie Internationale Filmge-

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

schichte & -theorie, Visuelles Gedächtnis des Holocaust, Dokumentarfilm und Fernsehdokudrama. Er promovierte an der Freien Universität Berlin und publiziert u.a. in den Zeitschriften *Memory Studies*, *New German Critique*, *Historical Journal of Film, Radio and Television* und dem *Leo Baeck Institute Yearbook*. Letzte Buchpublikation: „Übergänge – Passagen durch eine deutsch-israelische Filmgeschichte", Neofelis: Berlin 2014.

Martin Jander, geboren am 21.1.1955 in Freiburg, Historiker, Dozent und Journalist, unterrichtet deutsche und europäische Geschichte an der Stanford University (Berlin), der New York University (Berlin) sowie im Programm FU-BEST. Er hat seine Dissertation 1995 zum Thema „Formierung und Krise der DDR-Opposition" am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin abgeschlossen. Bis 2017 arbeitete er mit Wolfgang Kraushaar und Thomas Skelton-Robinson an einer Chronik des linken Terrorismus, die von der Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur gefördert wurde. Letzte Publikation: Heitzer, Enrico/Jander, Martin/ Kahane, Anetta /Poutrus, Patrice G. (2018) (Hrsg.), Nach Auschwitz: Schwieriges Erbe DDR, Wochenschau Verlag: Frankfurt (erscheint 2020 in den USA bei Berghahn Books: „After Auschwitz: The Difficult Legacy of the GDR").

Anetta Kahane, geboren am 25. Juli 1954 in Berlin-Pankow, ist Autorin und die Vorsitzende der 1998 von ihr mitgegründeten Amadeu Antonio Stiftung. Sie wuchs als Kind jüdischer Widerstandskämpfer in der DDR auf. Sie studierte Lateinamerikanistik. 1974 wurde sie zu einer Tätigkeit als IM für das Ministerium für Staatssicherheit gedrängt, die sie 1982 aufkündigte und damit auch die Beendigung ihrer Berufschancen in Kauf nahm. 1989 leitete sie die „AG Ausländer" des Neuen Forums und arbeitete anschließend am Runden Tisch der DDR zum Thema Ausländerfragen. 1990 wurde sie die erste Ausländerbeauftragte Ost-Berlins. 1991 gründete Kahane die RAA e.V. (Regionale Arbeitsstellen für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule) für die neuen Bundesländer. Sie wurde in 20 Orten die erste Struktur für interkulturelle Bildung und Integration. Im gleichen Jahr wurde ihr gemeinsam mit Joachim Gauck, Christian Führer, David Gill, Ulrike Poppe und Jens Reich, stellvertretend für die Demonstranten im Herbst 1989, die Theodor Heuss Medaille verliehen. 2002 wurde sie mit dem Moses-Mendelssohn-Preis des Landes Berlin ausgezeichnet. Sie verfasst seit einigen Jahren regelmäßig eine Kolumne in der Berliner Zeitung,

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

schrieb für DIE ZEIT, tageszeitung, den stern, Tagesspiegel, Jüdische Allgemeine u.a. und ist Autorin des Buches „Ich sehe was, was du nicht siehst“ (Berlin 2004).

Leon Kahane, geboren 1985 in Berlin. Von 2010 bis 2016 Studium der Bildenden Kunst an der Universität der Künste Berlin und der Bezalel Academy of Arts in Tel Aviv. Im Jahr 2016 Gewinner des „Kunstpreises Europas Zukunft“ und des ars viva Nachwuchspreises für junge Kunst. Seit 2018 Co-Leitung des Forums demokratische Kultur und zeitgenössische Kunst. Seine Arbeiten wurden unter anderem im Witte de With Center for Contemporary Art, Rotterdam, der nbk, Berlin, der Moskau Biennale, Kunsthalle Wien, und im Belvedere 21, Wien, gezeigt.

Martin Kloke (*27. Mai 1959) ist ein deutscher Politik- und Sozialwissenschaftler und Publizist. Er ist beim Cornelsen Verlag als Redakteur für die Fächer Ethik, Philosophie und Religion verantwortlich und veröffentlicht Beiträge zur Antisemitismusforschung, zur Geschichte der deutsch-israelischen sowie zu den christlich-jüdischen Beziehungen. Kloke studierte evangelische Theologie, Politikwissenschaft und Pädagogik an der Justus-Liebig-Universität Gießen und wurde dort 1989 am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften über das Thema „Israel und die deutsche Linke. Zur Geschichte eines schwierigen Verhältnisses“ promoviert. In dieser Arbeit beschäftigte er sich auch mit dem Thema des linken Antisemitismus. Letzte Publikation: Antijüdische Verschwörungsmythen in religiösen Diskursen. Genese, Verbreitung und Therapiechancen eines kollektiven Ressentiments. In: Compass-Infodienst (Online-Extra), Nr. 301, April 2020.

Ismail Küpeli ist Politikwissenschaftler und Historiker. Er analysiert die Konflikte in der Türkei und im Nahen und Mittleren Osten. Weitere Schwerpunkte seiner Arbeit sind nationalistische Ideologien und identitäre Tendenzen – sowohl in den Mehrheitsgesellschaften als auch innerhalb der jeweiligen Minderheiten. Derzeit schreibt er eine Dissertation über die kurdischen Aufstände in der Türkei der 1920er und 30er Jahre am Institut für Diaspora- und Genozidforschung (Ruhr-Universität Bochum). Letzte Publikationen: Ismail Küpeli, Machbarkeit der türkischen Nation: Diskursive Exklusion und physische Vernichtung als Säulen von nation building, in: Work in Progress, Doktorand*innen-Jahrbuch 2019 der Rosa-Luxem-

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

burg-Stiftung, Hamburg 2019; Ismail Küpeli (Hrsg.), Kampf um Rojava, Kampf um die Türkei, Münster 2019.

Stefan Lauer hat Amerikanistik, englische Sprachwissenschaft und Informationswissenschaft an der Universität des Saarlandes und in Kanada studiert. Er arbeitet seit 2009 als Journalist, seit 2017 als Fachjournalist bei Belltower.News, der journalistischen Plattform der Amadeu Antonio Stiftung, und beschäftigt sich mit Rechtsextremismus, Rechtpopulismus, der sogenannten „neuen" Rechten und den unterschiedlichen Facetten Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, wie Antisemitismus, Rassismus und Homo- und Transfeindlichkeit.

Alan Posener wurde 1949 in London geboren. Sein Abitur machte er 1969 in Berlin. Im Anschluss studierte er Germanistik und Anglistik in Berlin und Bochum. Zugleich arbeitete er als Kader der maoistischen KPD/AO. Nach dem Referendariat unterrichtete er als Studienrat Deutsch und Englisch an einer Gesamtschule in West-Berlin. 1990 verließ Posener „aus Langeweile" den Schuldienst und verdiente seinen Lebensunterhalt als freier Schriftsteller, Übersetzer und Rockmusiker. Von 2000 bis 2016 arbeitete er als Redakteur und Korrespondent für die Tageszeitung *DIE WeLT*. Jetzt lebt er als freier Autor und Rockmusiker in Berlin. Zusammen mit Liane Bednarz betreibt er den Blog „Starke Meinungen". Posener publizierte eine große Anzahl von Büchern. Zuletzt (2015) erschien bei Rowohlt das E-Book „Die empörte Republik". Posener ist verheiratet, er hat eine Tochter, die Fotografin Jenny Posener, und zwei Enkeltöchter.

Samuel Salzborn (*6. Mai 1977 in Hannover) ist ein deutscher Politikwissenschaftler und Hochschullehrer. Er studierte Politikwissenschaft, Soziologie, Psychologie und Rechtswissenschaft in Hannover. Von 2012 bis 2017 war er Professor für Grundlagen der Sozialwissenschaften an der Georg-August-Universität Göttingen, hielt von 2017 bis 2019 eine Gastprofessur für Antisemitismusforschung an der Technischen Universität Berlin und wurde im August 2020 Antisemitismus-Beauftragter des Landes Berlin. Seine Forschungsinteressen reichen von den Grundlagen der Politikwissenschaft, politischer Theorie und Gesellschaftstheorie über Rechtsextremismus, Antisemitismus bis hin zur Analyse der Transformationsprozesse in osteuropäischen Gesellschaften (http://www.salzborn.de). Er ist u.a. der Herausgeber der Reihe, in der dieses Buch erscheint. Salzborns

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

jüngste Publikation „Kollektive Unschuld. Die Abwehr der Shoah im deutschen Erinnern“ erschien 2020 im Hentrich & Hentrich Verlag Leipzig.

Ulrich Schuster (*22. Juni 1972) arbeitet als Lehrer für Ethik und Sozialkunde in Sachsen-Anhalt. Davor war er einige Jahre Mitarbeiter des Dubnow-Instituts für jüdische Geschichte und Kultur in Leipzig und dort zuletzt Projektkoordinator der Online-Plattform „Jüdische Gelehrte in Sachsen“. 2018 erschien seine überarbeitete Dissertation „Revisionen. Der Anteil des deutschen Parlamentarismus am transatlantischen Zerwürfnis“ bei Campus. Er ist Mitglied der Gruppe Roter Salon (https://roter-salon.conne-island.de) und schreibt hin und wieder für die linke Wochenzeitung *Jungle World*.

Natan Sznaider (*6. Oktober 1954 in Mannheim) ist ein israelischer Soziologe. Er unterrichtet an der Akademischen Hochschule in Tel Aviv. Natan Sznaider begann 1977 an der Universität Tel Aviv Soziologie, Psychologie, Geschichte und Philosophie zu studieren. 1984 wechselte er an die Columbia University in New York City, wo er 1992 mit der Arbeit „Die Sozialgeschichte von Mitleid“ promovierte. Im selben Jahr begann er für das Leo Baeck Institut in Berlin zu arbeiten. Er unterrichtete an der Columbia, an der Hebräischen Universität in Jerusalem, der LMU München und lehrt seit 1994, zunächst als außerordentlicher Professor für Soziologie, an der Akademischen Hochschule in Tel Aviv, wo er seit 1996 den Lehrstuhl für Soziologie besetzt. Schwerpunkte seiner Forschungen sind Kultursoziologie, Politische Theorie, Hannah Arendt, Globalisierung, Kosmopolitismus, Erinnerung und Shoah. Letzte Veröffentlichung: Christian Heilbronn, Doron Rabinovici und Natan Sznaider (Hrsg.), Neuer Antisemitismus? Fortsetzung einer globalen Debatte, Berlin 2019.

Ido Zelkovitz ist Leiter der Nahoststudien am Yezreel Valley College und Forschungsstipendiat am Ezri-Zentrum für Iran und den Persischen Golf der Universität Haifa, Israel. Dr. Zelkovitz war Postdoc-Forschungsstipendiat am Institut für Soziologie der Georg-August-Universität Göttingen und war Schusterman-Gastprofessor am Institut für Politikwissenschaft der Universität Minnesota für das akademische Jahr 2014/15. Publikation: Ido Zelkovitz (2015): Students and Resistance in Palestine: Books, guns and politics. London 2015.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

https://doi.org/10.5771/9783748902799
Generiert durch Staatsbibliothek zu Berlin, am 09.03.2022, 11:38:16.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.